Politische Ökonomie des Kommunismus

als Gegenstand theoretischer Auseinandersetzungen und in der praktischen Anwendung

(preprint)

Evelyn Pentzel

1. Auflage

Internet: http://www.politische-oekonomie.org

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung

1.1 Allgemeines

Mit dem Sieg der Konterrevolution 1989/90 stellt sich den Marxisten zwingend die Frage, warum der Sozialismus als die doch fortschrittlichere gesellschaftliche Ordnung untergehen konnte. Die Frage ist weltanschaulicher Natur, denn seit Marx sind die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise hinreichend erforscht und seit Marx ist die Notwendigkeit des historischen Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise bewiesen. Die Niederlage der realsozialistischen Ökonomie erscheint somit als Widerlegung des Marxismus.

Hat Marx geirrt?

Irren ist menschlich und Marx, nach seinem heiteren Selbstzeugnis, war nichts Menschliches fremd. Hat Marx geirrt? Die Aussagen der Ideologen des bürgerlichen Lagers haben keine Beweiskraft. Die sind parteiisch, und natürlich gegen Marx. Im Siegestaumel erklären sie, sie hätten es schon immer gewußt und immer gesagt. Das stimmt, sie haben es gesagt. Aber die meisten ihrer Argumente hat bereits Marx selbst widerlegt, so alt sind sie schon. Im Kapitalismus geht noch heute Herr Kapital arbeiten, obwohl seit Marx bekannt ist, daß nur die lebendige Arbeit, die Arbeit des heute sogenannten Arbeitnehmers, imstande ist, Wert zu schaffen. Und der Wert, der sich vermehrt, der Mehrwert, ist das Ziel der Übung. Sonst streikt das Kapital. Und was sagen die Leute, die sich lebenslänglich mit dem Sozialismus, mit der sozialistischen Wirtschaftsweise befaßt haben?

Die hauten uns den Marx um die Ohren, z. B.: *„Eine Gesellschaftsform geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“* (Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie)

Richtig, immerhin hat das Marx gesagt. Es konnte nicht gut gehen, der Kapitalismus hat noch eine Frist. Aber – Marx war doch schon vor 150 Jahren der Überzeugung, die Zeit sei reif für Sozialismus? Macht nichts, sagen die Kritiker, alle Revolutionäre haben sich im Zeithorizont geirrt!

Werden wir konkret. Mir liegt eine Ausarbeitung des DDR-Ökonomen Harry Nick vor, aus dem Umfeld der PDS Anfang der neunziger Jahre. Ich weiß nicht, ob die Sache irgendwann einmal gedruckt wurde. Auf jeden Fall liefert Harry Nick die pflichtschuldige Absage an Marx mit allen zeitgemäßen Begründungen in seltener Vollständigkeit. Nehmen wir ihn für alle, wenn er seufzt: *„Albert Einstein hat recht behalten: ‚Es ist kein Zufall, daß der Kapitalismus nicht nur Fortschritte der Produktion, sondern auch der Erkenntnis gebracht hat, Egoismus und Konkurrenz sind (leider!) stärkere Triebkräfte als Gemeinsinn und Pflichtgefühl.‘ – diese Tatsache enthält, für mich jedenfalls, durchaus auch ein kräftiges Moment wirklicher Enttäuschung.“*

Der Mensch ist nicht so. Da können Leute, die es ganz ehrlich meinen wie Harry Nick, nur scheitern. Sozialismus ist nicht zu machen, weil die Menschen so sind, daß sie nur unter kapitalistischen Verhältnissen Initiative entfalten. Das sagen die Bürger auch.

Allerdings gehört es zu den Grunderkenntnissen des Marxismus, den Menschen als Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen, weil unbezweifelbar das Sein das Bewußtsein bestimmt.

Die kapitalistische Initiative, begründet auf Profitstreben und Konkurrenz, ist es aber auch, was schon Marx am Kapitalismus lobt: *„Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktivkräfte geschaffen als alle vorangegangenen Generationen zusammen."* (Manifest) Die kapitalistische Initiative ist das Erfolgsrezept für Kapitalisten. Wer sie nicht aufbringt, wird nicht mehr zur herrschenden Klasse dazugehören.

Für den Sozialismus ist profitorientierte Initiative selbstverständlich unbrauchbar.

Harry Nick vermutet mit Einstein die neuen Triebkräfte in Gemeinsinn und Pflichtgefühl: *„Die sozialistischen Länder Europas haben den Wettbewerb auf dem Felde der Wirtschaft und Technologie mit den kapitalistischen Ländern eindeutig verloren. Nicht äußere Faktoren – so gewichtig sie auch waren –, nicht subjektive Fehler und Versäumnisse ihrer Führungen – so groß und verhängnisvoll sie auch waren –, sondern die inneren objektiven Faktoren, die Schwäche der inneren sozialen Antriebskräfte, waren die Hauptursache dieser Niederlage."*

Erschwerend, gleichsam vernichtend kommt dazu: *„Für die sozialistische Planwirtschaft hatte das für sie typische Marktungleichgewicht, der Dauermangel, dagegen eine lähmende Wirkung auf die sozialen Antriebskräfte."* Mit dem Markt befassen wir uns später, und gründlich. Was aber ist mit dem typischen „Dauermangel"? Ist das ein Makel? Im Gegenteil. Der Kommunismus ist eine anspruchsvolle Gesellschaft allseitig entwickelter Menschen, für die Arbeit das erste Lebensbedürfnis ist und die nach ihren Bedürfnissen konsumieren. Der Kommunismus ist eine Gesellschaft ständiger Veränderungen. Denn die Leute arbeiten ja, wirken damit auf die Natur, die gesellschaftlichen Verhältnisse und sich selber ein. Der Kommunismus ist das krasse Gegenteil von faulen paradiesischen Zuständen oder dem vulgären Schlaraffenland. Wenn die Arbeit nicht zur psychiatrischen Arbeitstherapie verkommen, sondern eine zweckgerichtete Tätigkeit sein soll, bleibt der Mangel erhalten, treibt die Gesellschaft weiter voran. Auf einem ganz anderen Blatt seht, daß die kommunistische Gesellschaft nicht mehr dem blinden Wirken der ökonomischen Gesetze ausgeliefert ist, sondern endlich die Produktion beherrscht. Da müßten auch die *„inneren sozialen Antriebskräfte"* zu finden sein, wo sonst?

Harry Nick beweist übrigens seine sozialistische Ausbildung mit der Tatsache, daß er, wenn er „Markt" sagt, immer nur an den Warenmarkt denkt und deshalb den Kapitalismus irrtümlich für eine Überflußgesellschaft hält. Es gibt aber außerdem im Kapitalismus einen Arbeitsmarkt und einen Kapitalmarkt. Das hat er vergessen, das kam im Sozialismus nicht vor.

Aber die Frage bleibt und bohrt: Warum haben wir den ökonomischen Wettbewerb verloren?

Die Frage läßt sich untergliedern. Zuerst ist zu prüfen, ob Marxens Analyse des Kapitalismus auch für die Gegenwart der kapitalistischen Wirtschaftsweise zutrifft. Es ist ja

möglich, daß die Kapitalisten gelernt haben, ihre Wirtschaft besser in den Griff zu bekommen und die von Marx aufgezählten Gründe, die zum Untergang der kapitalistischen Wirtschaftsweise führen sollten, künftig vermeiden könnten.

Zweitens – geht Sozialismus zu machen, wenn ja, was haben wir falsch gemacht?

Wenn man sich stets mit Marx die Welt erklärt hat, mußte einem zu Wendezeiten einfach schlecht werden: Da war nichts Gutes in Sicht. Warum denn sollten die westdeutschen Kapitalisten ihre ostdeutsche Konkurrenz hegen und pflegen? Und warum sollten sie sie aufkaufen, wenn doch zu Hause ihre Kapazitäten, wie jedermann in der DDR wußte, nicht ausgelastet waren?

Die marxistische Sicht auf die Lage prophezeite einen entindustrialisierten Osten, Arbeitslosigkeit, also Abschwung statt Aufschwung.

Dagegen stand Kohls feiste Selbstgefälligkeit, die dem Osten blühende Landschaften verhieß. Woher nahm der diese Sicherheit? Die befreite Initiative aller Arten von Kleinunternehmen soll es richten? Ja, aber Fortschritt ist moderne Industrie und nicht Manufaktur!

Die Mehrzahl der DDR-Bürger war optimistisch und glaubte an den erarbeiteten Standard. Die DDR-Bürger waren auch nicht willens, ihre Arbeit aufzugeben. Während der Wendezeit kam es erst zu Streiks, als Entlassungen angekündigt wurden oder als bei Einführung der westdeutschen Währung drastische Lohnsenkungen erwogen wurden. Die allgemeine Meinung war: Das können die doch mit uns nicht machen!

Sie konnten. Fünfzehn Jahre nach der Konterrevolution ist der Osten so, wie man es marxistisch befürchten mußte. Die Industrie ist weitgehend beseitigt. Die Ostbetriebe wurden gründlich geschleift. Das bißchen Industrie, das aus dem Westen in den Osten zog, baute sich eigene Werke und nutzte das Lohngefälle zwischen Ost- und Westdeutschland. Rund ein Viertel der ostdeutschen arbeitsfähigen Bevölkerung ist arbeitslos. Und die anderen drei Viertel? Seltsame Karrieren gibt es. Vom sozialistischen Werkleiter eines Tausend-Mann-Betriebes zum Handelsvertreter. Ganz selbstbestimmt wurde der Maschinenbauingenieur zum Koch, der Wirtschaftswissenschaftler zum selbständigen Unternehmensberater. Dank des chronischen Lehrstellenmangels haben Berufe Konjunktur, die zu DDR-Zeiten ungeliebte Ausweichlösungen waren für Leute, die nicht einmal die 10. Klasse geschafft hatten: Koch, Kellner, Altenpfleger. Fortschritt kann man das nicht gerade nennen. Und Selbstverwirklichung? Ja, aber erst einmal muß man Arbeit haben.

Arbeit? Die DDR-Bürger haben, auch wenn sie einen Arbeitsplatz haben, doch ihre Arbeit verloren. Sie müssen mit Jobs vorliebnehmen.

Chronisch ist auch die Krise.

Wir stellen fest: Die kapitalistische Restauration Ostdeutschlands folgte streng dem Marxismus. Dieser von Marx nicht vorhersehbare Sonderfall der Überführung einer sozialistischen Planwirtschaft in ein kapitalistisches Wirtschaftssystem bestätigte Marxens Lehre von der kapitalistischen Produktionsweise. Die zivilisatorischen Faktoren des Kapitalismus waren arbeitslos, denn das Land war nicht zu industrialisieren. Es wirkte schnöde das Gesetz der kapitalistischen Konkurrenz und das Profitstreben. Mehr hatten die Kapitalisten ja auch nicht versprochen. Sie wollten die Freiheit der „Privatinitiative".

Aber es ist keineswegs unsere Aufgabe, die kapitalistische Wirtschaft zu untersuchen. Das hat Marx für unsere Zwecke hinreichend getan. Es genügt, hier nachdrücklich festzustellen, daß Marxens Kapitalismusanalyse ihre volle Gültigkeit behalten hat. Zur Erklärung der lang- wie kurzfristigen Perspektiven des Kapitalismus ist man gut beraten, wenn man dem Marxismus folgt und auf die Fünf Wirtschaftsweisen, die sich regelmäßig irren, pfeift. Nicht die Konjunktureinschätzung der EU oder führender Wirtschaftsinstitute wird eintreffen. Der Kapitalismus funktioniert nach dem „Kapital“. Die imperialistischen Besonderheiten folgen ebenso unausweichlich Lenins Imperialismustheorie. Bush macht soeben die Probe aufs Exempel und versucht, die Wirtschaftsprobleme mit Krieg zu lösen.

Glänzender konnte der Marxismus-Leninismus nicht bestätigt werden. Am Rechthaben kann man sich nicht einmal so richtig freuen: Es ginge uns und vielen anderen viel besser, müßten wir einen Irrtum eingestehen. Eins ist sicher: Solange die kapitalistische Wirtschaftsweise nicht überwunden wird, muß die Menschheit nach den von Marx und Lenin erkannten Gesetzen der kapitalistischen Gesellschaft leben.

Diese Erkenntnis ist brutal und scheint nach dem Untergang des Sozialismus das Ende zu sein. Es ist kein Wunder, daß alle Welt nach einem „Dritten Weg“ sucht und in ihrer Verzweiflung den heutigen Kapitalismus Moderne nennt, zivilisatorische Errungenschaften und positive Entwicklungspotentiale sucht. Der Kapitalismus hat gesiegt und erscheint übermächtig, ein Kampf dagegen Don-Quichotterie und wer macht sich schon gerne lächerlich? Das ist ein Grund, den kann man verstehen.

Der Kapitalismus wird als Normalzustand jeder Gesellschaft betrachtet. Die aggressive Ideologie der Bourgeoisie verbreitet ihn heute unter den „ewigen Werten“ der Demokratie, der Menschenrechte und des Rechtsstaates. Und nicht nur das. Der Untergang des Sozialismus und damit der Sieg des Kapitalismus sei das Ende der Geschichte, erfahren wir.

Weil Marx noch immer recht behalten hat, fragen wir ihn. Im Manifest steht, wie schon oben zitiert, das Lob des Kapitalismus, die Produktivkraftentwicklung. Und: *„Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterte Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d. h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“*

Das ist die exakte Zustandsbeschreibung der Welt am Ende des 20. und am Anfang des 21. Jahrhunderts. Die Welt nach „ihrem Bilde“ hat eine Kehrseite, 1848 genauso wie heute:

„Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen ist, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, die gefühllose ‚bare Zahlung‘. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der

ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt.“

Genau dies alles, nicht mehr und nicht weniger, kennzeichnet die berühmte westliche Wertegemeinschaft.

Nur wurden statt der mittelalterlichen Beziehungen in den 90er Jahren die sozialistischen gesprengt. Es verschwanden, zwar unter schwachem Protest, doch unaufhaltsam und restlos der Geist der Solidarität, die kameradschaftlichen Zusammenarbeit und die gegenseitigen Hilfe in den Ländern des gestürzten Sozialismus. Wie sich die persönliche Würde in Tauschwert auflöst, kann man von Modrow bis Schabowski sehen. Aber das ist nur die schändliche Spitze des Eisbergs. Massenhaft wird die Würde der früheren Werktätigen der DDR auf bundesdeutschen Sozialämtern verhöhnt. Das wiegt schwerer und wird Folgen haben.

Fragen wir also nach dem Sozialismus, der ja doch auf dem Plan steht.

Zuerst zur Begriffsbestimmung. Marx unterscheidet nicht, wie später wir in der sozialistischen Gesellschaft, zwischen Sozialismus und Kommunismus. Im der „Kritik des Gothaer Programms“ nennt er die Gesellschaft nach der proletarischen Revolution *„eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht“*. Im „Bürgerkrieg in Frankreich“ steht, was Marx unter Kommunismus versteht: *„Sie (die Kommune) beabsichtigte die Enteignung der Enteigner. Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt. – Aber dies ist der Kommunismus, der ‚unmögliche‘ Kommunismus!“*

Auf die kapitalistischen Produktionsweise folgt also die kommunistische, wenn auch nach der Revolution noch unentwickelt und deshalb Sozialismus geheißen. Die ökonomischen Grundlagen sind aber schon kommunistisch: Gemeineigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, Planwirtschaft. Das steht in unvereinbarem Gegensatz zur kapitalistischen Produktionsweise und macht deutlich, daß die sozialistische Art des Wirtschaftens keine Zwitterstellung zwischen Kapitalismus und Kommunismus einnehmen kann, sondern sich als erste Stufe der kommunistischen Produktionsweise verstehen muß.

1.2 Die Veränderung der Welt unter kapitalistischen Verhältnissen

Die „kaum hundertjährige Klassenherrschaft“ der Bourgeoisie dauert mittlerweile 250 Jahre. Wie waren denn die Verhältnisse zu Marxens Zeiten?

Marx und Engels berufen sich noch ganz selbstverständlich auf vorkapitalistische Verhältnisse, die damals, 1848, nicht nur allein in der Erinnerung lebten, sondern auch noch in handfesten Resten bestehender Eigentumsverhältnisse und den sich daraus ergebender Privilegien. Das Manifest beschreibt die Richtung der kapitalistischen Entwicklung, aber noch nicht ihre Vollendung. 1848 standen sich zwar bereits die Hauptklassen Bourgeoisie

und Proletariat gegenüber, aber das Proletariat war längst noch nicht die zahlreichste Klasse der Bevölkerung des Landes, sondern nur in den Zentren der Industrie. Und im Vergleich zur Gegenwart beherrschten die Städte keineswegs das ganze Land. Die bäuerliche Bevölkerung lebte – außer in England – noch zum großen Teil in althergebrachten Verhältnissen. Die kapitalistische Produktionsweise setzte sich auf dem Land nur langsam durch.

Das Proletarier-Schicksal mag manchem nicht als zwangsläufig erschienen sein. Die Beziehungen, die vorkapitalistische Verhältnisse geprägt hatten, bestanden noch fort. Im Trend zwar löste der Kapitalismus die traditionellen Familienbande auf, aber er war damit noch lange nicht fertig geworden.

Die bäuerliche Familie war jahrhundertelang eine selbstgenügsame Produktionseinheit gewesen. Um einen Bauernhof zu betreiben, war nicht nur der Bauer notwendig, sondern auch die Bäuerin und die heranwachsenden Kinder. Damit rechnete auch die herrschende Klasse. In den Festlegungen der Dienste, die der hörige Bauer zu leisten hatte, sind die Tage der Frauenarbeit und der Männerarbeit säuberlich geschieden. Welches Familienmitglied aber den Spanndienst verrichtete, war gleichgültig. Auch der zünftige Handwerksmeister brauchte seine Meisterin, um die Werkstatt zu betreiben und Lehrling wie Gesellen in Kost und Logis zu nehmen. In diesen Familien fanden Alte und unverheiratete Verwandte zeitweilig ihren Platz und beteiligten sich nach ihrem Vermögen an der Arbeit. Wurden vom reicheren Bauern Knecht und Magd gedungen, so waren sie dem Haushalt angeschlossen und unter patriarchalischen Verhältnissen aßen noch alle an einem Tisch.

Wenn auch mit Verbreitung der Geldwirtschaft und damit des Kapitalismus die Produktionsfamilie der Handwerker und Bauern nach und nach ihre ökonomische Bedeutung verlor, so bestand doch der Familienzusammenhalt weiter und geriet auf neue Weise immer wieder mit den ehrwürdigen Traditionen in Konflikt. Die Unterstützung armer Verwandter wurde auf einmal zu teuer. Der Arbeiter jedoch, der den angestammten Ort und die Familie verließ, um sich anderswo Arbeit und Lohn zu suchen, wurde verdächtigt, einen Hang zur Landstreicherei zu haben.

Noch heute fühlen sich ja *„Arzt, Jurist, Pfaffe, Poet und Mann der Wissenschaft“* nicht als *„bezahlte Lohnarbeiter“* der Bourgeoisie, sondern halten, mehr als 150 Jahre, nachdem Marx und Engels ihnen ihre Lage erklärt haben, immer noch am *„Heiligenschein ... der ehrwürdigen Tätigkeiten“* fest. Für ein objektives Weltempfinden spricht das nicht, wohl aber dafür, daß man die kapitalistischen Verhältnisse, nackt und bloß erkannt, nicht leben kann. Lebenslügen sind unter der Herrschaft des Kapitalismus nötiger denn je.

Wäre es sonst verständlich, daß, 250 Jahre nach der Aufklärung, der Präsident der USA sich auf Gott berufen kann, um einen Krieg zu führen, ohne daß ihn die ganze Menschheit verlacht? Aber nein, er bleibt im Amt statt in der Anstalt. – Sollen sie doch glauben, wenn sie's denn konsequent täten. Sogar der liebe Gott kann einem leid tun; er muß für so manches herhalten.

Heute, da sich der Kapitalismus nach Lenins schönem Wort seit hundert Jahren im Stadium der Fäulnis befindet, ist die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in soweit abgeschlossen, daß sie sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern vollständig der Logik der Kapitalverwertung, dem Profitinteresse unterwerfen. Auch die amtierende

Gesellschaftswissenschaft vermag die kapitalistischen Grenzen nicht einmal gedanklich zu überschreiten.

Seit dem Manifest sind mehr als 150 Jahre ins Land gegangen. Damals war der Kapitalismus noch neu und revolutionierte die Gesellschaft. Damals mußte er sich gegen die Reaktion wehren, die zurück zu den feudalen, ständischen Verhältnissen des Mittelalters wollte. Die Argumente dieser Reaktion waren nicht von der Hand zu weisen: vom sittlichen Verfall zu schweigen, beriefen sich diese Leute auch auf die skandalösen Zustände, in die die Bourgeoisie das Proletariat versetzte. Die feudale Ausbeutung dagegen wies immerhin jedermann einen festen Platz in der Gesellschaft zu, sie war altbewährte Sicherheit.

150 Jahre reichten aus, um gründlich zu vergessen, wie der Kapitalismus einst begonnen hatte und daß er nicht von aller Ewigkeit her ist, sondern eine Entwicklung durchmachte. Nur 150 Jahre vernichteten in Jahrhunderten geschaffene Traditionen in den kapitalistischen Kernländern. Daß hier allerdings noch kein weltweiter Abschluß erreicht ist, beweist der sogenannte Kampf der Kulturen und der missionarische Eifer, mit dem die bürgerlichen Werte in aller Welt verbreitet werden. Verdient machen sich dabei nicht nur wie zu Beginn der Kolonialisation die christlichen Kirchen, sondern verstärkt die sogenannten Nicht-Regierungsorganisationen. Glaubensfreiheit schließlich hat man zum Menschenrecht gemacht. Das Ergebnis ist dasselbe: wer auf deren gutgemeinte Ratschläge nicht hört, riskiert, statt zum Ketzer jetzt zum Schurkenstaat erklärt zu werden.

150 Jahre reichten aus, um die bürgerlichen, also auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Wertvorstellungen zu „allgemein-menschlichen“ zu machen, den „richtigen“, mit denen man den Rest der Welt beglücken muß.

Obwohl es ein Grundprinzip des historischen Materialismus ist, den Kapitalismus in der historischen Folge der Produktionsweisen zu begreifen, denkt man selten darüber nach, wie sehr die kapitalistische Wirtschaftsweise die Welt verändert hat und wie richtig das Manifest immer wieder auf die revolutionäre Rolle der Bourgeoisie verweist.

Fortschritt ist nie umsonst zu haben. Noch im Zeitalter der Barbarei schlug man gefangenen Feinde entweder tot oder man adoptierte sie in die eigene Sippe. Es war ein Fortschritt, zweifellos, als man damit aufhörte. Auch dieser Fortschritt aber war ökonomisch bedingt. Man ließ den Feind künftig für sich arbeiten, denn die Arbeitskraft schaffte mehr als der arbeitende Mensch verbrauchte. Aber es kam nicht nur der Totschlag, sondern auch die Adoption außer Gebrauch und die Sklaverei war geboren.

Die proletarische Revolution läßt zu recht für die Bourgeoisie und ihren Anhang nur schlimmes erwarten. Klar, daß sie diesen Fortschritt für viel zu teuer halten.

Und wie sieht der kapitalistische Fortschritt der letzten dreihundert Jahre aus? Im Positiven folgen wir Marx. Die Entwicklung der Produktivkräfte, die Verwohlfeilerung der Waren, die Warenmassen.

Die bürgerliche revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft beschränkt sich ja keineswegs auf die politischen bürgerlichen Revolutionen, die der Bourgeoisie die Vorherrschaft in der Gesellschaft sichern und die feudalen Rechte mehr oder minder beseitigten. Die eigentliche, viel schwerer wiegende Umwälzung ist die danach einsetzende immer vollständigere Kapitalisierung der Gesellschaft. Indem die kapitalistische Produktionsweise

sich durchsetzt, beseitigt sie alle Reste vergangener Produktionsweisen.

Heute, hier in Deutschland, ist die Umwandlung fast vollständig. Bauern im alten Sinne gibt es kaum noch. Die landwirtschaftlichen Produktion ist fast völlig kapitalisiert und der Zentralisierungsprozeß schreitet fort. Jeder Arzt muß seine Praxis wie ein kapitalistisches Unternehmen führen. Die Arbeitskraft ist eine Ware, Angebot und Nachfrage entscheiden. Das trifft inzwischen nicht nur die Proletarier, also die traditionellen Handarbeiter, sondern immer mehr auch die Intelligenz einschließlich der sogenannten freien Berufe. Diese Mittelschichten rutschen ab ins Proletariat. Man hat die Wahl: Entweder läßt man sich ausbeuten, stellt also seine Arbeitskraft gegen Bezahlung zur Verfügung, oder man beutet sie auf eigene Verantwortung aus und kauft, wenn es nicht reicht, weitere Arbeitskraft hinzu.

Die Freiheit ist grenzenlos.

Marx gebraucht den Begriff doppelt freier Lohnarbeiter. Das meint, der Arbeiter ist persönlich frei, seine Arbeitskraft jedwedem Käufer zu verkaufen, und er ist frei von Produktionsmitteln. Diese Freiheit von Produktionsmitteln ist für den Arbeiter nicht unbedingt eine positive Wirkung der kapitalistischen Freiheit, denn sie erst zwingt ihn zum Verkauf seiner Arbeitskraft. So ist die Freiheit beschaffen: Die persönliche Freiheit des Proletariers führt unausweichlich zu seiner ökonomischen Abhängigkeit vom Kapital, zur Lohnsklaverei. Bedingt durch die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals „werden Arbeitsplätze immer teurer“ und damit knapper. Die Massenarbeitslosigkeit wird zum Dauerzustand. Weil es dem Kapital nicht zuzumuten ist, nach der Arbeitskraft zu gehen, verlangt man vom Arbeiter, also von jedem, der mangels Produktionsmittel gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen, er möge sich nach den Bedürfnissen des Kapitals richten, „flexibel“ sein. Die Unsicherheit wird allgemein. Am besten, man läßt es laufen und lebt nur noch für den heutigen Tag: Alkohol, Drogen und billige Unterhaltung sind gefragt.

Die Auflösung der mittelalterlichen Produktionsfamilie ist beendet. Dahin führt kein Weg mehr zurück. Geblieben ist die Kernfamilie, nicht einmal mehr besonders stabil, weil selbst da die ökonomische Grundlage fehlt. Der Arbeiter kann objektiv nicht die Verantwortung für eine Familie übernehmen, weiß er doch nicht, ob während der langen Jahre, bis die Ausbildung der Kinder abgeschlossen ist, seine Arbeitskraft noch einen Marktwert hat.

Marx nennt diese Art Freiheit ökonomische Hörigkeit. Und wenn der erschütterte Marx den Kinderreichtum der ärmsten Arbeiterfamilien zu seiner Zeit wie folgt kommentiert: *„Es erinnert an die massenhafte Reproduktion individuell schwacher und vielgehetzter Tierarten.“,* so ist das nur die Kehrseite der heutigen Zustände, die die arbeitende Klasse zwingt, auf Kinder zu verzichten und die Gesellschaft so sehr altern läßt, daß nicht einmal mehr die einfache Reproduktion gesichert ist.

Sehr stabil also kann man die kapitalistische Produktionsweise nicht nennen. Sie ruiniert die Arbeitsbevölkerung, es ändert sich nur die Art und Weise, wie die Leute zugrunde gerichtet werden. Es geht auch ohne absolute Verelendung.

Während der vorkapitalistischen Zeiten war ein langsames Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Die Gesellschaft lebte in überlieferter Gebundenheit, die Sicherheit gab: das Leben war überschaubar. Der Mensch hatte seinen Platz, wenn auch nicht immer den

besten. Dem machte die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse durch das Kapital ein Ende. Das Wiederaufleben der religiösen Bewegungen z. B. in den islamistischen Ländern ist eine Antwort auf die Verarmung und Unsicherheit des Lebens infolge der Durchsetzung des Kapitalismus. Sie wollen zurück, weil der Weg nach vorn versperrt erscheint und man unter kapitalistischen Verhältnissen nicht leben kann, besonders, wenn man nicht zu den „führenden Industriestaaten" zählt.

Nun hat aber der Kapitalismus in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg bewiesen, er kann auch eine Wohlstandsgesellschaft sein. Die Erklärung ist einfach: Der Arbeitslohn als Preis der Arbeitskraft hat die Reproduktion der Arbeiter zu sichern. Und zwar die Reproduktion der Arbeiter als Klasse. Marx schon erklärt, daß zu den Reproduktionskosten die Kosten für den Lebensunterhalt und die Ausbildung der Kinder gehören. Und will man, daß die Arbeiter der sozialistischen Versuchung widerstehen, gebietet der Erhalt einer ausbeutbaren Arbeiterklasse, das materielle Lebensniveau wenigstens im Schnitt nicht unter das des Sozialismus abzusenken. Der kapitalistische Wohlfahrtsstaat ist eine Maßnahme, zu der die Konkurrenz mit der sozialistischen Produktionsweise zwingt, ist also so verstanden Klassenkampf der Bourgeoisie gegen das Proletariat im internationalen Maßstab.

Das ist jetzt vorbei, der Lohn wird wieder ganz nach Marx' „Kapital" bestimmt und sinkt real, seit die sozialistische Konkurrenz verschwunden ist.

Nach der „Wende" war die Irritation allgemein. Man mußte sich selbst und anderen erklären, was denn eigentlich geschehen ist, warum die höher entwickelte Gesellschaft unterliegen konnte. Jetzt, nachdem sich normale kapitalistische Verhältnisse durchgesetzt haben, sollte der Kopf wieder klar sein.

Wer heute noch vom „Dritten Weg" redet, der richtet sich im Rahmen der herrschenden Ideologie ein, die alles duldet und pflegt, was den Bestand des Kapitalismus nicht gefährdet. Der dritte Weg ist kein Weg zum Sozialismus, das sollte als bewiesen gelten, denn er wurde zum Schaden der Menschen oft genug probiert. Gleiches gilt von der Reformfähigkeit des Kapitalismus. Der Bourgeoisie jedenfalls ist das klar. Sie zieht ihren Nutzen aus solchen weltfremden Träumen. Gefährlich wird der herrschenden Klasse nur ein kampfentschlossenes Proletariat. Sollen also die Arbeiter ruhig an die Reformfähigkeit und Ewigkeit des Kapitalismus als der einzig „normalen" Gesellschaftsform glauben. Die, die solches predigen, haben ihr Auskommen in dieser Gesellschaft und sind glücklich, daß sie nicht der Zensur unterliegen, welchen Unsinn sie auch verzapfen. Die Freiheit der Wissenschaft ist gesichert, ganz im Gegensatz zu den realsozialistischen Verhältnissen; dort nämlich hätten sie Ärger bekommen.

Kein Wunder, daß es diesen Leuten unter den hiesigen Bedingungen besser gefällt.

Geht Sozialismus zu machen? Die Notwendigkeit der revolutionären Ablösung der alten kapitalistischen Gesellschaft bleibt nach wie vor bestehen. Daran hat sich seit Marxens Zeiten nichts geändert. Sie ist sogar dringender denn je in dem Maße, wie alle trostreichen Illusionen, die man sich über den Kapitalismus machte, an der schnöden Praxis scheitern. Wird Marx' Kapitalismuskritik akzeptiert, ist auch klar, daß der Kapitalismus eine historisch begrenzte Epoche ist. Er wird und muß verschwinden, wenn die Menschheit vorwärts kommen will. Heute kann man sogar warnen: wenn die Menschheit überleben

will, denn der Kapitalismus ist zu einer allgemeingefährlichen Angelegenheit geworden. Es geht keineswegs mehr nur um die Lebensverhältnisse der ausgebeuteten Klassen.

Ja, aber – 40 Jahre DDR-Sozialismus und 70 Jahre Sowjetsozialismus sind zu einem Nichts zusammengeschrumpft. Es bleibt nicht anderes übrig, als die Erfahrungen dieser Jahre zu sichten und auszuwerten und sie an der marxistisch-leninistischen Theorie zu messen.

1.3 Was ist Kommunismus und wie ist er zu machen?

Das Problem erweist sich als schwierig, wie alles, was man noch nicht richtig begriffen hat. Kommunismus in reifer Form ist noch nie in der Geschichte erreicht worden. Wohl aber Sozialismus, der die erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation ist, damit der kommunistischen Gesellschaftsformation angehört und nach ihren Gesetzen funktionieren muß.

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt eine Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“ (Marx, Kritik am Gothaer Programm)

Der Sozialismus, wenn auch eine „relativ selbständige“ Gesellschaftsordnung, muß sich als Übergangsperiode in Richtung Kommunismus bewegen. Tut er das nicht, hört er auf, revolutionär zu sein, und begnügt er sich mit der Erhaltung des Status quo, riskiert er seinen Bestand. Der Sozialismus ist nur „relativ selbständig“, weil er eine Periode der revolutionären Umwandlung in Richtung des vollendeten Kommunismus ist. Sozialismus ist unvollendeter Kommunismus, steht zum Kommunismus aber ganz und gar nicht im Gegensatz. Was der Sozialismus tun muß: die kapitalistischen Reste in der Produktion und in der Gesellschaft immer weiter zurückdrängen und sie ersetzen, indem die sozialistische/kommunistische Produktionsweise immer mehr ausgeweitet wird.

Marx und Engels gebrauchen die Begriffe Sozialismus und Kommunismus synonym. Marx, haben wir gesehen, begrüßt die Pariser Kommune so: *„Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner. Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt. – Aber dies ist der Kommunismus, der ‚unmögliche‘ Kommunismus!“*

Für Marx also beginnt die kommunistische Produktionsweise mit der proletarischen Revolution und der Inbesitznahme von Produktionsmitteln, Erdboden und Kapital. Es ist gar nicht einzusehen, daß wir schon hier, ganz am Anfang, den Marx verbessern sollen.

Bei Marx und Engels ist alles klar, für die beiden war Kommunismus das Vernünftige. Bemerkenswert ist, daß sie die gesellschaftlichen Zustände und die Produktivkraftentwicklung schon Mitte des 19. Jahrhunderts für reif genug hielten. Marx fand sogar, daß der Kapitalismus bereits die Produktivkraftentwicklung hemmt.

Die mangelnde Reife des Kapitalismus ließ manchen bereits an der Machbarkeit des Sozialismus im rückständigen Rußland zweifeln. Nur die Bolschewiki, als konsequente

Marxisten, zweifelten nicht. Ein Merkmal der wissenschaftlichen Weltanschauung ist es ja gerade, über den Tag der Revolution hinauszudenken. Ziel der sozialistischen Revolution ist eben nicht nur die Beseitigung der alten bürgerlichen Herrschaft, sondern ausdrücklich die Errichtung der sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft. Leicht war die Aufgabe nicht, aber lösbar. Abenteurertum ist dem Kommunismus fremd. Was zu machen war, hatten die Klassiker in groben Zügen dargestellt:

- Errichtung der Diktatur des Proletariats
- Expropriation der Expropriateure. Marx schließlich hat nachgewiesen, daß das kapitalistische Eigentum keineswegs „rechtmäßig" erworben ist, sondern nur mittels Ausbeutung entsteht.
- Damit Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum. Praktisch wird das geregelt über Nationalisierung der wichtigsten Industrien. Der Staat, immerhin, ist nach der sozialistischen Revolution kein bürgerlicher mehr, sondern die Diktatur des Proletariats.
- Organisation der Produktion nach einem gesamtgesellschaftlichen Plan
- Abschaffung der Warenproduktion und des Geldes nach einer gewissen Übergangsperiode
- Aufhebung des Unterschieds zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit
- Schließlich Absterben des Staates.

Voraussetzung für einen erfolgreichen sozialistischen Aufbau im speziellen Fall Rußland war die Schaffung einer modernen Großindustrie, die *„Elektrifizierung des ganzen Landes"* und, laut Lenin, eine Arbeitsproduktivität, die die kapitalistische übertraf. Erst dann sei der Sieg gesichert.

Lenins prägnanteste Formulierung steht in der „Großen Initiative": *„Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus hat eine Arbeitsproduktivität geschaffen, wie sie unter dem Feudalismus unbekannt war. Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft."*

Ein paar Seiten vorher ist zu lesen: *„Die ökonomische Grundlage dieser revolutionären Gewalt (der Diktatur des Proletariats), die Gewähr für ihre Lebensfähigkeit und ihren Erfolg besteht darin, daß das Proletariat einen im Vergleich zum Kapitalismus höheren Typus der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit repräsentiert und verwirklicht. Das ist der Kern der Sache. Darin liegt die Quelle der Kraft und die Bürgschaft für den unausbleiblichen vollen Sieg des Kommunismus."*

Das ist entspricht vollständig den von Marx ausgearbeiteten Grundsätzen und diese Theorie, eben der Marxismus, die Weltanschauung des Proletariats, mußte die Politik nach der Revolution bestimmen.

Diese höhere Arbeitsproduktivität des Sozialismus, gemessen an der Weltspitze, haben wir nicht erreicht. Es hilft nicht, uns zu trösten, daß es trotzdem ganz gut lief, daß jeder satt war und sich keine Sorgen um den morgigen Tag zu machen brauchte. Diese unbestrittenen Vorzüge des Sozialismus sollten doch den Fortschritt nicht bremsen. Und gar zu argumentieren, daß wegen des kapitalistischen Raubbaus an Natur und Umwelt –

wer redet noch vom Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft? – es ein sozialistischer Vorzug wäre, wenn alles etwas langsamer gehe, das ist völlig falsch. Denn im Sozialismus wird ja nicht produziert um der Produktion willen und schon gar nicht, um Gewinn zu machen. Die sozialistische Gesellschaft hat zu produzieren, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Sozialismus hat den Lebensstandard zu heben und zu sichern, daß immer weniger Arbeit für die Produktion der benötigten Gebrauchswerte aufgebracht werden muß, ganz nach Marx: Der wahre Reichtum der Gesellschaft ist die frei disponible Zeit!

2 Die Theorie wird in der Praxis erprobt

2.1 Die Oktoberrevolution

Sieht man von der Pariser Kommune ab, die ja nur drei Monate Bestand hatte, war die Oktoberrevolution die erste proletarische und damit sozialistische Revolution der Welt. Damit dient sie sozusagen als klassisches Beispiel. Ein Glücksfall dieser russischen Revolution war, daß sie mit Lenin einen Führer hatte, der nicht nur ein entschlossener Praktiker, sondern auch ein ausgezeichneter Theoretiker des Marxismus war. Unter Lenins Führung, keine Frage, wurde erst einmal alles richtig und nach dem Marxismus gemacht.

Der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß (7/8. November 1917) nimmt die ersten Gesetze der Sowjetmacht an:

Das Dekret über den Frieden und das Dekret über den Grund und Boden.

Es folgen am

- 11. November: Dekret über Einführung des Achtstundentages, Dekret über Aufhebung der Stände – der russischen feudalen Reste
- 14. November: Verordnung über Arbeiterkontrolle; ein wichtiger Schritt zur Nationalisierung der Großindustrie, denn damit war nach Lenin eine „Kontrolle über Produktion und Verteilung“ herzustellen
- 2. Dezember: Bildung des Obersten Volkswirtschaftsrats als Organ zur Leitung des gesamten wirtschaftlichen Aufbaus
- 7. Dezember: Bildung Tscheka gegen Konterrevolution und Sabotage
- 27. Dezember: Nationalisierung der Banken (Bemächtigung des Kredit- und Geldsystems. Es wurden alle zaristischen Anleihen annulliert)
- Annullierung der Staatsschulden („Abschütteln des finanziellen Jochs“)
- 12. Januar 1918: Staatsmonopol für den Handel mit Gold
- 22. April: Dekret über Nationalisierung des gesamten Außenhandels
- 6. Mai: Direktive über Aufbau eines neuen Industriezentrums im Ural und Kusnezkbecken
- 11. Juni: Dekret über Gründung der Komitees der Dorfarmut
- 28. Juni: Dekret über die Nationalisierung der gesamten Großindustrie und der Eisenbahn.

Der kurze Maßnahmenkatalog zeigt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, daß die Weichen ganz nach Marx und Engels gestellt wurden. Erstens wurde die feudalen Reste beseitigt. Die Enteignung des großen Grundeigentums, die Aufhebung der Stände, die Gleichberechtigung der Frau, das sind samt und sonders Aufgaben der bürgerlichen Revolution.

Aber selbstverständlich ging die Sowjetmacht weiter. Die Nationalisierung des Bodens folgt Marx: *„Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird*

das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen.“ (Kapital, III, S. 784). Selbstverständlich ist „Abgeschmacktheit“ kein Grund. Die progressivste bürgerliche Losung ist das (bürgerliche) Eigentum des Bauern an seinem Hof. Damit entsteht eine Klasse kleiner Grundeigentümer, die im Besitz des wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionsmittels ist. Aber damit ist der Entwicklungsprozeß natürlich nicht abgeschlossen. Unter kapitalistischen Verhältnissen erfolgt eine Differenzierung. Marx zum kleinen Grundeigentum: Das *„... setzt voraus, daß die bei weitem überwiegende Majorität der Bevölkerung ländlich ist und nicht die gesellschaftliche, sondern die isolierte Arbeit vorherrscht.“* Das entsprach völlig den Zuständen in Rußland 1917. Marx setzt fort: *„... daß daher der Reichtum und die Entwicklung der Reproduktion, sowohl ihrer materiellen wie geistigen Bedingungen ausgeschlossen ist ...“* Das kleine Grundeigentum schaffe *„eine halb außerhalb der Gesellschaft stehende Klasse von Barbaren ...“* (ebd. S. 821). Wie diese Klasse sich kapitalistisch differenziert, diesen Leidensweg hat Lenin in „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ untersucht.

Das aber war völlig indiskutabel, das konnte nicht im Interesse des herrschenden Proletariats sein. Es ging nicht an, die Bauernschaft auf dem Weg zum Sozialismus nicht mitzunehmen, sie *„außerhalb der Gesellschaft“* und die Entwicklung dem Selbstlauf zu überlassen. Das widersprach Lenins Bündnispolitik zwischen Proletariat und werktätigen Bauern und damit der Erkenntnis, daß es unmöglich ist, eine neue Gesellschaft zu errichten, wenn man sich nicht auf die Mehrheit der Bevölkerung stützen kann. Die beiden Hauptklassen müssen sich auf den sozialistischen Weg machen. Schon bei Lenin ist klar, daß dieser sozialistische Weg für die Bauern zur gemeinschaftlichen Großwirtschaft führen muß, wenn auch die Verhältnisse den massenhaften Übergang dazu gleich nach der Oktoberrevolution nicht gestatteten. Vom Plan genommen hat Lenin die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft nie.

Die Übergabe enteigneten Gutbesitzerlandes als Eigentum an die Bauern kann auf dem Weg zur sozialistischen Landwirtschaft nur eine Etappe sein. Allerdings sind damit die Bauern im Besitz des wichtigsten Produktionsmittels. Nationalisierung des Grund und Bodens und Übergabe zur Nutzung an die Bauern ist der konsequentere Weg, wenn man ihn gehen kann, ohne das Bündnis des Proletariats mit der Klasse der Bauern infrage zu stellen. Aber trotz Nationalisierung entstehen erst einmal kleine Bauernwirtschaften und der Weg zur landwirtschaftlichen Großproduktion ist noch weit. Ökonomisch ist die kleine Bauernwirtschaft dem landwirtschaftlichen Großbetrieb unterlegen, wie selbstverständlich auch Lenin wußte. Bei der Enteignung der Gutsbesitzer wurden deshalb nicht alle Güter aufgeteilt und in Kleinbauernwirtschaften umgewandelt. Es entstanden auf dem Land aus einigen Gütern, die eine entwickelte Landwirtschaft betrieben hatten, Sowjetgüter als Staatseigentum (Sowchosen), die nach den Prinzipien der verstaatlichten Industrie geführt wurden. Das diente dazu, Errungenschaften der Agrikultur zu pflegen und zu nutzen sowie Mustergüter zu schaffen, die die Bauernschaft unterstützten und ihr tagtäglich die Vorteile der entwickelten Landwirtschaft vor Augen zu halten. Für die Bauern als Klasse allerdings war der Sowchos kein Weg zum Sozialismus.

Die Nationalisierung der Industrie ist schwieriger als die des Grund und Bodens. Kurz vor der Oktoberrevolution dachte Lenin über die Aufgabe nach: *„Die Konfiskation des*

Tabelle 2.1

Gliederung Volksvermögen (1924)		Staatlich	kooperativ	privat	Summe
Landwirtschaft		23,6	–	6576,1	6599,7
Darunter:	*Zugvieh*	*16,4*	–	*2486,4*	*2502,8*
	Übr. Vieh	*7,2*	–	*2431,3*	*2438,5*
	Inventar	–	–	*1634,8*	*1634,8*
Industrie		5438,2	169,4	566,1	6173,7
Bauten		6171,7	–	14433,2	20604,9
Transport		6050,3	–	–	6050,3
Darunter:	*Eisenbahn*	*5330,3*	–	–	*5330,3*
Boden		59630,3	–	–	59630,3

(alles in Mill. Rubel)

Eigentums der Kapitalisten wird nicht einmal der ‚Kernpunkt‘ der Sache sein, sondern die allumfassende, vom ganzen Volk getragene Arbeiterkontrolle über die Kapitalisten und ihre möglichen Anhänger. Mit der Konfiskation allein ist es nicht getan, denn sie enthält kein Element der Organisation, der Rechnungsführung über die richtige Verteilung. Die Konfiskation können wir leicht durch die Erhebung einer gerechten Steuer ersetzen … – wichtig ist nur, daß es unmöglich gemacht wird, sich der Rechenschaftslegung auf irgendeine Weise zu entziehn. Diese Möglichkeit wird aber nur durch die Arbeiterkontrolle des Arbeiterstaates ausgeschaltet werden.“ (Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?)

Der großangelegten Nationalisierung muß also die Bildung geeigneter Strukturen zur Leitung der Volkswirtschaft vorausgehen. Nicht umsonst lobt Lenin den Staatskapitalismus für seine Organisiertheit. Wie gesagt, die proletarische Revolution beschränkt sich nicht aufs Zerstören, ihr Werk ist der Aufbau, die Organisation, will sie sich den Namen sozialistische Revolution verdienen.

Trotzdem ging die Nationalisierung nach der Oktoberrevolution zügig voran. Am 1. Oktober 1924 gliedert Strumilin das Volksvermögen der UdSSR nach Wirtschaftssektoren wie in Tabelle 2.1 dargestellt. Die Zahlen zeigen: Privatvermögen in nennenswertem Umfang gab es nur noch in der Landwirtschaft und bei Wohngebäuden. Die verstaatlichte Landwirtschaft sind die Sowchose. Man sieht, wie gering deren Anteil gegenüber den Einzelbauern ist. Die Eigentumsfrage war damit sieben Jahre nach der Oktoberrevolution geklärt, und zwar mittels Konfiskation und Arbeiterkontrolle in einer Übergangsperiode.

Die Arbeiterkontrolle ist außerdem Ausdruck der Diktatur des Proletariats. Die Arbeiter sollen und werden so zur wirtschaftlichen und politischen Tätigkeit erzogen, die ja nicht mehr ausschließlich von Staatsangestellten (wie in vorsowjetischen Zeiten) erledigt werden soll. Die Arbeiterkontrolle ist gleichzeitig Ausdruck der proletarischen Demokratie, einer so weitreichenden Demokratie, wie sie in bürgerlichen Staaten unerreichbar ist. Die Arbeiterkontrolle ist damit Klassenkampf.

Klassenkampf ist auch die Gründung der Komitees der Dorfarmut. Die Bauernschaft ist bekanntlich eine heterogene Klasse und das Proletariat orientierte sich in der Bündnispolitik auf die Teile der Bauernschaft, die dem Proletariat am nächsten stehen. Hier zeigt sich, daß die bolschewistische Partei nicht gesonnen war, den Klassenkampf auf dem Lande auszusetzen. Diese Kompromißlosigkeit geht auf Lenin zurück.

Zu Beginn des Bürgerkriegs zwang die Lage zu Notmaßnahmen. Es erfolgte der allmähliche Übergang zum Kriegskommunismus mit

- vollständiger Zentralisierung der Produktion und Verteilung
- allgemeiner Arbeitspflicht
- staatlichem Getreidehandelsmonopol
- der Pflichtablieferung von Getreide und Futtermitteln
- dem Verbot des Privathandels mit Getreide.

Man sagt heute, daß sei notwendig gewesen, um alle Ressourcen des Landes für den militärischen Kampf zu mobilisieren. Das ist unbestritten. Aber schon im Oktober 1917, vor dem Bürgerkrieg, vor der Revolution, heißt es bei Lenin (Werden die Bolschewiki . . .): *„Die Mittel und Waffen dazu hat uns der kriegführende kapitalistische Staat selbst in die Hand gegeben. Diese Mittel sind: Getreidemonopol, Brotkarte, allgemeine Arbeitspflicht. ‚Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen!' – das ist die grundlegende, allererste und wichtigste Regel . . . "*

Man kann also voraussetzen, daß Lenin die Maßnahmen des Kriegskommunismus als notwendige Regelungen für den Beginn des sozialistischen Aufbaus kurz nach der Revolution ansah. Im April 1918 (Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht) verlangt er Rechnungsführung und Kontrolle, Arbeitspflicht, Festigung der Staatsmonopole, u. a. des Getreidemonopols, die Nationalisierung der Banken, das Außenhandelsmonopol.

Die Schwierigkeiten der Folgezeit liegen weniger an fehlerhaften Maßnahmen als an der Zerrüttung der Wirtschaft. Hatte der imperialistische Krieg Rußland schon über Gebühr beansprucht, so gingen der Bürgerkrieg und die Intervention an die Substanz auf allen Gebieten und brachte die Sowjetrepublik dahin, daß es ums nackte Überleben ging. Nicht die „vollständige Zentralisation" des Getreides war das Übel, nein, die kriegsbedingte Notwendigkeit, den Bauern selbst durch die Ablieferungspflicht zum Hungerdasein zu verurteilen, um die Armee und die Städte ernähren zu können. Ganz Rußland war auf Hungerration gesetzt, vom Überfluß keine Spur.

Ohne Zentralisierung wäre das Überleben infrage gestellt worden.

Über die Notwendigkeit der Planung, die zum Sozialismus gehört wie die zentrale Leitung, bestand allgemein Einigkeit (Marx, Kapital: *„Die Sache reduziert sich einfach darauf, daß die Gesellschaft im voraus berechnen muß, wieviel Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel sie ohne irgendwelchen Abbruch auf Geschäftszweige verwenden kann, die, wie der Bau von Eisenbahnen z. B., für längere Zeit, ein Jahr oder mehr, weder Produktionsmittel noch Lebensmittel, noch irgendeinen Nutzeffekt liefern, aber wohl Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel der jährlichen Gesamtproduktion entziehn."*) Zentralisation allein ist noch nicht Planung. Auf der Tagesordnung stand die sozialistische Umgestaltung der gesamten Wirtschaft nach einem gesamtgesellschaftlichen Plan nicht nur für den nächsten Tag.

Am 21. Februar 1920 wurde die GOELRO-Kommission gebildet und der VIII. Ge-

samtrussische Sowjetkongreß (22.–29. Dezember 1920) nahm den GOELRO-Plan an. Im Februar 1921 erfolgte die Bildung der Staatlichen Plankommission, um die Wirtschaftsleitung in den Griff zu bekommen und die Vorzüge des Sozialismus zur Geltung zu bringen.

2.2 Ihr Optimismus

Seit längerer Zeit schon finde ich an der Oktoberrevolution nicht die Schüsse der Aurora oder Tschapajew am erstaunlichsten, sondern den Mut, daranzugehen, das bettelarme rückständische Rußland mit seiner halb analphabetischen Bevölkerung sozialistisch umzubauen und dabei überzeugt zu sein, daß man diesen Kampf gewinnen wird.

Worüber beklagen wir uns eigentlich? Schlechtere Bedingungen sind ja gar nicht denkbar.

Illusionen machten sie sich nicht. Lenin: *„Aber das bewahrt uns in keiner Weise davor, daß wir über das unzureichende Kulturniveau der Massen stolpern.“* (VIII. Parteitag) *„... es ist begreiflich, daß oftmals völlige Niedergeschlagenheit und völliger Verfall jeder Organisiertheit absolut unvermeidlich waren. Hier einen raschen Übergang fordern oder darauf zu hoffen, daß Veränderungen in dieser Hinsicht mit einigen Dekreten erreicht werden können, wäre ebenso absurd, wie wenn man durch Aufrufe versuchen wollte, einem halbtot geprügelten Menschen geistige Frische und Arbeitsfähigkeit zu verleihen. Nur die Sowjetmacht, die von den Werktätigen selbst geschaffen wird und die mit der fortschreitenden Gesundung unter den werktätigen Massen rechnet, wird imstande sein, in dieser Hinsicht einen grundlegenden Wandel zu schaffen.“* (Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht) *„Der russische Mensch ist ein schlechter Arbeiter im Vergleich mit anderen Nationen.“* (ebd.)

Die neuen Gerichte solle für die Durchsetzung von Disziplin und Selbstdisziplin sorgen. Aber mit den Menschen, wie sie nun mal eben sind, wie sie aus der alten kapitalistischen Gesellschaft kommen, muß der Sozialismus aufgebaut werden, was denn sonst? In der „Großen Initiative“ steht die Begründung: *„Die Diktatur des Proletariats ist ... nicht bloß Gewalt gegenüber den Ausbeutern und sogar nicht einmal hauptsächlich Gewalt. Die ökonomische Grundlage dieser revolutionären Gewalt, die Gewähr für ihre Lebensfähigkeit und ihren Erfolg besteht darin, daß das Proletariat einen im Vergleich zum Kapitalismus höheren Typus der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit repräsentiert und verwirklicht ... Die kommunistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, zu der der Sozialismus ein erster Schritt ist, beruht ... auf der freien und bewußten Disziplin der Werktätigen selbst ...“*

Strumilin, einer der wenigen Bolschewiki in der Plankommission, beschreibt die Zustände aus seiner Sicht und illustriert die schwere Lage. 1921 ermittelt er, daß der Lohn nur noch 40 % der Vorkriegsnorm beträgt, sich folglich die Ernährungslage verschlechtert hat – kein Wunder, daß die Arbeitsproduktivität gesunken ist. Als gelernter Statistiker rechnet er auch aus, wann der Stand Null erreicht wird – bei 2000 kcal pro Tag. Die staatliche Plankommission legt die Normalration für Arbeiter fest, aufgrund der Getreidebilanz. Der erste Schritt, die Arbeitsproduktivität zu heben, ist die bessere Ernährung der Arbeiter.

1925 schreibt Strumilin: *„In einer bestimmten Übertreibung ist der Optimismus eine gesunde Grundlage. Jedenfalls steht den Ideologen der Klasse, die nichts zu verlieren hat außer ihren Ketten, aber die ganze Welt zu gewinnen, ein bestimmter sozialer Optimismus wesentlich besser zu Gesicht als der hoffnungslose Pessimismus überlebter Klassen ...“*

„Unsere Überzeugung vom endgültigen Sieg des Sozialismus begründet sich immer vor allem darauf, daß der Sozialismus die produktivste Form der Wirtschaft ist. Wir wissen bestimmt, daß in der historischen Abfolge der Wirtschaftsformen immer die produktivste von ihnen den Sieg davontrug.“

Anfangs sah es gar nicht so aus. Strumilins gelassener Lagebericht lautet: *„Es ist nicht verwunderlich, daß in den ersten Tagen nach der Revolution, als die Arbeiter sich endlich als Herren der Lage fühlten, sie auch unverzüglich ihren Sieg durch die Erleichterungen der Bedingungen für ihre qualvolle Arbeit realisieren wollten. Eine ihrer ersten Forderungen bestand darin, die Geschwindigkeit einiger Arbeitsmechanismen um 10 bis 20 % zu vermindern. Ferner wurde etwa im gleichen Verhältnis der Arbeitstag verkürzt, und es wurde die Akkordlohnsätze abgeschafft, die die Intensität der Arbeitsstunde auf das Doppelte oder nahezu das Doppelte erhöhten. Die Autorität der Unternehmer und ihrer nächsten Helfershelfer aus der Administration sank auf ein Minimum. Ingenieure und Meister wurden mitunter auf Schubkarren aus den Betrieben auf die Müllkippen hinauskomplimentiert. Wenn auch dabei nicht wenig wirklich unnützer kapitalistischer Müll dorthin gebracht wurde, so verließen doch zusammen mit diesem Müll nicht selten auch solche für den Betrieb nützlichen Dinge den Betrieb wie die Arbeitsdisziplin. Die Arbeiter bekamen auf diese Weise eine gewisse Atempause. Doch die Arbeitsproduktivität sank noch tiefer, mitunter betrug sie nur noch ein Zehntel vom Stand in der ‚guten alten Zeit des Kapitalismus‘. Die ‚alte Zeit‘ war jedoch niemals gut für den Arbeiter gewesen. Das russische Proletariat hatte keine Lust, zu ihr zurückzukehren.“*

Zur Rationalisierung der Arbeit erklärt er 1920: *„Der Hauptfehler im Kampf für eine hohe Produktivität der Arbeit muß darin gesehen werden, daß wir bis heute in diesem Kampf die ganze Zeit über den Weg des geringsten Widerstands gegangen sind, was gleichzeitig auch der der geringsten Möglichkeiten und minimalen Ergebnisse ist ... Die Bewegung zur Erhöhung der Intensität der Arbeit kam von unten, von den Arbeitern selbst über ihre Gewerkschaftsverbände ... Aber es erwies sich als ziemlich unzulänglich ... Die Rationalisierung der Wirtschaft, die Konzentration aller Mittel und Kräfte dort, wo sie in bester Weise genutzt werden können, das ist die Aufgabe des Tages. Ein einheitlicher kluger Wille, ein einheitlicher Wirtschaftsplan, das ist es, worin sich das Lager der dicken Brieftaschen in der ganzen Welt nicht mit uns vergleichen kann.“*

Wenn man sich auf Autoritäten beruft, dann sollte man auch erklären, warum man sie für solche hält. Strumilin also, der uns noch jede Menge zu sagen hat, geboren 1877, gestorben 1974 im biblischen Alter, in der revolutionären Arbeiterbewegung seit 1897, schon lange vor der Oktoberrevolution Bolschewik, mußte Jahre im Gefängnis zubringen. Der Staatlichen Plankommission gehörte er vom ersten Tage an. Im Großen Vaterländischen Krieg kehrte er von der wissenschaftlichen Arbeit in die Plankommission zurück. In der Sowjetunion zählte er zu den herausragendsten Ökonomen, war Akademiemitglied und zu Lebzeiten schon eine Autorität. Selbst während der ökonomischen Diskussion

Ende der 50er Jahre, die hitzig und teilweise unfair geführt wurde, erfrechte sich meines Wissens keiner gegen Strumilin.

Marx und Lenin können sich der Verehrung dieses guten Menschen erfreuen, z. B. so: *„Übrigens müßte jeder Marxist auch ohne die Akademie der Wissenschaften mit den Problemen des Wertes fertig werden, wenn er über den unerschöpflichen Reichtum der drei Bände des ‚Kapitals' verfügt."*

2.3 Die neue ökonomische Politik (NÖP)

Sie wird oft als Wende, als Korrektur des Kriegskommunismus bezeichnet.

Wir fragen: Was wurde aus welchen Gründen geändert oder zurückgenommen und warum? Ließ sich Lenin nach den Erfahrungen des Kriegskommunismus belehren, daß es nach dem bisherigen Erkenntnisstand nicht geht und änderte er seine grundsätzlichen Ansichten?

Letztere Frage wird aufgezwungen durch die ökonomischen Diskussionen in der Sowjetunion und durch die Nach-Wende-Legende, die Kriegskommunismus und NÖP in krassen Gegensatz stellt. Der Gegensatz aber, der unversöhnliche, ist der zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Wir wollen da nichts verwischen und vernebeln, wir wollen klar sehen.

Im Frühjahr 1921 beschloß der X. Parteitag die Einführung der Naturalsteuer. Damit begann die NÖP. Lenins Begründung auf dem Parteitag: *„Die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Steuer ist vor allem ... eine politische Frage, denn der Kernpunkt dieser Frage besteht in dem Verhältnis der Arbeiterklasse zur Bauernschaft ... Wir wissen, daß nur eine Verständigung mit der Bauernschaft die sozialistische Revolution in Rußland retten kann ... Die Bauernschaft besteht heute weit mehr aus Mittelbauern als früher, die Gegensätze haben sich abgeschliffen ..., dem Kulaken hat man die Flügel gestutzt und ihn zu einem ganz erheblichen Teil expropriiert ... Wenn jemand unter den Kommunisten davon geträumt hat, daß sich in drei Jahren die ökonomische Basis ... des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs umgestalten lasse, so war er natürlich ein Phantast."*

Die ökonomische Basis kann nur verändert werden, wenn die materielle Basis verändert wird, das heißt Technik für die Landwirtschaft – und das ist 1921 unmöglich. Konnte man 1918 noch hoffen, die Wirtschaft schnell in Gang zu setzen, so waren inzwischen drei Jahre Intervention und Bürgerkrieg über das Land gegangen und hatten aufgezehrt, was der imperialistische Krieg übrig gelassen hatte. Der Umsatz zwischen Stadt und Land muß angekurbelt werden, denn das ist die wirtschaftliche Verbindung zwischen Stadt und Land, aber dazu muß der Bauer etwas zum umsetzen haben.

In seiner Arbeit „Über die Naturalsteuer" greift Lenin auf seine Einschätzung der wirtschaftlichen Situation von 1918 zurück, an der die Zeit des Bürgerkriegs nichts geändert hat, im Gegenteil, die Lage hat sich verschärft eben als Folge des Bürgerkrieges.

„... die Elemente der verschiedenen Wirtschaftsformen ..., die es in Rußland gibt ...:

1. *die patriarchalische Bauernwirtschaft, die in hohem Grade Naturalwirtschaft ist*
2. *die kleine Warenproduktion (hierher gehört die Mehrzahl der Bauern, die Getreide verkaufen)*

3. *der privatwirtschaftliche Kapitalismus*
4. *der Staatskapitalismus*
5. *der Sozialismus*

... Klar, das in einem kleinbäuerlichen Lande das kleinbürgerliche Element vorwiegt und vorwiegen muß; die Mehrheit ... der Landwirte sind kleine Warenproduzenten.

... Der Hauptkampf entfaltet sich gerade auf diesem Gebiet ... Hier kämpft nicht der Staatskapitalismus gegen den Sozialismus, sondern die Kleinbourgeoisie plus privatwirtschaftlicher Kapitalismus kämpfen zusammen, gemeinsam, sowohl gegen den Staatskapitalismus als auch gegen den Sozialismus. Die Kleinbourgeoisie widersetzt sich jeder staatlichen Einmischung, Rechnungsführung und Kontrolle ... Der Schieber, der Marodeur des Handels, der Sprenger des Monopols – das ist unser innerer Hauptfeind, der Feind der ökonomischen Maßnahmen der Sowjetmacht ...

Der Staatskapitalismus steht ökonomisch unvergleichlich höher als unsere jetzige Wirtschaftsweise, das zum ersten. Zweitens aber hat er nichts Schreckliches für die Sowjetmacht an sich, denn der Sowjetstaat ist ein Staat, in dem die Macht der Arbeiter und der armen Bauern gesichert ist ...“

Staatskapitalismus und Sozialismus haben die Rechnungsführung und Kontrolle gemeinsam, betont er. Und er zählt Arten von Staatskapitalismus auf, die er für der gegenwärtigen Lage angebracht hält:

- Genossenschaftlicher Kapitalismus der Handelsgenossenschaften, mit Einschränkungen
- Konzessionen
- Handel auf Provisionsbasis
- Pachtverträge.

Er sagt: *„Der Kapitalismus ist ein Übel gegenüber dem Sozialismus. Der Kapitalismus ist ein Segen gegenüber dem Mittelalter, gegenüber Kleinproduktion, gegenüber dem mit der Zersplitterung der Kleinproduzenten zusammenhängenden Bürokratismus ... Insofern müssen wir uns den Kapitalismus zunutze machen als vermittelndes Kettenglied zwischen der Kleinproduktion und dem Sozialismus, als Mittel, Weg, Behelf, Methode zur Steigerung der Produktivkräfte.“*

Die *„politische Situation im Frühjahr 1921“* macht es *„zur dringenden Notwendigkeit, sofort die entschiedensten ... Maßnahmen zu ergreifen, um die Lage der Bauernschaft zu verbessern und ihre Produktivität zu heben. Warum die Lage der Bauernschaft und nicht der Arbeiter? Weil zur Verbesserung der Lage der Arbeiter Brot und Brennstoff nötig sind ...*

Was ergibt sich daraus? Es ergibt sich auf der Grundlage einer gewissen (wenn auch nur örtlichen) Freiheit des Handels ein Wiederaufleben des Kleinbürgertums und des Kapitalismus.“

Strumilin erklärt es so: *„In dem Kampf um die Festigung der neuen sozialen Ordnung hat es die revolutionäre Macht für zweckmäßig erachtet, alle vorhandenen Ressourcen des Landes zu nutzen. Deshalb war die Sowjetmacht genötigt, von den ersten Tagen der Revolution an die Verfügung nicht nur über die gesellschaftlichen Produktionsmittel, sondern überhaupt über alle Errungenschaften des Volkes, über das ganze Produkt seiner vergangenen und gegenwärtigen Arbeit in ihre Hände zu nehmen. Den Werktätigen ließ*

der Staat dabei nur jenes Minimum an Mitteln, das ihm nach der Befriedigung aller wichtigeren Bedürfnisse dafür verblieb. Und weil die letzteren zu groß waren, konnte von keinerlei ‚Überschüssen' des Produkts die Rede sein, die man in den Händen der Bauern oder anderer Produzenten hätte belassen können. Darin muß man die Wurzeln für die Ablieferungspflicht und die gleichmacherischen Tendenzen bei der Arbeitsentlohnung, dieser Grundzüge unserer ökonomischen Politik in der Epoche des Kriegskommunismus, suchen.“

Strumilin betont ausdrücklich: *„Sie ergaben sich nicht aus programmatischen Forderungen des Sozialismus oder Kommunismus, sondern aus der betrüblichen Notwendigkeit zur Selbsterhaltung der neuen Staatsordnung unter den Bedingungen der revolutionären Umstände.“*

Der Arbeitslohn, damit man nicht nur die Bauern bedauert, war auf das Minimum unqualifizierter Arbeit geschrumpft. Davon gab es, nach Strumilins Berechnung, 1920 etwa 7 % in Geld, den Rest in Naturalien. Das Kartensystem wirkte gleichmacherisch, und war das Gebot der Stunde, um den Menschen das Überleben zu sichern. Alle Ressourcen waren zentralisiert in staatlichen Händen. Es gab ein Volkskommissariat für Ernährung. Das Sinken des Arbeitslohnes wurde durch eine galoppierende Inflation beschleunigt. Die traf auch die Bauern. Lenin sagt, bei der Ablieferungspflicht nahm man das Getreide auf Kredit, gegen Papiergeld.

Strumilin faßt zusammen: *„Eine letzte Bemerkung wird der Aufmerksamkeit jener tiefsinnigen Weisen empfohlen, die allzu häufig das ganze von uns durchlebte wirtschaftliche Unglück umstandslos und ausschließlich der ‚bolschewistischen' Revolution anlasten: sie sollten solche ‚Kleinigkeiten' wie den sechsjährigen Krieg und die Blockade nicht gänzlich vergessen.“*

Man darf sich auch getrost der Inflation in Deutschland erinnern.

Kronrod, der sich mit sozialistischer Geldtheorie befaßt, erklärte in den fünfziger Jahren zur Inflation im Gefolge von Krieg und Bürgerkrieg, daß noch ausreichend reguläre Einnahmen fehlten, folglich griff *„der proletarische Staat zur Emission von Papiergeld, um seinen wirtschaftlichen und militärischen Bedarf zu decken“.*

Die Inflationsgefahr hatte man früh erkannt: *„Indessen verhinderte der Bürgerkrieg und die durch diesen Krieg und die Zerrüttung erzwungene Politik des Kriegskommunismus die für das Jahr 1918 vorgesehene Geldreform.“*

Während des Kriegskommunismus nahmen die Wirtschaftsbeziehungen im staatlichen Sektor Naturalform an, die Warenzirkulation wurde abgedrosselt, die Volksbank liquidiert. *„Das Papiergeld, das die Bauern vom Staat für die Lebensmittel erhielten, die sie auf Grund der Ablieferungspflicht zu liefern hatten, diente lediglich als Quittung für eine von den Bauern ... gewährte Anleihe.“* Er folgt damit Lenin, wie wir sehen, und faßt in historischem Überblick zusammen: *„Der organisierte und planmäßige Kampf des Sowjetstaates um die Beherrschung der Warenbeziehungen und damit auch des Geldes, der bald nach der Revolution in vollem Umfange beginnen sollte und durch den Kriegskommunismus unterbrochen worden war, wurde mit dem Übergang zur NÖP sofort wieder aufgenommen.“*

Der Zeitzeuge Strumilin 1921: *„Die ernsteste Zeit des Bürgerkriegs ist bereits vorüber. Wir haben die Möglichkeit erhalten, in eine normalere Phase der Planwirtschaft einzu-*

treten. Aber die Restbestände der Produktion vergangener Arbeit sind erschöpft. Und die neue Arbeit, bar jeglicher individueller Stimuli zur Steigerung der Produktion, erbringt im Vergleich zu dem sich entwickelnden Bedarf des sozialistischen Aufbaus zu wenig ... Im Interesse der Steigerung der Arbeitsproduktivität haben wir zunächst für die Arbeiter durch deren Prämierung und danach auch für die Bauern ... ein neues Verteilungsprinzip anerkannt. Jeder Werktätige gibt dem Staat nur einen genau bestimmten Anteil seiner Arbeit oder seines Produkts ab, so daß jede Produktivitätssteigerung gleichermaßen sein persönliches Einkommen wie auch das Einkommen des Staates vergrößert.“

Dieses Verteilungsprinzip hat der Sozialismus übrigens bis zum Ende versucht durchzuhalten. Man darf nicht vergessen, das steht in völligen Gegensatz zur kapitalistischen Lohnbestimmung. Im Kapitalismus ist der Lohn der Preis der Arbeitskraft und wird von deren Reproduktionskosten bestimmt. Marx sagt, Änderungen der Produktivität haben keinen Einfluß auf die Bestimmung des Arbeitslohns.

Lenin (Über die Naturalsteuer) wertet die wirtschaftliche Belastung während des Kriegskommunismus so: *„Und die Tatsache, daß wir gesiegt haben ..., zeigt nicht nur, welche Wunder an Heldentaten die Arbeiterklasse und die Bauern im Kampf für ihre Befreiung zu vollbringen vermögen. Die Tatsache zeigt auch, welche Rolle als Lakaien der Bourgeoisie die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre, Kautsky und Co. in Wirklichkeit spielten, als sie uns diesen ‚Kriegskommunismus‘ als* ***Schuld*** *ankreideten. Er muß uns als Verdienst angerechnet werden.“* Aber: *„Er war keine Politik, die den wirtschaftlichen Aufgaben des Proletariats entsprach ... Er war eine zeitweilige Maßnahme. Die richtige Politik des Proletariats, das seine Diktatur in einem kleinbäuerlichen Lande ausübt¸ ist der Austausch von Getreide gegen Industrieerzeugnisse, die der Bauer braucht.“*

Lenin also revidiert sich nicht. Auch wenn er oft genug über Fehler redet, die unvermeidlich sind, wenn man so etwas Neues wie Sozialismus machen will. Lenins Grundsätze der Wirtschaftspolitik von 1918 und 1921 sind gleich. Festgestellt wird, der Kriegskommunismus war eine Notmaßnahme. Die Art des Übergangs zur NÖP ist auch eine Notmaßnahme – um die Lage der Bauern zu verbessern, warum das notwendig ist, wurde schon zitiert. Klarzustellen ist auch:

- Die NÖP ist die *„richtige Politik des Proletariats, das seine Diktatur in einem kleinbäuerlichen Land ausübt“*
- Die NÖP (als Austausch von landwirtschaftlichen gegen Industrieerzeugnissen) wurde nie außer Kraft gesetzt, nur immer wieder der erreichten Lage angepaßt.

Zum Beweis der letzten Behauptung ein Zitat von Lopatkin während der ökonomischen Diskussion 1957: *„Unter unseren Bedingungen verlangt das Wertgesetz nicht solche Preise für Produktionsmittel, die gleich ihrem vollen Wert sind. Kann man denn annehmen, daß sich unser Preisgefüge, das bereits 35 Jahre besteht, das heißt seit Einführung der NÖP, so lange gehalten hätte, wenn es nicht über reale ökonomische Grundlagen verfügte? Eine derartige Vergewaltigung der ökonomischen Gesetze würde die Ökonomie nie verzeihen. Die Tatsache, daß unser Preisgefüge existiert, gesundet und unserer Volkswirtschaft vorzüglich dient, spricht dafür,* ***daß es auf einer gesunden ökonomischen Grundlage beruht.“***

Mit dieser *„gesunden ökonomischen Grundlage“* war der Weg zum Sozialismus zu bahnen, d. h. die kurz- und langfristigen Aufgaben zu lösen:

- Belebung des Umsatzes zwischen Stadt und Land
- Kein „freier Handel“, sondern Marktregulierung durch Aufsicht und Kontrolle, Festlegung der Industriepreise, Beeinflussung des Getreidepreises
- Freimachen von Mitteln zum Aufbau einer Großindustrie
- Stärkung des sozialistischen Sektors (der stand schließlich im Wettbewerb mit dem kapitalistischen!)
- Festigung des sozialistischen Staates durch Veränderung der Klassenstruktur, durch sichere Bündnispolitik, durch Zurückdrängen der kapitalistischen Elemente.

Kein Zweifel: Klassenkampf.

Und Irritation. Strumilin blickt 1930 zurück: *„Die NÖP barg jedoch ein historisches Mißverständnis, das für den, der ihm unterlag, verhängnisvolle Folgen in der Zukunft vorbereitete. Sie gab im Namen des Friedens mit dem Dorf den spontanen Marktbeziehungen einen gewissen Raum, und die NÖP tat das* ***ernsthaft und für lange Zeit, aber nicht für immer.*** *Für die Perspektive faßte man ins Auge, daß nach Maßgabe der wachsenden Planmäßigkeit der Wirtschaft eine allmähliche, aber durchaus konsequente Einschränkung der Marktanarchie erfolgen würde, bis hin zur völligen Ablösung dieser Anarchie durch die Elemente der Planung.“*

Der Klassenkampf damals wurde mit Argumenten geführt, die peinlich vertraut sind:

- man muß die Freiheit des Marktes und der kapitalistischen Konkurrenz zulassen
- eine harte Währung, eine feste juristische Rechtsordnung.

Strumilin höhnt: *„Es ist nicht schwer zu verstehen, daß die feste Rechtsordnung, die gefordert wird, damit Herr Kapital zur Arbeit geht ... nur ein durchsichtiges Pseudonym für die kapitalistische Wirtschaft (ist)“*, und zitiert weiter: *„... droht er uns mit der These, die offensichtlich zur Aufbesserung ihrer Überzeugungsfähigkeit aus dem marxistischen Arsenal entnommen ist: ‚Jede politische Form, die es nicht versteht, die Prinzipien rationellen Wirtschaftens zu realisieren, ist historisch zum Untergang verurteilt.‘“*

Die Bürger fürchten eine Absatzkrise und verlangen: *„Der Produktionsplan darf nicht dem theoretischen Bedarf des Staates und der Bevölkerung an Fabrikaten entsprechen, sondern er muß genau mit deren Kaufkraft übereinstimmen ... Eine mögliche Erweiterung des Planes ... regelt sich durch die Bedarfskapazität des Marktes“* Strumilin übersetzt das ins Allgemeinverständliche: *„In dieser Konzeption der NÖP, nach der nicht der Plan die Marktanarchie einschränkt, sondern umgekehrt der Markt voll und ganz den Plan reguliert, ist alles charakteristisch.“*

Die Absatzkrise übrigens kam. Wie wurde sie überwunden?

Kronrod (1963): *1924 senkte der Staat die Preise (Großhandel) und erreichte damit ein Sinken der Preise auch in anderen Zirkulationssphären.*

Strumilin (1930): *„Doch diese kurzfristige Absatzkrise war eine völlig zufällige Erscheinung auf sowjetischen Boden. Unsere auf wirtschaftliche Rechnungsführung eingestellten Trusts erwiesen sich für eine Zeit ohne Zügel und NÖP-isierten ein wenig. Indem sie sich von der guten Konjunktur leiten ließen, führten sich unsere Wirtschaftsleiter auf der Jagd nach hohem Gewinn durchaus ‚unternehmerisch‘ auf, d. h. sie begannen die Preise hochzutreiben. Es genügte jedoch, diese Abweichung mit fester Hand durch eine härtere Kreditpolitik der Staatsbank und durch staatliche Normierung der Abgabepreise zu korrigieren, und die gepriesene Absatzkrise versickerte in wenigen Monaten vollkommen und*

zeigte sich nie wieder auf sowjetischen Boden.“

Zum Marktproblem erklärt Strumilin: *„Auch theoretisch durften wir den Markt als Regulator unserer Pläne unter sowjetischen Bedingungen nicht überbewerten. Indem wir planmäßig sowohl auf das Preisniveau der städtischen und der landwirtschaftlichen Produktion als auch auf das Lohnniveau einwirken, erhöhen oder senken wir willkürlich die Aufnahmefähigkeit unseres Marktes in bedeutendem Maße.“*

Man sollte sich das merken.

Zum Schluß und zur Bekräftigung noch einmal Strumilin aus der Sicht der Staatlichen Plankommission 1924: *„Unsere Hauptaufgabe auf dem Gebiet der Planwirtschaft ist nicht nur deren Entfaltung auf einer wirtschaftlichen Grundlage, die bei uns landläufig NÖP genannt wird, sondern auch gleichzeitig ihre konsequente Rekonstruktion, d. h. die radikale Umwandlung und Neugestaltung der gesamten Wirtschaft auf neuer sozialistischer Grundlage. Mit anderen Worten, unsere Hauptaufgabe ist die* ***Überwindung der nichtsozialistischen Elemente der NÖP,*** *also die Überwindung der Spontaneität der kapitalistischen Warenwirtschaft und die praktische Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaft …*

Das bedeutet, daß wir uns durchaus nicht anschicken, in der nächsten Zeit die NÖP ‚abzuschaffen‘, weil wir uns hinreichend gerüstet fühlen, um die negativen Seiten auf ***ökonomische Weise*** *wesentlich erfolgreicher mit deren eigenen Waffen zu überwinden … “*

Aber – da war doch noch Lenins so oft geäußerte Selbstkritik: „Wir haben viele Dummheiten gemacht.“

Und doch haben wir gesehen, daß sich Lenin in der Generallinie keineswegs revidierte. Die Dummheiten, lax gesagt, beschränken sich auf die Durchführungsbestimmungen. Der Streit, die Experimente, die gescheiterten wie die erfolgreichen, gingen um Fragen wie Einzelleitung versus Kollegialitätsprinzip, Rolle des Zwanges, der Diktatur. Heftig wurden die Aufgaben der Gewerkschaften bei der Leitung der Wirtschaft diskutiert, fast ebenso heftig der Aufbau, die Mitgliedschaft, die Stellung der Gewerkschaften zur Kommunistischen Partei. Die große Linie von Marx schrieb auch nicht vor, wie man das sozialistische Leistungsprinzip verwirklichen sollte, was immer wieder mit dem Gleichheitsprinzip kollidierte. Und die Frage, wie man sich zu den Spezialisten verhalten soll, klärte eigentlich erst der Bürgerkrieg, als man aus praktischen Erwägungen die Militärspezialisten heranzog. Es half nichts, Spezialisten brauchte man auch in der Wirtschaft. Erinnert werden muß hier auch an den Kampf Lenins, fast vom ersten Tag an, gegen den Bürokratismus.

2.4 Der Beginn der Planung

Sozialistische (kommunistische) Wirtschaft ist Planwirtschaft. Zuständig für die Planung ist, so lange der Staat besteht, eben dieser Staat, zum einen als Eigentümer, zum anderen als Diktatur des Proletariats. Aber auch ohne Staat, im reifen Kommunismus ist Planung unumgänglich. Dann muß diese Aufgabe von der Gesellschaft gelöst werden.

Am 1. April 1920 unterschrieb Lenin das Dekret zum Aufbau der Staatlichen Plankommission. Das Jahr 1920 war das Jahr des tiefsten Niedergangs. In den statistischen

Tabelle 2.2

Kennziffern Volkswirtschaft	1913	1920
Getreideproduktion (%)	100	52
Bruttoproduktion der Industrie (%)	100	14,1
(in Vorkriegspreisen) in Mill. Rubel	6098	829
Schwarzmetallurgie (%)	100	3,5
Eisenbahntransport (%)	100	16,5
Jahresleistung des Arbeiters* (%)	100	23,5

(* begründet durch Zwangspausen, Arbeitsversäumnisse entstand ein Arbeitszeitverlust von 4–5 Monaten im Jahr, der Durchschnittslohn betrug etwa 1/3 des Vorkriegsstandes, eine Hungerration.)

Vergleichen, die die Entwicklung der Sowjetwirtschaft illustrieren sollen, wird stets das Vorkriegsjahr 1913 als Ausgangsbasis herangezogen. Damit aber werden die wirtschaftlichen Folgen von Krieg und Bürgerkrieg fast ausgeblendet. Außerdem, berichtet Strumilin, war das Jahr 1913 ein Jahr mit einer Rekordernte. Damit ist die Ausgangsbasis hoch gelegt. Es ist sehr lehrreich, das Jahr 1913 mit dem Jahr 1920 zu vergleichen, auch aus erzieherischen Gründen, um die Folgen von Kriegen zu zeigen, die immer das Volk tragen muß. (siehe Tabelle 2.2) Strumilin zählt Fakten auf, die Lage noch verschärften:

- funktionelle Disproportionen zwischen den verschiedenen Volkswirtschaftszweigen
- abrupte Unterbrechung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Landesteilen
- die Mittel für den Krieg wurden aufgebracht, indem man *„einen Teil der Grund- und Umlauffonds der Volkswirtschaft (opferte)“*
- die Haushaltseinnahmen deckten 1920 nur zu 13,1 % die Ausgaben, das Defizit wurde durch *„die Pferdekur der Geldemmission“* gedeckt
- die logisch folgende Geldentwertung machte ein wirtschaftliches Rechnungswesen, eine Finanzabrechnung fast unmöglich.

„Von außen mochte es geschienen haben, als ob sich das Land bereits im Zustand einer völlig irreversiblen wirtschaftlichen Katastrophe befände oder zumindest am Rande eines solchen katastrophalen Abgrundes. Doch das revolutionäre Proletariat mit der kommunistischen Partei an der Spitze ergab sich nicht für eine Minute solchen panischen und kapitulantenhaften Stimmungen ... Im Lande begann der Kampf um den Plan, um den planmäßigen sozialistischen Aufbau.“

Strumilin auch gibt die Einschätzung: *„Die Beendigung des Bürgerkriegs im Lande ermöglichte uns den Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik.“* Das bestätigt, was wir oben bei Lenin gelesen haben und steht im völligen Gegensatz zur Meinung, die NÖP sei nur ein erzwungener Rückzug gewesen.

„Es ist vollkommen klar, daß vor (der Ablösung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer), selbst nach der vollständigen Niederlage der bewaffneten Kräfte der bürgerlichen Konterrevolution, auch das mächtigsten Planungsorgan nicht in der Lage gewesen wäre, eine Ära des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus in unserem Lande zu eröffnen.

In einem bäuerlichen Lande kann das Proletariat eine solche Aufgabe nur dann verwirklichen, wenn es sich auf die Dorfarmut stützt und dabei ein enges Bündnis mit der Masse der Mittelbauern im Dorf eingeht … als eine feste Grundlage für dieses Bündnis geschaffen worden war, erhielt die Staatliche Plankommission im Unterschied zu ihren Vorgängern zu ersten Mal eine völlig ausreichende und durchaus zuverlässige Grundlage für eine erfolgreiche Entfaltung ihrer Arbeit", sagt Strumilin und danach ist sofort alles verständlich.

Der Kriegskommunismus, der sich durch straffe Zentralisation auszeichnete, schaffte damit allerhöchstens Leitungsstrukturen, aber von Planung, die sich ja auf den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft richtet, war man weit entfernt. Man mobilisierte, trieb auf, schaffte heran, man wirtschaftete für den nächsten Tag, um im Bürgerkrieg zu siegen, um nicht zu verhungern.

Eine Erkenntnis fällt nebenbei mit ab: Zentralismus allein ist noch nicht Planung.

Strumilin sagt auch (1930), so, als sei das selbstverständlich: *„Der Prozeß der Planung ist unter unseren Bedingungen natürlich vor allem ein verschärfter Klassenkampf für den Sozialismus."*

Was meint er denn mit „unseren Bedingungen"? Er erklärt: *„Freilich war zum Zeitpunkt der Bildung der Staatlichen Plankommission die erste, die schärfste Periode des Klassenkampfes, als mit der Waffe in der Hand gekämpft wurde, schon vollendet, der Klassenkampf veränderte seine Formen und die Art der Waffen. Doch die allgemeine Anspannung dieses harten Kampfes, bei dem der Klassenfeind mit geschlossenem Visier jeden unserer Schritte beobachtet und jeden Fehler ausnutzt, um unsere Ideologie zu entstellen und das Ruder der Wirtschaftsführung von dem von uns festgelegten Kurs abzudrängen, war und bleibt nicht weniger schwierig als auf dem Felde der kriegerischen Auseinandersetzungen."*

Das war 1930. – Kann es nicht sein, daß er recht hat und der verschärfte Klassenkampf der Planung während der gesamten sozialistischen Periode gilt, nicht nur während der Übergangszeit?

Konkret sah es so aus: *„Es nimmt nicht wunder, daß sich unter (den herangezogenen parteilosen Spezialisten) nicht wenige Ideologen der Bourgeoisie befanden, die bewußt auf eine bürgerliche Umwandlung der Sowjetmacht unter dem degenerierenden Einfluß der Marktanarchie spekulierten und sich selbst darauf vorbereiteten, aktiv dahin zu wirken … Ohne Zweifel erwiesen sich die Hoffnungen dieser auf ein automatisches Abgleiten unserer Wirtschaftsordnung vom Sozialismus zum Kapitalismus unter dem Einfluß der Marktanarchie als eine sehr herbe Enttäuschung für sie. Als sie dann in ihrer Verwirrung selbst aktiv diesen Prozeß unterstützen wollten, erhielten sie die verdiente Abfuhr … Das war umso schwerer, als wir auf diesem Gebiet stets auf einen maskierten Feind stießen, der unser Vertrauen nutzte und oft, wenn auch nicht die marxistische Methode, so doch zumindest die marxistische Phraseologie nicht schlecht beherrschte."*

Zu Beginn der Planung prüfte Strumilin, ob die Naturalsteuer den Bauern nicht über Gebühr belastete, ob der proletarische Staat die Lage des Bauern verbesserte. Er berücksichtigte die Belastung vor der Revolution und vergaß nicht, daß Krieg, Intervention und Bürgerkrieg die Arbeitsproduktivität auch auf dem Lande gesenkt hatte. Er kam zu dem Ergebnis: *„… Wenn man sowohl die städtische als auch die landwirtschaftliche Arbeit*

in den gegebenen Proportionen nimmt, so erhält man für 1920 eine durchschnittliche Produktivität in Höhe von mindestens 77 % der Vorkriegsrate. Unter Abzug des fünften Teils von dieser Rate als Steuer verbleiben in der Verfügung des Werktätigen noch mehr als 61 % der früheren Produktion, d. h. etwa das 1,5fache des für das vorrevolutionäre Rußland normalen Existenzminimums. Wenn also die vorgesehene Steuer als Ablösung aller übrigen Methoden der Beauflagung und Ausbeutung eingeführt wird, dann sind diese 20 % der Nettoproduktion durchaus keine übermäßige Belastung.“

Ein Abzug von 20–30 % des Nettoprodukts für den Staat seien ausreichend, findet er. 20 % für die Bauern über die Naturalsteuer, klar.

Für die Arbeiter schlägt er folgenden Weg vor: ***„. . . wenn das Reallohnniveau in den staatlichen Betrieben in Höhe von 80 % des Nettoprodukts ihrer Arbeit festgelegt wird.“***

Diesen Grundsatz muß man sich merken. Er hat einen entscheidenden Einfluß auf die Preisbildung. Es ist die Größenordnung der „Mehrwertrate“, des „Produkts für die Gesellschaft“, die hier festgelegt wird (nach Strumilins Vorschlag 20 %). Die Festlegung ist keineswegs als „Gesetz“ zu betrachten, aber wir werden die Spuren dieser Überlegung noch viele Jahre später finden.

Den Ausgangspunkt der eigentlichen Planung für 1921/22 bildet – die Ernte.

Schon die Festlegung des Wirtschaftsjahres orientiert sich an der Landwirtschaft, die in Rußland ja immer noch der Hauptwirtschaftszweig ist. Aber das ist nur ein Grund. Strumilin sagt: *„Bei alledem wird der Wirtschaftsplan nur insoweit ein rationeller sein, wie er einen maximalen Nutzungskoeffizient in bezug auf die Produktions- und* ***Lebensmittelressourcen*** *der Republik gewährleistet.“*

Praktisch ging das so: *„Auf dem Gebiet der Verteilung erfordert das unter den gegenwärtigen Bedingungen vor allem eine starke Einengung der Bevölkerungsgruppen, die Pensionen beziehen, um den Lohnfonds, d. h. den Fonds für die Reproduktion der Arbeitskraft, zu vergrößern.“*

Nach der Aufzählung der Schwierigkeiten muß man unbedingt noch Positives zu Planung sagen.

Wieder Strumilin: *„Die kapitalistische Wirtschaft des Westens ist anarchisch. Wir haben sie gerade deshalb verurteilt, weil sie als Ganzes, als Volkswirtschaft genommen, äußerst unrationell geführt wird, mit einem riesigen Aufwand an menschlicher Arbeit, die räuberisch und ergebnislos vertan wird . . . “.* Im Gegensatz dazu, wie wir schon oben zur Kenntnis genommen haben: *„Die Rationalisierung der Wirtschaft, die Konzentration aller Mittel und Kräfte dort, wo sie in bester Weise genutzt werden können, das ist die Aufgabe des Tages. Ein einheitlicher kluger Wille, ein einheitlicher Wirtschaftsplan, das ist es, worin sich das Lager der dicken Brieftaschen in der ganzen Welt nicht mit uns vergleichen kann.“*

Und Lenin wußte sehr gut, daß der Plan eine mobilisierende Wirkung auf die Menschen ausüben muß. Neben der wirtschaftlichen Wirkung war also noch die erzieherisch-ideologische gefordert: *„(Der Plan) muß sofort aufgestellt werden, um die Massen in anschaulicher und populärer Weise durch die klare und eindrucksvolle (ihrem Wesen nach absolut wissenschaftliche) Perspektive mitzureißen: Gehen wir an die Arbeit, und in 10–20 Jahren werden wir ganz Rußland, das industrielle wie das landwirtschaftliche,*

elektrisch machen ... Ich wiederhole, man muß die Masse der Arbeiter und der bewußten Bauern durch ein großes Programm für 10–20 Jahre mitreißen.“ (an Krshishanowski, den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission)

Diese Einheit von Wirtschaft und Politik, nicht zur Wirtschafts- und Sozialpolitik versimpelt, hat man noch in den 40er und 50er Jahren beachtet: *„Der staatlichen Plan bezweckt die Ausführung bestimmter politischer und wirtschaftlicher Aufgaben. Klare politische Zielsetzung ist einer der wichtigsten Charakterzüge der bolschewistischen Pläne, die die gesetzmäßige Entwicklung des Sowjetlandes zum Kommunismus zum Ausdruck bringen.“* (Kurski 1949)

„Der staatliche Plan für die Entwicklung der Volkswirtschaft ist immer einem ganz bestimmten Ziel untergeordnet, das für die gegebene Periode vom sozialistischen Staat festgesetzt wird.“ (Wosnessenski 1947)

Die von 1922–1924 durchgeführte Geldreform beendete die Inflation. *„Nach der Geldreform wurde die Kaufkraft der sowjetischen Geldeinheit in erheblichen Maße durch Planung und Regulierung der Preise festgesetzt. Man begann auch die Menge des zirkulierenden Geldes im wesentlichen planmäßig festzulegen und seine Stabilität auf grundlegend neue Art zu sichern.“* (Kronrod 1963)

Der Tscherwonez ist sowjetisches Geld – ein neuer Geldtyp: erstmalig in der Geschichte wird die Geldwertstabilität hauptsächlich durch Waren gesichert (Waren in den Händen des Staates, zu festen Preisen in die Zirkulation gebracht).

Planung des sozialistischen Staates also vermag vieles. Eben deshalb stellte Strumilin fest: *„Der Prozeß der Planung ist unter unseren Bedingungen natürlich vor allem ein Prozeß verschärften Klassenkampfes für den Sozialismus.“*

2.5 Nach Lenins Tod – nun ohne anerkannte Autorität

Strumilin nennt **1924** die nächsten Planaufgaben für die **Industrie**, die sich zu über 90 % im Eigentum des Staates befindet und staatlich geleitet wird:

- Verbilligung der Produktion und die siegreiche Konkurrenz mit dem Privatkapital (Auslastung der alten technischen Produktionsbasis, Akkumulation von Produktionsfonds, technische Rekonstruktion der Industrie, Rationalisierung)
- Schaffung zentralisierter Fonds für die ganze UdSSR in der Verfügungsgewalt des obersten Volkswirtschaftsrats (Umlaufreserve, Amortisationsfonds, Grundfonds für die sozialistische Akkumulation, Arbeiterreservefonds).

Für den **Handel** (Großhandel zu knapp 50 % staatlich, Einzelhandel nur 10–20 % – neben der direkten Leitung muß folglich indirekt reguliert werden):

- Senkung der Zirkulationskosten im staatlichen Handel
- Ausbau des staatlichen und genossenschaftlichen Handelsnetzes *„zur schrittweisen Erringung fester Positionen“*
- Regulierung der Preise (im Großhandel Festpreise, im Einzelhandel Normierung der Handelsspanne, in der Landwirtschaft Regulierung über kooperativen Aufkauf und Massenabsatz durch staatliche Organe)
- Unterordnung der Kleinhändler durch Kommissionsverträge.

Für die **Landwirtschaft** (Strumilin: *„Auf dem Gebiet der Landwirtschaft befindet sich die Masse der Produktionsmittel, wenn man die formal nationalisierten, vorläufig faktisch überhaupt noch nicht vom Staat angeeigneten Bodenreichtümer außer acht läßt, im individuellen Besitz vieler Millionen kleiner Produzenten.“)*:

- Sowchose als vorbildliche Mustergüter, Vergrößerung der Ackerfläche bei Betrieben mit gesellschaftlicher oder kollektiver Nutzung
- Bodenwirtschaft und Melioration auf Kosten des Staates
- Traktorisierung und Elektrifizierung auf Kosten des Staates und der kollektiven Produktionsvereinigungen im Dorf, Primärverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, um die Saisonarbeitslosigkeit zu bekämpfen.
- Preisnormierung (Aufkauf) zur Regulierung der Rentabilitätsraten, progressive Einkommensbesteuerung
- Akkumulation der staatlichen Fonds für Maßnahmen für die Landwirtschaft (aus Handel, Differentialrente)
- Problem der Kollektivierung.

Für die Industrie stellt Strumilin fest: *„Die Grundvoraussetzung einer planmäßigen Lösung dieser Aufgaben (s. o.) unter den Bedingungen der Geldwirtschaft muß die Organisation (bei Beachtung der Grundlagen der wirtschaftlichen Rechnungsführung und einer maximalen Dezentralisierung der unmittelbaren Leitung der Industrie ...) eines ganzen Systems zentralisierter Fonds in der Verfügungsgewalt des Obersten Volkswirtschaftsrates ... sein.“*

Er nennt die Fonds:

1. Umlaufreserve der Industriebank (Quelle: Bankemissionen auf der Grundlage zinsloser periodischer Anleihen ... die dem zunehmenden Bedarf des wachsenden Industrieumsatzes ... an Geldzeichen für die Zirkulation entspricht, wird reguliert durch staatliche Plankommission und Rat für Arbeit und Verteidigung)
2. Amortisationsfonds (Quelle: alle Abschreibungen auf vorhandene Grundmittel, die in der Kalkulation berücksichtigt werden müssen; diese Normen sind periodisch zu überprüfen)
3. Akkumulationsfonds (Quelle: *„Das Mehrprodukt in Form einer prozentualen Grundfondsabgabe, oder besser noch (zur Vermeidung jeder fetischisierenden Vernebelung), einer Abgabe unmittelbar auf den Arbeitslohn, wobei die Rate dieser Abgabe* ***für die Kalkulation der Verbraucherpreise*** *periodisch ... bestimmt werden müßte“*)
4. Arbeiterreservefonds (Quelle: in der Kalkulation nicht vorgesehene Einsparung von Arbeitslohn je Erzeugniseinheit als Folge steigender Arbeitsproduktivität, Bestimmung der Reserve – Erzeugung des Lohns in nichtrentablen Zweigen der Arbeit und Finanzierung aller Maßnahmen zur Rationalisierung der Arbeit).

2.6 Wie mißt man den ökonomischen Fortschritt?

Die kapitalistische Produktionsweise schränkt nach Marx die Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft ein. Gerade diese Erkenntnis hebt die proletarische Mission von der Rebellion der Unzufriedenen, vom moralischen Ruf nach „Gerechtigkeit“ auf das

Niveau des gesellschaftlichen Fortschritts. Nicht nur die Arbeiterklasse, auch die anderen Produktivkräfte verlangen nach freier Entfaltung.

Das bekannte Zitat Lenins Lenin in der „Großen Initiative“: *„Die **Arbeitsproduktivität** ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus hat eine Arbeitsproduktivität geschaffen, wie sie unter dem Feudalismus unbekannt war. Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höherer Arbeitsproduktivität schafft.“*

Marx stellt fest, daß das Kapital die Produktivkräfte forciert entwickelt: durch Kooperation, durch Teilung der Arbeit und durch Einbeziehung der Naturkräfte. Die ersten beiden Maßnahmen, sagt er, kosten dem Kapital nichts, sie sind eine Naturgabe der gesellschaftlichen Arbeit. Die dritte Methode kostet. Nicht die Naturkräfte selbst, aber die zur Nutzung nötige Maschinerie. Bemerkenswert bei Marx: *„Wie mit den Naturkräften verhält es sich mit der Wissenschaft. Einmal entdeckt, kostet das Gesetz über die Abweichung der Magnetnadel im Wirkungskreis eines elektrischen Stroms oder über Erzeugung von Magnetismus im Eisen, um das ein elektrischer Strom kreist, keinen Deut.“* Die kapitalistische Verrechnung steht auf einem ganz anderen Blatt.

Die Maschinerie aber kostet: *„Ausschließlich als Mittel zur Verwohlfeilerung des Produkts betrachtet, ist die Grenze für den Gebrauch der Maschinerie darin gegeben, daß ihre eigne Produktion weniger Arbeit kostet, als ihre Anwendung Arbeit ersetzt. Für das Kapital jedoch drückt sich diese Grenze enger aus. Da es nicht die angewendete Arbeit zahlt, sondern den Wert der angewendeten Arbeitskraft, wird ihm der Maschinengebrauch begrenzt durch die Differenz zwischen dem Maschinenwert und dem Wert der von ihr ersetzten Arbeitskraft.“* (Kapital, I) Marx hält das für eine typisch kapitalistische Begrenzung der Entwicklung der Produktivkräfte.

Was ist Arbeitsproduktivität? Marx im „Kapital“: *„Je größer die Produktivkraft der Arbeit, desto kleiner die zur Herstellung eines Artikels erheischte Arbeitszeit, desto kleiner die im ihm kristallisierte Arbeitsmasse, desto kleiner sein Wert.“ „Dieselbe Arbeit ergibt daher in denselben Zeiträumen stets dieselbe Wertgröße, wie immer die Produktivkraft wechsle. Aber sie liefert in demselben Zeitraum verschiedene Quanta Gebrauchswert, mehr, wenn die Produktivkraft steigt, weniger, wenn sie sinkt.“*

Arbeitsproduktivität ist also lt. Definition = Gebrauchswertmasse/Arbeitszeit (bei durchschnittlicher Arbeitsintensität; der Steigerung der Arbeitsintensität sind biologische Grenzen gesetzt).

Der Vorzug der Kapitalismus ist gerade ja die Entwicklung der Großindustrie, damit der massenhafte Einsatz der Maschinerie und so der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Vergangene Arbeit, verkörpert in einer größeren Masse von Produktionsmitteln, in Maschinen und Ausrüstungen, vermindert die lebendige Arbeit, die zur Herstellung einer gegebenen Produktenmasse notwendig ist.

In der Geldwirtschaft mißt damit die Senkung der Selbstkosten und die dadurch bewirkte Verbilligung der Produkte die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Bei gleichbleibender Arbeitsintensität und gleichbleibender Lohnhöhe ist eine Verbilligung der Produkte nur durch gesteigerten Einsatz von Maschinen zu haben.

Bei gleichbleibender Arbeitszeit erhöht die gesteigerte Produktivkraft der Arbeit die

Gebrauchswertmasse. Das gilt immer, nicht nur unter den Bedingungen der Geldwirtschaft. Der Plan der Elektrifizierung des ganzen Landes beruhte auf dieser Erkenntnis. Lenin sagt, der Sozialismus sei undenkbar ohne großkapitalistische Technik.

Wenn die Arbeitsproduktivität das allerwichtigste ist, was ist dann mit der **Rentabilität**? Diese Kategorie taucht immer wieder auf in dem Ruf, unsere Betriebe müssen rentabel werden, in der Forderung nach Erhöhung der Rentabilität der Volkswirtschaft, in Begriffen wie Fondsrentabilität und vielen anderen Losungen.

Rentabel ist, um den Begriff aus dem Wort zu erklären, was „Rente", also Gewinn abwirft. Der Begriff der Rentabilität ist ein vorsozialistischer und beschreibt die Kapitalverwertung. Im Kapitalismus hat der Begriff Rentabilität unbestrittenes Bürgerrecht. Ist ein kapitalistischer Betrieb unrentabel, denkt man über Schließung nach, möglichst bevor man seine Zahlungsunfähigkeit erklären muß.

Es sind uns aber bekanntlich viele ökonomische Kategorien aus dem Kapitalismus überkommen und jede einzelne muß man auf ihren sozialistischen Gehalt prüfen. Wenn rentabel ist, was Gewinn abwirft, so ist unrentabel, was Verluste bringt. Der Ruf nach Rentabilität heißt also erst einmal, einen Betrieb aus der Verlustzone herauszuführen. Wieviel man dann Gewinn macht, steht auf einem ganz anderen Blatt. Will man dagegen die Rentabilität erhöhen, so heißt das, der Gewinn soll gesteigert werden. Gewinn aber heißt immer: Geld.

Ein unrentabler Betrieb verbraucht mehr an Produktionsmitteln und Arbeitslohn als er durch den Verkauf seiner Produkte einnimmt. Man muß, um den Betrieb rentabel zu machen, den Aufwand senken oder den Abgabepreis erhöhen. Letzteres, die Preiserhöhung, ist nur ein Trick und geht nur unter planwirtschaftlichen Bedingungen, wenn der Markt ausgeschaltet ist. Es bleibt eines: den Aufwand senken. Das ist möglich erstens, indem die benötigten Produktionsmittel für jede Gebrauchswerteinheit billiger werden, was aber den Betrieb nichts angeht, sondern eine Sache der Vorstufen der Produktion ist. Zweitens kann man den Produktionsverbrauch senken, indem man den Ausnutzungsgrad der Produktionsmittel erhöht, also weniger Abfall, weniger Ausschuß, bessere Auslastung der Technik usw., und indem man die für ein Produkt notwendige Arbeitszeit senkt, also mehr Gebrauchswertmasse/Arbeitszeit herstellt. Das aber ist eine Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Die Senkung des Produktionsverbrauchs bewirkt eine gesamtgesellschaftliche Steigerung der Arbeitsproduktivität. Wird z. B. der Wirkungsgrad eines Kohlekraftwerkes erhöht, spart das Kraftwerk am Produktionsmittel Kohle. Mag also die Arbeitsproduktivität im Kohlebergbau unverändert sein, so sinkt doch der Aufwand an Bergmannsarbeitszeit, die notwendig ist, das Kraftwerk mit Kohle zu versorgen. Die Anzahl der erzeugten Kilowattstunden, die Gebrauchswertmasse, steigt pro Arbeitsstunde des Häuers (der dafür nicht kann).

Der Nachteil der Kategorie Arbeitsproduktivität liegt in ihrer Definition Gebrauchswertmasse/Arbeitszeit. Sie läßt sich damit nicht in Rubel oder Mark ausdrücken, wenn die Preise dem Wert folgen und der Lohn ebenfalls keine Konstante ist. Deshalb die Suche nach Größen, die in Geld ausgedrückt werden können.

Später kommt deshalb die Kategorie **Effektivität** der Produktion (der Fonds, der Investitionen, der Betriebe, der Konsumtion u. v. a. m.) auf. Das Lehrbuch der Politischen

Ökonomie von 1989 (das von 1954 kennt den Begriff noch nicht) definiert: *„Die Effektivität der Produktion ... drückt das Verhältnis zwischen dem Ergebnis der Produktion, dem Produkt (P), und dem Gesamtaufwand an Arbeit (A) aus. $E = P/A$“*

Das sieht zwar der Formel der Arbeitsproduktivität sehr ähnlich (Gebrauchswertmasse/Arbeitszeit), ist aber im Gegensatz dazu eine Rechnung in Geld. Das Produkt wird in Mark oder Rubel genommen und zu einem Aufwand, der auch in Geld bewertet ist, ins Verhältnis gesetzt. Statt mit der konkreten wird mit der abstrakten Arbeit gerechnet. Damit wird die Effektivität zu einer Frage der Preise, mit denen wir uns noch beschäftigen müssen. Bei Effektivitätskriterien wird immer ein Ergebnis (z. B. Produktionsvolumen, Nationaleinkommen oder Gewinn) zu einem Aufwand (Investitionsaufwand, Umlaufmittel, Grundmittel usw.) – alles monetäre Größen – ins Verhältnis gesetzt.

Ökonomischer Fortschritt ist außerdem aber immer auch die Erhöhung der absoluten Gebrauchswertmasse und die Stärke einer Industrienation wird danach beurteilt. Man redet vom weltgrößten Autohersteller, vom Anteil eines Landes an der Welt-Stahlproduktion, fragt, wer die besten und meisten Chips für die Elektronikindustrie herstellt.

Die Produktenmasse bleibt also neben ihrem Wertausdruck von Wichtigkeit.

Geht man nicht vom absoluten Umfang der Produktion aus, sondern rechnet auf den Kopf der Bevölkerung um, so erhält man: Gebrauchswertmasse/Bürger. Das entspricht zwar nicht der Definition der Arbeitsproduktivität, ist aber doch ein, wenn auch grober, Vergleichsmaßstab, denn pro Bürger kann man mit einem national üblichen Arbeitsaufkommen rechnen. Wenn der Kapitalismus das gesellschaftliche Arbeitsvermögen nicht auszulasten imstande ist, so ist das sein Nachteil zugunsten der sozialistischen Wirtschaft, die damit ihren Rückstand beim Stand der Technik und damit der Arbeitsproduktivität ausgleichen kann.

2.7 Wie hebt man die ruinierte Wirtschaft und wie steigert man die Arbeitsproduktivität?

Strumilin (1921) nennt drei Wege zur Erhöhung der Produktivität der Arbeit: Erhöhung der Arbeitsintensität, Mechanisierung der Arbeit und Rationalisierung der Arbeit.

„Der Hauptfehler im Kampf für eine hohe Produktivität muß darin gesehen werden, daß wir bis heute ... den Weg des geringsten Widerstandes gegangen sind, was gleichzeitig auch der der geringsten Möglichkeiten und minimalen Ergebnisse ist ...“, nämlich der Weg der Erhöhung der Arbeitsintensität. *„Und auf dieses Ventil begannen wir nach Kräften zu drücken. Die Wiedereinführung des Akkordlohnes, die Prämierung in Geld- und Naturalform, der Kampf gegen Arbeitsbummelei, die Propagierung der Subbotniks und schließlich die Verlängerung des Arbeitstages durch obligatorische Überstunden auf 10 und sogar 12 Stunden am Tag, all das sind Methoden zur Steigerung der Produktivität, die zu Lasten der physischen Kräfte des Arbeiters gehen ...“*

Hier ist eine Erklärung notwendig. Arbeitsproduktivität und Arbeitsintensität sind nicht deckungsgleich. Marx erwähnt eine *„mittleren Intensität der Arbeit“* im nationalen Maßstab, die historisch gewachsen und damit gegeben ist und sich mit der kapitalistischen Entwicklung verändert. *„Wachsende Intensität der Arbeit unterstellt vermehrte*

Ausgabe von Arbeit in demselben Zeitraum“, definiert Marx (Kapital, I, S. 547) und stellt fest, daß der Wert des einzelnen Produkts unverändert bleibt, *„weil das Produkt nach wie vor gleich viel Arbeit kostet.“*

Strumilin spricht von der Erhöhung der Arbeitsintensität wie Marx an andere Stelle (Kapital, I, S. 552): *„Gesteigerte Produktivkraft der Arbeit und ihre wachsende Intensität wirken nach einer Seite hin gleichförmig. Beide vermehren die in jedem Zeitabschnitt erzielte Produktenmasse.“* Darauf zielte der *„Druck auf dieses Ventil“*. Über die gesunkenen Arbeitsintensität nach Revolution und Bürgerkrieg wurde schon berichtet. Allerdings sind Überstunden nicht einmal eine Erhöhung der Arbeitsintensität, im Gegenteil, sie senken die Leistung pro Zeiteinheit, liefern aber trotzdem pro Arbeitstag mehr Produkte. Das wird alles mit dem Schweiß der Arbeiter bezahlt. Die Masse der Produkte wird erhöht ohne eine gewachsene Produktivkraft der Arbeit.

Das ist kein ökonomischer Fortschritt. Allerdings kann es dem Ziel, mehr Produkte zu schaffen, dienen. Für den Sozialismus aber ist dieser Preis zu hoch: *„Die Bewegung zur Erhöhung der Arbeitsintensität kam von unten, von den Arbeitern selbst über ihre Gewerkschaftsverbände ... Aber all das erwies sich als ziemlich unzulänglich ... wir können und müssen beweisen, daß die Arbeiter nicht darum die proletarische Revolution verwirklichten, um nach wie vor ständig 10 bis 12 Stunden am Tag schwere unangenehme Arbeit zu leisten und die letzten Kräfte für ein Stück trockenen Brotes anzuspannen ...“*

Am besten, meint Strumilin, wäre die Mechanisierung, die Ausstattung der lebendigen Arbeit mit Maschinen, aber hier ist kein schneller Durchbruch zu erwarten. Entgegen stehen: die Blockade, die allgemeine technische Rückständigkeit. Bleibt also die Rationalisierung, die Konzentration der Kräfte. Vorhandene Technik kann maximal ausgenutzt werden, in solchen Betrieben sollte weder Brennstoff- noch Arbeitskräftemangel herrschen.

Das heißt aber wieder: der einheitliche Wille, der einheitliche Plan.

Alles logisch, alles klar. Aber es taucht ein neuer Widerspruch auf, den wir undiskutiert nicht hinnehmen können. Strumilin ist gegen Überstunden. Und auch die Subbotniks finden keineswegs seine ungeteilte Zustimmung. Kommt er nicht schon da in Konflikt mit Lenin? Dessen „Große Initiative“ feiert schließlich die Subbotnik-Bewegung. Es hilft nichts, beider Argumente für und wider müssen verglichen werden. Die Frage der Überstunden steht ja auch noch, die gabs bis zum Ende des Sozialismus ...

Strumilin sagt: *„Die mittlere Stundenleistung unseres Fabrikarbeiters ist heute (1920) nicht höher als* 2/3 *der Vorkriegsleistung und die Tagesleistung ist unter Berücksichtigung der Verkürzung des Arbeitstages nicht höher als 50 % des Standes von 1913. Und das ist schon sehr viel, denn der menschliche Organismus kann nicht – gleich einer beliebigen Maschine – Energie aus dem Nichts schaffen Nach den Bedingungen der heutigen Ernährung beträgt die Energiezufuhr unserer Arbeiter ... nur etwa 46 % der früheren Rate. Dadurch ist auch jene Intensität, die erbracht wird – selbst bei allem Heroismus unserer fortgeschrittenen Arbeiter –, nur durch Auszehrung des Organismus, durch erhöhte Anfälligkeit gegen Krankheit, Sterblichkeit usw. möglich. Im Ergebnis geht all das, was durch außergewöhnliche Intensität gewonnen wird, durch Arbeitsversäumnisse wegen Krankheit und ähnlichen Ursachen wieder verloren.“*

Er agitiert nicht nur, er beweist es anhand von statistischen Untersuchungen an aus-

gewählten Betrieben und beruft sich auf die sowjetischen Gesetze.

Anzunehmen, daß Lenin hier eine dümmere Meinung als Strumilin vertritt, ist Unfug. Lenin war sich vollkommen im klaren, daß Rußland zum Industrieland werden mußte, daß die Erhöhung der Arbeitsintensität sowenig wie Beten zum Sozialismus führt. Lenin vertrat die Diszipliniertheit und Organisiertheit der Arbeiterklasse und hielt auf das proletarische Bewußtsein. Hierin sah er die überwältigende Bedeutung der Subbotniks: *„Die kommunistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit ... beruht auf der freien und bewußten Disziplin der Werktätigen selbst ... Schaffung einer neuen Arbeitsdisziplin, einer neuen Arbeitsorganisation, die das letzte Wort der Wissenschaft und der kapitalistischen Technik vereinigt mit dem Massenzusammenschluß bewußt arbeitender Menschen, die die sozialistische Großproduktion ins Leben rufen ... Die kommunistischen Subbotniks sind deshalb so wichtig, weil sie von Arbeitern begonnen worden sind, die durchaus nicht in besonders guten Verhältnissen leben ... Um die Arbeitsproduktivität zu heben, muß man sich vor dem Hunger zu retten, und um sich vor dem Hunger zu retten, muß man die Arbeitsproduktivität heben ... Weniger schwülstige Phrasen und mehr einfache, alltägliche Arbeit, mehr Sorge um das Pud Getreide und das Pud Kohle!“*

Der Widerspruch, denke ich, ist beseitigt. Schnellstmögliche Schaffung solcher Bedingungen, daß sich die neue Arbeitsdisziplin und die einfache alltägliche Arbeit besser entfalten können, sagen Lenin wie Strumilin. Sozialismus ist auch Organisation der gesamtgesellschaftlichen Produktion durch die Arbeiterklasse.

2.8 Die Durchschnittsprofitrate und die „stalinistischen“ Preise

Die Durchschnittsprofitrate, die unter kapitalistischen Verhältnissen dafür sorgt, daß eine gewisse Proportionalität der Volkswirtschaft hergestellt wird – selbstredend über die spontanen Marktbeziehungen – ist Ausdruck dafür, daß im Kapitalismus das „Kapital arbeitet“.

Wir rekapitulieren Marx: Der Wert einer Ware bestimmt sich: $c + v + m$.

c, das fixe Kapital besteht aus den Rohstoff, Halbzeugen, Hilfsstoff, dem Anteil des Verschleißes der Arbeitsinstrumente, der auf das Produkt übertragen wird. v ist der Arbeitslohn, das variable Kapital, m der Mehrwert.

Abhängig von der verschiedenen organischen Zusammensetzung des Kapitals $(c : v)$ sind bei gleicher Mehrwertrate $(m : v)$ und die Profitrate $(p : [c + v])$ verschieden.

Die einzige Quelle des Profits ist und bleibt die Mehrarbeit, das Mehrprodukt, also, gleiche Mehrwertrate, d. h. gleicher Grad der Ausbeutung vorausgesetzt, ist der erzeugte Mehrwert der angewandten lebendigen Arbeit (v) proportional, keineswegs dem vorgeschossenen Gesamtkapital $(c + v)$. Die Verteilung des erzeugten Mehrwertes erfolgt über die Profitrate proportional zur Größe des angewandten Kapitals.

Die (nationale) Durchschnittsprofitrate setzt das Gesamtkapital $C + V$ ins Verhältnis zum gesamten erzeugten Mehrwert M. Marx erklärt diesen Vorgang im dritten Band des „Kapitals“, Engels faßt ebd. im Nachtrag zusammen: *„das Marxsche Wertgesetz gilt allgemein, soweit überhaupt ökonomische Gesetze gelten, für die ganze Periode der einfachen Warenproduktion, also bis zur Zeit, wo diese durch den Eintritt der kapitalistischen Produktionsform eine Modifikation erfährt.“*

Diese Modifikation, der Ausgleich der Profitraten der verschiedenen Wirtschaftszweige zur Durchschnittsprofitrate, ist notwendig, um die Proportionalität der Volkswirtschaft über die Konkurrenz der in den verschiedenen Zweigen angelegten Kapitale herzustellen.

Der Kapitalist weiß, er muß rechnen, auf sein vorgeschossenes Kapital mindestens die Durchschnittsprofitrate von z. B. 20 % realisieren zu können, wenn er erfolgreich wirtschaften will. Er rechnet mit dem **Produktionspreis**: Kostpreis $(c + v) + p$ $(= 20\,\% \times [c + v])$.

Die Höhe der Durchschnittsprofitrate folgt streng der organischen Zusammensetzung des Kapitals und ist vom einzelnen Kapitalisten nicht zu beeinflussen, sie stellt sich „hinter seinem Rücken“ ein. Wenn er auch ganz genau weiß, wie er rechnen muß, so vergleicht er sich mit der Branche, mit dem Konkurrenten. Zur Höhe des Prozentsatzes von z. B. 20 % sagt Marx: *„... ist es gleichgültig, ob sie sich wechselseitig 10 oder 15 % Profit anrechnen. Der eine Prozentsatz deckt nicht mehr wirklichen Warenwert als der andere, in dem die Übertreibung des Geldausdrucks wechselseitig ist.“*

Mit der Heraufsetzung der Profitrate erhöhen sich die Warenpreise, nicht aber der Warenwert. *„Übertreibung des Geldausdrucks“* heißt Inflation.

Die Durchschnittsprofitrate bewirkt, daß Erzeugnisse von Branchen mit hoher organischer Zusammensetzung (d. h. größerem Anteil an c, wie Schwerindustrie oder Mikroelektronik) über ihrem Wert $[c + v + m < (c + v) + p]$ und die Erzeugnisse von Branchen mit niedriger organischer Zusammensetzung (Leichtindustrie) unter ihrem Wert $[c + v + m > (c + v) + p]$ verkauft werden.

Die Summe der Preise ist gleich der Summe der Werte, obwohl der einzelne Preis nur zufällig mit dem Wert übereinstimmt, nämlich dann, wenn in der Branche, in dem entsprechenden Unternehmen die organische Zusammensetzung des Kapitals genau mit der durchschnittlichen zusammenfällt. Die erzeugte Mehrwertmasse kann nur einmal verteilt werden.

Marx sagt: *„Die ganze Schwierigkeit kommt dadurch hinein, daß die Waren nicht einfach als Waren ausgetauscht werden, sondern als Produkte von Kapitalen, die im Verhältnis zu ihrer Größe, gleiche Teilnahme an der Gesamtmasse des Mehrwerts beanspruchen. Unterstelle, die Arbeiter selbst seien im Besitz ihrer respektiven Produktionsmittel und tauschten ihre Waren miteinander aus ...“* Nach Marx dann zu $c + v + m$, weil: *„Die Verschiedenheit der Profitrate wäre unter dieser Voraussetzung ein gleichgültiger Umstand, ganz wie es heute für den Lohnarbeiter ein gleichgültiger Umstand ist, in welcher Profitrate das ihm abgepreßte Quantum Mehrwert sich ausdrückt.“* (Kapital, III, S. 185/6), denn die Auslagen sind ersetzt, der tatsächlich produzierte Mehrwert ist realisiert.

Untrennbar mit der Durchschnittsprofitrate und damit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden ist also der Produktionspreis $= c + v + p$.

Im Sozialismus geht es anders zu. Der bewährte Strumilin 1973: *„Eine ausreichend zuverlässige Basis für die Bildung von Planpreisen stellt nur der Wert der Waren dar, der den vollen Aufwendungen für ihre Reproduktion in der Volkswirtschaft und den Anstieg der Arbeitsproduktivität im gesamten Zeitraum berücksichtigt, für den diese Preise gelten sollen.“*

Der Wert ist: $c + v + m$, dynamisiert durch das Wachstum der Arbeitsproduktivität.

Tabelle 2.3

Gesellschaftliche Produktion	
Physischer Umfang der Produktion 1924 : 1913	46,1 %
Zahl der Arbeiter	65,5 %
Arbeitsproduktivität	etwa 3/5

Das Problem der Preise stand aber mit der Einführung der NÖP, die ja bekanntlich den Warenumsatz zwischen Stadt und Land intensivieren und gleichzeitig den sozialistischen Wirtschaftssektor stärken sollte, also ausdrücklich Warenwirtschaft war. Auch im Selbstverständnis. In erster Näherung waren damit die Marxschen Kategorien anwendbar. Neue Kategorien standen noch nicht zur Verfügung.

Die Preise, so erkannte man, sind ein Mittel des Klassenkampfes. *„Nach der Geldreform wurde die Kaufkraft der sowjetischen Geldeinheit in erheblichen Maße durch Planung und Regulierung der Preise festgesetzt. Man begann auch die Menge des zirkulierenden Geldes im wesentlichen planmäßig festzulegen und seine Stabilität auf grundlegend neue Art zu sichern.“* (Kronrod 1963)

„Die Warenpreise drückten in dieser Periode bereits die Proportionen der sich sozialistisch entwickelnden Reproduktion aus.“ D. h. Veränderung des Anteils der Industrieproduktion, Veränderung der Arbeitsproduktivität, Höhe des Lohns, der nicht mehr Preis der Arbeit ist. *„Die Preisbewegung auf dem Binnenmarkt war den Interessen des sozialistischen Aufbaus untergeordnet. Das Verhältnis zwischen der Kaufkraft des Sowjetgeldes und seinem Währungskurs wurde vom Staat kontrolliert und reguliert.“* (Kronrod 1963)

Der Reproduktionswert der Waren hatte sich nach Kronrod zu 1913 erhöht. (Tabelle 2.3) Auch die Materialkosten stiegen merklich an, also lag der Wert der Industriewaren 1924 über dem von 1913. Auch der Wert der landwirtschaftlichen Produktionseinheit war gestiegen, die Getreideproduktion lag bei 64 % des Jahres 1913.

Und doch – später wunderte oder entrüstete man sich über die niedrigen Preise der Produktionsmittel in der Sowjetwirtschaft Der Preis aber, das müßte schon klar sein, wurde während der NÖP als Waffe im ökonomischen Klassenkampf eingesetzt.

Die sowjetische Preispolitik war durchaus aggressiv. Die Notwendigkeit, den Markt zu beherrschen, zwang zu entschiedenen Maßnahmen. Es kam vor, und nicht etwa nur als Ausnahme, daß die Warenpreise unter den Selbstkosten lagen. Ein paar Regeln kann man postulieren:

- Wertbestimmung nach Marx, also $c + v + m$
- Die Preise können getrost vom Wert abweichen, das ist im Kapitalismus nicht anders, dort wegen der Durchschnittsprofitrate, unter sowjetischen Bedingungen im Interesse der Wirtschaftspolitik, vorübergehend, dachte man. Der Wert aber blieb die Richtgröße für die Preise.
- Moderate Mehrwertrate, zum einen erzwungen durch die Notwendigkeit, den Markt zu beherrschen und die Preise zu bestimmen, zum anderen, weil man den Werktätigen einen möglichst hohen Anteil am neugeschaffenen Wert belassen wollte, s.

Strumilin. Das konnte man sich leisten, da der parasitäre Verbrauch der Ausbeuterklassen entfiel.
- Wirtschaftliche Rechnungsführung, die Betriebe sollte rentabel werden, wenn das auch nicht das entscheidende Kriterium war
- Rentabilität ja, aber keine Gewinnorientierung. Die Verteilung der Arbeit erfolgte nach der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, z. B. der Industrialisierung. Unter kapitalistischen Verhältnissen reguliert nach Marx der Profit die Verteilung der Arbeit.
- Zentralisation der Mittel für die Akkumulation, um durch rationelle Arbeitsorganisation im Maßstab der Volkswirtschaft, durch Elektrifizierung und damit Mechanisierung die Arbeitsproduktivität zu heben und folglich die Selbstkosten zu senken.
- Zunehmendes Preismonopol des Staates
- Konsequente Preissenkungspolitik, die dem Selbstverständnis entsprach. Denn mit steigender Arbeitsproduktivität sinkt nach Marx der Wert der einzelnen Ware. Folglich wurde als eine der wichtigsten Kennziffern die Selbstkostensenkung geplant, das war gleichzeitig ein Maß für die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Nach Marx ist das völlig richtig.

Diese Preispolitik war nicht willkürlich, das muß betont werden. Sie wurde der Politik des sozialistischen Staates untergeordnet, sie blieb ein Mittel zum Zweck Auf dem Februarplenum 1927 der KPdSU wurde festgestellt: *„Im Preisproblem kreuzen sich alle wesentlichen ökonomischen und folglich auch politischen Probleme des Sowjetstaates. Die Fragen der Herstellung richtiger gegenseitiger Beziehungen zwischen den Bauern und der Arbeiterklasse, die Fragen der Gewährleistung der wechselseitig verbundenen und wechselseitig bedingten Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie, die Fragen der Verteilung des Nationaleinkommens und die damit verbundenen Fragen der Industrialisierung der UdSSR und der Festigung der Arbeiterklasse sowohl in ökonomischer als auch in politischer Beziehung, die Fragen der Sicherung des Reallohnes, der Stabilisierung des Tscherwonez und schließlich die planmäßige Stärkung der sozialistischen Elemente unserer Wirtschaft und die weitere Einengung der privatkapitalistischen Elemente der Volkswirtschaft – all dies stützt sich auf das Preisproblem.“*

Wosnessenski schreibt 1947 (in der „Kriegswirtschaft der Sowjetunion“, aber nicht nur für die Kriegswirtschaft sondern generell für die Wirtschaft sowjetischen Typs): *„Die sozialistische Gesellschaft der UdSSR hat ihre eigene Form des Warenaustausches – den Sowjethandel, einen Handel ohne Kapitalisten und Spekulanten. Eine ganze Reihe von Besonderheiten prinzipieller Art unterscheidet den Sowjethandel vom kapitalistischen Handel.“* Die Besonderheiten sind:
- Der Sowjethandel ist eine Form des Austausches von Waren, deren überwiegender Teil in sozialistischen Betrieben produziert wird
- W – G bzw. G – W ist in der Hauptsache Warenaustausch zwischen sozialistischen Betrieben (staatlich und kollektiv) oder die Realisierungsform des Anteils der Werktätigen am gesellschaftlichen Produkt
- *„In der sozialistischen Gesellschaft kennt die Ware nicht den Konflikt zwischen Wert und Gebrauchswert“*, denn dieser Konflikt ist bedingt durch das private Ei-

gentum an den Produktionsmitteln

- *„In der sozialistischen Gesellschaft der Sowjetunion basiert der Preis der Ware auf ihrem Wert bzw. auf den Produktionskosten."*

(Hier ist ein Einschub nötig. Produktionskosten sind **nicht** die Selbstkosten. Wosnessenski hat sich ganz exakt ausgedrückt. Die sowjetische Ökonomie hielt sich an Marx, Kapital, III, S. 34: *„Der Wert jeder kapitalistischen Ware W stellt sich dar in der Formel:* $W = c + v + m$*. Ziehen wir von diesem Produktwert den Mehrwert m ab, so bleibt ein bloßes Äquivalent oder der Ersatzwert in Ware für den in den Produktionselementen verausgabten Kapitalwert* $c + v$ *... Was die Ware den Kapitalisten kostet, und was die Produktion der Ware selbst kostet, sind allerdings zwei verschiedene Größen. Der aus dem Mehrwert bestehende Teil des Warenwertes kostet den Kapitalisten nichts, eben weil er dem Arbeiter unbezahlte Arbeit kostet. Da jedoch auf der Grundlage der kapitalistischen Produktion der Arbeiter selbst, nach seinem Eintritt in den Produktionsprozeß, ein Ingrediens des in Funktion begriffenen und dem Kapitalisten zugehörigen produktiven Kapitals bildet, der Kapitalist also der wirkliche Warenproduzent ist, so erscheint notwendig der Kostpreis der Ware für ihn als die wirkliche Kost der Ware selbst ... Die kapitalistische Kost der Ware mißt sich an der Ausgabe in* ***Kapital****, die wirkliche Kost der Ware an der Ausgabe in* ***Arbeit****."*)

Die sowjetischen Ökonomen der Leninschen Schule sprachen selbstverständlich von den wirklichen Produktionskosten, also Wert $= c + v + m =$ Produktionskosten.

Wert und Preis aber müssen nicht übereinstimmen: *„Im Hinblick auf die Festigung des Sozialismus und die Hebung des Lebensstandards der Werktätigen bestimmt jedoch der Sowjetstaat selbst den konkreten Preis jeder einzelnen Warengattung ... und demzufolge auch den Abweichungsgrad (des Preises) vom Wert."*

- *„Da der Sowjetstaat über die Hauptmasse der Waren ... verfügt, bestimmt er die Senkung der staatlichen Preise und beeinflußt er in ökonomischer Hinsicht die Preissenkung im Genossenschaftshandel ebenso wie auf dem freien Kolchosmarkt."*
- Der Sowjethandel stützt sich auf das Außenhandelsmonopol. Der Außenhandel beeinflußt die inländischen Preise nicht, denn *„die Unabhängigkeit und die Souveränität der sowjetischen Wirtschaft sind ein Gesetz der sozialistischen Gesellschaft."*
- Die hauptsächlichen Produktionsmittel und die Arbeitskraft sind aus der Sphäre des privaten Kaufs und Verkaufs ausgeschlossen
- Die Arbeitskraft ist keine Ware
- Eine *Art „Konkurrenz"* zwischen den staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben
- Sozialistischer Wettbewerb zwischen allen Betrieben und Prämiensystem sind ein Hebel für die fortschrittliche Entwicklung des Handels.

Kronrod erklärt 1963: *„Die Politik der Preissenkungen für Industriewaren wurde vor allem deshalb eingeschlagen, weil sinkende Preise zur Senkung der Produktionskosten anregten und dadurch zur industriellen Entwicklung beitrugen. Gleichzeitig erweiterten Preissenkungen die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes und gewährleisteten den Arbeitern einen steigenden Reallohn. Beide Umstände trugen zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft bei."*

3 Die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft

3.1 Die Wiederherstellungsperiode der Volkswirtschaft 1921–1927

Es hilft nicht, wir müssen uns mit Strumilin noch einmal erinnern: *„Als traurige Hinterlassenschaft des Kampfes an den militärischen Fronten übernahm die Staatliche Plankommission eine tief zerrüttete und durch die Konterrevolution zerstörte Wirtschaft ... neben allen Schwierigkeiten wurde das Land ... noch von einer Naturkatastrophe heimgesucht ... die außergewöhnlich schwere Mißernte des Jahres 1921 ... Um den Hungernden in den Mißerntegebieten zu helfen, konnten trotz Anspannung der vorhandenen Ressourcen und eines Getreideimports aus dem Ausland nicht mehr als 26 % der berechneten Hungerration des Verbrauchs aus anderen Gebieten zugeführt werden.“*

Im Jahr 1930 schaut er zurück und stellt fest: *„Heute wissen wir genau, daß das Wirtschaftsjahr 1921/22 – ungeachtet des Hungers – das Jahr des entscheidenden Umschwungs in Richtung auf die Gesundung des Landes war. Es genügt, daran zu erinnern, daß in diesem Jahr im Vergleich zum vorangegangenen die Bruttoproduktion der geplanten Industrie um 52 % und die Jahresleistung eines Arbeiters im Durchschnitt um 92 % wuchs ... Im Frühjahr 1922 standen uns diese Daten noch nicht zur Verfügung ..., die Tatsache des Hungers aber ... war nicht zu bestreiten.“*

Vergleichbare Berechnungen sind schwer zu haben. Strumilin hat zusammengetragen und 1930 veröffentlicht. (Tabellen 3.1 und 3.2) Man sieht auf den ersten Blick:

- Der wirtschaftliche Abstieg beginnt mit 1914, dem ersten Kriegsjahr (ab August).
- Während des gesamten Krieges sinkt die Produktion, obwohl die Arbeiterzahl steigt. Der Grund ist die Einberufung qualifizierter Arbeiter und ihr Ersatz durch unqualifizierte, z. T. Jugendliche und Frauen, was bei dem geringen Stand der Technisierung, folglich dem großen Anteil häufig schwerer Handarbeit, ein zwangsläufiges Sinken der Arbeitsproduktivität zur Folge hatte.
- 1917 – ein Revolutionsjahr, beginnend mit der Februarrevolution bis zur Oktoberrevolution, senkt die Produktion um rd. 30 %. Es wird gekämpft, weniger gearbeitet.
- Der Niedergang setzt sich bis 1920 fort und nimmt erschreckende Ausmaße an – Der Grund ist bekannt: Intervention und Bürgerkrieg, das steht alles bei Lenin, trotzdem sollten den Leser diese Zahlen erschüttern.
- Das Jahr 1921/22, das Strumilin das Jahr des Umschwungs nennt, verzeichnet weniger als die Hälfte der Produktion des Revolutionsjahres 1917! Aber dafür ein Drittel mehr als das Jahr das schlimmsten Niedergangs 1920.
- Die Vorkriegsproduktion wird erst im Jahr 1927/28 überschritten. (Zum Vergleich, die entwickelten kapitalistischen Länder, die weder Bürgerkrieg noch Intervention durchzustehen hatten, erreichten 1925 folgendes Niveau des Nationaleinkommens in % zum Vorkriegsstand: England – 85,6 %, Frankreich – 79,1 %, Deutschland – 99 %)

Tabelle 3.1

Entwicklung der Fabrikindustrie in der UdSSR 1913–1923

Jahr	Arbeiterzahl in 1000	% zu 1913	Vor-jahr	Bruttoproduktion Mill. Rubel	% zu 1913	Vor-jahr	Produktion je Arbeiter Rubel pro Jahr	% zu 1913	Vor-jahr
1913	2482	100	-	5722	100	-	2305	100	-
1914	2520	101,5	101	5333	93,2	93,2	2116	91,8	91,8
1915	2700	108,8	107	6092	106,4	114,2	2256	97,9	106,6
1916	2891	116,5	107	5753	100,5	94,4	1990	86,3	88,2
1917	2938	118,4	102	3982	69,6	69,2	1355	58,8	68,1
1918	2289	92,2	78	1861	32,5	46,7	813	35,3	60,0
1919	1571	63,3	69	975	17,0	52,4	621	26,9	76,4
1920	1467	59,1	93	824	14,4	84,5	562	24,4	90,5
1920/21	1390	56,0	-	940	16,4	-	678	29,4	-
1921/22	1245	50,2	85	1278	22,3	136,0	1027	44,5	151,5
1922/23	1462*	58,9	117	1794	31,4	140,4	1227	53,2	119,4

(* Plan)

Tabelle 3.2

Erfüllung Industrieplan

Jahr	Bruttoproduktion Mill. Rubel	% zu 22/23	% Vorj.	pro Arb. % zu 22/23	Selbst-kosten % zu 22/23	Abgabepreis % zu 1913	% zu 22/23	Akkumulation Mill. Goldrubel Gewinn	Amor-sation
22/23	1480	100	–	100	100	274,5	100	180	158
23/24	1920	130	130	114	88	205,4	74,6	185	275
23/24	3018	204	157	168	76,3	196,7	71,5	456	276
25/26	4213	285	139	187	77,7	199,6	72,5	614	365
26/27	5034	340	119	212	76,3	185,7	67,4	659	395
27/28	6189	418	122	241	71,6	185,1	67,3	836	444

Auch mit der Planung ging zu Anfang keineswegs alles glatt. Strumilin berichtet (1927): *„Wie bekannt, nahm die Staatliche Plankommission der UdSSR erst ab April 1921 ihre Tätigkeit auf. Doch schon in ihrem ersten Plan ... war eine neue Politik auf dem Gebiet der Nutzung unserer damals äußerst bescheidenen Getreideressourcen und auf dem Gebiet der Entlohnung der Arbeit festgelegt worden. Die Anzahl der staatlichen Kostgänger wurde nach diesem Plan sofort von 35 Millionen auf 7 Millionen herabgesetzt, gleichzeitig ist der effektive Arbeitslohn für die Produktionsarbeiter fast auf das Dreifa-*

che erhöht worden. Die Arbeitsproduktivität stieg bereits im ersten Quartal ... überall sprunghaft an." Zur Erinnerung: Das ist der Zusammenhang zwischen Ernährungslage und Arbeitsproduktivität, richtiger: Arbeitsintensität!

„... Markt + Plan, das ist die Formel der NÖP. Woher kommen aber ... unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Gestalt der Warenknappheit, der steigenden Handelsaufschläge, der berüchtigten Preisscheren zwischen der städtischen und der ländlichen Produktion, unsere Valuta- und Exportschwierigkeiten ... ?

... Die UdSSR leidet in weit höherem Grade unter der unzureichenden Entwicklung des Systems der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft und unter dem Fehlen der Plandisziplin im Lande als unter möglichen Fehlgriffen und Fehlrechnungen auf diesem Gebiet."

Die „Schwierigkeiten" traten 1925 auf und führten zu Angriffen auf die Planwirtschaft. Man hatte eine offene Flanke zugelassen. Strumilin weist die Unterstellung zurück, der Plan sei nur eine Prognose: *„Doch schon in den Auffassungen über die Aufgaben des Wirtschaftsplanes selbst gibt es tiefe innere Widersprüche. Wenn man die Aufgaben des Planes darauf reduzieren würde, den Ablauf der Dinge wissenschaftlich vorauszusehen, der vollständig durch die Gesamtheit der uns bekannten und der von uns noch nicht entdeckten objektiven Gesetzmäßigkeiten bestimmt wird, dann brauchten wir überhaupt nicht zu planen. In der Tat, welchen Sinn hätte ein ‚Plan' für die Durchführung einer Sonnenfinsternis ... ? ... (Das) bedarf unserer Mitwirkung nicht!*

... Wir sind jetzt mehr denn je dazu berechtigt, indem wir Marx folgen, uns eine neue Aufgabe zu stellen: Wir haben bis jetzt die Welt nur interpretiert, es geht aber darum, sie zu verändern. Deshalb sehen wir ... die charakteristische Besonderheit des Wirtschaftsplanes nicht darin, daß in dem Plan Elemente der wissenschaftlichen Voraussicht eingestreut sind, sondern in den Zielstellungen des Planes als ein System von wirtschaftlichen Aufgaben und Richtlinien.

... Die Stubengelehrten vergessen oft, daß der kollektive Wille der Produzenten ebenfalls ein Faktor der Wirtschaft ist, dabei durchaus nicht der letzte, besonders, wenn es sich um unsere Bedingungen handelt ...

Ohne Zweifel werden solche Planmaßnahmen, die nicht die Unterstützung durch den kollektiven Willen des Proletariats finden, nicht realisiert werden, wenn gleich sie vom Standpunkt der übrigen objektiven Momente der Wirtschaft vollkommen richtig durchdacht und völlig real waren ... "

Die Panne 1925 lag in der Leitung: Eine Kommission unter Kamenews Leitung sollte die Entschließung der Staatlichen Plankommission über die Kontrollziffern vorbereiten und ignorierte den Auftrag. Die Kommission trat nicht einmal zusammen. Ergebnis: *„Die Kontrollziffern wurden nicht abgelehnt, aber zugleich war auch niemand verpflichtet, sie auszuführen.*"

Der Plan für das Wirtschaftsjahr 1925/26 sah eine Senkung der Großhandelspreise vor, legte die Erhöhung des Exports und das Maß der Krediterhöhung fest. Die Preise aber stiegen, Kredit und Export hielten sich ebenfalls nicht an den Plan. Strumilin fragt nun, ob die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei Plantreue kleiner oder größer gewesen wären.

Das größte Problem war der Warenhunger nach Produkten der Industrie. *„Diese*

grundlegende Disproportion zwischen den Produkten der Stadt und des Dorfes, die unserer Ansicht nach die Ursache für diesen Hunger ist, kann man unmöglich im Verlaufe eines Jahres beseitigen. Doch in unserem Plan haben wir uns bemüht, sie zu mildern.“ Vorgesehen war:

- Steigerung des Nominallohnes um nicht mehr als 8,6 % (bei konstanten Wohnungsmieten) oder um 16 % bei Verdopplung der Mieten (um bei den Mieten Selbstkostendeckung zu erreichen).
- Senkung der Industrieabgabepreise um 9 %, damit wäre auch eine Senkung der Preise für Landwirtschaftsprodukte um etwa 8 % möglich geworden.

Der Lohn aber stieg um ganze 24 %, die Miete nur um lächerliche 5 %. Damit erhöhte sich die städtische kauffähige Nachfrage gegenüber dem Plan um 14 %. Die Industrieabgabepreise stiegen um 4,4 % und folglich wurden auch die landwirtschaftlichen Produkte teurer statt billiger, aber nur um 2,6 %. Damit war die Schere noch weiter aufgegangen. Die nominelle Lohnerhöhung löste sich zum Teil in Wohlgefallen auf.

„Es fragt sich, muß man derartige Abweichungen vom Plan positiv oder negativ werten?“ Negativ natürlich, wen können steigende Preise erfreuen? Aber die Wirtschaft arbeitete ja ohne bestätigte Zielstellung. *„Im Gegenteil, so einflußreiche Ökonomen wie Pjatakow, Smirnow und andere führten sogar eine recht energische Agitation zur Erhöhung der Preise. Im allgemeinen aber blieben wir an dieser Front ohne Plan. Im Ergebnis hat uns die Marktanarchie, unterstützt von unserem Fehler an der Front des Arbeitslohnes, auf ihre Weise ‚reguliert‘ … muß man hier den Fehler eher im Fehlen eines festen Planes und in der Kapitulation vor der Anarchie sehen.“*

Die bestätigten Einzelpläne übrigens (Industrieproduktion, Transport, Investitionen, Staatshaushalt u. a.) wurden erfüllt.

In der Wiederherstellungsperiode der Volkswirtschaft der Sowjetunion von 1921 bis 1925 (Kurzer Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B)) traten „Mängel“ auf:

- alte Werke, rückständige, verschlissene Ausrüstungen
- Schmale Industriebasis, wichtige Industriezweige fehlten ganz
- Vorwiegend Leichtindustrie, deren Entwicklung *„durch die Schwäche der Schwerindustrie enge Schranken gezogen“* sind.

Dazu kam das Vermächtnis Lenins, der immer wieder erklärt hatte, Sozialismus sei undenkbar ohne moderne Großproduktion. Wie recht er hatte, bewies jetzt das Leben selber.

Der XIV. Parteitag im Dezember 1925 beschloß die sozialistische Industrialisierung. Stalin erklärte: *„Unser Land aus einem Agrarland in ein Industrieland zu verwandeln, das imstande ist, aus eigener Kraft die notwendige Produktionsausrüstung zu erzeugen, darin besteht das Wesen, die Grundlage unserer Generallinie.“* Diese Generallinie würde der Sowjetunion die wirtschaftliche Selbständigkeit sichern, die Verteidigungsfähigkeit stärken und die Grundlagen für den Sieg des Sozialismus schaffen.

Die NÖP, die in gewissen Grenzen die Entwicklung kapitalistischer Elemente zugelassen hatte, erwies sich auch sozialökonomisch als Erfolg. Der Anteil des privatwirtwirtschaftlichen Sektors an der Industrieproduktion sank kontinuierlich (1921/22: 1/4; 1929: 1/10), bei absolutem Wachstum beider Sektoren. Hier, im Inland, in der Sowjetunion, war der ökonomische Wettbewerb zwischen sozialistischer und kapitalistischer Produk-

tionsweise gewonnen. Wie glänzend dieser Sieg war, sollte man nach der Niederlage am Ende des zwanzigsten Jahrhundert erst so richtig würdigen können.

3.2 Die Industrialisierung

Die Aufgabe der Industrialisierung begründet sich ja keineswegs nur aus der Treue zu Lenin, sondern beruht auf Marx' Analyse der kapitalistischen Produktionsweise. Bekanntlich ist es das Verdienst der Bourgeoisie, die Produktivkraftentwicklung in nie gekanntem Maße vorangetrieben zu haben, in einem Maße, daß die Produktivkräfte selbst bereits durch die kapitalistische Produktionsweise behindert wurden und so die materiellen Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus geschaffen hatten. Der Hauptwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise ist die Vergesellschaftung der Produktion und die private Aneignung der Produktionsergebnisse.

Lenin, als konsequenter Marxist, hatte sich über Jahre hinreichend mit ökonomischen Problemen befaßt. Bei der Untersuchung des Monopols stellte er fest, daß auch hier Marx recht behalten hatte, der bereits unter den Bedingungen des Kapitalismus der freien Konkurrenz den zwangsläufigen Konzentrationsprozeß des Kapitals beschrieb, und kam zu dem Ergebnis: *„Der Kapitalismus ist soweit entwickelt, daß die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor ‚herrscht' und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist und die Hauptprofite den ‚Genies' der Finanzmachenschaften zufallen. Diesen Machenschaften und Schwindeleien liegt die Vergesellschaftung der Produktion zugrunde, aber der gewaltige Fortschritt der Menschheit, die sich bis zu dieser Vergesellschaftung emporgearbeitet hat, kommt den Spekulanten zugute."*

Das war 1916, steht im „Imperialismus" und hat sich bis heute nicht geändert, wenn man davon absieht, daß Spekulant inzwischen ein höchst ehrenwertes Geschäft ist und jedermann das richtig findet. Der geringste Spargroschen wird „mit Ertrag" angelegt, gemeinnützige Vereine und Sozialkassen schrecken nicht davor zurück, zeitweise freie Gelder in Devisengeschäften zu parken und mit der „kapitalgedeckten Rente" betrügt derzeit in Deutschland die Versicherungsbranche das hochgeschätzte Publikum.

Rußland aber war noch nicht so weit, die russische Bourgeoisie hatte auch ihre ökonomischen Aufgaben bislang mangelhaft erledigt. In Rußland war zu beobachten, wie sich die kapitalistische Wirtschaftsweise langsam, aber unaufhaltsam durchsetzte. Bis zum völligen Durchsetzen aber würden noch Jahre vergehen.

Was also die Bourgeoisie nicht vermocht hatte, die Industrialisierung, fiel nach der Oktoberrevolution der Arbeiterklasse zu. In diesem Zusammenhang steht auch der Lenin-Satz, der Staatskapitalismus stünde haushoch über der derzeitigen russischen Wirtschaft. Man kann, wußte Lenin, nicht willkürlich Entwicklungsstufen überspringen, der Sozialismus braucht eine materielle Basis, eben die moderne Großindustrie.

Der „Kurze Lehrgang" formuliert die Generallinie (1925) so: *„Jetzt besteht die Hauptaufgabe darin, im ganzen Lande den Aufbau einer neuen, der sozialistischen Wirtschaft zu entfalten und damit dem Kapitalismus auch ökonomisch den Todesstoß zu versetzen. Unsere gesamte praktische Arbeit, alle unsere Handlungen müssen den Bedürfnissen dieser Hauptaufgabe untergeordnet werden. Die Arbeiterklasse kann dies tun und sie wird*

dies tun. Die Erfüllung dieser grandiosen Aufgaben muß man mit der Industrialisierung des Landes beginnen. Die sozialistische Industrialisierung des Landes – das ist das Hauptkettenglied, das angepackt werden muß, um den Aufbau der sozialistischen Volkswirtschaft voll in Gang zu bringen. Weder die Verzögerung der Revolution im Westen noch die teilweise Stabilisierung des Kapitalismus in den nichtsowjetischen Ländern können unseren Vormarsch zum Sozialismus aufhalten. Die Neue Ökonomische Politik kann dieses Werk nur erleichtern, denn sie war von der Partei eingeführt worden, eben um den Bau des sozialistischen Fundaments unserer Volkswirtschaft zu erleichtern.

... Die Industrialisierung des Landes war geeignet, die wirtschaftliche Selbständigkeit des Landes zu sichern, seine Wehrkraft zu stärken und die für den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion notwendigen Vorbedingungen zu schaffen ...“

Gegen die Generallinie der Industrialisierung traten die rechte und die linke Abweichung in der kommunistischen Partei auf, die beide nicht dem Klasseninteresse der Arbeiterklasse entsprachen. Erforderlich war die Leninsche Bündnispolitik der beiden Hauptklassen, also keinesfalls der Bruch, indem man die Bauernschaft reaktionär nannte, oder der Kotau vor der wirtschaftlich stärksten Gruppe der Bauernschaft gegen die Dorfarmut. Beides hätte die Gefahr der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion bereits schon Ende der 20er Jahre erhöht.

Sehen wir uns die subtileren „ökonomischen“ Begründungen im Gefolge der Abweichungen an. Strumilin nahm an der Debatte teil; auch er mußte sich wehren. Die Staatliche Plankommission arbeitete am ersten Fünfjahrplan, zog zahlreiche bürgerliche Spezialisten heran und hatte die Auseinandersetzungen im eigenen Hause. Aber es diskutierten die Spezialisten des ganzen Landes.

Hier also Professor Kondratjew, Leiter des Konjunkturinstituts des Volkskommissariats für Finanzen gegen die Plankommission. Der Professor schlägt vor, das Tempo der Industrialisierung zu begrenzen, indem man die Investitionen um 15 % senkt. *„Die Extreme der Industrialisierung werden vor allem dadurch gekennzeichnet, daß wir ein unseren Kräften nicht entsprechendes Entwicklungstempo der Industrie eingeschlagen haben. Eben dies ... zwingt uns auf der Suche nach Mitteln für die Investitionen, beträchtliche Mittel aus dem Dorf abzuziehen durch ein ungünstiges Preisverhältnis zwischen den landwirtschaftlichen und industriellen Waren.“* Und weil vorrangig in die Schwerindustrie investiert wird, beklagt er, daß die Industrialisierung *„den Versorgungsgrad des Dorfes mit den notwendigen Produkten des wirtschaftlichen und persönlichen Verbrauchs nicht erhöht, sondern ihn vermindert.“* Strumilin stellt bissig richtig: *„Dieses Tempo ist nicht tragbar ohne Einbußen bei den Klasseninteressen bestimmter Schichten des Dorfes.“*

Der nächste Experte, Professor Makarow, schlägt allen Ernstes vor, die Investitionssumme des Staates anders zu verteilen: zusätzlich 1 Milliarde für die Landwirtschaft, zu Lasten der Industrialisierung. Und die geplante Preissenkung für Industriewaren bitte verdoppeln! Wenn die Investitionssumme nicht ausreicht, dann dürften eben die Löhne (die Einkünfte der städtischen Bevölkerung) nicht so schnell wachsen. Damit hat er sich einen Feind mehr gemacht. Strumilin: *„Unsere Professoren interessieren sich durchaus nicht für das Niveau des Wohlstands der proletarischen und halbproletarischen Massen, welche die Grundvoraussetzung für die Produktion darstellen!“*

Eine größere Kapitalakkumulation in der Landwirtschaft wird verlangt? Aber eine

Preissenkung führt beim Landarbeiter nicht zur Kapitalakkumulation, bestenfalls zum höheren persönlichen Verbrauch, falls nicht doch der industrielle Aufbau gebremst würde und die städtischen Löhne sinken. Dafür würde sich der dörfliche Arbeitsmarkt verschlechtern und damit natürlich die Lebenslage der Dorfarmut. Die Dorfbourgeoisie stünde besser da, das ist alles.

Kondratjew verlangte auch noch die Überprüfung der Steuerbelastung des „wirtschaftenden Bauern“ und die „Freiheit des Exports“.

Fazit: *„Die Epigonen des Volkstümlertums streben jedoch überhaupt nicht nach einer Steigerung des persönlichen Konsums für die armen Schichten des Dorfes.“*

Die Planzahlen des ersten Fünfjahrplanes: Lohnzuwachs für das Proletariat real: 50 %, nominal: 33 % (Differenz durch geplante Preissenkungen), die Investitionen steigen dagegen auf nominal 107 %, d. h. der Anteil der Akkumulation am Nationaleinkommen wächst gegenüber der Konsumtion. Zum Vergleich die Steigerung des Lebensniveaus des Dorfes: um 30 % (pro Kopf) – alle Zahlen nach Strumilin (S. 291).

Strumilin erklärt den Weg, um dies nach Plan zu erreichen: ***„Die Industrialisierung des Landes, die die Waren, die in das Dorf gelangen, vervielfacht und verbilligt und die den Markt für die Warenproduktion des Dorfes und für die Aufnahme der ländlichen Überbevölkerung erweitert, ist das beste Unterpfand für die Fruchtbarkeit unserer Bemühungen um das Dorf. Dennoch aber sind wir für die Verbilligung der Preise für das Dorf nur im Maße der Senkung der Selbstkosten in der industriellen Produktion. Die Senkung der industriellen Selbstkosten kann dabei aber nur durch die technische und andere Formen der Rationalisierung der Arbeit erfolgen, nicht aber auf Kosten der Entlohnung der Arbeit des Proletariats und der Senkung des Tempos für die Entfaltung der sozialistischen Industrie.“***

Dann prüft er, ob die „werktätigen Massen“ des Dorfes übermäßig belastet werden. Das Ergebnis ist in Tabelle 3.3 zusammengefasst. Die Preissenkung ist übrigens sehr vorsichtig gerechnet, geplant sind eigentlich 21 %, nicht nur hier angesetzten 9,8 %. Und die Steuer ist eine Progressivbesteuerung, belastet also die Dorfoberschicht mehr als die Dorfarmut.

Ein Problem bleibt noch übrig: die berüchtigte Preisschere. Kronrod sieht in den 50er Jahren zurück: *„Auf dem Juli-Plenum der KPdSU 1928 wurde erwähnt, daß die Bauernschaft dem Staat nicht nur die üblichen Steuern zahlt, sondern daß sie außerdem noch infolge der verhältnismäßig hohen Preise für Industriewaren zuzahlt und daß sie auf Grund der niedrigen Preise für landwirtschaftliche Produkte mehr oder weniger unterbezahlt wird.“* (Preisindex zu 1913: Industriewaren: 187,9, Landwirtschaftspreise: 148,6) *„Diese eigenartige zusätzliche Besteuerung der Bauernschaft war zeitweilig notwendig, um die Industrie, die dem ganzen Lande, auch der Bauernschaft, diente, zu heben.“*

Er sagt aber auch: Die Reproduktionsbedingungen haben sich geändert. Damit aber wäre der Vorwurf der Zuzahlung nicht gerechtfertigt, denn die sozialistische Wirtschaft funktioniert nicht nach Weltmarktpreisen und schon gar nicht nach historischen Preisen aus dem Jahr 1913. Über den Staatshaushalt ist nur eine Umverteilung möglich, aber es gibt keinen Grund, den tatsächlichen Aufwand, also die Reproduktionskosten, völlig zu ignorieren.

Tabelle 3.3

Orientierende Verrechnungsbilanz des Dorfes für 1926/27 bis 1930/31 (Mill. Rubel-Tscherwonez)	
A. Was wir dem Dorf geben	
1. Zur Finanzierung der Landwirtschaft	1200
2. Für Straßenbau	589
3. Für Silos und Kühlanlagen	191
Summe der Investitionen	1980
4. für ländliche Schulen, Krankenhäuser u. ä.	2000
5. für den Unterhalt des Volkskommissariats für Ackerbau	543
6. für die Erhaltung von Fernstraßen und Landwegen	245
Summe für die Bedürfnisse des Dorfes	2788
7. für Unterhalt der Dorf- und Gemeindeverwaltungen	800
8. Senkung der Industriepreise (9,8 %)	2135
Gesamt im Fünfjahrplan	7703
B. Was wir dem Dorf entnehmen	
1. Einheitliche Landwirtschaftssteuer	1656
2. sonstige Geldsteuern	4040
3. Wegegeld	105
Betrag für Steuern und Verbindlichkeiten	5801
4. Saldo zugunsten des Dorfes	1902
Bilanz	7703

Strumilin hat es genauer. Er rechnet als erstes aus dem Durchschnittseinkommen des Dorfes von 1913 das Gutsbesitzereinkommen heraus und stellt fest: Der Stand von 1913 ist 1925/26 bereits überschritten. *„Doch hier taucht die Frage nach den Preisen auf. Das Dorf war bislang gezwungen, seine Produktion zu weniger vorteilhaften Preisen abzusetzen als in der Vorkriegszeit. Das ist jedoch nicht zufällig so. Die Industrie hat unter den wirtschaftlichen Zerstörungen während der Zeit des Weltkrieges und des Bürgerkrieges wesentlich stärker gelitten als die Landwirtschaft. Auch die Arbeitsproduktivität ist im Vergleich zum Vorkriegsstand in der Industrie wesentlich tiefer gesunken als in der Landwirtschaft. Doch diese Ursache für die Preisverschiebung hat … in dem Maße, wie der Vorkriegsstand der Produktivität der Industrie wiederhergestellt wurde … ihre Bedeutung verloren … Ein gewisses Auseinanderklaffen der Preise blieb jedoch erhalten.“* Ursache dafür ist die Nationalisierung des Bodens und damit das Entfallen von Pacht. Weiter: *„Die Bodenrente, die den Marktpreis der landwirtschaftlichen Produkte erhöhte, geht schon zu einem sehr bedeutenden Teil (absolute Rente) nicht in ihn ein. Für die heute vorliegenden Preisverhältnisse gibt es somit völlig ausreichende ökonomische*

Begründungen.“

Die Preisindizes werden sich weiter annähern, und zwar in dem Maße, wie sich die Arbeitsproduktivität in der Industrie erhöht und damit die Industriewaren billiger werden. *„Wenn man das höhere Niveau der Arbeitsproduktivität in der Industrie anerkennt, dann ist es schwer, gegen die Industrialisierung zu kämpfen.“*

Es sind nicht die einzigen Auseinandersetzungen. Man stritt zum Beispiel auch über das Primat der Produktivkräfte. Das klingt gut, ist aber doch ein Angriff. Mit diesem Postulat kann man der Staatlichen Plankommission vorwerfen, einen „Konsumentenstandpunkt“ zu vertreten und wieder Akkumulationen für die Landwirtschaft verlangen. Strumilins Antwort: *„Er hat . . . nicht bemerkt, daß wir, von der Bevölkerung ausgehend, vor allem die arbeitenden Hände in Rechnung stellen, nicht die Mäuler und Mägen. Wir stellen das Problem der optimalen Nutzung der Arbeitskraft. Das ist ein rein produktionsorientiertes Herangehen.“*

Und das „Amerikanische Vorbild“? *„Könnten wir uns nach amerikanischen Vorbild entwickeln? Wir könnten. Würden unsere Produktivkräfte wachsen, wenn wir den Kapitalismus wiederherstellen . . . ? Ja. Bei uns sind die natürlichen Bedingungen solcher Art, daß wir offensichtlich unsere Produktivkräfte erhöhen könnten, indem wir uns mit recht schnellen Schritten zum Kapitalismus bewegen würden. Doch wird das jene Entwicklung der Produktivkräfte sein, die wir brauchen? Nein . . . In der gegenwärtigen Etappe kann uns die Entwicklung der Produktivkräfte für sich genommen, ohne die Charakteristik, die ihre Entwicklungsrichtung anzeigt, nicht mehr befriedigen. Wir denken, daß wir unseren Weg, den sowjetischen Weg gehen können, nicht aber den amerikanischen, und daß wir auf diesem Weg ein solches Entwicklungstempo der Produktivkräfte erreichen können, das selbst das amerikanische Tempo übertreffen wird, und zwar gerade deswegen übertrifft, weil wir unseren, den sowjetischen, den sozialistischen Weg gehen werden.“*

Ein langes Zitat aus dem Jahr 1927. Aber der Erfolg gab recht: Die sowjetische Wirtschaft hat nicht nur in der Wiederherstellungsperiode, sondern auch während der ersten Fünfjahrpläne das amerikanische Tempo hinter sich gelassen.

– Zwischenfrage, ratlos: Wann haben wir den Glauben an uns und die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaftsweise eingebüßt?

Warum, das steht schon bei Strumilin: *„Wir wissen, daß es keine über den Klassen stehende Wissenschaft gibt. Das ist so elementar für jeden Marxisten, daß es keinerlei Veranlassung gibt, darüber näher zu argumentieren.“*

Den bürgerlichen Spezialisten will einfach nicht in den Kopf, *„daß neben der Entwicklung der Produktivkräfte als Kriterium für die Brauchbarkeit des Planes noch zusätzlich die Annäherung zum Sozialismus gefordert werden könnte.“*

Der XV. Parteitag forderte: *„Bei der Aufstellung des Fünfjahrplanes für die Volkswirtschaft muß die günstigste Verbindung zwischen folgenden Elementen angestrebt werden: der erweiterten Konsumtion der Arbeiter- und Bauernmassen; der erweiterten Reproduktion (Akkumulation) in der staatlichen Industrie auf der Grundlage einer erweiterten Reproduktion der gesamten Volkswirtschaft;* ***eines gegenüber den kapitalistischen Ländern schnelleren Entwicklungstempos*** *der volkswirtschaftlichen Entwicklung und einer* ***unbedingten systematischen Vergrößerung des spezifischen Anteils des sozialistischen Sektors der Wirtschaft****, was das entscheidende und hauptsäch-*

liche Moment in der gesamten Wirtschaftspolitik des Proletariats ist.“

Grundsätzliche Einwände kommen immer wieder gegen das geplante Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung. Es wird bezweifelt, ob die erforderlichen Akkumulationsmittel aufzubringen seien.

Dieser Streit hält tatsächlich bis heute an. Vom „linken“ Rand kommen immer wieder Thesen von der „ursprünglichen Akkumulation“ in der Sowjetunion, vom Opfergang der Arbeiter, Bauern oder Sonstigen. Weder Robert Kurz, der die sozialistische Arbeiterklasse als kleine blaue Ameisen kennzeichnet, noch Wolkogonow, der sich wundert, *„wie Millionen Menschen, die oft nur das Nötigste zum Leben hatten, daran glauben konnten, daß sie die Erbauer der kommunistischen Zukunft seien und daß von ihrer Opferbereitschaft nicht nur ihr eigenes Schicksal, sondern auch das Schicksal des Weltproletariats abhängig sei“*, machen sich die Mühe, der Sache auf den Grund zu gehen.

Das sind Abschreckungsmittel, es ja nicht noch einmal mit dem sozialistischen Weg zu versuchen.

Gorbatschow philosophierte 1987 (als Generalsekretär der KPdSU): *„Die Partei schlug einen bislang beispiellosen Industrialisierungsweg vor: nicht mit äußeren Finanzierungsquellen rechnen, nicht langjährige Akkumulationen durch die Entwicklung der Leichtindustrie abzuwarten, sondern sofort die Schwerindustrie voranzubringen. Das war unter jenen Bedingungen der einzig mögliche, wenn auch für das Volk ein unsäglich schwerer Weg . . . “* Er gedenkt nicht nur der Leistungen, sondern auch der Opfer. *„Zugleich blieben uns . . . Verluste nicht erspart. Sie standen in gewissem Zusammenhang mit jenen Erfolgen, von denen ich gesprochen habe. Damals glaubte man fest an die universelle Effektivität straffer Zentralisierung, daran, daß Methoden des Kommandierens der kürzeste und beste Weg zur Lösung beliebiger Aufgaben seien. Dies äußerte sich in der Einstellung zu den Menschen und deren Lebensbedingungen.“*

Inzwischen hat Gorbatschow durch Taten klargemacht, wie seine Einstellung zu den Menschen und ihren Lebensbedingungen beschaffen ist und daß er unter Menschen lediglich die im Sozialismus zu kurz Gekommenen versteht. Enteignung und Ruinierung der arbeitenden Massen durch Kapitalisierung der ehemals sowjetischen Wirtschaft waren Grundbestandteil seiner Politik. Der Gorbatschow-Mensch beweist sein Menschsein durch überdurchschnittliche Privatinitiative. Der Rest ist selber schuld.

Zur Sache. Wir haben also zwei Fragen zu klären:

1. Wie stand es um die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse und der Bauern?
2. Woher kamen die Akkumulationsmittel?

Abzüglich des Gutsbesitzereinkommens hatte, wie oben schon gesagt, das Durchschnittseinkommen des Dorfes den Stand von 1913 bereits 1925/26 wieder erreicht bzw. geringfügig überschritten. Der Rückgang des Einkommens, um auch das zu wiederholen, war dem Krieg geschuldet; der wirtschaftliche Rückgang begann mit dem Kriegsbeginn und nicht mit der Oktoberrevolution.

Bei den städtischen Einkommen, erklärt Strumilin, muß natürlich auch in erster Linie der Verbrauch der Arbeiter berücksichtigt werden. Der Verbrauch bürgerlicher Schichten wurde selbstverständlich eingeschränkt. Und er beweist mit Zahlen, daß der Verbrauch schon 1925/26 den Vorkriegsstand übertrifft. (Tabelle 3.4) Der Reallohn lag 1925/26 etwa 11% über dem Vorkriegsniveau, 1927 bereits 34 % und betrug 68,17 (Vorkriegs-)Rubel,

Tabelle 3.4

Jährlicher Verbrauch der Arbeiter nach Haushalten	1908–1911	1925/26	%
A. Für die Ernährung eines Erwachsenen			
1. Roggenmehl (Pfund)	283	268	95
2. Weizenmehl (Pfund)	216	353	164
Summe	499	621	124
3. Fisch (Pfund)	43,2	27,7	64
4. Fleisch und Speck (Pfund)	61,5	96,5	157
Summe	104,7	124,2	119
5. Speiseöl (Pfund)	17,5	16,9	97
6. Butter (Pfund)	5,4	7,7	142
Summe	22,9	24,6	107
7. Zucker und Süßwaren (Pfund)	33,2	42,5	128
B. Kleidung, Wäsche, Schuhe/Kopf (Vorkriegsrubel)	20,4	23,5	115

Tabelle 3.5

Index Preisviveau (1928)	
London	110
Berlin	71
Paris	56
Moskau	52
Prag	47
Wien	45
Rom	43
Warschau	40

Renten und Sozialversicherung eingeschlossen.

Tabelle 3.5 zeigt Angaben des Internationalen Büros für Arbeitsstatistik des Völkerbundes von 1928 über den Reallohn (eine Art Warenkorb, berechnet nach dem Arbeiterlohn und dem Preisniveau der wichtigsten Lebensmittel). Strumilin sagt: „*Damit haben wir dem Reallohn des Arbeiters nach eine ganze Reihe von kapitalistischen Ländern eingeholt und überholt. Doch die Organe des Völkerbundes operieren bei ihren Vergleichen einzig mit den streng formalen Daten für den Lohn des Arbeiters und für das Preisniveau der wichtigsten Lebensmittel. Sie berücksichtigen überhaupt nicht, daß z. B. europäische Arbeiter Abzüge vom Lohn haben wie die Beiträge zur Sozialversicherung, die in Deutschland 7,5 % … ausmachen, die es aber bei uns überhaupt nicht gibt, sie berücksichtigen*

nicht die unterschiedliche Höhe der Steuern, der Wohnungsmieten ... Wenn man das aber in Betracht ziehen würde, ... dann ergibt sich, daß das reale Lebensniveau des Moskauer Arbeiters bereits im August 1928 um einige % höher war als das der Berliner Arbeiter. Damit hat bereits zu Beginn des Fünfjahrplanes unser sowjetischer Arbeiter in Moskau ein höheres Lebensniveau als die Arbeiter von Paris und Berlin. Im Verlauf von fünf Jahren aber ... werden wir ohne Zweifel in der genannten Beziehung nicht nur Berlin sondern auch London einholen und überholen.“

Die „großen Entbehrungen“ der Industrialisierung überschritten damit nicht die Entbehrungen, zu denen die kapitalistische Wirtschaftsweise die Werktätigen zwingt.

Positiv, und deshalb wundert die Verwunderung Wolgogonows, wirkte die Tatsache der jedermann spürbaren kontinuierlichen Verbesserung der Lebensbedingungen vom Tiefststand des Jahres 1921 auf ein erträgliches Niveau, das, wenn der Plan erfüllt wurde, weiter steigen würde.

Ein weiteres Problem ist die Beschäftigung, die optimale Nutzung der Arbeitskräfte. Zu Beginn des Fünfjahrplans (1927/28) gibt noch rd. 1 Million Arbeitslose in den Städten (6,4 %), eine historisch gewachsene Überbevölkerung auf dem Land von 8 bis 9 Millionen und einen natürlichen Bevölkerungszuwachs im arbeitsfähigen Alter von 9,1 Millionen.

Es ist unmöglich, etwa das Tempo der Rationalisierung zu verlangsamen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Es bleibt bei der Zielstellung: maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die Erweiterung der Produktion kann Abhilfe schaffen, die neugebauten Betriebe müssen Arbeitskräfte aufnehmen. Auf dem Dorf werden mehr arbeitsintensive Kulturen propagiert und – man verkürzt die Arbeitszeit.

Die Akkumulation im ersten Fünfjahrplan muß man sich genauer ansehen.

Erst einmal kann man zusammenfassen, wie es Kurski 1949 tat: Die Industrialisierung war eine ökonomische Notwendigkeit für die Entwicklung und den Sieg der sozialistischen Produktionsweise in der Sowjetunion. Und die Industrialisierung mußte möglichst kurzfristig erfolgen! ***„Unsere Industrie begann mit der Entwicklung der Schwerindustrie im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern, da begann die Industrialisierung mit der Leichtindustrie – Die Partei lehnte diesen ‚üblichen‘ Weg der Industrialisierung ab.“***

3.3 Die Akkumulation

Quelle von Investitionen ist das Nationaleinkommen. Zur Finanzierung der Industrialisierung wurden auch die Amortisation genutzt. Zuerst zur Erinnerung die Definition der Begriffe.

Das **Gesellschaftliche Gesamtprodukt** ist die Gesamtheit der Produkte des Wirtschaftsjahres in Natural- und Wertform: $C + V + M$. Marx, Kapital, II, S. 391: *„Das Jahresprodukt umschließt sowohl die Teile des gesellschaftlichen Produkts, welche Kapital ersetzen, die gesellschaftliche Reproduktion, wie Teile, welche dem Konsumtionsfonds anheimfallen, durch Arbeiter und Kapitalisten verzehrt werden, also sowohl die produktive wie die individuelle Konsumtion.“*

Das **Nationaleinkommen** besteht in seiner Naturalform aus Konsumtionsmitteln und einem Anteil von Produktionsmitteln über den Ersatzfonds hinaus, der für die Ak-

kumulation bestimmt ist. Der im Wirtschaftsjahr neugeschaffene Wert, also $V + M$, oder, weil man M ja ermitteln muß, ist: Gesellschaftliches Gesamtprodukt – Ersatzfonds $= (C + V + M) - C$.

V steht hier, wie im Kapitalismus, für den Lohn, und soll nach Aussage von Strumilin *„ein ausreichendes Wachstum des Verbrauchs der werktätigen Massen gewährleisten.“*

Von M ist noch sämtlicher unproduktive Verbrauch abzuziehen, hauptsächlich für die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds (Bildung, Sozialversicherung, Gesundheitswesen, Wissenschaft, Verwaltung, Armee). Was wertmäßig übrigbleibt, kann investiert werden, vorausgesetzt, es liegt natural in Form von Produktionsmitteln vor. Das ist Sache der richtigen Planung. **Amortisationen** sind Abschreibungen auf Maschinen und Anlagen, dem Teil von C, der nicht materiell in das Produkt eingeht, wie Rohstoff, sondern seinen Wert nur stückweise – entsprechend des jährlichen Durchschnittsverschleißes – auf das Produkt überträgt. Eine Maschine z. B. muß nur alle zehn Jahre ersetzt werden, überträgt aber im ersten Wirtschaftsjahr bereits ein Zehntel ihres Werte auf die mit ihrer Hilfe gefertigten Produkte. Eine Maschine, die im Durchschnitt nach fünf Jahren ersetzt werden muß, überträgt pro Jahr ein Fünftel ihres Wertes. Vom tatsächlich eingetretenen Verschleiß wird abgesehen. Amortisationen sind Rechengrößen zur Bestimmung der Wertübertragung, die auf Erfahrungswerten beruhen. Dieser Wertteil der Ware wird über den Preis realisiert und „beiseite gelegt“, bis die Ersatzinvestition fällig ist.

Ob die aufgelaufenen Amortisationen jeder einzelne Maschine während der Zeit ihres Einsatzes in der Produktion bis zu ihrem Ausscheiden wirklich dem Wert entsprechen, ist damit nicht gesagt, es gilt der Durchschnitt. Eine Maschine kann unter günstigen Bedingungen und wenn sie nach Ablauf der geplanten Lebensdauer noch den technischen Anforderungen entspricht, noch weiter in der Produktion eingesetzt werden. Eine Maschine kann vorfristig verschleißen. Beide Fälle werden über den Durchschnittsverschleiß abgefangen. Drittens kann die technische Entwicklung zum Ersatz vorhandener Technik zwingen, wenn neue Maschinengenerationen die Leistungsdaten der vorhandenen Technik weit übertreffen. Damit ist die Maschine moralisch verschlissen. Der nicht auf Produkte übertragene Wert wird dann mit der Produktivitätssteigerung durch die neue Technik bezahlt. Die Amortisationen dienen der Reproduktion verschlissener Grundfonds, die entsprechend dem technischen Fortschritt auf höherem Niveau reproduziert werden.

Im „Kapital“, II erklärt Marx: *„Im Bezug auf die allmähliche Ausdehnung des Geschäfts im Laufe der teilweisen Erneuerung bemerken wir folgendes. Obgleich, wie wir gesehen haben, das fixe Kapital fortfährt, in natura im Produktionsprozeß zu wirken, hat ein Teil des Wertes, je nach dem Durchschnittsverschleiß, mit dem Produkt zirkuliert, ist in Geld verwandelt worden, bildet Element des Geldreservefonds zum Ersatz des Kapitals für den Termin seiner Reproduktion in natura. Dieser so in Geld verwandelte Teil des fixen Kapitalwerts kann dazu dienen, das Geschäft zu erweitern oder Verbesserungen an den Maschinen anzubringen, welche deren Wirksamkeit vermehren. In kürzeren oder längeren Abschnitten findet so Reproduktion statt, und zwar – vom Standpunkt der Gesellschaft betrachtet – Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter; extensiv, wenn das Produktionsfeld ausgedehnt wird; intensiv, wenn die Produktionsmittel wirksamer gemacht werden. Diese Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter entspringt nicht aus Akkumulation – Verwandlung von Mehrwert in Kapital – sondern aus der Rückverwandlung des*

Tabelle 3.6

Nationaleinkommen (Nettoproduktion) der UdSSR in Mrd. Rubel-Tscherwonez zu Preisen des jeweiligen Jahres (laufende Preise, Plan)

	1926/27	1932/33 (Ausgangs-variante)	1932/33 (Optimal-variante)
Land- und Forstwirtschaft	11,28	16,37	16,74
Industrie	7,81	13,92	14,81
Bauwesen	1,59	3,45	4,10
Transport/Nachrichten	1,26	2,34	2,62
Handel (Aufschlag)	2,74	4,59	5,00
Ergebnis	24,68	40,67	43,27
Ergebnis zu festen Preisen (1927) = physischer Umfang	24,68	44,82	50,20
Pro Kopf der Bevölkerung			
In Rubel	163,1	240,4	255,7
Im physischem Umfang	163,1	264,9	296,7

(laufende Preise = Preise des jeweiligen Jahres, die geplante Selbstkostensenkung wurde eingerechnet)

Wertes, welcher sich abzweigt, in Geldform losgelöst hat vom Körper des fixen Kapitals, in neues, entweder zuschüssiges oder doch wirksameres, fixes Kapital derselben Art.“

Damit ist eine Hebung des Niveaus der Produktivkräfte möglich. Der Wert allerdings, der das Kapital allein interessiert, verändert sich nicht. Die Sowjetunion aber war nicht so sehr am Wert als an realer Industrialisierung interessiert.

Zuerst wird das Nationaleinkommen als die Hauptquelle der Investitionen betrachtet. Strumilin gibt die Planzahlen: Tabelle 3.6. Die Entwicklung des Nationaleinkommens (NE): *„Im Verlaufe der drei Jahre von 1924/25 bis 1927/28 erzielten wir einen Zuwachs (NE/Kopf der Bevölkerung) in Höhe von 31 %, d. h., die jährliche Wachstumsrate betrug mindestens 10 % … Ungeachtet dessen, daß die Sowjetunion in den Jahren des Weltkrieges und des Bürgerkrieges, unter den Bedingungen der Intervention und der Blockade in einen Zustand so tiefer wirtschaftlicher Zerrüttung geriet, wie ihn kein einziges kapitalistisches Land erlebte, erreichten wir bereits im Wirtschaftsjahr 1928/29 das Vorkriegsniveau beim Nationaleinkommen, im Wirtschaftsjahr 1928/29 erzielten wir einen Stand von ungefähr 116 %, und nach Ablauf von vier Jahren rechnen wir fest damit, daß wir es mindestens auf 170 % gegenüber dem Vorkriegsniveau heben können.“*

Die Zusammensetzung des Nationaleinkommens wird sich ändern:

- Als Folge der Industrialisierung steigt der Anteil der Industrie, der der Landwirtschaft wird sinken – die Wirkung der Industrialisierung.
- Preissenkungen für Industrieerzeugnisse sind geplant, die Landwirtschaftspreise sollen stabil bleiben – die Preisschere wird sich weiter schließen.
- Der Anteil des privaten Sektors sinkt – hier sind die Bauernwirtschaften mitge-

Tabelle 3.7

Hauptquellen der sozialistischen Akkumulation

	1927/28	1928/29	1932/33	Summe Fünfjahrplan 1928/29–1932/33
A. Gewinn und Rente gesamt	2208	3204	6352	23669
Davon: Industrie	*948*	*1610*	*3259*	*12278*
B. Sonstige Quellen (Steuer, Anleihen u. a.)	1776	2045	2398	10973
A+B	3984	5249	8750	34642
C. Amortisationen	1139	1252	1977	7881
A+B+C	5123	6501	10727	42523

(Mill. Rubel)

Tabelle 3.8

Investitionen im 1. Fünfjahrplan	
A. Grundfonds	**33536**
Darunter: Industrie	11702
Elektrifizierung	2390
Landwirtschaft	3388
Transportwesen	5834
Kommunalwirtschaft	1485
Wohnungsbau	4011
B. Umlauffonds	**6602**
A+B	**40138**

(Mill. Rubel)

rechnet.

- Das „relative Niveau des Wohlstandes“ der verschiedenen sozialen Gruppen entwickelt sich: auf dem Lande – Zuwachs um 52 %, in der Stadt Zuwachs um 51 %. Darunter: städtisches Proletariat: +58 %, Dorfarmut +64 %, also klassenbezogen.

Über den Staatshaushalt wird das Nationaleinkommen umverteilt durch Steuererhebung, Kreditierung, Finanzierung der Volkswirtschaft. Dazu kommt die Preispolitik des Staates.

Die Politik ist Klassenpolitik, sagt Strumilin, ganz besonders mit Blick aufs Dorf.

Es wird übrigens schon nicht mehr alles verdiente Geld ausgegeben, die Bevölkerung beginnt zu sparen. Über Anleihen werden diese Mittel für die Akkumulation genutzt. Strumilin gibt in Tabellen 3.7 die Hauptquellen der sozialistischen Akkumulation an. Die Investitionen im 1. Fünfjahrplan sind in Tabelle 3.8 dargestellt. Investitionen in

Schulen, Krankenhäuser, Kultur sind hier nicht erfaßt, deshalb die Differenz.

Geplantes Verhältnis Konsumtion zu Akkumulation im Fünfjahrplan zu laufenden Preisen: 69,5 % : 20,72 % vom Nationaleinkommen. Strumilin sagt, es ist ein Spiel mit den Preisen, rechnet man nach physischem Volumen, also mit Preisen des Jahres 1927, dann kann man auf eine Akkumulationsrate von ca. 32 % kommen.

Zum Grundsatz der sozialistischen Akkumulation erklärt er: *„,... könnte es auf den ersten Blick scheinen, daß das gesteigerte Wachstum des Anteils der Akkumulation in der optimalen Variante (des Planes) um den Preis einer Senkung des Verbrauchs der Bevölkerung erzielt würde. Das ist jedoch nicht richtig. Nach der optimalen Variante sinken die Erzeugnispreise schneller als in der Ausgangsvariante. Wenn man daher den Konsumtionsfonds für 1932/33 in den Preisen des Jahres 1927/28 zum Ausdruck bringt, erhält man in der Ausgangsvariante ... 35,5 Mrd., nach der optimalen Variante dagegen 37 Mrd ...“*

Die Industrialisierung also ist der Weg zur Erhöhung des Konsumtionsfonds und damit zum Wohlstand der arbeitenden Klassen.

Was immer gilt: Die Akkumulation von heute ist die Konsumtion von morgen, denn nur auf diese Weise ist eine nachhaltige Steigerung der Arbeitsproduktivität zu realisieren. Fleiß und Steigerung der Arbeitsintensität zu Lasten der Arbeiter steigern die Konsumtionsmöglichkeiten nicht in gewünschtem Maße! Der einzelne Arbeiter ist nicht imstande, auch nicht bei maximalen „Bewußtsein“, die Arbeitsproduktivität zu steigern, er beeinflußt bloß die Arbeitsintensität. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Unter kapitalistischen Verhältnissen wird diese Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Konkurrenz erzwungen, also durch die spontanen Kräfte des Marktes. Unter sozialistischen Verhältnissen durch Organisation, Disziplin und Planung, also kollektive – bewußte – Anstrengungen. Die Planung selbstredend obliegt dem sozialistischen Staat, also der zum Staat organisierten Arbeiterklasse. Die regierende Arbeiterpartei hat da das erste und letzte Wort – wer sonst?

Marx (im „Kapital“): *„Man hat früher gesehen daß mit der Entwicklung der Produktivität der Arbeit ... die Masse der in der Form von Arbeitsmitteln dem Prozeß ein für allemal einverleibten und stets wiederholt, während längerer oder kürzerer Perioden in ihm fungierenden Produktionsmittel (Gebäude, Maschinen etc.) beständig wächst, und daß ihr Wachstum sowohl Voraussetzung wie Wirkung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit ist.“*

3.4 Das Problem der Preise

Oben (unter 2.8) wurden die Grundprinzipien der sowjetischen Preisbildung genannt und ein paar Richtlinien formuliert.

Das Problem verdient aber nähere Betrachtung. Wir müssen auch auf die Schwierigkeiten eingehen, die einmal in die, einmal in jene Richtungen wirkten und von den bürgerlichen Strömungen entsprechend deren Zielen oder Wünschen gedeutet wurden und werden. Die Preisbildung – auch die auf dem freien NÖP-Markt, das soll betont werden – verlief unter sozialistischen Bedingungen.

Die „freien Preise“ des NÖP-Marktes wurden vom „geplanten Markt“ und von den Planpreisen beeinflußt. *„Solange der organisierte Markt mehr oder weniger mit Waren gesättigt war, wurden die Preise auf dem nichtorganisierten Markt von den Planpreisen bestimmt. Doch führten die einen ‚Warenhunger‘ erzeugenden Schwierigkeiten der ersten Industrialisierungsperiode dazu, daß die Preise des nichtorganisierten Marktes sich von den Planpreisen, die der Staat auf unveränderter Höhe hielt, zu lösen begannen“*, schreibt Kronrod.

Die sozialistischen Bedingungen der Preisbildung waren:

- der Sowjetstaat als Diktatur des Proletariats
- das verstaatlichte Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln (die *„Kommandohöhen der Wirtschaft“* lt. Lenin)
- daraus folgend die Möglichkeit und Notwendigkeit der Planung
- das Außenhandelsmonopol.

3.4.1 Außenhandelsmonopol und Binnenwährung

Das Außenhandelsmonopol sichert die Souveränität der sozialistischen Volkswirtschaft. Ohne Außenhandelsmonopol gibt es keine eigenständige Wirtschaftsentwicklung, dann zwingt der kapitalistische Weltmarkt der Wirtschaft seine Gesetze auf.

Weshalb ist das so?

Marx folgend, ist der Wert der Ware: $c + v + m$. Marx erklärt auch ganz am Anfang des „Kapitals“, daß und warum der Wert (und die Kategorien Ware, Preis) ein gesellschaftliches Verhältnis ist: *„Dagegen hat die Wertform und das Wertverhältnis der Arbeitsprodukte, worin sie sich darstellt, mit ihrer physischen Natur und den daraus entspringenden dinglichen Beziehungen absolut nichts zu schaffen. Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt.“*

Ein gesellschaftliches Verhältnis ist kein ein für allemal gegebenes Ding, sondern etwas höchst Lebendiges, historisch gewachsen und immer veränderlich. Es gibt folglich keinen „absoluten“ Wert, so wenig, wie es einen „gerechten“ Arbeitslohn gibt.

Die organische Zusammensetzung des Kapitals $c : v$ ist ein Maßstab für die Arbeitsproduktivität. Wenn wir im nationalen Maßstab für den Kapitalismus die Durchschnittsprofitrate anerkennen, so müssen wir auch akzeptieren, daß über den Weltmarkt die höchstentwickelten Länder, die mit der höchsten organischen Zusammensetzung des Kapitals, die „wohlfeilsten“ Waren anbieten können. Das unkontrollierte Eindringen derartiger Importe in die sozialistische Wirtschaft führt dazu, daß inländische Waren „zu teuer“ sind. Das aber bedeutet nur, daß diese inländischen Waren in Konkurrenz mit billigen Importen unter ihrem nationalen Wert verkauft werden müßten. Die Folgen sind klar: man kann die Produktion einstellen, womit man sich importabhängig macht. Oder man subventioniert. Im ersten Fall entstehen neben der Abhängigkeit Disproportionen in der Volkswirtschaft, im zweiten neben der Abhängigkeit Disproportionen bei der Verwendung des Nationaleinkommens, auch wenn man versucht, dies mittels Kreditaufnahme zu verhindern. Die aufgehäuften Schulden und die Zinsen belasten dann eben ein paar Jahre später, aber umso unerbittlicher. Es verschiebt das Problem nur.

Die Bevölkerung, die man derart beglückt, wird in jedem Fall unzufrieden sein.

Eine wirtschaftliche Entwicklung in Richtung des Stands der entwickelten kapitalistischen Länder erfolgt nicht, auch wenn die Weltmarktfetischisten vom IWF, der Weltbank oder GATT das im Brustton der Überzeugung beteuern.

Das Beispiel Lateinamerikas zeigt es. Lateinamerika konnte sich ja im letzten Jahrhundert fast ungestört durch Kriege und Bürgerkrieg entwickeln, kein Vergleich mit Afrika. Lateinamerika mußte auch keine „sozialistischen Experimente" erdulden. All das, was die Bourgeoisie als schädlich für die gesunde Entwicklung der nationalen Volkswirtschaften anerkennt, ist in Lateinamerika nur in beschränktem Umfang tätig gewesen. Bis auf die allgegenwärtige Korruption auf Weltniveau müßte Lateinamerika ein Musterbeispiel kapitalistischer Entwicklung sein. Aber – nichts dergleichen. Die kapitalistischen Widersprüche kommen z. Zt. besonders in Lateinamerika immer wieder hoch. Derzeit quälen sich Argentinien, Peru und Brasilien. Chile hat Allendes Reformversuche mit der konservativsten Wirtschaftspolitik bezahlt. Kann man jetzt behaupten, Chiles Volk sei glücklich, habe ein gute Zukunft vor sich?

In der EU zeigen es die Fördermittel für unterentwickelte Regionen, Süditalien, Ostdeutschland z. B. Es ist alles nichts geworden, trübe Aussichten, wer klug ist, verläßt das sinkende Schiff.

Auch die EU-Osterweiterung wird den Völkern der Beitrittsstaaten nicht den erhofften Umschwung bringen. Daß der marktwirtschaftliche Aufschwung nun schon seit dem Untergang des Sozialismus, seit über anderthalb Jahrzehnten, ausbleibt, sollte man doch langsam der kapitalistischen Produktionsweise zurechnen und nicht mehr den „vierzig Jahren Mißwirtschaft", der sozialistischen.

Hundert Jahre imperialistischer Entwicklung bewirkten, daß die gleichen Staaten, die schon Lenin als die führenden imperialistischen Staaten kennzeichnete, auch heute zu den „führenden Industriestaaten" zählen.

Sozialistisch wirtschaften heißt also, nicht nur ohne inländische Kapitalisten, sondern auch im wesentlichen ohne kapitalistischen Einfluß von außen (dieser Einfluß ist natürlich doch da, einfach schon durch die Existenz der kapitalistischen Wirtschaftsweise der Nachbarländer, durch Ex- und Import über den staatlichen Außenhandel) aus eigener Kraft wirtschaften.

Praktisch läuft es auf die Frage hinaus, welche Arbeit als gesellschaftlich notwendig anerkannt wird (für die erweiterte Reproduktion). Wenn z. B. die DDR jährlich nur eine bestimmte Menge Erdöl importieren konnte, so war es notwendig, das Defizit der Energiebilanz mit einheimischer Braunkohle zu decken. Gesellschaftlich notwendige und damit wertbildende Arbeit war innerhalb der DDR also sowohl die Braunkohlenförderung als auch der Betrieb von Heizwerken auf Braunkohlenbasis.

Kronrod sagt richtig: *„Das Außenhandelsmonopol schützt den Binnenmarkt."* Das Außenhandelsmonopol ermöglicht dem sozialistischen Staat, geplante Preise festzulegen und zu realisieren, das heißt, die Preise werden auch gezahlt. Der Plan, sowohl der Staatsplan wie auch der individuelle, steht auf festen Beinen.

Die notwendige Kehrseite des Außenhandelsmonopols ist die Binnenwährung der sozialistischen Wirtschaft. Die Binnenwährung ist eine frühzeitige Erscheinung, sie ent-

steht erstmals mit der Einführung des Tscherwonez, der eine Golddeckung hatte. Der Goldwert wurde bald vom Geldwert abgekoppelt und war eigentlich nur noch für die Außenbeziehungen interessant. Was entstand, nennt Strumilin *„Warenrubel"*.

Stalin folgt diesem Gedanken. In Auswertung des 1. Fünfjahrplanes erklärt er es so, daß es jedermann verstehen kann: *„Man sagt uns, daß es unmöglich sei, den Handel zu entfalten ..., ohne eine gesunde Geldwirtschaft und eine gesunde Valuta zu haben und daß unsere Sowjetvaluta, die angeblich gar keinen Wert darstellen, geheilt werden müßten. Das sagen uns die Ökonomen der kapitalistischen Länder. Ich glaube, daß diese verehrten Ökonomen von politischer Ökonomie nicht mehr verstehen als, sagen wir, der Erzbischof von Canterbury von antireligiöser Propaganda. Wie kann man behaupten, daß unsere Sowjetvaluta gar keinen Wert habe? Ist es etwa nicht Tatsache, daß wir mit dieser Valuta die Magnitogorsker Werke, die Dneprkraftwerke, die Kusnezker Werke, die Stalingrader und die Charkower Traktorenwerke, die Automobilwerke in Gorki und Moskau gebaut, hunderttausende Kollektivwirtschaften und tausende Sowjetwirtschaften errichtet haben? Glauben diese Herren etwa, daß alle diese Betriebe aus Stroh oder aus Lehm und nicht aus wirklichen, bestimmten Wert besitzenden Materialien erbaut worden sind? Wodurch wird die Stabilität der Sowjetvaluta gesichert, allerdings wenn wir den organisierten Markt im Auge haben, dem beim Warenumsatz des Landes entscheidende Bedeutung zukommt, und nicht den unorganisierten Markt, der nur untergeordnete Bedeutung hat? Natürlich nicht allein durch Goldreserven.* ***Die Stabilität der Sowjetvaluta wird vor allem durch die gewaltige Menge von Waren in den Händen des Staates, die zu festen Preisen umgesetzt werden, gesichert.*** *Wer von den Ökonomen kann bestreiten, daß eine solche Sicherung, die nur in der Sowjetunion vorhanden ist, eine realere Sicherung der Stabilität der Valuta darstellt als jede beliebige Goldreserve? Werden die Ökonomen der kapitalistischen Länder jemals begreifen, daß sie mit der Theorie der Goldreserve als einzigen Sicherung der Stabilität der Valuta in eine Sackgasse geraten sind?"*

Also: Die Warenmenge in den Händen des Staates, zu festen Preisen umgesetzt, wozu man zwingend das Außenhandelsmonopol braucht. Kronrod setzt hinzu, daß durch die Geldreform das sowjetische Geldsystem geschaffen wurde, Tscherwonez und Rubel als Goldzeichen nicht mehr als Vertreter eines spontan wirkenden Äquivalents fungieren, sondern schon **als planmäßiges Äquivalent im Dienst der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft**: *„Sobald das Gold ebenso vom sozialistischen Staat beherrscht wird wie das Geld, hört es auf, ein spontan fungierendes Äquivalent zu sein."* Wir sehen, Kronrod begreift das 1963 noch als Vorzug! Und er zählt die Vorteile auf:

- eine Änderung des Preismaßstabs führt nicht spontan zu Preisänderungen.
- Änderungen des Preismaßstabs stören die Planung nicht, *„im Gegenteil, sie trägt dazu bei, daß das Geld, das keine abstrakte Form des gesellschaftlichen Reichtums ist, als Wertmaß dem planmäßigen Verlauf der sozialistischen Reproduktion dient"*.
- Im Kapitalismus bestimmt der Preismaßstab *„die Gesamtheit der Preise nach dem Wert des gesellschaftlichen Gesamtprodukts"*, im Sozialismus wird der Preismaßstab *„durch ihre (der Preise) Relation bestimmt."*

Die sozialistische Binnenwährung hat aber doch, vom kapitalistischen Standpunkt aus gesehen, eine Krankheit, auch wenn Stalin, der es natürlich weiß, das nicht ausdrücklich

sagt: Die Binnenwährung ist in kapitalistischem Sinne eingeschränktes Geld, weil man eben nicht „alles“ dafür kaufen kann. Sie kann sich beim besten Willen nicht in Kapital verwandeln, in Geld, das Geld heckt. Deshalb sind die sozialistische Binnenwährungen im kapitalistischen Ausland so unbeliebt.

Das Außenhandelsmonopol ist seit Bestehen des sozialistischen Wirtschaftstyps immer wieder angegriffen worden. Die Jugoslawen, die seine Notwendigkeit nicht einsehen wollten, erlitten als erste Schiffbruch. Ein ganz besonders hinterlistiger Angriff auf das Außenhandelsmonopol der DDR war die Forderung nach Reisefreiheit in das nichtsozialistische Ausland. Dieser Angriff wurde nicht ökonomisch begründet, sondern moralisch: Die sperren uns ein! Daß man mit DDR-Mark, also der sozialistischen Binnenwährung, im Westen nichts anfangen kann, wußte jeder. Keiner aber fragte, wer die Valuta erarbeiten sollte. Es war einfach die Forderung, die Währung der DDR sofort konvertibel zu machen und damit die Wirtschaft dem kapitalistischen Weltmarkt auszuliefern.

Eine frei konvertierbare Währung ist das Ende der sozialistischer Produktionsverhältnisse, auch bei relativ hochentwickelter sozialistischer Produktion. Die sozialistische Produktion zeichnet sich durch einen hohen Grad der Organisiertheit aus, die durch die frei konvertierbare Währung der Marktanarchie, dem blinden Wirken des Wertgesetzes preisgegeben wird. Aber die frei konvertierbare Währung ist nur eine Möglichkeit, den Sozialismus abzuschaffen. Es geht auf etlichen Wegen.

Die sozialistische Binnenwährung ist eine Errungenschaft, die ihresgleichen sucht. Ihre Existenz beweist, daß es möglich ist, in früher ungekanntem Maße die Produktionsverhältnisse zu beherrschen. In der kapitalistischen Welt, wo bekanntlich die Produktionsverhältnisse ungehemmt die Produzenten beherrschen, ist eine staatliche Regulierung der Preise nur eine Notmaßnahme mit unbedingt negativen Folgen. Dagegen unternimmt der proletarische Staat, wirtschaftlich am Boden liegend, gleich zu Anfang seiner Existenz die Regulierung der Preise über das Staatsmonopol.

Engels schreibt im Anti-Dühring: *„Die beiden stärksten Regierungen, die je bestanden haben, die nordamerikanische Revolutionsregierung und der französische Nationalkonvent, vermaßen sich, Maximalpreise festsetzen zu wollen und scheiterten elendiglich.“* Die Sowjetregierung ist stärker – sie schaffte es. Die Planung der Volkswirtschaft eröffnete neue Möglichkeiten und Sicherheiten, nämlich nicht nur die Sicherheit der Preise, sondern auch die Sicherheit des Absatzes der Produktion.

Hier muß man klarstellen: Feste Preise heißt keineswegs Preisfestschreibung bis zum Sanktnimmerleinstag, sondern ausdrücklich für den Planungszeitraum, also für das Wirtschaftsjahr. Der Schwur, „die Verbraucherpreise bleiben stabil“, ist zumindest töricht. Man kann nach ein paar Jahren sicher sein, daß die Preise den Reproduktionsbedingungen nicht mehr entsprechen, anders gesagt: Die Preise entfernen sich immer mehr vom Wert. Dagegen ist die Forderung der ersten Pläne, mit steigender Arbeitsproduktivität, also sinkenden Selbstkosten, planmäßig die Preise zu senken, sehr vernünftig, weil konsequent marxistisch.

Tabelle 3.9

Preisindizes (1913 = 100)					
	1927/28	1932/33		Veränderung zu 1927/28 in %	
Kennziffer		Ausgangs-variante	Optimal-variante	Ausgangs-variante	Optimal-variante
1.Großhandel					
Landwirtschaft	156	158	150	+1,0	−4,0
Industrie	187	151	144	−19,0	−23,0
Total	177	154	147	−13,0	−17,0
2. Einzelhandel					
Landwirtschaft	209	183	166	−12,3	−20,6
Industrie	205	165	158	−19,6	−22,9
Total	207	172	161	−16,9	−22,0

3.4.2 Preisgestaltung im Rahmen des 1. Fünfjahrplans (1927/28–1932/33)

Die Planung nach Strumilin zeigt Tabelle 3.9. Der Plan ging von der Erkenntnis aus: Mit der Industrialisierung erhöht sich der Mechanisierungsgrad der Produktion, folglich steigt die Arbeitsproduktivität und damit sinkt der Wert pro Wareneinheit. Die Preise sollen dem Wert folgen und sinken. Allerdings kam es anders als gedacht. Die Selbstkostensenkung machte arge Schwierigkeiten, die Preissenkungen fielen mager aus. Strumilin erklärt noch 1930: *„Auch theoretisch durften wir den Markt als Regulator unserer Pläne unter sowjetischen Bedingungen nicht überbewerten. Indem wir planmäßig sowohl auf das Preisniveau der städtischen sowie der landwirtschaftlichen Produktion als auch auf das Lohnniveau einwirken, erhöhen oder senken wir willkürlich die Aufnahmefähigkeit unseres Marktes in bedeutendem Maße“*

Immerhin, der Markt war da und die Preise taten das Gegenteil von dem, was sie sollten, sie stiegen.

Über den Markt wurde seit Beginn der Planung gestritten. Strumilin faßt aus marxistischer Sicht zusammen: *„Das Problem des Marktgleichgewichts reduziert sich unter den Bedingungen der Planwirtschaft letzten Endes auf die Projektierung solcher Preise für die Realisierung der im Plan vorgesehenen Warenmassen an Erzeugnissen, die gewährleisten, daß die Nachfrage des breiten Marktes vollständig durch das mögliche Angebot gedeckt wird. Doch die Nachfrage des breiten Marktes wird ihrerseits durch das vorgesehene Wachstumstempo des Arbeitslohnes, durch die Steigerung der Erträge der bäuerlichen Wirtschaft und durch eine ganze Reihe weiterer Festlegungen des Planes beeinflußt, die auf der einen Seite den wachsenden Wohlstand der Massen begründen, auf der anderen Seite aber die Höhe der Erhebungen von den individuellen Einkünften in Gestalt von Steuern, Anleihen, Spareinlagen usw. bedingen. Alle diese Elemente, die letzten Endes das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmen, unterliegen der planmäßigen Re-*

Tabelle 3.10

Jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch 1932/33 in % zu 1927/28 (=100 %)	Ausgangsvariante	Optimalvariante
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	154	170
Industriewaren	146	153

Tabelle 3.11

Die Struktur der Ausgaben (in % vom Einkommen)	1927/28	1932/33*
Landwirtschaftliche Produkte	43,2	41,0
Industriewaren	34,2	31,5
Wohnung und kommunale Dienstleistungen	8,7	9,3
Kultur und Bildung	5,3	7,8
Steuern	0,3	0,4
Sonstiges	3,5	4,4
Geldersparnis	5,0	5,1

(* Ausgangsvariante)

gulierung. ***Wenn wir also zu diesem oder jenem Zeitpunkt eine Absatzkrise oder einen Warenhunger erleiden, darf man das daher nicht als eine von außen kommende objektive Notwendigkeit betrachten, sondern man muß es als das Ergebnis einer ungenügenden Beherrschung der Planung werten.“***

Er erklärt weiter, daß, weil *„in einen Lande der Diktatur des Proletariats dessen Verbraucherinteressen eine ungleich größere Bedeutung haben“* als unter kapitalistischen Bedingungen, eine *„beständige Tendenz zur äußerst möglichen Erhöhung der Arbeitslohnes“* besteht und schließt *„Warenhunger“* nicht aus. Wie realistisch er dies einschätzt, kann jeder Ex-DDR-Bürger an seiner Erinnerung überprüfen.

Richtig nach Strumilin ist: *„Wenn wir die Produktion und das Angebot von Waren nicht im gewünschten Tempo erhöhen können, dann müssen wir in entsprechendem Maße das Wachstum der zahlungsfähigen Nachfrage verlangsamen.“*

Praktisch für den 1. Fünfjahrplan, denn auf den bezieht sich Strumilin, heißt das, wenn verstärkt investiert wird, und auch noch in die Schwerindustrie, dürfen die Löhne nicht so schnell wachsen, wie beispielsweise beim schnellen Aufbau der Leichtindustrie. Steigende Konsumtionsraten aber sind geplant. Tabelle 3.10 zeigt den jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch 1932/33 in % zu 1927/28 (=100 %) nach der Ausgangsvariante und nach der Optimalvariante.

Also: Preise, Löhne, Steuern u.ä. sollen die zahlungsfähige Nachfrage dem möglichen Angebot anpassen, theoretisch ist das klar, praktisch werden Schwierigkeiten erwartet. Die Zentralverwaltung für Statistik hat den Auftrag, die Bilanz über Nachfrage und Angebot zu erarbeiten; man hilft sich mit dem allbekanntem „Warenkorb“, den 40 wich-

tigsten Erzeugnissen. (Tabelle 3.11) Das ist die Berechnung für das städtische Proletariat. Die Bauernschaft hat außerdem noch den Produktionsmittelbedarf.

Der erste Fünfjahrplan wurde bekanntlich erfüllt, sogar vorfristig nach dem Produktionsumfang, der Steigerung des Wohlstands, den Investitionen.

Aber die Preise hielten sich nicht an die Planung. Kronrod (1963) berichtet, daß die Schwierigkeiten bereits 1929 drückend wurden: *„Die Ernährungsschwierigkeiten des Jahres 1928/29 bei verschärften Klassenkampf auf dem Lande und Wiederaufleben von Elementen des Kulakentums und der Spekulation auf Grund dieser Schwierigkeiten führte zu erheblichen Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Waren und zu einer gewissen Preiserhöhung für Industriewaren.“*

Strumilin (1930): *„... da wir mit den Getreidepreisen die Kaufkraft des Dorfes anhoben, konnten wir nicht gleichzeitig die Preise für industrielle Güter des Massenbedarfs senken. Eine solche Senkung ist, allgemein gesprochen, eine der Grundforderungen unserer Preispolitik, doch unter den gegenwärtigen Bedingungen würde sie sich angesichts der Marktbilanz als undurchführbar erweisen.“* Der Großhandelsindex war um 3,2 % gestiegen. Auf dem nichtorganisierten Markt stiegen die Preise noch mehr: Getreide um 48,8 %, Gemüse um 59,4 %, Fleisch um 12,8 %, Milchprodukte um 19,5 %. Der private Handel (NÖP-Markt) tendierte immer mehr zu Spekulationspreisen: Die Marktpreise überstiegen die Erfassungspreise teilweise um das 4–4,5fache, der Preisunterschied zwischen den produzierenden und den konsumierenden Zonen betrug über 100 %!

Wegen dieser Marktschwierigkeiten mußte der Sowjetstaat die Erfassungspreise gegenüber den Planpreisen erhöhen: Getreide +19, 6 %, tierische Produkte +13 %. Die Bauern hatten damit höhere Einnahmen bereits durch die staatliche Erfassung und waren nicht mehr so erpicht, an der Erfassung vorbei den freien Markt zu beliefern. Das erfolgte im Rahmen der *„planmäßigen Einwirkung des organisierten auf den nichtorganisierten Markt“*. Kronrod betont ausdrücklich, das habe *„nichts mit Marktspontaneität zu tun, das ist eine staatliche Regulierung des Warenumsatzes“*.

Die Rechten nämlich wollten systematisch die Preise steigern, aber das lehnte die Partei entschieden ab.

Im vergesellschafteten Einzelhandel (der die zu höheren Erfassungspreisen beschafften Lebensmittel vertrieb!) und bei den Produktionsmitteln blieben die Preise fest. Man half sich anders, wenn auch unter Protest der Rechten: *„Den ökonomischen Maßnahmen“* wurde mit *„außerordentlichen Maßnahmen“* bei der Getreideerfassung gegen die Kulaken *„Nachdruck verliehen“*.

Es ging also keineswegs nur um Federstriche zur Planänderung. Das Jahr 1929 war ja auch das Jahr des Beginns der Kollektivierung. Wie man sieht, gab es handfeste ökonomische Gründe, nämlich die erwähnten Ernährungsschwierigkeiten durch Getreidespekulation, den Versuch der ökonomischen Erpressung des Sowjetstaates, der sich im „Protest der Rechten“ deutlich artikuliert. Den Klassenkompromiß der NÖP also haben die Kulaken aufgekündigt und nicht die proletarische Staatsmacht, sie haben den Klassenkampf begonnen – und verloren. Während der Kollektivierung sank die landwirtschaftliche Produktion, um nach deren Abschluß wieder zu steigen. Stalin gibt auf dem XVII. Parteitag 1934 Zahlen bekannt, die die Schwierigkeiten des Übergangs zur Kollektivwirtschaft bezeugen. (Tabelle 3.12)

Tabelle 3.12

Kennzahlen Landwirtschaft In Mill. dt	1913	1929	1930	1931	1932	1933
Getreide	801,0	717,4	835,4	694,8	698,7	898,0
Rohbaumwolle	7,4	8,6	11,1	12,9	12,7	13,2
Flachsfasern	3,3	3,6	4,4	5,5	5,0	5,6
Zuckerrüben	109,0	62,5	140,2	120,5	65,6	90,0
Ölfrüchte	21,5	35,8	36,2	51,0	45,5	46,0
Viehbestand in Mill. Stück						
Pferde	35,1	34,0	30,2	26,2	19,6	16,6
Rinder	58,9	68,1	52,5	47,9	40,7	38,6
Schafe und Ziegen	115,2	147,2	108,8	77,7	52,1	50,6
Schweine	20,3	20,9	13,6	14,4	11,6	12,2

Erst das Wirtschaftsjahr 1935 brachte den endgültigen Beweis: Die landwirtschaftliche Produktion sank während der Kollektivierung und begann dann kontinuierlich zu steigen. Sie übertraf den Stand von 1913 um 3,2 Mrd. Rubel und den von 1929 um 1,1 Mrd.

Kronrod kann von der hohen Position des schließlichen Erfolges zurückschauen und werten: Mit der Kollektivierung waren zwei Hauptsektoren der sozialistischen Produktion gegeben, der staatliche und der genossenschaftliche Sektor. Wie vorher auch, gingen aufs Dorf Konsumgüter, aber jetzt auch zusätzlich Produktionsmittel, die Landtechnik. Es kam, so sagt er, zu einen *„dauerhaften Produktionszusammenschluß zwischen Industrie und Landwirtschaft“*. Die landwirtschaftliche Produktion wurde planbar, es entstanden neue Planformen des Warenumsatzes auf der Basis von Vertragsabschlüssen. *„Diese Kontrakte wurden durch Produktentausch ergänzt, d. h., die abgelieferten Erzeugnisse wurden sowohl mit Geld als auch mit Waren zu festen Preisen bezahlt.“*

„Die Partei entwickelte dieses Vertragssystem gegen den Widerstand der Rechten.“ Die Partei hielt das für einen Fortschritt, denn damit hatte der organisierte Markt auch die landwirtschaftlichen Produkte erfaßt. *„Der entscheidende Teil der landwirtschaftlichen Warenproduktion wurde planmäßig gelenkt und durch direkte Planung erfaßt.“* Daneben existiert der eine *„untergeordnete Rolle“* spielende Kolchosmarkt. Dieser Kolchosmarkt steht unter dem Einfluß des organisierten Marktes, stellt Kronrod fest.

3.4.3 Die Preisentwicklung

Die Preise dienen außerdem der Umverteilung des Nationaleinkommens. Das ist nicht nur im Sozialismus so. Im Kapitalismus besorgt die Durchschnittsprofitrate eine Umverteilung.

Kronrod sagt: *„Über den Staatshaushalt erfolgte die Umverteilung des überwiegenden Teiles der finanziellen Mittel … **Der größte Teil der Haushaltsmittel wurde un-***

mittelbar zur Entwicklung der Volkswirtschaft verwandt.“

„Um die Entwicklung der Ware-Geld-Formen in jener Periode richtig einschätzen zu können, müssen die auf Grund der schnellen qualitativen Veränderungen in den sozialökonomischen Beziehungen jener Jahre auftauchenden großen Schwierigkeiten berücksichtigt werden. Diese Schwierigkeiten waren Wachstumsschwierigkeiten, Schwierigkeiten des Aufstiegs. Sie ergaben sich vor allem aus der Erfüllung der gewaltigen Aufgaben der Rekonstruktionsperiode und bargen daher alle Möglichkeiten zu ihrer Überwindung in sich.“ Diese Aufgaben der Rekonstruktionsperiode waren:

1. Sicherung der intensiven sozialistischen Akkumulation (die Großindustrie wurde ja erst geschaffen, man arbeitete für die Zukunft, und das bindet für längere Zeiträume Arbeitskräfte und Material, ohne entsprechende Steigerung der Konsumgüterproduktion. Es wurde schwierig, die wachsende Nachfrage der Bevölkerung zu befriedigen. Die wachsende Nachfrage aber entstand durch steigenden Lohnfonds und steigende Löhne)
2. Kollektivierung der Landwirtschaft (neben dem Widerstand der Kulaken bestand die Unmöglichkeit, sofort eine hochproduktive Kollektivwirtschaft in Gang zu bringen, also die Vorzüge der Großproduktion zu nutzen. Die Landtechnik konnte nur nach und nach bereitgestellt werden. Der Bau von Traktorenwerken z. B. war Bestandteil des laufenden ersten Fünfjahrplans. Das heißt, auch die Landwirtschaft verlangte erhebliche Investitionen. Trotzdem mußten die Bevölkerung und die Industrie versorgt werden)
3. Die kapitalistische Umkreisung der Sowjetunion bestand fort, die Kriegsgefahr wuchs. Es bedurfte der Entwicklung einer modernen Rüstungsindustrie.
4. Gewisse spontane Elemente der bäuerlichen Wirtschaft versuchten die Marktkonjunktur für Spekulationen auszunutzen.

Das Nationaleinkommen, der im Wirtschaftsjahr neugeschaffene Wert, ist $V + M$, bestimmt für die Konsumtion und für die Akkumulation. Strumilin war sich des Problems durchaus bewußt, wenn er von der *„äußerst möglichen Anhebung des Arbeitslohnes“*sprach. Er hat oben die ökonomischen Hebel aufgezählt, um Angebot und Nachfrage in Übereinstimmung zu bringen.

Allerdings mußte über den Lohn noch mehr erreicht werden. Es galt, das Leistungsprinzip durchzusetzen. Der Lohn sollte zur Qualifizierung anreizen, die Arbeitsproduktivität steigern (eigentlich die Arbeitsintensität), die Fluktuation, die immer wieder zu Verlusten führte, wirksam bekämpfen u. a. m. Man bemühte sich um die *„Festsetzung richtiger Lohnverhältnisse für die verschiedenen Industriezweige“*, die natürlich auch nur für den Planzeitraum „richtig“, also bindend sein können. All das führte zur schnellen Erhöhung des Durchschnittslohns und des gesamten Lohnfonds.

Kronrod sagt: *„Die Anwendung von* ***Werthebeln*** *als Anreiz zur Erweiterung der sozialistischen Reproduktion führte also bei den starken Strukturveränderungen der Volkswirtschaft und ihrer Proportionen zu erheblichen Lohnerhöhungen.“* Der nichtorganisierte Markt mit seinen steigenden Preisen verlangte im Interesse der Erhaltung des Reallohns ebenfalls Lohnerhöhungen. Der Lohn, also v, stieg überproportional.

„Dadurch stiegen die in Geld ausgedrückten Produktionskosten der Industrie, obwohl der Produktionswert einer Produktionseinheit gesenkt wurde.“ In nackten Zahlen: Die

Erzeugung/Kopf stieg von 1928–1935 um 91 %, der Lohn aber um 173 %.

Ein ähnliches Bild ergibt sich in einer anderen angespannten Zeit der sozialistischen Wirtschaft, während der Kriegswirtschaft von 1941–1945. Auch in dieser Zeit veränderten sich die Wertproportionen, lief der Lohn den Preisen voraus, trat Warenmangel auf und ein blühender nichtorganisierter Markt, Kolchosmarkt oder Schwarzmarkt. Diese Parallelität zeigt, daß hier Gesetzmäßigkeiten wirksam werden, daß nicht alles, was wider Erwarten geschieht, ein „Fehler“ ist.

Man half sich im ersten Fünfjahrplan wie später während des Krieges. Kronrod berichtet: *„Die Preise des nichtorganisierten Marktes wichen immer mehr von denen des organisierten Marktes ab, die unbefriedigte Nachfrage nach einer ganzen Reihe von Industriewaren und Lebensmitteln wuchs. Schließlich mußte die Versorgung der städtischen Bevölkerung rationiert werden, indem man Karten ausgab.“* Die Rationierung wurde 1929 eingeführt. 1930 wurden 26 Millionen über Karten versorgt, 1934 sogar 40,3 Millionen. *„Durch das Kartensystem ging die Versorgung der Bevölkerung reibungslos vonstatten. Ihre materiellen Interessen und ihre Realeinkünfte konnten ungeachtet der unvermeidlichen großen Veränderungen der Preisproportionen in der Volkswirtschaft gewahrt werden.“*

Das ist eine besondere Form der Zirkulation, sagt Kronrod, durch das Kartensystem wurde auch die Spekulation erfolgreich bekämpft. *„Dieses System war ein Instrument, mit dem der Sowjetstaat unter zeitweiligen größten Marktschwierigkeiten die Warenbeziehungen auf dem Gebiet der Massenbedarfsgüter und der landwirtschaftlichen Waren beherrschte und planmäßig lenkte.“* Die Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte erfolgt planmäßig, wie oben schon gesagt, gegen Warenlieferungen, nicht nur über Geld. Im guten ging es nicht: entsprechend einer Regierungsverordnung schloß der Kolchoshandel ab 1932 die Privathändler aus. Damit war Schluß mit der Spekulation.

Kronrods Sicht von 1963 meldet die Ergebnisse, auf die man sich in langen Jahren geeinigt hatte. So wurde die Welt erklärt: 1929–1935 war *„eine Periode der stürmischen Umgestaltung aller Wertproportionen in der Volkswirtschaft, der starken Veränderungen der preisbildenden Faktoren, denen die qualitativen Verschiebungen in der Sowjetökonomik zugrunde lagen.“*

„Auf der anderen Seite drückte sich in den Preisen die faktische Veränderung des Preismaßstabes aus, die vor allem durch zwei Faktoren ausgelöst wurde. Erstens bot eine gewisse Senkung des Preismaßstabs dem Staat die Möglichkeit, die Warenpreise für die Umverteilung eines Teiles des Nationaleinkommens zugunsten des Akkumulationsfonds auszunutzen, zweitens mußte bei Verringerung des Preismaßstabes der Einfluß steigender Preise auf dem nichtorganisierten Markt berücksichtigt werden.“

„Diese Preisentwicklung war zusammen mit anderen Reproduktionsfaktoren die Ursache der faktischen Änderung des Preismaßstabes. Der Maßstab der Preise sank, das heißt, der tatsächliche Goldgehalt des Rubels verringerte sich. Aber trotz all dieser … Faktoren, die sowohl auf die Wert- als auch auf die Preisverhältnisse in der Volkswirtschaft zerstörend wirkten, konnte der sozialistische Staat den produktiven Bedarf … sichern und die Bevölkerung mit Massenbedarfsgütern zu festen Preisen versehen.“

Eine negative Wertung – das Sinken des Preismaßstabs wirkt „zerstörend“, die positive Entwicklung der Volkswirtschaft einschließlich des Lebensstandards der arbeitenden

Bevölkerung wurde „trotz“ der steigenden Preise erreicht. Ich weiß nicht, ob Kronrod damit recht hat. Vielleicht sind das die zwei Seiten der Medaille, man kann die eine nicht ohne die andere haben. Hier und später wurde viel über die „Ausnutzung des Wertgesetzes“ diskutiert. Man kann ja wohl nicht abstreiten, daß dies der Sowjetstaat während der ersten Pläne auch tat. Sogar Kronrod selber redet von der Anwendung von „Werthebeln“. Ob die Art und Weise richtig war, kann man doch nur am wirtschaftlichen Erfolg beurteilen. Und nicht an der „Reinheit“ irgendwelcher Lehren.

Jedenfalls, die Preise stiegen, der Goldgehalt – also der Wert – des Rubels sank.

Ursache dafür waren die Lohnerhöhungen, denn die Selbstkosten sind $c + v$, Lohn = v. Der neugeschaffene Wert ist $v + m$. Bei steigendem v wäre Preisstabilität nur mit sinkender Mehrwertrate zu haben, aber das würde die Akkumulation abdrosseln. Das Verhältnis von Konsumtion und Akkumulation verschöbe sich zugunsten der Konsumtion. Das ist aber noch nicht alles. Vorerst wäre die Konsumtion nur eine zahlungsfähige Nachfrage, hinter der das mögliche (geplante) Aufkommen an Konsumgütern zurückblieb, „Warenhunger“ eben. Die ersten Anzeichen dafür sind die steigenden Preise auf dem nichtorganisierten Markt. Man mußte nicht dümmer sein als die Marktanarchie. Ganz nach Strumilin wurde auf den Markt mittels Lohn, Preis und Steuer eingewirkt. Auf dem geplanten Markt regulierte das Verhältnis von Angebot und Nachfrage die Preise nicht. Man hielt also die Mehrwertrate konstant und hob damit die Preise an. Über die Lohnsteigerung stiegen übrigens auch die Selbstkosten der Produktionsmittel, also c für die Abteilung II und in der Abteilung I für die verarbeitende Industrie. (Abteilung I/II als Marx'sche Kategorien.)

3.4.4 Die Maßnahmen des Sowjetstaates zur Lösung des Preisproblems

Die erste Maßnahme wurde schon erwähnt: die Einführung des Kartensystems.

Bei Warenhunger aller Art bewirkt das Gesetz von Angebot und Nachfrage ein Steigen der Preise auf dem nichtorganisierten Markt. (Auf dem organisierten Markt, bei Beibehaltung der niedrigen Preise, entstehen Schlangen, denn die zahlungskräftige Nachfrage ist vorhanden. Um Angebot und Nachfrage in Übereinstimmung zu bringen, gibt es nur zwei Wege: 1. Preiserhöhungen, bis die Nachfrage hinreichend gedämpft ist; 2. Erhöhung des Angebotes, was nicht sofort möglich ist. Zumindest die Produktionszeit wird benötigt. Die sozialistischen Staaten haben zeit ihres Bestehens lieber Schlangen in Kauf genommen, als willkürlich „nach den Marktbedürfnissen“ die Preise anzuheben.)

Der nichtorganisierte Markt bestand im ersten Fünfjahrplan im Privathandel, der noch zu einem hohen Anteil den Warenumsatz zwischen Stadt und Land vermittelte. Nach der Liquidierung des Privatkapitals im Handel trat an diese Stelle der freie Kolchosmarkt neben den staatlichen Einzelhandel und den Handel über Konsumgenossenschaften.

Das Kartensystem sicherte zwar fürs erste stabile Verbraucherpreise, doch mußten Karten und „richtige“ Preise wieder in Übereinstimmung gebracht werden. Zu dem Zweck organisierte der Sowjetstaat den „kommerziellen Handel“ ab 1933 – ohne Karten zu erhöhten Preisen, die aber niedriger als die Marktpreise lagen. 1934 wurden 24 % des gesellschaftlichen Handels über den kommerziellen Handel abgewickelt. Der kommerzielle Handel schöpfte also gleichzeitig einen erheblichen Teil des Geldüberhanges, der durch

die sozialistische Lohnpolitik entstanden war, ab.

Um das Angebot zu erhöhen, wurde der Export landwirtschaftlicher Produkte gedrosselt. Rußland war schon vor der Oktoberrevolution Getreideexporteur gewesen und die Sowjetunion hatte den Außenhandel eben mit Getreide, Holz und anderem angekurbelt. Das war nun endgültig vorbei.

„Die wachsende Produktion der Nahrungsmittel- und Leichtindustrie sättigte den Markt immer mehr mit Lebensmitteln und Industriewaren ... das Ergebnis ... war die von März 1933 an vor sich gehende systematische Senkung der Marktpreise“, erklärt Kronrod. Den höchsten Stand erreichten die Marktpreise im I. Quartal 1933, gegen Ende 1935 waren sie *„fast auf ein Drittel gesunken. Das war ein Spiegelbild der weiteren Erfolge in der Beherrschung des Marktes, der sich auf die wachsende industrielle und landwirtschaftliche sozialistische Produktion stützte.“*

Kronrod aber nimmt die Problematik steigender Preise keineswegs leicht. *„Die Tatsache, daß die Festsetzung des Verhältnisses zwischen dem faktisch veränderten Preismaßstab, den neuen Reproduktionsbedingungen und dem Preissystem des organisierten Marktes an das Ende der von uns betrachteten Periode verschoben werden konnte, machte die großen ökonomischen Möglichkeiten des sozialistischen Staates sichtbar. Zugleich lag darin aber ein gewisser Verstoß gegen die Erfordernisse des Wertgesetzes, wodurch die wirtschaftliche Rechnungsführung geschwächt wurde und die Bedeutung des Geldlohnes sank ...“* Die „ökonomischen Möglichkeiten“ des Sowjetstaates waren:

- Die in seinen Händen befindlichen großen Warenmengen
- Die staatliche Planung des Warenumsatzes
- Planmäßige Verteilung für die produktive Konsumtion
- Kartensystem für die Versorgung der Bevölkerung.

Wie wichtig ist denn da das Wertgesetz? Ist es ein Mangel oder ein Vorzug, wenn man sich ihm nicht hundertprozentig unterwirft?

„Mit dem Abschluß der Übergangsperiode ergaben sich für den Staat neue große Möglichkeiten, alle Wertbeziehungen in der sozialistischen Wirtschaft zu lenken.“

Abgesehen nämlich von den Preisproblemen hatte sich in der sowjetischen Volkswirtschaft große Dinge getan:

- Die letzen Ausbeuterklassen waren liquidiert
- Die sozialistischen Produktionsverhältnisse hatten sich durchgesetzt.

Wie die sozialistische Welt aus sah, zeigt Tabelle 3.13. Der Westen, der Kapitalismus, machte in dieser Zeit die Weltwirtschaftskrise durch, die Sowjetunion die Industrialisierung – bewies das nichts?

Die Potenzen der sozialistischen Wirtschaftsweise zeigten sich ganz deutlich und man würde auch mit den widerspenstigen Preisen fertig werden. Nach Kronrod wurde dies *„durch die Festlegung eines neuen Systems der Großhandels- und Einzelhandelspreise, also durch neue volkswirtschaftliche Preisproportionen, in die Tat umgesetzt. Damit wurde der offizielle Preismaßstab in Übereinstimmung mit den Reproduktionsbedingungen gebracht. Bei diesem neuen Preismaßstab wurde berücksichtigt, daß die Einnahmen der Bevölkerung mit der Masse an Waren und Dienstleistungen in Einklang zu bringen waren, für die diese Einnahmen verwendet wurden.“* Planmäßigen Entwicklung der Industrieabgabepreise, das hieß planvolles Wirken des Wertgesetzes.

Tabelle 3.13

Anteil der sozialistischen Wirtschaftsformen (in %)	1928	1935
Produktionsgrundfonds	54,6	97,6
Nationaleinkommen	44,0	97,8
Zahl der Arbeiter und Angestellten	84,5	99,96
Bruttoproduktion der Industrie	89,5	99,7
Bruttoproduktion der Landwirtschaft	3,3	94,2
Einzelhandelsumsatz	77,5	100,0
in Mrd. Rubel (Preise von 1926/27)		
Bruttoproduktion der Großind.	16,9	61,6
Maschinenbau	1,7	15,0
Nationaleinkommen	25	66,5

1931/32 waren die Selbstkosten gestiegen, wie gesagt wegen der hohen Löhne und wegen der Neuinbetriebnahme von zahlreichen Betrieben. Die Preise der Schwerindustrie aber sanken, ***„da der Staat bei seiner Industrialisierungspolitik die verhältnismäßig niedrigen Preise für die Erzeugnisse der Schwerindustrie beibehielt.“***

3.4.5 Niedrige Preise für die Schwerindustrie

Hier stutzen wir und fragen: Warum? Und vor allem, wie? Denn bis jetzt haben wir doch über die steigenden Preise geklagt!

Bis hierhin ging es auch vorrangig um die Konsumgüterpreise. Der freie Markt setzte keine Produktionsmittel, sondern Lebensmittel um. Das Kartensystem für die Stadtbevölkerung betraf ebenfalls Lebensmittel, die Waren des täglichen Bedarfs. Aber die Selbstkosten sind gestiegen, wurde festgestellt, weil der Lohn überproportional stieg. Wie konnten da die niedrigen Preise für die Schwerindustrie beibehalten werden?

Hier liegt das Geheimnis der so umstrittenen, böswillig niedrigen „stalinistischen“ Produktionsmittelpreise. Erstens grinst uns ganz unverhohlen das Primat der Politik über die Ökonomie an, was die späteren sozialistischen Wirtschaftswissenschaftler zur Verzweiflung und in die Arme der „sozialistischen“ freien Marktwirtschaft trieb: Bei seiner Industrialisierungspolitik behielt der Staat die verhältnismäßig niedrigen Preise für die Schwerindustrie – die ja gerade in den ersten Fünfjahrplänen Entwicklungsschwerpunkt war – bei, ohne nach dem Wertgesetz zu fragen. Wurde aber das Wertgesetz wirklich ignoriert?

Der Wert bestimmt sich wie immer $c+v+m$, infolge der Lohnpolitik und der steigenden Lebensmittelpreise auf dem freien Markt und, dem folgend, auf dem organisierten Markt steigt v, damit die Selbstkosten $c + v$. Oben haben wir aber behauptet, die Mehrwertrate sei konstant gehalten worden, um die notwendige Akkumulation zu erwirtschaften.

Festzuhalten ist:

1. der Anteil c am Wert ist bei der Schwerindustrie höher als bei der Leichtindustrie, der Lohnanteil ist folglich geringer. Lohnerhöhungen wirken sich nicht so schwerwiegend aus.
2. Das ist die politische Entscheidung, um die Industrialisierung voranzutreiben und den Anteil der sozialistischen Wirtschaft an der Volkswirtschaft zu steigern, kurz, den Wettbewerb mit den kapitalistischen Resten zu gewinnen: Man begnügte sich, den sozialistischen Betrieben die Selbstkosten zu ersetzen plus einen geringen Prozentsatz Gewinn („Plangewinn") zur Stimulierung der Arbeit. Das genügte, um die Rentabilität der Betriebe zu sichern. So das Ziel.
3. Waren die neuen Betriebe eben nicht mit ihrer Inbetriebnahme rentabel. Der Sowjetstaat ließ sich nicht beirren, erkannte das als Anlaufschwierigkeiten – „Wachstumsschwierigkeiten" – und ging bei der Preisfestsetzung von den projektierten Leistungsparametern aus. Deckten die Preise zu Anfang die Selbstkosten nicht, wurden die Betriebe über den Staatshaushalt gestützt. Oben haben wir festgestellt, der inländische Wert ist mittels Außenhandelsmonopol realisierbar. Das heißt aber noch lange nicht, jeder Preis, wie immer er entsteht, wird realisiert. Die Preisplanung orientierte sich nicht an den „Bedürfnissen" der Betriebe, sondern an denen der Volkswirtschaft. Es wurde „von oben" festgelegt, was notwendige Arbeit war. Das bedeutete aber, daß man den Wert versuchte nach Marx festzulegen: nach der **gesellschaftlich** notwendigen Arbeitszeit und nicht betriebsindividuell einschließlich der Anlaufschwierigkeiten. Den Wert also nahm man ernst.

Zum dritten Punkt ein ausführliches Stalin-Zitat („Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans"), allerdings bezüglich der Angriffe auf die Kollektivierung, also Landwirtschaft und nicht Industrie, was aber nur beweist, es gab einheitliche Prinzipien der Wirtschaftspolitik der bolschewistischen Partei: *„Man sagt, die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften seien nicht ganz rentabel, sie verschlängen ungeheure Mittel, es wäre zweckmäßiger, sie aufzulösen und nur diejenigen Betriebe aufrechtzuerhalten, die rentabel sind. So können nur Leute sprechen, die von den Fragen der Volkswirtschaft, von den Fragen der Ökonomik nichts verstehen. Mehr als die Hälfte der Textilindustrie war vor einigen Jahren unrentabel. Ein Teil unserer Genossen schlug uns damals vor, diese Betriebe stillzulegen. Wo wären wir hingekommen, wenn wir ihnen gefolgt wären? Wir hätten das größte Verbrechen an dem Lande, an der Arbeiterklasse begangen, denn wir hätten damit unsere aufstrebende Industrie zugrunde gerichtet. Wie haben wir damals gehandelt? Wir haben etwas mehr als ein Jahr gewartet und erreicht, daß die ganze Textilindustrie rentabel wurde. Und unsere Autowerke in der Stadt Gorki? Auch sie sind doch einstweilen unrentabel. Wollt ihr, daß wir sie stillegen? Oder unsere Eisenhüttenindustrie, die ebenfalls einstweilen unrentabel ist? Sollen wir sie etwa stillegen, Genossen? Wenn man die Rentabilität so auffaßt, dann müßten wir nur einige wenige Zweige der Industrie mit aller Kraft entwickeln, und zwar diejenigen, die die größte Rente abwerfen, z. B. die Konditoreiwaren-, Mühlen-, Parfümerie-, Strickwaren-, Spielwarenindustrie usw. Ich bin natürlich nicht gegen die Entwicklung dieser Industriezweige. Im Gegenteil, sie müssen entwickelt werden, da sie für die Bevölkerung gleichfalls notwendig sind. Aber erstens können sie nicht entwickelt werden ohne Maschineneinrichtungen und Brennstoffe, die*

ihnen die Schwerindustrie liefert. Zweitens kann man die Industrialisierung nicht auf ihnen basieren. Darum handelt es sich, Genossen. ***Die Rentabilität darf man nicht auf Krämerart vom Standpunkt des Augenblicks betrachten. Die Rentabilität muß man vom Standpunkte der gesamten Volkswirtschaft in der Perspektive einiger Jahre ins Auge fassen. Nur ein solcher Standpunkt kann als wirklich leninistischer, wirklich marxistischer Standpunkt gelten****. Und dieser Standpunkt ist obligatorisch nicht nur für die Industrie, sondern in noch höherem Grade für die Kollektivwirtschaften … Wollte man ihnen aus dem Grunde, weil sie im Augenblick nicht alle rentabel sind, Hilfe und Unterstützung verweigern, so würde man das größte Verbrechen an der Arbeiterklasse und der Bauernschaft begehen. Nur Volksfeinde und Konterrevolutionäre können die Behauptung aufstellen, daß die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften unnötig seien“*

Soweit die politische Linie der kommunistischen Partei, die durch die Wirtschaftspolitik untersetzt werden mußte.

Die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals, besser: der sozialistischen Fonds, ist klar, die kosten den Staat nichts zusätzlich. Unser Punkt 1. ist kostenneutral.

Punkt 2 und 3 aber kosten „echtes Geld“. Beim alleinigen Ersatz der Selbstkosten $c + v$ wird der Mehrwert m nicht realisiert (Punkt 2), genau den braucht man aber für die Akkumulation und nicht nur das – auch für die unproduktive Konsumtion bspw. des Staatsapparats. Der Sowjetstaat hatte aber keineswegs die Absicht, Selbstmord zu begehen. Ganz im Gegenteil, er ging noch weiter mit der Verschwendung: er stützte unrentable Betriebe! Die Begründung haben wir zu Kenntnis genommen.

Kann die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft sich noch damit abfinden, daß Waren unter ihrem Wert verkauft werden (Das ist keineswegs unnormal, sondern jedesmal der Fall, wenn ein Überangebot an Waren besteht, wenn man um jeden Preis verkaufen muß, um wenigstens die Selbstkosten oder einen Teil davon zu retten, oder wenn man im Konkurrenzkampf den „Mitbewerber“ möglichst tödlich treffen will), ist die Stützung von unrentablen Betrieben nun gegen jede wirtschaftliche Bürgervernunft.

Wo also kommt das Geld her? Die simple, noch unbefriedigende Antwort: Über die Umverteilung des Nationaleinkommens. Die sowjetische Wirtschaftspolitik im ersten Fünfjahrplan nutzte nicht nur die Preise.

- Ende 1929 wurde die Leitung der staatlichen Industrie reorganisiert. Die Betriebe wurden mit eigenen Umlaufmitteln ausgestattet, es wurde die wirtschaftliche Rechnungsführung eingeführt. Vorher mußten sich die staatlichen Betriebe in der NÖP-Umwelt behaupten, also mit „kapitalistischen“ Mitteln wirtschaften: Gewinnorientierung, Wechselkredit.
- Der Wechselkredit wurde 1930/31 abgeschafft. Ersatz bot der Bankkredit, der im Gegensatz zum Wechselkredit ein *„mächtiger ökonomischer Hebel“* ist. Der Wechselkredit verteilt die Mittel unplanmäßig um und gerät damit in Widerspruch zur Planung der Volkswirtschaft.
- Nach der Kreditreform gibt es nur noch *„den planmäßigen, direkten, zweckgebundenen, befristeten und rückzahlbaren* ***kurzfristigen*** *Kredit“*. Es erfolgt eine strenge Abgrenzung zwischen eigenen Mitteln und Fremdmitteln. Die Eigenmittel werden

zugeteilt (Basis: Normativvorräte), wenn es nicht reicht, ist die Kreditaufnahme möglich. Die Bank übernimmt damit eine wichtige Funktion in der Kontrolle der Wirtschaft. Wichtig ist: Die Staatsbank mit ihren Filialen handelt nach einheitlichen Grundsätzen, ist für Industrie und Landwirtschaft da. Es gibt keine langfristigen Kredite, im Prinzip beschränkt sich alles auf Umlaufmittelkreditierung.

- Das alles führte zu großen Veränderungen *„sowohl in der planmäßigen Verteilung der Produktionsmittel als auch in der Organisation des Großhandelsmarktes für Konsumgüter"*. Die Regulierung des allgemeinen Absatzes und der Versorgung geht an die Industrievereinigungen (auf Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung).
- Die Umverteilung per Steuer wird 1930 reformiert. Die Dutzende verschiedene Steuern werden ersetzt durch Umsatzsteuer (ersetzte 53 verschiedene Abgaben) und Gewinnabführung (ersetzte 10 verschiedene Abgaben), das ist eine Vereinfachung. *„Umsatzsteuer und Gewinnabführung, diese beiden Formen der Verteilung desjenigen Teils des Nationaleinkommens, der das Mehrprodukt oder die Reineinnahme darstellt, gaben dem Staat ein neues anpassungsfähiges Werkzeug zur Akkumulation und planmäßigen Ausnutzung der innerbetrieblichen Akkumulation in die Hand, ein Werkzeug also, mit dem auf den gesamten Ablauf der erweiterten sozialistischen Reproduktion, die Durchsetzung ihrer Proportionen und die planmäßige Gestaltung des staatlichen Preissystems im Groß- und Einzelhandel eingewirkt werden konnte."*
- Ab 1930 gab es die Bargeldumsatzplanung (vorerst durch die Staatsbank, vierteljährlich), die zur Regierungsdirektive gemacht wurde. Damit erfolgte die Bilanzierung der Waren- und Geldmenge. Mit Erfolg: die Karten werden 1935 abgeschafft, *„das Ergebnis war der freie sowjetische Handel zu einheitlichen staatlichen Preisen."*

Soweit Kronrod.

Uns interessiert die Umverteilung der Mittel, denn wir wollen wissen, woher der Sowjetstaat das Geld nahm, die Produktionsmittel „unter Wert" zu verkaufen und unrentable Betriebe jahrelang zu stützen.

Um Gewinne „abzuführen", müssen erst einmal Gewinne erzielt werden. Gewinn ist der Betrag, um den die Preise den Ersatz der Selbstkosten übersteigen.

Wir haben oben gesehen, daß man eine niedrige Mehrwertrate für möglich hielt, um dem Arbeiter einen möglichst hohen Betrag des neugeschaffenen Wertes zu belassen. Unter planwirtschaftlichen Verhältnissen stellt sich nicht automatisch eine Durchschnittsprofitrate ein, also wurden „Rentabilitätsraten" per Plan festgelegt, z. B. ein Aufschlag von 5 % auf die Selbstkosten. Gelang es dem Betrieb, die Selbstkosten unter die Planvorgabe zu senken, so stieg der Gewinn, bei unplanmäßigen Aufwendungen des Betriebes sank er. Die Rentabilitätsraten sollten so niedrig sein, daß der Betrieb keine überschüssigen Mittel ansammeln konnte und daß der Anreiz zur Senkung der Selbstkosten erhalten blieb. Zu hohe Rentabilitätsraten störten außerdem die Politik der Preissenkungen.

Ein Teil dieses Gewinns – auch des überplanmäßigen – wurde vom Staat eingezogen, denn der Staat ist Eigentümer der nationalisierten Industrie, ihm gehört nicht nur das Produkt insgesamt, ihm gehört auch der Gewinn. Wenn der Staat einen Teil des

Plangewinns den Betrieben zwecks Stimulierung überläßt, so ist das eine politische Entscheidung. Aber auch die Verwendung des Teils des Gewinns, der im Betrieb blieb, wurde geplant. Ein Teil wurde für Prämien und soziale Aufgaben verwendet, ein Teil für die erweiterte Reproduktion.

Es ist allerdings zu beachten, daß die Betriebe nur für die einfache Reproduktion verantwortlich waren, also für den Ersatz der Selbstkosten. Für die erweiterte Reproduktion wurden staatliche Mittel zugewiesen, die ggf. durch Eigenmittel ergänzt wurden. Die geplanten Rentabilitätsraten gestatteten den Betrieben keine selbständige und damit „vom Markt“ abhängige Akkumulation.

Und was verbirgt sich hinter der sowjetischen Umsatzsteuer? Vorab – es ist keine indirekte Steuer auf jedweden Verbrauch wie die „Mehrwertsteuer“ z. B. der Bundesrepublik. Kronrod erklärt: Die Umsatzsteuer ist keine Steuer im bürgerlichen Sinn, denn erstens wird *„die Abweichung der Preise für Waren der Abteilung II vom Wert nach oben nur durch die entsprechende Abweichung der Preise für Waren der Abteilung I vom Wert nach unten hervorgerufen. So wird mit Hilfe der erhöhten Preise für die Waren der Abteilung II lediglich der Wert des Mehrprodukts realisiert, der in Abteilung I geschaffen wurde. Zweitens werden die Löhne, die keine verwandelte Form des Preises der Arbeitskraft sind, als bestimmter Anteil am Nationaleinkommen festgesetzt, wobei das geltende Preisniveau der Waren der Abteilung II berücksichtigt wird.“*

Er nennt das: ***die planmäßige Abweichung der Preise einzelner Waren oder Warengruppen vom Wert innerhalb der allgemeinen Gleichheit von Preissumme und Wertsumme.***

Die Gleichheit von Preis- und Wertsumme geht auf Marx zurück (Erklärung der kapitalistischen Durchschnittsprofitrate), man bemüht sich stets, dies zu beweisen.

„Während des ersten Fünfjahrplans und während der ersten Jahre des zweiten Fünfjahrplans trug die Festlegung der Preise für Produktionsmittel (Kohle, Kraftstrom, Brennstoffe, Metalle, Maschinen) erheblich unter ihrem Wert wesentlich zu der schnellen Industrialisierung bei ... Gleichzeitig lagen die Preise für Konsumtionsmittel über ihrem Wert, da über diese Preise die in der Abteilung I geschaffene Akkumulation realisiert wurde. Das spiegelte sich auch in der entsprechenden Erhöhung der Geldlöhne ... wider, die die Erhöhung des materiellen Lebensniveaus der Werktätigen sicherte.“

Trotzdem: alle Preise bilden das einheitliche Preissystem, erklärt Kronrod, nämlich das sowjetische Preissystem. Er bietet ein Reproduktionsschema an: *„Im Schema gehen wir nur von der sich gegenseitig kompensierenden Abweichung des Preises vom Wert des Gesamtprodukts der Abteilungen I und II aus.*

Alle übrigen Abweichungen ergeben sich hieraus. In diesem Falle und fernerhin verstehen wir unter Abweichung der Preise vom Wert des Fonds v die Abweichung der Preise vom Wert der Konsumtionsmittel, in denen dieser Fonds realisiert wird. Da eine Abweichung der Preise vom Wert den Reallohn nicht berühren darf, ist im angeführten Beispiel der Fonds v in den Abteilungen I und II in dem gleichen Maße erhöht wurden, in dem die Preise der Abteilung II den Wert übersteigen (5500 : 4000 = 1,375).“

Abteilung I							
Wert:	4000_c	+	1000_v	+	1000_m	=	6000
Preis:	3000_c	+	1375_v	+	125_m	=	4500
Abteilung II							
Wert:	2000_c	+	1000_v	+	1000_m	=	4000
Preis:	1500_c	+	1375_v	+	2625_m	=	5500
Abteilung I und II zusammen							
Wert:	6000_c	+	2000_v	+	2000_m	=	10000
Preis:	4500_c	+	2750_v	+	2750_m	=	10000

c, also Produktionsmittel, werden danach unter dem Wert umgesetzt ($4500 : 6000 = 0,75$)

Das Lehrbuch der Politischen Ökonomie von 1954 zur Umsatzsteuer: *„Der Hauptteil des zentralisierten Reineinkommens des Staates (als dem Eigentümer der Produktionsmittel) tritt gegenwärtig in Form der sogenannten Umsatzsteuer auf. Die Umsatzsteuer … gelangt nicht in den Verfügungsbereich der Betriebe, sondern fließt unmittelbar nach der Realisierung restlos dem Staatshaushalt zu … ist … weder eine Steuer noch ein Abzug vom Einkommen der Werktätigen. So bestimmt der sozialistische Staat die Lohngröße … unter Berücksichtigung der Konsumgüterpreise, in denen die Umsatzsteuer enthalten ist.“*

Das hat Kronrod in seinem Schema vorgerechnet. Das ist die einfache Erklärung.

Plyschewski fragt 1957 bei der ökonomischen Diskussion über Waren und Wert: Was ist Umsatzsteuer? Gewinn und Umsatzsteuer haben die gleiche Natur? Nichts als Mehrprodukt? Die Einzelhandelspreise der Konsumgüterindustrie enthielten Mehrprodukt aus der Landwirtschaft, der Leichtindustrie und der Schwerindustrie?

Selbst wenn alles Mehrprodukt ist, so müßte man unterscheiden: Der Gewinn ist ein Teil des Mehrprodukts, der dort realisiert wird, wo er geschaffen wurde, der Gewinn ist eine **Verteilung** des Nationaleinkommens. Die Umsatzsteuer dagegen ist Mehrwert, der in allen Bereichen der Volkswirtschaft geschaffen wurde, ist also nicht nur eine Form der Verteilung, sondern der **Umverteilung** des Nationaleinkommens, und zwar Umverteilung zwischen Zweigen der Volkswirtschaft, Abteilung I und II, zwischen Industrie und Landwirtschaft. Das ist aber noch nicht alles.

„Die Umsatzsteuer ist eine komplizierte ökonomische Kategorie, die ihrer Natur nach verschiedene Elemente enthält.“ Die Umsatzsteuer erfaßt nicht nur, obwohl es der Hauptanteil ist, Mehrprodukt, sondern auch zu niedrig angesetzte Materialaufwendungen (z. B. Abschreibungen, die keinen rechtzeitigen Ersatz gewährleisten) – *„Zu einem bestimmten Teil entspricht die Umsatzsteuer dem Wert anderer Elemente der materiellen Aufwendungen, die in den Selbstkosten … nicht erfaßt wurden“*, sowie doch Elemente der indirekten Steuer, denn die Einzelhandelspreise für Konsumgüter werden genutzt, um das Gleichgewicht zwischen Waren- und Geldmasse, das Marktgleichgewicht, herzustellen. Die Umsatzsteuer schafft letzteres ganz flexibel.

Plyschewski sagt weiter, die Einkünfte der Bevölkerung werden mit Hilfe des Preises reguliert. Wäre die Umsatzsteuer nur ein Mittel, das Mehrprodukt abzuschöpfen,

so könnte man sie nicht benutzen, um Geldeinkünfte mit Warenumsatz in Übereinstimmung zu bringen. Genau das aber wird im Plan bilanziert. **Die Umsatzsteuer enthält folglich Teile von m, c, v!**

Plyschewski bewertet (1957) das sowjetische Preissystem wie folgt: *„Bei allen Mängeln aber entspricht das bestehende Preisgefüge im wesentlichen den praktischen Aufgaben, die der Wirtschaftsaufbau stellt.“* Und überlebt hat es sich nicht, sonst *„hätten wir nicht eine erfolgreich volkswirtschaftliche Entwicklung“*.

Dieser Einschätzung kann man sich ruhig anschließen. Die sowjetische Wirtschaft entwickelte sich nicht nur krisenfrei, sie erzielte auch Steigerungsraten, die einen bis heute unerreichten Weltrekord darstellen. Sollte jemand eine ruinierte Volkswirtschaft übernehmen müssen, so tut er gut daran, diese „stalinistische“ Wirtschaftspolitik zu übernehmen. Es gibt keine erfolgreichere in der Menschheitsgeschichte.

3.5 Die ökonomische Diskussion in der UdSSR in den Dreißiger Jahren

Im Oktober 1931 fand in der Sowjetunion eine Wirtschaftskonferenz statt. War bisher der Erkenntnisfortschritt meist in Auseinandersetzung mit abweichenden Meinungen erfolgt, so begann jetzt auch die Bestandsaufnahme.

Das ganze Problem ist interessant und verdiente ein gediegenes Quellenstudium. Mir liegt aber leider nur ein „historische Abriß“ vor, aus der „Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus – Grundrisse“ 1973, Verlag Die Wirtschaft, der Leningrader Universität und aus der DDR die „Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus – Umrisse“, Verlag Die Wirtschaft, 1986, als Reaktion auf die gesellschaftswissenschaftliche Konferenz des ZK der SED im Dezember 1983. Zu dieser Zeit sah man die Welt bereits anders und man erlaubte sich, vom hohen Roß des „erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus“ auf die Vorgänger herabzusehen.

Wie man sich den Sozialismus vorzustellen hatte, war (und ist) Bestandteil der marxistisch-leninistischen Theorie. In der Sowjetunion bestand man auf den Klassikern. Die Grundlagen sind klar:

1. Sozialistische Revolution und Errichtung der Diktatur des Proletariats
2. Schaffung des sozialistischen Eigentums durch Nationalisierung der Großindustrie, Entwicklung und Ausweitung des sozialistischen Sektors und Kollektivierung der Landwirtschaft
3. Führung der sozialistischen Wirtschaft nach einem gesamtstaatlichen Plan, Aufhebung der Warenproduktion und damit Abschaffung des Geldes
4. Abschaffung der Klassen
5. Absterben des Staates.

Die ersten beiden Punkte stellten sich als die „einfachsten“ heraus. Die sozialistische Revolution hatte ein Datum, die Diktatur des Proletariats über die Ausbeuterklassen war in Gesetze gegossen, ebenso die neuen Eigentumsverhältnisse. Da war alles eindeutig. Man konnte feststellen: Geschafft!

Es war auch einzusehen, daß zwischen Kapitalismus und Sozialismus eine Übergangsperiode lag, in der sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse entwickeln mußten.

Das stand bei Marx im „Gothaer Programm", damit hatte Lenin die NÖP begründet. Soweit war theoretisch alles klar. Nun aber hatte man oder stand kurz vor der Vollendung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Alles war vorhanden: das gesellschaftliche Eigentum in Form des staatlichen und des genossenschaftlichen, die Ausbeutung war abgeschafft, vollständig nach der Kollektivierung durch Liquidierung der Kulaken, der „letzten Ausbeuterklasse", auch auf dem Land. Die Wirtschaft entwickelte sich stürmisch, Rußland und die anderen Sowjetrepubliken wurden rigoros umgestaltet durch eine neue, sozialistische Standortverteilung, durch die Industrialisierung und die Kollektivierung, die sogar das Bild der Landschaft änderte.

Der Mensch selbst begann sich zu ändern. Arbeitslosigkeit war abgeschafft, man bekämpfte das Analphabetentum. Krshishanowski, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission sagt 1932: *„Auf komplizierten und schwierigen Wegen … bewirkt die Sowjetmacht vor unseren Augen eine kolossale Umwälzung nicht nur in der Struktur der materiellen Produktionsprozesse, sondern auch in der Organisation und dem Gesicht der Werktätigen selbst.* ***Vor allem wird die Organisation der Werktätigen das Werk der Werktätigen selbst.*** *Selbstkritik und sozialistischer Wettbewerb machen, schweren Pflügen gleich, ein in dieser Hinsicht historisches Neuland urbar. Vor unseren Augen entstehen vollkommen neue und ungewöhnliche Formen der Arbeitsorganisation, die letzten Endes die Arbeitenden in Stadt und Land in eine grandiose Brigade des sozialistischen Wettbewerbs verwandeln. Schichtarbeit mit schnell zurückgehender Arbeitszeit, ununterbrochene Produktionsarbeit, Gegenpläne, öffentliches Schlepptau, Rationalisierungs- und Erfindungszellen der Arbeiter, schließlich die immer steigende Teilnahme der Arbeiter an der administrativen Organisation, all das stellt die früheren Produktionsverhältnisse auf den Kopf, die* ***die Verhältnisse zwischen Menschen in Verhältnisse zwischen Dingen verwandelten."***

Trotzdem, an Marx war die Epoche zu messen. Z. B. (Marx, Kapital, I, S. 92) *„Stellen wir uns endlich, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben … Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel. Er bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsmitgliedern verzehrt. Er muß daher unter sie verteilt werden. Die Art der Verteilung wird wechseln mit der Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden Entwicklungshöhe der Produzenten. Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftliche planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution."*

Oder (Marx, Kapital, II, S. 317): *„Denken wir die Gesellschaft nicht kapitalistisch, sondern kommunistisch, so fällt zunächst das Geldkapital ganz fort, also auch die Ver-*

kleidung der Transaktionen, die durch es hineinkommen. Die Sache reduziert sich einfach darauf, daß die Gesellschaft im voraus berechnen muß, wieviel Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel sie ohne irgendwelchen Abbruch auf Geschäftszweige verwenden kann, die, wie der Bau von Eisenbahnen z. B., für längere Zeit, ein Jahr oder mehr, weder Produktionsmittel noch Lebensmittel, noch irgendeinen Nutzeffekt liefern, aber wohl Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel der jährlichen Gesamtproduktion entziehn."

Aber die Warenproduktion war man noch nicht losgeworden, so wenig wie die Geldwirtschaft. Marx schon hatte gesagt, daß es unmöglich sei, vom Kapitalismus direkt zum vollständigen Kommunismus überzugehen. Dazwischen läge eine Übergangsperiode, die Zeit der Diktatur des Proletariats, denn die Klassen seien noch nicht verschwunden, die *„Muttermale der alten Ordnung"* noch nicht überwunden. Diese Übergangsperiode sei die untere Stufe des Kommunismus, der Sozialismus. Die Oktoberrevolution im rückständigen Rußland konnte nicht einmal auf entwickelte kapitalistische Verhältnisse zurückgreifen. Das Bauernland erzwang eine Übergangsperiode vor der Übergangsperiode Sozialismus. Wie bekannt und schon erzählt, war fast jedes Mittel recht, auch Ware und Geld. Noch einmal Lenin zur NÖP: *„Ein großer Teil der staatlichen Industrie ist in Form von Trusts organisiert,..., die wirtschaftlich weitgehend autonom sind und als Tauschwirtschaften frei auf dem Markt auftreten. Hauptaufgabe dieser Wirtschaftsvereinigungen wie auch der zu ihnen gehörenden Betriebe ist es, zum Zwecke der staatlichen Akkumulation ... Mehrwert zu gewinnen und zu realisieren."* Inzwischen aber hatten die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion gesiegt. Wie also ging es weiter?

3.5.1 Geld und Warenproduktion

Die „Grundrisse" der Leningrader Universität berichten: In den Jahren 1931–1933 kamen viele sowjetische Ökonomen zu der Auffassung, daß die Ware-Geld-Beziehungen auch nach Abschluß der NÖP-Periode in der sozialistischen Gesellschaft erhalten bleiben würden. Die Ursachen wurden im sozialistischen Sektor vermutet.

Man sucht den Zusammenhang der Ware-Geld-Beziehung vor allem mit dem Charakter der gesellschaftlichen Arbeit zu begründen. Diese Aussage aus den 70er Jahren ist selbstverständlich auch von späteren Auseinandersetzungen geprägt, wir kommen darauf zurück. Interessant aber ist, daß diese Frage schon hier auftaucht. Lobend wird Wosnessenski erwähnt, der eine bedeutende Rolle bei der Ausarbeitung der Fragen der Warenproduktion und der Ware-Geld-Zirkulation in der Sowjetwirtschaft spielte. Er sprach von „Warenformen", denen ihr spezifischer ökonomischer Wertinhalt genommen war. Die Gelehrten der siebziger Jahre seufzten über diesen „Subjektivismus in den Wirtschaftswissenschaften der 30er Jahre" und müssen sogar an dem hochgeschätzten Wosnessenski mäkeln.

Praktisch mußte der nämlich die Ware-Geld-Beziehungen akzeptieren, arbeitete er doch in der Staatlichen Plankommission, wurde ein paar Jahre später deren Leiter. Aber dieser Praktiker wollte sich 1931 allen Ernstes *„auf die Zeit vorbereiten, in der Arbeitseinheiten die Stelle des Tscherwonez einnehmen werden." „Wosnessenski sah in der wirtschaftlichen Rechnungsführung also nur eine Form der Rechnungslegung und Kontrolle,*

die die Bedingungen für den Übergang zur direkten und unmittelbaren Rechnungslegung und Kontrolle vorbereiten sollte.“

Aber da paßte die kommunistische Partei auf: Stalin besteht 1931 auf Einbürgerung und Festigung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, um der Schlamperei und Verantwortungslosigkeit entgegenzuwirken und Lenins Forderung nach dem *„strengsten Sparsamkeitsregime“* durchzusetzen. Ordshonikidse verkündete: *„Wir werden darum kämpfen, das unsere Betriebe rentabel werden!“*

3.5.2 Notwendigkeit der theoretischen Arbeit – Politische Ökonomie des Sozialismus/Kommunismus

Wosnessenski meinte schon 1931, man müsse eine politische Ökonomie des Sozialismus erarbeiten. *„Zweifellos ist es notwendig und an der Zeit, mit der Erfüllung dieser Aufgabe zu beginnen ... die politische Ökonomie des Sozialismus wird durch die theoretische Arbeit der gesamten Partei geschaffen, die die sozialistische Gesellschaft aufbaut.“*

„Dabei betonte (Wosnessenski), daß wir von der politischen Ökonomie des Kommunismus sprechen müssen, da eben der Kommunismus jene Ordnung der menschlichen Gesellschaft ist, die im Feuer der proletarischen Revolution, im Prozeß der Beseitigung des Kapitalismus entsteht. Die politische Ökonomie des Sozialismus ist nur ein gewisser Teil jener künftigen Ökonomie des Kommunismus, die beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft entwickelt werden muß.“

Objekt der politischen Ökonomie des Sozialismus: Die Produktionsverhältnisse des Sozialismus in ihrer Entstehung und Entwicklung! *„Die politische Ökonomie des Sozialismus muß und kann nicht nur die spezifischen Besonderheiten in der UdSSR, sondern sie muß auch die grundlegenden allgemeinen Züge der sozialistischen Ökonomie widerspiegeln, die sich in allen Ländern wiederholen werden.“* Er verweist auf Marx, Engels und Lenin und fühlt sich völlig sicher.

Nach Wosnessenskis Meinung muß die Reihenfolge der von der politischen Ökonomie des Sozialismus zu untersuchenden Fragen die Entwicklung der Wirklichkeit selbst widerspiegeln. Das heißt, die aktuellen Fragen zuerst:

- innere Widersprüche der Ökonomie des Sozialismus
- die sozialistischen Planung
- die sowjetischen Warenzirkulation und der Geldumlauf
- die sozialistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit und ihre Produktivität
- die Produktionskosten und die sozialistischen Akkumulation
- das Bewegungstempo und die volkswirtschaftlichen Proportionen
- die sozialistischen Standortverteilung der Produktivkräfte und deren Kombination
- die Beseitigung der Klassen und der Arbeitsteilung
- der Kampf für den Weltkommunismus.

Einzige Untersuchungsmethode ist laut Wosnessenski die materialistische Dialektik.

Leider ist nicht überliefert, was Wosnessenski als innere Widersprüche des Sozialismus erkannt hat, obwohl, ganz nach Wichtigkeit, der Punkt an erster Stelle steht. Als marxistischer Dialektiker wird er Widersprüchen nicht negativ bewertet haben, denn schließlich sind es die Widersprüche, die die Entwicklung vorantreiben. Die Angst vor

Widersprüchen kam später, als die Wirtschaftswissenschaftler dem jeweiligen Generalsekretär erklärten, Widersprüche erzeugten zwangsläufig Reibungsverluste und müßten im Keim „abgebaut“ werden. Stalin konnte man mit solcher Argumentation sowieso nicht erschrecken, da hätte man nur beißenden Hohn geerntet.

Sonst ist Wosnessenskis Katalog komplett, bis auf die Widersprüche hat man sich mit diesen Frage bis 1989 beschäftigt.

Er war der Meinung, daß die Nationalisierung der Produktionsmittel den *„revolutionären Übergang von der Epoche der spontanen Gesetze zur Epoche der ökonomischen Gesetze bedeutet, die bewußt vom herrschenden Proletariat aufgestellt werden.“* (Die „spontanen Gesetze“ sind zeitgemäßer Sprachgebrauch. Exakt müßte man formulieren: spontan wirkende Gesetze.) Stalin sagt später (1952): Aufstellen kann man ökonomische Gesetze nicht, diese wirken objektiv. Aber man kann sie erkennen und ausnutzen. Die Möglichkeiten eben. Die Möglichkeit der richtigen oder falschen Wirtschaftspolitik.

Zu den objektiven ökonomischen Gesetzen erklärte Wosnessenski, ganz im Sinne der schon zitierten Äußerungen, daß *„beim Studium der Wirtschaft des Sozialismus die Untersuchung der Wirtschaftspolitik des proletarischen Staates im Mittelpunkt stehen muß. Das folgt aus dem Umstand, daß an die Stelle der spontanen Gesetze der kapitalistischen Warenwirtschaft neue Gesetze getreten sind, die vom proletarischen Staat erkannt und bewußt formuliert sind.“*

Damit liegt er denn auch mit Stalin wieder auf einer Linie. Diese Aussage sollte man sich gut merken: die neuen sozialistischen ökonomischen Gesetze sind keine spontanen Gesetze, sondern solche, die der Staat erkennt und anwendet. Daraus folgt: Sozialismus funktioniert niemals „im Selbstlauf“, sondern immer durch Organisation des proletarischen Staates; nie durch „selbständige“ Betriebe oder Genossenschaften. Der Staat ist *„organisierter Ausdruck der Herrschaft der sozialistischen Produktionsverhältnisse“*, je höher die Organisiertheit, umso besser. Eigentlich ist das bekannt, denn Marx sprach von den *„assoziierten Produzenten, die nach einem gemeinsamen Plan ...“*, was nicht verhinderte, daß die Erkenntnis vergessen und verdrängt wurde.

3.5.3 Rolle und Inhalt der Wirtschaftsplanung

Eine nächste Frage war die nach der Bedeutung des Planes und damit die Frage nach dem Regulator und der Triebkraft der Sowjetwirtschaft. Strumilin fand, *„daß die Planwirtschaft schon ihrer Idee nach neben den technisch-wirtschaftlichen Normen, den physikalisch-chemischen Gesetzen und ähnlichen Determinanten keinerlei andere ‚objektive‘, das heißt vom Willen der Gesellschaft unabhängige ‚soziale‘ Gesetze kennt“.*

Und Abalkin muß in den „Umrissen“ zugeben: *„Die sowjetischen Ökonomen kamen somit, gestützt auf die Werke der Klassiker ... und die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus, zu der Schlußfolgerung, daß der Staat der Diktatur des Proletariats eine mächtige verändernde Kraft ist, von der bei der Untersuchung der sowjetischen Wirtschaft keinesfalls abstrahiert werden darf.“* Und: *„Mitte der 30er Jahre wurde die Diktatur des Proletariats als Bewegungsgesetz der sowjetischen Wirtschaft angesehen.“*

„Die Theorie der sozialistischen Wirtschaft“, schrieb gar Wosnessenski, *„kann nicht verstanden werden, ... ohne Untersuchung der ökonomischen Politik des proletarischen*

Staates.“ Dabei faßte er den Staat nicht einfach als Überbau auf, sondern als *„organisierten Ausdruck der Herrschaft der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Eben darin besteht die materielle Bedingtheit und die ökonomische Bedeutung der Wirtschaftspolitik.“*

Wosnessenski hat es noch genauer: *„... daß gerade die Diktatur des Proletariats in der Übergangsperiode die Entwicklungsgesetze bestimmt ... Die von der Diktatur des Proletariats bestimmten Bewegungsgesetze sind objektive Gesetze. Warum sind diese Gesetze objektiv wahr, objektiv bedeutsam im philosophischen Sinne des Wortes?*

Weil sie sich auf die objektive Möglichkeiten des Sieges des Sozialismus und die Beseitigung der Klassen stützen. Welches sind diese objektiven Möglichkeiten? Die Herrschaft der Diktatur des Proletariats ist die erste Möglichkeit des Sieges des Sozialismus, weiter die Millionen von Arbeitern, die die Geschichte der Revolution schaffen, das Regime der Diktatur des Proletariats stützen. Alsdann die Partei der Kommunisten – Motor der Geschichte, Instrument der Diktatur des Proletariats. Sie ist ebenfalls eine objektive Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus. Das gesamte System der sowjetischen Wirtschaft, das Krisen ausschließt und die Möglichkeit eines planmäßigen Wirtschaftens sichert, ist ebenfalls eine objektive Möglichkeit. Schließlich die natürlichen Produktivkräfte, über die das Land für den Sieg des Kommunismus und für die Beseitigung der Klassen verfügt.“ Heute staunt man, wie präzis dies war: *„die objektive Möglichkeiten des Sieges des Sozialismus“* sind:

- die Diktatur des Proletariats
- die revolutionäre Arbeiterklasse, die den Sozialismus will, folglich die Diktatur des Proletariats stützt und die sozialistische Aufbauleistung vollbringt
- die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Version, die sich bis 1930 herausgebildet hatte
- die wachsende Wirtschaftskraft für die Schaffung der materiellen Grundlagen des Kommunismus.

Eine einzige dieser Möglichkeiten beseite geschoben – und schon gerät alles ins Wanken. Die Negation ergibt fast vollständig die Möglichkeiten, den Sozialismus zu beseitigen.

Der Plan ist der Hauptregulator der Produktion. Die ersten Fünfjahrpläne, wie auch schon Lenins GOELRO-Plan waren aggressive Pläne. Und sie dienten nicht nur der ökonomischen Entwicklung.

So z. B. gab Lenin den GOELRO-Plan bei Krshishanowski in Auftrag: *„In 10 Jahren machen wir Rußland ‚elektrisch‘.*

Ich denke, einen solchen ‚Plan‘ – ich wiederhole, keinen technischen, sondern einen staatlichen –, den Entwurf eines solchen Plans könnten Sie aufstellen. Er muß sofort aufgestellt werden, um die Massen in anschaulicher und populärer Weise durch die klare und eindrucksvolle (ihrem Wesen nach absolut wissenschaftliche) Perspektive mitzureißen: Gehen wir an die Arbeit, und in 10–20 Jahren werden wir ganz Rußland, das industrielle wie das landwirtschaftliche, elektrisch machen. Wir schaffen uns durch unsere Arbeit (Tausende oder Millionen PS oder Kilowatt?? weiß der Teufel) maschinelle Sklaven usw.

Könnte man vielleicht noch eine Karte von Rußland mit annähernder Angabe der Zentralen und Kreise beigeben? oder geht das noch nicht? Ich wiederhole, man muß die

Masse der Arbeiter und der bewußten Bauern durch ein großes Programm für 10–20 Jahre mitreißen …“

Die Entwicklung der Volkswirtschaft, die der Plan vorgibt, hatte eine unbedingt sozialistische zu sein, mußte den Interessen der Diktatur des Proletariats entsprechen. Kurski zählt 1949 („Die Planung der Volkswirtschaft“) die Hauptaufgaben der sozialistischen Planung auf:

1. *„Festigung der Selbständigkeit und der Unabhängigkeit unserer Volkswirtschaft von der kapitalistischen Umwelt“* (mit Berufung auf die Autorität Stalins)
2. Die *„unumschränkte Herrschaft des sozialistischen Wirtschaftssystems festigen und alle Quellen … verschließen, aus denen kapitalistische Elemente wieder erstehen könnten“. „Die durch den Volkswirtschaftsplan bestimmte sozialistische Reproduktion umfaßt die erweiterte sozialistische Reproduktion der Produktivkräfte und der sozialistischen Beziehungen. Der Sowjetstaat hat alle ihm zur Verfügung stehenden Hebel angewandt, um die ständige Erweiterung und Festigung der sozialistischen Beziehungen zu sichern.“*
3. Kein Mißverhältnis zuzulassen, Reserven zur Überbrückung zu schaffen. *„Wenn es in der UdSSR keine Wirtschaftskrisen gibt, so bedeutet das nicht, daß in der Volkswirtschaft nicht einzelne zeitweilige Disproportionen auftauchen könnten.“*

Damals, zur Zeit der ersten Fünfjahrpläne, tat sich etwas, was wir, die wir den langsamen Niedergang des Sozialismus erleben mußten, mit staunendem Neid bewundern.

Hatte Lenin noch erklärt, der Sozialismus müßte mit den Menschen, wie sie nun einmal sind, aufgebaut werden, und hatte er noch die Opportunisten verhöhnt, die auf den „besseren Menschen“ warteten, so war der bessere Mensch jetzt da. Stalin faßte nach der Erfüllung des 1. Fünfjahrplans zusammen: *„Was sind die Haupttriebkräfte, die uns trotz alledem diesen historischen Sieg gesichert haben? Es sind dies vor allem die Aktivität und die Hingabe, der Enthusiasmus und die Initiative der Millionenmassen der Arbeiter und Kollektivwirtschaftler, die gemeinsam mit den Ingenieuren und Technikern eine kolossale Energie entwickelt haben, um den sozialistischen Wettbewerb … zu entfalten. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir ohne diesen Umstand das Ziel nicht hätten erreichen können, uns keinen Schritt hätten vorwärtsbewegen können. Es ist dies zweitens die feste Führung der Partei und der Regierung, die die Massen zum Vormarsch aufriefen und alle und jede Schwierigkeiten auf dem Wege zum Ziel überwanden. Es sind dies schließlich die besonderen Vorteile und Vorzüge des sowjetischen Wirtschaftssystem, das kolossale, zur Überwindung aller und jeder Schwierigkeiten notwendige Möglichkeiten in sich birgt.“*

Krshishanowski sagt: *„Der Verlauf der Rekonstruktionsperiode zeigt uns, daß der Zusammenhang zwischen unserer Planarbeit und der operativen wirtschaftlichen Tätigkeit immer enger wird. Wir müßten des öfteren betonen, daß unser Plan im Grunde das Resultat einer engen Verbindung der wissenschaftlichen Theorie und der Erfahrung von Millionen Werktätigen sein muß. Heute sehen wir, wie diese Einheit durch den Zusammenschluß des direkten Planes und des Gegenplanes entsteht. Damit erstarken immer mehr die Momente, die unsere Organisiertheit am meisten fördern.“*

Diese Art und diese Schnelligkeit, mit der die Knechtschaftsverhältnisse überwunden wurden und selbstbewußte, tatkräftige Menschen sich mit Lust und Initiative an den

sozialistischen Aufbau machten, zeigt dies nicht, daß die ökonomischen Gesetze richtig im Interesse der herrschenden Klasse erkannt und angewendet wurden? Überdruß und Gleichgültigkeit und kleinbürgerlicher Rückzug ins Privatleben in den 70er und 80er Jahren – zeugt das dagegen nicht von einer falschen Wirtschaftspolitik? Warum „waren die Leute auf einmal so“? Die Sorge um den Menschen, die zweifellos vorhanden und ehrlich war, reichte nicht aus.

Wie aber haben das die Bolschewiki in den Jahren nach der Oktoberrevolution und zu Stalins Zeiten gemacht? Sie schätzten die Fähigkeiten der arbeitenden Menschen hoch ein:

Stalin dekretierte: *„Die Kader entscheiden alles!“*

Strumilin: *„Wir sehen die Hauptbedeutung des Planes darin, den kollektiven Willen der Produzenten auf diese oder jene wirtschaftlichen Aufgaben zu konzentrieren und zu mobilisieren. Die Stubengelehrten vergessen oft, daß der kollektive Wille der Produzenten ebenfalls ein Faktor der Wirtschaft ist, dabei durchaus nicht der letzte, wenn es sich um unsere Bedingungen handelt.“*

„. . . daß wir, von der Bevölkerung ausgehend, vor allem die arbeitenden Hände in Rechnung stellen, nicht die Mäuler und Mägen. Wir stellen das Problem der optimalen Nutzung der Arbeitskraft. Das ist ein rein produktionsorientiertes Herangehen.“

Kuibyschew, der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates, auf der 1. WAO-Konferenz 1924: *„Wenn gesagt wird, er ist ein schlechter Arbeiter, so bedeutet das häufig, daß der Mensch nicht mit der Arbeit betraut wurde, die er befähigt ist, auszuführen.“*

Sie dachten stets daran, wohin sie wollten: zum Kommunismus nämlich, zur klassenlosen Gesellschaft. Schon in den 30er Jahren wurden alle wesentlichen Fragen diskutiert, z. B. die Fragen der Arbeitsteilung im Kommunismus, die Frage, auch die nichtproduktive Arbeit als notwendige Arbeit anzuerkennen. Hier war wieder Strumilin führend beteiligt. Er arbeitete über die Qualifikation, über die medizinische Versorgung – mit Zahlen natürlich, rein „produktionsorientiert“ – zwecks Erhaltung des Arbeitsvermögens, zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität.

Die Forderung, das Kulturniveau zu heben, geht auf Lenin zurück und blieb aktuell.

Wie entwickelt sich der Anteil des Lohnes an den Reproduktionskosten der Arbeiterklasse? Strumilin meinte, er geht zurück, ein immer größerer Anteil wird durch die gesellschaftliche Konsumtion gedeckt, ist also wie z. B. die medizinische Versorgung für den einzelnen kostenfrei. Das sind die Anfänge der kommunistischen Verteilung nicht nach Leistung, sondern nach Bedarf.

Wie entwickelt sich das Arbeitsvermögen?

Wie sind unproduktive Verwaltungsaufwände zu senken? – Das ist der ökonomische Teil des Kampfes gegen den Bürokratismus, der ja bekanntlich wirtschaftlichen und politischen Schaden sowohl mitverursachte wie potenzierte.

Die Fragen, die Aufgaben – alles ist praktisch, nie akademisch. Die Wirtschaftswissenschaft erfüllte damals auch ihre Propagandaaufgaben.

4 Die Sowjetunion als Industrieland

4.1 Zahlen – Die Ergebnisse der Stalinschen Fünfjahrpläne in der Vorkriegszeit – Eine Erfolgsstatistik

Zuerst die Abrechnung des GOELRO-Planes, nach Strumilin und Krshishanowski. Der Plan war Anfang 1931 erfüllt. Zu dem stets als grandios gefeierten Plan lieferte Strumilin noch 1925 eine ernüchternde Einschätzung. Für Strumilin war dieser Plan nur das allernötigste: Der Leistungszuwachs bei der Energieausstattung betrug in den USA von 1909–1919 nämlich 58 %, der GOELRO-Plan mit nur 32 % Leistungszuwachs blieb deutlich hinter dem amerikanischen Entwicklungstempo zurück. Mehr war allerdings so kurz nach der Revolution nicht möglich: *„Umso weniger Grund gibt es natürlich, diesen in seinen Ausmaßen recht bescheidenen Plan auf die lange Bank zu schieben. Noch vor zwei bis drei Jahren schien es uns, als würde dieser Plan unsere Ressourcen für seine Realisierung bei weitem übersteigen. Wir erinnern daran, daß allein schon der Bau der Kraftwerke, einschließlich der Aufwendungen für die Elektrifizierung der Eisenbahnen, einen jährlichen Aufwand von mehr als 100 Mill. Rubel erforderte, bei einem Gesamtbetrag des Aufwands in Höhe von 1,2 Mrd. Rubel. In den Jahren des Bürgerkriegs und der Blockade war das natürlich ein Aufwand, der über die Kräfte ging. Doch bereits im Wirtschaftsjahr 1922/23 konnten wir nicht weniger als 300 Mill. Rubel in Gold aus den Mitteln des Haushalts und der Banken in unsere Industrie investieren …*

Ohne Zweifel wird es uns bald gelingen, den Plan zur Elektrifizierung Rußlands … in sehr viel schnelleren Tempo zu verwirklichen, als das bis heute geschah.“ (Tabelle 4.1)

Die Ausstattung der Arbeit mit Elektroenergie wuchs, blieb aber noch stark hinter den USA zurück (1932: der Rückstand beträgt ca. 20 Jahre), allerdings waren die sowjetischen Zuwachsraten inzwischen höher als die amerikanischen. *„Im Jahr 1937 war der Elektroenergieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung gegenüber 1913 auf das 15,4fache gestiegen, während der Pro-Kopf-Verbrauch an Elektroenergie in den USA im gleichen Zeitraum nur auf das 4,9fache anwuchs. Die UdSSR hat die USA vor allem bezüglich des Wachstumstempos der Energetik überholt, bleibt aber jedoch dennoch erheblich gegenüber den USA hinsichtlich des Niveaus der Energie- und Elektroenergieausstattung der Arbeit zurück.“* (Tabelle 4.2) Soweit Strumilin, der zusammenfaßt: *„Wenn wir … hinsichtlich des Niveaus der Arbeitsproduktivität hinter den USA zurückbleiben, dann ist die Hauptursache dafür der Abstand in der Energieausstattung der Arbeit.“*

Es ist die alte Frage: wie steigert man die Arbeitsproduktivität? Worauf läuft eine höhere Energieausstattung der Arbeit hinaus? Auf eine Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals natürlich. So steigert man die Arbeitsproduktivität.

Man sollte es endlich glauben und das Gesetz anerkennen. Marx hat recht, auch wenn die Sozialisten des 21. Jahrhunderts immer wieder denken, zum Millionär bringt man es – bei den entsprechenden Fähigkeiten, Fleiß, Sparsamkeit beispielsweise, und Ge-

Tabelle 4.1

Kennzahlen Elektrifizierung

Jahr	Leistung in 1000 kW*	Leistung in % 1913 = 100	Leistung in % 1920 = 100	Stromerzeugung in Mill. kWh	Stromerzeugung in % 1913 = 100	Stromerzeugung in % 1920 = 100
1913	1098	100	96	1945	100	374
1916	1192	109	104	2575	132	495
1920	1149	105	100	520	27	100
1925	1397	127	122	2925	150	563
1926	1586	145	138	3508	180	675
1927	1698	155	148	4205	216	809
1928	1905	173	166	5007	257	963
1929	2296	209	200	6224	320	1197
1930	2875	262	250	8368	430	1609
1931	3972	362	346	10686	549	2055
1932	4677	426	407	13540	694	2604

(* Installierte Leistung)

Tabelle 4.2

Energieausstattung/Industriearbeiter 1937 (kW)	
UdSSR	3,15
USA	4,75

schäftssinn – mit Tellerwaschen und Strümpfestricken (Strümpfe nach der Mode – es dürfen auch Webseiten sein). Die Nichtmarxisten an den Börsen wissen es besser: Der Aktienkurs steigt, wenn ein Unternehmen die Absicht bekundet, Arbeitskräfte abzubauen, also die organische Zusammensetzung des Kapitals zu erhöhen, denn das ist ein Ausdruck steigender Arbeitsproduktivität, der die Marktanteile sichert und die schwerfälligere Konkurrenz aus dem Felde schlägt. Denen, die im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt an „die Wirtschaft“ appellieren, doch endlich ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen, wird vorgerechnet, was heutzutage ein produktiver Arbeitsplatz kostet, wieviel fixes Kapital c man aufwenden müßte, um das bißchen menschliche Arbeitskraft v mehrwertschaffend in Bewegung zu setzen. Das ist beeindruckend genug, so daß es nicht einmal nötig ist zu beweisen, daß die zusätzliche Produktion nicht absetzbar wäre.

Die Volkskonsumtion erreichte mehr als das Doppelte, die Anzahl der Arbeiter und Angestellten wuchs um 17,6 % und der Lohnfonds stieg auf das 2,5fache. In den Vorkriegsplanjahrfünften wurden über 300 Mrd. Rubel investiert, davon die Hälfte in die Industrie, rd. 9000 neue Fabriken, Gruben und Elektrizitätswerke erbaut, *„die in Bezug auf Leistungsfähigkeit und Qualität ihrer Ausrüstungen zu den mächtigsten und technisch vollkommensten Betrieben der Weltindustrie gehören.“* (Stalin) Nach dem Umfang der Produktion lag die UdSSR auf dem 2. Platz der Welt hinter den USA.

Aus Stalins Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag der KPdSU(B): Tabelle 4.3.

Weiter:

- Einführung des Siebenstundentages in der gesamten Industrie

Tabelle 4.3

Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag der KPdSU(B)	1930	1933
Volkseinkommen (Mrd. Rubel)	35	50
Bevölkerung der UdSSR (Mill.)	160,5	168
Arbeiter und Angestellte (Mill.)	14,53	21,883
Darunter Handarbeiter (Mill.)	*9,489*	*13,797*
Lohnsumme (Mrd. Rubel)	13,597	34,280
Jährlicher Durchschnittslohn (Rubel)	991	1519
SV-Fonds (Mrd. Rubel)	1,81	4,61

- Organisierung von 2860 MTS mit einen Kapitalaufwand vor 2 Milliarden
- Kredite an die Kollektivwirtschaften: 1,6 Milliarden Rubel
- Steuererlaß für arme Bauern: 370 Millionen Rubel
- Einführung der allgemeinen Schulpflicht, Prozentsatz der Lese- und Schreibkundigen stieg von 67 % (1930) auf 90 % (1933)
- Insgesamt werden 1933 fast 27 Millionen Schüler (aller Stufen) gezählt, fast 6 Millionen Kinder sind von der Vorschulerziehung erfaßt.

Bereits mit der Erfüllung des GOELRO-Planes und des ersten Fünfjahrplan war die Sowjetunion zum Industrieland geworden. *„Der Kampf um die Erfüllung des ersten Fünfjahrplans war ein erbitterter Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus“*, stellt Kurski 1949 fest. Daß dieser Kampf siegreich endete, haben wir schon festgestellt:

- Die Kulaken als letzte Ausbeuterklasse sind beseitigt.
- Damit sind die beiden Formen des sozialistischen Eigentums, die die weitere Entwicklung, die ganze Geschichte des Sozialismus prägen werden, voll ausgebildet (der Anteil des staatlichen Eigentum betrug über 99 %, der Kollektivierungsgrad betrug 60 % der Bauernwirtschaften mit 70 % der Anbaufläche, dazu kamen noch etwa 10 % der Anbaufläche, die von Staatsgütern bewirtschaftet wurde).

Die Steigerungsraten allein zeigen noch nicht, wie sich die materielle Basis des Sozialismus entwickelte. Es gab ja die ganz konkreten, höchst materiellen Ergebnisse. Stalin am 7. Januar 1933, zur Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes nach vier Jahren (Erfüllung nach 4 Jahren und drei Monaten): *„Wir hatten keine Eisenhüttenindustrie, diese Grundlage der Industrialisierung des Landes. Jetzt haben wir sie.*

Wir hatten keine Traktorenindustrie. Jetzt haben wir sie.

Wir hatten keine Automobilindustrie. Jetzt haben wir sie.

Wir hatten keinen Werkzeugmaschinenbau. Jetzt haben wir ihn.

Wir hatten keine ernstzunehmende, keine moderne chemische Industrie. Jetzt haben wir sie ...

Wir hatten keine Flugzeugindustrie. Jetzt haben wir sie.

In der Erzeugung elektrischer Energie standen wir auf dem letzten Platz. Jetzt sind wir auf einen der ersten Plätze vorgerückt.

Tabelle 4.4

Umfang der Industrieproduktion

	Vorkriegsstand 1913 = 100 %									
	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
UdSSR	194	252	215	359	380	457	563	733	816	909
USA	170	137	116	91	109	113	129	150	157	120
Deutschland	113	100	81	68	75	90	106	118	129	131
England	99	92	83	83	87	97	104	114	122	113
Frankreich	139	140	124	96	107	99	94	98	101	93

	1929 = 100 %								
	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
UdSSR	130	162	185	196	236	290	378	421	469
USA	81	68	54	64	66	76	88	92	71
Deutschland	88	72	60	66	90	94	104	129	114
England	92	84	84	84	88	98	105	123	114
Frankreich	101	89	69	77	71	68	71	73	70

In der Erzeugung von Erdölprodukten und in der Kohleförderung standen wir auf dem letzen Platz. Jetzt sind wir auf einen der ersten Plätze vorgerückt.

Wir hatten nur eine einzige Kohlen- und Hüttenbasis, und zwar in der Ukraine, eine Basis, mit der wir mit Mühe auskamen. Wir haben erreicht, daß wir nicht nur diese Basis hochgebracht, sondern auch eine neue Kohle- und Hüttenbasis im Osten geschaffen haben, die der Stolz unseres Landes ist.

Wir hatten nur eine einzige Basis der Textilindustrie, und zwar im Norden unseres Landes. Wir haben erreicht, daß wir in der nächsten Zeit zwei neue Zentren der Textilindustrie, in Mittelasien und in Westsibirien, haben werden …

All das hat dazu geführt, daß es uns am Ende des vierten Jahres des Fünfjahrplans gelungen ist, das Programm der Industrieproduktion, das auf fünf Jahre berechnet war, zu 93,7 % zu erfüllen …"

Die Wachstumsraten im Vergleich mit dem kapitalistischen Westen zeigt Tabelle 4.4, auch von Stalin, er sagt: „*… die jedermann bekannten offiziellen Angaben*", die er im Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag 1938 erweitert (die Tabellen wurden mit den gegebenen Zahlen vervollständigt und vergleichbar gemacht): „*Was besagen diese Angaben anderes, als daß das kapitalistische System der Industrie im Wettstreit mit dem Sowjetsystem die Probe nicht bestanden hat, daß das Sowjetsystem der Industrie in jeder Hinsicht dem kapitalistischen System überlegen ist.*"

Zum Klassenkampf in der Sowjetunion stellt Stalin fest, daß „*in allen Sphären der Volkswirtschaft das Prinzip des Sozialismus verankert und aus ihr die kapitalistischen Elemente vertrieben*" wurden. Wo die Vertriebenen blieben, sagt er auch: „*Diese ‚Ehemaligen', die aus dem Geleise geworfen wurden und sich über das ganze Gebiet der UdSSR verstreut haben, verkrochen sich in unseren Werken und Betrieben … sie verkrochen und versteckten sich dort unter der Maske von ‚Arbeitern' und ‚Bauern', wobei sich so mancher von ihnen sogar in die Partei einschlich. Was brachten sie dorthin mit?*

Natürlich das Gefühl des Hasses gegen die Sowjetmacht, das Gefühl erbitterter Feindschaft gegen die neuen Wirtschafts- Lebens- und Kulturformen.“

Zum direkten Angriff nicht mehr fähig, betrieben sie Brandstiftung, Sabotage, plündern, unterschlagen. *„Sie fühlen sozusagen mit ihrem Klasseninstinkt, daß die Grundlage der Sowjetwirtschaft das gesellschaftliche Eigentum bildet . . . “* Folglich – eine *„starke und mächtige Diktatur des Proletariats“, „der Kampf für den Schutz des gesellschaftlichen Eigentums“.*

Kurski nennt als Ausgangspunkt der Planung die richtige Einschätzung der inneren und internationalen Lage plus Analyse der Planerfüllung der vorangegangenen Periode; dann entstünden reale Pläne, nicht losgelöst von der Wirklichkeit, die sorgfältig die Klassenbeziehungen und den Stand der Entwicklung der Produktivkräfte berücksichtigen.

Nach Lenins Methode ist zuerst das „führende Kettenglied“ festzustellen. Beim GOELRO-Plan, der „Elektrifizierung des ganzen Landes“, bestand die Bedeutung darin, daß nur die Elektrifizierung die Basis sein konnte, um die Volkswirtschaft auf Grundlage moderner Technik und Großindustrie zu betreiben. In der ersten Periode der NÖP lag der Schwerpunkt auf Handel und Landwirtschaft zur Wiederherstellung der Landwirtschaft auf der Grundlage der Belebung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land, der erste Fünfjahrplan schuf die Grundlage der Industrialisierung.

„Der staatlichen Plan bezweckt die Ausführung bestimmter politischer und wirtschaftlicher Aufgaben. Klare ***politische*** *Zielsetzung ist einer der wichtigsten Charakterzüge der bolschewistischen Pläne, die die gesetzmäßige Entwicklung des Sowjetlandes zum Kommunismus zum Ausdruck bringen.“* Die politischen Aufgaben bestimmen auch die wirtschaftlichen, die für die gegebene Periode gestellt werden. Politische und wirtschaftliche Aufgaben sind nicht zu trennen.

Und Kurski, nach dem Krieg und dem schweren Wiederaufbau, also der Unterbrechung der friedlichen Entwicklung auf lange Jahre, stellt 1949 fest: *„Auf der Grundlage der siegreichen Beendigung des zweiten Fünfjahrplans trat die UdSSR in eine neue Entwicklungsphase ein, in die Phase der Vollendung des Aufbaus der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft und des allmählichen Übergangs zum Kommunismus.“*

Dazu gibt Stalin auf dem XVIII. Parteitag 1939 Auskunft, wie immer in der Einheit von wirtschaftlichen und politischen Aufgaben. Während des zweiten Fünfjahrplans wurde die Industrie mit modernster Technik ausgerüstet.

„Es ergibt sich also, daß wir in der Produktionstechnik und im Wachstumstempo unserer Industrie die wichtigsten kapitalistischen Länder schon eingeholt und überholt haben. Worin aber bleiben wir noch zurück? Wir bleiben immer noch in ökonomischer Hinsicht, d. h. in dem Ausmaß unserer industriellen Produktion, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, zurück.“ (Tabelle 4.5) Man kann es auch anders rechnen: Um z. B. Deutschland in der Pro-Kopf-Produktion von Roheisen einzuholen, muß die UdSSR jährlich 45 Mill. t erzeugen, um die USA einzuholen etwa 60 Mill. t.

„Wir haben die wichtigsten kapitalistischen Länder in der Produktionstechnik und im Entwicklungstempo der Industrie überholt. Das ist sehr gut. Das genügt aber nicht. Man muß sie auch in ökonomischer Hinsicht überholen . . . Nur dann, wenn wir die wichtigsten kapitalistischen Länder ökonomisch überholt haben, können wir darauf rechnen, daß unser Land mit Bedarfsgegenständen vollauf gesättigt sein wird, daß wir einen Überfluß

Tabelle 4.5

Industrieproduktion UdSSR und England (1938)	UdSSR	England
Roheisenproduktion (Mill. t)	15	7
Roheisen pro Kopf der Bevölkerung (kg)	87	145
Stahl (Mill. t)	18	10,8
Stahl pro Kopf der Bevölkerung (kg)	107	226
Elektroenergie (Mrd. kWh)	39	29
Elektroenergie pro Kopf der Bevölkerung (kWh)	233	620

Tabelle 4.6

Entwicklungstempo der Sowjetwirtschaft	1913	1940	x-fache
Volkseinkommen* (Mrd. Rubel)	21,0	128,8	6
Bruttoproduktion der gesamten Industrie (Mrd. Rubel)	16,2	138,5	8,5
Produktion Abteilung I (Mrd. Rubel)	5,4	84,8	15,5
Produktion Abteilung II (Mrd. Rubel)	10,8	53,7	5,0
Roheisen (Mill. t)	4,2	15,0	3,6
Stahl (Mill. t)	4,2	18,3	4,6
Kohle (Mill. t)	29,0	166,0	5,7
Erdöl (Mill. t)	9,0	31,0	3,4
Elektrischer Strom (Mrd. kWh)	1,9	48,3	26
Maschinenbau + Metallverarbeitung (Mrd. Rubel)	1,5	50,2	33
Warengetreide (Mill. t)	21,6	38,3	1,8
Rohbaumwolle (Mill. t)	0,74	2,7	3,6

(* Nationaleinkommen)

an Produkten haben und die Möglichkeit erhalten werden, den Übergang von der ersten Phase des Kommunismus zu seiner zweiten Phase zu vollziehen.“ Das Entwicklungstempo der Sowjetwirtschaft illustriert Kurski mit eindrucksvollen Zahlen. (Tabelle 4.6)

4.2 Die sozialistische Standortpolitik – Produktionsromantik – neue Menschen

Die sozialistische Planung begann selbstverständlich nicht mit dem GOELRO-Plan. Lenin schreibt in den „Nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“: *„Die Hauptschwierigkeit liegt auf ökonomischem Gebiet: überall die strengste Rechnungsführung und Kontrolle über*

Produktion und Verteilung der Produkte durchzuführen, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Produktion tatsächlich zu vergesellschaften.“

„Die sozialistischen Wirtschaftsformen können nicht spontan, nicht im Selbstlauf entstehen und sich entwickeln“, sagt das Lehrbuch der Politischen Ökonomie von 1954. *„Sie entstehen und entwickeln sich infolge der planmäßigen Tätigkeit des proletarischen Staates und der schöpferischen Aktivität der werktätigen Massen.“*

Und weil es ums Überleben ging, konzentrierte sich nach der Revolution, während Intervention und Bürgerkrieg alles auf das Ernährungsproblem, auf die Frage der Brennstoffe, auf das Verkehrswesen. Es war zu beweisen, daß die Arbeiterklasse mittels ihrer Diktatur die Wirtschaft besser in den Griff bekommen würde als das die Bourgeoisie vermochte. Der Marxismus ging immerhin davon aus, daß der Kapitalismus zum Hemmnis für die Produktivkraftentwicklung geworden war. Es war der erste Versuch, wenn man von der Pariser Kommune absah, die zu kurze Zeit existiert hatte, um die Wirtschaft sozialistisch zu betreiben.

„Wir haben Rußland überzeugt“, sagte Lenin, *„wir haben Rußland den Ausbeutern abgerungen zugunsten der Werktätigen. Wir müssen jetzt Rußland verwalten.“*

Die Überlebensmaßnahmen waren notwendig, gewiß, aber die Aufgabe, eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen, war so nicht zu erfüllen. Dazu bedurfte es eines einheitlichen Planes und zwar eines Planes über mehrere Jahre. Im Frühjahr 1918 wurde ein einheitlicher Wirtschaftsplan bei der Akademie der Wissenschaften in Auftrag gegeben. Die Akademie hatte *„Fachleute ... zu berufen zwecks möglichst rascher Ausarbeitung eines Planes für die Reorganisation der Industrie und den ökonomischen Aufstieg Rußlands“.*

Lenins Auftrag lautete: *„In diesem Plan muß enthalten sein die rationelle* ***Verteilung*** *der Industrie über Rußland unter dem Gesichtswinkel der Nähe der Rohstoffe und eines möglichst geringen Arbeitsverlustes beim Übergang von der Bearbeitung der Rohstoffe zu allen aufeinanderfolgenden Stadien der Bearbeitung der Halbfabrikate, bis zur Gewinnung des Fertigprodukts.*

Die vom Standpunkt der modernen Riesenindustrie und vor allem der Trusts rationelle Zusammenlegung und Konzentrierung der Produktion in wenigen Riesenbetrieben.

Größtmögliche Gewährung der heutigen Sowjetrepublik Rußlands (Ohne Ukraine und die von den Deutschen okkupierten Gebiete) der Möglichkeit, sich ***selbständig mit allen*** *wichtigen Rohstoff- und Industriearten zu versorgen.*

Zuwendung besonderer Aufmerksamkeit der Elektrifizierung von Industrie und Transport und der Anwendung der Elektrizität in der Landwirtschaft.

Ausnutzung der minderwertigen Brennstoffe (Torf, minderwertige Kohle) zur Gewinnung von elektrischer Energie mit möglichst geringen Aufwendungen für die Förderung und den Transport der Brennstoffe.

Wasserkräfte und Windmotore im allgemeinen und in ihrer Anwendung in der Landwirtschaft.“

Am 21. Februar 1920 wurde die GOELRO-Kommission gebildet, die im Dezember 1920 den GOELRO-Plan vorlegte, der auf Lenins wärmste Empfehlung vom VIII. Allrussischen Sowjetkongreß gebilligt wurde.

Da fiel auch der Satz: *„Kommunismus, das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes."*

Für Lenin war wichtig: es war

- ein wissenschaftlicher Plan, keine Phantasie, keine Utopie
- ein einheitlicher Plan, für mindestens 10 Jahre
- ein Plan, der die materiellen Grundlagen für den Sozialismus schaffen konnte
- ein Plan, der Rußland begeistern und verändern konnte
- ein zweites Parteiprogramm!

Der IX. Parteitag März 1921 stellt fest: *„Die grundlegende Bedingung des wirtschaftlichen Wiederaufblühen unseres Landes ist die unentwegte Durchführung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes, der auf die nächste* ***Epoche*** *berechnet ist."* Kurski sagt: *„Lenin ... betonte, daß ‚(die Elektrifizierung) nicht nur der einzig richtige, sondern auch der sparsamste Weg zur Wiederherstellung der ... zerstörten Volkswirtschaft, der Weg zur Errichtung der materiellen Basis des Sozialismus ist'." „Die Elektrifizierung ermöglichte die schnelle und wirksame Lösung der wichtigsten wirtschaftlichen Tagesaufgaben, die zu jener Zeit vor dem Lande standen, nämlich des Brennstoff-, Verkehrs- und Ernährungsproblems ... Schwerpunkte waren:*

- *weitgehende Anwendung von an Ort und Stelle zu gewinnenden Brennstoffen (Torf), Nutzung der Wasserkraft*
- *Elektrifizierung und Mechanisierung der Kohlegruben steigerte die Arbeitsproduktivität*
- *Neue Standortverteilung löst das Verkehrsproblem*
- *Materielle Grundlage für Neuausrüstung der Landwirtschaft (vergesellschaftete gesellschaftliche Arbeit).*

... Die wirtschaftspolitischen Planaufgaben waren wissenschaftlich tief begründet, da in ihnen die neuesten Errungenschaften der modernen Technik verkörpert waren. (Studium der Naturschätze, Arbeitsreserven) ..."

„Eine der größten Errungenschaften des GOELRO-Plans bestand darin, daß er die Probleme der wirtschaftlich-geographischen Einteilung des Landes gründlich durcharbeitete."

Bereits auf den GOELRO-Plan geht die Einteilung des Landes zurück, die zeitlebens der Sowjetunion Bestand haben sollte: Nördliches Industriegebiet, Zentrales Industriegebiet, Südliches Industriegebiet, Wolgagebiet, Uralgebiet, Westsibirien, Kaukasien und Turkestan.

Schon der GOELRO-Plan plante für jedes dieser Gebiete, und zwar nicht nur die Elektrifizierung, sondern komplex, befaßte sich mit den Perspektiven der Arbeitsteilung und der Abstimmung der Gebietspläne untereinander.

Winter, der Leiter des Dneprostroi (des Baus des Dnepr-Kraftwerks), resümierte nach dem Krieg: Die Elektrifizierung ist von Anfang an in der richtigen Linie entwickelt worden und diese Richtung wurde auch beibehalten. Es wurden vorwiegend große, hochleistungsfähige, zentralisierte Kraftwerke gebaut, die den Kraftstrombedarf eines ausgedehnten Bezirks zu decken haben. Diese Rayonkraftwerke erzeugten bereits 1932 74 % der gesamten elektrischen Energie. In der UdSSR wurde dank dieses Systems pro installierter Leistungseinheit mehr elektrische Leistung erbracht als in den USA, Deutschland oder

England. Die Auslastung war besser.

Die großen Überlandzentralen blieben nicht isoliert, sie wurden durch betriebssichere Hochspannungsfernleitungen miteinander verbunden. *„Auf weite Sicht ist der Zusammenschluß der einzelnen Systeme zu einem Hochspannungseinheitsnetz von so grandiosem Maßstab vorgesehen, wie er nur in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich ist.“* Vor dem Großen Vaterländischen Krieg sind 3/4 der Kraftwerke mit fast 80 % der Stromerzeugung Verbundsystemen angeschlossen. Der Erfolg des GOELRO-Plans bestand nicht nur in der bravourösen Erfüllung. Die ersten Kraftwerke wurden legendär und zeugten vom Aufbruch in eine neue Welt. Jedermann wußte vom Wolchow-Kraftwerk, vom Dnepr-Kraftwerk und vom Kraftwerk am Swir.

Die neue Standortverteilung war, wie wir oben gesehen haben, wissenschaftlich begründet und auf eine langfristige sozialistische Perspektive berechnet. Die Gebiete sollten sich selbständig, aber in Harmonie und Arbeitsteilung mit den anderen Gebieten entwickeln, möglichst eigene Ressourcen nutzen, die arbeitsteilige Produktion sinnvoll in Großbetrieben kombinieren. Das alles war ein unbedingter Vorzug, den die sozialistischen Planung möglich machte. Schon die Aufgabenstellung war etwas Niedagewesenes. Spontane kapitalistische Entwicklung schafft weder eine sinnvolle sparsame Standortverteilung noch die Kombinierung verschiedener Verarbeitungsstufen nach allgemeinen Plan, auch nicht 80 Jahre nach dem ersten einheitlichen Wirtschaftsplan der Welt. „Rahmenbedingungen“ und Fördermittel ersetzen die Planung der Volkswirtschaft nur mangelhaft.

Im Gegensatz zum Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft im Kapitalismus sollte sich der Entwicklungsstand alle Gebiete – wie später aller Sowjetrepubliken – angleichen, selbstverständlich auf dem hohen Niveau der Industrialisierung. Dieser Grundsatz steckt schon in Lenins *„Elektrifizierung des ganzen Landes“.* Auch dies geschah in der Erwägung, daß diese sozialistische Lösung die billigste und effektivste ist. Ein Land ohne Notstandsgebiete erhält viel größere Spielräume. Der Vorzug der Planwirtschaft wurde genutzt, um gesamtgesellschaftlich überflüssigen Aufwand zu vermeiden, auch wenn das erst einmal Anstrengungen und Investitionen kostete. Es würde sich auszahlen.

Ein weiterer Punkt für die gleichmäßige Entwicklung: Wenn man die Menschen auch nehmen mußte, wie sie waren, so mußten sich auch und gerade die Menschen verändern, um den Sozialismus aufbauen zu können. Die Industrialisierung bot nicht nur Arbeits- und Qualifikationsmöglichkeiten für die Arbeiterklasse und für die Landbevölkerung. Die Industrialisierung war auch eine Schule des sozialistischen Aufbaus. Es schadet nichts, hier noch einmal an die marxistische Definition des Staates zu erinnern und daran, daß Sozialismus nicht im Selbstlauf entsteht.

Der sozialistische Staat, die Diktatur des Proletariats, hat neben der Unterdrückungsfunktion und der Aufgabe, die Wirtschaft zu organisieren, eine kulturell-erzieherische Funktion. Nicht nur die Bildung, auch das Bewußtsein ist so zu heben, daß die Masse der Arbeiter und der mit der Arbeiterklasse verbündeten Klassen und Schichten im sozialistischen Staat ihren Staat erkennen, an Aufbau und Verwaltung aktiv teilnehmen. Das sozialistische Bewußtsein muß erworben werden, es entsteht sowenig wie der Sozialismus von allein. Die neuen Aufgaben der Industrialisierung des ganzen Landes waren geeignet, alle Beteiligten vom großen Aufbruch in eine neue Welt zu überzeugen. Wenn

das Sein das Bewußtsein bestimmt, so waren Muttermale der alten Zeit nur zu verständlich. Jetzt aber wurde das Sein verändert – wie sollten sich da nicht auch die Menschen weiter entwickeln? Die Arbeiterklasse würde wachsen mit der Industrialisierung, nicht nur zahlenmäßig, auch in ihrer Qualifikation und in ihrem Bewußtsein. Es war zu lernen, auf sozialistische Weise zu arbeiten.

Und, der nächste Punkt, Lenin hatte auf dem XI. Parteitag gesagt, die wirtschaftlichen Aufgaben seien jetzt das wichtigste, aber *„... unter Bedingung, daß es keine Intervention geben wird. Wir tun durch unsere Diplomatie alles, um sie zu vermeiden, nichtsdestoweniger ist sie jeden Tag möglich. Wir müssen wirklich auf der Hut sein und müssen zugunsten der Roten Armee gewisse schwere Opfer bringen ... Uns steht die ganze Welt der Bourgeoisie gegenüber, die nur nach einer Form sucht, uns zu erwürgen ...“* Die Verteidigung des Sozialismus bzw. die Bereitschaft, das sozialistische Vaterland zu verteidigen, blieb eine dauernde Aufgabe, eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsmacht.

Diese Aufgaben und Ziele – Wirtschaftsentwicklung, Förderung der Erziehung und der Kultur der Werktätigen, Sicherung der Verteidigungsfähigkeit – bilden eine Einheit. Eine dialektische Einheit, denn sie wirken unentwegt aufeinander ein, fördern einander und treiben die ökonomische wie die soziale Entwicklung voran. Ein erfolgreicher Aufbau des Sozialismus ist unmöglich, wenn auch nur eine der Aufgaben vernachlässigt wird. Eine verantwortungsbewußte Regierungspartei wird das berücksichtigen, und so legte der XV. Parteitag im Dezember 1927 zur Ausarbeitung des 1. Fünfjahrplans fest: *„Unter Berücksichtigung der Möglichkeit eines militärischen Überfalls seitens der kapitalistischen Staaten auf den proletarischen Staat ist es erforderlich, bei der Ausarbeitung des Fünfjahrplans der raschen Entwicklung derjenigen Zweige der Volkswirtschaft im allgemeinen und der Industrie im besonderen größte Aufmerksamkeit zu widmen, denen die Hauptrolle bei der Sicherung der Verteidigung und der wirtschaftlichen Stabilität des Landes in Kriegszeiten zukommt.“*

Es wurde eine industrielle Basis im tiefen Hinterland aufgebaut: Hinterland, das heißt, man war auf alle Eventualitäten eingestellt und die Bürgerkriegserfahrungen wirkten nach. In den östlichen Gebieten waren ausreichend Rohstoffe vorhanden und in der Nähe der Rohstoffquellen, im Ural und im Kusnezkbecken, entstand eine zweite Steinkohlen- und Hüttenbasis, ein neues Erdölzentrum im Ural-Wolgagebiet. Im Aufbau war die dritte Kohlenbasis von Karaganda in Kasachstan. Im Fernen Osten und in Hohen Norden wurde ebenfalls Hüttenindustrie aufgebaut. In Wolchow und Dnepropetrowsk entstanden, u. a. des billigen Stromes wegen, Aluminiumkombinate. In der Stalingrader Steppe wurde in Rekordzeit ein Traktorenwerk gebaut. In Magnitogorsk wuchs der größte Hochofen der Welt und in Swerdlowsk „Uralmasch“, das Werk der Werke.

Notkin (1955) stellt die Entwicklung der Industrieproduktion der Sowjetrepubliken vor: *„Zunahme der industriellen Bruttoproduktion in den Unionsrepubliken:“* Tabelle 4.7. Die Proportionen der Unionsrepubliken nährten sich also schon 1937 der RSFSR an, sagt Notkin. Das imperialistische Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung wirkte nicht mehr. Alle Sowjetrepubliken wurden zu Industrieländern, bereits 1937 waren es keine Agrarländer mehr.

Die Technik befand sich auf dem neuesten Stand, so schätzte Stalin auf dem XVIII.

Tabelle 4.7

Bruttoproduktion Unionsrepubliken	1913	1937	1937 : 1913
RSFSR	7249	69241	9,6
Ukraine	2125	17395	8,2
Belorußland	89	1926	21,6
Aserbaidshan	378	2368	6,3
Georgien	43	1047	24,3
Armenien	30	293	9,8
Usbekistan	269	1668	6,2
Tadshikistan	1	187	187,0
Kasachstan	51	982	19,3
Kirgisien	1,2	170	143,3

(Millionen Rubel zu Preisen von 1926/27)

Parteitag ein. Man exportierte sogar Produktionsmittel. Der größte Hochofen der Welt ist nicht Gigantomanie oder Angeberei oder Größenwahn. Der größte Hochofen der Welt ist eine technische Spitzenleistung.

In den drei Vorkriegsfünfjahrplänen, deren letzter nach dreieinhalb Jahren vom Krieg unterbrochen wurde, wurde nicht nur aufgebaut und „extensiv erweitert“, wie man später behauptete. Es wurde industrialisiert und elektrifiziert und es wurde mechanisiert und die Arbeitsproduktivität gesteigert. In dieser Zeit erreichte die Sowjetunion auf etlichen Gebieten die Weltspitze – mit Stalins Einschränkung, s. o.! Um die kapitalistischen Länder ökonomisch zu überholen, hat die Zeit nicht gereicht. Ein paar von den Spitzenleistungen:

- der größten Hochofen der Welt wurde schon gewürdigt
- das Verbundnetz für Elektroenergie im großen Stil noch vor dem Krieg
- Wurden die ersten Kraftwerksausrüstungen und andere Investitionsgüter in den 20er Jahren noch importiert, so wurde fast aller Investitionsbedarf ab dem dritten Fünfjahrplan in der Sowjetunion selbst hergestellt, nach 10 Jahren industriellen Aufbaus. Die Unabhängigkeit der sowjetischen Wirtschaft von den kapitalistischen Ländern war erreicht
- Die Sowjetunion verfügte nicht über Naturkautschuk und entwickelte die synthetische Kautschukproduktion aus Äthanol nach dem Verfahren von Lebedew. 1932 entstand das 1. Werk der Welt zur Herstellung von synthetischen Kautschuk in Jaroslawl
- 1938 geht im Hüttenwerk „S. M. Kirow“ in Makejewka die 1. vollautomatische Blockwalzstraße der Welt in Betrieb. Die Produktivität liegt gegenüber der alten Anlage um 40 % höher, der Stromverbrauch sinkt um 6–9 %
- Ab 1939 werden automatische Steuerung für Siemens-Martin-Öfen eingesetzt, der Brennstoffbedarf sinkt um 30 %

- Automatische Anlagen und Fernbedienung bei Kraftwerken über Dispatcherzentrale
- im Stalingrader Traktorenwerk geht 1939 eine automatische Taktstraße in Betrieb, mit Werkzeugmaschinenkomplexen und Halbautomaten
- An der Fließstraße zur Fertigung von Kesseln für Kesselwagen wird automatisches offenes Lichtbogenschweißen angewendet
- 1938: 1. Elektrotiefbohrgerät für Erdölbohrungen
- in der Kohleindustrie werden statt Abbauhammer Schrämmaschinen und hydraulische Anlagen eingesetzt Der Kohlebergbau ist stärker mechanisiert als sonstwo in Europa.
- Erste Schritte zur Herstellung strahlgetriebener Flugzeuge, ballistischer und interkontinentaler Raketen, das Forschungsinstitut für Raketenantriebe unter Koroljow arbeitet an Flügelrakete und Raketengleiter, 1937 erste Erprobung. 1940 wird ein Raketengleiter mit dem Piloten Fjodorow erfolgreich erprobt.

Das ist die Spur von ihren Erdentagen ...

Arbeit gab es, vom Erfolg belohnt.

Stalin sagte nicht umsonst, die zweite Kohlen- und Hüttenbasis sei der Stolz des Landes. Der Stolz des ganzen Landes war ebenso das Dnepr-Kraftwerk und Uralmasch.

Die Begeisterung, der Schwung des Aufbruchs war ungeheuer. Eine kluge Produktionspropaganda verbreitete die Nachrichten über Spitzenleistungen. In diese Zeit fällt auch Stachanows Hochleistungsschicht.

Stalin auf der 1. Unionsberatung der Stachanow-Leute (1935) zu den Ursachen der Stachanow-Bewegung: *„1. ... Es lebt sich jetzt besser, Genossen. Es lebt sich froher. Und wenn es sich froh lebt, dann geht die Arbeit gut vonstatten ... Gäbe es bei uns eine Krise, gäbe es bei uns Arbeitslosigkeit, diese Geißel der Arbeiterklasse, lebte man bei uns schlecht, kümmerlich, freudlos, so gäbe es bei uns keine Stachanowbewegung ...*

2. ... Die Menschen arbeiten bei uns nicht für Ausbeuter, sondern für sich, für ihre Klasse ... für die Sowjetgesellschaft, in der die besten Leute der Arbeiterklasse an der Macht stehen. ***Eben deswegen hat die Arbeit bei uns gesellschaftliche Geltung, ist sie eine Sache des Ruhmes und der Ehre ...***

3. Ohne neue Technik, ohne neue Werke und Fabriken hätte die Stachanow-Bewegung bei uns nicht aufkommen können ...

4. Es ist offensichtlich, daß ... die Meisterung der neuen Technik und die Heranbildung neuer Kader vor sich gegangen sind ...“

Wir fassen die Ergebnisse von rund zwanzig Jahren des sozialistischen Aufbaus zusammen. *„Heute wissen wir genau, daß das Wirtschaftsjahr 1921/22 – ungeachtet des Hungers – das Jahr des entscheidenden Umschwung in Richtung auf die Gesundung des Landes war. Es genügt, daran zu erinnern, daß in diesem Jahr im Vergleich zum vorausgegangenen die Bruttoproduktion der geplanten Industrie um 52 % und die Jahresleistung eines Arbeiters im Durchschnitt um 92 % wuchs“*, erklärte Strumilin und keiner hat ihm widersprochen.

Das Wirtschaftsjahr 1921/22 war das erste Jahr nach Ende des Bürgerkrieges. Es war das erste Jahr nach Gründung der staatlichen Plankommission, das erste Jahr also,

in welchem über Ernährung Ressourcen, Kapazitäten, Produktion und „Markt" einheitlich geplant, die Einzelpläne der Volkskommissariate dem einheitlichen Plan unterworfen wurden. Seit diesem Jahr steigerte die sowjetische Wirtschaft Jahr für Jahr die Produktion, das Nationaleinkommen, die Investitionen, den Konsumtionsfonds, die Arbeitsproduktivität. Schwierigkeiten gab es genügend, doch die führten nicht zu Krisen, schon gar nicht zu den kapitalistischen Überproduktionskrisen.

Im Jahr 1926/27 wurde der Vorkriegsstand der Wirtschaft überschritten. Der Vorkriegsstand, das heißt der Stand des Jahres 1913, des letzten Friedensjahres. In dieser Zeit waren die Jahre 1914–1918 Kriegsjahre des Weltkrieges. Der Brester Frieden wurde Anfang März 1918 geschlossen, Ende Mai beginnen mit der Meuterei des tschechoslowakischen Korps die konterrevolutionären Aufstände gegen die Sowjetmacht, im Juli begann der Bürgerkrieg, im August die Intervention. Im November 1920 ist der Bürgerkrieg gewonnen. Aber die Gefahr ist noch nicht vorüber, wie die Meuterei in Kronstadt zeigt. Und in Fernost werden die japanischen Interventen erst Ende 1922 geschlagen.

Und gleich nach den 7 Jahren Krieg beginnt der Aufschwung, der nur 6 Jahre benötigt, um die Wirtschaft auf Vorkriegsniveau zu bringen. Zum Vergleich: Die bundesdeutsche Politik nimmt die Angleichung der Verhältnisse in Ost und West für eine Aufgabe von Generationen und schämt sich nicht (Nicht von wegen der Moral, aber wenn die Wirtschaft solche Unbeweglichkeit beweist?). Und der Stand der Wirtschaft der neuen Bundesländer wird den zu Friedenszeiten, 1988 z. B., nie wieder erreichen. Nicht unter kapitalistischen Verhältnissen, da sei das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung vor.

Böswillig kann man natürlich auch die Schuld am Abstieg der sozialistischen Revolution geben. Wir haben gesehen, daß auch die Kollektivierung einen Produktionseinbruch brachte. Nur ändert das nichts an der Tatsache, daß der folgende Aufstieg alle Verluste schnell wettmachte, einfach durch die neuen Produktionsverhältnisse.

Auch das Argument, nur die niedrigen Ausgangsdaten machten den Aufstieg so beeindruckend, zieht nicht. 20 Jahre später waren die Daten nicht mehr niedrig, die Wachstumsraten blieben aber hoch. Und wenn Am-Boden-Liegen die Voraussetzung für schnelles Wachstum ist, warum klappt das weder in Afrika noch im Kosovo?

Alles spricht dafür – verantwortlich für den schnellen Aufstieg waren die Sowjetmacht und die Planwirtschaft. Und natürlich die richtige Wirtschaftspolitik.

4.3 Vor dem Großen Vaterländischen Krieg

4.3.1 Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft

Die große Prüfung stand der sozialistischen Wirtschaft noch bevor. In den 30er Jahren wuchs die Kriegsgefahr mit dem Erstarken des Faschismus ständig an. Es war für die Sowjetunion offensichtlich: man befand sich in der Vorkriegszeit.

Stalin auf dem XVII. Parteitag (1934): *„Wird dort, in den kapitalistischen Ländern, fieberhaft zu einem neuen Krieg gerüstet, um die Welt und die Einflußsphären neu aufzuteilen, so setzt die Sowjetunion den systematischen Kampf gegen die Kriegsgefahr und für den Frieden fort ...“*

Tabelle 4.8

Verteilung Staatshaushalt	1937	1939
für die Volkswirtschaft	39,5	59,3
für soziale und kulturelle Aufgaben	26,6	38,5
für Landesverteidigung	20,1	40,8*

(Mrd. Rubel, * = 25 % des Staatshaushalts)

Und auf dem XVIII. Parteitag (März 1939) mußte er feststellen: *„Schon das zweite Jahr tobt der neue imperialistische Krieg, der sich auf dem gewaltigen Gebiet von Schanghai bis Gibraltar abspielt und eine Bevölkerung von mehr als 500 Millionen erfaßt hat ... Der Krieg hat eine neue Lage in den Beziehungen zwischen den Ländern geschaffen. Er hat in diese Beziehungen eine Atmosphäre der Unruhe und Unsicherheit hineingetragen ... 3. die Kampfkraft unserer Roten Armee und unserer Roten Kriegsmarine mit allen Mitteln zu stärken ...“*

Noch mehr also für die Verteidigungsbereitschaft, die auch bisher stets berücksichtigt worden war. Erst einmal wurde der Etat umgeschichtet. (Tabelle 4.8) „Die Geschichte der zweiten Weltkrieges“ berichtet über das Wirtschaftsprogramm der KPdSU(B) zur Schaffung einer leistungsfähigen militärökonomischen Basis:

- Das Entwicklungstempo der Schwerindustrie soll erheblich zunehmen, um das Fundament des militärökonomischen Potentials zu festigen.
- Die Investitionen in den östlichen Gebieten rasch vergrößern, Anteil an der Verteidigungsproduktion des Landes auf 20 % erhöhen
- Aufbau der zivilen Industrie so, daß man kurzfristig zur Kriegsproduktion übergehen kann
- Für mehrere Zweige der Schwerindustrie sind Ausweichbetriebe zu errichten.
- Die Arbeitszeit ist neu zu regeln, um die Produktion für militärische Zwecke zu steigern.
- Ein System staatlicher Arbeitskraftreserven ist aufzustellen.
- Mobilmachungsvorräte und Staatsreserven an strategischen Rohstoffen, Material, Brennstoffen und Lebensmitteln sind zu schaffen
- Die Leitung durch Partei und staatliche Organe ist zu vervollkommnen.

Schon vorher war der Militäretat nicht knapp. Von 1936–1939 wurde ein umfangreiches Programm zum Aufbau neuer Flugzeug-, Motoren- und Panzerwerke und anderer Betriebe der Verteidigungsindustrie realisiert. Schon 1936 wurde das Volkskommissariat für Verteidigungsindustrie gebildet.

Die Werften wurden modernisiert, ebenso die Flugzeugwerke. Auch in den Betrieben, die nicht zur Verteidigungsindustrie gehörten, wurden Kriegsvorbereitungen getroffen: Die Industrie sollte im Kriegsfall in kürzester Frist auf Kriegsbedarf umgestellt werden können. Die Betriebe werden im Verteidigungsfall mobilisiert. Mobilmachungspläne für diese Umstellung von friedlicher Produktion auf Bewaffnung wurden seit 1937 erarbeitet.

1939 wird der Mobilmachungsplan gebilligt.

Hier sollte man bedenken, daß ein Beschluß keineswegs ausreichend ist. Die Betriebe müssen vorbereitet sein, müssen über Ausrüstungen, Material und Technologien für die Produktionsumstellung verfügen. Vermutlich geht es nicht einmal ohne Erprobung. Setzen wir voraus, das all dies Bestandteil des Mobilmachungsplanes war, so kann man ermessen, welche Leistung dafür in der gesamten Wirtschaft erbracht werden mußte, „nebenher“ wurde nicht nur Arbeitszeit aufgewendet, sondern es wurden auch Vorräte an Maschinen, Vorrichtungen und Material geschaffen. Weil es ernst war, wurden Militärbeauftragte in der Industrie geschickt, die die Mobilmachungsbereitschaft und die Planerfüllung zu überprüfen hatten.

Im August 1939 stellte man fest, daß die Munitionserzeugung zurückbleibt, den Anforderungen für den Kriegsfall zur Zeit nicht gewachsen ist. Man beschließt verstärkte Kooperation der Betriebe, Ausstattung mit neuester Technik, Anwendung modernster Technologie, Gewinnung neuer Kapazitäten. Es werden noch weitere 235 Werke für Munitionsproduktion herangezogen, davon werden 121 auf neue Technologie umgestellt.

Das nächste Problem ist die schnelle Entwicklung der Waffentechnik. Der spanische Bürgerkrieg lehrte, die Kampfeigenschaften der sowjetischen Panzer müssen entschieden verbessert werden, sie brauchen eine stärkere Panzerung und eine stärkere Kanone. Im August 1939 wird das Versuchsmuster des T-34 gebilligt, aber die Produktion lief schleppend an, der Panzer wurde noch nicht in Serie geliefert. Die Armee freute sich über jedes einzelne Exemplar und wartete ungeduldig auf mehr.

(Hier kann man die Ansprüche der Stalinschen Wirtschaft sehen. In der DDR wären wir froh gewesen, wenn wir knapp zwei Jahre nach dem Versuchsmuster wenigstens Stück für Stück geliefert hätten!)

Es wurden die Nachrichtentechnik entwickelt, die Flugzeugtechnik, die Pioniermittel. Auf allen Gebieten galt: technisch gut bis Spitze, aber die Menge, die der Armee zur Verfügung gestellt werden kann, ist noch unzureichend.

Im Juni 1940 erging deshalb der Erlaß über den Übergang zum Achtstundentag (vorher galt der Siebenstundentag), zur siebentägigen Arbeitswoche (6 Arbeitstage, 1 freier Tag) und über das Verbot des eigenmächtigen Verlassens der Betriebe und Institutionen durch Arbeiter und Angestellte. Im Oktober 1940 folgte der Erlaß über die staatlichen Arbeitsreserven zur Bildung von Berufsschulen und der Werbung Jugendlicher für Industrieberufe. Im Februar 1941 forderte die Unionsparteikonferenz der KPdSU, so zu arbeiten, daß nirgends, in keinem Betrieb, Rückstände zugelassen werden.

Die Proportionen der Grundfonds der Industrie – wissenschaftlich begründet – sahen 1940 so aus: Tabelle 4.9. Die Vorräte für den Kriegsfall wurden systematisch erhöht. Im ersten Halbjahr 1941 wurden diese Staatsreserven verdoppelt. Deutschland aber, der vermutliche Gegner, verfügte noch immer über mehr Kapazitäten der Rüstungsindustrie.

Noch einige Zahlen: Tabelle 4.10 (aus „Geschichte des zweiten Weltkrieges“): Die Haushaltsausgaben für Landesverteidigung stiegen weiter und erreichten 1940 32,5 % der Gesamtausgaben des Staates.

Der Zuwachs der Arbeitsproduktivität betrug allein in den drei Jahren des dritten Fünfjahrplans 33 %. (Tabelle 4.11)

Tabelle 4.9

Grundfonds 1940	Anteil in %
Energiewirtschaft	8,9
Brennstoffindustrie	10,6
Schwarzmetallurgie	8,5
Buntmetallurgie	3,9
Maschinenbau	28,1
Chemische Industrie	6,9
Leichtindustrie	7,3
Nahrungsmittelindustrie	11,1
Baustoffindustrie	3,7
(sonstige	11)

Tabelle 4.10

Verwendung des Nationaleinkommens 1940 (%)	
Akkumulation	19
Konsumtion	70
Verteidigungsausgaben	11

4.3.2 Umverteilung und Preise

Und die Preise? Wir wissen, daß während der Industrialisierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft das Kartensystem zur stabilen Versorgung der Bevölkerung eingeführt wurde. Die Karten wurden 1935 wieder abgeschafft, als sich die Lage stabilisiert hatte. Wir wissen, daß es nach der Steuerreform möglich wurde, über die Umsatzsteuer die Preise so zu lenken, daß die Masse des Reineinkommens in den Händen des Staates zentralisiert wurde, der wieder nach den jeweiligen Schwerpunkten die Wirtschaft finanzierte, s. die Stützung unrentabler Betriebe.

Kronrod hat es im Überblick: *„Während des ersten Fünfjahrplans und während der ersten Jahre des zweiten Fünfjahrplans trug die Festlegung der Preise für Produktionsmittel (Kohle, Kraftstrom, Brennstoffe, Metalle, Maschinen) erheblich unter ihrem Wert wesentlich zu der schnellen Industrialisierung bei, wie wir ... gesehen haben. Gleichzeitig lagen die Preise für Konsumtionsmittel über ihrem Wert, da über diese Preise die in der Abteilung I geschaffene Akkumulation realisiert wurde. Das spiegelte sich auch in der entsprechenden Erhöhung der Geldlöhne ... wider, die die Erhöhung des materiellen Lebensniveaus der Werktätigen sicherte.*

Aber nachdem die sozialistische Industrie aufgebaut war, geriet eine allzu große Abweichung der Preise für Produktionsmittel von ihrem Wert nach unten in Widerspruch zu der Aufgabe, einen Anreiz für die rationelle Ausnutzung der Arbeitsinstrumente und

Tabelle 4.11

Steigerung der Arbeitsproduktivität (1928 = 100)	
Industrie	313
Bauwesen	247
Landwirtschaft	171
Eisenbahntransport	269

Arbeitsgegenstände zu bieten.

Das Subventionssystem widersprach den Erfordernissen der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Daher brachte der Sowjetstaat in den Jahren 1935 und 1936 die Preise für Produktionsmittel in größere Übereinstimmung mit ihrem Wert. Das Ergebnis war, daß ein gewisser Teil der innerbetrieblichen Akkumulation in den Industriezweigen der Abteilung I von diesen Zweigen selbst realisiert wurde."

„Der sozialistische Staat ändert die Preise planmäßig entsprechend den neuen Reproduktionsbedingungen und führt eine Politik der allmählichen Angleichung der Preise der Produkte an ihren Wert durch."

Mit der Abschaffung der Karten 1935 wurden die Preise verändert. Vermutlich galt das auch für den Konsumtionsbereich, denn es gab den „kommerziellen Handel", der ja wieder im normalen Handel aufgehen mußte. Wichtig an Kronrods Aussage ist:

- Preisänderung *„entsprechend der neuen Reproduktionsbedingungen"*, also Annäherung der Preise an den Wert
- *„ein gewisser Teil der innerbetrieblichen Akkumulation"* wird von den Betrieben der Abteilung I selbst über den Plangewinn realisiert, aber nicht alles. Der Mechanismus der Umsatzsteuer-Umverteilung bleibt in Kraft, d. h. dieser Teil des Reingewinns gerät nicht in den Bereich der Betriebe, sondern an den Staatshaushalt
- Wenn der Preis Maß des Wertes und gleichzeitig Umverteilungsinstrument sein soll, darf man nicht eine der beiden Formen überstrapazieren und die zweite auf Dauer links liegen lassen. Eine größere, aber keine völlige Übereinstimmung der Preise mit dem Wert ist ausreichend. Gefragt ist der dialektische Umgang, nicht die binäre Logik, die die zwei Seiten in gut und schlecht unterteilt. Soll der Preis ruhig dem Wert folgen, wenn man sich nicht scheut, unter veränderten Bedingungen den Wert zu vernachlässigen. Und umgekehrt, wenn die subventionierten Preise einen schon verselbständigten Umverteilungsmechanismus in Gang halten, wird es Zeit, sich darauf zu besinnen, daß der Preis auch das Maß des Wertes ist. Um ganz deutlich zu sein: Die Preise dem Wert anzunähern, ist nicht unbedingt revisionistisch, so wenig wie Subventionen von Natur aus revolutionär sind. Und umgekehrt
- Die Reproduktionsbedingungen werden sich in Abhängigkeit von der Arbeitsproduktivität und den Proportionen der Volkswirtschaft wieder erneuern, die Abweichung der Preise vom Wert kann wieder wachsen. Sie kann auch kleiner werden, wenn sich die Arbeitsproduktivität bei subventionierten Waren erhöht.

Bis zu Kriegsbeginn erfüllten die geltenden „laufenden“ Preise – mit geplanter Selbstkostensenkung ging es auch an die laufende Änderung der Preise – ihre Aufgaben.

Das sowjetische System der Volkswirtschaft, die sozialistische Produktionsweise, hatte sich endgültig herausgebildet. Die Grundlage war das sozialistische Eigentum in seinen beiden Formen – als gesamtgesellschaftliches Staatseigentum und als kollektivwirtschaftliches Eigentum. Die Klassenstruktur hatte sich folglich vollständig geändert. Ausbeuterklassen waren nicht mehr vorhanden. Der Anteil der Arbeiter und Angestellen betrug 1939 48 %, dazu kamen die Kollektivbauern und die kollektiv organisierten Handwerker und Gewerbetreibenden mit einem Anteil von 46 %. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebte also unter sozialistischen Produktionsverhältnissen. Der proletarische Staat wurde seinen Aufgaben als Eigentümer, Leiter und Organisator der staatlichen Wirtschaft gerecht. Die Wirtschaft wurde betrieben mit dem Ziel der erweiterten Reproduktion der sozialistischen Produktionsverhältnisse, einer Ausweitung des Sozialismus, der Entwicklung in Richtung Kommunismus und der Überwindung der *„Muttermale der alten Gesellschaft“*, letzteres nicht zuletzt durch Hebung des sozialistischen Bewußtseins. Mit dem Preisbildungskriterium Selbstkosten – Plangewinn – Umsatzsteuer war ein flexibles Umverteilungsinstrument gebildet, um alle Kräfte auf die jeweiligen Schwerpunktaufgaben konzentrieren zu können. Nicht minder flexibel wurde der Lohn und das System der Prämien gehandhabt. Der Lohn förderte die Verteilung der Arbeitskräfte entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen, belohnte großzügig die Steigerung der Arbeitsproduktivität wie auch die Schwere der Arbeit und stimulierte Qualifizierung.

Dieses System ermöglichte hohe Steigerungsraten der Produktion, der Arbeitsproduktivität, des Lebensniveaus der Bevölkerung.

4.4 Die Kriegswirtschaft. Extremfall der sozialistischen Produktionsverhältnisse

Die wichtigste Quelle ist Wosnessenskis „Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges“ von 1948. Er beginnt so: *„Der Große Vaterländische Krieg von 1941–1945 hat die Volkswirtschaft der Sowjetunion von Grund auf verändert, die sowjetische Wirtschaft im Interesse des siegreichen Krieges umgestaltet und die für die Kriegszeit typischen Gesetzmäßigkeiten geschaffen. In der Geschichte der UdSSR stellt dieser Vorgang eine besondere Periode der sozialistischen Wirtschaft dar – die Periode der Kriegswirtschaft. Ihr entspricht auch ein besonderes Kapitel in der politischen Ökonomie des Sozialismus – die politische Ökonomie des Vaterländischen Krieges ... Die von der ganzen Welt bewunderte erhabene Einigkeit der Völker der Sowjetunion erwuchs auf der Grundlage der siegreichen sozialistischen Produktionsweise und der Beseitigung der Ausbeutung.“*

4.4.1 Die Umstellung der Industrie

Das Programm der Umstellung der Volkswirtschaft auf den Krieg sei von Stalin in der Rede vom 3. Juli 1941 erschöpfend dargestellt worden, sagt Wosnessenski. Das war am

12. Kriegstag. Inzwischen war die gesamte Macht in den Händen des Staatlichen Verteidigungskomitees konzentriert worden, das die Umstellung bereits begonnen hatte. Die Maßnahmen (nach Wosnessenski):

1. Die Mobilisierung der Produktionskapazitäten. Umstellung der Industriebetriebe auf Kriegsproduktion. Zivile Zweige wurden stillgelegt, um Kapazitäten freizumachen.
2. Mobilisierung der Hilfsquellen der Landwirtschaft zur Versorgung der Roten Armee und der Städte. Vieh und Landtechnik wurden aus den frontnahen Gebieten ins Hinterland gebracht. Die Arbeitsdisziplin in den Kolchosen wurde gefestigt, die Zahl der zu leistenden Mindestarbeitseinheiten wurde erhöht. Das Ablieferungssoll für Fleisch und Wolle wurde heraufgesetzt, ein zusätzlicher Getreidefonds für die Rote Armee gebildet. Um Ernährungsschwierigkeiten vorzubeugen, wurden den Betrieben Hilfswirtschaften angeschlossen und der individuelle Gartenbau gefördert.
3. Mobilisierung des Transportwesens. Einschränkung des Personenverkehrs. Bau von Bahnstrecken. Einführung der militärischen Disziplinarordnung
4. Mobilisierung des Bauwesens. Konzentration auf die Wiederherstellung der ins Hinterland verlagerten Betriebe. Revision der Baunormen, provisorische Anlagen mit kurzer Nutzungsdauer. Unvollendete Vorhaben wurden gestoppt, wenn sie nicht kriegswichtig waren.
5. Arbeiter der Rüstungsbetriebe wurden auf Kriegsdauer mobilisiert. Ausbildung und Umschulung, um die Frontsoldaten zu ersetzen. Heranziehen der nichtberufstätigen Bevölkerung – Hausfrauen, Rentner, verkürzte Ausbildungszeiten, Ausbildung direkt in der Produktion
6. Mobilisierung der Nahrungsmittelreserven, Einführung des Kartensystems. Die festen, relativ niedrigen staatlichen Preise wurden für die dringendsten Güter beibehalten. Vorzugsversorgung der Beschäftigten der wichtigsten Industriezweige
7. Mobilisierung der Mittel der Bevölkerung zur Finanzierung des Krieges (Anleihen), zusätzlich Geldemission, um den Finanzbedarf zu decken
8. Verbesserung der Leitung der Kriegsindustrie, neue Volkskommissariate, Kontrollapparat des Staatlichen Verteidigungskomitees.

Diese Umstellung wurde innerhalb eines Jahres vollzogen. Bis Mitte 1942 war die Umstellung abgeschlossen. Ohne Plan ging es nicht und schon eine Woche nach Kriegsbeginn nahm die Regierung den „Wirtschaftlichen Mobilmachungsplan für das III. Quartal 1941“ an, der den Friedensplan ersetzte. *„Der Mobilmachungsplan für das III. Quartal 1941 stellte die Volkswirtschaft in den Dienst des Großen Vaterländischen Krieges. Die Erfahrung zeigte aber, daß diese Umstellung noch nicht genügte. Die Bedürfnisse des Krieges durchdrangen die Wirtschaft in immer entscheidenderem und umfassenderem Maße.“*

Mitte August wurde der Kriegswirtschaftsplan für das IV. Quartal 1941 und für das Jahr 1942 angenommen. Der Kriegswirtschaftsplan galt für das Wolga- und das Uralgebiet, für Westsibirien, Kasachstan und Mittelasien. Schwerpunkte waren:

- Organisation und Steigerung der Produktion von Infanterie- und Artillerieausrüstungen, von Flugzeugmotoren und Flugzeugen
- Neue Basen für die Panzerplattenherstellung, für schwere und mittlere Panzer, für

Tabelle 4.12

Wirtschaftliche Bedeutung des verlorenen Gebiets	Anteil (%)
Kohleförderung	63
Roheisenerzeugung	68
Stahlerzeugung	58
Aluminiumerzeugung	60
Getreideerzeugung	38

Zugmaschinen

- Steigerung der Produktion von Kohle, Erdöl, Benzin, Roheisen, Stahl, Walzgut, Kupfer, Aluminium, Sprengstoffchemie
- Verlagerung von Hunderten Betrieben nach dem Osten
- Investitionsplan: 5 Hochöfen, 27 Martinöfen, 59 Steinkohlenschächte, ...
- Erweiterung der Eisenbahn
- Reservebildung.

„Das erste Halbjahr des Vaterländischen Krieges erhält durch die gewaltige ... Verlegung der Produktivkräfte nach dem Osten sein Gepräge. Millionen von Menschen waren unterwegs, Hunderte von Betrieben, Zehntausende von Werkbänken, Walzwerken, Pressen, Hämmern, Turbinen und Motoren wurden verlagert. Im Verlaufe von etwa drei Monaten ... wurden über 1360 Großbetriebe, vor allem Rüstungsbetriebe, in die östlichen Gebiete der Sowjetunion verlegt ...

Die letzten zwei Monate des Jahres 1941 waren die schwersten und kritischsten in der ganzen Geschichte der Kriegswirtschaft ... die nach dem Osten verlagerten Betriebe (hatten) ihren Produktionsausstoß am alten Standort bereits eingestellt, waren aber am neuen Standort noch nicht einsatzbereit. In diese Zeit fielen auch die außerordentlich schweren Verluste, die der sowjetischen Wirtschaft ... infolge der zeitweiligen Besetzung einer Reihe von Gebieten durch Hitlerdeutschland beigebracht wurden.“

Es war ein Gebiet verloren gegangen, auf dem vor dem Krieg rund 40 % der Bevölkerung lebte. Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Gebiets zeigt Tabelle 4.12. Dreihundert Munitionswerke waren außer Betrieb, d. h. es fehlten pro Monat 8,4 Mill. Geschosse, 2,7 Mill. Minen, 2 Mill. Fliegerbomben und mehr. Die Industrieproduktion sank unter die Hälfte, bei einzelnen kriegswichtigen Produkten noch mehr. Es ist also leicht zu sehen, daß die große Gefahr bestand, den Krieg an der Wirtschaftsfront zu verlieren. Die Kräfte waren bis zu Äußersten angespannt.

„Im Dezember 1941 hörte das Absinken der Industrieproduktion auf, und im März 1942 setzte ein rascher Aufstieg ein ...“, sagt Wosnessenski. Ein Faktor des Durchhaltevermögens ist die Überzeugung, es zu schaffen, allen Widrigkeiten zum Trotz. Auch da stand Stalin an der Spitze: *„Im November 1941, als in den Augen der Welt die Tage des Sowjetstaates ‚gezählt‘ waren, machte der Leiter unserer Kriegswirtschaft, Genosse Stalin, den Vorschlag, einen großen Plan für den Aufbau neuer Kapazitäten der Eisen-*

hüttenindustrie im Ural und in Sibirien als Basis der Kriegsproduktion auszuarbeiten und anzunehmen.“

Wosnessenski berichtet in seinem Buch nicht nur die Fakten. Er teilt mit, wie und warum nach seinem Erkenntnisstand die sozialistische Wirtschaft funktioniert, was daran gesetzmäßig ist. Wosnessenski war nicht nur der führende Praktiker, er arbeitete seit Jahren theoretisch. Erinnert sei an seine Teilnahme an der ökonomischen Diskussion und seine Arbeiten aus den 30er Jahren. Wir haben hier also den seltenen Fall, einen Glücksfall, daß die Theorie am praktischen Beispiel entwickelt wird.

Seine Definition: ***„Die erweiterte sozialistische Reproduktion*** *bedeutet in erster Linie das Anwachsen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts; außerdem bedeutet sie die Vergrößerung der eingesetzten Produktionsmittel (Arbeitsinstrumente und Arbeitsgegenstände); ferner bedeutet die sozialistische Reproduktion das Anwachsen der Arbeiterklasse und des Lohnfonds; und schließlich bedeutet sie den Abzug eines bestimmten Teils des gesellschaftlichen Produktes (Gewinn) für die Bedürfnisse der sozialistischen Akkumulation und des Kapitalaufbaus.“* Und befriedigt stellt er fest: *„In der Periode der Kriegswirtschaft blieben die Gesetze der erweiterten Reproduktion voll und ganz in Kraft, wenn auch auf einem beschränkten Gebiet.“*

Ab Dezember 1941 wuchs die Produktion kontinuierlich von Monat zu Monat. 1943 stieg die Industrieproduktion um 17 % (der Durchschnitt der drei letzten Vorkriegsjahre: 13 %). Es wurde investiert, von 1942–1944: *„In den östlichen Gebieten wurden 2250 Industriebetriebe erneut aufgebaut und in Betrieb genommen, und in den befreiten Gebieten wurden über 6000 Betriebe wiederhergestellt. 100 000 Metallschneidebänke, 24 Hochöfen, 128 Martinöfen, 4 Bessemer-Anlagen, 70 Elektroschmelzöfen, 65 Walzbänke, 67 Koksbatterien und Kohlenschächte mit einer Kapazität von 73 Mill. t, Elektrizitätswerke mit einer Kapazität von 3,4 Mill. kW und neue Bahnlinien mit einer Schienenlänge von 5860 km wurden in Betrieb genommen.“* Das ist der Gebrauchswert, auf den der Sozialismus aus ist. In Wert ausgedrückt: *„Die Kapitalinvestitionen ... betrugen ... 1942, 1943 und 1944, nicht eingerechnet den Wert der verlagerten Ausrüstungen, rund 79 Mrd. Rubel.“*

Die Standortpolitik des Sowjetstaats hatte sich ausgezahlt: *„Der hohe Entwicklungsstand der Industrie in den östlichen Gebieten, der zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges erreicht worden war, diente als stabiles Fundament, auf dem sich die Industrie während des Krieges in schnellem Tempo entwickeln konnte.“*

Die Strukturveränderungen unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft (1940 zu 1942) bezogen auf das gesellschaftliche Produkt:

- Verminderung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts infolge der Besetzung einer Reihe von Industriegebieten
- Produktionsverbrauch (c) betrug 1940 wie 1942: 43 %
- Der persönliche Verbrauch der Bevölkerung sank von 42 % auf 38 %
- Akkumulation sank von 11 % auf 2 %
- Kriegsausgaben stiegen von 4 % auf 17 % (ohne den persönlichen Verbrauch der Armeeangehörigen).

Folglich: die gestiegenen Kriegsausgaben reduzierten die Akkumulation und den persönlichen Konsum. 1943 *„stieg das gesellschaftliche Produkt bei absoluter Zunahme der*

Konsumtion, der Akkumulation und der Kriegsausgaben“ „Die Grundfonds der sozialistischen Betriebe wuchsen … bereits im Jahre 1943 im Verhältnis zum Jahre 1942 um 63 Mill. Rubel, ohne jedoch das Vorkriegsniveau zu erreichen.“

Der Import stieg auf fast das 5fache, der Export ging unter ein Drittel zurück. Aber: *„Vergleichen wir das Volumen der durch die Verbündeten gelieferten Industrieerzeugnisse für die Sowjetunion mit dem Produktionsvolumen der sozialistischen Industriebetriebe der UdSSR im gleichen Zeitraum, so stellen wir fest, daß der Anteil dieser Lieferungen im Verhältnis zur inländischen Produktion in der Zeit der Kriegswirtschaft insgesamt nur 4 % betrug.“*

Und er schätzt ein: *„Die Planung der volkswirtschaftlichen Bilanz ist eine kennzeichnende Besonderheit der sowjetischen Kriegswirtschaft. Es ist die komplizierteste Stufe der volkswirtschaftlichen Planung, die nur unter den Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft möglich war.“*

*„Die **Volkswirtschaftsbilanz** als Ausdruck der erweiterten sozialistischen Reproduktion enthält:*

- *die Produktion und die Verteilung des gesellschaftlichen Produktes*
- *die Produktion und Verteilung der Grundfonds*
- *die Bilanz und Verteilung der Arbeitskräfte*
- *die Produktion und Verteilung des Volkseinkommens* (Nationaleinkommen)
- *die Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung*
- *die Bilanz und Verteilung der Materialfonds.“*

„Unter Einsatz des gesamten Potentials ihrer Produktivkräfte rüstete die sozialistische Industrie der UdSSR die Sowjetarmee mit erstklassigem Kriegsmaterial aus. Trotz der Evakuierung einer beträchtlichen Anzahl von Rüstungsbetrieben, trotz des zeitweiligen Ausfalls einer Reihe von hochentwickelten Industriegebieten aus der Bilanz der sowjetischen Kriegswirtschaft vermehrte sich die Rüstungsproduktion allein in den östlichen und den zentralen Gebieten der Sowjetunion im Verlaufe des Vaterländischen Krieges um das Zweieinhalbfache gegenüber dem Produktionsniveau auf dem Gesamtgebiet der UdSSR im Jahre 1940.“ Das war möglich, denn die Sowjetwirtschaft hatte folgende Potenzen:

- ein hohes Wachstumstempo der sozialistischen Wirtschaft (Er nimmt das als gesetzmäßig)
- Unabhängigkeit der sozialistischen Wirtschaft durch eine hochentwickelte inländische Produktionsmittelindustrie
- Die Standortverteilung, also die neuen Produktionsbasen in den östlichen Gebieten
- Die Revolutionierung der Technik durch Elektrifizierung und Automatisierung
- *„Das Anwachsen der Arbeiterklasse in der Sowjetunion. Hier handelt es sich bereits nicht mehr um das Proletariat, das über keinerlei Produktionsmittel verfügt. Die Arbeiterklasse der Sowjetunion hatte als Herr über ihre Produktivkräfte in materieller, politischer und kultureller Hinsicht einen Aufschwung zu verzeichnen.“*

Die Probleme, die zu lösen waren, waren groß. Die Rote Armee mußte mit neuestem Kriegsmaterial ausgerüstet werden. *„Die Flugzeugindustrie ging auf den Bau von neuen schnellen Jägern, Schlacht- und Bombenflugzeugen über“*, die Produktion des T-34 ging in Serie und während des Krieges wurde der schwere Panzer IS entwickelt. Die Produkti-

on automatischer Waffen, Granatwerfer und Raketengeschossen wurde aufgenommen. – Und diese Produktions- und Sortimentsumstellungen gingen ohne große Produktionsunterbrechungen, trotz Evakuierung und laufenden Schwierigkeiten mit der Energie- und Materialversorgung, Arbeitskräftesorgen, während des normalen Betriebs vonstatten! Da half auch kein Mobilisierungsplan aus Friedenszeiten. Es mußte kurzfristig dem Bedarf entsprechend umdisponiert werden.

Wosnessenski berichtet mit Stolz: *„Die auf die Produktionskapazitäten des ganzen Landes gestützte Rüstungsindustrie beherrschte in kürzester Zeit die moderne Kriegstechnik und entwickelte den technologischen Fertigungsprozeß in bezug auf die Produktion von Flugzeugen, Panzern, Waffen und Munition am laufenden Band.“*

Der Anteil des Maschinenbaus an der Industrieproduktion wuchs, dagegen ging der Anteil der Leicht- und Nahrungsgüterindustrie zurück. Die Schwarzmetallurgie wurde auf arbeitsintensive und hochlegierte Stähle umgestellt. Die Motorradwerke produzierten jetzt Handfeuerwaffen, die Traktorenwerke Panzer und die Uhrenfabriken Granatzünder. Die chemische Industrie stieg auf Pulver- und Sprengstoffherstellung um. Die Bedürfnisse des Krieges trieben die Entwicklung von Technik und Technologie voran. Ein neuer Zweig entstand, die Funkpeilung, die Raketentechnik wurde ausgebaut.

„Durch den schweren Arbeitseinsatz der sowjetischen Arbeiterklasse und die Kampftaten der Sowjetarmee wurde nicht nur eine qualitative, sondern auch eine quantitative Überlegenheit der sowjetischen Kriegstechnik über die deutsche erreicht.“

4.4.2 Die Anforderungen an die Landwirtschaft

Die sowjetische Landwirtschaft stützte sich auf die zweite Form des gesellschaftlichen Eigentums, auf die Kollektivwirtschaften.

„In der Kriegswirtschaft der Jahre 1941 bis 1945 wuchs der Bedarf an Marktgetreiden ... außerordentlich stark. Es stieg der Getreideverbrauch in der Stadt und in der Armee. Nichtsdestoweniger wurde das Ernährungsproblem trotz des zeitweiligen Ausfalls der fruchtbaren Ukraine und Nordkaukasiens ... mit Erfolg gelöst“, weil:

1. Die kollektivwirtschaftliche Ordnung stellte eine hohe Bruttogetreideernte und eine starke Belieferung des Marktes sicher
2. Konzentration der Hauptmasse des Marktgetreides in den Händen des Staates, der richtig verteilte
3. Neue räumliche Gruppierung des Anbaus, Vergrößerung der Anbauflächen in den östlichen Gebieten.

1942 war das Getreideaufkommen im Vergleich zu 1940 halbiert, aber durch strengste Erfassung und Verteilung konnte eine reibungslose Brotversorgung organisiert werden. 1940 wurden pro Jahr und arbeitsfähigen Kollektivbauern 254 Arbeitseinheiten erbracht, 1942 352! Die Anbaufläche stieg pro Kollektivbauer von 3,3 ha auf 4,3 ha, je Zugkraft von 7,3 auf 8,8 ha, was für ein Ansteigen der Arbeitsproduktivität spricht.

Die technische Basis der Landwirtschaft war besonders in den befreiten Gebieten geschwächt, dort war die Zahl der Landmaschinen drastisch zurückgegangen. Kriegsbedingt wurden keine Landmaschinen hergestellt, die Traktorenwerke, wie gesagt, bauten jetzt Panzer. Man erhöhte die Ersatzteilbereitstellung und verbesserte die Qualifikation der

MTS-Arbeiter.

Die Getreideanbaufläche wurde in den östlichen Gebieten schnell erweitert. In dürregefährdeten Gebieten wurde verstärkt Hirse angebaut. Die Wintersaaten wurden bevorzugt, um die Arbeitsbelastung gleichmäßiger zu verteilen.

In Mittelasien war die Erweiterung der Flächen eine zeitweilige Notmaßnahme, in Sibirien hatte sie Bestand. *„Maßnahmen, wie die in Sibirien durchgeführte Vergrößerung des Weizenanbaus, die Wiedereinführung der Brachfelderwirtschaft und die Erweiterung der Winterfurche bedeuteten eine grundlegende Verbesserung der sibirischen Landwirtschaft."*

1944 hörte die Abnahme der Viehbestände auf, wenn auch der Ausgangsbestand so schnell nicht wieder erreicht werden konnte. Evakuiertes Vieh wurde in die befreiten Gebiete zurückgeführt.

4.4.3 Arbeitsorganisation, Lohn und Versorgung

Zuerst das grundsätzliche nach Wosnessenski: *„Die für die sozialistische Gesellschaft der Sowjetunion charakteristischen Grundgesetze des sozialistischen Arbeitsorganisation und des Arbeitslohnes, die eine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ausschließen, behalten auch in der Periode der Kriegswirtschaft ihre Gültigkeit. Hierzu gehören:*

1. *Das Gesetz der **Verteilung der Produkte entsprechend der Leistung**, in Abhängigkeit von der Quantität und der Qualität der von den Arbeitern in den staatlichen Betrieben oder von den Bauern in den Kolchosen geleisteten Arbeit*
2. *Folglich der Grundsatz **‚Gleiche Arbeit – gleicher Lohn'**, der die Arbeitszeit und die Qualität der Arbeit einschließt*
3. *Der **Unterschied der Entlohnung der Arbeit in den staatlichen Betrieben und in den Kolchosen**, der sich auf Grund der verschiedenen Formen des sozialistischen Eigentums ergibt*
4. *Das Gesetz von der **Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen, das Arbeitslosigkeit und Elend ausschließt**, das Gesetz der Erhöhung des Reallohnes in den staatlichen Betrieben und des Wertes der Arbeitseinheit in den Kolchosen*
5. *Die **Mechanisierung und Elektrifizierung der Arbeit** in der Produktion beim gleichzeitigen Anwachsen der Arbeiterklasse und bei gleichzeitiger Erhöhung ihres kulturellen und technischen Niveaus*
6. *Der **sozialistische Wettbewerb, der durch das Prämiensystem** entsprechend den Kennziffern für die Erfüllung und Übererfüllung des Planes gefördert wird.*

Die konsequente Anwendung der Gesetze der sozialistischen Arbeitsorganisation ist eine mächtige Quelle für das Anwachsen der Produktion."

Wegen Einberufung und Okkupation verringert sich die Zahl der Arbeiter und Angestellten. Der prozentuale Anteil der Frauen steigt von 38 auf 53 % im Jahr 1942. Um die Frauenarbeit zu erleichtern, sorgt man für Kindergärten und Kinderheime. Wosnessenski ist stolz, daß es während des Krieges keine verwahrlosten Kinder gab – man hatte rechtzeitig Gewerbeschulen und Kolonien organisiert. Das war der Nachwuchs. Der Anteil der Jugendlichen in der Produktion stieg von 6 % (1939) auf 15 % (1942), Der Anteil der

Tabelle 4.13

Arbeitsaufwand (h)	1941	1943
Flugzeug IL-4	20000	12500
IL-2	9500	5900
PE-2	25300	13200
70-mm-Kanone	1200	800
MG	642	329
1000 Stück TT-Munition	13	10,8
Gewehr	12	9
Panzer T-34	8000	3700

über 50jährigen stieg im gleichen Zeitraum von 9 auf 12 %.

Gleich zu Kriegsbeginn hatte man die *„Anzahl der Beschäftigten in kulturellen und administrativen Dienststellen“* auf die Hälfte reduziert – es ging auch. Dies war kein Feldzug gegen den Bürokratismus, sondern kriegsbedingte Notwendigkeit.

1942 kam es zu einem Rückgang der Arbeitsproduktivität, denn die neuen Leute mußten sich an die ungewohnte Arbeit gewöhnen. Dann stieg die Arbeitsproduktivität wieder an. Die Stundenleistung pro Arbeiter stieg um 7 %. Auch das Arbeitsaufkommen stieg: Die Zahl der Arbeitsstunden pro Arbeiter gegenüber dem Vorkriegsstand um 22 % (Senkung der Ausfallzeiten, Überstunden).

Für die wichtigsten Rüstungsgüter gibt Wosnessenski im Vergleich an, wieviel Arbeitsstunden in den Rüstungswerken aufgewandt werden müssen (Tabelle 4.13, er wollte ja schon 1931 den Arbeitsaufwand statt des Wertes erfassen – man sieht, es geht!).

„Die massenweise Zuführung neuausgebildeter Arbeiter in den Produktionsprozeß und die Notwendigkeit einer schnellen Übernahmen und Vergrößerung der Produktion von Kriegsmaterial machten eine Verbesserung der Arbeitsorganisation erforderlich.“ Man setzte den progressiven Stücklohn ein, ein Zeitlohnprämiensystem. Ins Prämiensystem wurden das ingenieurtechnische Personal mit einbezogen. Und zusätzliche materielle Anreize bei Erfüllung und Übererfüllung des Produktionsplanes. Beim ingenieurtechnischen Personal machte der Prämienanteil an der Lohnsumme 1944 28 % aus (vor dem Krieg – 11 %), bei den Arbeitern 8 % (4,5 %).

Die positiven Erfahrungen soll man für die Nachkriegszeit nutzen, sagt Wosnessenski. Aber: *„im Zusammenhang mit dem Anwachsen der Arbeitsproduktivität und zur Anregung der vordringlichsten Produktionszweige ... haben sich starke Veränderungen im Niveau des Arbeitslohnes vollzogen.“* (Tabelle 4.14)

„Zum Unterschied von den kapitalistischen Ländern wird das tatsächliche Einkommen der Arbeiterklasse in der UdSSR oder ihr Anteil am gesellschaftlichen Produkt nicht durch die Geldlöhne erschöpft.“ Es kommen noch 38 % hinzu für Krankengeld, Urlaub, kostenlose Ausbildung und Stipendien, medizinische Betreuung, Erholungsorganisation, Unterhalt der Kinder in den staatlichen Einrichtungen ... Und es fehlt die Arbeitslosig-

Tabelle 4.14

Geldlohn (Rubel)	1940	1944
Arbeiter, Unionsdurchschnitt	375	573
Kohleindustrie		729
Eisenhüttenindustrie		697
Ing.-techn. Personal	768	1209
In der Kohlenind.		1502
In der Eisenhüttenind.		1725

keit, die die Einkommen in den kapitalistischen Ländern katastrophal senkt. Das Niveau des Reallohns wurde während der Kriegswirtschaft weiter beeinflußt durch die stabilen und niedrig gehaltenen Verbraucherpreise.

Soweit Wosnessenski. Kronrod gibt zu bedenken: *„Bekanntlich stiegen während des Krieges im Zusammenhang mit den steigenden Löhnen und anderen mit den Kriegsverhältnissen verbundenen Ausgaben die Produktionsselbstkosten in einigen Zweigen der Schwerindustrie ganz erheblich, während die Großhandelspreise … unverändert blieben. Diese Kluft zwischen den Großhandelspreisen und den Produktionsselbstkosten führte zu Verlusten in einigen Zweigen der Schwerindustrie und zu erhöhten staatlichen Subventionen aus dem Haushalt.“*

Ein Widerspruch? Für die Sowjetwirtschaft zu Stalins Zeiten war der Widerspruch lösbar. Erst einmal ging der Krieg vor.

Unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft waren **Veränderungen beim Warenumsatz** und der Sicherung der Versorgung notwendig: rationierter Verkauf auf Karten, Differenzierung der Lebensmittelnormen in den verschiedenen Zweigen und Arbeiterversorgung in den Betrieben.

„Die Anzahl der Bevölkerung, die vom Staat mit Brot und anderen Lebensmittel versorgt wurde, stieg in der Periode der Kriegswirtschaft auf 76,8 Millionen Menschen. Die Rationierung in der Nahrungsmittelversorgung unterstellte die Konsumtion den Interessen der Produktion und sicherte den Arbeitern in den kriegsentscheidenden Industriezweigen … ein höheres Verbrauchsniveau.“

Über die Arbeiterversorgung wurden 28 % des Einzelhandelsumsatzes abgewickelt, im Ural sogar 45 %. Hier gingen auch die Erzeugnisse der Nebenwirtschaften ein. Der Einzelhandelsumsatz sank – die Waren reichten nicht, die Umverteilung erfolgte zugunsten der Roten Armee und es wurde weniger produziert. Der Marktfonds wurde zugunsten der Rüstungsindustrie und des Armeebedarfs gekürzt, sagt Wosnessenski. Für die Versorgung erlangte die Warenproduktion außerhalb des Marktfonds große Bedeutung, das sind *„dezentralisierte Reserven“*, z. B. der Kolchosmarkt.

Das stabile Preisniveau für rationierte Waren aber wurde beibehalten, trotz steigender Löhne. Grundlage dafür sind nach Wosnessenski die stabilen Großhandelspreise, die der Staat festlegte. (Tabelle 4.15) Anders sah es auf dem freien Kolchosmarkt aus. Dort

Tabelle 4.15

Großhandelspreise 1942 (1940 = 100)	
Für Industrieerzeugnisse	98
Für Rüstungsgüter	72
Für Maschinenbau	87
Für Schwerindustrie ohne Maschinenbau	98
Für Leicht- und Nahrungsmittelindustrie	120
Für rationierte Nahrungsmittel	100,5*

(* hier blieb alles konstant)

Tabelle 4.16

Preisindizes des Kolchosmarkts (1940 = 100)

1941	1942	1943	1944	1945
112	886	1077	758	417

wird das verkauft, was über das Ablieferungssoll an den Staat zu festen Preisen und dem Eigenbedarf übrig bleibt. Der Staat redet seit der NÖP da nicht hinein und beeinflußt nur durch seine Preispolitik und das Angebot im staatlichen Handel. Auf dem Kolchosmarkt regieren Angebot und Nachfrage.

Und noch einmal nachdrücklich: ***„Der Sowjetstaat legte staatliche Einzel- und Großhandelspreise fest und lenkte damit die Sicherung einer normalen Lebenshaltung für die Werktätigen in Stadt und Land.“*** Möglich war das durch die *„Herrschaft des sozialistischen Eigentums an den wesentlichen Produktionsmitteln, die Konzentration ... der ... Waren ... in den Händen des Staates, die planmäßige Verteilung ..., das Außenhandelsmonopol“.*

Auf dem freien Kolchosmarkt dagegen *„wirkte das Wertgesetz in seiner marktmäßigen Form als Gesetz von Angebot und Nachfrage“* – die Preise stiegen, für pflanzliche Produkte im Vergleich zu 1940 um das 12,6fache, für tierische Produkte um das 13,2fache. Hier ist Kronrod genauer. Für die Geldtheorie war das Phänomen wichtig genug. (Tabelle 4.16)

Die zahlungsfähige Nachfrage auf dem organisierten Markt überstieg das Warenangebot. Schon zu Kriegsbeginn war ja die Konsumgüterproduktion zu Gunsten der Kriegsproduktion verringert worden. Dazu kam dann, wie Wosnessenski beschrieben hat, die Lohnentwicklung, die die Kriegsproduktion stimulieren sollte (und sich ab 1942 auswirkte, wie am Index zu sehen ist). Die rationierte Verteilung war schon allein wegen der Schere zwischen Angebot und gestiegener Nachfrage nötig. Dazu aber kam noch die Verknappung und es sollte keiner verelenden. Die freie Warenzirkulation wird folglich durch Karten ersetzt.

Damit konnten jedoch nicht die gesamten Einnahmen im organisierten Handel umgesetzt werden. Eine überflüssige Geldmenge blieb in den Händen der Bevölkerung. Diese

überflüssige Geldmenge ging auf den nichtorganisierten Markt, denn *„im Sozialismus bestehen zwei Märkte“*, erklärte Kronrod und verrät nicht, ob das eine Gesetzmäßigkeit ist oder eine Spezialität des Sowjet-Sozialismus. Auf dem nichtorganisierten Markt stiegen die Preise, die zahlungskräftige Nachfrage glich sich mit dem knappen Angebot aus.

Kronrod beugt vor und stellt die nächste Frage selbst: war das eine Umverteilung zugunsten der Warenbesitzer (hier der Kollektivbauern)? Seine Antwort: Nein! Die Bauern akkumulierten einen Teil der Erlöse, den anderen legten sie in Industriewaren an, deren Preise über den kommerziellen Handel ebenfalls überhöht waren. Spekulationen waren aber nicht auszuschließen. Dazu kommt die untergeordnete Rolle des nichtorganisierten Marktes, der Anteil an der Versorgung war nicht groß.

Das ist eine Sowohl-als-auch-Antwort, die nicht befriedigen kann. Wosnessenski, fünfzehn Jahre früher, denkt nicht daran, Rücksichten zu nehmen oder höflich zu sein. Er stellt fest: *„... daß das Geld aus der Stadt in das Dorf abströmte ...“* und: *„Die außerordentlich große Spanne zwischen den staatlichen und den freien Marktpreisen ... erlaubt spekulativen Elementen, die sich bis ... heute noch in der Sowjetgesellschaft gehalten haben, auf Kosten der Bevölkerung und des Staates zu verdienen und somit in großem Ausmaß arbeitslose Geldeinkommen zu erzeugen.“*

Jetzt muß der *„kommerzielle Handel“*, von dem bei Kronrod die Rede war, erläutert werden. Wosnessenski: *„Das Absinken der Preise im Kolchoshandel ... ist auch mit dem im Jahre 1944 organisierten staatlichen kommerziellen Handel verbunden. Die Einführung des staatlichen kommerziellen Handels gab die Gewähr für den Rückgang der Einzelhandelspreise auf dem freien Markt. Außerdem gab der kommerzielle Handel der sowjetischen Intelligenz wie auch den qualifizierten Arbeitern die Möglichkeit, für ihre steigenden Arbeitslöhne und Prämien über die festgelegten Rationen hinaus zusätzliche Mengen an Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsartikeln zu erwerben.“* Das heißt:

- 1942/43 war man machtlos. Erst ab 1944 erzeugte die Wirtschaft Konsumtionsmittel über den Kartenbedarf hinaus in solchen Umfang, daß man den kommerziellen Handel organisieren konnte. Vorrang hatte immer die rationierte Versorgung.
- Der Geldüberhang war der Führung bewußt und wurde als schädlich registriert.
- Für die Arbeitseinkommen muß man etwas kaufen können, sonst geht die stimulierende Wirkung verloren.
- Die Turbulenzen auf dem Kolchosmarkt und das Wiederaufleben des Spekulantentums belasteten das innere Gleichgewicht.
- Der kommerzielle Handel folgte dem Beispiel aus der Anfangszeit der NÖP, man hatte Erfahrung.
- Wenn Kronrod sagt, die armen Bauern waren ja auch auf den kommerziellen Handel angewiesen, bringt er Ursache und Wirkung durcheinander. Der kommerzielle Handel „wirkte“ erst ab 1944.

Wenn das Kartensystem die notwendige Versorgung sicherte, so verteilte der kommerzielle staatliche Handel zu überhöhten Preisen, aber unterhalb der Marktpreise, sozusagen „nach Leistung“. Kronrod: *„Entscheidenden Einfluß hat der Markt, auf dem der Staat seine Waren absetzt. Auf diesem Markt blieben die Preise während des ... Krieges im wesentlichen unverändert. Um die Bevölkerung zusätzlich zu versorgen und hauptsächlich um die Preisbewegung des nichtorganisierten Marktes zu beeinflussen, schuf der*

Tabelle 4.17

Staatshaushalt (Mrd. Rubel)	1940	1942	1943
Einnahmen	180	165	202,7
Dar. aus der soz. Wirtschaft	*158*	*108*	*122*
Zahlungen/Abgaben der Bevölkerung	*19*	*44,7*	
Ausgaben	174,2	182,8	210
Dar. Kriegsausgaben	*56,7*	*108,4*	
Finanzierung der Volkswirtschaft	*58,3*	*31,6*	
Differenz	+5,8	-17,8	-7,3

Staat den sogenannten kommerziellen Handel zu erhöhten Preisen. Ein gewisser Teil der Einnahmeüberschüsse wurde zu diesen erhöhten kommerziellen Preisen realisiert, ein anderer, und zwar der größte Teil, zu Preisen des nichtorganisierten Marktes.“ Wosnessenski hat ja schon gesagt, welcher Teil der Bevölkerung im kommerziellen Handel kaufte, bzw. kaufen konnte.

4.4.4 Haushalt, Geld, Kredit

„In der Periode der Kriegswirtschaft waren das Finanzsystem und der Geldumlauf des Sowjetstaates den schwersten Belastungen ausgesetzt“, sagt Wosnessenski. Die Hauptaufgaben des Finanzsystems in der Periode der Kriegswirtschaft:

- *Die Neuverteilung des Volkseinkommens (Nationaleinkommen) des Landes zur Finanzierung der Kriegsausgaben durch Mobilisierung der Mittel, über die die Bevölkerung verfügte, d. h. ihrer laufenden Einnahmen und teilweise auch ihrer Ersparnisse*
- *die Neuverteilung der in der Wirtschaft vorhandenen Vorräte und Reserven zugunsten der Schwerindustrie und vor allem zugunsten der Kriegsproduktion*
- *die Durchführung einer Finanzkontrolle über die Erzeugung und Verteilung des gesellschaftlichen Produkts im Einklang mit den Erfordernissen der Kriegswirtschaft.*

Die Mittel dazu sind auch die Mittel der Friedenswirtschaft: Budget, Kredit, Geld. (Tabelle 4.17)

Ab 1944 war der Haushalt ausgeglichen.

„Das so entstandene Defizit wurde durch Geldemission und Mobilisierung der von der sowjetischen Wirtschaft vor dem Kriege geschaffenen materiellen Reserven und Vorräte gedeckt.“ Der Fehlbetrag zwischen laufenden Ausgaben und laufenden Einnahmen konnte während des Krieges vermindert werden, bis er 1944 ganz wegfiel.

Haupteinnahmequelle blieb nach wie vor die sozialistische Wirtschaft, also das dort geschaffene Mehrprodukt in Form der Gewinne/Umsatzsteuer. *„Die hohen Gewinne wurden durch die Steigerung der sozialistischen Produktion ... sowie durch die Kostensenkung in der Produktions- und Zirkulationssphäre ermöglicht.“* (Tabelle 4.18)

Tabelle 4.18

Selbstkostensenkung (%)		
1941	1942	1943
6,9	5,9	2,5

Die Verteilung der Reserven erfolgt über Kreditierung durch die Bank als Form der Verteilung. Die Kredite sind kurzfristige Umlaufmittelkredite, wie immer seit der Kredit- und Steuerreform. Die Schrumpfung des Kredits zeigte: die Vorräte gehen zur Neige. In der 2. Hälfte des Jahres 1943 bessert sich die Lage wieder.

„Die Stabilität des Kriegshaushaltes und des Kreditsystems der Sowjetunion bestimmte in beträchtlichem Maße den Zustand des Geldumlaufs, dessen Struktur und Volumen in der Periode der Kriegswirtschaft wesentliche Änderungen erfahren haben. Eine erhebliche Geldmenge hat sich in den Umlaufkanälen abgelagert, während die laufenden Geldeinnahmen der Stadtbevölkerung über den Kolchosmarkt teilweise auf das Land abflossen.“

Die Einnahmen der Stadtbevölkerung hatten sich erhöht, der staatliche Warenumsatz war begrenzt, trotzdem hatte sich die Bargeldvorräte der städtischen Bevölkerung verringert. – Das Geld bleibt auf dem Kolchosmarkt, später teils im kommerziellen Handel.

Die Einnahmen der Bauern stiegen auch – wegen der hohen Preise auf dem Kolchosmarkt. Auf dem Dorf überstiegen die laufenden Einnahmen die Ausgaben, das Bargeld lagerte sich ab. Das ist die Quelle, die auch noch für den Kriegsbedarf nutzbar gemacht werden mußte. Das geschah

- durch Steuern
- durch Zeichnen von Kriegsanleihen
- durch freiwillige Beiträge zum Verteidigungsfonds (es sind Beispiele berichtet worden, wo ein Bauer Geld für einen Panzer spendete, daran kann man die Höhe der „Umschichtungen“ ermessen. Vom Arbeitslohn läßt sich ein Panzer vermutlich nicht zusammensparen).

In den Kriegsjahren brachte die Bevölkerung durch Anleihen und andere freiwilligen Leistungen 94,5 Mrd. Rubel auf! Daß der Geldumlauf trotzdem relativ stabil blieb ist nach Wosnessenski so begründet:

- feste staatliche Einzelhandelspreise
- stabile Lieferpreise für Produktionsmittel bei beträchtlicher Senkung der Selbstkosten – also schlug sich die Selbstkostensenkung nicht sofort auf den Preis nieder, was man bei sicherer Geldwertstabilität getan hätte
- zentralisierte Verteilung nach Plan, der Markt ist ausgeschaltet
- stabile Beschaffungspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse
- Entwicklung der Wirtschaft nach der Kriegsumstellung.

Aber es konnte nicht verhindert werden, daß zuviel Geld im Umlauf war. Der Geldemission stand keine entsprechende Warenmenge gegenüber. Diese Warenmenge war so schnell auch nicht zu schaffen, deshalb wurde nach dem Krieg eine Währungsreform

notwendig.

„Das führte in gewissem Umfang zu einem Sinken der Kaufkraft des Rubels“, sagt Wosnessenski. Kronrod erklärt es besser: *„Das überschüssige Geld ... bildete, da die Preise des organisierten Marktes unverändert blieben, nur für diejenigen Werte einen Umverteilungsfaktor, die vom Geldüberhang selbst repräsentiert wurden. Mit anderen Worten, das überschüssige Geld zog eine partielle Entwertung nach sich, aber nicht ihre für den Inflationsprozeß kennzeichnende allgemeine Entwertung.“*

Entwertet wurde nur das Geld, welches außerhalb der rationierten Versorgung zu stabilen Preisen, und damit der lebensnotwendigen Grundversorgung, auf dem Kolchosmarkt ausgegeben wurde. Der Rubel hatte für Karten-Waren eine stabile Kaufkraft, für Kolchosmarkt-Waren und später für Waren des kommerziellen Handels eine sinkende Kaufkraft. Nur das „überschüssige“ Geld über die Grundversorgung hinaus war entwertet.

Zu einer Inflation wie unter kapitalistischen Bedingungen konnte der Geldüberhang nicht führen. Kronrod sagt, weil die Arbeitskraft keine Ware mehr ist, und der Lohn einer Verteilung des Produkts nach Leistung entspricht.

Daß die Geldmenge nicht beliebig vermehrt werden kann, leuchtet ein. Wosnessenski findet, man habe hier die erträgliche Grenze eingehalten. Verzichten konnte man auf die Geldemission nicht, aber es gab bedeutendere Posten zur Finanzierung des Krieges. Zum Abschluß zählt er noch einmal die negativen Folge der „Aufblähung des Geldumlaufs“ auf:

- die materiellen Impulse zur Steigerung der Arbeitsproduktivität werden untergraben, weil das Warenangebot nicht ausreicht
- überhöhte Nachfrage hat ein übermäßiges Steigen der Preise auf dem Kolchosmarkt zur Folge.

4.4.5 Die Planung der Produktion

*„Die grundlegenden Besonderheiten der **planmäßigen erweiterten sozialistischen Reproduktion** bleiben auch in der Periode der Kriegswirtschaft als Gesetzmäßigkeiten bestehen:*

- *das schnelle Anwachsen der Produktion des gesellschaftlichen Gesamtprodukts auf Grund der Festigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung*
- *die Verwirklichung der sozialistischen Akkumulation durch die Zunahme der Grundfonds des Landes und die Sicherstellung des technischen Fortschritts*
- *die Erweiterung des Konsumtionsfonds zusammen mit dem Anwachsen der Gesamtwirtschaft*
- *das Fehlen von Zyklen und Krisen in der Wirtschaft und die Festlegung neuer Proportionen in der Verteilung der Produktivkräfte durch den Plan.“*

Das Jahr 1943 brachte den Umschwung, die Kennziffern hatten sich stabilisiert, der Trend zeigte eindeutig nach oben. (Tabellen 4.19 und 4.20)

Der Vorsitzende der staatlichen Plankommission, es steht ihm zu, erklärt hier mit Temperament, worauf es ankommt: *„An dieser Stelle ist es unbedingt notwendig, auf die folgenden Besonderheiten des staatlichen und seinem Inhalte nach sozialistischen*

Tabelle 4.19

Hauptkennziffern (1940 = 100)	1941	1942	1943	1944	1945
Nationaleinkommen	92	66	74	88	83
Industrieproduktion	98	77	90	103	91
Güterumschlag	62	38	37	54	60
Investitionen ohne Kolchose	86	53	53	72	88
Produktionsgrundfond ohne Vieh	72	68	76	84	88
Beschäftigte in der Volkswirtschaft	88	59	62	76	87
Einzelhandelsvolumen	84	34	32	37	43

Tabelle 4.20

Produktionsumfang (Auswahl)

Erzeugnisse	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Elektroenergie Mrd. kWh	43,2	48,6	46,7	29,1	32,3	39,2	43,3
Erdöl Mill. t	30,3	31,1	33,0	22,0	18,0	18,3	19,4
Kohle Mill. t	146,2	165,9	151,4	75,5	93,1	121,5	149,3
Stahl Mill. t	17,6	18,3	17,9	8,1	8,5	10,9	12,3
Getreide Mill. t	97,4	95,6	55,9	29,7	29,4	49,1	47,3

Wirtschaftsplanes hinzuweisen, die ihn zu einem Entwicklungsgesetz der sowjetischen Wirtschaft verwandeln.

- *Die Kraft des sozialistischen Planes beruht auf dem aktiven schöpferischen Wirken der Sowjetvölker, der Partei Lenins und Stalins und der sowjetischen Regierung. Dem Plane wohnt die Kraft eines wirtschaftlichen Entwicklungsgesetzes inne, weil er sich auf die Autorität und die Mitarbeit des gesamten, im Staat organisierten Sowjetvolkes stützt; ohne das tägliche schöpferische Wirken des Volkes, der Kommunistischen Partei und des Staates wäre der Plan ein Haufen von toten Ziffern.*
- *Die Kraft des staatlichen Planes beruht darauf, daß er alle materiellen Hilfsquellen des Landes auf die Lösung der generellen, von der KPdSU(B) und dem Sowjetstaat gestellten Aufgaben konzentriert, auf die Festigung des Sozialismus und des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, auf die Wahrung der Unabhängigkeit der sowjetischen Wirtschaft in der kapitalistischen Umwelt und, in der Periode des Vaterländischen Krieges, auf die Deckung des Kriegsbedarf.*
- *Der Erfolg des sozialistischen Planes wird durch die richtige Verteilung der Arbeitskräfte und der materiellen Fonds, durch das Vorhandensein von Reserven für die Beseitigung eines eventuellen Rückstandes in der Planerfüllung und durch die richtige Proportionierung aller Zweige der materiellen Produktion und des Transportes bestimmt. Ein Plan, der diese Wechselbeziehungen nicht gewährleistet, der*

die Gesetze der Produktion und der Verteilung nicht berücksichtigt, muß Schiffbruch erleiden."

Er bejaht die Frage, ob es, sowohl für Friedens- wie auch für Kriegszeiten, objektive ökonomische Gesetze gibt und nennt an erster Stelle das *„elementarste Gesetz, das die Produktionskosten und die Verteilung der Produkte betrifft, ist das in der sowjetischen Wirtschaft* ***umgewandelte*** *Wertgesetz."* Über das Wertgesetz gab es später heiße Diskussionen. Sogar Stalin mußte sich in der „Ökonomischen Problemen" dazu äußern. Das Wertgesetz wurde zum ideologischen Problem, zur Grundsatzfrage. Wir kommen noch darauf zurück. Jetzt deshalb nur ganz kurz, wie es Wosnessenski erklärt:

- Das Wertgesetz braucht man zur Berechnung der Produktionskosten, d. h. den Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit, weil es noch verschiedene Arbeitsarten gibt
- Die Planung benutzt das Wertgesetz, um die erforderlichen volkswirtschaftlichen Proportionen herzustellen, die Verteilung der Arbeit und des gesellschaftlichen Produkts sicherzustellen
- Der Lohn tauscht sich als eine bestimmte Arbeitsmenge gegen die entsprechende Arbeitsmenge, die in den Konsumgütern enthalten ist. Im Austausch wirkt das Wertgesetz.
- Der Widerspruch zwischen abstrakter und konkreter Arbeit, zwischen Wert und Gebrauchswert, fehlt im Sozialismus, die Arbeit wird im Interesse der Festigung des Sozialismus verteilt und ist damit Teil der notwendigen gesellschaftlichen Gesamtarbeit
- Zwar existiert Austausch von Warenwerten, aber – der Absatz ist geplant und gesichert, keine Konkurrenz
- Gegensatz von Wert und Profitrate ist aufgehoben, statt des Profits *„ist der planende sozialistische Staat die Triebkraft der Bewegung und Entwicklung der Wirtschaft."*

Während des Krieges wurde den ökonomischen Gesetzen bisweilen *„Gewalt angetan"*, so z. B. durch mehrere staatliche Einzelhandelspreise, bedingt durch das Kartensystem.

All das *„sind die Gründe dafür, daß in der sowjetischen Wirtschaft im Gegensatz zur kapitalistischen neue, früher unbekannte Probleme aufgetaucht sind, die Probleme der Planung und die damit verbundenen Fragen einer die gesamte Wirtschaft umfassende Organisation der Produktion ... Aus diesem Grunde ist die auf vernünftiger Ausnutzung und Anwendung der ökonomischen Gesetze der Produktion und Verteilung begründetet sozialistische Planung selbst ein gesellschaftliches Entwicklungsgesetz und als solches Gegenstand der politischen Ökonomie."* Die Entwicklung der Wirtschaft nach Stalins Tod gibt ihm recht.

Ein Absatz noch zu den Reserven. Wosnessenski behauptet, *„ein wichtiges Kriterium für eine reife Planung und Organisation der Produktion liegt in der Bildung von Reserven in der Sphäre der Produktion und Zirkulation, der Kapazitäten und Fertigwaren, der Arbeitskräfte und Maschinen"*, denn *„ohne Reserven entfesselt das Wertgesetz seinen spontanen Charakter. Das Vorhandensein von Reserven gibt dem sozialistischen Staat die Möglichkeit, dieses Gesetz im Interesse der erweiterten sozialistischen Reproduktion zu lenken."*

Er denkt an Planrückstände und saisonale Schwierigkeiten. Weiter hinten wird er konkreter. Die Umstellung der Wirtschaft werde nicht ohne zeitweise Disproportionen abgehen. Er redet aus Erfahrung: *„Es wäre naiv, die Möglichkeit zeitweiliger Disproportionen in der Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft leugnen zu wollen.“*

Das heißt, er bezieht sich keineswegs nur auf die Kriegswirtschaft oder auf die Umstellung auf die Friedenswirtschaft. Man kann, wenn man will an die Erfahrungen der Industrialisierung während des ersten Fünfjahrplans denken. Oder daran, daß vor dem Krieg die Schwarzmetallurgie zurückblieb. Dies auch aus guten Gründen – der Bedarf verschob sich zu Qualitätsstählen.

„Eine Sicherheit vor solchen teilweisen Disproportionen und Schwierigkeiten bilden die in der Wirtschaft vorhandenen Materialreserven. Die Perspektivpläne und die volkswirtschaftliche Bilanz der UdSSR müssen die Bildung solcher materiellen Vorräte und Reserven in Rechnung stellen.“ Darüber muß man auch nachdenken, bevor man Reserven als nicht zeitgemäß ablehnt.

Der Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg war nicht nur ein Sieg der Roten Armee. Es war **der wirtschaftliche Sieg des Sozialismus.** *„Die Lebensfähigkeit der sowjetischen Kriegswirtschaft beruht auf der sozialistischen Produktionsweise“*, stellt Wosnessenski fest. *„Die Werktätigen der Sowjetunion müssen ihre Lebensgrundlage – die sozialistische Wirtschaft – wie ihren Augapfel behüten und entwickeln.“*

4.5 Nach dem Krieg. Die Umstellung der Volkswirtschaft auf Friedensproduktion

Zuerst die Kriegsverluste, immer noch nach Wosnessenski (aus dieser Quelle zitiert auch die „Geschichte des zweiten Weltkrieges“):

1. *„Vermögensverluste, d. h. Verluste der Grund- und Umlauffonds . . . , die durch die Okkupanten vernichtet oder ausgeplündert wurden*
2. *Direkte Kriegskosten und durch den Krieg und die Umstellung der Wirtschaft hervorgerufene zusätzliche Ausgaben*
3. *Verluste an Erzeugnissen und am Volkseinkommen in den von der Besetzung betroffenen Gebieten durch Einstellung der Produktion*
4. *Verminderung des Volkseinkommens während des Krieges und in der Folgezeit in Verbindung mit den Verlusten an Menschen durch direkte Kriegsoperationen sowie im Zusammenhang mit dem Tod und der Ausrottung eines Bevölkerungsteils der UdSSR durch die Okkupanten.“*

Wosnessenski fängt mit 4. an: Ein Teil der Bevölkerung konnte rechtzeitig evakuiert werden, die, die bleiben mußten, waren der Ausrottungspolitik der Okkupanten ausgesetzt, wenn sie nicht in die Wälder, zu den Partisanen gingen.

Und dann folgen die Verluste – die Gebrauchswerte, hier nur eine Auswahl: 31 860 Werke und Fabriken, 1860 Sowchose, 2890 MTS, 98 000 Kolchose, 175 000 Metallschneidemaschinen, Elektrizitätswerke mit einer Kapazität von 5 Mill. kW, 45 000 Webstühle. In der Landwirtschaft: 7 Mill. Pferde von 11,6 Mill. Bestand, 17 Mill. Rinder von 31 Mill., 20 Mill. Schweine von 23,6 Mill., 137 000 Traktoren. Die Hälfte der Eisenbahn-

brücken wurde gesprengt, das Telefonnetz war völlig zerstört. Die Hälfte der städtischen Wohnfläche war zerstört und mehr als ein Viertel aller Bauernhäuser.

Und so weiter. Eine lange, erschütternde Liste.

„Nicht eines der kapitalistischen Länder hat im Verlauf seiner Geschichte und in diesem Weltkrieg derartige Verluste und barbarische Zerstörungen durch den Aggressor erlitten wie unsere Heimat.“

In Geld umgerechnet: 287 Mrd. Rubel bei Betrieben und staatlichen Einrichtungen, 181 Mrd. Rubel bei Kolchosen, 19 Mrd. Rubel bei Genossenschaften, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen, 192 Mrd. Rubel bei den Einwohnern. Zusammen: 679 Mrd. Rubel. Das entspricht etwa **30 % des Nationalreichtums** der Sowjetunion.

In den besetzten Gebieten wurden vor dem Krieg 33 % der Industrieproduktion erzeugt, diese Kapazität fiel aus. Dazu kommen noch einmal 33 % der Industrieproduktion der Betriebe im frontnahem Gebiet, die stillgelegt werden mußten. Die Einkommensverluste der Bevölkerung und des Staates sowie die Kriegskosten beliefen sich auf 1890 Mrd. Rubel.

Die Reparationsleistungen übrigens betrugen nur 0,6 % der direkten Vermögensverluste.

„Durch seine heroischen Arbeitsanstrengungen stellt das Sowjetvolk die Wirtschaft der UdSSR wieder her, überschreitet den Vorkriegsstand der Produktion und überholt in wirtschaftlicher Hinsicht die kapitalistischen Länder. Die Völker der Sowjetunion, die einen so großen Arbeitswillen aufbringen und all ihre geistigen und seelischen Kräfte anspannen, werden diese historischen Aufgaben mit Erfolg lösen.“

Damit ist Wosnessenski bei der Zukunft angekommen: Die ökonomische Hauptaufgabe des XVIII. Parteitags, nämlich die führenden kapitalistischen Länder in der Pro-Kopf-Produktion bei den wichtigsten Gütern einzuholen, mußte vier Jahre ausgesetzt werden. Der Schwerpunkt verlagerte sich bekanntlich auf die Kriegsproduktion. Vergessen war sie nicht, wie man sieht.

Die Umstellung der Wirtschaft und der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verlangte viel. Infolge von fehlenden Investitionen während der Kriegsjahre fiel der Leichtindustrie die Umstellung auf die Friedensproduktion besonders schwer. Die Produktion sank 1945 sogar im Vergleich zu 1944.

Es wurden 1945 gefertigt: 122,8 Mill. Quadratmeter Baumwollstoff, 63 Mill. Paar Schuhe, 292 000 t Pflanzenöl, 465 000 t Zucker.

Man kann hier auch die Pro-Kopf-Produktion ausrechnen und feststellen, daß es erbärmlich wenig ist. Oben haben wir die Viehverluste zur Kenntnis genommen. Wie schwer damit die Ernährungslage war, kann man sich denken. Es reicht schließlich nicht, nur nicht zu verhungern. Die Leichtindustrie erreichte 62 % des Vorkriegsstands, die Nahrungsgüterindustrie nur 51 %. Ein anderes Beispiel ist die Eisenbahn, die auch schwer gelitten hatte. Die technische Ausrüstung an den wiederhergestellten Strecken betrug nur 40–60 %, die Zahl der Wagen war gesunken, die meisten beschädigt.

Stalin hat die Linie vorgegeben, sagt Wosnessenski: *„Wir müssen die Folgen der deutschen Raubwirtschaft in den befreiten Gebieten voll und ganz beseitigen. Das ist eine nationale Aufgabe. Wir können und müssen diese schwere Aufgabe in kurzer Zeit meistern.“*

Das war **Aufgabe des 4. Fünfjahrplanes 1946–1950**. Betreffs der gesamten Volkswirtschaft sollte bis 1950 das Vorkriegsniveau der Industrieproduktion auf das fast Anderthalbfache erhöht werden. Vorrang hatte, wie immer, die Entwicklung der Schwerindustrie und der Eisenbahntransport.

„In diesem Punkt etwas zu versäumen, hieße, die materiellen Voraussetzungen einbüßen, die uns im Krieg den militärischen, wirtschaftlichen und politischen Sieg gesichert haben“, sagt Wosnessenski.

„Uns steht es bevor, das schnelle Tempo der materiellen Produktion in der Industrie und Landwirtschaft und im Transport- und Bauwesen zu verwirklichen. Ein Verlangsamen des Tempos beim Wiederaufbau und der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft der Sowjetunion ***würde einem Rückschritt gleichkommen und die Rückständigen werden geschlagen****.“*

Der Nachkriegs-Fünfjahrplan wurde erfüllt, wie nicht anders zu erwarten. Der Landwirtschaft gelang es allerdings erst im nächsten, dem 5. Fünfjahrplan, den Vorkriegsstand zu erreichen. Hier waren die Verluste, besonders an Vieh, nicht so schnell auszugleichen. Die Erweiterung der Anbauflächen auf das Vorkriegsniveau verlangte ebenfalls Zeit. Die Verluste an Landtechnik dagegen wurden energisch und so schnell wie möglich ersetzt.

Wir brauchen hier nicht die Erfolge aufzuzählen. Hier interessiert, wie sie es gemacht haben, die wirtschaftlichen Fragen. *„Der Übergang von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft in der UdSSR vollzieht sich ohne Krisen und Depressionen auf Grund der planmäßigen Lösung der Umstellungsaufgaben.“* Im Kapitalismus vollzieht sich so eine Umstellung gewöhnlich durch Krise und Massenarbeitslosigkeit – aber nicht bei uns! In der Sowjetunion geht es so:

- Festsetzen neuer Proportionen, die Grundgesetze der erweiterten sozialistischen Reproduktion bleiben gültig, folglich *„vordringliche und schnelle Wiederherstellung“* der Schwerindustrie. Das sichert auch die technisch-wirtschaftliche Unabhängigkeit.
- Neuverteilung der Arbeitskräfte, Grund- und Umlauffonds entsprechend den neuen Proportionen, Schaffung von Vorräten, um Disproportionen zu vermeiden.
- Nutzung der Kapazitäten der Kriegsproduktion für den Wiederaufbau
- Vergrößerung des Anteils der Akkumulation am Volkseinkommen
- Erhöhung des Lebensstandards durch Abschaffung der Pflichtüberstunden, Übergang auf normale Arbeitszeit, Erhöhung des Konsumtionsfonds.

Ein weiterer technischer Fortschritt auf allen Gebieten der Volkswirtschaft ist die Voraussetzung für einen *„mächtigen Aufschwung der Produktion und für die Steigerung der Arbeitsproduktivität“*. Wosnessenski nennt:

- Die technische Umrüstung des Transportwesens, Einführung von Diesel- und Elektrolokomotiven
- Elektrifizierung und Automatisierung, um das kulturelle und technische Niveau der Arbeiterklasse auf das Niveau der ingenieurtechnischen Arbeit zu heben.
- Hohe Mechanisierung arbeitsintensiver Zweige
- *„In der nächsten Zeit die Errungenschaften der Wissenschaft außerhalb der SU nicht nur einzuholen, sondern noch zu übertreffen.“*

Ziel ist, „*... einen Überfluß an Lebensmitteln und Massenbedarfsartikeln im Lande zu schaffen, der ein Aufblühen des materiellen Wohlstandes der Völker der Sowjetunion und die Abschaffung der rationierten Warenversorgung gewährleistet.*“ Die Hebung des Lebensstandards soll – abgesehen von der Masse der Bedarfsgüter, die ja erst einmal produziert werden muß – durch **konsequente Herabsetzung der Verbraucherpreise** erfolgen. Diese Aufgaben erfordern wiederum eine Festigung des Geldumlaufs und des Sowjetrubels.

Die Geldmenge aber hatte sich während des Krieges um das 2,4fache erhöht, sagt Wosnessenski. Oben haben wir schon gehört, daß das nach Kronrod zu einer partiellen Abwertung des Rubels führte. Auch die Nachteile wurden genannt: Die Stimulierungsfunktion der Löhne nach dem Leistungsprinzip schwächte sich ab, die wirtschaftliche Rechnungsführung ebenfalls. Wenn die Geldwirtschaft schon notwendig war, mußte sie auch funktionieren. Das Geldsystem wurde mit der Geldreform von 1947 in Ordnung gebracht.

4.6 Die Geldreform von 1947

Am Beispiel der Geldreform von 1947 kann man lernen, wie das Finanzsystem im Stalinschen Sozialismus funktioniert und noch mehr, nämlich wie man Disproportionen umging, wie man das Preissystem nutzte und veränderte, wie man eine stabile Währung sicherte. Die Geldreform 1922–1924, nach erstem Weltkrieg und Bürgerkrieg, war einer schweren Inflation gefolgt.

Nach dem Großen Vaterländischen Krieg aber war das sowjetische Finanzsystem keineswegs in vergleichbarer Weise zerrüttet. Der Begriff „Disproportionen“ ist passender. Aber auch Disproportionen kann man nicht jahrelang hinnehmen.

Während des Krieges war ein Geldüberhang entstanden, verursacht durch Geldemission zur Deckung der Kriegskosten und damit verbunden durch Nichtübereinstimmung der Geldeinnahmen und Geldausgaben der Bevölkerung. Das ist im Normalfall Bestandteil der sozialistischen Planung, mußte während der Kriegsjahre allerdings vernachlässigt werden. Selbst bei konstanten Löhnen wäre es zum Geldüberhang gekommen, da das Angebot an Konsumgütern, die zur Versorgung der Bevölkerung bereitgestellt werden konnten, geringer als die Einnahmen waren. Ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage über den Preis, also dem Markt, wie in der kapitalistischen Wirtschaft üblich, kam nicht in Frage. Es wurde rationiert und die Preise stabil gehalten.

Kronrod berichtet: „*Im Interesse der erweiterten Reproduktion* ***wurde die laufende Bilanzierung der Geldzirkulation mit der Warenzirkulation aufgehoben****, es entstand eine gewisse Kluft zwischen beiden. Der Staat zog es vor, stabile Preise beizubehalten und eine zeitweise Unausgeglichenheit ... in Kauf zu nehmen.*“

Im Interesse der erweiterten Reproduktion wurden auch die Löhne erhöht, damit stiegen die Produktionsselbstkosten, während man die Großhandelspreise stabil hielt. Das heißt nichts anderes, als daß die Löhne schneller stiegen als die Arbeitsproduktivität. Für alle Zweige kann das allerdings nicht gegolten haben. Stabile Großhandelspreise über Jahre heißt auch, daß sich die Senkung des Aufwands, also die Steigerung der Arbeitsproduktivität, nicht in sinkenden Preisen ausdrückt. Wosnessenski lobt ja oben

die Kriegsproduktion, die Jahr für Jahr die Arbeitsproduktivität steigerte, also zunehmenden Gewinn erwirtschaftete. Die Preise folgten nicht mehr den Wertveränderungen. Die Folgen sind nach Kronrod: *„Wenn die Preise infolge besonderer ökonomischen Bedingungen zeitweilig über Gebühr vom Wert abweichen, dann ist das ein Verstoß gegen die Erfordernisse des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft auf dem Gebiet der Preise, ein Verstoß gegen das Wertgesetz. Dadurch werden die Grundlagen der wirtschaftlichen Rechnungsführung zerrüttet. Die einwandfreie volkswirtschaftliche Kostenrechnung wird erschwert und folglich auch der Kampf um das Sparsamkeitsregime.“*

Er erinnert an die Industrialisierung (s. o., Problem der Preise 3.4) und erklärt: *„Je nach dem Umfang ... des Geldüberhangs beseitigte man diesen auf verschiedene Art.“* 1935, nach der erfolgreichen Industrialisierung, wurden mehr Waren in Umlauf gebracht, dann konnte man die rationierte Versorgung aufheben. Nach dem Krieg wurden zwar schon 1946 die Karten für Brot, Mehl, Graupen, Teigwaren abgeschafft, aber das reichte nicht. Diesmal war eine Geldreform notwendig.

Der Geldüberhang korrespondierte mit der Wertabweichung der Preise. Zu bedenken ist, daß die Verbraucherpreise für rationierte Waren konstant gehalten wurden, die Preise auf dem freien Markt aber um so kräftiger stiegen. Das wurde bereits festgestellt. Kronrod sprach von einer partiellen Abwertung des Geldes, Wosnessenski von einem Sinken der Kaufkraft.

Die Stabilität des sowjetischen Rubels, des sozialistischen Geldes, wird gewährleistet durch die in den Händen des Staates konzentrierten Warenmassen, die zu stabilen Preisen umgesetzt werden, so Stalin, und hier sind sich alle einig, Strumilin, Wosnessenski und Kronrod. Gleichzeitig ist das ein entscheidender Unterschied zum Kapitalismus – diese Art Geldstabilität kann der Kapitalismus nicht realisieren. Denn damit die Waren in die „Hände des Staates“ gelangen, braucht es die sozialistische Revolution, die Vergesellschaftung der Hauptproduktionsmittel. Die sowjetische Wirtschaft hatte aber auch ein Ventil: den freien Kolchosmarkt, und dahin strömte der Geldüberhang.

Kronrod erklärt, wie es beim Geldüberhang im Sozialismus nur zur „partiellen Abwertung“ kommt: Man nehme an, die Geldmenge habe sich verdoppelt, bei gleichbleibenden Warenangebot. Wenn im Kapitalismus 50 Geldeinheiten notwendig sind, um 1000 Wareneinheiten umzuschlagen, real werden aber für die 1000 Wareneinheiten 100 Geldeinheiten ausgegeben, so ist die zwangsläufige Folge ein Abwertung um die Hälfte. Die Preise haben sich verdoppelt.

Unter sozialistischen Verhältnissen sieht das dann so aus: dieselben Bedingungen, aber die Planpreise bleiben unverändert. Das Gleichgewicht ist gestört.

Es sind nach Kronrod vorhanden: 1000 Wareneinheiten +50 überschüssige Geldeinheiten, die nicht umschlagen, aber „da“ sind = 1050, diese 50 Geldeinheiten können nicht in Waren umgesetzt werden, es ergibt sich: $100 - 1000 \times 100/1050 = 4,8\,\%$ Abwertung als *„erste, unmittelbare Folge“*. Was von den 50 Geldeinheiten auf dem nichtorganisierten Markt erscheint, wird noch stärker entwertet. *„Die zahlungsfähige Nachfrage begann, soweit sie auf dem organisierten Markt nicht befriedigt werden konnte, auf den nichtorganisierten Markt zu strömen. Hier überstieg die Nachfrage das Angebot, und die Preise stiegen.“* Das Geld verlor auf dem nichtorganisierten Markt einen erheblichen Teil seiner

Kaufkraft, damit sank der Reallohn.

Man kannte das Phänomen: *„Erhebliche Geldüberhänge hat es in der sowjetischen Wirtschaft zweimal gegeben, allerdings nur für verhältnismäßig kurze Zeit: in den Jahren 1929 bis 1932 und von 1941 bis 1947.“*

1929–1932 fand eine bedeutende Umverteilung von Materialwerten der Volkswirtschaft zum Zwecke der sozialistischen Industrialisierung statt. Materielle Werte gingen nicht in die Konsumtion, sondern wurden investiert, fielen also aus dem laufenden (einfachen) Reproduktionsprozeß heraus zwecks Akkumulation, erweiterter Reproduktion. Damit war die Bilanz gestört: Die Warenmenge sank gegenüber den wachsenden Geldeinnahmen. Außerdem mußte die Kollektivierung finanziert werden. Das führte schon damals zur Einführung des Kartensystems, trotzdem stiegen die Preise auf dem Bauernmarkt, was wiederum Lohnerhöhungen bedingte …

„Die ökonomischen Bedingungen zwangen den Sowjetstaat (in beiden Perioden – während der Industrialisierung und während des Krieges) … die Geldeinnahmen der Bevölkerung zu erhöhen. In beiden Fällen bildeten die vermehrten Einnahmen einen Anreiz im Produktionsprozeß. Aber in beiden Perioden fand im Reproduktionsprozeß eine relative Schrumpfung der Produktion der Abteilung II und eine starke Steigerung der Produktion der Abteilung I statt, wodurch auch die zeitweilige Unausgeglichenheit zwischen den Geldeinnahmen der Bevölkerung und der Warendeckung hervorgerufen wurde.“

Man hätte die Preise erhöhen können, aber damit wäre der Lebensstandard der Bevölkerung (und damit die soziale Gleichheit) gesenkt worden, was auch die Wirksamkeit des materiellen Anreizes abgeschwächt hätte. Und Geldüberhang ist ein Problem, das sich nicht von selbst erledigt: Es kann das bilanzierte Preisniveau (= bilanzierte laufende Einkünfte), trotz Übereinstimmung mit den bilanzierten Einkünften, dem Umfang der früher ausgegebenen Geldmenge nicht entsprechen. Dann muß der Geldüberschuß aus der Zirkulation gezogen werden. Dieser Stand war Ende 1947 erreicht.

„In dem Maße, in dem die erforderlichen ökonomischen Voraussetzungen geschaffen wurden, brachte der Staat die Preise mit den neuen Reproduktionsbedingungen in Einklang.“

4.6.1 Durchführung der Geldreform (nach Kronrod)

„Die in außerordentlich kurzer Zeit nach Beendigung des Krieges – in zwei Jahren – geschaffenen wirtschaftlichen Bedingungen für die Abschaffung des Kartensystems und für die Durchführung der Geldreform waren große Errungenschaften der sozialistischen Ökonomik.“

Die Geldreform zeigte *„das dem Geld in der sozialistischen Wirtschaft eigene Gesetz der Vollwertigkeit des Geldes. Vollwertigkeit des Geldzeichens heißt: Der Wert der Goldmenge, die diese Zeichen repräsentiert …, ist gleich dem faktischen Wert, den dieses Zeichen wirklich realisiert.“*

Das gilt selbstverständlich im Rahmen der Volkswirtschaft, in Übereinstimmung mit den Planpreisen, die Summe der Planpreise ist also gleich dem Wert, gemessen an der „Geldware“, dem Gold. Man mißt, sagt Kronrod, indem man das Gesamtprodukt mit

Tabelle 4.21

Staatshaushalt (Mrd. Rubel)		
	1946	1947
Einnahmen	325,4	386,2
Ausgaben	307,5	361,5
Überschuß	17,9	24,7

der Goldmenge vergleicht, die es darstellt. Eine reale Golddeckung ist nicht nötig, „Warenrubel" eben.

„Das Verhältnis des Warenwertes zum Goldwert ist objektiver Natur. Bei der Änderung dieses Verhältnisses verändert sich entweder der Geldausdruck des Warenwertes, der Preis, oder, bei Unveränderlichkeit der Preise der faktische Preismaßstab." (s. Marx, Kapital, I, S. 133)

Eine Änderungen des Preismaßstabs stört die Planung nicht, meint Kronrod, *„im Gegenteil, sie trägt dazu bei, daß das Geld, das* ***keine*** *abstrakte Form des gesellschaftlichen Reichtums ist, als Wertmaß dem planmäßigen Verlauf der sozialistischen Reproduktion dient ... Gleichzeitig muß betont werden, daß die Elastizität des Preismaßstabs im sozialistischen Geldsystem nicht bedeutet, daß Änderungen des Preismaßstabs willkürlich vorgenommen werden können und sich auf die Wirtschaft nicht auswirken. Diese Elastizität bedeutet lediglich, daß sie unter gewissen Umständen ausgenutzt wird, ohne den sozialistischen Reproduktionsprozeß zu stören. Gleichzeitig ist die Beibehaltung des faktischen Goldgehaltes des Rubel wichtig sowohl für die Stabilität des Geldes im inneren Wirtschaftskreislauf als auch für die Ausnutzung der sowjetischen Währung in den Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland."*

Damit ist klargestellt, was Stabilität des Geldes meint und welche Grenzen gesetzt sind.

Die Geldreform von Ende 1947 (2. Dezemberhälfte) war die Beseitigung der Kriegsfolgen im Geldumlauf. Was war bis dahin erreicht worden? Die Industrieproduktion betrug 1946 77 % des Vorkriegsstandes. 1947 stieg das Wachstumstempo der Industrieproduktion und des Investitionsbaus, die Bruttoproduktion nahm gegenüber 1946 um 22 % zu und erreichte 93 % des Vorkriegsstandes (Produktion von Produktionsmitteln: 101 %, Konsumtionsmittel 82 %).

Im IV. Quartal 1947 war der Quartalsdurchschnitt des Friedensjahres 1940 erreicht. Die Auflagen des vierten Fünfjahrplans wurden überholt. Die Landwirtschaft hatte es schwerer. Neben den Kriegsfolgen traf sie 1946 das größtes Dürrejahr des letzten Vierteljahrhunderts. Positiv war nur: die reibungslose Versorgung der Bevölkerung wurde gesichert. Dafür kam es endlich 1947 zu einer bedeutenden Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Getreide und technische Kulturen erreichten einen Stand wie in den besten Jahren vor dem Krieg. Die Lage entspannte sich. Die Viehwirtschaft schafft den Vorkriegstand allerdings erst Anfang der 50er Jahre.

Das Volumen des staatlichen Einzelhandels stieg (1945 = 100): 1946 – 130, 1947 –

152. Der Staatshaushalt zeigte sich gefestigt. (Tabelle 4.21) 1947 wurde der Plan der Gewinnabführungen um 19,2 %, der der Eingänge aus Staatsanleihen um 15,6 % übererfüllt und damit eine stabile finanzielle Grundlage für die Durchführung der Geldreform geschaffen.

Aus der Verordnung des Ministerrats und des ZK zur Geldreform: *„Jetzt, wo die Aufgabe vor uns steht, zum freien Handel, zu einheitlichen Preisen überzugehen, ist die große Menge des während des Krieges in Umlauf gesetzten Geldes ein Hindernis für die Abschaffung des Kartensystems, da das im Umlauf befindliche überschüssige Geld die Marktpreise heraufschraubt, eine überhöhte Nachfrage nach Waren schafft und die Spekulation erleichtert.*

Es darf auch nicht zugelassen werden, daß die spekulativen Elemente, die sich während des Krieges bereichert und erhebliche Geldsummen angesammelt haben, die Möglichkeit erhalten, nach Abschaffung des Kartensystems Waren aufzukaufen …“

Es wurde *„berücksichtigt, daß das sowjetische Geldsystem den Prüfungen des Krieges standgehalten hatte und nicht in Unordnung geraten war.“*

Die Maßnahmen:

- Altes Geld gegen neues: 10 : 1 (*„diese Maßnahme richtete sich hauptsächlich gegen die Spekulanten … Gewisse Opfer, die die werktätige Bevölkerung zu bringen hatte, wurden durch die Preissenkungen, die auf die Geldreform folgte, schnell ausgeglichen“*)
- Umbewertung der Einlagen der Bevölkerung bei der Sparkasse und der Staatsbank: bis 3000 Rbl.: 1 : 1; darüber bis 10 000 Rbl.: 1,5 : 1, darüber 2 : 1
- Umbewertung der Konten der Genossenschaften: 1,25 : 1
- Konvertierung der staatlichen Anleihen – Umtausch der alten Obligationen 3 : 1
- **Löhne der Arbeiter und Angestellten und sonstige Geldeinnahmen verringerten sich nicht, alles wurde in gleicher Höhe, aber neuen Geld gezahlt**
- Kartensystem wurde abgeschafft
- Beginn des organisierten (karten)freien Sowjethandels mit gleichzeitig gesenkten Preisen (*„wesentlich“*).

Die Ziele der Geldreform: *„die überschüssigen Geldzeichen … sowie die von den faschistischen Eroberern … herausgegebenen falschen Geldzeichen aus dem Verkehr zu ziehen“* und damit das alte, nicht vollwertige Geld durch neues vollwertiges Geld zu ersetzen.

Wesentliche Veränderungen brachte die Geldreform für das sowjetische Geldsystem also nicht.

Die Geldreform bezog sich hauptsächlich auf den Bargeldverkehr: *„Im bargeldlosen Verkehr hatte sich in dem entscheidenden Teil, der die ökonomischen Beziehungen zwischen den staatlichen Betrieben vermittelt, weder überschüssiges Geld angesammelt noch war eine partielle Abwertung der Geldzeichen vorgenommen worden … Es genügte, vor allem in der gesamten Sphäre des Bargeldumlaufs eine Reform durchzuführen, um auch in der gesamten Sphäre des bargeldlosen Verkehrs positive Folgen zu zeitigen.*

Jedoch erfaßte die Geldreform auch die Sphäre des bargeldlosen Verkehrs im genossenschaftlichen Sektor sowie die Sparkasseneinlagen. Und das ist verständlich, weil dieser

Teil des bargeldlosen Verkehrs durch viele Kanäle mit den Geldeinnahmen der Bevölkerung verbunden war.“

Die Preise für Lebensmittel im Sowjethandel wurden auf den Stand der Kartenpreise festgesetzt, die Preise für Industriewaren auf den Stand der stark herabgesetzten kommerziellen Preise. Der Preisindex 1948 (zum IV. Quartal 1947) betrug 83, die Preise waren also durchschnittlich um 17 Prozentpunkte gesunken. Im I. Quartal 1948 waren auch die Preise auf dem Kolchosmarkt auf weniger als ein Drittel gesunken (zum I. Quartal 1947).

Der Erfolg war möglich, weil sich der Sowjetstaat auf die sozialistische Produktion und die herrschende Rolle des sozialistischen Sektors der Produktion stützte und die Planung der Geldzirkulation sowie die Planung des Warenumsatzes in einer Hand vereinigte.

Unter kapitalistischen Verhältnissen hat der Staat bestenfalls einen Einfluß auf die Geldzirkulation, nie aber auf die Warenmassen. Im Gegensatz zur Abwertung wurde der Wert des Rubels nicht nur nicht gesenkt, sondern im Gegenteil erhöht. Von Bedeutung war auch, daß 1947 jede Verbindung vom kapitalistischen Valutamarkt zur Binnenwährung fehlte, die Sowjetunion war zuverlässig abgeschirmt.

Kronrod findet, die Geldreform 1947 ist ein klassisches Beispiel dafür, wie der Sowjetstaat die Gesetze der sozialistischen Geldzirkulation anwendet. Charakteristisch ist:

- Vereinigung von Maßnahmen, die den Geldumlauf zusammen mit dem Übergang von der Verteilung der Waren auf Karten zum kartenfreien Sowjethandel normalisierten
- Die Durchführung der Reform auf der Grundlage staatlicher Planpreise, die im Augenblick der Reform selbst gesenkt wurden, wobei der Übergang zum entfalteten staatlichen Handel eine schnelle und einschneidende Senkung der Marktpreise ökonomisch bedingte
- Der Umtausch des nicht vollwertigen Rubels gegen den vollwertigen (ohne negative kapitalistische Folgen)
- Die völlige Unabhängigkeit der Methoden der Reform und die Festsetzung des Kurses der sowjetischen Währung vom kapitalistischen Devisenmarkt.

„Die Stabilität des Sowjetrubels beruht auf dem organisierten Markt, und das reibungslose Funktionieren dieses Marktes wird durch den festen, vollwertigen Rubel unterstützt.“

„Die planmäßige Ausnutzung des Wertgesetzes kam darin zum Ausdruck, daß im Kampf zweier Preisebenen und zweier Märkte die Planpreise und der organisierte Markt den vollen Sieg davontrugen.“

4.6.2 Das Wertgesetz – und seine Folgen

Während des Krieges, einer Zeit der außerordentlichen Belastung, aber auch einer Zeit mit hohen Wachstumsraten und stabil gehaltenen Preisen, hatten sich die Reproduktionsbedingungen geändert. Es war wieder einmal nötig geworden, die Preise den Werten anzunähern. Der erste Schritt also war die Geldreform. Kronrod sagte ja, diese betraf hauptsächlich den Bargeldumlauf, also die Bevölkerung. Der zweite Schritt war die Änderung der Großhandelspreise 1949.

Die Subventionierung der Schwerindustrie hatten unbequeme Ausmaße angenommen. Mit der Erhöhung der Großhandelspreise sollte es für etliche Betriebe möglich werden, rentabel zu wirtschaften. Zu dieser Zeit verstand man darunter noch: Deckung der Aufwendungen $c + v$, also der Selbstkosten, plus Plangewinn (relativ niedrig zur Stimulierung der Produktion). Von dieser Preisänderung sollten die Einzelhandelspreise nicht betroffen werden, denn die waren bereits durch die Geldreform mit den Einnahmen der Bevölkerung in Übereinstimmung gebracht worden.

Im Kapitel „Problem der Preise“ (3.4) wurde bereits die Umsatzsteuer als ein flexibles Instrument zur Umverteilung des Mehrproduktes erkannt. Genau das nutzte man aus. Über die wirtschaftliche Rechnungsführung verteuerten sich auch die Abgabepreise für Waren der Abteilung II. Der Einzelhandelspreis wurde konstant gehalten, indem man den Umsatzsteueranteil senkte.

Kurnajew, im Nachwort zu Joffes „Die Planung der Industrieproduktion“ von 1948, erwähnt *„den Kampf um die Rentabilität in den Industriebetrieben und um die beschleunigte Zirkulation der Umlaufmittel“* und berichtet, daß die Subventionen für die Schwerindustrie so gut wie weggefallen seien. Der Kampf übrigens wurde nicht von den Ökonomen geführt, sondern von den Werktätigen selbst, im sozialistischen Wettbewerb. Es entstand eine Bewegung der Betriebskollektive zur Rückgabe staatlich geplanter Stützungen an den Staatshaushalt. Verdient macht sich dabei der Komsomol.

Nach der Geldreform 1947 und nach der Änderung der Großhandelspreise 1949 wurden jeweils Änderungen der Umsatzsteuer vorgenommen – *„gemäß den neuen ökonomischen Bedingungen“*. Die Großhandelspreise wurden auf das 1,5fache angehoben, die folgende Kostensteigerung wurde durch Senkung der Umsatzsteuer ausgeglichen und Kronrod nennt zwei Folgen (abgesehen von den stabilen Einzelhandelspreisen): die meisten Betriebe konnten verlustlos Arbeiten. *„Die Differenz zwischen dem Preisniveau für Produktionsmittel und dem für Konsumgüter wurde wesentlich verringert.“*

Der Anteil von Umsatzsteuer und Gewinnabführung/Subvention im Haushalt verschob sich. Es ist klar, die Summe bleibt die gleiche. Gleich blieb auch die Methode der Preisbildung. Von 1950 bis 1955 wurden die Großhandelspreise übrigens mehrfach und radikal gesenkt. Man kann annehmen, daß dies der Selbstkostensenkung entsprach.

Die Preisänderungen erfolgten, um den veränderten Reproduktionsbedingungen Rechnung zu tragen. Das Anschwellen der Subventionen für Betriebe war der Ausdruck dieser geänderten Reproduktionsbedingungen.

Im Sozialismus gibt es keinen Mechanismus, der die Preise zwangsläufig verändert. Preisfestlegung und damit auch Preisveränderung ist Aufgabe des planenden und wirtschaftsleitenden Staates.

Änderungen der Reproduktionsbedingungen wiederum sind das Ergebnis einer längeren Entwicklung. Wenn keine spontane laufende Angleichung der Preise erfolgt, wird die Preisreform notwendig, das war so in den 30er Jahren, als mit der Reform der Preise das Preisbildungssystem entwickelt und eine Senkung des Preismaßstabes in Kauf genommen wurde, wie auch nach dem Krieg, als die Preisreform mit der Geldreform verbunden war, die Vollwertigkeit des Rubels gesichert wurde.

4.7 Zwischenbilanz – Dreißig Jahre Praxis der sozialistischen Planwirtschaft

„Der Prozeß der Planung ist unter unseren Bedingungen natürlich vor allem ein Prozeß verschärften Klassenkampfes für den Sozialismus“, hat Strumilin 1930 festgestellt. Für den *„Prozeß der Planung“* kann selbstverständlich genauso gut „sozialistische Planwirtschaft“ stehen. Oder, noch konkreter und ganz exakt: die Generallinie der Kommunistischen Partei.

Hinreichend bekannt durch die Parteigeschichte sind die rechte (Förderung der Kulaken, Konzessionen) und die linke (Bruch mit der Bauernschaft) Abweichung, gegen die die Generallinie der Partei, Industrialisierung und Bündnis mit den werktätigen Bauern, durchgesetzt wurde. Hinreichend bekannt ist auch der Kampf – hier der ideologische in der Partei – um die Kollektivierung. Das war Klassenkampf, ganz klar, und Stalin hat das auch immer wieder gesagt. Es wurde also nichts verkannt und nichts versäumt und es wurden während und nach den Auseinandersetzungen die Lehren gezogen.

Dank der konsequenten Haltung der Partei, die den Kampf offen führte, waren jedem, der es wissen wollte, die Gefahr bewußt und die Mittel zu ihrer Bekämpfung bekannt.

Hier wollen wir uns mit dem Kampf beschäftigen, der, unter der Oberfläche, fast unbemerkt stattfand, und den Strumilin für die Staatliche Plandiskussion dokumentiert hat. Unter der Überschrift *„Die ideologische Umkreisung“*, 1930, zitiert er Lenins Worte auf dem XI. Parteitag: *„Die kommunistische Gesellschaft mit den Händen der Kommunisten aufbauen zu wollen, ist eine kindische, eine ganz kindische Idee. Die Kommunisten sind ... ein Tropfen im Volksmeer.“*

Es ging um den Einsatz der bürgerlichen Spezialisten, und Strumilin stellt fest: *„Wir bauten die Planwirtschaft in hohem Maße mit ‚fremden Händen‘ auf ... In den Mauern der Staatlichen Plankommission waren die angesehensten Vertreter der bourgeoisen Intelligenz tätig – weithin bekannte Ökonomen und die bedeutendsten Ingenieure. Manche von ihnen befanden sich zu ihrer Zeit in den Reihen der aktiven Feinde der Revolution. Aber selbst jene bürgerlichen Experten, die bereit waren, vollkommen loyal ihre Dienstpflichten zu erfüllen, konnten sich nicht sofort von allen klassenmäßigen Anschauungen ... befreien.“*

Das ist eine vergessene Binsenweisheit. Sogar noch 1973 erklärt die „Geschichte der politischen Ökonomie ...“: *„Jeder Wirtschaftswissenschaftler, der das wirkliche Wesen und die Bedeutung der ... ökonomischen Erscheinungen ... zu erforschen oder zu klären versucht, hat in gewissem Maße bereits eigene Auffassungen zum Untersuchungsgegenstand ... Gleichzeitig gibt der Forscher, unabhängig davon, ob er das anerkennt oder nicht, stets in* ***offener*** *oder* ***verschleierter*** *Form bestimmten Klasseninteressen Ausdruck, befolgt oder verteidigt er mehr oder weniger konsequent eine ganz bestimmte Klassenposition.“* Die Unabhängigkeit der Wissenschaft ist ein frommer Selbstbetrug. Wer ehrlich bleiben will, sollte lieber gleich die Interessen des Proletariats vertreten.

Wenn – ja, wenn er kann.

Es bleibt nur festzustellen, daß, so lange es Klassen gibt, diese Form des Klassenkampfes bestehen bleibt. Die Frage steht nicht nur 1930, sondern ebenso 1952, 1957 oder 1971. Was Strumilin berichtet, ist höchst aktuell: Es war nicht leicht, *„den bürgerlichen Einflüssen gegenüber die klassenmäßige prinzipielle Reinheit der proletarischen Ideologie zu*

bewahren. Das war um so schwerer, als wir auf diesem Gebiet stets auf einen maskierten Feind stießen, der unser Vertrauen nutzte und oft, wenn auch nicht die marxistische Methode, so doch zumindest die marxistische Phraseologie nicht schlecht beherrschte.“

Wir haben schon oben gesehen: abgewehrt wurden Theorien, die sich auf das Marktgleichgewicht stützten, die auf Konzessionen schworen, die die Bauernwirtschaft für vernachlässigt hielten. Das war alles noch ziemlich einfach und klar. Man stritt, dachte man, mit offenem Visier und versuchte die „Spezialisten“ zu überzeugen. Aber: *„Jetzt, nach einer Reihe anschaulicher Gerichtsprozesse über die aktive Feindtätigkeit, erhalten alle diese Auftritte ein neues Gesicht, und unwillkürlich fragt man sich, wo eigentlich unsere Klassenwachsamkeit war und warum diese feindliche Tätigkeit nicht wesentlich früher entdeckt wurde.“*

Nach der ideologischen Niederlage, die die Spezialisten zwar nicht überzeugte (schließlich hatte man nur „die Parteilinie durchgedrückt“), erfolgte der Übergang zu dem, was man „aktive Schädlingsarbeit“ nennt. Wieder Strumilin: *„Schädlingstätigkeit im Sinne stark untertriebener Perspektivpläne konnte überhaupt unter unseren Bedingungen keine großen Ergebnisse zeitigen“* – weil die Pläne Jahr für Jahr entsprechend der Erfüllung korrigiert wurden – *„Weit gefährlicher erwies sich für uns die Feindtätigkeit in der laufenden operativen Planung, bei jenen Quartalsplänen zur Versorgung, die ohne jegliche Kritik und äußere Kontrolle von den Schädlingen im Volkskommissariat für Handel und im Zentrosojus ausgekocht wurden, weil wir von deren Schädlingstätigkeit erst nach ihrer Erfüllung Kenntnis erhielten.“*

Die Einzelheiten interessieren nicht mehr besonders, wohl aber die Gründe.

Kalinnikow erklärte in seinem Prozeß (berichtet Strumilin mit Verweis auf die Meldungen der Iswestija November/Dezember 1930), er habe in seinem Vorschlag zum ersten Fünfjahrplan nicht schädlich gewirkt. Da hoffte er noch auf eine „friedliche Umwandlung“ in Richtung Kapitalismus, aber er mußte feststellen, *„wie das Leben unausweichlich und jedes Jahr unsere Pläne überholte.“*

Strumilin nennt das *„klassenmäßige Blindheit, bürgerliche Beschränkung, Haß und Verachtung gegenüber der neuen proletarischen Gesellschaft“* und faßt zusammen: *„Wir stehen nicht an, kategorisch zu entscheiden, was hier überwog, Irrtum oder direkte Augenauswischerei, oder, um eine andere Formel zu gebrauchen, ‚Dummheit oder Verrat‘. Jedenfalls kann man annehmen, daß Dummheit hier nicht weniger im Spiel war als Verrat.“*

Von der ökonomischen Diskussion 1931 war schon die Rede. 1941 war man soweit, daß man in einer „Politischen Ökonomie des Sozialismus“ den hart erarbeiteten Erkenntnisstand festhalten wollte. Das Vorhaben wurde durch den Krieg unterbrochen und erst 1952 zu Ende gebracht mit dem Lehrbuch der Politischen Ökonomie, in der DDR 1954 erschienen.

Die ökonomische Diskussion 1951 bezog sich auf das Lehrbuchprojekt. Stalins Zusammenfassung – eine Ergänzung zum Lehrbuch: „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR“.

Das Lehrbuch steht noch ganz in der marxistischen Terminologie. Ein paar unbezweifelte Wahrheiten, die ganz Marxens Einsichten in den Gang der Geschichte widerspiegeln:

- *Das Gesetz der* ***unbedingten*** *Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte verlangt die Beseitigung der alten, bürgerlichen Produktionsverhältnisse und die Schaffung neuer sozialistischer Produktionsverhältnisse. Hierin ist die objektive Notwendigkeit der proletarischen sozialistischen Revolution begründet.*
- *Einmal auf die Welt gekommen, wird jedoch die Diktatur des Proletariats als Instrument zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft selbst zu einer gewaltigen Kraft. Sie hilft ihrer sozialistischen Basis aktiv, sich zu gestalten und zu festigen ...*
- *Auf der Grundlage der neuen ökonomischen Bedingungen entstanden neue, den sozialistischen Produktionsverhältnissen eigene ökonomische Gesetze und dehnten ihren Wirkungsbereich allmählich aus.*
- *Das gesellschaftliche Eigentum ... macht dessen planmäßige Entwicklung* ***notwendig und möglich*** *– das Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft.*
- ***Lenins Lehre vom Sieg des Sozialismus in einem Land***
- *Der sozialistische Staat erkennt die im Sozialismus wirkenden objektiven ökonomischen Gesetze und nutzt sie in der Praxis des sozialistischen Aufbaus aus.*
- *Der Arbeitslohn unterscheidet sich seinem Wesen nach im Sozialismus grundsätzlich vom Arbeitslohn im Kapitalismus. Da die Arbeitskraft keine Ware mehr ist, stellt auch der Arbeitslohn nicht mehr den Preis der Arbeitskraft dar ... (er ist der) in Geld ausgedrückte Anteil des Werktätigen an dem Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts ...*

Stalin natürlich äußerte sich zu den Streitfragen. Seine Hinweise wurden im Lehrbuch berücksichtigt.

Punkt eins ist die Feststellung des objektiven Charakters der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. *„Manche Genossen ... sind der Meinung, in Anbetracht der besonderen Rolle, die die Geschichte dem Sowjetstaat zugewiesen hat, könnte der Sowjetstaat, seine Führer, die bestehenden Gesetze der politischen Ökonomie aufheben, könnten sie neue Gesetzte ‚aufstellen', neue Gesetze ‚schaffen'. Diese Genossen irren sich gründlich ...“* Die Sowjetmacht stützte sich auf das Gesetz *„der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte“*. *„... das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft“* gibt den Planungsorganen, die Möglichkeit zur richtigen Planung, das *„aber darf man nicht mit der Wirklichkeit verwechseln“*. Man kann Gesetze nicht umwandeln. *„Obwohl die Formel von der Umwandlung der ökonomischen Gesetze bei uns* ***schon seit langem*** *in Gebrauch ist, man wird sich* ***im Interesse der Genauigkeit*** *von ihr lossagen müssen ... damit will man nur sagen, daß die Menschen in der Lage sind, die Gesetze zu entdecken, sie zu erkennen, sie zu beherrschen, sie mit voller Sachkenntnis anzuwenden, sie im Interesse der Gesellschaft auszunutzen und sie sich somit dienstbar zu machen.“*

Nun sind ja die abweichenden Meinungen interessant. Die sowjetische „Geschichte der politischen Ökonomie“ von 1973 meldet für die dreißiger Jahre Subjektivismus in den Wirtschaftswissenschaften. Damals war der Plan als Hauptregulator der Wirtschaft anerkannt, es wurde die Theorie der Sowjetwirtschaft mit der Theorie der Volkswirtschaftsplanung identifiziert.

Mitte der 30er Jahre wurde die Diktatur des Proletariats als Bewegungsgesetz der sowjetischen Wirtschaft angesehen, so wie es noch 1952 ins Lehrbuch der Politischen Ökonomie geschrieben wurde, unbeanstandet von Stalin. (s. Ökonomische Diskussion 1931) Der Vollständigkeit halber, Wosnessenski schreibt in seiner Kriegswirtschaft: *„... gibt es denn wirklich ökonomische Gesetze für die Produktion und die Verteilung, denen die sozialistische Planung ... Rechnung tragen muß? Zweifellos gibt es sie, und sie müssen unbedingt berücksichtigt werden; nur die Kenntnis dieser ökonomischen Gesetze ermöglicht ihre Ausnutzung im Interesse des Sozialismus. Das elementarste Gesetz ... ist das in der sowjetischen Wirtschaft umgewandelte Wertgesetz."*

Umwandeln, sagt Stalin, kann man die Gesetze nicht, das ist ein falscher Sprachgebrauch, von dem man sich **im Interesse der Genauigkeit** trennen sollte. Umwandeln kann man das Wertgesetz nicht. Aber durch die sozialistische Anwendung erfährt das Wertgesetz der einfachen Warenproduktion eine Modifikation, eine sozialistische Modifikation. So, wie das Wertgesetz im Gesetz der Durchschnittsprofitrate seine kapitalistische Modifikation erfährt. Die sozialistische Modifikation des Wertgesetzes kommt z. B. im sowjetischen Preissystem zum Ausdruck.

Sonst ist an Wosnessenskis Definition nichts auszusetzen. Er sagt das, was ein paar Jahre später Stalin auch sagt. Wie also sind die ökonomischen Gesetze anzuwenden, auszunutzen? Mittels der Diktatur des Proletariats, sonst bleiben sie nur Möglichkeit. Um die Gesetze wirksam zu machen, muß man handeln, nicht vereinzelt und spontan wie im Kapitalismus, sondern organisiert und bewußt. Das ist die Aufgabe der Gesellschaft, die Aufgabe des Staates, der Partei.

Wir erinnern uns an die Diskussion der 30er Jahre: *„Warum sind die Gesetze der Ökonomie des Sozialismus wahr – wegen der Möglichkeit ihrer Realisierung!"* Und, bis auf Lenin zurückgehend, wird wissenschaftliche Voraussicht des Planes verlangt, keine Prognosen, sondern wissenschaftlich begründete Aufgaben, die die Gesellschaft in Richtung Sozialismus voranbringen.

Was bleibt übrig? Stalin, ist anzunehmen, polemisierte gegen das Wunschdenken und verlangte Realismus, wie ihn zum Beispiel Wosnessenski hatte, der Theoretiker und Praktiker war und wußte, daß das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft die Möglichkeit von zeitweiligen Disproportionen eben nicht ausschließt (s. o.), daß im Sozialismus nichts im Selbstlauf geht.

Auch Kronrod schreibt 1954: *„Bei sozialistischer Produktionsweise bestehen derartige objektive Bedingungen, daß die Erfordernisse der ökonomischen Gesetze, die die Entwicklung der Volkswirtschaft gewährleisten, durch die Tätigkeit der Menschen nur planmäßig und bewußt verwirklicht werden können,* ***da es im Sozialismus keinen anderen Mechanismus zur Regulierung der Reproduktion, keinen Mechanismus der spontanen Regulierung gibt.****"* Und weiter: *„Der Staat ist jenes Organ der Gesellschaft, das die objektiven ökonomischen Gesetze im Prozeß der sozialistischen Reproduktion anwendet und diesen Prozeß lenkt."*

Hierzu ein Beispiel Stalinscher Argumentation aus dem Jahr 1931 („Über die Aufgaben der Wirtschaftler"): Ist der Plan erfüllbar? ja, es ist objektiv möglich, weil 1. genügend Naturschätze vorhanden sind; 2. weil wir eine Staatsmacht haben, die willens ist, diese Naturschätze zum Wohle des Volkes auszunutzen; 3. weil diese Staatsmacht die Unter-

stützung der Millionenmassen der Arbeiter und Bauern hat; 4. die Gesellschaftsordnung ist frei von kapitalistischen Gebrechen; 5. die Partei ist entschlossen, alle Anstrengungen auf die Planerfüllung zu richten, sie ist auch dazu fähig – alle objektiven Bedingungen sind also vorhanden. Aber haben wir die Fähigkeiten, diese objektiven Bedingungen, unsere Möglichkeiten, auch richtig auszunutzen? Ist bei der Leitung der Industrie alles in Ordnung? – Da hat er noch jeden Menge Schwierigkeiten gesehen.

Der nächste Punkt, den Stalin behandelt („Ökonomische Probleme ...“), ist komplizierter. Die Warenproduktion in der sowjetischen Wirtschaft schien die Voraussicht der Klassiker Lügen zu strafen. Man ärgerte die Partei mit Engels-Zitaten aus dem Anti-Dühring: *„Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten.“* Das steht wirklich bei Engels. Bei Marx übrigens auch, z. B. in der „Kritik zum Gothaer Programm“: *„Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus.“* Damit verliert der „Wert“ seinen Sinn, man mißt in Arbeitszeit.

Aber offensichtlich gibt es in der Sowjetunion Warenproduktion – Warum?

Stalins Antwort: Wegen der zwei gesellschaftlichen Eigentumsformen des Sozialismus in der UdSSR, der staatlichen in der Industrie und der genossenschaftlichen in der Landwirtschaft. Es sind eben nicht sämtliche Produktionsmittel nationalisiert und damit ist die Engels'sche Voraussetzung (noch) nicht erfüllt.

Ich glaube, hier muß man sich erinnern, daß die Kolchose nicht so funktionierten wie die LPG in den letzten Jahren der DDR, als monatlich Geld ausgezahlt wurde und am Jahresende die Restvergütung; als eine weitgehende Angleichung der Einkommensverhältnisse der Bauern an die der Arbeiter in der Industrie, was die Regelmäßigkeit betraf, hergestellt war.

Vor der Kollektivierung waren die einzelnen Bauernwirtschaften zuerst Selbstversorger und erst dann Warenproduzenten, die nur ihre Überschüsse auf den Markt bzw. zur Erfassung brachten. Das schuf auch die Schwierigkeiten bei der Versorgung der Stadtbevölkerung, der mit dem Übergang zur landwirtschaftlichen Großproduktion begegnet werden mußte. Diese nun aber, die neuen Kolchose, wirtschafteten natürlich genauso: Gemeinsame Produktion ja, Vergütung entsprechend dem Ertrag in Naturalien plus Geld aus dem Verkauf der staatlich erfaßten Produkte oder der über den Kolchosmarkt verkauften „freien Spitzen“. Dazu kam die individuelle Hauswirtschaft der Bauern, die noch in den 80er Jahren über 20 % der landwirtschaftlichen Produkte lieferte. Auch diese Hauswirtschaft diente in erster Linie der Selbstversorgung, Überschüsse wurden auf dem Kolchosmarkt verkauft. Mit der Berechnung nach der notwendigen Arbeitszeit sah es somit schlecht aus.

Das Argument der beiden Eigentumsformen wiegt also schwer. Und nach Lenin ist unter den nach der Revolution gegebenen Bedingungen der *„ökonomische Zusammenschluß zwischen Stadt und Land die Warenproduktion.“*

Damit aber hatte Stalin noch nicht alle Argumente gegen die Warenproduktion entkräftet. Es galt noch die Frage zu klären, ob *„die Warenproduktion ... unter allen Umständen zum Kapitalismus führen müsse und unbedingt dahin führe.“?*

Stalins Antwort lautet: Nein! *„Die Warenproduktion führt nur in dem Falle zum Kapi-*

talismus, wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, wenn die Arbeitskraft als Ware auf den Markt tritt.“

In der Sowjetunion aber gibt es gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln, die Arbeitskraft hat längst aufgehört, eine Ware zu sein. Und Warenproduktion gab es nicht nur im Kapitalismus, auch in der Sklavenhalterordnung und im Feudalismus. Wie also ist es um die sozialistische Warenproduktion bestellt?

- Abschaffen kann man die Warenproduktion nur, wenn allgemeines Volkseigentum besteht, wenn über alle Konsumgüter zentral und umfassend verfügt wird (nicht unbedingt der Staat, die Gesellschaft tut es auch), dann braucht man weder Waren- noch Geldwirtschaft.
- Wir haben eine *„Warenproduktion besonderer Art“*, ohne Kapitalisten, wir haben *„Waren* ***vereinigter*** *Produzenten (****Staat****, Genossenschaften).“*
- Die Warenproduktion ist auf die Gegenstände des persönlichen Bedarfs, die Konsumtionsmittel, beschränkt – wie soll sich da Kapitalismus entwickeln?

Die *„Warenproduktion besonderer Art“* ist besonders wegen beider Bedingungen: erstens nichtkapitalistisch wegen dem Fehlen der Kapitalisten und zweitens, weil die Waren Produkte vereinigter Produzenten sind. Das steht im Gegensatz zu Marxens Definition: *„Gebrauchswerte werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind“* (Kapital, I, S. 87). Voneinander unabhängige Privatarbeiten gibt es aber höchstens noch in den individuellen Nebenwirtschaften der Kolchosbauern. Den Mammutanteil der Arbeit aber erledigen vereinigte Produzenten. Wirklich, eine besondere Art der Warenproduktion.

Aber dann wird Stalin konkret. Diesmal brauchen wir nicht zu suchen, was man ihm (der Partei, dem sozialistischen Staat) angeboten hat. Er erklärt autoritativ: *„Darum sind jene Genossen völlig im Unrecht, die erklären: Da die sozialistische Gesellschaft die Warenproduktion nicht aufhebt, müssen bei uns angeblich alle dem Kapitalismus eigenen ökonomischen Kategorien wiederhergestellt werden: die Arbeitskraft als Ware, der Mehrwert, das Kapital, der Kapitalprofit, die Durchschnittsprofitrate usw.“*

Und diese Banditen nannte Stalin noch Genossen! Er ging von Irrtum aus, nicht von Verrat: *„Sie begreifen nicht, daß sich unsere Warenproduktion grundlegend von der Warenproduktion im Kapitalismus unterscheidet.“* Durchgehen ließ er es nicht: *„... es ist notwendig, auch einige andere Begriffe über Bord zu werfen, die dem ‚Kapital‘ von Marx entnommen sind ... Ich denke hier unter anderem an Begriffe wie ‚notwendige‘ Arbeit und ‚Mehr‘arbeit ... Ich denke, unsere Wirtschaftswissenschaftler müssen dieses Mißverhältnis zwischen den alten Begriffen und der neuen Sachlage ... beseitigen und die alten Begriffe durch neue, der neuen Lage entsprechende, ersetzen.“*

Wirkt das Wertgesetz? *„Ja, es besteht und wirkt. Dort, wo es Waren und Warenproduktion gibt, muß es auch das Wertgesetz geben.“* Das Wertgesetz wird ausgenutzt in der wirtschaftlichen Rechnungsführung, erklärt Stalin.

Wosnessenski ging in der „Kriegswirtschaft“ noch weiter: *„In der sozialistischen Wirtschaft bedeutet das Wertgesetz, daß es unbedingt notwendig ist, die Planung und Berechnung der Produktionskosten, d. h. den Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit für die Erstellung des gesellschaftlichen Produkts nicht nur in Naturalform, sondern auch in Geldform durchzuführen. Das ist äußerst wichtig, weil der Sozialismus eine genaue Be-*

rechnung und Planung der Produktion erfordert ...

In der sowjetischen Wirtschaft benutzt die staatliche Planung das Wertgesetz, um die erforderlichen Proportionen in der Produktion und der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit und des gesellschaftlichen Produktes sicherzustellen.“

Was denn nun? reguliert das Wertgesetz die Produktion?

Stalin sagt nein, weil die Wirkungen des Wertgesetzes eingeschränkt sind durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und durch das Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft.

Wosnessenski sagt, bei der Planung wird das Wertgesetz ausgenutzt, folglich den Erfordernissen des Plans unterworfen. Die Umverteilung des Nationaleinkommens erfolgt über die Preise, haben wir oben gesehen, einschließlich der Umsatzsteuer, und den Staatshaushalt, da ebenfalls in Geld also mittels Wertgesetz. Die Verteilung der Arbeit nach Plan erfolgt über den bereitgestellten Lohnfonds – mittels Wertgesetz. Wosnessenski, darf man nicht vergessen, spricht aus Erfahrung, er zeichnet für die bisher durchgeführte Wirtschaftspolitik mitverantwortlich.

Regulator der Wirtschaft ist also der Plan, der die von der Partei vorgegebenen Aufgaben der Periode umsetzt, das Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft durchsetzen muß, um die schädlichen Wirkungen des Wertgesetzes – Überproduktionskrisen z. B., zu vermeiden.

Wäre das Wertgesetz der Regulator der Produktion, sagt Stalin, *„dann ist es unverständlich, warum bei uns nicht die Leichtindustrie als die rentabelste mit aller Macht entwickelt wird, warum ihr nicht der Vorrang gegeben wird vor der Schwerindustrie, die oftmals weniger rentabel und bisweilen überhaupt nicht rentabel ist.“* Die Diskussion hatten wir schon einmal – *man muß die Rentabilität vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten.*

Die Warendiskussion führt Stalin in der Antwort an A. I. Notkin weiter und nimmt hier ausdrücklich die Produktionsmittel aus: *„Die Ware ist ein Erzeugnis, das an jeden beliebigen Käufer verkauft werden kann, wobei der Warenbesitzer bei Verkauf der Ware das Eigentumsrecht an ihr verliert, während der Käufer Eigentümer der Ware wird, der sie weiterverkaufen, verpfänden, ja verderben lassen kann.“*

Die sozialistischen Produktionsmittel aber *„können nicht an jeden Käufer ‚verkauft‘ werden, sie werden nicht einmal den Kollektivwirtschaften ‚verkauft‘, sie werden nur vom Staat auf seine Betriebe verteilt. Zweitens verliert der Besitzer der Produktionsmittel, der Staat, bei ihrer Übergabe an diesen oder jenen Betrieb in keiner Weise das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln ... Drittens werden die Direktoren der Betriebe nicht nur nicht ihre Eigentümer, sondern werden im Gegenteil als Bevollmächtigte des Sowjetstaates zur Ausnutzung der Produktionsmittel entsprechend den vom Staat übergebenen Plänen bestätigt.“*

Warum man trotzdem den Wert braucht, erklärt er so: für die Kalkulation, für die Kontrolle – später sagt man, die Kontrolle durch den Rubel, die Mark –, für den Außenhandel, da sind dieselben Produktionsmittel Waren, denn der Staat verliert hier beim Verkauf das Eigentumsrecht.

Das hätte Stalin auch Wosnessenski vorhalten können, hätte der 1952 noch gelebt. Wosnessenski nämlich schreibt in der „Kriegswirtschaft“: *„Die sozialistische Gesellschaft*

der UdSSR hat ihre eigene Form des Warenaustauschs – den Sowjethandel, einen Handel ohne Kapitalisten und Spekulanten. Eine ganze Reihe von Besonderheiten prinzipieller Art unterscheidet den Sowjethandel vom kapitalistischen Handel."

So ist der Warenaustausch hauptsächlich Warenaustausch zwischen sozialistischen Betrieben (einschließlich der Kolchosen) oder die *„Realisierungsform des Anteils der Arbeiter, Bauern und der Intelligenz am gesellschaftlichen Produkt"*. Der Sowjetstaat verfügt über die Hauptmasse der Waren und damit über das Preismonopol. Arbeitskraft und hauptsächlich Produktionsmittel sind vom privaten Kauf/Verkauf ausgeschlossen.

Die Warenmassen in den Händen der Staates hatte auch schon Stalin bemüht, als es um die Stabilität der Währung ging. (s. o.) 1951 aber ist Stalin zu der Erkenntnis gekommen: *„Es handelt sich darum, daß unter unseren sozialistischen Verhältnissen die wirtschaftliche Entwicklung nicht auf dem Wege von Umwälzungen vor sich geht, sondern auf dem Wege allmählicher Veränderungen, wobei das Alte nicht einfach beseitigt wird, sondern seine Natur verändert und dabei lediglich seine Form bewahrt, das Neue aber das Alte nicht einfach vernichtet, sondern das Alte durchdringt, seine Natur und seine Funktionen verändert, dabei seine Form nicht zerbricht, sondern diese für die Entwicklung des Neuen ausnutzt … geht man jedoch an die Angelegenheit mit einer marxistischen Analyse heran, die scharf zwischen dem Inhalt eines ökonomischen Prozesses und seiner Form, zwischen den in der Tiefe vor sich gehenden Entwicklungsprozessen und den Oberflächenerscheinungen unterscheidet, so gelangt man zu der einzig richtigen Schlußfolgerung, daß sich von den alten Kategorien des Kapitalismus bei uns in der Hauptsache nur die Form, das äußere Antlitz erhalten hat, während sich das Wesen der Kategorie bei uns entsprechend den Erfordernissen der Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft grundlegende verändert hat."*

Die Notwendigkeit zu exakten Formulierungen ergibt sich, weil man immer wieder auf „Genossen" trifft, die sich „irren", nicht einsehen wollen und zu haarsträubenden Folgerungen gelangen: Notkin meint, das Wertgesetz wirke regulierend auf die landwirtschaftlichen Rohstoffpreise. Stalin widerlegt ihn mit der Begründung, es gibt kein freies Spiel der Preise, es gibt keine Konkurrenz. Die Preise sind *„feste, geplante … Preise"*, das *„Ausmaß der Produktion … (wird) … durch den Plan bestimmt"*, die Produktionsinstrumente gehören dem Staat. Was also soll das Wertgesetz regulieren? *„Es ergibt sich, daß das Wertgesetz selbst durch die … für die sozialistische Produktion charakteristischen Faktoren reguliert wird."*

Notkin ist vermutlich hier auch an der unexakten Formulierung gescheitert. Wenn man den Gang der Geschichte kennt, ist anzunehmen, daß er mit „regulierender Wirkung des Wertgesetzes" die Stimulierung der Produktion mittels materieller Interessiertheit meinte.

Es gab aber noch weit gefährlichere Thesen. Sanina und Wensher schlugen vor, die Landwirtschaftsmaschinen der MTS den Kolchosen zu verkaufen. Begründung: die Kolchosen sind reich genug, der Staat kann das Geld an anderer Stelle besser brauchen. Stalin bezweifelt in seiner Antwort, daß die Kolchose in der Lage wären, modernste Technik vorzufinanzieren, die sich erst nach Jahren amortisiert. Das, sagt er, kann nur der Staat. Folglich, und jetzt wird er zornig, *„machen die Genossen Sanina und Wensher einen Schritt zurück zur Rückständigkeit und versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudre-*

hen.“ Denn *„daraus würde sich ergeben, daß erstens die Kollektivwirtschaften Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente würden, d. h., sie würden eine Sonderstellung einnehmen, wie sie kein einziger Betrieb in unserem Lande einnimmt.“*

Das ist kein Fortschritt. Eine Angleichung zwischen gesamtgesellschaftlichen und kollektivwirtschaftlichen Eigentum ist so nicht möglich, im Gegenteil, der Unterschied wird doch nur größer. Und auch der Wirkungsbereich der Warenzirkulation würde sich vergrößern, was nicht wünschenswert sein kann. Das läuft nach Stalin in die falsche Richtung. Wenn er die Warenproduktion auch verteidigte, im Kommunismus ist Warenproduktion undenkbar, und um sie abzuschaffen, ist das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf die Höhe des gesamtgesellschaftlichen Eigentums zu heben.

Wir fassen zusammen: die Angriffe auf das sozialistische Wirtschaftssystem der Sowjetunion halten an, auch die aus den „eigenen“ Reihen.

- die Feststellung, Warenproduktion sei unvereinbar mit dem Sozialismus, ist eine Neuauflage der Diskussion, ob Sozialismus in einem Land machbar ist. Prompt folgt ja der Vorschlag, daß *„alle dem Kapitalismus eigenen ökonomischen Kategorien wiederhergestellt werden: die Arbeitskraft als Ware, der Mehrwert, das Kapital, der Kapitalprofit, die Durchschnittsprofitrate usw.“* Damit wird die Wirtschaft auf kapitalistischen Kurs gebracht.
- Die Rolle des Wertgesetzes als Regulator dient dem gleichen Zweck. Diesmal gilt der Angriff der staatlichen Planung, die jetzt die Regulatorrolle beansprucht
- Der Verkauf der Landtechnik an die Kolchosen ist ein Angriff auf das gesellschaftliche Eigentum zugunsten des Gruppeneigentums und, wie Stalin richtig sagt, ein Rückschritt, der Versuch, daß Rad der Geschichte zurückzudrehen. Nebenbei wird ein Keil zwischen die befreundeten Klassen der Arbeiter und Bauern getrieben.
- Wenn man die Objektivität der ökonomischen Gesetze des Sozialismus nicht akzeptiert, befindet man sich nicht mehr auf dem Boden des Marxismus. Man muß sie erkennen und ausnutzen. Sonst: *„Wir würden uns der Möglichkeit berauben, den Gang der Ereignisse im Wirtschaftsleben vorauszusehen ... (und) ... auch nur die elementarste Leitung der Wirtschaft zu organisieren.“* So hätten sie es gerne.

Dummheit oder Verrat?

Den Vogel aber schoß Jaroschenko ab. Dieser Genosse ging soweit, die Politische Ökonomie als Gesellschaftswissenschaft abzuschaffen. Stalin zitiert ihn: *„‚Das Hauptproblem der politischen Ökonomie des Sozialismus besteht deshalb nicht darin, die Produktionsverhältnisse der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft zu erforschen, sondern darin, eine wissenschaftliche Theorie der Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion, eine Theorie der Entwicklung der Volkswirtschaft auszuarbeiten und zu entwickeln.‘“* usw. und widerlegt das und einen ganzen Haufen anderer zweifelhafter Thesen Jaroschenkos.

Es ist dies ein Fall von „reiner Wissenschaft“, die sich einbildet, klassenunabhängig zu sein. Unmarxistisch ist sie zweifellos. *„Er irrt sich gründlich“*, stellt Stalin fest.

Oder ist das Verrat?

Übrigens wurde die „Freiheit der Wissenschaft“ auf Stalins Vorschlag ernsthaft behindert: Der Antrag Jaroschenkos, ihn mit der Abfassung eines entsprechenden Lehrbuches zu beauftragen, wurde abgelehnt. Trotz aller Nachsicht bei der Beurteilung – Irrtum –

Tabelle 4.22

Entwicklung ausgewählter Kennziffern		
Kennziffer	Periode	Erhöhung
Produktionsanlagefonds	1913–53	>10fach
Ges. Gesamtprodukt	1928–53	10fach
Nationaleinkommen	1913–53	>13fach
Industrieproduktion	1913–53	30fach
Davon Produktionsmittel	1913–53	50fach
Wachstumstempo Ind.-produktion	1929–53	19 %*

(* mit Ausnahme der Kriegsjahre)

Tabelle 4.23

Erhöhung der Industrieproduktion (1929 = 100)	1939	1943	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953
UdSSR	552	573	466	571	721	870	1082	1266	1405	1574
USA	99	217	155	170	175	160	182	200	207	224
England	123	–	112	121	135	144	157	160	156	165
Frankreich	80	–	63	74	85	92	92	104	109	104
Italien	108	–	72	93	97	103	118	134	137	150

blieb Stalin konsequent und unterband unmarxistische Aktivitäten. Es ist leider nicht überliefert, womit Jaroschenko sein Brot verdiente, aber es ist zu befürchten, daß ihn der Sowjetstaat weiter als Wirtschaftswissenschaftler beschäftigte.

Aber für eine Zwischenbilanz ist das kein guter Schluß.

Erst einmal die ökonomischen Erfolge der Sowjetunion im Überblick: Tabelle 4.22 (nach Kronrod, Reproduktionstheorie). Stalins Forderung von 1939, die wichtigsten kapitalistischen Länder betreffs der Pro-Kopf-Produktion zu überholen, sieht vor diesem Hintergrund gar nicht utopisch aus.

Hier der Vergleich mit der kapitalistischen Welt. Man beachte, daß als Basisjahr 1929 benutzt wurde, das Jahr der Weltwirtschaftskrise, als die kapitalistische Wirtschaft sehr weit unten war, die Sowjetunion sich aber im raschen Aufschwung befand und die Vorkriegsproduktion schon seit zwei Jahren überschritt. (Tabelle 4.23) Leisten wir uns das Spiel mit den Zahlen und rechnen auf Basisjahr 1939 um. (Tabelle 4.24)

Also auch nachdem die Sowjetunion ein Industrieland geworden war, übertraf sie das kapitalistische Wachstum erheblich. Hier wird auch die Unterbrechung der friedlichen Vorwärtsentwicklung durch den Krieg deutlich sichtbar. Die Kriegswirkungen dauern in den kapitalistischen Staaten ebenfalls länger.

Fragen wir mit Stalin: Was ist notwendig, um den Kommunismus zu erreichen?

1. *„. . . das ununterbrochene Wachstum der gesamten gesellschaftlichen Produktion bei vorwiegender Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln.“* Sonst ist eine

Tabelle 4.24

Erhöhung der Industrieproduktion (1939 = 100)

	1943	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953
UdSSR	104	84	104	131	158	196	229	255	285
USA	219	157	172	177	162	184	202	209	226
England	–	91	98	110	117	128	130	127	134
Frankreich	–	79	93	106	115	115	130	136	130
Italien	–	58	86	90	95	109	124	127	139

erweiterte Reproduktion nicht möglich.

2. Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums und allmähliche Einschränkung der Warenzirkulation durch Produktentausch, um zentral die Gesamterzeugung im Interesse der Gesellschaft erfassen zu können. Unterläßt man das, kann es zu Widersprüchen zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen kommen. Das wäre eine *falsche Politik* Noch werden die Warenzirkulation und das kollektivwirtschaftliche Eigentum *„mit Erfolg zur Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft benutzt ... Es wäre aber unverzeihliche Blindheit, wollte man nicht sehen, daß diese Erscheinungen gleichzeitig auch schon beginnen, die gewaltige Entwicklung unserer Produktivkräfte zu hemmen.“*
3. *„... ein kulturelles Wachstum der Gesellschaft, das allen Mitgliedern der Gesellschaft eine allseitige Entwicklung ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten gewährleistet.“* Bildung für alle, damit sie an der gesellschaftlichen Entwicklung teilnehmen können und *„nicht infolge der bestehenden Arbeitsteilung Zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind.“* Das heißt konkret: Verkürzung des Arbeitstages auf sechs, später fünf Stunden, Verbesserung der Wohnverhältnisse, Erhöhung des Reallohns auf mindestens das Doppelte.

Leider ist keine dieser drei Forderungen erfüllt worden. Diese Forderungen wurden in den folgenden Jahren nicht einmal mehr gestellt.

4.8 Die sozialistische Reproduktion

Marx’ Reproduktionstheorie wurde für den Kapitalismus entwickelt und hat deshalb die Form der Ware-Geld-Beziehungen, sagt Korjagin und setzt fort: *„Diese Theorie enthält jedoch eine Reihe wichtiger objektiver Leitsätze, die für alle gesellschaftlichen Formationen, darunter insbesondere auch für den Kommunismus Gültigkeit besitzen.“*:

- Einteilung der gesellschaftlichen Produktion in Abteilung I und II
- Das Verhältnis zwischen diesen beiden Abteilungen
- Vorrangige Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln bei erweiterter Reproduktion
- Mehrprodukt als einzige Quelle der Akkumulation (im Sozialismus: Produkt für die Gesellschaft)
- Bildung und Verwendung der gesellschaftlichen Fonds

- Akkumulation als einzige Quelle der erweiterten Reproduktion.

„Die sozialistische Reproduktion umfaßt also die ständige planmäßige Erweiterung der Produktion von Produktionsmitteln und des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, die Erhöhung der Anzahl und die ständige Qualifizierung der in der Produktion beschäftigten Werktätigen und darüber hinaus die Festigung und Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Die sozialistische Reproduktion muß dazu führen, daß die ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft maximal befriedigt werden und die Sowjetunion den Kommunismus erreicht.“

Notkin definiert: *„Die erweiterte sozialistische Reproduktion bedeutet ununterbrochenes Wachstum des gesellschaftlichen Produkts, Mehrung des sozialistischen gesellschaftlichen Reichtums, systematische Reproduktion qualifizierter Arbeiter, Festigung des sozialistischen Eigentums und der sozialistischen Ordnung, Stärkung der technischen und ökonomischen Unabhängigkeit sowie der Verteidigungsfähigkeit des Lagers des Sozialismus und der Demokratie, an dessen Spitze die UdSSR steht.“*

Zum Vergleich Wosnessenskis Definition (Kriegswirtschaft): *„Die erweiterte sozialistische Reproduktion bedeutet in erster Linie das Anwachsen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts; außerdem bedeutet sie die Vergrößerung der eingesetzten Produktionsmittel (Arbeitsinstrumente und Arbeitsgegenstände); ferner bedeutet die sozialistische Reproduktion das Anwachsen der Arbeiterklasse und des Lohnfonds; und schließlich bedeutet sie den Abzug eines bestimmten Teils des gesellschaftlichen Produktes (Gewinn) für die Bedürfnisse der sozialistischen Akkumulation und des Kapitalaufbaus.“*

Kronrod repetiert die Klassiker, daneben, zur Erinnerung, Marxens Zahlenbeispiel aus dem „Kapital“ II:

Einfache Reproduktion							
$I_{(v+m)}$		$=$	II_c				
$I_{(c+v+m)}$		$=$	$I_c + II_c$				
$II_{(c+v+m)}$		$=$	$I_{(v+m)} + II_{(v+m)}$				
(I):	4000_c	$+$	1000_v	$+$	1000_m	$=$	6000
(II):	2000_c	$+$	500_v	$+$	500_m	$=$	3000
Erweiterte Reproduktion							
$I_{(v+m)}$		$>$	II_c				
$I_{(c+v+m)}$		$>$	$I_c + II_c$				
$II_{(c+v+m)}$		$<$	$I_{(v+m)} + II_{(v+m)}$				
(I):	4000_c	$+$	1000_v	$+$	1000_m	$=$	6000
(II):	1500_c	$+$	750_v	$+$	750_m	$=$	3000

„Wenn man dabei, wie das Lenin getan hat, in den Schemata die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals berücksichtigt, nämlich ihre Erhöhung, so drückt sich in ihnen auch die außerordentlich wichtige Gesetzmäßigkeit aus, daß die Produktion vor allem und entscheidend bei den Produktionsmitteln wächst. Das ist eine unvermeidliche Folge der systematisch steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals.“

II_c wächst schneller als $II_{(c+v+m)}$, I_c wächst schneller als II_c. *„Infolgedessen muß die Produktion in Abteilung I, die Produktionsmittel erzeugt, schneller zunehmen als die Produktion in Abteilung II, in der die Konsumgüter hergestellt werden.“*

Korjagin pflichtet bei: *„Die marxistisch-leninistische Reproduktionstheorie lehrt, daß das Entwicklungstempo der Produktion von Produktionsmitteln im Laufe einer längeren Zeitspanne immer in seiner Tendenz das Entwicklungstempo der Produktion von Konsumtionsmitteln überholen muß. Sonst ist eine ununterbrochene Erweiterung und Vervollkommnung der gesellschaftlichen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik unmöglich und die ständige Erhöhung der Produktion von Konsumtionsmitteln undenkbar, also auch die Verbesserung des Lebensstandards.“*

Es ist also festzuhalten: Im Interesse der schnellstmöglichen Steigerung der Produktion, im Interesse der höchsten Wachstumsraten, im Interesse der größtmöglichen Steigerung der Arbeitsproduktivität muß die sozialistische Gesellschaft so viel wie nur möglich akkumulieren.

Nur damit kann der Rückstand zu den fortgeschrittensten Ländern aufgeholt werden, nur dadurch kann eine Arbeitsproduktivität entwickelt werden, die dem Kapitalismus unerreichbar ist. Wir wissen von Lenin: nur das sichert den endgültigen Sieg des Sozialismus, verhindert, daß „die Kapitalisten wiederkommen“, beweist jedermann, daß der Sozialismus auch ökonomisch die fortschrittlichere Gesellschaft ist. Es ist die modernste, höchstentwickelte Technik als Basis für den Übergang zum Kommunismus einzusetzen und gleichzeitig sind die Möglichkeiten der sozialistischen Produktionsorganisation auszuschöpfen.

Eine dauerhafte und vor allem stetige Erhöhung des Lebensstandard entspringt also der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, und um das zu erreichen, muß die Arbeitskraft des Menschen mit Energie, mit Technik ausgestattet werden. Unter kapitalistischen Verhältnissen heißt das: wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals. Notkin sagt: *„Das schnelle Wachstum der Abteilung I ist die notwendige Basis für die Abteilung II und damit für die Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen.“* Die sozialistische Frage lautet: Welche Akkumulationsrate ist erreichbar?

Hier interessiert uns nicht, daß auch die Amortisationen in den Investitionsfonds gehen, das ist der Anteil c, der wertmäßig nur ersetzt, zur Akkumulation aber insofern beiträgt, daß modernere, produktivere Produktionsmittel für die verbrauchten eingesetzt werden.

Wir fragen nach v und m. Oben wurde gesagt, daß nur der Mehrwert Quelle der Akkumulation sein kann, was unbezweifelbar richtig ist. Der jährlich neugeschaffene Wert gliedert sich aber in v und m, in den Lohnfonds und in das „Reineinkommen“. Unsere Schwierigkeiten fangen schon mit v an. Schon da kommen wir mit Marx in Konflikt, denn die Arbeitskraft ist im Sozialismus keine Ware mehr, ihr Preis wird demzufolge nicht mehr durch die zu ihrer Reproduktion notwendigen Lebensmittel bestimmt. Der Lohn ist der Anteil des einzelnen entsprechend seiner Leistung am gesellschaftlichen Konsumtionsfonds, so die verkürzte Definition. Was nun?

Strumilin, anläßlich der Einführung der Naturalsteuer im Jahr 1921, meinte, ein Abzug von 20–30 % als Mehrprodukt sei ausreichend: *„... wenn das Reallohnniveau in den staatlichen Betrieben in Höhe von 80 % des Nettoprodukts* ($v+m$) *ihrer Arbeit festgelegt wird.“* – Eine Mehrwertrate von 25 % also (m/v). Davon sollte die Akkumulation wie

auch die Verwaltung des Staates beglichen werden.

Das gesellschaftliches Gesamtprodukt setzt sich (wertmäßig) zusammen: $c+v+m$; im Sozialismus drückt das kein Ausbeutungsverhältnis aus, weil m über das Volkseigentum gesamtgesellschaftlichen Interessen dient. Das Nationalprodukt ist $v+m$.

Und nun stellt es sich heraus, der Sozialismus vermischt die Begriffe. Kann man bei den Marxschen Kategorien bleiben? Die Unbestimmtheit von v ist problematisch, bis man sich erinnert, das hat ja schon Marx (Kapital, I) gesagt: *„Die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsform erlaubt, den Arbeitstag auf die notwendige Arbeit zu beschränken. Jedoch würde die letztere, unter sonst gleichbleibenden Umständen, ihren Raum ausdehnen. Einerseits, weil die Lebensbedingungen des Arbeiters reicher und seine Lebensansprüche größer. Andererseits würde ein Teil der jetzigen Mehrarbeit zur notwendigen Arbeit zählen, nämlich die zur Erzielung eines gesellschaftlichen Reserve- und Akkumulationsfonds nötige Arbeit.“*

Im Sozialismus also ist nach Marx alle Arbeit notwendige Arbeit – für die individuelle Konsumtion, für die gesellschaftliche Konsumtion, für die Akkumulation. Was wegfällt, ist die parasitäre Konsumtion der Kapitalisten und ihres Anhangs, die unter kapitalistischen Verhältnissen aus m, dem Mehrwert, bestritten wird.

Und, wie sich zeigte, hatte Marx noch nicht konkret genug gesagt, daß ein Teil der Bedürfnisse, die im Kapitalismus über den Lohn befriedigt wurden, im Sozialismus zum großen Teil vom Staat übernommen werden, so z. B. Gesundheitswesen, Bildung, Kultur. Und wer könnte auf die Landesverteidigung verzichten? Dies alles, als gesamtgesellschaftliches Bedürfnis, muß von m, dem Produkt für die Gesellschaft, bestritten werden. Die Grenzen zwischen v und m verwischen sich. Eigentlich ist das logisch, wenn man die Eigentumsverhältnisse ernst nimmt. Im Sozialismus soll jeder Arbeitender sein und so hat auch jeder Anspruch nicht nur auf den Lohn, sondern auch auf seinen Anteil aus den gesellschaftlichen Fonds. Strumilin dachte und schrieb, der Arbeitslohn werde mit fortschreitender Entwicklung an Bedeutung verlieren, dafür werden die Bedürfnisbefriedigung aus gesamtgesellschaftlichen Fonds zunehmen.

Dieses Ineinanderübergehen von v und m macht auch die Frage nach den Preisen schwierig, wie die weitere Entwicklung zeigen wird. Aber ob die Bedürfnisbefriedigung nur aus v oder zunehmend auch aus m erfolgt – Bedürfnisbefriedigung ist Konsumtion. Was man konsumiert, kann man nicht akkumulieren.

Sinnvoll kann folglich nur sein, nach dem Anteil der Akkumulation am Nationaleinkommen zu fragen. In der sowjetischen Wirklichkeit sah es so aus (Notkin): *„Die sozialistische Akkumulation geht planmäßig und nicht spontan vor sich. Das Ausmaß ... wird bei gegebenem Umfang des Volkseinkommens vom Staat ... festgelegt.“* (Tabelle 4.25) Im Vergleich dazu das Wachstumstempo der Industrieproduktion (Jahresdurchschnitt): Tabelle 4.26. Interessant sind die Mehrproduktraten, die Sorokin 1970 für die SU veröffentlicht hat, erst einmal unkommentiert: Tabelle 4.27.

Strumilin machte übrigens in der Waren- und Wertgesetz-Diskussion 1957 den Vorschlag, eine Mehrwertrate von 100 % zugrunde zu legen, für jede Berechnung. Von seinen 20 oder 25 % war nicht mehr die Rede. Im Prinzip hatte er sich davon ja schon abgewandt, als er die Bedeutung der gesellschaftlichen Fonds für die Befriedigung individueller Bedürfnisse untersuchte.

Tabelle 4.25

Akkumulationsraten (%)	
1925/26	15,9
1926/27	22,9
1937	26,4
1950	26,0*

(* für Grund- und Umlaufmittel)

Tabelle 4.26

Wachstumstempo der Industrieproduktion	
In den Vorkriegsfünfjahrplänen	17 %
Im ersten Nachkriegsfünfjahrplan	22,5 %

Nach Marx heißt das: Bei einer Mehrwertrate von 100 % arbeitet jeder produktive Arbeiter doppelt so lange, wie es für die Produktion der seinen Lohn entsprechenden Konsumgüter notwendig ist. Aus dem so geschaffenen Mehrwert werden die gesamtgesellschaftlichen Aufwendungen für Medizin, Bildung und Kultur, ggf. Wohnen usw. getragen. Die Differenz für Rentenzahlungen und Rentenbeiträge, Kindergeld und ähnliches ist hier eingeschlossen. Aus diesem Mehrprodukt sind die anderen unproduktiven, aber notwendigen Arbeiten zu bezahlen: Verwaltung, Verteidigung, wissenschaftliche Einrichtungen, egal, ob sie sich mit technischen, Natur- oder Gesellschaftswissenschaften befassen. Aus dem Mehrprodukt wird auch der Akkumulationsfonds gebildet. Eine Steigerung der Mehrwertrate heißt erst einmal nur, die gesellschaftlichen Fonds nehmen prozentual gegenüber dem Lohnfonds einen höheren Anteil am Nationaleinkommen ein. Und nur, was nach Abzug der gesellschaftlichen (Konsumtions-)Bedürfnisse übrig bleibt, kann akkumuliert werden.

Strumilin nennt die Akkumulationsrate im ersten Fünfjahrplan bescheiden, aber das hatte seinen Grund: *„... so haben wir die von uns vorgesehene Senkung der Preise und Erhöhung der Arbeitslöhne berücksichtigt ...“* Und weiter, nun ganz im Gegensatz zum Kapitalismus als Programm: *„In den Arbeitslohn darf ... nicht der ganze Effekt aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität eingehen ... Ebendeshalb erhöhen wir den nominellen Arbeitslohn bei einer Steigerung der Produktivität um 50 % nur um 33 %. Nur der Reallohn steigt um 50 %. Wenn wir anerkennen, daß der Reallohn in Übereinstimmung mit der steigenden Arbeitsproduktivität wachsen soll, so setzen wir diesem Wachstum eine bestimmte Grenze. Er darf die Produktivität nicht überholen. Außerdem muß er, nachdem er ein bestimmtes Minimum erreicht hat, hinter ihr zurückbleiben. Die ganze Frage besteht für uns nur darin, ob dieser Zeitpunkt bereits erreicht worden ist.“*

Das war 1927, Strumilin meint, nein, der Zeitpunkt ist noch nicht erreicht, denn das Lohnniveau bleibt sogar noch hinter den kapitalistischen Ländern zurück. Willkürlich kann man das Lohnniveau und damit die Konsumtionsmöglichkeiten aber nicht erhö-

Tabelle 4.27

Mehrproduktrate (m/v **in %**)				
1950	1955	1960	1965	1970
101	106	107	115	134,5

hen. Das eigentliche Problem ist, daß im Sozialismus sich der Lohn nicht als Preis der Arbeitskraft spontan reguliert, sondern planmäßig als Anteil am gesellschaftlichen Lohn- bzw. Konsumtionsfonds.

Dieses Problem kommt nur durch die Wertseite in die Diskussion hinein. Wenn man die Naturalform des gesellschaftlichen Produkts betrachtet, wird es sofort einleuchtend. Ausgangspunkt ist das Gesamtprodukt $= C + V + M$. C, der Ersatzfonds – die verbrauchten Produktionsmittel (Rohstoffe, Hilfsstoffe, Abschreibungen) – muß immer ersetzt werden, um weiter produzieren zu können. Übrig bleibt das Nationaleinkommen, also die neu aufgewandte Arbeit V und M, natural bestehend aus der Produktion der Abteilung II und den Produktionsmitteln der Abteilung I, die für die Erweiterung der Produktion bestimmt sind, also ein Teil von I_m. Um diese naturale Zusammensetzung den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechend zu gestalten, gibt es unter sozialistischen Verhältnissen den Plan.

Bei steigender Arbeitsproduktivität und gleichem Arbeitsaufkommen stellt sich das gesellschaftliche Produkt bei gleichem Wert in einer größeren Anzahl von Gebrauchswerten dar. Weil der Plan die Arbeit verteilt, kann man die Arbeitsproduktivität im Maßstab der Volkswirtschaft betrachten, auch wenn sie in den einzelnen Zweigen nicht gleichmäßig steigt, denn der Plan sorgt dafür, daß die benötigte Struktur des Produkts erzielt wird, die Proportionen also eingehalten werden.

Wenn die Arbeitsproduktivitätssteigerung proportional den Reallohn heben soll, müssen im gleichen Maße mehr Konsumgüter produziert werden. Will oder muß man (wie zu Zeiten der Industrialisierung oder des Krieges) die Akkumulationsrate erhöhen, so bleibt der Reallohnzuwachs natural unter der Steigerung der Arbeitsproduktivität und ein größerer Teil des Nationaleinkommen wird in Form von Investitionsgütern oder Rüstungsgütern produziert. Wir haben oben gesehen – die Konsumtion wird beschränkt, in beiden Fällen so, daß das Kartensystem notwendig wurde. Ein höherer Anteil an Akkumulation sorgt wiederum für eine beschleunigte Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Auch bei proportionaler Steigerung des Reallohns (in Naturalform) steigt bei steigender Arbeitsproduktivität die Masse der Investitionsgüter, aber nicht die Akkumulationsrate, die bleibt konstant, der Anteil M, der für unproduktive Arbeit aufgewendet wird, als ebenfalls proportional von der Reallohnsteigerung betroffen angenommen.

In Naturalform des Nationaleinkommens gibt es nur zwei Möglichkeiten: Konsum- oder Investitionsgüter. Überschreitet die Reallohnsteigerung die Steigerung der Arbeitsproduktivität, so sinkt die Akkumulationsrate.

Wird nicht die ganze Steigerung der Arbeitsproduktivität proportional über den Lohn- bzw. Konsumtionsfonds weitergegeben, so steigt der Anteil der Akkumulation.

Gleichzeitig wächst mit fortlaufender Akkumulation der Nationalreichtum, also das aufgehäufte Produkt in Form von Grund- und Umlauffonds, auf kapitalistisch: die organische Zusammensetzung des Kapitals steigt. Eine steigende organische Zusammensetzung des Kapitals spiegelt nicht nur den gewachsenen Nationalreichtum wider, sondern spricht auch für den Fortschritt der Produktion. Lebendige Arbeit wird in immer stärkeren Maße durch vergangene Arbeit in Form von Maschinen und Ausrüstungen ersetzt und die lebendige Arbeitskraft setzt mehr Produktionsmittel in Bewegung. Genau das ist die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit. Und eben wegen der Eigentumsverhältnisse steht dem Arbeiter als Miteigentümer daran sein Anteil zu, nicht aber unter kapitalistischen Verhältnissen, weil die Steigerung der Arbeitsproduktivität dort ja durch den gewachsenen Anteil am fixen Kapital erzielt wird und nach bürgerlicher Logik dem Kapitaleigner gehört.

Das Nationaleinkommen als Ausdruck der im Jahr aufgebrachten Arbeit, besteht aus V und M, kann sich bei gleichbleibender Arbeitsmenge, z. B. in Stunden oder Tagen (also bei relativ stabiler Bevölkerung und Vollbeschäftigung), natural nur vergrößern, wenn die Arbeitsproduktivität steigt, dann stellt es sich in mehr Gebrauchswert dar. Wertmäßig, da der Wert das Maß der aufgewendeten Arbeit ist, kann es nur wachsen, wenn mehr gearbeitet wird, wenn sich also die Zahl der Arbeiter vergrößert, bzw. der Arbeitstag verlängert wird, wie zu Zeiten der Kriegswirtschaft.

Ein Steigen der Mehrproduktrate, als des Anteils M am Nationaleinkommen, heißt keineswegs stets, daß mehr akkumuliert wird. Aus M ist zu bestreiten: der Teil von V, der nicht über den Lohn gezahlt wird, also die gesamtgesellschaftliche Konsumtion, der unproduktive, aber notwendige Sektor – hier, wie gesagt, geht beides ineinander über, ein Teil davon ist V zuzurechnen (Bildung, Erholung, Gesundheitswesen u. a.), der andere den gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, z. B. Verwaltung, Verteidigung, Wissenschaft.

Am Beispiel des Wohnungsbaus kann man es festmachen: In der DDR wurde mittels niedrige Mieten ein Teil von V über das Wohnen realisiert. Gutes Wohnen nämlich hebt das Kulturniveau, wie Stalin sagte, aber Wohnungsbau ist Investition in den unproduktiven Sektor. Einmal wird damit zwar der Nationalreichtum erhöht – die Bauten sind da – aber zur Steigerung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in Zukunft trägt Wohnungsbau nicht bei, nur indirekt, über das kulturelle Niveau. Finanziert wurde der Wohnungsbau zum Großteil aus M, da die Mieten aus dem vorhandenen Bestand, niedrig, wie sie waren, keine Investitionen erlaubten. „Marktwirtschaftlich" gesehen ist solch wirtschaftliches Handeln ein offenkundiger Fehler: Erst muß man die Mieten erhöhen, na, und so weiter ...

Produktive Akkumulation ist die Erhöhung der Grund- und Umlauffonds im produktiven Bereich, in der Industrie, in der Landwirtschaft. Über z. B. Wohnungsbau wird nur gesellschaftlicher Reichtum akkumuliert, aber nicht die Produktion entwickelt.

Die Wirtschaftspolitik hat zu entscheiden, was notwendig ist. Wir sollten nicht von den bis jetzt erarbeiteten Erkenntnissen abgehen: Nämlich den sozialistischen Staat als Diktatur des Proletariats, geführt durch die kommunistische Partei, als entscheidenden Faktor der Wirtschaftspolitik anzusehen. Es gibt keine anderen Regulatoren in der sozialistischen Wirtschaft, denn das ist genau das, was Marx meinte, als er sagte, die assoziierten Produzenten arbeiten nach einen gemeinsamen Plan. Kein anderer als der

sozialistische Staat kann entscheiden, wieviel konsumiert und wieviel akkumuliert wird. Das Entscheidungskriterium kann nur sein: Was bringt den Sozialismus so schnell wie möglich voran?

Der Rest ist eine Frage der Preise und des Lohnes. Und der Umverteilung.

„Die Krisenlosigkeit, die Planmäßigkeit und die ständige Vergrößerung des Produktionsausmaßes lassen die sozialistische Gesellschaft ein beschleunigtes Tempo der erweiterten Reproduktion erreichen, das im Kapitalismus unmöglich ist“, erklärt Korjagin voller Überzeugung. Man muß ihm recht geben.

Woher kommen die Überproduktionskrisen der kapitalistischen Wirtschaft? Die Lehrmeinung: **Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung verursacht kapitalistische Krisen, davon ist der Sozialismus frei.** Man kann auch sagen: Weil im Kapitalismus die Produkte als Waren produziert werden und erst in ihrer Realisation über den Markt das Ziel der kapitalistischen Produktion, der Profit, erreicht werden kann.

Der Sozialismus dagegen ist – fundamentaler Unterschied zum Kapitalismus und eigentlich das normalste von der Welt, weil das in allen Produktionsweisen so war, außer im Kapitalismus – an der Produktion von Gebrauchswert interessiert. Nur die Masse der Konsumgüter ist in der Lage, die individuellen wie gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, ebenso wie nur reale Investitionsgüter, keineswegs aber Geld, die Arbeitsproduktivität erhöhen können. Wenn auch der Austausch zeitlebens des Sozialismus über Geld vermittelt blieb, so erfolgte die Planung doch nach Wert- und physischem Umfang der Produktion. Das Marktgleichgewicht wurde, wie Strumilin sagt, über Lohn, Preis und Steuer erzeugt. – Im Notfall durch das Kartensystem.

In der Schule haben wir alle gelernt, daß die Bedürfnisse schneller wachsen als die Produktion, die Bedürfnisse treiben die Produktion voran. Das können sie aber nur, wenn es keine grundsätzlichen, also systembedingten Konsumtionsbeschränkungen gibt. Der innere Markt muß groß genug sein, was durch die Steigerung des Reallohns erreicht wird. Ein Lohn, der sich nach dem Preis der Arbeitskraft bemißt, setzt der Konsumtion Schranken.

Allen, die meinen, im Sozialismus z. B. der DDR in den 80er Jahren hätte es an Konsumtionsmöglichkeiten gefehlt (man konnte nichts kaufen für sein Geld!), sei gesagt, daß dazumal einfach die Abstimmung, die Bilanzierung von Löhnen und Preisen mit der Masse der vorhandenen Konsumgüter nicht stimmte. Ein Planungsfehler, der nicht korrigiert wurde. Oder: ein Verstoß gegen das Gesetz der planmäßig proportionalen Entwicklung!

Kronrod meint – und bezieht sich nicht nur auf die Konsumtionsmöglichkeiten – Widersprüche seien unvermeidlich, aber im Sozialismus sei die Gesellschaft selbst an der ungehinderten Entwicklung der Produktion interessiert, da wird es nicht zu unüberbrückbaren Konflikten kommen.

„Die Planmäßigkeit des sozialistischen Reproduktionsprozesses ist notwendigerweise durch den gesellschaftlichen Charakter des Eigentums an … Produktionsmitteln bedingt. ***Die Zusammenfassung der Produktion im Maßstab der gesamten Gesellschaft*** *hat zur Folge, daß die Wirtschaft nicht mehr durch den Markt, durch das Spiel der Preise, durch Kapitalwanderungen, durch die Börse, durch den spontanen Kredit usw. spontan reguliert werden kann.“*

Im Gegensatz zum Kapitalismus besteht im Sozialismus ein direkter Zusammenhang zwischen Produktion und Konsumtion. Die Arbeit wird planmäßig verteilt und selbst die Arbeitsteilung dient dazu, die Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft zu befriedigen, und zwar nicht nur für den heutigen Tag, sondern langfristig und auf immer höherem Niveau, denn die Bedürfnisse eilen der Entwicklung der Produktion ja voran, haben wir festgestellt.

„Der ***kleinbürgerliche Konsumentenstandpunkt****, gegen den die Kommunistische Partei stets gekämpft hat und kämpft, besteht darin, daß der Versuch gemacht wird, Produktion und Konsumtion einander entgegenzustellen und die Probleme der Konsumtion zu lösen, ohne die Interessen der Produktionsentwicklung dabei zu berücksichtigen, so daß schädliche Konsequenzen nicht ausbleiben würden. Eine systematisch zunehmende Befriedigung der Bedürfnisse kann nur durch die Entwicklung der Produktion und dabei vor allem der Schwerindustrie gesichert werden.“* (Kronrod) Mit Marxismus hätten solche Ansichten nichts mehr zu tun, es läuft darauf hinaus, möglichst wenig zu arbeiten und für sich selbst möglichst viel herauszuschlagen.

Noch einmal zu den oben angeführten Definitionen der sozialistischen Reproduktion sowjetischer Ökonomen zur Stalinzeit nach ihren Hauptkriterien:

Korjagin:

- *die ständige planmäßige Erweiterung der Produktion von Produktionsmitteln und des gesellschaftlichen Gesamtprodukts,*
- *die Erhöhung der Anzahl und die ständige Qualifizierung der in der Produktion beschäftigten Werktätigen,*
- *die Festigung und Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse,*
- *daß die ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft maximal befriedigt werden und*
- *daß die Sowjetunion den Kommunismus erreicht.*

Notkin:

- *ununterbrochenes Wachstum des gesellschaftlichen Produkts,*
- *Mehrung des sozialistischen gesellschaftlichen Reichtums,*
- *systematische Reproduktion qualifizierter Arbeiter,*
- *Festigung des sozialistischen Eigentums und der sozialistischen Ordnung,*
- *Stärkung der technischen und ökonomischen Unabhängigkeit sowie der Verteidigungsfähigkeit des Lagers des Sozialismus und der Demokratie, an dessen Spitze die UdSSR steht.*

Wosnessenski:

- *das Anwachsen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts;*
- *die Vergrößerung der eingesetzten Produktionsmittel (Arbeitsinstrumente und Arbeitsgegenstände);*
- *ständiges Anwachsen der Arbeiterklasse und des Lohnfonds;*
- *den Abzug eines bestimmten Teils des gesellschaftlichen Produktes (Gewinn) für die Bedürfnisse der sozialistischenAkkumulation und des Kapitalaufbaus.*

Einheitliche Meinung ist also:

- Wachsen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts

- Wachsen der Grund- und Umlauffonds oder des gesellschaftlichen Reichtums oder der Produktionsmittel.

Danach, beim dritten Punkt; schwankt es ein bißchen. Korjagin will Anzahl und Qualifikation der in der Produktion beschäftigten Werktätigen erhöhen, Notkin beschränkt sich darauf, von systematischer Reproduktion qualifizierter Arbeiter zu reden, das klingt zwar gut, ist aber ziemlich verwaschen, Wosnessenski – ich unterstelle, daß das die Staatspolitik war, die der Leiter der Staatlichen Plankommission hier vertritt – verlangt ein **Anwachsen der Arbeiterklasse**.

Halten wir hier inne und denken darüber nach. Ökonomisch heißt das Anwachsen der Arbeiterklasse normalerweise extensive Erweiterung der Produktion (Das Gegenstück ist die intensive Erweiterung infolge steigender Arbeitsproduktivität). Diese extensive Erweiterung hat es gegeben, natürlich aber nicht im Gegensatz, sondern, wie das praktisch immer läuft, in Verbindung mit der intensiven Erweiterung: Historisch war die Sowjetunion ein Land mit überwiegend bäuerlicher Bevölkerung und im Zuge der Industrialisierung wuchs natürlich die Arbeiterklasse, erhöhte ihren Anteil an der Bevölkerung, daher die Bedeutung des Wachstums der Arbeiterklasse. Aber immerhin darf man nicht vergessen, daß hier Marxisten am Werke waren, die die Diktatur des Proletariats verwirklichten und wußten, die fortgeschrittenste Kraft der Gesellschaft, auch und gerade unter der Diktatur des Proletariats, ist die Arbeiterklasse. Es hatte also seinen guten Grund, zu verlangen, die Arbeiterklasse sollte auch zahlenmäßig gestärkt werden. Eine Begrenzung, wohlbemerkt, wird nicht genannt. Da ist kein „optimales Gleichgewicht“ in Sicht. Warum nicht? Maximale Stärkung der herrschenden Klasse kann dem Sozialismus nur dienen. Man kann auch eine ökonomischer Begründung finden, und zwar bei der allerhöchsten Autorität, bei Marx: *„Intensität und Produktivkraft der Arbeit gegeben, ist der zur materiellen Produktion notwendige Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags um so kürzer, der für freie, geistige und gesellschaftliche Betätigung der Individuen eroberte Zeitteil also umso größer, je gleichmäßiger die Arbeit unter* ***alle*** *werkfähigen Glieder der Gesellschaft verteilt ist, je weniger eine Gesellschaftsschicht die* ***Naturnotwendigkeit*** *der Arbeit von sich selbst ab- und einer anderen Schicht zuwälzen kann. Die absolute Grenze für die Verkürzung des Arbeitstags ist nach dieser Seite hin die Allgemeinheit der Arbeit.“*

Es ist nicht der schlechteste Weg zur Abschaffung der Klassen, alle zu Arbeitern zu machen. Im Sozialismus ist das keine Proletarisierung Angehöriger anderer Klassen und Schichten, sondern ein Aufstieg in die herrschende Klasse. Es ist der Weg zur Abschaffung der Klassen, zur Beseitigung des Unterschieds zwischen körperlicher und geistiger Arbeit und des Unterschieds zwischen Stadt und Land.

Im vierten Punkt drücken alle drei, so, wie sie es vermögen, aus, daß die sozialistische Reproduktion eine zielgerichtete ist. Notkin sagt, Festigung der sozialistische Produktionsverhältnisse, Unabhängigkeit und Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion. Korjagin bringt außerdem noch die Bedürfnisse ins Spiel und verlangt, daß die Sowjetunion den Kommunismus erreicht.

Da hat er recht, und erinnert sei an Strumilin, der meinte, die sowjetische Planung hätten lediglich den kürzesten Weg dahin zu durchdenken. Wosnessenski beschränkt sich dürr auf die sozialistische Umverteilung des Mehrprodukts. Zu seiner Ehre sei hier ein

Tabelle 4.28

Produktionssteigerung extensiv/intensiv

	durch Erhöhung der effektiven Arbeitszeit - extensiv -	durch Steigerung der Arbeits-produktivität - intensiv -
1. Fünfjahrplan	43 %	57 %
2. Fünfjahrplan	33 %	67 %
4. Fünfjahrplan (Nachkrieg)	$1/5 = 20\,\%$	$4/5 = 80\,\%$

weiteres Zitat aus der „Kriegswirtschaft“ angeführt: *„Die Werktätigen der Sowjetunion müssen ihre Lebensgrundlage – die sozialistische Wirtschaft – wie ihren Augapfel behüten und entwickeln.“*

Und Kronrod, nicht als Definition, aber als Merksatz: Das grundlegende Merkmal der sozialistischen Reproduktion ist, ***„. . . daß es sich um den ununterbrochen Entwicklungsprozeß der gegebenen sozialökonomischen Formation handelt, den Prozeß ihrer Bewegung von der niederen ersten Stufe des Sozialismus zur höheren zweiten Stufe, der Stufe des vollentwickelten Kommunismus.“***

Also keine Stagnation, im Gegenteil, ein unentwegtes Vorantreiben der Entwicklung. Keine Selbstgenügsamkeit, sondern Orientierung auf das Ziel, den Kommunismus! Stalin drängte (Über die Aufgaben der Wirtschaftler, 1931): *„Das Tempo verlangsamen, das bedeutet zurückbleiben. Und Rückständige werden geschlagen.“* Man darf über den ökonomischen Problemen den Klassenkampf nicht vergessen.

Oben sind die Worte von der extensiven und der intensiven Erweiterung der Produktion gefallen. Bekanntlich war nach der „Wende“ eine beliebte These, die sozialistische Produktion habe den Übergang von der extensiven zur intensiven Wirtschaftsweise nicht geschafft. So lange man aus dem Vollen schöpfen konnte, ging alles gut – aber dann! – Die folgenden Zahlen von Notkin sollten diesen Irrtum ausräumen: Die Steigerung des Nationaleinkommen wurde durch extensive und intensive Erweiterung erreicht, verteilt wie Tabelle 4.28 zeigt.

Weil diese Reproduktion eine sozialistische ist, müssen selbstredend auch die sozialistischen Produktionsverhältnisse erweitert reproduziert werden. In den ersten Fünfjahrplänen sah man das auf den ersten Blick: Der Anteil der verstaatlichen Industrie am Gesamtprodukt nahm schnell zu, die kapitalistischen Reste wurden aus der Industrie und dem Handel verdrängt. Wir haben zu Anfang schon festgestellt: während der NÖP befand sich der sozialistische Sektor in Konkurrenz zum kapitalistischen – und machte das Rennen. Ein nächster Schub in Richtung Vergesellschaftung erfolgte mit der Kollektivierung. Nachdem in der Sowjetunion die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt hatten, war eine erweiterte sozialistische Reproduktion nur möglich über das Wachstum der Wirtschaft und der Produktion, nicht nur absolut, sondern auch nach dem Anteil der Sowjetunion an der Weltproduktion. Diese Aufgabe wurde von Stalin

auf dem XVIII. Parteitag in der Fassung gestellt, die wichtigsten Industrieländer in der Pro-Kopf-Produktion einzuholen.

Intern blieb die Aufgabe der Angleichung der beiden Eigentumsformen, also die Annäherung des genossenschaftlichen Eigentums an das allgemeine Volkseigentum, nach Stalin über Erweiterung des Produktentausches und Vergrößerung der Kolchose.

Der Austausch in der Wirtschaft wurde über Geld vermittelt. Stalin hatte 1952 erklärt, warum es in der Sowjetwirtschaft Warenproduktion gab (s. o.) – wegen der beiden sozialistischen Eigentumsformen, dem staatlichen und dem genossenschaftlichen.

Es reicht also nicht, nur die Gebrauchswerte zu planen. Korjagin: *„Das gesellschaftliche Produkt der sozialistischen Gesellschaft wird* ***stofflich*** *und* ***wertmäßig*** *reproduziert."* Die grundlegenden Unterschiede zur *„kapitalistischen und jeder sonstigen Warenproduktion"* sind:

- Waren gehören vereinigten sozialistischen Produzenten (Staat, Kolchose, Genossenschaften).
- Waren sind hauptsächlich Konsumgüter. Produktionsmittel sind keine Waren, die werden vom Staat als Eigentümer planmäßig an seine Betriebe verteilt.
- Die Aufwendungen an Arbeitskraft werden durch Konsumgüter gedeckt, die als Waren erscheinen.

„In Abteilung I der gesellschaftlichen Produktion nimmt der überwiegende Teil der ökonomischen Beziehungen zwischen den Zweigen und Betrieben nicht den Charakter eines Warenaustausches an, obgleich die äußere Form der Wertverhältnisse bestehen bleibt", sagt Korjagin. ***„Es handelt sich hierbei hauptsächlich um einen internen Austausch zwischen den Betrieben des gleichen – des volkseigenen – Produktionssektors, bei dem kein Wechsel des Eigentümers stattfindet.*** *Aber ein Teil der wirtschaftlichen Beziehungen in der Abteilung I ist nach wie vor Kauf und Verkauf."* (landwirtschaftliche Rohstoffe)

„Die dem Sozialismus eigene Verteilung der Produktion von Produktionsmitteln und Konsumgütern zwischen dem staatlichen und dem genossenschaftlichen Sektor verlangt, daß beim Austausch der Erzeugnisse der Abteilungen I und II sowohl Waren- als auch Nichtwarenbeziehungen bestehen ... Da zwei Formen sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und den hergestellten Erzeugnissen bestehen, muß die Bevölkerung hauptsächlich in Form von Kauf und Verkauf ... mit Konsumgütern versorgt werden." „Das Gesamtprodukt der Abteilung II besteht aus Konsumtionsmitteln und setzt sich im wesentlichen aus Waren zusammen. Doch ein gewisser Teil ... wird in der sozialistischen Gesellschaft nicht zu Waren." Nämlich der Eigenverbrauch der Kolchosmitglieder, hier nehmen die Produkte nicht die Warenform an. Beim „Nichtwarenaustausch" in Abteilung I bleibt die Ware-Geld-Form äußerlich erhalten.

Kronrod nennt es ein Erfordernis des ökonomischen Grundgesetzes, daß durch ununterbrochene Erhöhung und Vervollkommnung der Technik ein Fluß der ständigen Erneuerung der Produktion erfolgt. Das verlangt eine systematische Akkumulation und weil *„der Sozialismus ... jede parasitäre Konsumtion ausschließt und die maximale Ausnutzung aller materiellen Produktionsressourcen sowie den rationellen Einsatz aller Arbeitskräfte der Gesellschaft sichert, schafft (er) eine Akkumulationsrate, die um ein Vielfaches größer ist als im Kapitalismus."*

Die ununterbrochene Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung ist ein Gesetz der sozialistischen Reproduktion, wird festgestellt. *„Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik“*, so nach Stalin das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus.

Was aber ist die maximale Befriedigung der Bedürfnisse? Stalins Definition spricht von den Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft. Damit ist das Problem sozusagen erledigt. Die Definition sagt nicht mehr und nicht weniger, als daß das gesamte Nationaleinkommen für die Bedürfnisse der **gesamten** Gesellschaft eingesetzt wird. Das aber sagt noch lange nichts über die Verteilung des Nationaleinkommens zwischen individueller, gesellschaftlicher Konsumtion und Akkumulation. Weil die Bedürfnisse ständig wachsen, nicht nur die des Einzelnen, auch die der Gesellschaft, ist es notwendig, daß die Produktion im gleichen Maße wächst, was nur mittels Technisierung geht. Die Technisierung wiederum verlangte eine entsprechende Akkumulationsrate.

Ein schlechtes Beispiel: Unter die gesellschaftliche Konsumtion fällt auch die Verwaltung, woran zu sehen ist, da fängt das *„strengste Sparsamkeitsregime“*, nach dem schon Lenin verlangte, an. Der Schrei nach Entbürokratisierung hat handfeste ökonomische Gründe. Rigoros gespart wurde an der Verwaltung, als dem Sowjetstaat das Wasser bis zum Halse stand, nach dem faschistischen Überfall. Die Anzahl der Beschäftigten in kulturellen und administrativen Dienststellen wurde halbiert, hat Wosnessenski berichtet.

Es bleibt dabei. Mehr als das Nationaleinkommen kann nicht verteilt werden, das ist eine Binsenweisheit, da helfen auch Kredite nicht. Mehr als das Nationaleinkommen kann man sich nicht leisten.

5 Chruschtschows Beginn

Über die Person Chruschtschows herrscht heute, 50 Jahre später, Klarheit. Ihm ist Verrat zuzurechnen, kein „Irrtum". Er wußte, was er tat. Und er verlor keine Zeit. Hier, wohlbemerkt, interessiert nur die „neue Linie" in der Wirtschaftspolitik. Seine insgesamt revisionistische Politik ist hinreichend bekannt. Wie also sah der Revisionismus in der Wirtschaft aus?

Zuerst einmal ist festzuhalten: die Methode war typisch revisionistisch, wir trafen, wie Strumilin sagt, *„stets auf einen maskierten Feind ..., der unser Vertrauen nutzte und oft, wenn auch nicht die marxistische Methode, so doch zumindest die marxistische Phraseologie nicht schlecht beherrschte."*

Im März 1953 starb Stalin, bis zum Juli dauerte Chruschtschows Machtkampf, dann war es ihm gelungen, Berija auszuschalten, und im Juli begann er schon, die Erfolge der sowjetischen Wirtschaft zu relativieren: *„Eine Unterschätzung der ökonomischen Stimuli hatte dazu geführt, daß die realen Wachstumsmöglichkeiten der Produktion und deren Reserven schlecht genutzt wurden und für die schöpferische Aktivität der Massen zuwenig Raum blieb. In vielen örtlichen Fragen war die Entscheidung immer mehr nach dem Zentrum verlagert worden."* (Geschichte der KPdSU, 1978).

Im vorigen Kapitel haben wir die Wachstumsraten der sowjetischen Wirtschaft gewürdigt. Diese lagen höher als die der US-Wirtschaft. Meines Wissens sind so hohe Wachstumsraten über längere Zeit – also dauerhaftes, stabiles Wachstum – noch nie erreicht worden. Später auch nie wieder. Wir haben oben ebenfalls, bei der Kriegswirtschaft, gesehen, wie das Leistungsprinzip durchgesetzt wurde, und auch die Folgen, wenn der Lohn, ein ökonomischer Stimulus, schneller steigt als die Arbeitsproduktivität, zur Kenntnis genommen. Eine Unterschätzung, so pauschal, hat es nie gegeben. Man hätte mit gleichem Recht auch das Gegenteil behaupten können. Chruschtschow macht Stimmung, das ist alles, so muß man auch den Appell an die schöpferische Aktivität der Massen werten. Die Dezentralisierung allerdings war schon Programm.

Im September konnte Chruschtschow sich seiner Herzensangelegenheit zuwenden, den Bauern. Er, 1. Sekretär der KPdSU, der Partei der Arbeiterklasse, hatte das *„Zurückbleiben der Landwirtschaft"* entdeckt.

Noch 1978 stellte die „Geschichte der KPdSU" fest: *„Große Anstrengungen richtete die Partei darauf, das Zurückbleiben der Landwirtschaft zu überwinden, das ein starkes Hindernis für den Aufschwung der Volkswirtschaft war, die Hebung des Wohlstandes der Werktätigen und den Vormarsch der Sowjetgesellschaft zum Kommunismus hemmte."*

Das Septemberplenum 1953 schätzte ein, es liegt erstens an den Kriegsschäden, zweitens hatte nach dem Krieg erst einmal die Schwerindustrie Vorrang. Aber: *„Die Ursachen für das Zurückbleiben der Landwirtschaft beruhten auch auf Unzulänglichkeiten in der Leitungstätigkeit. Die vordem getroffenen Maßnahmen lagen häufig nicht in der Richtung, die* ***ökonomisch tatsächlich notwendig*** *gewesen wäre. Die materielle Interes-*

Tabelle 5.1

Gesamtproduktion der Landwirtschaft (%)	
1. Fünfjahrplan – 1932	100
2. Fünfjahrplan – 1937	153
3. Fünfjahrplan – 1940	177
4. Fünfjahrplan – 1950	225*

(* das sind mehr als 125 %, bezogen auf den 3. Fünfjahrplan)

siertheit der Kolchose und Kolchosbauern an der Steigerung der Produktion wurde nicht die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet. Bei vielen landwirtschaftlichen Erzeugnissen boten die Erfassungs- und Aufkaufpreise keinen Anreiz zur Produktion.“

Was ist dran am Zurückbleiben der Landwirtschaft?

Der 4. Fünfjahrplan, der erste nach dem Krieg, sah die Wiederherstellung und Festigung der Kolchose und MTS vor. Die Gesamtproduktion sollte sich so entwickeln: Tabelle 5.1. Im gleichen Jahr 1946 befaßte sich das ZK der KPdSU(B) mit der Landwirtschaft und faßte Beschlüsse zur Überwindung von Mängeln wie *„verantwortungslose Verfügung über gesellschaftlichen Grund und Boden, Veruntreuung gesellschaftlichen Eigentums der Kolchose, falsche Berechnung und Verwendung der Arbeitseinheiten“*. (Geschichte der KPdSU) *„Der gesellschaftliche Grund und Boden, das den Kolchosen gehörende Vieh sowie andere materielle Werte, die verschiedene Organisationen und Institutionen in Nutzung hatten oder die gesetzwidrig an Einzelpersonen übergeben worden waren, wurden den Kolchosen zurückerstattet, deren Verwaltungsapparat wurde eingeschränkt.“* (ebd.)

Es wurden im 4., dem Nachkriegs-Fünfjahrplan fast ebenso viele Traktoren geliefert wie in den ersten beiden Planjahrfünften. Die Kunstdüngerbereitstellung wurde verbessert, der Bedarf konnte aber nicht gedeckt werden, das war schon bei der Planaufstellung klar. Wosnessenski (zum 4. Fünfjahrplan) stellt fest: *Eine Erhöhung der Ernteerträge und Vergrößerung der Gesamterträge ist nur möglich auf Grundlage der sozialistischen Produktionsweise, deshalb:*

1. *mit allen Mitteln den gesellschaftlichen Reichtum der Kollektivwirtschaften festigen und vervielfältigen, die Viehzuchtfarmen schnellstens wiederherstellen und weiterentwickeln und die öffentlichen Fonds vergrößern*
2. *Bedeutung des Arbeitstags innerhalb der Organisation der Produktion und der Verteilung der Einkünfte –* ***der Arbeitstag muß wieder ergiebig werden!***
3. *Prämie: für Steigerung der Anbaufläche, Steigerung der Ernteerträge, Steigerung des Viehbestands*
4. *Ständige Kader von Landarbeitern schaffen, denen Parzellen zugeteilt werden und finanzielle Hilfe beim Erwerb eigner Wohnhäuser, eigenen Viehs*
5. *Außerdem produktive Hilfe für Baltikum, Moldau, Ukraine, Belorußland, um die Kriegsschäden zu überwinden.*

Der Plan 1947 rügte die Vergeudung der Arbeitseinheiten in Kolchosen – das bedeute Gleichmacherei, dazu die mangelhafte Normung – all das verhindert die Steigerung der

Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft. Das Problem der Landwirtschaft war also schon zu Stalins Zeiten bekannt.

Trotzdem erreichte die Landwirtschaft im 4. Fünfjahrplan das Vorkriegsniveau (im wesentlichen, sagt die Geschichte der KPdSU), das aber mit einer weit geringeren Anzahl von Arbeitskräften. Die materiell-technische Basis der Landwirtschaft hatte sich erweitert und erneuert.

1950 begann man, kleine Kolchose zusammenzulegen, um die neue Technik vernünftig ausnutzen zu können. Es gab vorher Minikolchose mit nur 10 bis 30 Höfen, also ungeeignet für landwirtschaftliche Großproduktion. (1950 – 254 000 Kolchose, 1953 – 93 000 Kolchose) Der XIX. Parteitag (Oktober 1952) stellte der Landwirtschaft folgende Aufgaben:

- Erhöhung der Hektarerträge aller Kulturpflanzen
- Weitere Vergrößerung des gesellschaftlichen Viehbestandes und der Produktivität des Viehs (für die Kolchose wurden z. B. die Milchleistung/Kuh unter 2000 kg festgelegt, für Sowchose dagegen auf über 3000, wegen der verbreiteteren und besseren Stallhaltung in den Staatsgütern)
- Verbesserung der Ergebnisse durch Einführung fortschrittlicher Technik und fortschrittlicher Ackerbaumethoden.

Die detailliert aufgeführten Hektarerträge zeigen, daß es hier durchaus Reserven gab. Die Mechanisierung sollte sich weiter erhöhen, die Bodenschutzmaßnahmen würden erweitert werden, neue Gebiete waren zu bewässern. Wosnessenski (zum 4. Fünfjahrplan, 1946) führt als dritten Punkt die später von Chruschtschow als vernachlässigt denunzierte und als „Neuheit“ geforderte materielle Interessiertheit ins Feld: Prämien gab es für die Steigerung der Anbaufläche, der Hektarerträge, des Viehbestands, also für konkrete, abrechenbare Ergebnisse, die in der gewünschten Richtung lagen, für die physische Form des Produktes. Die Wirtschaftlichkeit der Kolchose sollte verbessert werden durch (Maßnahmen von 1946 bis 1952):

- Festigung der Kolchose und Erhöhung ihres gesellschaftlichen Reichtums
- Mechanisierung
- Verbesserung der Methoden (Fruchtfolge, besseres Saatgut, Be- und Entwässerung, ...)
- Einsparung von Verwaltungskosten
- Vergrößerung der Kolchose.

Das sind alles Maßnahmen, die die Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft steigern. Sogar das kritikwütige Septemberplenum 1953 stellte fest, daß die landwirtschaftliche Bruttoproduktion von 1940 bis 1952 zu vergleichbaren Preisen um 10 % gewachsen war. „Nur“ allerdings.

Chruschtschow zog die indirekten Mittel vor. Der Erfolg sollte über die Preise belohnt werden. Von einer Gegenfinanzierung ist nichts bekannt, die trug der Haushalt des Staates, der nach seinem Selbstverständnis die Diktatur des Proletariats war.

Rauf mit den Erfassungspreisen! Und so wurden sofort die Preise geändert (nach Kronrod): Bereits ab 1953, es war ja schon September, aber man konnte nicht einmal den Jahreswechsel abwarten, wurden die Erfassungspreise für Vieh und Geflügel auf das 5,5fache, für Milch und Butter auf das 2fache, für Kartoffeln auf das 2,5fache und für

Gemüse um 25 bis 40 % erhöht. *„Die Geldeinnahmen ... für die ... im Rahmen der Pflichtablieferung erfaßte Produkte waren im Jahr 1953 um fast 45 % höher als 1952“*, stellt Kronrod fest. Das merkt man schon. Und das, obwohl die Preiserhöhung nur für knapp 4 Monate des Wirtschaftsjahres galt!

Man fragt sich entsetzt, ob die Lage der Bauernschaft wirklich so schlecht war, wie es dargestellt wird. Gerade heute, wo die Schauermärchen über die Kollektivierung immer wieder aufgewärmt werden, ist man geneigt, den Bauern zu bedauern, wie das auch Wolkogonow 1989 tut, und zwar verlästert er den Warenaustausch zwischen Kollektivwirtschaften und Staat, um Stalins „Ökonomische Probleme“ zu verunglimpfen: *„Sollte Stalin wirklich nicht gewußt haben, daß die Kolchose nach wie vor über gar nichts verfügten und daß die Lage dieser abhängigen Schicht, zu der die Bauern infolge der Stalinschen Agrarpolitik degradiert worden waren, einen Punkt erreicht hatte, an dem die völlige Ausweglosigkeit begann?“*

Chruschtschow würde helfen! Aber man soll ja nicht ungeprüft glauben, was da erzählt wird. Immerhin hatte sich Stalin erst 1952 mit dem Vorschlag von Sanina und Wensher auseinandergesetzt, die meinten, die Kollektivwirtschaften seien reich genug, um die Landtechnik von den MTS zu kaufen. In einem oder anderthalb Jahren konnte doch keine solche Verarmung stattgefunden haben.

Und da waren noch mehr: Während des Krieges „floß das Geld von der Stadt aufs Dorf“, haben wir gesehen, und nicht alle Überschüsse hat die Geldreform von 1947 liquidiert. Während des Krieges kamen auch die Bauern für Anleihen auf, das wurde schon registriert. Verarmt also konnte man das Dorf nicht nennen, im Gegenteil. Die Kolchoswirtschaft hatte das Dorf vorangebracht. Die zeitweilig besetzten Gebiete hatten es natürlich schwer, das betraf aber auch die städtische Bevölkerung. Die Kriegsschäden trug die ganze Sowjetunion, Überfluß gab es in der Wiederherstellungsperiode nirgends.

Es bleibt also nur die Beschuldigung, daß die *„Maßnahmen nicht in der ökonomisch notwendigen Richtung lagen“*, sogenannte ökonomische Hebel, materielle Stimulierung, mehr zahlen, damit die Leute mehr arbeiten, weil sie wissen, „es lohnt sich“. Also Steigerung der Arbeitsintensität, nicht Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Aber wir wollen nichts unterstellen. Es kann ja sein, die Erfassungspreise lagen wirklich zu niedrig.

Erfassungspreise sind die Preise, die für die Pflichtablieferung an den Staat von diesem gezahlt werden. Die Pflichtablieferungen wiederum gehen auf die Naturalsteuer zurück, schließen einen Anteil vom Mehrprodukt ein, das der Staat von den Bauern beansprucht. Strumilin, wir erinnern uns, hatte früher schon ausgerechnet, ob das Dorf nicht zu sehr belastet würde. Außerdem kann man den Mehrproduktanteil an den Pflichtablieferung in der Sowjetunion auch als Bodennutzungsgebühr auffassen. Der Boden war ja seit der Oktoberrevolution nationalisiert. Beides trifft nicht ganz, denn immerhin wurde von staatswegen ja doch gezahlt, also materiell stimuliert, nur eben nicht „der volle Wert“. Die Kollektivwirtschaften waren nach wie vor zum Großteil Selbstversorger. Saatgut, Lebensmittel, Futter für den eigenen Bedarf wurde selbst produziert. Dazu die Pflichtablieferungen, über die, wie gesagt, ein großer Teil des Mehrprodukts oder, auf sozialistisch, des Produkts für die Gesellschaft, an den Staat ging, weiter Lieferungen über Verträge an den Staat, außerdem Waren für den Kolchosmarkt. Eine Einkommensteuer für die

Kollektivwirtschaften wurde auch erhoben.

Diese Verteilung und Umverteilung sicherte niedrige Lebensmittelpreise für die Stadt.

Erfassungspreise wertgerecht festzulegen, hieße, dem Dorf das volle Produkt zu überlassen, während jeder Arbeiter seinen Teil zum Mehrprodukt leisten muß. Man kann das über Steuern ausgleichen, gewiß. So macht es z. B. der kapitalistische Staat.

Wie realistisch waren die neuen Erfassungspreise? Jakowez, der 1973 über die Preise in der Planwirtschaft nachdachte, erklärte: Das Steigen der Aufkaufpreise machte wichtige Produkte für den Staat zum Verlustbringer (Fleisch, Butter, Kartoffeln). Diese Preissteigerungen (der Kolchosmarkt folgte) führte zu einem langsameren Steigen der Realeinkünfte – es zeigte sich ein gewisser Rückgang der Kaufkraft des Rubels.

Ich glaube, das ist Urteil genug. Ab 1953 war der sozialistische Staat also gezwungen, Nahrungsmittel zu subventionieren. Planmäßig. Die Folgen ließen nicht auf sich warten. Nikita Chruschtschow selbst beschwerte sich schon auf dem XX. Parteitag gekränkt über die Gewissenlosigkeit mancher Leute: *„Lebensmittel, die billig sind, werden von stadtnahen Kolchosen aufgekauft und ans Vieh verfüttert, die Aufkaufpreise erlauben das.“*

Er weiß, *„... daß in unserem Lande für Erzeugung von Milch und Fleisch wesentlich mehr Arbeit aufgewendet wird als in den USA. Infolgedessen sind in der UdSSR in der Landwirtschaft mehr Menschen beschäftigt als in den USA.“* Was schert uns die Arbeitsproduktivität, aber die menschenfeindlichen Zustände in den USA –

„Bei uns liegen die Dinge anders. Die Kollektivwirtschaft ist ein genossenschaftlicher Betrieb. In ihr sind alle Kolchosbauern Herren ihrer Wirtschaft, vollberechtigte Mitglieder des landwirtschaftlichen Artels, und sie verteilen die Arbeit selbst unter sich. Das ist auch ganz natürlich, dient doch in unserer sozialistischen Gesellschaft alles dem Zweck, die wachsenden Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Die Kolchosbauern lassen denjenigen nicht im Stich, der nicht mehr mit ganzer Kraft arbeiten kann. Daher wird die Landbevölkerung in der UdSSR zahlenmäßig etwas größer sein als die der USA, selbst dann, wenn der Arbeitsaufwand je Erzeugniseinheit bei uns geringer sein wird als in den USA, und das werden wir erreichen. Trotzdem muß man sagen, daß die Arbeitskraft bei uns noch nicht produktiv genug genutzt wird.“

Dies Zitat erfreut sich unverdienterweise nicht der Beliebtheit seiner Anti-Stalin-Rede. Sozialistische Wohltätigkeit hemmt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Es wäre zu fragen gewesen, warum die staatlichen Betriebe, die Sowchose, produktiver waren. Und wieviel Zeit so ein Kollektivbauer bei der unproduktivsten Form der landwirtschaftlichen Arbeit zubringt, nämlich auf seinem individuellen Hof.

Über die Sowchos-Preise liegt eine Untersuchung von Marinko (1958, Wertgesetz) vor. Die Untersuchung ist tendenziös, weil zu dieser Zeit schon alles auf eine Wirtschafts- und Preisreform hinarbeitete, ganz im Sinne Chruschtschows. Aber immerhin kann man sich an die Zahlen halten.

Sowchose sind Landwirtschaftsbetriebe im staatlichen Eigentum und wurden behandelt wie Industriebetriebe. Marinko also stellt fest: 1934–1954: Ablieferung zu niedrigen Preisen an den Staat, die Preise deckten den Produktionsaufwand nicht, von Gewinn ganz zu schweigen. Daraus ergab sich ein ganzes System von staatlichen Subventionen. Er ist ehrlich genug zu sagen, daß hätte 1934 eine Berechtigung gehabt, denn da wurde

die *„moderne Technik erschlossen und die Grundlagen für die Organisation einer hochmechanisierten landwirtschaftlichen Großproduktion gelegt“.* Man sah die Subventionen als zeitweilige Erscheinung an. *„Und in der Tat, bereits zum Ende des zweiten Planjahrfünfts hatten die Sowchosen auf dem Gebiet der Produktionskostensenkung beachtliche Leistungen vollbracht.“*

Ganz konnte man aber die Subventionen noch nicht aufheben, weil die Erfassungspreise, die vor 1940 galten, im Vergleich zu den Planselbstkosten noch immer zu niedrig blieben. Dann stagnierte die Selbstkostensenkung, weil zwar einerseits die Arbeitsproduktivität in den Sowchosen stieg, andererseits aber die Preise der Erdölprodukte und andere Produktionsmittel stiegen. – Wir haben das oben schon gesehen, daß die Preise in der stalinistischen Wirtschaft keineswegs konstant waren.

Die niedrigen Aufkaufpreise für die Sowchose konnten trotz der Steigerung der Arbeitsproduktivität die Selbstkosten nicht decken und so wurden noch vor dem Krieg die Transportkosten von den Erfassungsstellen übernommen und für Sowchoslieferungen Aufkaufshöchstpreise festgelegt die etwa 40 % über den Erfassungspreisen lagen. Für Produkte der Nebenzweige wurde der Einzelhandelspreis minus Handelsspanne gezahlt. *„Damit bestand eine reale Perspektive zur Abschaffung der Subventionen und der Sicherung der Rentabilität auf Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung“*, sagt Marinko.

Dann aber kam der Krieg und die Selbstkosten stiegen wieder. *„Wegen der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der gesamten Volkswirtschaft.“* Es kam noch schlimmer: 1947 stiegen mit der Abschaffung des Kartensystems und der Geldreform die Löhne und Gehälter und der Sowchos ist kein Selbstversorger, er verteilt nicht das Ergebnis, er muß Lohn zahlen. 1949 stiegen in Verbindung mit der Reform der Abgabepreise in der Industrie die Preise für Futterkonzentrate, Ersatzteile, Mineraldünger usw. Es blieb also bei Subventionen. 1953 waren die Planselbstkosten bei Getreide zu 66 %, Milch zu 57 %, Rindfleisch zu 77 % und Schweinefleisch zu 73 % gedeckt.

Marinko muß allerdings zugeben, daß bei der Selbstkostensenkung noch erhebliche Reserven vorhanden sind: *„In den führenden Sowchosen betragen die Selbstkosten/Erzeugniseinheit häufig nur die Hälfte der in der gleichen Zone gelegenen rückständigen Sowchosen.“*

Die Preise, die die Sowchose erhielten, scharf kalkuliert, entsprachen demnach etwa dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand. Die Preise waren damit annähernd wertgerecht. Die Aufgabe wäre gewesen, die zurückgebliebenen Sowchose auf das Niveau der Fortgeschrittenen zu bringen, nicht die Preise zu erhöhen.

Welche Arbeit gesellschaftliche notwendig ist, hängt vom Stand der Arbeitsproduktivität ab, der wiederum von der „Ausstattung der Arbeit mit Energie“, also mit Landtechnik, das haben wir schon behandelt. Ein weiteres Feld der Rationalisierung ist die Arbeitsorganisation, also die Frage der landwirtschaftlichen Großproduktion, um die Technik auch rationell einsetzen zu können. Daran wurde gearbeitet, inzwischen subventioniert. Wie Stalin sagte: die Rentabilität muß man vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sehen und nicht auf Krämerart.

Es ist folglich anzunehmen, daß die neuen Erfassungspreise sogar über dem Wert lagen, wenn man der Wertbestimmung nicht die tatsächlich aufgewendete Arbeit, sondern die

gesellschaftlich notwendige, wie es nach Marx richtig ist, zugrunde legt. Der Wert lag ungefähr bei: alter Erfassungspreis $\times 1,4$, bei dem Sowchospreis.

Nach dem Produkt für die Gesellschaft fragte scheinbar keiner mehr.

Welcher der beiden befreundeten Klassen die neue Wirtschaftspolitik zugute kam, sagt Kronrod so nebenbei: *„In den Jahren 1940–1958 stieg der Reallohn der Arbeiter und Angestellten auf* ***fast*** *des Doppelte und die Realeinkünfte der Bauern auf* ***mehr*** *als das Doppelte."* Der 6. Fünfjahrplan führte dies als Aufgabe fort: Der Reallohn der Arbeiter und Angestellten soll um 30 % steigen, die (Real-)Einkünfte der Kolchosbauern aber sollen um 40 % steigen.

Landwirtschaftsmaschinen werden neuerdings, ab 1958, noch vor dem XXI. Parteitag, den Kolchosen verkauft. Das ist genau der Vorschlag von Sanina und Wensher, den Stalin 1952 grundsätzlich abgelehnt hat.

Nach Kronrod befanden sich 1950 im staatlichen Eigentum ca. 200 000 Fabriken, 5000 Sowchose, 9000 MTS, das hieß 99,4 % der Produktionsfonds waren gesellschaftliches Eigentum, davon 91 % Staatseigentum, der Rest kollektivwirtschaftlich. Mit dem Verkauf der Landtechnik erhöht sich also der Anteil des kollektivwirtschaftlichen Eigentums zu Lasten des Staatseigentums, des allgemeinen Volkseigentums.

Chruschtschow besitzt die Frechheit, die Maßnahme ganz im Gegensatz zu Stalin als Mittel zur Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu erklären (XXI. Parteitag): *„Die Formen des Eigentums verändern sich nicht willkürlich, sondern auf der Grundlage der Gesetze der Ökonomik, hängen vom Charakter und vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte ab. Die Kolchosordnung entspricht voll und ganz dem Stand und den Erfordernissen der Entwicklung der modernen Produktivkräfte im Dorfe ... Heute, da die leistungsfähige, moderne Technik unmittelbar in die Kolchosen gelangt, geht das Wachstum der gesellschaftlichen Produktion der Kolchose schneller vor sich."* – Es ist der reine Hohn. Der maskierte Feind bedient sich der marxistischen Phraseologie.

Stalin, der die Warenproduktion mit dem Kommunismus für unvereinbar hielt, wollte die Warenzirkulation keinesfalls ausweiten, was unter Chruschtschow prompt geschehen ist. Die Landtechnik wird zur Ware. Die Kolchose sind jetzt Eigentümer der Technik, früher war es der proletarische Staat. Ärgerlich ist eins – das Volkseigentum ist allgemeines Eigentum und nicht das der Arbeiterklasse, nur der Staat als Diktatur der Arbeiterklasse kann deren Interessen vertreten, der Staat aber ist unter Chruschtschow ja zum Staat des ganzen Volkes mutiert. Was vom „freien Volksstaat" zu halten ist, steht bei Marx, in den Randglossen zum Gothaer Programm. In der Sowjetunion hat die Arbeiterklasse als Teil des Volkes keinerlei besondere sozialistische Eigentumstitel. Die Bauern stehen also besser da.

Chruschtschow aber meint: *„Wenn wir vor gar nicht so langer Zeit ein Zurückbleiben in ... der Landwirtschaft zu verzeichnen hatten, so nicht deshalb, weil die kollektivwirtschaftliche Form die Entwicklung der Produktivkräfte hemmte, sondern deshalb, weil die Möglichkeiten und Vorzüge, wie sie die Kolchosordnung bietet, schlecht genutzt wurden ... Mit der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte wird auch der Grad der Vergesellschaftung ... höher, es geht eine Annäherung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums an das allgemeine Volkseigentum vor sich, die Grenzen zwischen ihnen werden*

Tabelle 5.2

Anbauflächen und Ertrag	1950	1955
Getreideanbaufläche (Mill. ha)	102,9	126,4
Getreideanbaufläche (%)	100	122
Bruttogetreideertrag (%)	100	129

allmählich verwischt ...“

Warum sollten sich die Grenzen verwischen, fragt man sich erstaunt, aber er hat Antworten parat: Weil die unteilbaren Fonds der Kolchose wachsen. Weil die Bedürfnisse der Kolchosbauern immer vollständiger befriedigt werden, und zwar aus der gesellschaftlichen Wirtschaft, nicht aus der unproduktiven Nebenwirtschaft, weil die Kolchose gemeinsam Verarbeitungsbetriebe, Kraftwerke und anderes bauen. Und schließlich, weil dank Mechanisierung und Elektrifizierung die landwirtschaftliche Arbeit auch eine Art industrieller Arbeit wird.

Soviel Schlagfertigkeit verblüfft, da vergißt man glatt die Frage, was all dies, so richtig es sein mag, mit den Unterschieden zwischen kollektivwirtschaftlichen und staatlichen Eigentum, die zu überwinden sind, zu tun hat.

Chruschtschow kommt aber darauf zurück: *„Die historisch unvermeidliche Verschmelzung der kollektivwirtschaftlichen Form des Eigentums und der Form des allgemeinen Volkseigentums wird in Zukunft nicht durch den Abbau des kollektivwirtschaftlichen Eigentums erfolgen, sondern durch Erhöhung des Grades seiner Vergesellschaftung mit Hilfe und Unterstützung des sozialistischen Staates. – Die Verschmelzung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums mit dem staatlichen Eigentum zum allgemeinen Volkseigentum ist nicht bloß eine organisatorisch-wirtschaftliche Maßnahme, sondern die Lösung des tiefen Problems der Überwindung des wesentlichen Unterschieds zwischen Stadt und Land.“*

Um das „wie“ hat er sich immer noch gedrückt, mit gutem Grund. Zur Beruhigung der Zweifler: es ist historisch unvermeidlich.

Man soll nicht denken, das war alles. Auf Chruschtschows Konto geht auch die Neuland-Kampagne. Er stellte fest, die Getreideanbauflächen reichen nicht, man muß Neuland erschließen. Gewissenhaft erklärt die Geschichte der KPdSU die Ein-Mann-Entscheidung so: *„Die Hauptmethode zur Steigerung der Getreideproduktion war zu dieser Zeit die Erschließung von Neu- und Brachland in Kasachstan, Sibirien, dem Wolgagebiet, Nordkaukasien und anderen Gebieten des Landes.“*

Es hilft nichts, man muß es wiederholen, die Maßnahmen unter Stalins Führung, vor Chruschtschow, zielten auf Steigerung der Arbeitsproduktivität, auf Intensivierung der Produktion: Festigung der Kolchose, Mechanisierung, Verbesserung der Methoden, Einsparung von Verwaltungskosten, Vergrößerung der Kolchose. Hier, bei Chruschtschow wird auf die Arbeitsproduktivität gepfiffen und schnöde extensiv erweitert: Mehr Land unter den Pflug, mehr Arbeitskräfte!

Tabelle 5.3

Maisanbaufläche (Mill. ha)	
1954	1955
5,4	18

Auf dem XX. Parteitag wertet er zwei Jahre Neulandgewinnung aus. In nur 2 Jahren wurden 28–30 Mill. ha urbar gemacht, diese bringen 2 Mrd. Pud Getreide. (Wir rechnen um: 2 Mrd. $\times$ rd. 16 kg = 32 Mill. t. Das entspricht also rund 10–11 dt/ha.) Aufs Neuland wurden 200 000 Traktoren und andere Landtechnik geschickt, dazu 350 000 Geworbene, die dem Appell des ZK an die Jugend folgten. Das sind Mittel, die man erst einmal aufbringen muß. Das Ergebnis zeigt Tabelle 5.2. Was sagen diese Zahlen? Die Anbaufläche wuchs langsamer als der Bruttoertrag. Wenn mindestens 28 Mill. ha. Neuland hinzu kamen, nahm die frühere Anbaufläche sogar ab. Auf den früheren Anbauflächen aber wurde der Ertrag gesteigert.

Chruschtschows Logik: *„Manche Genossen werden vielleicht fragen, ob es denn richtig ist, wenn wir Neuland in dürrebedrohten Gebieten erschließen. Die Untersuchung der uns vorliegenden Daten hat erwiesen, daß die Getreidewirtschaft in Kasachstan, Sibirien und im Uralgebiet selbst dann rentabel und wirtschaftlich gerechtfertigt ist, wenn dort periodisch Dürrejahre auftreten. Falls von 5 Jahren nur in 2 Jahren gute Ernten erzielt werden, ein Jahr eine mittlere Ernte und die restlichen beiden Jahre Mißernten bringen, dann läßt sich dennoch die Getreidewirtschaft bei den verhältnismäßig geringen Aufwendungen, die der Getreideanbau unter den gegebenen Bedingungen erfordert, mit großem Gewinn betreiben, und man kann billiges Getreide bekommen ... Er (der Weg) gewährleistet, daß die Getreideproduktion in kürzester Frist bei geringstem Aufwand an Kräften und Mitteln erheblich zunimmt."*

Chruschtschow ist noch nicht am Ende: um Krasnojarsk, Irkutsk, Chabarowsk und im Fernöstlichen Küstengebiet kann man noch mehr Neuland gewinnen. Bei soviel zusätzlichen Marktgetreide, über das der Staat verfügt, kann der Staat dazu übergehen, die Maisanbauflächen in der Ukraine und im Nordkaukasus beträchtlich zu erweitern und dort Fleisch, Milch und technische Kulturen zu produzieren. So erklärt sich, warum die Getreideanbauflächen im bereits kultivierten Gebiet zurückgehen. (Tabelle 5.3) Aber man macht es Chruschtschow schwer: durch sorgloses Verhalten der leitenden Funktionäre lieferte der Mais ungenügende Erträge in Belorußland, Lettland, Litauen, Estland, Kostroma, Jaroslawl, Tula – dabei ist der Mais überall geeignet!

Für den 6. Fünfjahrplan war festgelegt worden, bis 1960 solle Bruttoproduktion von Getreide um 70 % steigen. Das war 1955, Chruschtschows Reformen waren schon im vollen Gange. Auf dem XXI. Parteitag 1959, im Rechenschaftsbericht, meldete Chruschtschow den Erfolg: Die Getreideernte stieg um 39 %.

Baumwolle und Zuckerrüben brachten Rekordergebnisse, die Erfassung von Milch hat sich verdoppelt, Fleisch stieg um 56 %, Wolle um 60 %.

Im Siebenjahrplan soll die landwirtschaftliche Produktion um 70 % steigen, dazu muß

man die Hektarerträge steigern, **denn der letzte Aufschwung kam durch Erweiterung der Anbauflächen**, die Neulandgewinnung. Es wird mehr Dünger bereitgestellt, besseres Saatgut.

Wenn die Landwirtschaft auch bevorzugt bedient wurde, so hatte Chruschtschow noch viel weiter reichende Ziele. Er fand manches verbesserungsbedürftig in der sowjetischen Wirtschaft.

Wir kommen auf das Septemberplenum von 1953 zurück: Korjagin berichtet 1956: *„Das Septemberplenum des ZK der KPdSU wies darauf hin, daß sich 1953 in der Sowjetunion eine sichtbare Diskrepanz zwischen dem Wachstumstempo der sozialistischen Großindustrie und der städtischen Bevölkerung sowie dem Wohlstand der Massen einerseits und dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der Landwirtschaft andererseits gebildet hat ... Jetzt besteht in der Sowjetunion eine derartige Industrie und es sind alle materiellen und technischen Voraussetzungen für eine wesentliche Beschleunigung der Entwicklung aller Zweige der sozialistischen Landwirtschaft gegeben. Grundlage ist die weitere rasche Entwicklung der Schwerindustrie ... Das Zurückbleiben der Landwirtschaft widerspricht den Erfordernissen des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus und des Gesetzes der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft sowie den Gesetzmäßigkeiten der erweiterten Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtprodukts. Hätte man diese Proportionen von Industrie und Landwirtschaft noch längere Zeit beibehalten, so hätten später größte Schwierigkeiten entstehen können, sei es beim normalen, den Reproduktionsgesetzen entsprechenden Austausch der Produkte zwischen Abteilung I und II der gesellschaftlichen Produktion, sei es beim Ersetzen aller Bestandteile des gesellschaftlichen Produkts und folglich auch bei der ständigen Vergrößerung des Wohlstandes der Werktätigen in Stadt und Land.*

Um diese Nichtübereinstimmung zu überwinden und die ständige Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensstandards des Sowjetvolkes zu gewährleisten, arbeiteten Partei und Regierung ein Programm für den weiteren Aufschwung der sowjetischen sozialistischen Landwirtschaft aus. Dort ist vorgesehen, die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung an Nahrungsmitteln in den nächsten Jahren ausreichend zu befriedigen sowie Leicht- und Lebensmittelindustrie mit genügend Rohstoffen zu versorgen. Infolgedessen können zwischen den Abteilungen I und II der gesellschaftlichen Produktion die richtigen Proportionen hergestellt werden und es gelingt, die gesellschaftliche Produktion insgesamt zu beschleunigen, ***darunter auch*** *die Schwerindustrie."*

Übersetzen wir das marxistisch gefärbte Kauderwelsch.

- Es gibt Disproportionen in der Volkswirtschaft
- Das ökonomische Grundgesetz ist in Gefahr, wird verletzt, durch die beschränkten Konsumtionsmöglichkeiten
- Der Austausch zwischen Abteilung I und II ist gefährdet und damit die Steigerung des Volkswohlstandes
- Vorrang hat natürlich die Schwerindustrie, das ist seit Lenin unbezweifelt
- Aber weil gegen das Gesetz der planmäßig proportionalen Entwicklung, gegen das Grundgesetz und die Gesetzmäßigkeiten der erweiterten Reproduktion verstoßen wurde, wird künftig am Aufschwung der Landwirtschaft gearbeitet, zwischen Abteilung I und II werden die richtigen Proportionen hergestellt, um *„die gesellschaft-*

liche Produktion insgesamt zu beschleunigen, darunter auch die Schwerindustrie.“

Noch kürzer: die Abteilung II ist zurückgeblieben, darin bestehen die Disproportionen, die sich darin zeigen, daß die Konsumtion nicht schnell genug wächst. Also muß man jetzt die Abteilung II bevorzugen.

Die Ökonomen standen verdutzt, denn bis jetzt galt als sicher, Grundlage für ein stabiles, stetiges Wirtschaftswachstum ist die vorrangige Entwicklung der Abteilung I. Und seit 1939 galt als Hauptaufgabe, die wichtigsten Industrieländer in der Pro-Kopf-Produktion der wichtigsten Erzeugnisse einzuholen. Diese Aufgabe war noch nicht erfüllt.

Korjagin erklärt: von 1929 bis 1952 waren mehr als 4/5 aller staatlichen Investitionen für die Schwerindustrie bestimmt gewesen. Jetzt *„haben Partei und Regierung die Planauflagen für die Abteilung II der gesellschaftlichen Produktion sowie die Investitionen in diesen Zweigen erhöht ... So wurden beispielsweise im 2. Halbjahr 1953 die staatlichen Investitionen für den Bau von Betrieben, die Bedarfsgüter erzeugen, gegenüber dem ersten Halbjahr ... um nahezu 50 % erhöht.“* Er beruhigt sich und den Leser, daß im Jahr 1954 das bisher größte Investitionsvolumen geplant ist, auch in der Schwerindustrie. Außerdem bekommt die Landwirtschaft 1954 80 % mehr Mittel aus dem Staatshaushalt.

Notkin: *„... hat die kommunistische Partei der Sowjetunion nachdrücklich betont, daß sich bei dem* ***neuen Entwicklungsstand*** *der sowjetischen Volkswirtschaft die Proportionen im Tempo der Produktionssteigerung bei Produktionsmitteln und für den Verbrauch der Bevölkerung ändern müssen. Durch die neue Situation ist es möglich und notwendig geworden, neben dem weiteren Ausbau der Schwerindustrie und des Verkehrswesens auch die Landwirtschaft und die Verbrauchsgüterindustrie beschleunigt zu fördern ...“*

Aber wegen der Vorzüge des Sozialismus, der schnellen krisenfreien Entwicklung, der Planmäßigkeit: *„Daher kann der sozialistische Staat bei einer hochentwickelten Schwerindustrie – auf lange Sicht gesehen – das Entwicklungstempo der Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie aufeinander abstimmen und für besondere Zeitabschnitte sogar eine besonders rasche Zunahme der Verbrauchsgüterproduktion planen.“* Obwohl sich Notkin schnell angepaßt hat, muß man sagen, er hat recht: Der Staat kann so planen, es gibt nichts, was ihn hindern könnte. Wie erfolgreich eine solche Wirtschaftspolitik ist, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Neu übrigens ist nicht der Entwicklungsstand – neu ist die wirtschaftspolitische Linie.

Bulganin sieht sich genötigt, auf dem ZK-Plenum im Juli 1955 einiges klarzustellen: *„Lenin lehrt, daß die bevorzugte, d. h. die rascheste Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln ein ökonomisches Gesetz ist.“* Die Kommunistische Partei richtet sich nach diesem ökonomischen Gesetz! Es bleibt bei der bevorzugten Entwicklung der Schwerindustrie! *„Neuerdings tauchen einzelne Wirtschaftswissenschaftler auf und suchen zu beweisen, daß in der gegenwärtigen Periode die Notwendigkeit einer schnellen Entwicklung der Schwerindustrie entfalle.“*

Weil die Schwerindustrie schon hochentwickelt ist, sie wollen ein gleiches oder schnelleres Entwicklungstempo der Leichtindustrie. – Leider hatten aber nicht *„die einzelnen Wirtschaftswissenschaftler“* angefangen, das öffentlich zu beweisen, sondern das ZK der KPdSU auf seinen diversen Tagungen hatte es einfach, sogar ohne Beweis, behauptet!

„Solche Behauptungen sind dem Marxismus/Leninismus zutiefst fremd und stellen einen Versuch dar, die Generallinie der Partei zu revidieren, ***einen Versuch, das Land auf den Weg der Einschränkung der Produktion von Metall, Elektroenergie, Kohle, Erdöl, Maschinen und Ausrüstungen zu führen, was für die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft verderblich sein würde****, die Sowjetunion angesichts des feindlichen imperialistischen Lagers entwaffnen und die Wirtschafts- und Verteidigungsmacht unserer Heimat untergraben würde."*

Das ist die Parteilinie, ihm wird nicht widersprochen. Gleichzeitig erfolgt aber eine Umverteilung größeren Maßstabs, weil man die Warnung nicht ernst nahm:

- Erhöhung der Erfassungspreise für die Landwirtschaft
- Erhöhung der Investitionen für Abteilung II, die Konsumgüterproduktion
- Zusätzliche Investitionen in die Landwirtschaft, z. B. Neulandkampagne.

Wort und Tat der Partei gingen, wie man sieht, auseinander.

Auch der Sowjetstaat kann das Geld nur einmal ausgeben – Wenn man zu Gunsten der Abteilung II umverteilt, muß die Abteilung I mit weniger auskommen. Kronrod registriert *„für die Entwicklung der Landwirtschaft nach dem Septemberplenum 1953: Veränderung der Proportionen der Haushaltmittelverwendung"*.

Über die Konsumtion wird nichts eingespart. Da wird die Politik der Senkung der Preise fortgesetzt, denn das Kredo war ja: Bei richtiger Wirtschaftspolitik können wir die Bedürfnisse viel besser befriedigen, den materiellen Wohlstand schneller heben. Wir, die neue Führung, beseitigen jetzt die Fehler der alten Führung. Um das den Massen klarzumachen, mußten wirklich schnelle und spürbare Maßnahmen getroffen werden, koste es, was es wolle.

Das Juli-Plenum der KPdSU 1955 brachte noch eine neue Erkenntnis: *„Wir stehen an der Schwelle zu einer neuen wissenschaftlich-technischen Revolution, die in ihrer Bedeutung weit über die industrielle Revolutionen, die mit der Dampfmaschine und der Elektrizität verbunden waren, hinausgeht."*

Vorher war von technischem Fortschritt die Rede. Man war seit den ersten Fünfjahrplänen stolz darauf, die bestausgerüstetsten Werke zu haben. Die sowjetische Wissenschaft eroberte langsam auf immer mehr Gebieten Spitzenpositionen. Zu Stalins Zeiten wäre keiner auf den Einfall gekommen, das Revolution zu nennen. Beschleunigung, ja. Die Truppe Chruschtschows aber brauchte Exklusivität: Neue Probleme verlangen neue Lösungen!

Damit war es noch nicht genug.

Das Februar-Plenum von 1957 ging daran, die Leitung der Volkswirtschaft umzugestalten. Wir brauchen uns nicht mit Ministerien oder Volkswirtschaftsräten zu befassen – hier genügt die Feststellung aus der „Geschichte der KPdSU": *„Das bedeutete den Übergang vom Zweig- zum Territorialprinzip in der Leitung der Industrie ... Bei Funktionären und Leitern kam ein zuungunsten der gesamtstaatlichen Interessen eng auf lokale Interessen gerichtetes Denken auf."* Experimente zur Trennung der Perspektiv- von der laufenden Planung zielten in die gleiche Richtung – Schwächung der zentralen Leitung der Wirtschaft.

Über die Rolle des planenden und wirtschaftsleitenden Staates wurde oben ausführlich gesprochen, man braucht das nicht noch einmal zu wiederholen. Gegen zentrale Planung

aufzutreten, ist eigentlich ein direkter Angriff auf den Sozialismus, denn das heißt, große Teile des wirtschaftlichen Kreislaufs auf irgendeine Art dem Selbstlauf zu überlassen. Der Staat wird auf solche Art seiner Verantwortung als Eigentümer nicht gerecht.

Diese Kampagne lief natürlich auch unter marxistischer Flagge: Einsparung von Verwaltungsaufwand, also ein Schlag gegen die Bürokratie. Heute würde man sagen: sehr medienwirksam!

Chruschtschow erklärte auf dem XXI. Parteitag (1959): *„Die bürgerlichen Wirtschaftler und Politiker haben wiederholt orakelt, daß die Sowjetunion, nachdem sie die Volkswirtschaft nach dem Kriege wieder aufgebaut hat, gezwungen sein würde, die Entwicklung ihrer Wirtschaft zu verlangsamen. Aber diese Prophezeiungen sind wie eine Seifenblase geplatzt. Die sowjetische Wirtschaft setzt ihre schnelle Entwicklung auch weiterhin fort.“*

Man muß leider sagen, daß alle aufgeführten Maßnahmen der Chruschtschow-Regierung dazu angetan waren, die wirtschaftliche Entwicklung abzubremsen und den *„bürgerlichen Wirtschaftlern und Politikern“* recht zu geben:

- Verstärkte Entwicklung der Abteilung II zu Lasten der Abteilung I
- Ungerechtfertigte Preisänderungen, ohne auf den Wert zu achten
- Schwächung der zentralen Planung
- Dezentralisierung der Wirtschaft
- Veränderung der Eigentumsstruktur zuungunsten des Volkseigentums
- Ausweitung der Warenwirtschaft.

Die Auswirkungen dieser Maßnahmen zeigen sich selbstverständlich nicht gleich am Jahresende. Erst 1964 waren die Wirkungen so offensichtlich, daß man Chruschtschow seines Amtes enthob. Es war eingetreten, was die Bürger prophezeit hatten: das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung war zurückgegangen.

Chruschtschow stellte einfach die Frage nach dem Verhältnis Konsumtionsfonds zu Akkumulationsfonds vom *„kleinbürgerlichen Konsumentenstandpunkt“* aus.

Die Fragestellung war selbstverständlich in erster Linie ideologisch. Dieser Standpunkt wurde damit gesellschaftsfähig, die Leute dachten darüber nach. Praktisch waren der Durchführung noch Grenzen gesetzt durch die bisherige erfolgreiche Wirtschaftspolitik mit ihren Grundsätzen, z. B. daß die Abteilung I schneller zu wachsen habe als die Abteilung II. Das ließ sich nicht von heute auf morgen umstellen, weder praktisch noch nach dem allgemeinen Verständnis. In den folgenden Plänen wird der Spagat versucht, ohne daß man bewährte Prinzipien ganz aufgibt.

Die Ökonomen haben seither immer wieder das „Optimum“ zwischen Konsumtion und Akkumulation gesucht. Wie die Wirtschaftspolitik auch. Notkin schreibt Ende der 70er Jahre, in der Sowjetunion habe es Perioden verstärkter Akkumulation gegeben und Perioden, in denen dann die Konsumtion aufholte. Glücklich war er damit nicht und hoffte, der entwickelte Sozialismus würde solche Extreme vermeiden. Weil Akkumulation die Konsumtion von morgen ist, verlangsamten nämlich die „Aufholperioden“ das Wachstum.

Ein Kriterium für richtige Wirtschaftspolitik, denke ich, sollte die kontinuierliche Entwicklung sein: gleichmäßige oder steigende Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität und des Produktionsumfanges, kontinuierlich steigendes Realeinkommen.

Chruschtschows lauthals erklärtes Ziel war die Hebung des Konsumtionsniveaus der

Tabelle 5.4

Einzelhandelsumsatz	1940	1950	1957	1958	1959
zu laufenden Preisen (Mrd. Rbl.)	175,1	359,6	625,0	677,2	718,3
Index des physischen Volumens	100	110	258	274	296
					(Kronrod, Geld)
1950 = 100*		100	235	249	269
1957 = 100*			100	106	115

(* bezogen auf den Index des physischen Volumens)

Bevölkerung. Wir haben Zahlen: Tabelle 5.4. Der XIX. Parteitag gab für den 5. Fünfjahrplan 70 % Zuwachs des Einzelhandelsumsatzes vor, das sind jährlich 11 %. Basisjahr ist 1950, also, großzügig statt auf 1955 auf 1957 bezogen: 170 : 235.

Chruschtschow hatte den Zuwachs also verdoppelt. Der populistische Trick ist aber nur einmal anwendbar, dann gehen die Zuwachsraten beim Konsumtionsfonds zurück, weil das neue Verteilungsverhältnis zwischen Konsumtion und Akkumulation hergestellt ist und man die Akkumulation ja nicht ganz vernachlässigen darf. 1958 werden real 6 % erreicht, 1959 8,5 %.

Jeder Versicherungsvertreter kann ausrechnen, wann ein kontinuierliches 11%iges Wachstum ein, sagen wir, 8%iges überholt: ausgehend von den vorhandenen Zahlen werden so 1969 bei 8 % 639 erreicht, bei 11 % 654. Notkin hat recht mit seinem Spruch: die Akkumulation von heute ist die Konsumtion von morgen.

Übrigens hinkt auch der Vergleich mit 1940 auf beiden Füßen: erstens lagen fünf Kriegsjahre in dieser Zeit. Zweitens hatte die Sowjetunion in diesem Krieg 20 Millionen Menschen verloren.

Wenn wir oben festgestellt haben, auf Chruschtschow trifft die Version „Verrat“ zu, so kann man jetzt die böse Absicht als bewiesen nehmen.

5.1 Der neue Kurs

Die Wirtschaftswissenschaftler zeigten sich noch irritiert, schließlich kam der neue Kurs von der KPdSU, die höchste Autorität genoß. Korjagin vergewissert sich: *„Die sozialistische Reproduktion ist jedoch immer eine erweiterte Reproduktion … die vorrangige Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln kommt auch darin zu Ausdruck, daß sich die Industrie schneller entwickelt als die Landwirtschaft, weil die entscheidenden Produktionsmittel – die Produktionsinstrumente – in der Industrie geschaffen werden. Die Proportionen zwischen Industrie und Landwirtschaft müssen das ununterbrochene Wachstum der Industrieproduktion und der Landwirtschaft gewährleisten.“*

Und nun kommt die neue Linie: Entsprechend den Erfolgen in der Entwicklung der sozialistischen Industrie und dem wachsenden Wohlstand des Sowjetvolkes werden die

Anforderungen an die Landwirtschaft immer größer.

Die Frage nach den Proportionen zwischen Abteilung I und II beantwortet Korjagin nach Marx, blättert in Stalins „Ökonomischen Problemen" und den Beschlüssen des XIX. Parteitags. Aber warum nicht: *„In der sozialistischen Wirtschaft kann sich aber auch das Wachstumstempo der Produktion von Konsumtionsmitteln einige Jahre hindurch dem Wachstumstempo der Produktion von Produktionsmitteln nähern. Dies kann erforderlich werden, wenn die sich rasch entwickelnde Schwerindustrie die materiellen und technischen Voraussetzungen für die Beschleunigung des Wachstumstempos der Produktion von Konsumtionsmitteln schafft und wenn es notwendig ist, den Rückstand der Produktion von Konsumtionsmitteln aufzuholen und solche Proportionen zwischen den Abteilungen I und II der gesellschaftlichen Produktion herzustellen, die im gegebenen Moment den gesamtstaatlichen Interessen und Aufgaben der weiteren Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen am besten entsprechen."*

Ganz sicher ist er seiner Sache nicht: *„... kann sein ... "*, *„wenn es notwendig ist ... "* Jetzt lernen sie das „sowohl als auch". Früher wurde verlangt, entsprechend der Interessen der Arbeiterklasse zu denken. Jetzt wird das Interesse der Arbeiterklasse als herrschender Klasse an der Stärkung des Sozialismus durch die Interessen des Einzelnen an der Konsumtion ersetzt.

Auf dem XX. Parteitag kam ein Rüffel: Die Wirtschaftswissenschaft sei zurückgeblieben, besonders, was Wirken und Ausnutzung des Wertgesetzes betrifft.

Zagolow („Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus", öffentliche Diskussion 20.–23. Januar 1958, Redaktion Zagolew) rechtfertigt sich und seine Kollegen: *„Aber auch die Praxis der Preisbildung, die in einzelnen Teilen der Volkswirtschaft vor dem Septemberplenum des ZK der KPdSU 1953 mit den Erfordernissen des Wertgesetzes in Widerspruch stand, hemmte die theoretische Arbeit auf dem Gebiet der Ausnutzung des Wertgesetzes."*

Die Erfahrung lehrte indessen, muß er feststellen, daß die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft und Einhaltung des Wertgesetzes nicht in einen ausweglosen Konflikt geraten, das beweist der Siebenjahrplan, der den Aufbau des Kommunismus beschloß!

„Die Diskussion über die Warenproduktion und das Wertgesetz im Sozialismus, die 1956 begann, gestaltet sich immer lebendiger. Sie zieht einen beständig wachsenden Kreis von Wirtschaftstheoretikern und -praktikern in ihren Bann", sagt Zagolow, denn das ist keine *„akademische"*, *„vom Leben losgelöste Frage"*, denn ***„das Wertgesetz ist in erster Linie ein Gesetz der Preise."*** Und damit haben wir es genauer, als man hoffen konnte: der – von Chruschtschow und Co. – angezettelte Streit geht um die Grundlagen der Preispolitik, um den Aufbau des Preissystems in der sozialistischen Wirtschaft.

Die Teilnehmer der Diskussion sind sich dessen bewußt. Mit der Preispolitik sind alle wichtigen Probleme des kommunistischen Aufbaus verbunden:

- Gestaltung der grundlegenden ökonomischen Wechselbeziehungen zwischen den Klassen der sozialistischen Gesellschaft
- Desgleichen zwischen Stadt und Land
- Verhältnis Akkumulation – Konsumtion
- Verteilung und Umverteilung des Nationaleinkommens
- Verteilung der Arbeitskräfte und der materiellen Mittel auf die Zweige und Stand-

orte
- Wirtschaftliche Rechnungsführung
- Ausnutzen der materiellen Interessiertheit.

Große Dinge geschehen: *„In den letzten Jahren hat die Partei große Mängel im früher geltenden Preissystem kühn und entschlossen aufgedeckt und auf diesem Gebiet eine Reihe sehr wichtiger und* ***weittragender*** *Maßnahmen getroffen."* Die Genossen Wirtschaftswissenschaftler waren sich der Bedeutung der Preispolitik vollkommen bewußt, wie man sieht. Es sind also nicht nur die „fehlerhaften" Erfassungspreise in der Landwirtschaft. Das ganze Preisgefüge soll sich verändern.

Seit 1953 wurden überall Fehler und Mängel registriert. Wir sahen oben Korjagins Verunsicherung und man kann sich denken, daß die allgemein war, und nicht nur bei den Wirtschaftswissenschaftlern, sondern auch beim interessierten Publikum. Galt früher unbestritten, daß in der sowjetischen Wirtschaft große Erfolge erzielt wurden, Schwierigkeiten zu überwinden waren, schon allein deswegen, weil die Generallinie richtig und unantastbar war, so wurde jetzt alles in Frage gestellt und der Schwerpunkt auf die Fehlerdiskussion gelegt. Das Wirtschaftswachstum, das sogar den Westen beeindruckte und die Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft bewies, wurde behandelt, als sei es das normalste von der Welt, wurde behandelt, als sei es eine Kleinigkeit.

Erkenntnisse, die bisher als gesichert galten, wurden in Frage gestellt.

Es sollten nicht nur „Fehler" korrigiert werden, die neue Führung wünschte es ganz anders zu machen. Sie wollte den neuen Kurs. Die Wirtschaftswissenschaft sollte das theoretische Rüstzeug dazu liefern. Schon das allein war ein „neuer Kurs". Unter Lenin und Stalin hatte die kommunistische Partei die Grundfragen der politischen Ökonomie nicht in Akademikerkreisen regeln lassen. Diese Diskussionen und Auseinandersetzungen wurden in der Partei geführt, und hier wurde zuerst einmal die Klassenfrage geklärt. Wosnessenski erklärt in der ökonomischen Diskussion 1931: *„... die politische Ökonomie des Sozialismus wird durch die theoretische Arbeit der gesamten Partei geschaffen, die die sozialistische Gesellschaft aufbaut."*

Nikita Chruschtschow dagegen ließ sich „zuarbeiten". Abgesehen davon, daß er sich ein leichtes Leben verschaffte, waren für den Fall, etwas ging schief, auch schon die Sündenböcke da.

Um an die Preise zu kommen, muß man sich über den Wirkungsbereich des Wertgesetzes einigen. Das Wertgesetz aber ist das Gesetz der Warenproduktion, deshalb die Diskussion über die Warenproduktion im Sozialismus. Es war noch gar nicht lange her, daß sich Stalin dazu definitiv geäußert hatte und dieses Hemmnis, Stalins Autorität, mußte überwunden werden.

6 Waren und Warenproduktion

6.1 Der Standpunkt der Klassiker

Der Streit ging um Warenproduktion und Wertgesetz. Damit später nicht laufend zitiert werden muß, hier erst einmal, was bei den Klassikern steht. Bevor man in diese Diskussion geht, tut man gut daran, sich des früher Gelernten zu versichern.

Was ist sind Waren? Was ist Warenproduktion?

Marx im „Kapital“: S.57/I: *„Nur Produkte selbständiger und voneinander unabhängiger Privatarbeiten treten einander als Waren gegenüber.“*

S.61/I: *„Dieselbe Arbeit ergibt daher in denselben Zeiträumen stets dieselbe Wertgröße, wie immer die Produktivkraft wechsle.“*

S. 86/I: *„Dagegen hat die Wertform und das Wertverhältnis der Arbeitsprodukte, worin sie sich darstellt, mit ihrer physischen Natur und den daraus entspringenden dinglichen Beziehungen absolut nichts zu schaffen. Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt.“*

S. 87/I: *„Gebrauchsgegenstände sind überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind.“*

S. 183/184/I: *„Um Ware zu werden, darf das Produkt nicht als unmittelbares Subsistenzmittel für den Produzenten selbst produziert werden. Hätten wir weiter geforscht: Unter welchen Umständen nehmen alle oder nimmt auch nur die Mehrzahl der Produkte die Form der Ware an, so hätte sich gefunden, daß dies nur auf der Grundlage einer ganz spezifischen, der kapitalistischen Produktionsweise geschieht.“*

S. 595/I: *„Um Geld in Kapital zu verwandeln, genügt nicht das Vorhandensein von Warenproduktion und Warenzirkulation. Es mußten erst, hier Besitzer von Wert oder Geld, dort Besitzer der wertschaffenden Substanz; hier Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln, dort Besitzer von nichts mehr als Arbeitskraft einander als Käufer gegenübertreten.“*

S. 79/II: *„Die Verwandlung von Geldkapital in produktives Kapital ist Warenkauf zur Warenproduktion. Nur soweit die Konsumtion diese produktive Konsumtion ist, fällt sie in den Kreislauf des Kapitals selbst; ihre Bedingung ist, daß vermittels der so konsumierten Waren Mehrwert gemacht wird. Und dies ist etwas sehr verschiedenes von Produktion und selbst Warenproduktion, deren Zweck die Existenz der Produzenten ist; ein so durch Mehrwertsproduktion bedingter Ersatz von Ware durch Ware ist etwas ganz anderes als Produktentausch – nur durch Geld vermittelt – an sich ist.“*

S. 859/III: *„Zweitens bleibt, nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich Buchführung hierüber, we-*

sentlicher denn je wird.“

Marx, Kritik des Gothaer Programms: *„Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einen Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteil der Gesamtarbeit existieren.“*

Bei Engels, Anti-Dühring (S. 264) steht: *„Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über den Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation.“*

Immer noch Engels, Anti-Dühring, S. 286: *„Indem ich also sage, eine Ware hat einen bestimmten Wert, sage ich 1. daß sie ein gesellschaftlich nützliches Produkt ist; 2. daß sie von einer Privatperson auf Privatrechnung produziert ist; 3. daß sie, obwohl Produkt von Privatarbeit, dennoch gleichzeitig und gleichsam ohne es zu wissen oder zu wollen, auch Produkt von gesellschaftlicher Arbeit ist, und zwar von einer bestimmten, auf einem gesellschaftlichen Wege, durch den Austausch festgestellten Menge derselben; 4. drücke ich diese Menge nicht aus in Arbeit selbst, in soundso viel Arbeitsstunden, sondern in einer anderen Ware.“*

Lenin, Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, 1919: *„Die Arbeit ist in Rußland insofern kommunistisch vereint, als erstens das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft ist und zweitens die proletarische Staatsmacht in gesamtnationalen Maßstab die Großproduktion auf staatlichem Grund und Boden und in staatlichen Betrieben organisiert, die Arbeitskräfte auf die verschiedenen Wirtschaftszweige und Betreibe aufteilt und die dem Staat gehörenden Konsumtionsmittel im großen Rahmen unter die Werktätigen verteilt.“*

Lenin, Über die Naturalsteuer: *„Die Naturalsteuer ist eine der Formen des Übergangs von einem durch äußerste Not, Ruin und Krieg erzwungenen eigenartigen ‚Kriegskommunismus‘ zu einem geregelten sozialistischen Produktentausch.“*

Lenin hielt Sozialismus und Warenwirtschaft für unvereinbar, liest man erstaunt in Bd. 20, auf S. 19: *„Eine solche Idee in bezug auf die nationale Frage ähnelt der Idee Proudhons in Bezug auf den Kapitalismus. Den Kapitalismus und seine Grundlage, die Warenproduktion, nicht vernichten, sondern diese Grundlage von Mißbräuchen, Auswüchsen usw. säubern; den Tausch und den Tauschwert nicht abschaffen, sondern ihn, im Gegenteil, ‚konstituieren‘, ihn zum allgemein gültigen, absoluten, ‚gerechten‘ Wert machen, der von Schwankungen, Krisen und Mißbräuchen frei wäre – das war Proudhons Idee.*

Ebenso kleinbürgerlich wie Proudhon ist, wie seine Theorie den Tausch und die Warenproduktion zu etwas Absolutem macht und zu einer Perle der Schöpfung erhebt, ebenso kleinbürgerlich sind die Theorie und das Programm der ‚national-kulturellen Autonomie‘, die den bürgerlichen Nationalismus zu etwas Absolutem machen, zu einer Perle der Schöpfung erheben und ihn von Gewalt, Ungerechtigkeiten usw. säubern wollen.“

Bei Lenin finden sich anläßlich der Einführung der NÖP aber auch reichlich Zitate für die Warenproduktion. Auf dem X. Parteitag: *„Erstens ist eine gewisse Freiheit des Umsatzes, eine Freiheit für den kleinen Privateigentümer notwendig, und zweitens müssen*

Waren und Produkte beschafft werden. Was wäre das für eine Freiheit des Umsatzes, wenn nichts umzusetzen ist, was wäre das für eine Freiheit des Handels, wenn es nichts zu handeln gibt!“

Lenin fragt weiter, läßt sich das vereinbaren, eine kommunistische Partei, die für die Freiheit des Handels ist? Ja, man könne *„die Freiheit des Kapitalismus für den kleinen Landwirt wiederherstellen ... es kommt auf das Maß an. Wären wir imstande, auch nur eine geringe Menge von Waren zu bekommen und hielten wir sie in der Hand des Staates, in der Hand des Proletariats, das die politische Macht besitzt, so würden wir als Staat zu unserer politischen Macht die ökonomische Macht hinzufügen.“*

Stalin, das wurde schon zitiert, sagte (Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans): *„Die Stabilität der Sowjetvaluta wird vor allem durch die gewaltigen Menge von Waren in den Händen des Staates gesichert, die zu festen Preisen umgesetzt werden.“* – da waren die Privatproduzenten schon so gut wie beseitigt.

Allerdings werden unter „Warenumsatz“ auf dem XVII. wie auf dem XVIII. Parteitag nur der Einzelhandel und der genossenschaftliche Handel erfaßt. Nehmen wir letzteres als üblichen Sprachgebrauch.

Wosnessenski, der nicht zu den Klassikern zählt, als langjähriger Vorsitzender der staatlichen Plankommission aber für die Stalinsche Wirtschaftspolitik mitverantwortlich zeichnet, sah die Sache komplexer, als Wirtschaftskreislauf (Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion): *„Die sozialistische Gesellschaft der UdSSR hat ihre eigene Form des Warenaustausches ... Eine ganze Reihe von Besonderheiten prinzipieller Art unterscheidet den Sowjethandel vom kapitalistischen Handel. Der Sowjethandel ist die Form des Austausches von Waren, deren wesentlichster und überwiegendster Teil in den sozialistischen Betrieben produziert wird. Der Formwechsel Ware – Geld oder Geld – Ware kennzeichnet in der sozialistischen Gesellschaft in der Hauptsache den Warenaustausch zwischen den sozialistischen Betrieben (darunter zwischen den staatlichen Betrieben und den Kolchosen) und der Realisierungsform des Anteils der Arbeiter, Bauern und der Intelligenz am gesellschaftlichen Produkt.“*

Die Ware kenne in der sozialistischen Gesellschaft nicht den Konflikt zwischen Wert und Gebrauchswert, des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Der Preis basiert auf den Produktionskosten, wird aber vom Sowjetstaat festgelegt.

„Der Sowjethandel schließt die hauptsächlichsten Produktionsmittel und die Arbeitskraft aus der Sphäre des ***privaten*** *Kaufs und Verkaufs aus.“* Er merkt, das reicht nicht und schiebt nach: *„Die Arbeitskraft ist in der sozialistischen Gesellschaft nicht eine Ware, die auf den kapitalistischen Arbeitsmärkten verkauft wird.“*

Stalin (Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR) hat nun den Ärger mit den Widersprüchen zwischen Theorie und Praxis: *„Manche Genossen behaupten, die Partei habe falsch gehandelt, als sie nach Ergreifung der Macht und Nationalisierung der Produktionsmittel in unserem Lande die Warenproduktion beibehalten hat. Sie sind der Meinung, die Partei hätte damals gleich die Warenproduktion beseitigen müssen.“* (s. obiges Engels-Zitat)

Die Antwort kennen wir schon: Grund für die Warenproduktion sind die beiden Formen des sozialistischen Eigentums. Nach der Oktoberrevolution war die Lage noch ex-

tremer, da stand der verstaatlichten Industrie die Millionenmasse der einzelbäuerlichen Produzenten gegenüber.

Muß die Warenproduktion zum Kapitalismus führen? Nein: *„Die Warenproduktion führt nur in dem Fall zum Kapitalismus, wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, wenn die Arbeitskraft als Ware auf den Markt tritt, die der Kapitalist kaufen und im Produktionsprozeß ausbeuten kann, wenn folglich im Lande das System der Ausbeutung der Lohnarbeiter durch die Kapitalisten besteht.“*

Hier wird der Begriff geprägt: *„**Warenproduktion besonderer Art**, eine Warenproduktion, ohne Kapitalisten, die es hauptsächlich mit den Waren vereinigter Produzenten (Staat, Kollektivwirtschaften, Genossenschaften) zu tun hat, deren Wirkungsbereich auf die Gegenstände des persönlichen Bedarfs beschränkt ist ...“*

Die dritte Antwort an A. I. Notkin macht den Warenbegriff am Eigentumsübergang bei Kauf und Verkauf fest. Der Staat ist und bleibt Eigentümer der Produktionsmittel, auch wenn er sie an seine Betriebe „verteilt“. Daß die Betriebe die Produktionsmittel „bezahlen“ müssen, fällt unter Rechnungsführung, nämlich: *„Warum aber spricht man dann vom Wert der Produktionsmittel, von ihren Selbstkosten, von ihrem Preis und ähnlichem? aus zwei Gründen. Erstens ist das erforderlich für die Kalkulation, für Verrechnungen, um feststellen zu können, ob die Betriebe mit Gewinn oder Verlust arbeiten, um die Betriebe prüfen und kontrollieren zu können. Das ist jedoch nur die formale Seite der Sache. Zweitens ist das erforderlich, um im Interesse des Außenhandels den Verkauf von Produktionsmitteln an ausländische Staaten zu tätigen. Hier, auf dem Gebiet des Außenhandels, aber nur auf diesem Gebiet, sind unsere Produktionsmittel tatsächlich Waren und werden tatsächlich verkauft“*

Mit der gleichen Selbstverständlichkeit hatte Stalin sich auf dem XVIII. Parteitag zur Frage des Absterbens des Staates geäußert (unter Theoretisches, da war zum Thema auch ein Engels-Zitat im Schwange): *„Wird bei uns der Staat auch im Kommunismus erhalten bleiben? Ja, er wird erhalten bleiben, wenn die kapitalistische Umkreisung nicht beseitigt, wenn die Gefahr kriegerischer Überfälle von außen nicht überwunden wird.“* Seine Form wird der Staat verändern, ja. *„Nein, er wird nicht erhalten bleiben, sondern absterben, wenn die kapitalistische Umkreisung beseitigt, wenn sie durch eine sozialistische Umwelt abgelöst wird.“*

Ähnlich die Antwort auf die Frage der Warenproduktion: Über das Wertgesetz kommt die Wertkalkulation in die Wirtschaft, weil wir Warenproduktion haben, wegen der beiden verschiedenen Eigentumsformen. Die Form der Waren werden die Produktionsmittel auch beibehalten, so lange wir mit dem kapitalistischen Ausland handeln müssen. Abschaffung der Warenproduktion setzt voraus, daß ein einheitliches sozialistisches Eigentum besteht, die Gesellschaft also Eigentümer aller Produkte ist, und eine sozialistische Umwelt, mit der man Produkte austauscht, aber keine Waren.

Notkin erklärt er, warum das so ist: *„Es handelt sich darum, daß unter sozialistischen Verhältnissen die wirtschaftliche Entwicklung nicht auf dem Wege von Umwälzungen vor sich geht, sondern auf dem Wege allmählicher Veränderungen, wobei das Alte nicht einfach beseitigt wird, sondern seine Natur unter Anpassung an das Neue verändert und dabei lediglich seine Form bewahrt, das Neue aber das Alte nicht einfach vernichtet, sondern das Alte durchdringt, seine Natur und seine Funktionen verändert, dabei seine Form*

nicht zerbricht, sondern diese für die Entwicklung des Neuen ausnutzt. So verhält es sich in unserer wirtschaftlichen Zirkulation nicht nur mit den Waren, sondern auch mit dem Gelde, wie auch mit den Banken, die zwar ihre alte Funktion verlieren und neue übernehmen, aber die alte Form behalten, deren sich die sozialistische Gesellschaftsordnung bedient.

Geht man an die Angelegenheit von einem formalen Standpunkt heran, vom Standpunkt der Vorgänge, die sich an der Oberfläche der Erscheinungen abspielen, so kann man zu der falschen Schlußfolgerung gelangen, die Kategorien des Kapitalismus behielten in unserer Wirtschaft ihre Geltung. Geht man jedoch an die Angelegenheit mit einer marxistischen Analyse heran, die scharf zwischen dem Inhalt eines ökonomischen Prozesses und seiner Form, zwischen den in der Tiefe vor sich gehenden Entwicklungsprozessen und den Oberflächenerscheinungen unterscheidet, so gelangt man zu der einzig richtigen Schlußfolgerung, daß sich von den alten Kategorien des Kapitalismus bei uns in der Hauptsache nur die Form, das äußere Antlitz, erhalten hat, während sich das Wesen der Kategorien bei uns entsprechend den Erfordernissen der Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft grundlegend verändert hat.“

Sanina und Wensher bekommen erklärt, *„daß die Warenzirkulation mit der Perspektive des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus unvereinbar ist ... Wir Marxisten aber gehen von dem bekannten marxistischen Leitsatz aus, daß der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus und das kommunistische Prinzip der Verteilung der Produkte nach den Bedürfnissen jeden Warenaustausch ausschließen, folglich auch die Verwandlung der Produkte in Ware und damit ihre Verwandlung in Wert.“* Er verweist noch auf Engels Spott über die Dühringsche Wirtschaftskommune.

Bis hierher macht es überhaupt keine Mühe zu folgen.

6.2 Die öffentliche Diskussion von 1958: Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus

6.2.1 Warenproduktion im Sozialismus

„Der Klassenkampf verschwindet nicht unter der Diktatur des Proletariats, sondern nimmt nur andere Formen an“, sagt Lenin in „Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats“.

Die Wertgesetz-Diskussion fand nicht in der Partei, sondern in Akademikerkreisen statt – nicht ganz rein, nach Zagolow: Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftspraktiker. Aber es ist alles da: Marxisten gegen Nichtmarxisten, Stalinisten gegen Leute, die zur rechten Abweichung neigten, sie stritten im Namen der „Wahrheit“ und um die Wirtschaftspolitik auf ein solides theoretisches Fundament zu stellen.

Es wurde ganz vergessen, daß die Wissenschaft keineswegs unparteiisch ist, sondern immer den Interessen einer bestimmten Klasse dient. Die Stalinisten übrigens gaben viel zu bereitwillig „Fehler und Mängel“ zu und waren so von vornherein in Defensive.

Um vorzugreifen: Den Streit entschied nicht die „Wahrheit“, sondern die Wirtschaftspolitik, die Entscheidungen traf die KPdSU.

Kosodojew hielt eines der Hauptreferate, „Die Notwendigkeit der Warenproduktion

und des Wertgesetzes in der sozialistischen Wirtschaft", und er holt gegen alle unsachlichen Argumente aus, im Namen des Marxismus:

Daß „Wert" für Abrechnung, Kontrolle und Planung einfacher zu handhaben ist als „Arbeitszeit" hält er für eine faule Ausrede. Die Erklärung, Warenproduktion existiere wegen Existenz des Geldes, nennt er empirisch.

Die Existenz der Warenproduktion sei abhängig von Stand der Produktivkräfte? Aber nein, denn die Stellung des Menschen zur Natur steht nicht höher als die Stellung des Menschen im Produktionsprozeß, letzteres aber sind die Produktionsverhältnisse, die sozialistischen! Die Frage steht doch so: Erfordert einheitliches sozialistisches Eigentum Warenproduktion? Wird die Frage bejaht, dann hieße das, alle Produktionsmittel und alle produzierten Konsumgüter hätten nur einen einzigen Eigentümer, nämlich den sozialistischen Staat!

Man sieht, die Diskussion geht schon länger. Kosodojew setzt sich mit allen möglichen Theorien auseinander, sogar mit der „anarchosyndikalistische Sozialismusvariante" mit selbständigen Betrieben im Kollektiveigentum: Dann ist natürlich die Warenproduktion zwangsläufig. Die Betriebskollektive treten bei dieser Variante als Eigentümer in der Warenproduktion auf. Er hält dieses Konstrukt allerdings für künstlich: Es sei *„entgegen der gesellschaftlichen Notwendigkeit, da es mit dem gesellschaftlichen Charakter des Produktionsprozesses unvereinbar ist, denn der erfordert das allgemeine Volkseigentum an den Produktionsmitteln und den gesellschaftlichen Produkten. Das allgemeine Volkseigentum verlangt an und für sich, seinen innerem Wesen nach, weder Warenproduktion noch Geldwirtschaft."*

Innerhalb der Kolchose ist nicht unbedingt die Ware-Geld-Beziehung nötig, aber zwischen Staat und Kolchos ist sie unbedingt nötig, denn da existieren zwei Eigentumsformen. Daraus folgt: alle Massenkonsumgüter sind zwangsläufig Waren. Anders ist es bei den Produktionsmitteln im staatlichen Sektor: *„Wo das Arbeitsprodukt nicht den Eigentümer wechselt, gibt es dem Wesen nach keine Warenproduktion."*

Und überhaupt, Lenin sagte, die Warenproduktion ist im Stadium des Monopolkapitalismus im Grunde genommen bereits untergraben („Imperialismus"), der Produktentausch Bauern – Staat sei kein Warentausch, LW Bd. 32. Und jetzt behaupten Leute, Lenin sei angeblich erst 1921 zur Überzeugung gekommen, Warenproduktion sei auch im Sozialismus notwendig? Das ist falsch, denn das sagte Lenin schon 1918 auf dem VIII. Parteitag im Programm der Partei!

Kosodojew dachte vermutlich, nun, nach den richtiggestellten Leninzitaten, sei das Problem vom Tisch, und ging daran, zu erklären, wie die Sache sich unter sowjetischen Bedingungen verhält. Alle Ökonomen sind sich einig, meint Kosodojew, das Wertgesetz spiele im Sozialismus nicht die Rolle des Regulators. Aber warum ist das so? Eben weil die Produktionsmittel im staatlichen Sektor keine Warennatur haben. *„Könnte denn das Wertgesetz seine Rolle als Regulator verlieren, wenn die gesamte sozialistische Produktion Warenproduktion wäre?"*

Und was ist mit dem Wert? *„Wertform hingegen nehmen alle durch die sozialistische organisierte Arbeit geschaffenen Produkte an. Wertform nehmen auch die Produktionsmittel an, die keine realen Waren sind. Mit anderen Worten, das Wertgesetz wirkt in der gesamten sozialistischen Produktion."*

Welche Ursache gibt es für die Wirkung des Wertgesetzes im Sozialismus? Die methodologische Lösung findet sich bei Marx: die Unterscheidung zwischen Warenform und Wertform des Produkts, zwischen realer und formaler Ware. Und triumphierend teilt er mit, ebenso habe Stalin eingeteilt: Ware dem Wesen nach und Ware der Form nach, das ist identisch mit Marx!

Die reale Ware ist gekennzeichnet durch Kauf, Verkauf und Eigentümerwechsel, die formale Ware ist ein Produkt, das „im gleichen Betrieb", oder im staatlichen Eigentum bleibt, wie es eben bei sozialistischen Produktionsmitteln der Fall ist. Formale Waren sind sie zu Kalkulationszwecken, weil im Sozialismus das Wertgesetz wirkt. Und für alle, die immer noch zweifeln: Siehe Marx, „Theorien über Mehrwert", II, S. 45, S. 51/52. *„Im Sozialismus gewinnt diese Unterscheidung zwischen der Warenform und der Wertform des Arbeitsprodukts unvergleichlich größere Bedeutung."*

Infolge der Rückwirkung des Wertgesetzes beschränkt sich sein Wirken nicht nur auf den Rahmen der Warenproduktion, sondern es erfaßt vielmehr die gesamte sozialistische Produktion – nach Stalin über den Arbeitslohn, denn alle Konsumgüter sind Waren, deshalb wird der Arbeitslohn in Geld gezahlt und keine „Quittung" über die geleistete Arbeitszeit ausgestellt. D. h. Abrechnung in „Wert" und nicht in „Stunden". Daraus folgt, alle Produkte haben „Wert", aus diesem Grunde, und nicht, weil angeblich der Aufwand zum Erfassen der notwendigen Arbeitszeit zu hoch ist, man den angeblich nicht messen kann. Damit ist das Wertgesetz nicht nur das Gesetz des Austauschs, sondern auch das Gesetz der Produktion.

„Das Geld bleibt offensichtlich solange bestehen, solange nicht die Verteilung aller Gegenstände des Massenverbrauchs nach den Bedürfnissen erfolgt. Im Rahmen des einheitlichen allgemeinen Volkseigentums wird es jedoch allmählich seine Rolle als allgemeines Äquivalent verlieren und nicht mehr als Repräsentant des Goldes fungieren, sondern in der Tat seiner ökonomischen Bedeutung nach zu Verrechnungszeichen werden."

Und weil er so schön im Schwung ist, kommt er zu der Schlußfolgerung: *„Die Warenform der Produkte ist historisch früher entstanden als die Wertform. Die Warenform der Produkte wird auch zeitlich früher verschwinden als die Wertform."*

Die Wertformen sind Instrumente, die im Interesse der Gesellschaft auszunutzen sind. Weil die Produktionsmittel Wert haben, ist eine Schwächung der wirtschaftlichen Rechnungsführung nicht zuzulassen, dürfen keine willkürlichen Preise gebildet werden. *„Die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Rechnungsführung entspringt jedoch dem Wirken des Wertgesetzes und nicht umgekehrt."*

F. P. Koscheljow beginnt die Diskussion. Nach Kosodojews klaren Worten kann man nur staunen, Kosodojew scheint vor tauben Ohren gepredigt zu haben. Koscheljow unterstellt dreist, Kosodojew habe sogar Konsumgüter aus der Warenproduktion ausgenommen, und findet, Kosodojew darf nicht wie Marx verfahren. Marx konnte den „reinen" Kapitalismus analysieren, deshalb darf aber Kosodojew noch lange nicht den „reinen" Sozialismus untersuchen: *„Man muß stets berücksichtigen, daß die Produktionsverhältnisse unserer sozialistischen Gesellschaft auf zwei Formen des sozialistischen Eigentums beruhen. Dieser Umstand entzieht einem abstrakten Modell der sozialistischen Produktionsweise auf dem Boden von nur einer der beiden Eigentumsformen den erkenntnistheoretischen Wert."* Lohn in Geld, sagt hohnvoll der Professor, ist eines der

klaren Kennzeichen der Warenproduktion, und natürlich gibt es Ware-Geld-Beziehungen im staatlichen Sektor.

Wie Professor Koscheljow die Notwendigkeit der Warenproduktion begründete, wurde künftig Lehrmeinung: 1. zwei Eigentumsformen, 2. der Entwicklungsstand der Produktivkräfte, 3. die Arbeitsteilung, 4. die Abgesondertheit der betrieblichen Produzenten.

(Einschub: Die zwei Eigentumsformen sind klar, darüber gibt es keinen Streit. Aber schon Punkt 2 hatte Kosodojew angegriffen, die sozialistischen Produktionsverhältnisse stünden höher. Punkt 3 ist völlig verunglückt, denn die Arbeitsteilung schafft ja nicht einmal der Kommunismus ab; der Kommunismus beseitigt nur die **alte** Form der Arbeitsteilung, die den Menschen lebenslänglich an eine Teilverrichtung bindet. Das hindert Professor Koscheljow jedoch nicht, sich dabei auch noch auf Lenin zu berufen, der sagte: *„Grundlage der Warenwirtschaft ist die gesellschaftliche Arbeitsteilung“*, Bd. 3. S. 25 (Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland). Kriminell dagegen ist Punkt 4. Die Abgesondertheit der Produzenten gab es bislang unter sozialistischen Verhältnissen nicht. Bisher wurde der staatliche Sektor als Einheit begriffen. Der Staat leitete, plante, war unumschränkter Eigentümer. Und die Produzenten? Ja, der Staat war die Diktatur des Proletariats, der Produzenten also. Wo kam da plötzlich die „Abgesondertheit“ her? Die Antwort ist ganz leicht: aus der neuen Zielstellung der Wirtschaftspolitik.)

Noch ein paar hausbackene Argumente des Professors: *„Die künftige kommunistische Arbeitsteilung wird jedoch von zahlreichen negativen Seiten frei sein, die ihr in der gegenwärtigen Epoche noch anhaften ... gewiß, in unserem Land ist der Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit aufgehoben. Erhalten geblieben sind noch wesentliche Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit. All das verlangt Warenproduktion und das Wirken des Wertgesetzes.“ „Der im Sozialismus erreichte Stand der Arbeitsproduktivität erfordert Warenproduktion und das Wirken des Wertgesetzes.“*

Die Abgesondertheit ergibt sich nicht nur auf Grundlage des Privateigentums. Nicht nur Kolchose sind abgesondert: *„Jeder staatliche Betrieb ist eine von den anderen staatlichen Betrieben abgesonderte gesellschaftliche Einheit.“* Das ist zu berücksichtigen und nicht zu ignorieren. Das verlangt Warenproduktion und das Wirken des Wertgesetzes.

Kolganow wischt die Klassiker nicht so leicht weg. Warum sagten die Klassiker, daß es im Sozialismus keine Warenbeziehungen geben wird, während sich in der Tat diese Warenbeziehungen erhalten haben? Aber Genosse Kosodojew mache es sich zu einfach und widerspreche sich: keine Ware, aber Wert. *„Genosse Kosodojew reduziert in seiner Formulierung allerdings die ganze Angelegenheit darauf, die alte, von J. W. Stalin und vor ihm von vielen Ökonomen aufgestellte These zu wiederholen, Ursache für das Bestehen der Warenbeziehungen ist die Existenz zweier Eigentumsformen.“*

(Siehe da, vor Stalin waren „viele Ökonomen“ der Meinung. Und jetzt, 1958, hatte eben „viele Ökonomen“ ihre Meinung geändert.) Was also ist nach Kolganow mit der Warenproduktion? Für die Übergangsperiode ist alles klar. Die beiden Eigentumsformen leuchten ihm auch ein. Die Verteilung der Konsumgüter in Warenform folgt daraus, richtig. Was aber ist mit der Verbindung zwischen den staatlichen Betrieben? *„Das deutet darauf hin, daß die sozialistische Organisation der Produktion und der Verteilung der Produkte selbst in ihrer höchstentwickelten und konsequentesten Form ohne Warenbezie-*

hungen nicht auskommen kann.“

Er sieht den Grund für die Notwendigkeit der Warenproduktion im sozialistisches Verteilungsprinzip, im Anreiz. Warum hat das Arbeitsentgelt im Sozialismus Wertform? Weil sich der Arbeiter nicht das von ihm geschaffene Produkt aneignet, sondern andere, wegen der gesellschaftliche Arbeitsteilung. (Das Argument ist Humbug. Das gilt auch schon für die ursprüngliche Arbeitsteilung, als der Wert noch nicht erfunden war. Und wo kämen denn die Wirtschaftswissenschaftler hin, wenn sie sich das „eigene Produkt“ aneignen müßten?)

Es kommt noch schlimmer. Die Arbeitsleistung in Zeit zu messen, wäre Gleichmacherei, behauptet Kolganow. Er sagt, der Arbeiter bekäme das Produkt bezahlt, wie man am Stücklohn sieht: *„Wir“* berücksichtigen nicht die Quantität der verausgabten Energie, nicht die lebendige Arbeit, sondern das Arbeitsergebnis. Gehalt, auch das eigene, und Zeitlohn übersieht er großzügig.

(*„Der Stücklohn“*, schreibt Marx, Kapital, I, S. 574, *„ist nichts als die verwandelte Form des Zeitlohnes, wie der Zeitlohn die verwandelte Form des Wertes oder Preises der Arbeitskraft. Beim Stücklohn sieht es auf den ersten Blick aus, als ob der vom Arbeiter verkaufte Gebrauchswert nicht die Funktion seiner Arbeitskraft sei, sondern bereits im Produkt vergegenständlichte Arbeit . . . “*)

Hessin hat viel besser erfaßt, wo der Hund begraben liegt: *„Man sollte nicht von der Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus, sondern von der Notwendigkeit des Ausnutzens der Ware-Geld-Formen sprechen.“* Die aktive Ausnutzung der Ware-Geld-Formen ist objektiv notwendig, stellt er fest. Heute meinen die meisten Ökonomen, diese Formen erstrecken sich auf die gesamte Volkswirtschaft, sagt Hessin und ist bereit, die Sache zu untersuchen. Er hält sich an die Klassiker.

„Die Warenproduktion setzt obligatorisch die Konkurrenz als Form ihrer Bewegung voraus, und dieser Form beraubt, kann sie sich nicht normal entfalten.“ (Marx, „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, S. 58/59, Lenins „Imperialismus“: Monopol = Untergrabung der Warenproduktion)

„Die Ware bringt ein ganz bestimmtes System von Produktionsverhältnissen zu Ausdruck. Der Grundzug dieses Systems ist das Privateigentum auf der Basis gesellschaftlicher Arbeitsteilung. Dort, wo diese grundlegende Voraussetzung gegeben ist, verwandelt sich das Arbeitsprodukt in Waren.“ (Weil die Arbeit verdeckten gesellschaftlichen Charakter trägt)

„Haben wir es mit einem Produktionssystem zutun, bei dem das Arbeitsprodukt nicht Gewalt über die Menschen hat und die Menschen die Bewegung der Sachen kontrollieren . . . “, dann ist es kein System der Warenproduktion, wie eben das sozialistische Produktionssystem! Denn hier haben wir gesellschaftliches Eigentum, Planmäßigkeit der Entwicklung, unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit – all das ergibt einen völlig neuen Typ der gesellschaftlichen Organisation der Produktion.

Folglich sind die Begriffe „Sozialistische Warenproduktion“, „sozialistische Ware“ und „sozialistisches Wertgesetz“ so falsch wie „schwarzer Schimmel“. *„Der dialektische Prozeß der Umwandlung der Ware in Nichtware beginnt nicht mit einer Veränderung der äußeren Form der Ware, sondern mit einem Wandel ihres grundlegenden Inhalts“*. Der Prozeß vollzieht sich im staatlichen Sektor und in den Kollektivwirtschaften.

Gesellschaftliches Eigentum, Planmäßigkeit der Entwicklung, unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit – wie sieht es in den einzelnen Sektoren aus?

- Produktionsmittel Abteilung I – genauer planbar als Konsumgüter
- Konsumgüter Abteilung II – haben wegen der unterschiedlichen Bedürfnisse der Konsumenten noch ein Element verdeckter gesellschaftlicher Arbeit, was auf dem Markt seine Anerkennung finden muß.
- Landwirtschaft – freie Spitzen für Kolchosmarkt sind noch stärker warenförmig. Der Aufkauf wird dagegen vom Plan gelenkt und ist von vornherein notwendige Arbeit. Weil aber die Bauern nicht vom Kolchosmarkt abhängig sind, wird die Landwirtschaft doch bestimmend von Plan gelenkt. Der Warencharakter hat es schwer, sich durchzusetzen.

Hessins Ergebnis: es ist keine reine Ware zu finden!

„Die Ursache für das Bestehen der Warenbeziehungen liegt nicht in den beiden Eigentumsformen, sondern darin begründet, daß die Ausnutzung der Ware-Geld-Formen in der derzeitigen Etappe eine objektive Notwendigkeit nicht für irgendwelche einzelnen Sektoren, sondern für die gesamte Volkswirtschaft ist."

„Die Ware-Geld-Formen werden nicht ausgenutzt, weil sie notwendig sind, um den staatlichen mit dem kollektivwirtschaftlichen Sektor zu verbinden. Ganz im Gegenteil, die Verbindung zwischen den beiden Sektoren nimmt deshalb Warenform an, weil letzteres in der gesamten Volkswirtschaft objektiv notwendig ist." (Letzeres müßte er beweisen, das unterbleibt. Die objektive Notwendigkeit der Warenbeziehungen für die gesamte Volkswirtschaft wird lediglich behauptet.)

Hessin konstatiert eine Idealisierung des Wertgesetzes durch die Behauptung, **Hauptmängel in der wirtschaftlichen Entwicklung seien durch Verletzung des Wertgesetzes entstanden**. Die Preise seien genauer in Übereinstimmung mit dem Wert zu planen.

Er klärt erst einmal die Begriffe: Den Preis mit dem Wert in Übereinstimmung bringen, heißt auf sozialistisch, den Preis in Einklang mit dem gesellschaftlich notwendigen Aufwand bringen. Das aber ist eigentlich Aufgabe des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung: Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit – Erfassen, Messen, Verteilen! Jetzt sagt er es deutlicher, als es mancher hören will: *„Hinter dem Appell, das Wertgesetz auszunutzen, steht im gegebenen Fall die Aufforderung, die spezifischen sozialistischen Entwicklungsgesetze der gesellschaftlichen Produktion auszunutzen."* Das aber ergibt, so wie er die Diskussion versteht, ein prinzipiell neues Preissystem!

Ostrowitjanow, der nächste Redner, läßt ihn eiskalt abfahren: *„... die bis 1941 bei uns verbreitete Version, die die Warenproduktion und das Wertgesetz in der sowjetischen Wirtschaft leugnetet, ebenso wie die einstmals bei uns herrschende Konzeption, die Warenproduktion als Rechen- und Verteilungsfunktion zu erklären, seien längst in das Archiv der Geschichte eingegangen."* Und: *„Wenn Genosse Hessin die Warenproduktion und das Wirken des Wertgesetzes im Sozialismus negiert, so basiert das auf einer dogmatischen Auslegung der Klassiker des Marxismus/Leninismus."*

(Man muß den Wortgebrauch kennen: Die Marxisten nannten die Antistalinisten Scholastiker, diese wehrten sich und schimpften die Marxisten, oder die in ihrer Nähe – Hessin hatte kein Wort gegen ein neues Preissystem gesagt, nur die scholastischen Begründun-

gen bloßgestellt – Dogmatiker.)

Von einer dogmatischen Auslegung der Klassiker ist Ostrowitjanow weit entfernt. Wie die Erfahrung lehrt, sind es für die sozialistische Phase der kommunistischen Gesellschaft veraltete Leitsätze, die da immer wieder zitiert werden. Dann irrten eben die Klassiker!

Kosodojew ist auch ein Dogmatiker, *„ . . . behauptet, daß die Produktionsmittel keine Waren sind, aber Wert haben.“* Bisher kannte man den umgekehrten Fall, z. B. Boden. *„Eine solche Kategorie wie Wert ohne Ware hat es allerdings in der Geschichte der Menschheit bis jetzt noch nicht gegeben.“ „Trennt man den Wert von der Ware, so muß man unwillkürlich zu dem berüchtigtem Gesetz des Arbeitsaufwands kommen, das in allen gesellschaftlichen Formationen besteht und nur seine Erscheinungsformen verändert.“* (Dies berüchtigte Gesetz hielten die Klassiker für vernünftig. Der Schlag gegen Kosodojew und Hessin trifft Marx.)

Der Warencharakter der Produktionsmittel, lehrt Ostrowitjanow, erklärt sich aus der Einheit der sozialistischen Volkswirtschaft und den Wechselbeziehungen der Eigentumsfunktion sowie den Entwicklungsbedürfnissen des staatlichen Eigentums. Und weil das so schwer zu verstehen ist, muß er es erklären: Die materielle Interessiertheit der Arbeiter wird geweckt, das ist die entscheidende Triebkraft zur Entwicklung der Produktion.

Die materielle Interessiertheit der Werktätigen *„verlangt, daß die* ***Wechselbeziehungen zwischen dem Staat und den ihm gehörenden Betrieben*** *auf dem Prinzip des äquivalenten Ersatzes des Aufwands an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit beruhen und unter Bedingungen der Warenproduktion und der Warenzirkulation in Ware-Geld-Form . . . “* (Welche Beziehungen bestehen denn zwischen dem Eigentümer und seinem Eigentum? – Nun auch noch Wechselbeziehungen! Wenn das Eigentum selbständige Ansprüche anmeldet, schränkt es die Rechte des Eigentümer ein, ganz abstrakt betrachtet.)

Geld, meint Ostrowitjanow, interessiert materiell mehr als Naturalien. In der Warenwirtschaft, ja. (Aber darum geht es doch. Warenwirtschaft oder Nichtwarenwirtschaft? Geld, immerhin, ist kein Konsumtionsmittel. Zur Bedürfnisbefriedigung braucht man zu allen Zeiten den Gebrauchswert, die „Naturalie“ und nicht den Wert, das Geld.)

Nun geht er die Sache historisch an: Das Problem der Warenbeziehungen zwischen Betrieb und Eigentümer ist ja nicht neu, das ist schon vorsozialistisch, nämlich bei Konzern, AG, Trust usw. *„Das Preisproblem jedoch ist kein sozialistisches Rechenproblem, sondern ein sozialökonomischen Problem. Wir wissen, daß die Preise der Produktionsmittel bei uns unter dem Wert, die Preise der Konsumgüter dagegen über dem Wert liegen. Würden wir aber unter den derzeitigen Bedingungen die Preise für Produktionsmittel auf der ganzen Linie erhöhen und die Preise für Konsumgüter im großen Umfang senken, so würde eine riesige Disproportion zwischen Geldeinkünften und deren Warendeckung entstehen, würden die großartigen Pläne für den Aufschwung der sozialistischen Produktion und der darauf basierenden Hebung des Volkswohlstands in die Brüche gehen.“*

Daß Preise und Löhne per Plan aufeinander abgestimmt sind, nimmt er nicht zur Kenntnis. Der kapitalistische Preis der Arbeitskraft übrigens ist auch durch die Preise der für die Reproduktion des Arbeiters notwendigen Lebensmittel bestimmt.

Bregel fragt: *„Ist der Eigentümerwechsel unabdingbares Kennzeichen der Ware-Geld-Beziehungen?“* Kosodojew sei zu Stalins „Ökonomischen Problemen“ zurückgekehrt, lo-

gisch inkonsequent, widersprüchlich und völlig unannehmbar. Der Wert ist eine Eigenschaft der Ware, das ist untrennbar, wie der Eigentümerwechsel. Aber warum sollen alle kapitalistischen Wareneigenschaften im Sozialismus erhalten bleiben? Das ist Dogmatismus. *„Übrigens finden wir bei Genossen Kosodojew noch einige aus Zitaten abgeleitete Pseudoargumente ...“*

Bregels Warendefinition: eine Ware ist ein Produkt gesellschaftlicher Arbeit, das vermittels (äquivalenten) Austauschs in die Konsumtion eingeht. Austausch ist keine Verteilung, das ist folglich Warenzirkulation. Und das Äquivalent erhalten auch die Betriebe der Abteilung I.

A. J. Koscheljow stellt fest: Es wurde kein theoretischer Nachweis für den Warencharakter der Produktionsmittel erbracht. *„Sie gehen einfach davon aus, daß die Leugnung des Warencharakters der Produktionsmittel die Praxis dazu verleitet, die Bedeutung der Ware-Geld-Kategorien, der Selbstkosten und der Wirtschaftlichen Rechnungsführung herabzusetzen.“*

Es gibt zwei Arten der gesellschaftlichen Arbeit, bedingt durch die beiden Formen des sozialistischen Eigentums: 1. in den staatlichen Betrieben: für sich und für die Gesellschaft insgesamt; 2. im kollektivwirtschaftlichen Sektor: für sich und für die Kollektivwirtschaft – Das ist der Grund.

Die ganze Diskussion konzentriert sich auf äußere Ähnlichkeiten: Warenproduktion im Sozialismus und Warenproduktion überhaupt, Preise, Wertgesetz usw. Das wichtigste Kennzeichen ist aber der Eigentümerwechsel: Ohne Eigentümerwechsel keine Ware. Genauso dachte natürlich Lenin, als er Produkte staatlicher Fabriken keine Waren nannte. Da wollte er doch nicht das Geld abschaffen! Er sagte: Das Geldsystem ist zu festigen! Die Ware ist **keine** Form der ökonomischen Verbindung zwischen Werktätigen und der sozialistischen Wirtschaft, denn die Arbeiter kaufen, ohne zu verkaufen.

(D. h.: die Arbeitskraft ist keine Ware mehr, der Lohn ist ihr Anteil am gesellschaftlichen Produkt.)

Die Ware ist das Produkt vereinigter sozialistischer Produzenten (**Betriebe**, Kolchose), zwischen diesen ist die Ware die Form der ökonomischen Verbindung.

(Hier haben wir zum erstenmal unter den vereinigten Produzenten die Betriebe. Zu Stalins Zeiten war es der Staat, der staatliche Sektor galt als gesamtgesellschaftlich. Der Staat hatte das uneingeschränkte Eigentum an den Betrieben, an den Produktionsmitteln der Betriebe, am Produkt der Betriebe. Die staatliche Leitung der Betriebe handelt im Auftrag des Staates, nicht des Betriebes, auch und ausdrücklich nicht des Betriebskollektivs, denn der Staat war der Staat der Diktatur des Proletariats und handelte als solche im Interesse der Produzenten, die die herrschende Klasse bildeten. Gruppeninteressen wurden nicht kultiviert.)

Wjasmin kann von den „alten“ Definitionen nicht lassen: *„Ware, die keine Form der ökonomischen Verbindung zwischen verschiedenen Eigentümern (Einzel- und Gruppeneigentum) darstellt, ist keine Ware in Sinne der Politischen Ökonomie“*. Er hat auch Stalin richtig gelesen: *„Die Geldform der Verteilung nach der Arbeitsleistung ist nicht Ursache, sondern Folge der Warenproduktion im Sozialismus.“*

„Niemand kann mit sich selbst Produkte austauschen“, also sind Produktionsmittel im staatlichen Sektor keine Waren. Seine Argumentation ist bissig: *„Viele Ökonomen*

weigern sich ..., der These zuzustimmen, daß das im staatlichen Sektor erzeugte und verbrauchte Produkt keine Ware ist.“ Dabei leuchtet das bei den Kolchosen jedermann ein. Allerdings: *„Die Sphäre der Ware-Geld-Beziehungen ist weiter als die des Warentausches.“*

„Diese Genossen vergessen, daß Warenbeziehungen etwas Objektives sind. Warenbeziehungen sind der Ausdruck der ökonomischen Verhältnisse zwischen den Menschen. Sie können nicht entstehen, verschwinden oder sich je nach der organisations-wirtschaftlichen Form der Leitung volkseigener Betriebe verändern. Warenbeziehungen können niemals durch wirtschaftlich-organisatorische Maßnahmen abgeändert werden.“

Allgemeines Volkseigentum ist nun einmal **ein** Eigentum, und operativ-wirtschaftliche Selbständigkeit schließlich wird es auch im Kommunismus geben. Produkte, die keine Waren sind, haben Wert, wie gesagt, man sieht es an der Bewertung des Eigenverbrauchs. Sie werden in Geldform bewertet.

Und damit sich keiner Illusionen macht, erinnert er, daß Ausnutzung des Wertgesetzes nicht heißt, Lohn und Renten steigen, oder: Steigerung der Arbeitsproduktivität!

Judkin, der nächste Stalinist, ist empört. Von wegen, die Klassiker hatten nicht recht: *„Die sozialistische Produktion ist ihrem Wesen nach unmittelbar gesellschaftliche Produktion und nicht Warenproduktion!“*

„Ware-Geld-Formen erhalten sich und spielen noch eine sehr wichtige Rolle.“ Sie haben zwar ihre Bedeutung verloren, sind nicht mehr vorherrschend, sind dienende Formen. Marxisten gehen von den Eigentumsverhältnissen aus, auch wenn es um Waren geht. Die Arbeit hat im Sozialismus gesellschaftlichen Charakter, der „Tauschwert“ ist nicht mehr Ziel der Übung, er ist dem Ziel der sozialistischen Produktion untergeordnet, dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus.

„Die unmittelbar gesellschaftliche Arbeit schließt Warenbeziehungen aus, da letztere den Widerspruch zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit voraussetzen.“ „Die Werktätigen betrachten ihre Arbeit als Mittel zum Leben, d. h. als Arbeit, die ein Entgelt erheischt.“ Arbeit ist also nicht nur konkrete nützliche Arbeit, sie ist auch ein ökonomisches Verhältnis (Züge der abstrakten Arbeit). (Der Charakter der Arbeit steht hier nicht zur Debatte, sonst müßte man auch verlangen, daß zwischen Form und Inhalt unterschieden wird.)

Motschalow versucht die Wogen zu glätten. *„Die Aussonderung eines einzelnen Merkmals der Ware als allentscheidendes Charakteristikum der Warenbeziehungen führt zu Verwirrungen“.*

Die Notwendigkeit der Warenproduktion begründet er mit der gesellschaftliche Arbeitsteilung, die der Sozialismus weiter vorantreibt, diese Differenzierung, gewisse Absonderung der Produzenten durch zwei Eigentumsformen, der soziale Absonderung – die Tausenden Betriebe, Kolchosen – die Form der Warenbewegung schaffe da die ökonomische Verbindung; es gibt zwar unmittelbar gesellschaftliche Arbeit, aber doch gewisse soziale Ungleichheit, und der Austausch erfolgt gegen Entgelt.

(Die neue Linie, er hat gut und schnell gelernt. Nun folgen die Beruhigungspillen:) Der Markt ist kein allmächtiger Despot, sondern Bestandteil des sozialistischen Wirtschaftssystems, die Preisbildung ist kein spontaner Prozeß mehr. *„Die Aufhebung des kapitalistischen Eigentums in der UdSSR und die Errichtung des gesellschaftlichen sozialistischen*

Eigentums an den Produktionsmitteln führten dazu, daß im Schoße des Sozialismus ein besonderer ökonomischer Prozeß begann, nämlich die allmähliche Verwandlung der Ware in Nichtware."

Aber das notwendige Produkt (=Arbeitslohn) gibt es in Geld, weil Warenproduktion existiert, das heißt, alle Beziehungen im Reproduktionsprozeß werden über Wertbeziehungen vermittelt. *„Die Geldform für die Erstattung des Arbeitsaufwands im Sozialismus ... erschwert das Verständnis für die Bewegung der Arbeitskraft in der sozialistischen Gesellschaft als Nichtware. Die Geldform hängt jedoch nicht mit dem Wert der Arbeitskraft zusammen. Sie drückt den Wert der Konsumgüter aus, die nach der Arbeitsleistung verteilt werden."*

Der Eigenverbrauch der Kolchose besteht nicht aus Waren, behauptete er, aber Produktionsmittel im staatlichen Sektor sind Waren. Die Ware-Geld-Beziehung dringt somit ins Innere des staatlichen Sektors, alles ist Warenproduktion, woraus folgt, alle Erzeugnisse haben Wert und Gebrauchswert. Und die wirtschaftliche Rechnungsführung verlangt Wert.

Skipetrow greift Bregel ziemlich scharf an, der befinde sich im Widerspruch zu Engels' Warendefinition im „Anti-Dühring", nach Bregel gilt: Die Warenproduktion erhält sich auch im Kommunismus oder man wird trotz Arbeitsteilung ohne Austausch auskommen müssen. Zwei Eigentumsformen erzeugen die Warenproduktion, aber keine antagonistischen Widersprüche, denn es ist eine planmäßige Warenproduktion auf der Basis von Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe, keine Konkurrenz.

Und die Arbeit? Nach Kolganow Mittel zum Leben, Bregel betont die Notwendigkeit des materiellen Anreizes.

„Die Arbeit als Mittel zum Leben, das ist ein stets vorhandenes Merkmal der Arbeit, ... aus der Tatsache aber, daß die Arbeit im Sozialismus noch nicht zum ersten Lebensbedürfnis geworden ist, entspringt lediglich die Notwendigkeit der Verteilung nach Arbeitsleistung!" Die denken aber nur an eine Verteilung mittels Handel.

Aber Produktionsmittel sind Waren, wenn man das ablehnt, wird der Schein für das Wesen genommen. *„Ein derartiger Standpunkt hat unserer Wirtschaftspraxis zweifellos Schaden zugefügt ..."*, denn das Wertgesetz wurde nicht bewußt ausgenutzt. Produktionsmittel als Waren haben realen Wert, weil *„die sozialistische Reproduktion in der Volkswirtschaft einen einheitlichen und ununterbrochenen Prozeß darstellt"*. Der Wert ist $c + v + m$, und c wird auf alle Produkte übertragen, nicht nur auf die Produktionsmittel, die die Produktionssphäre verlassen. (Richtig, nur darum geht der Streit ja nicht, der Streit geht um m.)

(Wie soll die Preisfestsetzung für Produktionsmittel erfolgen, selbstkostenbezogen oder nach Wertgesetz?)

Aber erstens ist der Wert eine soziale Kategorie, der Wert kennzeichnet das Verhältnis zwischen den einzelnen Produzenten, zweitens, wenn der Preis den Wert widerspiegeln soll, heißt das, das Wertgesetz hat bei uns keine untergeordnete Bedeutung, sondern es herrscht. Denn daraus folgt die Unterordnung unter den wahren Wert!

(Preise aber haben mit Wirtschaft und Politik zu tun. (s. Februarplenum 1927))

Paschkow, späteres Akademiemitglied, und einer, der für Chruschtschow die Denkgeschäfte besorgt, kritisiert milde, ohne selber die Deckung zu verlassen. Bei Kosodojew

stören *„Produkte, die keine Waren sind, aber Wert haben“*, denn *„die Leugnung der Warennatur liegt hinter uns!“*

Aber leider denken viele Ökonomen immer noch so. Das heißt doch, unsere Argumentation über Warenproduktion und Wertgesetz im Sozialismus hat Mängel und Fehler. Was Kosodojew verteidigt, *„erschien uns bis vor kurzem noch richtig“* – Begründung wie aus dem Lehrbuch der Politischen Ökonomie, meint er.

Tscherkowez teilt mit: *„Der Streit darüber, ob die Erhaltung der Warenproduktion durch den Charakter der Arbeit oder durch die unterschiedlichen Formen des Eigentums bedingt ist, entbehrt jeden Inhalts“*. Entscheidend seien die Eigentumsformen.

Spiridonowa: *„Die Produkte der staatlichen sozialistischen Betriebe (Produktionsmittel und Konsumgüter) haben die Haupteigenschaft der Ware – den Eigentümerwechsel im Austauschprozeß – verloren. Die Leugnung des Wertes der Produktionsmittel führt zur Leugnung des mit ihrer Hilfe erzeugten Wertes der Konsumgüter.“* (Hier haben wir ein besonders charakteristisches Argument – die Leugnung des Wertes, die nie stattgefunden hat, aber verbissen bekämpft wird.)

Dann zieht sie sich hinter Marx zurück: *„Marx weist darauf hin, daß beim Austausch zwar das Eigentum an der Ware abgetreten, aber hierbei nicht der Wert weggegeben wird. Bei den Produkten der staatlichen sozialistischen Betriebe ist dieses Hauptkennzeichen der Ware dem Wesen nach nicht gegeben.“*

Nicht bei Konsumgütern und nicht bei Produktionsmitteln, denn die Arbeiter und Kolchosbauern kaufen Konsumgüter, die mit volkseigenen Produktionsmitteln erzeugt wurden, die der ganzen Gesellschaft gehören, Arbeiter und Bauern sind sämtlich Mitglieder eben dieser Gesellschaft. Folglich gelangen über den Austausch die Konsumgüter an denselben Personenkreis. Aber Ware als solche ist das kollektivwirtschaftliche Produkt, und wegen des einheitlichen Reproduktionsprozesses sind auch die Produktionsmittel Waren, gibt es Ware-Geld-Beziehungen innerhalb des staatlichen Sektors, denn sonst würden auch die Konsumgüter ihre Warennatur verlieren, wie sollten sonst die Produktionsmittel Wert auf Konsumgüter übertragen?

„Der Wertbildungsprozeß der Waren wäre unmöglich, wenn die Produktionsmittel keine Waren wären und keinen Wert hätten.“

(Der fehlerhafte Kreislauf hat sich geschlossen.)

6.3 Das Wertgesetz und die Preise

Wir sind immer noch bei der öffentlichen Diskussion von 1958, die Frage der Warenproduktion war sozusagen der theoretische Teil, jetzt wird es praktisch.

Batschurin hielt das nächste Referat zum Thema *„Das Wertgesetz und die Fragen der Preispolitik.“*

Seine prinzipiellen Thesen sind bestens geeignet, sich aus dem grundsätzlichen Streit herauszuhalten:

- Warenproduktion und Wertgesetz sind historisch vergänglich, der Sozialismus übernimmt sie vom Kapitalismus, folglich dürfen sie nicht aus den sozialistischen Produktionsverhältnissen abgeleitet werden. Allgemeines Volkseigentum und persönliches Eigentum existieren auch im Kommunismus, das erklärt nichts, ist falsch.

- Ware, Wert, Preis sind ökonomische Kategorien, bedingt durch die gesellschaftliche Seite der Produktion. Der technische Stand erklärt nichts.
- Wachstum der Produktion im Sozialismus mindert keineswegs die Kategorien Preis, Finanzen, Kredit.

„Im Sozialismus trägt die Warenproduktion bereits Züge der Nicht-Warenwirtschaft“, was in stärkeren Maße auf die Produktionsmittel zutrifft, deren Verteilung erfolgt im staatlichen Sektor nach Plan, *„die Realisierung zu Preisen, die keinerlei Schwankungen infolge einer Veränderung von Angebot und Nachfrage unterliegen, obwohl diese Preise ebenso wie die Preise für Konsumgüter in gewissen Grenzen durch das Wertgesetz reguliert werden.“*

Die Preisbildung steht unter dem Einfluß des ökonomischen Grundgesetzes und des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung, das kann Abweichung vom Wert bedeuten: *„Deshalb kann man den Praktikern keinesfalls raten, bei der Festlegung der Preise stets und überall von dem Prinzip der vollen Übereinstimmung des Preises mit dem Wert auszugehen. Das gilt nicht nur für den Produktionsmittelpreis, sondern auch für Konsumgüterpreise.“* Die Erfahrung lehrt, daß es unmöglich ist, alle Preise in strenger Übereinstimmung mit dem Wert festzulegen.

Jetzt endlich sagt er, worum es eigentlich geht: *„Der Hauptmangel in der Praxis der Preisbildung besteht jedoch keinesfalls darin, daß die preisregulierenden Organe, darunter auch die staatliche Plankommission, den Ratschlägen von Akademiemitglied Strumilin, Genossen Malyschew oder anderen Ökonomen blind Folge leisten und die Preise entsprechend dem Wert festlegen und damit die Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes und des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Wirtschaft außer acht lassen würden. Im Gegenteil. Der Hauptmangel auf dem Gebiet der Preisbildung besteht darin, daß das Wertgesetz in zahlreichen Fällen ignoriert bzw. ungenügend berücksichtigt wurde.“*

Die Theorie der Preisbildung wurde völlig vernachlässigt, es fehlt ein wissenschaftliches Institut, *„das sich allseitig und fachkundig mit den Fragen der Preisbildung befaßt“*, denn die Preisbildung ist *„einer der kompliziertesten Abschnitte der sozialistischen Wirtschaft, wo sich zahlreiche lebenswichtige Fragen unserer Wirtschaft kreuzen.“*

Er fordert energisch ein Komitee für Preise, wegen der heutigen Verhältnisse, nämlich der Erhöhung der Aufkaufpreise in der Landwirtschaft, der Senkung der Endverbraucherpreise. Schuld für die schlappe Preistheorie ist unter anderem die Ausklammerung der Produktionsmittel aus der Warengemeinschaft, sagt er, so ein Schlag für die Werttheorie! Die Preise für Produktionsmittel hatten nur formale Bedeutung, die Festlegung erfolgte einfach aufgrund der Selbstkosten!

„Ein derartiger Preis ist aber offensichtlich für eine rationelle Organisation der Wirtschaftstätigkeit völlig ungenügend. Eine solche Praxis behindert“, es ist nicht möglich, *„den Preis für die Erhöhung des ökonomischen Nutzeffekts der Produktion und für die richtige Bestimmung des ökonomischen Nutzeffekts bei Anwendung der modernen Technik heranzuziehen. Das wirkte sich abträglich auf das System des materiellen Anreizes für den Arbeiter und auf die wirtschaftliche Rechnungsführung aus.“*

Die Folgen betreffen nicht nur die Sowjetunion. Mit Blick auf den RGW fordert Batschurin in seiner kategorischen Art, die **Binnenhandelspreise** der sozialistischen Länder sind in Ordnung zu bringen, eine wissenschaftlich begründete **Preispolitik** auf

Grundlage der Ausnutzung des Wertgesetzes und unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten zu betreiben.

(Wer also künftig als sozialistischer Staat mit der Sowjetunion im Rahmen des RGW handeln wollte, tat gut daran, sich der sowjetischen Wirtschaftspolitik anzupassen, es sei denn, er konnte sich auf nationale Besonderheiten berufen. Die Sowjetunion dagegen hatte zeitlebens auf ihre ökonomische Unabhängigkeit gepocht.)

Aber nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird, einige Grundprinzipien erweisen sich als stabil: *„Im ganzen jedoch sind unter den Bedingungen der sozialistischen Wirtschaft einheitliche Preise für die wichtigsten Produktionsmittel und Konsumgüter festzulegen.“* Preiserhöhungen sind akzeptabel, wenn die Preise offensichtlich zu niedrig festgesetzt wurden (im Verhältnis zum durchschnittlichen gesellschaftlichen Wert). Ein Beispiel sind die Kohlenpreise, Batschurin neigt auch dazu, diese zu erhöhen. Immerhin gibt er zu bedenken, eine Preisänderung hat Folgen: steigen die Kohlenpreise, so kann das eine gewisse Erhöhung der Metallpreise bewirken!

Strumilin schlug als neue Preisbildungsregel vor: $p = c + v + m' \times v$ (d. h. branchenabhängig), also Preis gleich Wert, ganz nach Marx. Aber das würde Zweige mit niedriger organischer Zusammensetzung bevorzugen, widerspricht Batschurin. Die Elektroenergieindustrie, die Schwerindustrie überhaupt, *„die über gewaltige Produktionsfonds verfügen und in der Entwicklung der Volkswirtschaft eine höchst bedeutende Rolle spielen“*, sind damit benachteiligt, die können mit solchen Preisen kein Einkommen erzielen, das für die Finanzierung von Investitionen ausreicht.

Ein anderer Vorschlag war der „Produktionspreis“ (speziell kapitalistischer Charakter) $p = c + v + p' \times (c + v)$. Produktionspreis heißt: Selbstkosten + %-Aufschlag ähnlich der Durchschnittsprofitrate, Batschurin findet das „unzweckmäßig“, es würden so die Preise für die Zweige erheblich steigen, die umfangreiche Produktionsgrundfonds einsetzen, z. B. Maschinenbau, Elektroenergie, Schwerindustrie, umgekehrt müßten die Preise für Nahrungsmittel und Textilindustrie stark sinken, weil die wenig Maschinen einsetzen.

„Diese Preise würden in größerem Maße vom Wert gelöst sein als die Preise, die durch Zuschlag einer mittleren optimalen Rentabilität auf die branchendurchschnittlichen Selbstkosten“ gebildet werden. *“Eine der Aufgaben auf dem Gebiet der Preisbildung besteht darin, die Einzelhandelspreise zu senken, und zwar bei beträchtlicher Steigerung der Produktion von Massenbedarfsartikeln und wesentlicher Senkung der Selbstkosten der landwirtschaftlichen Rohstoffe. Die weitere Senkung der Einzelhandelspreise ist … in vieler Hinsicht von der Senkung der Selbstkosten der landwirtschaftlichen Produktion abhängig.“*

Jetzt kommt die Wirtschaftspolitik, denn die Preisänderung hat Folgen – wo bleibt der „Gewinn“?: *„Werden aber die Preise mit dem Wert mehr in Übereinstimmung gebracht, so erhebt sich auch in einer Reihe von Zweigen der Schwerindustrie das Problem, die Akkumulation in zwei Teile zu gliedern. Ein Teil des Mehrprodukts muß restlos dem Staat für allgemeine Zwecke zugeführt werden, der andere Teil aber muß in Form des Gewinns oder eines Teils des betrieblichen Einkommens weitgehend im Interesse der wirtschaftlichen Rechnungsführung sowie des materiellen Anreizes und zur Deckung des Aufwands für die erweiterte Reproduktion in den betreffenden Betrieben verwendet werden. Hierbei muß der Anteil der Aufwendungen für Investitionen zu Lasten des Gewinns erhöht*

werden.“ Batschurin ist auf der Höhe der Zeit, er verweist auf das Februarplenum 1957.

(Was er will, ist ein Zwischending zwischen Wert- und Produktionspreis, damit die Produktionsmittel nicht zu teuer werden [Produktionspreis] und auch nicht die Konsumgüter teurer werden [Wertpreis])

Chudokormow, der erste Diskussionsredner, war sich über die sozialistische Preisgestaltung im klaren: *„Die sozialistische Planung sieht Abweichungen der Preise vom Wert bewußt vor, und das bedeutet keinesfalls, daß das Wirken des Wertgesetzes ignoriert wird.“* Summe der Preise = Summe der Werte, das heißt Äquivalenz.

Die Preisplanung muß Bedarf und Bedarfsdeckung berücksichtigen: *„Die Schwankungen von Angebot und Nachfrage stellen den Wirkungsmechanismus des Wertgesetzes dar, und auch in der sozialistischen Wirtschaft darf man ihn keinesfalls ignorieren.“* Aber der Wirkungsmechanismus des Wertgesetzes funktioniert planmäßig, durch andere Gesetze eingeschränkt. *„Die Preisplanung reflektiert das Wirken ökonomischer Gesetze, und zwar nicht nur des Wertgesetzes, sondern auch des ökonomischen Grundgesetzes und des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft.“*

Sein eigentliches Problem sind die Landwirtschaftspreise und die Erfahrungen der letzten Jahre. *„Eine Erhöhung der Preise für Erzeugnisse beispielsweise der Kolchose bei zu niedrigem Angebot an diesen Waren (hat) die Interessen der Wirtschaften an deren Produktion beträchtlich erhöht“*

Das scheint nicht widerlegbar, aber die Preisbildung in der Landwirtschaft hat Mängel: Das Wertgesetz wird im wesentlichen nur indirekt ausgenutzt, die regulierende Rolle des Wertgesetzes wirkt in der Zirkulationssphäre nur indirekt: *„Als Barometer dienten ... die Produktionsveränderungen, die sich infolge der unterschiedlichen materiellen Interessiertheit der Kolchosen und der Kollektivbauern an der Produktion bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse ergaben.“*

Und: *„Als Warnsignale, die dazu anhielten, die Erfassungs- und Aufkaufpreise in Ordnung zu bringen, dienten hauptsächlich Erscheinungen, die von einem bereits bestehenden Mißverhältnis zwischen den Planpreisen und der objektiven Grundlage der Planung dieser Preise zeugten.“* Nach seiner Meinung lag's daran, daß der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand nicht berücksichtigt wurde. Die Kolchose fangen jetzt erst mit der Selbstkostenrechnung an. Früher wurden Wert und Selbstkosten der Produktion nicht ermittelt. Damit fehlte die Grundlage für eine Preisplanung. (Das bestätigt den früheren Befund: waren die ursprünglichen Erfassungspreise nicht ideal, so war es die Änderung aus dem Bauch heraus erst recht nicht)

Kolganow ist ein Verfechter des Produktionspreises. Das heutige Preisgefüge ist historisch entstanden, erklärt er. Die Preise wurden *„so gestaltet, daß eine Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten des sozialistischen Staates gesichert war, der diese Mittel für die Industrialisierung, die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Festigung der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes einsetzte.“*

Die Umverteilung zugunsten des Staates hat ihre Bedeutung noch nicht verloren, aber sie *„kann jetzt nicht mehr so gestaltet werden wie früher.“* – Warum, verrät er nicht. Er stellt die neue Aufgabe der neuen Zeit: *„Man muß das Preisgefüge unter Annäherung an den Wert der Erzeugnisse aufbauen, die Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Stadt und Land, zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbezirken des*

Landes so gestalten, daß sie dem neuen Leitungssystem in Industrie und Bauwesen entsprechen, die Initiative von unten entfachen und eine richtige Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft gewährleisten.“

Das ist schwierig, das geht nicht von heute auf morgen, weil die Preise zu niedrig sind, Unterschiede zwischen Leicht- und Schwerindustrie bestehen und die Einzelhandels- wie die Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Rohstoffe geordnet werden müssen.

Kolganow zitiert Strumilin: *„Im Kapitalismus interessiert den Unternehmer bei der Kalkulation seiner individuellen Produktionskosten nur der von ihm bezahlte Teil des Wertes, eben deshalb nannte er diesen Wertteil Selbst-Kosten. Sind aber alle Betriebe gesellschaftliches Eigentum, so werden, für die Gesellschaft im Ganzen gesehen, die privaten zu gesellschaftlichen Kosten. Sie müssen restlos erfaßt werden, gleichviel, wie und wann sie bezahlt werden. Deshalb sind bei der Kalkulation eines jeden Betriebes die gesellschaftlichen Produktionskosten zu erfassen, nicht nur einschließlich der Löhne, sondern auch aller Abführungen an die gesellschaftlichen Konsumtions- und Akkumulationsfonds, die durch die Arbeit der in dem betreffenden Betrieb Beschäftigten für die gesamte Gesellschaft geschaffen wurden.“* („Das Wertgesetz und die Berechnung der gesellschaftlichen Produktionskosten in der sozialistischen Gesellschaft“, 1957)

Kolganows vorwurfsvoller Einwand, mit dem wir ihn mit Marx allein lassen können: Wird etwa im Sozialismus über die Produktionskosten kein Einkommen erzeugt?

Kondraschew schließt sich Batschurin an. Die Geschichte der Preise erfährt eine positive Bewertung: seit 40 Jahren nutzt die Partei den Preis aus, um die Planwirtschaft zu entwickeln, richtige Proportionen herzustellen, kontrolliert über den Preis die sozialistische Reproduktion und sichert die rentable Wirtschaftsführung.

„Der Preis ist ein mächtiges Werkzeug der staatlichen Kontrolle über die wirtschaftliche Tätigkeit der Betriebe.“ Aber jetzt befreien wir *„das System der Preisbildung von diesen (schwerwiegenden) Mängeln“* und alles wird noch besser. Ziel ist, *„. . . ein Preisgefüge ausarbeiten, das dem Staat einen beträchtlich höheren wirtschaftlichen Effekt auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Aufbaus erbringt.“* z. B. bei Investitionen, der Erhöhung der Geldakkumulation, der Hebung des materiellen Wohlstands des Volkes.

Lopatkin widerspricht und behauptet im Gegensatz zum Geist der Zeit, beim Austausch zwischen staatlichen Betrieben bestünde kein Notwendigkeit, den gesamten Arbeitsaufwand zu ersetzen. *„Das derzeitige Preisgefüge beruht auf gesunden ökonomischen Grundlagen. Die Auffassung, daß die Preise für Konsumgüter deren Wert übersteigen, ist unbegründet.“*

Und weil soviel Unsinn verbreitet wird, fängt er bei Marx an: *„Der Wert ist ein gesellschaftliches Verhältnis und nicht bloß Aufwand von Arbeit.“* Was folgt daraus? Beim Austausch zwischen Kolchosen und Staat ist alles klar, da sind zwei verschiedene Eigentümer vorhanden, also wirkt das Wertgesetz. Aber die wirtschaftliche Rechnungsführung, das Zur-Verfügung-Stellen der Fonds durch den Staat an die Betriebe, alles das verlangt äquivalente Beziehungen, keine formalen, sondern reale!

Zwischen den staatlichen Betrieben wird aber nur Volkseigentum von einem Organ auf ein anderes übertragen, folglich sind die Erfordernisse des Wertgesetzes strenger begrenzt. Eine ökonomische Notwendigkeit gibt es: der Betrieb muß seine Aufwendungen für die Produktion ersetzt bekommen, das ist klar, aber das Wertgesetz verlangt nicht

die volle Äquivalenz, nur die für den eigenen Aufwand + Gewinn, *„soweit die Betriebe nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten und berechtigt sind, einen Gewinn zu erzielen . . . “*

„. . . ist das heutige Preisgefüge, . . . , d. h. daß die Preise für Produktionsmittel bei uns unter dem Wert liegen, in keiner Weise als anormal anzusprechen. Das ist eine ***natürliche Erscheinung bei staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln.“***

Die ganze Diskussion bringt ihn auf: *„Einige Ökonomen schlagen vergeblich Lärm darüber, daß bei uns angeblich das Wertgesetz verletzt würde, daß der Sowjetstaat irgendwelche Erfordernisse des Wertgesetzes ignoriere und dergleichen. Nichts dergleichen! Unter unseren Bedingungen verlangt das Wertgesetz nicht solche Preise für Produktionsmittel, die gleich ihrem vollen Wert sind. Kann man denn annehmen, daß sich unser Preisgefüge, das bereits 35 Jahre besteht, das heißt seit Einführung der NÖP, so lange gehalten hätte, wenn es nicht über reale ökonomische Grundlagen verfügte? Eine derartige Vergewaltigung der ökonomischen Gesetze würde die Ökonomie nie verzeihen. Die Tatsache, daß unser Preisgefüge existiert, gesundet und unserer Volkswirtschaft vorzüglich dient, spricht dafür, daß es auf einer gesunden ökonomischen Grundlage beruht.“*

Nun kommen aber zahlreiche Ökonomen zu folgender Erwägung: Die Produktionsmittelpreise sind bei uns zu niedrig, folglich müssen die Konsumgüterpreise zu hoch sein, denn sonst geht die Gleichung Summe der Preise gleich Summe der Werte nicht auf. Lopatkin ist völlig anderer Meinung: *„Mir scheint, daß die Anwendung der Marxschen Formel auf unsere Wirtschaft ohne Berücksichtigung der konkreten Bedingungen des Sozialismus gänzlich unrichtig ist.“*

„Bei uns werden doch die Produktionsmittel nicht dazu produziert, um sie in die Hände ***anderer Eigentümer*** *zu geben; sie sind Mittel zu Produktion von Konsumgütern.“ „Für den Staat hat es daher keine reale Bedeutung, ob die Produktionsmittel innerhalb des staatlichen Sektors zum vollen Wert realisiert werden oder zu den Selbstkosten und einem geplanten Mindestgewinn. Würde der Staat die Preise für Produktionsmittel höher . . . festlegen und ein zusätzliches Aufkommen an Umsatzsteuer erzielen, so würde die Umsatzsteuer, mit der die Konsumgüter belegt sind, um den gleichen Betrag verringert, weil sich in diesem Fall die Selbstkosten der Konsumgüter erhöhen würden und man in den Einzelhandelspreis der Konsumgüter keinesfalls den früheren Umsatzsteuerbetrag einschließen könnte.“*

Daraus folgt, auch wenn man das Preissystem ändert, ergibt sich kein höheres Staatseinkommen, das Niveau der Einzelhandelspreise bleibt bestehen, nur ihre Struktur verändert sich.

„Der nicht in den Preis der Produktionsmittel eingeschlossene Teil des Wertes wird durch die Preise der Konsumgüter, die gleich dem Wert sind, realisiert. Wenn wir unterstellen, daß die Einzelhandelspreise der Konsumgüter den Wert übersteigen, so heißt das anzunehmen, daß das Reineinkommen, das nicht im Preis der Produktionsmittel realisiert wurde, zweimal im Preis der Konsumgüter aufgenommen wird. Das ist natürlich nicht der Fall, da der Preis der Konsumgüter gleich dem Wert ist.“

„Zuweilen sagt man: Wenn wir die Preise für Produktionsmittel erhöhen, so werden wir in der Lage sein, die Preise für Konsumgüter zu senken. Nichts dergleichen. Eine derartige Operation kann man niemals durchführen, weil die Einzelhandelspreise die Summe

des Geldfonds der Bevölkerung berücksichtigen.“ „Bei uns ist der Preisbildungsmechanismus so geartet, daß das Reineinkommen, das nicht im Preis der Produktionsmittel realisiert wird, automatisch in den Preis der Konsumgüter einfließt. Das vollzieht sich deshalb, weil die Selbstkosten der Konsumgüter niedrig liegen.“

Und er kommt zu dem bemerkenswerten Schluß: deshalb *„... bin ich der Meinung, daß das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln die Anwendungsbedingungen für die Marxsche Formel über die Gleichheit der Preis- und der Wertsumme verändert. Im Sozialismus ist die Formel nur auf den Teil des gesellschaftlichen Produktes anwendbar, der im vollen Sinne des Wortes Ware ist. Wir können von der Gleichheit der Summe der Einzelhandelspreise und der Summe des Wertes der Konsumgüter sprechen. Folglich ist das Gesamtniveau der Einzelhandelspreise = dem Wert.“*

Atlas dagegen hat sich völlig auf den neuen Kurs eingestellt und er macht es geschickt. *„Der Sozialismus übernahm vom Kapitalismus eine hochentwickelte maschinelle Produktionstechnik und ein System der Arbeitsteilung, das sich auf die gesamte Gesellschaft erstreckt.“* Folglich steht der Sozialismus dem Kapitalismus näher als der *„archaischen, primitiven einfachen Warenproduktion.“* (Feudalismus, Sklaverei)

Das ist unbestreitbar richtig, nur fragt diese Argumentation eben nicht nach Klassen oder Ausbeutungsverhältnissen. In dieser Hinsicht fällt er weit hinter Marx zurück. Jetzt referiert er erst einmal die derzeitige Hauptaufgabe, den Kapitalismus in der Pro-Kopf-Produktion zu überholen, und das Mittel zur Lösung, das Gesetz vom vorrangigen Wachstum der Abteilung I. Da steht die Sowjetunion gut da: 1956 waren in der Abteilung I 70 % der Industriearbeiter beschäftigt, die Abteilung I verfügte über 80 % der Anlagefonds.

Das hatte ja auch keiner angezweifelt. Nun aber kommt der Pferdefuß: *„Der Sozialismus trat technisch-ökonomisch die Nachfolge des Kapitalismus an.“* Daraus folgt für das Wirken des Wertgesetzes: Die Waren werden in Großproduktion erzeugt, nicht in Handarbeit, und Arbeitslohn, Profit, Kredit, Zins („ererbte Betriebsformen“) werden den Erfordernissen des Sozialismus angepaßt.

„Der sozialistische Gewinn ist das Gegenteil des kapitalistischen Profits“, postuliert er, um sich dann umfangreich über Rolle, Bedeutung, Bildungsquelle, Ausmaß, Verteilung und Verwendung des sozialistischen Gewinns auszulassen. Die Umsatzsteuer nennt er einen Teil des Reineinkommens durch *„vorangehende Erfolge der Industrie“* und erspart uns nicht die Erklärung, daß die Umsatzsteuer restlos dem Staatshaushalt zufließt. Sogar bargeldlos.

Sein historischer Abriß: Nach dem Krieg stellte man fest, infolge der während des Krieges stattgefundenen Nominallohnerhöhungen waren die Selbstkosten in zahlreichen Betrieben der zivilen Produktion gestiegen, während die Abgabepreise konstant blieben. Das führte zu staatlichen Subventionen *„in sehr vielen Industriezweigen für jede Erzeugniseinheit“*. Dieses Subventionierungssystem begann wirtschaftliche Rechnungsführung zu hemmen, folglich kam es 1948 zur Wettbewerbsbewegung mit dem Ziel des Verzichts auf Subventionen, d. h. dem Kampf um Rentabilität der Produktion durch Übererfüllung des Plans zu Selbstkostensenkung in den Betrieben.

Er lobt: All das zeugte von hohem kommunistischem Bewußtsein, denn die Kollektive hatten keinerlei materiellen Vorteil. Es begann auch eine Massenbewegung zur besseren

Auslastung der Anlagen! (Was er nicht sagt, was aber offensichtlich ist: All dies geschah vor dem „neuen Kurs“, als Bestandteil Stalinscher Wirtschaftspolitik, und mit dem „stalinistischen“ Preisbildungssystem.)

Das hindert ihn nicht vorzuschlagen, den (kapitalistischen) Produktionspreis auf Basis der Umlauf- und Anlagefonds einzuführen: *„Diese Gewinnrate ist eine echte Kennziffer der Rentabilität der Produktion.“* Was sagt Marx dazu? Erstens: nur lebendige Arbeit schafft Wert, aber Marx sagt auch, technische Ausstattung erhöht die Produktivität der Arbeit. Deshalb ist das Verhältnis zwischen Zuwachs an Reineinkommen (Gewinn) und dem Grundmittelbestand zu berücksichtigen, der Nutzeffekt der Fonds. Diese Art der Gewinnplanung läßt die Selbstkosten keineswegs außer acht: Bleibt der Preis konstant, dann steigt der Gewinn, wenn die Selbstkosten sinken.

(Richtig. Nur sollte doch der Preis dem Wert angenähert werden. Wenn die Selbstkosten sinken, sinkt leider auch der Wert.)

Kazenelenbaum verlangt im Reformerschwung: Man braucht drei Kennziffern, je eine für die Ausnutzung der Anlagemittel, der Umlaufmittel und eine Kennziffer der Selbstkosten.

Minajew will die Betriebe nach der Gewinnrate bewerten. *„Man kann die Größe des in den sozialistischen Betrieben geschaffene Mehrprodukts nicht bestimmen ohne dabei den Umfang der Produktionsmittel zu berücksichtigen.“* Was Professor Atlas vorschlägt, hält er allerdings für riskant. Wenn man die Gewinnsumme nicht auf die Selbstkosten bezieht, sondern auf die Fonds, wer kann sagen, daß dann nicht die unbewachten Selbstkosten steigen statt zu sinken? Die Anlage- und Umlaufmittel werden sicher sehr gut ausgelastet! Er weiß, der Gewinn ist *„unter unseren Bedingungen nicht das Kriterium, mit dessen Hilfe wir den Nutzen der Mittel bestimmen sollten“*. Die Hauptfrage ist immer die Erfüllung des Produktionsprogramms, der Produktionsausstoß – also die Bruttoproduktion!

Waag beschwert sich, daß die ganze Diskussion längst vom sogenannten Leben widerlegt ist. Die Planungspraktiker *„operieren bereits seit langem mit der Kategorie des Produktionspreises, der von den Wirtschaftstheoretikern nach wie vor abgelehnt wird“*. (Interessant ist, wer diesen Herrn und seine Theorien sowie die praktische Verfahrensweise angegriffen hat: Notkin, Strumilin, Mstislawski.)

Plyschewski befaßt sich mit der Umverteilungsfunktion der Preise. Leider beschränkt er sich zu erklären, was ist und verzichtet auf die Kritik des Produktionspreises. Offensichtlich war in dieser Zeit der Verwirrung ja gar nichts mehr.

Den Preisen im Sozialismus liegt das Wertgesetz zugrunde, das Wertgesetz bestimmt zwar die Preise, ist aber nicht der absolute Regulator. Die Preise werden auf Grundlage des Wertgesetzes bestimmt, *„jedoch unter Berücksichtigung der Erfordernisse der übrigen ökonomischen Gesetze des Sozialismus,“* in erster Linie des Gesetzes der planmäßig proportionalen Entwicklung. Bekanntlich ist das erste Planungsprinzip die proportionale Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft und forcierte Entwicklung der führenden Wirtschaftszweige. Die Preispolitik wird dieser Aufgabe unterstellt. Folglich *„läuft der Aufbau eines wissenschaftlichen Preisgefüges im Sozialismus nicht darauf hinaus, die Preise ... im Einklang mit ihrem Wert festzulegen. Die Hauptschwierigkeit ... besteht darin, die* ***Preise unter Berücksichtigung des Wertes*** *so zu gestalten, daß sie die*

richtigen Proportionen in der Entwicklung der Volkswirtschaft sichern und zum technischen Fortschritt, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Senkung der Selbstkosten beitragen.“

Hat man das verstanden, kommt man zu der Erkenntnis: *„Man kann die Preisbildung in unserer Wirtschaft keineswegs nur auf der Grundlage des Wertgesetzes verbessern“*, dabei müssen alle Erfordernisse der ökonomischen Entwicklung des Landes berücksichtigt werden. Wertgesetz und Gesetz der planmäßigen Entwicklung schließen sich nicht aus, im Gegenteil, ohne Wertgesetz kann man keine richtigen Proportionen herstellen. Bei der Planung aber kommt es häufig zu Widersprüchen zwischen beiden Gesetzen. Die Lösung kann nur sein: Einhaltung bestimmter wertmäßiger Proportionen und gleichzeitig Einschränkung des Wertgesetzes in einigen Punkten.

Das heutige Preisgefüge hat natürlich ein Preiskriterium. Die Anschuldigung, die Preise würden willkürlich festgelegt, ist aus der Luft gegriffen. Die Abgabepreise für Produktionsmittel und Konsumgüter: Selbstkosten + Plangewinn (%). Die Einzelhandelspreise der Konsumgüter werden auf Grundlage der Selbstkosten und deren Realisierungsbedingungen unter Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage (Geldfonds aus Arbeitseinkommen = Summe der Preise Konsumgüter) festgelegt.

Das erlaubt dem Sowjetstaat, die Akkumulation der Volkswirtschaft umzuverteilen, erlaubt nicht immer, den Nutzeffekt der Investitionen zu bestimmen und *„trägt in einigen Fällen nicht dazu bei, die moderne Technik einzuführen, die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Selbstkosten der Produktion zu senken.“* Das Preisgefüge muß also weiter vervollkommnet werden.

„Bei allen Mängeln aber entspricht das bestehende Preisgefüge im wesentlichen den praktischen Aufgaben, die der Wirtschaftsaufbau stellt.“ Überlebt hat es sich nicht, sonst *„hätten wir nicht eine erfolgreiche volkswirtschaftliche Entwicklung“*. Das Preisgefüge hat tiefgehende ökonomische Wurzeln: Umverteilung des Nationaleinkommens auf die verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft, auf den staatlichen und den genossenschaftlichen Sektor, auf die verschiedenen Bezirke des Landes, wie auch auf Konsumtion und Akkumulation.

Die Mängel des Preisgefüges: es läßt ökonomisch unbegründete Abweichungen der Preise vom Wert zu, dadurch kommt es zu Disproportionen in der Entwicklung der Volkswirtschaft, aber da wurde in den letzten Jahren viel getan.

Plyschweskis Erklärung der Umsatzsteuer haben wir schon zur Kenntnis genommen. Nur zur Erinnerung: *„Die Umsatzsteuer ist eine komplizierte ökonomische Kategorie, die ihrer Natur nach verschiedene Elemente enthält.“* Der Hauptteil ist Mehrprodukt, dazu kommen zu niedrig angesetzte Materialkosten sowie Elemente der indirekten Steuer, weil die Einkünfte der Bevölkerung mit Hilfe des Preises reguliert werden. Wäre die Umsatzsteuer nur ein Mittel, das Mehrprodukt abzuschöpfen, so könnte man sie nicht benutzen, um die Geldeinkünfte mit dem Warenumsatz in Übereinstimmung zu bringen. Genau das aber wird im Plan bilanziert. Die Umsatzsteuer enthält also Teile von m, c, v.

Mstislawski liegt auf der Stalinschen Linie der Wirtschaftspolitik: *„Das bestehende Preisgefüge beruht auf einer objektiven ökonomischen Grundlage.“*

War schon Lopatkins Schlußfolgerung kühn, so wartet Mstislawski mit einer weiteren

Überraschung auf: *„In der sozialistischen Wirtschaft sind zwei Preismaßstäbe wirksam. Das Vorhandensein eines doppelmaßigen Preisgefüges führt dazu, daß das Verhältnis zwischen der Höhe der Selbstkosten verschiedener Waren ungefähr ihr Wertverhältnis zum Ausdruck bringt.“*

Allerdings stimmt er für Warenproduktion. *„Im gegebenen Fall handelt es sich um das Vorhandensein der Formen selbst, um das Bestehen der Warenproduktion, der Ware als Form. Sprechen wir jedoch von Formen, so kann man diese Formen keinesfalls noch einmal in Formen dem Wesen nach und in Formen nur der Form nach aufgliedern.“* Warenproduktion ist Warenproduktion der Produktion, stellt er fest.

Im Vorbeigehen korrigiert er Ostrowitjanow: Der Preis des Bodens ist nicht durch den Wert bestimmt, sondern nach Marx durch die kapitalisierte Rente. Marx sagte, der Bodenpreis ist eine irrationale Form des Preises.

Weil Warenproduktion besteht, sind auch die Produktionsmittel Waren. Im Kapitalismus gäbe es da keine Frage. (Wir kommen noch darauf zurück.)

„Man kann nicht die Vorteile und Mängel einer jeden Variante theoretisch betrachten und sodann den Leuten die Entscheidung überlassen, welche ... geeignet ist.“ Denn *„es wird vergessen, daß jedem Preisbildungssystem ein bestimmtes Wirtschaftssystem mit seinen objektiven Gesetzen zugrunde liegt.“* Von dieser Voraussetzung ausgehend, kommentiert er Atlas’ Produktionspreis: *„Aber vorzuschlagen, den Produktionspreis einzuführen, bedeutet vorzuschlagen, das Gesetz der Durchschnittsprofitrate einzuführen.“* Und darüber soll gar noch die Verteilung der Investitionen geregelt werden, wie Genosse Waag vorschlägt? Das wird nichts, meint er. Im Sozialismus nämlich sind alle Erscheinungen, auch der Preis, mehreren Gesetzen untergeordnet. (Grundgesetz, Gesetz der planmäßigen Entwicklung, Gesetz der sozialistischen Verteilung usw.)

Das ergibt ein paar Eigentümlichkeiten bei der Preisbildung, es ist relativ komplizierter als im Kapitalismus. Warum er verkündet, das gegenwärtige Preisgefüge habe *„schwerwiegende Mängel, die niemand verdecken kann“*, ist schleierhaft, denn im Folgenden zeigt er sich als überzeugter Verfechter eben dieses Preisgefüges: *„Es ist aber gänzlich irrig, dieses Preisgefüge als überholtes Produkt der alten Politik, als Produkt der reinen Politik auszugeben.“* Es hat natürlich eine ökonomische Grundlage.

„Das derzeitige Preisgefüge beruht auf ganz strengen und bestimmten objektiven Gesetzmäßigkeiten und hat bestimmte ökonomische Grenzen, die sein Wirken bedingen. Die Veränderungen, die es von Zeit zu Zeit erfährt, vollziehen sich in der Richtung, daß bestimmte ökonomische Gesetzmäßigkeiten berücksichtigt werden, die objektiv wirksam sind und in der Preispolitik unausweichlich in Rechnung gestellt werden. ***Es handelt sich nicht darum, daß dieses System zu nichts brauchbar wäre, sondern vielmehr darum, daß es unsere Ökonomen noch nicht verstanden haben, jene Gesetzmäßigkeiten genügend zu enthüllen, die es in sich birgt.“***

(Wir werden später sehen, daß er nicht unwidersprochen bleibt), nun aber erst einmal Mstislawskis Erklärung: In der Abteilung I (Produktionsmittel) ist das Preisniveau relativ niedriger als in Abteilung II (Konsumgüter). Der Unterschied ist stabil, weil es zwei Preismaßstäbe gibt. So etwas gibt es im Kapitalismus nicht, und deshalb hier sagen hier die Leute: Produktionsmittel zu billig, Konsumgüter zu teuer! *„In dieser Tatsache fanden die Besonderheiten des sozialistischen Marktes ihren Ausdruck, der sich vom ka-*

pitalistischen Markt grundlegend unterscheidet.“ Der sozialistischer Markt beruht auf sozialistischem Eigentum *„und ermöglicht es, auch bei doppelmaßigen Preisgefüge eine planmäßige Reproduktion zu sichern.“*

Unter diesen Bedingungen, dem sozialistischen Markt, dem sozialistischem Eigentum, sind die Zirkulationssphären der Produktionsmittel und der Konsumgüter getrennt. Man kann mit Geld, das für Anlagefonds bestimmt ist, nicht einmal Lohn zahlen. Daraus folgt, die Gelder aus der Zirkulationssphäre der Produktionsmittel können nicht in die der Konsumgüter übergehen. Andererseits kann niemand privat Produktionsmittel kaufen, das ist allgemein bekannt und anerkannt.

Die Begründung überrascht, obwohl auch hier nur bekannte Tatsachen festgestellt werden: *„Die relative Selbständigkeit beider Sphären der Ware-Geld-Beziehungen ist durch das sowjetische System der Lohnauszahlung verankert.“* Es gibt im Sozialismus garantierte Lohnzahlungen, unabhängig vom Stand des betrieblichen Verrechnungskontos. *„Obgleich sich auf den Bankkonten und in der Buchhaltung die Kreisläufe der verschiedenen Sphären kreuzen, bleiben sie relativ selbständig und, was besonders wichtig ist, jede dieser beiden Sphären wird durch ihren besonderen Geldtypus (Giral- und Bargeld) sowie durch ihre eigene Geldmasse charakterisiert.“*

Viele Ökonomen sehen die Doppelmaßigkeit als anormal an, haben aber kein einziges Argument dagegen, *„höchsten die dogmatische These, daß für beide Sphären ein einheitlicher Preismaßstab notwendig sei.“* Das ist aber gar nicht objektiv notwendig, im Gegenteil, das doppelmaßige System ist objektiv notwendig für den Sozialismus! Und warum? Weil Geld und Preise im Sozialismus mehrere Funktionen ausüben, zwischen denen dialektische Widersprüche bestehen:

- Preis = Wert = durchschnittlicher gesellschaftlich notwendiger Arbeitsaufwand, d. h. der Preis sollte dem Wert möglichst nahe kommen. Strumilin und Kronrod haben recht.
- Die Preise dienen der Umverteilung des Nationaleinkommens.

Das doppelmaßige System gibt die erste Funktion – Wertmaßstab – an die Selbstkosten und regelt die zweite Funktion erfolgreich über die Preise.

Wie ist es möglich, daß die Selbstkosten zum Wertmaßstab werden? *„In der Regel wird die Auffassung vertreten, das Preisgefüge betreffe lediglich den Warenumsatz“*, dabei berührt es nicht weniger den Arbeitslohn und die Selbstkosten. *„Mehr noch, es verändert grundlegend die Form des Arbeitslohns und der Selbstkosten gegenüber analogen Formen, die für den Kapitalismus charakteristisch sind.“*

Ein Rechenbeispiel: Wert = Konsumgüterfonds = 500 Mrd. Rubel. Werden die Konsumgüter über Wert verkauft, z. B. für 750 Mrd. Rubel = Preis, dann muß der Nominallohn auch 750 Mrd. Rubel betragen, also liegt der Nominallohn um 50 % über dem Reallohn. *„Entsprechend gewinnt auch die wertmäßige Struktur des gesellschaftlichen Produkts im Preisausdruck eine völlig neue Form.“*

(I):	1400_c	+	350_v	+	250_m	=	2000	Produktionsmittel
(II):	450_c	+	150_v	+	100_m	=	700	Konsumgüter
	1850_c	+	500_v	+	350_m	=	2700	gesellschaftliches Produkt

Reallohn = 500 Mrd., Selbstkosten = 2350 Mrd., Wert = 2700 Mrd.

Was geschieht, wenn die Preise der Abteilung II (Konsumgüter) um 50 % erhöht werden – z. B. durch Umsatzsteuer – während das Preisniveau der Abteilung I konstant bleibt? Es entsteht das, was Mstislawski beweisen will: ein doppeltes Preisgefüge. Produktionsmittel und Konsumgüter werden zu ihrem Wert verkauft, aber nach Maßstab A für Abteilung I und Maßstab B für Abteilung II. Um den normalen Ablauf der gesellschaftlichen Reproduktion zu sichern, ist der Lohn nach Maßstab B zu zahlen (denn die Leute kaufen nichts als Konsumgüter) – um 50 % erhöht. *„Die Produktionskosten werden nach einem kombinierten Maßstab gemessen, c nach Maßstab A, v nach B.“*

Auch die Akkumulation wird ungleiche Zusammensetzung aufweisen.

(I):	1400_c	+	525_v	+	75_m	=	2000	Produktionsmittel
(II):	450_c	+	225_v	+	375_m	=	1050	Konsumgüter
	1850_c	+	750_v	+	450_m	=	3050	gesellschaftliches Produkt

genau wie für die Sowjetunion typisch: geringe Akkumulation in I, erhöhte in II.

Was folgt daraus?

	dem Wert nach	dem Preis nach (zwei Maßstäbe)
Arbeitslohn v	500	750
Nationaleinkommen $v + m$	850	1200
Selbstkosten $c + v$	2350	2600
Wert ges. Gesamtprodukt $c + v + m$	2700	3050
Selbstkosten + 5 % Gewinn $(c + v) \times (1 + 0,05)$	2470	2730

Der Lohn nähert sich umfangmäßig dem Nationaleinkommen (nach Maßstab A) an, die Selbstkosten, in Geld gemessen, gleichen sich dem vollen Wert (Maßstab A) an, das ist so in der Volkswirtschaft im Ganzen, und in jedem Betrieb, in jedem Wirtschaftszweig.

(Fast das gesamte Nationaleinkommen wird also als Lohn ausgezahlt. Das ist „richtig“ in dem Sinne, daß die Produzenten Eigentümer der Produktionsmittel sind, ihnen also das volle neugeschaffene Produkt gehört. Über den Preismechanismus erfolgt anschließend die Umverteilung: Der Staat bildet die gesamtgesellschaftlichen Fonds für Bildung, Gesundheitswesen, Verteidigung, Akkumulation usw. Das einen Abzug vom Einkommen zu nennen, ist unter sozialistischen Verhältnissen unrichtig. Im Gegenteil: die Bedeutung und der Umfang der gesamtgesellschaftlichen Fonds wächst.)

„Das heißt, bei einem derartigen Preisbildungssystem im Sozialismus schließt der in Geld ausgedrückte Arbeitslohn und entsprechend auch die Selbstkosten faktisch einen erheblichen Teil des Wertes des Mehrprodukts ein.“

Welcher Mechanismus ergibt sich hier? In Geldform wird dem Arbeiter mehr ausgezahlt, fast der volle Wert des Nationaleinkommens. Aber die Preise für Konsumgüter werden höher festgelegt, so gelangt der Wert des Mehrprodukts an den Staatshaushalt in die zentralisierte Fonds. *„Ein derartiger Preismechanismus gestattet es, die Umverteilung durchzuführen und die wertmäßigen Beziehungen zu regulieren, unter anderem auch mit den Genossenschaftsbauern, deren Einkünfte den Wert des notwendigen Pro-*

dukts übersteigen.“

Die Selbstkosten liegen nahe dem wirklichen Wert. (Für Abteilung I und II, im Schema ist in Abteilung II die Umsatzsteuer enthalten.) Es ergibt sich eine eigentümlich Form von c, v, m, aber das verursacht gerade die sozialistische Modifikation der Kategorien. Das Verhältnis zwischen den Preismaßstäben kann selbstverständlich nicht willkürlicher Natur sein. Der Preismaßstab in II muß größer sein als in I, im Rahmen des Verhältnisses $(v + m)/v$!

„Ist das Verhältnis zwischen den Preismaßstäben größer als diese Proportion, so liegen die Selbstkosten der Produktion I über der Preissumme dieser Produkte, also muß die Abteilung als Ganzes subventioniert werden. Ist die Mehrmaßigkeit der Preise genau $(1 + m/v)$, *so werden sich die in Geld ausgedrückten Selbstkosten der Produktion mit deren Wert decken.“*

In Abteilung I sind dann die Selbstkosten = der Preissumme, die Abteilung kann sich drehen und wenden wie sie will, sie wird keine Akkumulation haben. Damit die Wirtschaftliche Rechnungsführung normal funktionieren kann, muß daher das Verhältnis zwischen den Preismaßstäben etwas kleiner sein als $(1+m/v)$. Eliminiert man diesen Unterschied in den Preismaßstäben jedoch gänzlich, dann kann der Preis seine Umverteilungsfunktion nicht mehr erfüllen, die Selbstkosten werden so weit vom Wert entfernt sein, daß sie nicht als Maß der gesellschaftlichen Produktionskosten fungieren können.

„Hier ist ein doppelmaßiges Preisgefüge als eine spezifisch sozialistische Modifikation der Wertform notwendig.“

Zum Schluß stellen wir nur noch fest, was der Genosse Waag gegen Notkin hat, der an der öffentlichen Diskussion nicht teilnahm. Material liegt vor:

A. I. Notkin: „Die Bestimmung des Nutzeffekts von Investitionen“, 1955. *„Im Gegensatz zum Kapitalismus besteht also im Sozialismus ein direkter Zusammenhang zwischen Produktion und Konsumtion und das gesamte System der planmäßig sich entwickelnden Arbeitsteilung hat die Aufgabe, die Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft zu befriedigen. Die Rentabilität sozialistischer Industriebetriebe und das von ihnen erzielte Reineinkommen sind eine wichtige Voraussetzung für die Erweiterung der sozialistischen Produktion, jedoch nicht deren Zweck.“*

Faktoren des ökonomischen Nutzeffekts im Sozialismus sind 1. den Verbrauch nach Möglichkeit erweitern und 2. gleichzeitig *„durch Neubau und Rekonstruktion von Betrieben den Verbrauch gesellschaftlicher Arbeit/Erzeugniseinheit nach Möglichkeit zu senken“. „In diesem Verhältnis kommen sowohl Ziel wie auch Mittel der sozialistischen Produktion zum Ausdruck.“* Im Kapitalismus gilt das Prinzip der Profitmaximierung, daran sieht man den Gegensatz.

„Vermittels der Investitionen müssen die verschiedenen Zweige der sowjetischen Volkswirtschaft derart miteinander ins Verhältnis gesetzt werden, daß der Bedarf der Bevölkerung sowohl in nächster Zeit wie auch auf lange Sicht . . . gedeckt werden kann, wenn die sozialistische Produktion ständig nach modernsten technischen Gesichtspunkten erweitert und vervollkommnet wird.“

Die Verteilung der Investitionen erfolgt nicht mittels Wertgesetz, sondern durch das Gesetz der planmäßig proportionalen Entwicklung. Der Vorschlag, die Arbeitsproduktivität zu bestimmen als Quotient vom Anwachsen des Akkumulationsfonds und Investi-

tionen, die ihn speisen, hat Mängel:

- Die Steigerung des Akkumulationsfonds hängt nicht nur von der Steigerung des Nationaleinkommens ab, sondern auch von dessen Verteilung.
- Die Konsumtion sollte nicht der Akkumulation gegenüber gestellt werden; das tut der Kapitalismus.
- Nicht aller Produktionszuwachs kommt aus Investitionen!

Notkin schlägt vor: Arbeitsproduktivität = stofflicher Umfang des Nationaleinkommens/Summe der gesellschaftlichen Arbeit. Damit ist schon der Ersatzfonds eliminiert. Die Summe der gesellschaftlichen Arbeit ergibt den Lohn, damit den Verbrauch.

„Im Sozialismus ist es für ... die Wirtschaftlichkeit der Projektvarianten wichtig festzustellen wieweit sie die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit nicht nur in den unmittelbar in Frage kommenden Produktionszweig, sondern auch in anderen erhöhen.“

„Die Selbstkostenberechnung soll dem neuen Betrieb höchste Wirtschaftlichkeit vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sichern.“ Man darf sich nicht nur auf diesen Betrieb beschränken, sondern muß den in der Naturalkennziffern-Analyse betrachteten Zusammenhang berücksichtigen – folglich Projektierung unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Die Methode hat aber Mängel: *„Wie sehr wir auch ... die Selbstkosten ‚naturalisieren‘ mögen, in ihrer Gesamtheit genommen, müssen die laufenden Kosten doch immer in ihrer Wertform verglichen werden.“*

„Es ist kein Zufall, daß die Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit in der ersten Phase des Kommunismus durch den Wert und den Preis der einzelnen Produkte ausgedrückt wird. Das hängt mit dem in der Sowjetwirtschaft wirkendem Wertgesetz zusammen. Allerdings regelt dieses Gesetz hier nicht mehr die Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion, denn ‚... die Produktionsmittel verlieren innerhalb des Landes die Eigenschaft von Waren, hören auf, Waren zu sein und treten aus dem Wirkungsbereich des Wertgesetzes heraus, wobei sie nur die äußere Hülle von Waren (Kalkulation und dergleichen) behalten.‘ (Stalin, ‚Ökonomische Probleme‘). Daß die Produktionsmittel noch die äußere Hülle von Waren behalten, kommt darin zum Ausdruck, daß die Aufwendungen für Produktionsmittel in Wertform erfaßt werden.“ (Material – in Geldform zu bestimmten Preisen, Lohn in Geldform)

Strumilins Vorschlag, zur Umstellung der Projektrechnung: Selbstkostenrechnung + Produkt für die Gesellschaft – *„Dieser Teil des Nationaleinkommens kommt im Reineinkommen der Betriebe nur unvollständig zum Ausdruck“* Bei einer angenommenen Mehrproduktrate 100 % im betrachteten Betrieb also ist die Lohnsumme ×2 zu nehmen.

Zur Rückflußdauer: *„Schwieriger wird es ..., beim Vergleich von Varianten die wirtschaftlich bessere zu bestimmen, wenn die eine niedrigere Selbstkosten der Erzeugnisse bei höheren speziellen Investitionen zeigt, die andere umgekehrt eine Einsparung an speziellen Investitionen bei höheren Selbstkosten der Erzeugnisse ergibt.“*

Koeffizient des Nutzeffekts (beim Vergleich zweier Investitionsvarianten): $A =$ (Betriebskosten II − Betriebskosten I)/(Investition I − Investition II).

Die Zeit, bis der Nutzeffekt erreicht ist, ist dazu umgekehrt proportional.

Rückflußdauer $t =$ (Investition I − Investition II)/(Betriebskosten II − Betriebskosten I).

Z. B. 25 000 Rubel Selbstkostensenkung: 250 000 Rubel Investition: $A = 10\,\%$, $t = 10$ Jahre (Rückflußdauer).

Praktisch geht's so nicht, sagt Notkin. *„Wenn Mittel zur Modernisierung der Ausrüstungen investiert werden, dann sollen sie ebensowohl die Produktion von Ausrüstungsgegenständen vergrößern wie die verschiedenen Produktionszweige weiterentwickeln. Der technische Fortschritt ist die wichtigste Voraussetzung, um die Arbeitsproduktivität zu entwickeln und die Produktion in allen Produktionszweigen zu erhöhen, er bildet also auch das wichtigste Moment der Proportionalität der Volkswirtschaft."*

„Man kann den Koeffizienten des Nutzeffekts nicht dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus und dem Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft gegenüberstellen, als sei er bei der Verteilung der Ausrüstungsgegenstände ein Regulator besonderer Art."

Unklar ist Notkin außerdem: *„Warum müssen zusätzliche Investitionen durch Selbstkostensenkung aufgewogen werden? Warum genügt es nicht, daß die Investitionen durch Amortisation der Produktionsgrundfonds zurückfließen? Welcher innerer Zusammenhang besteht zwischen den zusätzlichen Investitionen und der Selbstkostensenkung?"*

„Man hat vollkommen richtig bemerkt, daß ‚selbst wenn man der Geldrechnung nur die ihr zukommende untergeordnete Bedeutung zuweist, so bleibt doch ein sehr schwacher Punkt dieser Methode, daß sie aus der Praxis genommene Koeffizienten benutzt, ohne die Richtigkeit ihrer Anwendung zu beweisen, ohne ihren Zusammenhang mit den wirklichen Prozessen aufzuklären, die sich in der sozialistischen Wirtschaft abspielen und ohne für die Größe der Koeffizienten eine Begründung zu haben.'" (T. S. Chatschaturow, 1950)

Die Anhänger der Methode verlangen, die Staatliche Plankommission möge den speziellen Koeffizienten des Nutzeffekts festsetzen. Notkin antwortet kategorisch: Unnötig! Wenn man einen Zweig entwickeln will, *„dann kann das auch geschehen, ohne daß man irgendwelche Koeffizienten des Nutzeffekts an völlig klarliegende Tatsachen anpaßt."*!

Er lehnt diese Koeffizienten nicht nur deshalb ab, weil es ungenügend durchdacht ist, sondern auch, *„weil dadurch eine funktionale Abhängigkeit zwischen den zusätzlichen Investitionen und der Senkung der Selbstkosten"* hergestellt wird. *„Es entstand der Eindruck, als würde hier den zusätzlichen Investitionen so etwas wie eine wundertätige Kraft zugeschrieben, die eine Einsparung, einen zusätzlichen Gewinn ‚erzeugen' könnte, während der Gewinn doch durch die lebendige Arbeit, nicht aber durch zusätzliche Investitionen zustande kommt, und Einsparungen durch die gesamte Arbeit des Betriebes gewonnen werden."* Außerdem stört ihn die Nähe zur Profitrate, das alles ähnelt zu sehr der Verzinsung des Kapitals.

Die Selbstkostenrechnung erfaßt die Amortisationen bereits, in der Formel des Nutzeffekts sind aber die Investitionen zweimal drin, Doppelrechnung also, einmal in der Selbstkostensenkung und einmal als Investitionsbetrag. Da müßte ja auch die eingesparte lebendige Arbeit doppelt eingerechnet werden, die schafft anderwärts auch wieder Nutzen.

Kein Wunder, daß die Anhänger des „neuen Kurses" Notkin nicht zu den Ihren zählen.

6.4 Auswertung der öffentlichen Diskussion

Langsam wird immer klarer, wie die sowjetische Wirtschaft zu Stalins Zeiten und mindestens noch bis 1958 funktionierte. Aber man muß es richtig und vollständig verstehen. Also lassen wir erst einmal den neuen Kurs beiseite und befassen uns mit denen, die in der öffentlichen Diskussion bewiesen haben, daß sie für die Stalinsche Wirtschaft stehen.

Das faszinierende am Wirtschaftssystem der Sowjetunion bis Mitte der 50er Jahre ist ja, daß es historisch gewachsen ist und keineswegs am grünen Tisch konstruiert wurde. Sogar die niedrigen Produktionsmittelpreise haben ihre Geschichte. Nach dem Bürgerkrieg, Anfang der 20er Jahre, war es erst einmal notwendig, die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen. Es wurde schon berichtet, daß die Betriebe oft unrentabel arbeiteten. Aber sie arbeiteten, produzierten und das war die Voraussetzung für Besserung.

Das Gegenteil kann man heute auf dem Gebiet der ehemaligen DDR besichtigen. Seit Jahren stillgelegte Werke sind dem hemmungslosen Verfall preisgegeben. Wo früher viele Menschen arbeiteten, gedeiht jetzt nur noch Unkraut. Die vereinzelten Neubauten, leicht und bunt, sind von erschreckend provisorischem Charakter. Es ist klar zu sehen: Nichts wird sich ändern, höchstens kann es noch schlimmer werden. Es gibt keine zukunftsträchtigen Industriestandorte.

Die Sowjetmacht dagegen ließ ihre Betriebe arbeiten, auch unrentabel, denn es wurden die Produkte gebraucht. Die Möglichkeiten, die Rentabilität über den Preis herzustellen, waren in den ersten Jahren äußerst beschränkt, weil der sozialistische Sektor mit dem privatwirtschaftlichen konkurrieren mußte. Außerdem bestand die dringende Notwendigkeit, das Leben der Bevölkerung zu verbessern. Wir haben oben gesehen: Strumilin, der sich der vielfältigen Probleme bewußt war, setzte auf die Arbeitsorganisation, und das sogar im volkswirtschaftlichen Maßstab. Damit, mit der sozialistischen Organisation der Arbeit, mit der konsequenten Planung, mußte der erste Schub der Steigerung der Arbeitsproduktivität und so die Selbstkostensenkung möglich werden.

Die Lage, Produktion um jeden Preis und Konkurrenz zur Privatwirtschaft, zwang zu niedrigen Preisen. Wir haben sogar gesehen, daß Strumilin eine Mehrwertrate von 20 % für machbar hielt.

Was ergibt sich daraus?

- Gut ist, wenn die Betriebe es schaffen, ihre Ausgaben zu decken, also c und v zu ersetzen.
- Steigerung der Löhne entsprechend der Arbeitsproduktivität, wobei wir gesehen haben, daß dieses Maß zweimal erheblich überschritten wurde (1. Fünfjahrplan, Kriegswirtschaft).

Das korrespondiert mit Mstislawski: Der Lohn nähert sich umfangmäßig dem Nationaleinkommen (nach Maßstab A) an, die Selbstkosten, in Geld gemessen, gleichen sich dem vollen Wert (Maßstab A) an, das ist so in der Volkswirtschaft im Ganzen, und in jedem Betrieb, in jedem Wirtschaftszweig. Das hatte man anfangs nicht beabsichtigt, das ergab sich, indem der Staat auf die jeweiligen Zwänge reagierte, immer unter der Maßgabe Sicherung und Stärkung der Diktatur des Proletariats, also des Sozialismus. Um den Konsumgütermarkt im Gleichgewicht zu halten, hatte man nach Strumilin die Instrumente Lohn, Preis, Steuer, nach 1930 besonders die sehr flexible Umsatzsteuer. Hierauf

gründet Mstislawski seine Behauptung, die Selbstkosten übernähmen die Aufgabe des Wertmaßstabs, die Preise die Aufgabe der Umverteilungsfunktion.

Man muß die Welt aber keineswegs so sehen, wie das Mstislawski tut. Es reicht Lopatkin: Preise für Produktionsmittel unter dem Wert sind bei staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln ganz natürlich. Produktionsmittel werden nicht zum Selbstzweck Verkauf produziert, sie sind Mittel zu Produktion von Konsumgütern.

Im staatlichen Sektor, die Volkswirtschaft mit Lenin als ein einheitliches Syndikat aufgefaßt, werden die Produktionsmittel zum Selbstkostenpreis weitergegeben an die Abteilung II, die dadurch mit niedrigen Selbstkosten produzieren kann. *„Der nicht in den Preis der Produktionsmittel eingeschlossene Teil des Wertes wird durch die Preise der Konsumgüter, die gleich dem Wert sind, realisiert.“ „Bei uns ist der Preisbildungsmechanismus so geartet, daß das Reineinkommen (m), das nicht im Preis der Produktionsmittel realisiert wird, automatisch in den Preis der Konsumgüter einfließt. Das vollzieht sich deshalb, weil die Selbstkosten der Konsumgüter niedrig liegen.“*

Die Selbstkosten der Konsumgüter liegen aber gerade deshalb niedrig, weil die Produktionsmittel nur zu den Selbstkosten weitergeben werden, weil m den Betrieben der Abteilung I nicht erstattet wird. Im „einheitlichen Syndikat“ macht es keinen Sinn, jeder Produktionseinheit – wie z. B. den Betrieben der Abteilung I – einen Anteil am Mehrprodukt zuzurechnen und diesen dann zu Gunsten des Staates einzuziehen. Der Einfachheit halber genügt es, wenn das Endprodukt, die Konsumtionsmittel, mit m beauflagt wird. Es findet im staatlichen Sektor eine „innerbetriebliche Verrechnung“ statt, wie zwischen zwei Abteilungen eines Betriebes. Marx ist vollkommen Genüge getan, denn die Arbeit der Gesellschaft wird so verteilt, daß die Bedürfnisse der Gesellschaft, den Möglichkeiten entsprechend, befriedigt werden.

Kronrod erklärt im gleichen Sinn: *„Manche Ökonomen meinen, daß es in der sozialistischen Wirtschaft einen einheitlichen Preismaßstab nicht geben kann, daß es in Wirklichkeit zwei Preismaßstäbe gibt: einen Maßstab für den Wirtschaftskreislauf der Produktionsmittel und einen anderen bei der Zirkulation der Konsumtionsmittel.“*

„Aber das, was diese Ökonomen als zwei Preismaßstäbe ansehen, sind in Wirklichkeit zwei Preishöhen, d. h. zwei verschiedene Grade der Abweichungen des Preises vom Wert und nicht zwei Maßstäbe, da die Einheitlichkeit der Geldware, die Einheitlichkeit des Wertmaßes und schließlich die Einheitlichkeit des gesamten Geldsystems einen einheitlichen Preismaßstab erfordern, also den Goldgehalt der Geldeinheit. Wenn es zwei Preismaßstäbe gäbe, dann würde das bedeuten, das faktisch nicht ein einheitliches Geldsystem fungiert, sondern zwei verschiedene Geldsysteme. Das ist aber mit der Einheitlichkeit des sozialistischen Reproduktionsprozesses unvereinbar.“

Hier geht er über Lopatkin hinaus, in Richtung niedrige Produktionsmittelpreise bedingen hohe Konsumgüterpreise, damit die Formel: Summe der Preise = Summe der Werte aufgeht. Lopatkin sagt dagegen: Summe der Konsumgüterpreise = Summe des Wertes der Konsumgüter.

Das Geld aber ist eine sozialistische Binnenwährung. Die Deckung des Geldes erfolgt durch *„die Warenmassen in den Händen des Staates“*. Der Wert des gesellschaftliche Gesamtprodukts wird ins Verhältnis zum Goldwert gesetzt, was nichts über die Abweichung der einzelnen Preise vom Wert sagt. Die Formel Summe der Preise gleich Summe

der Werte stimmt immer, der Rest ist eine Frage des Preismaßstabs.

Wie auch immer die Sache begründet oder ausgelegt wird, Fakt bleibt, und da sind sich alle, außer Mstislawski, einig: Die Preise zeigen Abweichungen vom Wert, und zwar in verschiedene Richtungen für Abteilung I und II. (Mstislawski sieht in den Abweichungen ein System und redet folglich von zwei Preismaßstäben – selbstverständlich im einheitlichen sozialistischen Reproduktionsprozeß.) Der Grund dafür wird ebenfalls einheitlich in der Umverteilungsfunktion gesehen, also im sozialistischen Charakter der Wirtschaft.

Wosnessenski zählt auf: Sowjethandel als eigene Form des Warenaustausches zur Realisierungsform des Anteils der Arbeiter, Bauern und der Intelligenz am gesellschaftlichen Produkt, der Preis der Waren *„basiert ... auf ihrem Wert bzw. auf den Produktionskosten. Im Hinblick auf die Festigung des Sozialismus und die Hebung des Lebensstandards der Werktätigen bestimmt jedoch der Sowjetstaat selbst den konkreten Preis jeder einzelnen Warengattung, die in den staatlichen Betrieben produziert oder im staatlichen Handel verkauft wird, und demzufolge auch den Abweichungsgrad des Einzelhandelspreises der Ware von ihrem tatsächlichen Wert.“*

Die Abrechnung erfolgte für die Betriebe: Selbstkosten plus Plangewinn, letzterer diente zur Stimulierung der Produktion, für Prämien und Sozialeinrichtungen. Die materielle Interessiertheit blieb entgegen allen böswilligen Behauptungen also gewahrt. Anerkannte Verlustbetreibe, solche, bei denen schon bei der Planaufstellung klar war, daß die Preise nicht die Selbstkosten decken würden, wurden subventioniert und, bei Einhaltung der Planselbstkosten, auch mit einem Stimulierungsfonds ausgestattet. Dies erregte den Zorn *„mancher Wirtschaftswissenschaftler“*. Diese Betriebe standen nämlich nicht schlechter da als die, die Gewinn erwirtschafteten.

Die gesamte sozialistische Wirtschaftsgeschichte, auch nach Stalin, ist gekennzeichnet durch das strikte Auseinanderhalten von Abgabepreisen der Industrie und Einzelhandelspreisen. Schon das sollte zu denken geben.

Eben weil das sowjetische Wirtschaftsystem historisch gewachsen war und mit ihm das ihm eigene Preisgefüge, konnte die unsägliche Warendiskussion erst eskalieren, als man – was heißt man, wenn wir es ganz konkret haben: die neue Führung mit Chruschtschow an der Spitze – die Wirtschaftspolitik ändern wollte. Das bewährte System, das Mittel zum Erreichen der unwahrscheinlichsten, der beispiellosen Ziele (Industrialisierung, Aufbau einer Kriegswirtschaft, die der des wirtschaftlich entwickelteren Deutschland überlegen war), war auf einmal das „alte System“. In diesem alten System konnte die Frage Warenproduktion, ja oder nein, zwar Ärger machen, ggf. sogar die schwarzen von den weißen Schafen sondern, aber nie die sozialistische Produktionsweise als solche gefährden.

Man hielt sich zu Stalins Zeiten strikt an Marx und Lenin. Assoziierte Produzenten nach gemeinschaftlichen Plan, das hieß Zentralisierung, Staatseigentum und dessen staatliche Verwaltung. Der Wirtschaftsfunktionär, der Direktor eines Betriebes wird als Bevollmächtigter der sozialistischen Staatsmacht behandelt. Der Staat, als Diktatur des Proletariats unter Führung der kommunistischen Partei, ganz nach Lenin, hat seine wirtschaftliche Funktion ohne Abstriche wahrzunehmen. Daß in wirtschaftlicher Hinsicht etwas im Selbstlauf ging, und vielleicht sogar in die richtige Richtung, war ausgeschlossen. Selbstlauf hieß: die anarchischen, spontanen Momente setzen sich durch, die aber waren unerwünscht. Spontanität zielt auf Kapitalismus, darin war man sich einig.

Tabelle 6.1

Mehrproduktrate Sowjetunion (%)				
1950	1955	1960	1965	1970
101	106	107	115	134,5

Die Gesellschaft der assoziierten Produzenten, sagt Marx, muß entscheiden, was sie sich leisten kann, wieviel Arbeit auf Zweige verwendet wird, die nicht sofort Nutzen bringen, z. B. Eisenbahnbau. Die Elektrifizierung, ergänzt Lenin. Die Industrialisierung, setzt Stalin fort.

Klar ist, hier entscheidet nicht das Wertgesetz. Zu Stalins Zeiten war unbestritten, nicht das Wertgesetz verteilt die Arbeit, sondern der Plan. Später redete man von Bedürfnissen. Wir nehmen hier erst einmal an, das ist nur ein anderes, verschämteres Wort für den Plan. Zur Verteilung der Arbeit auf die Zweige gab es die Arbeitskräftebilanz im Volkswirtschaftsplan. Das Problem besteht darin, daß sich der Wert erhalten hatte und es eben nicht genügte, nur die Arbeitskräfte zu verteilen und anschließend die Produkte der Arbeit. Die aufgewendete (gesellschaftlich notwendige) Arbeitszeit ist das Maß der Werte.

Im Kapitalismus regelt der Markt über die Konkurrenz (Angebot und Nachfrage) die Feststellung des Wertes, damit der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Marx nennt das einen Umweg, verursacht durch die Zersplitterung der Produzenten. Wie aber bekommt man im Sozialismus den Wert heraus, wenn die Preise von staatswegen festgelegt werden? Man muß alles festsetzen: den Lohn wie auch die Mehrwertrate. Der organisierte Markt ist unfähig dazu und schon das sollte zu der Frage verleiten, ob Produkte auf dem sozialistischen Markt überhaupt gehandelt werden. Werden sie eher verteilt, dann ist das Produkt wirklich bloß noch warenähnlich.

Und was ist nun mit dem Wert? Daß ein Mehrprodukt nötig ist, steht eindeutig bei Marx in der Kritik zum Gothaer Programm: nämlich für Verwaltung, allgemeine gesellschaftliche Bedürfnisse, Versorgung von Arbeitsunfähigen, Akkumulation und Reserve. Es läßt sich über die Arbeitskräftebilanz gewiß ausrechnen, wie hoch die Mehrwertrate sein muß, um diese gesamtgesellschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Vergessen wir Strumilins 20 % aus den 20er Jahren, nehmen wir seinen Vorschlag, nach langer Lebens- und Planungserfahrung ernst: 100 %. Jeder produktive Arbeiter erhält also nur 50 % des von ihm geschaffenen Wertes, egal, wie hoch dieser ist, vergütet. Sorokin, „Das Gesetz der sozialistischen Akkumulation“, gibt die Mehrproduktrate der Sowjetunion an. (Tabelle 6.1)

Wir liegen damit also im Bereich des normalen Zustands der 50er Jahre und können sagen, m ist annähernd gleich v. Leider ergibt sich hier schon wieder ein Problem, einfach daraus, daß eine soziale Revolution stattgefunden hat, deren eine der wesentlichsten Folgen ist: Die Arbeitskraft ist keine Ware mehr, hat folglich keinen Preis, der gleich v ist. Der Lohn ist der Anteil am Konsumtionsfonds, entsprechend der Arbeitsleistung. Noch ärgerlicher: der Lohn wird entsprechend dem Anstieg der Arbeitsproduktivität

erhöht, was nach Marx im Kapitalismus unsinnig ist. Der Lohn bleibt außerdem ja doch ein Bestandteil der Selbstkosten. Wieviel Wert setzt denn nun ein Arbeitstag zu? Es gibt, wie gesagt, keinen Marktmechanismus, der das blind feststellt. Es gibt nur die aufgewendete Arbeit gemäß der Planung, gemäß der Arbeitskräftebereitstellung, und v, das über die Selbstkosten erfaßt wird. Der Lohn, zugleich Anteil am gesellschaftlichen Konsumtionsfond, wird nicht über die Arbeitskräftebilanz festgelegt (jedenfalls brauchte man ihn dazu nicht, daß er sich dabei leicht ermitteln läßt, steht auf einem andern Blatt), sondern über die Bilanz der Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung, um zu sichern, daß die bereitgestellten Konsumgüter, der gesellschaftliche Konsumtionsfonds ausreicht und „gerecht“ verteilt wird – mittels Lohn, Preis, und Steuer ...

Der Wert bleibt somit, was er immer war: ein gesellschaftliches Verhältnis. Für den Kapitalismus war das eine Marxsche Entdeckung. Der Sozialismus, der die gesellschaftlichen Verhältnisse umgewälzt hat, muß damit arbeiten. Wir stellen fest: Die Mehrwertrate wird nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen festgelegt. Da sind nicht nur Akkumulation und gesamtgesellschaftliche Interessen, da ist auch die Frage zu berücksichtigen, wie ist das Verhältnis zwischen produktiver und nichtproduktiver Sphäre?

Verbraucht werden kann nur, was der gesellschaftliche Gesamtarbeiter an Konsumtionsmitteln im Jahr geschaffen hat. Wenn also Lopatkin sagt: *„Wir können von der Gleichheit der Summe der Einzelhandelspreise und der Summe des Wertes der Konsumgüter sprechen. Folglich ist das Gesamtniveau der Einzelhandelspreise = dem Wert“*, dann hat er recht. Der Wert ist hier Ausdruck des gesellschaftlichen Verhältnisses, bestimmt durch die Bilanz der Geldeinnahmen und Geldausgaben der Bevölkerung. Der Rest ist eine Frage des Preisniveaus, des Geldwertes. Die Selbstkosten der Konsumgüter interessieren in diesem Fall nicht, das ist interne Rechnung der gesamtgesellschaftlichen Wirtschaft. Die Akkumulation allerdings ist dabei nicht berücksichtigt.

Der einzelne Arbeiter setzt seine Arbeit, vermittelt über den Geldlohn, ins Verhältnis zu fremder Arbeit, den Konsumgütern. Als Gesamtarbeiter setzt er seine gesamte Arbeit ins Verhältnis zum gesamten Konsumgüterfonds. Wie soll der Austausch da gesamtgesellschaftlich anders als wertgerecht erfolgen? Wie der Wert in der Gesellschaft verteilt wird (Kosten für Bildung und Erziehung, Versicherung für Krankheit und alter, produktive und unproduktive Arbeit), ändert nichts daran, daß über Geld eine Proportionalität der geleisteten Arbeit zur in den Konsumgütern aufgewendeten Arbeit hergestellt wird. Einkommen ist nur über Lohn oder seine Ersatzleistungen (Rente, Krankengeld, Stipendien) zu erzielen. Der Teil der Mehrarbeit, der für die Akkumulation bestimmt ist, geht nicht in den individuellen Verbrauch ein, verläßt also den staatlichen Sektor nicht, geht nach Lopatkin nicht in die Betrachtung ein.

„Erst innerhalb ihres Austausches erhalten die Arbeitsprodukte eine von ihrer sinnlichen Gebrauchsgegenständlichkeit getrennte gesellschaftliche Wertgegenständlichkeit“, schreibt Marx im „Kapital“, I, S. 87. Und was geschieht, wenn wir Lenin und Stalin folgen, indem wir den staatlichen Sektor als Einheit auffassen und die Verteilung im staatlichen Sektor nicht als Austausch kennzeichnen, sondern als Verteilung? Da kommen wir zur selben Schlußfolgerung wie Stalin in den „Ökonomischen Problemen“: Waren sind die Konsumgüter, weil in Folge der beiden Eigentumsformen die Wertbestimmung in Geld statt der Arbeitserfassung erfolgt, der indirekte Wert also, um den Arbeitsauf-

wand zu messen. Das Geld, der Wert, vermittelt hier die Proportionalität. Dieser „Wert" ist früher da, vor dem Austausch, schon in der Planung. Unter sozialistischen Verhältnissen werden Planpreise auch planmäßig bezahlt, egal, ob sie dem Wert entsprechen oder nicht. Auch Stalins zweites Argument sollte man nicht vergessen: der Rubel bleibt wichtig, so lange der Weltmarkt nach Dollar rechnet. Denn die Frage des Wettbewerbs der Systeme, des ökonomischen Klassenkampfes verlangt vergleichbare Größen.

Was geschieht innerhalb des staatlichen Sektors? Zwischen den Betrieben werden die Erzeugnisse weitergegeben wie zwischen Betriebsabteilungen. Man berechnet c und v (+Plangewinn), also in erster Näherung die Selbstkosten plus einem Aufschlag, einem Stimulierungsfonds, den man zum Teil gerechterweise v zurechnen muß, auch wenn er nicht in den individuellen, tariflichen Lohn eingeht, sondern über Prämie und Sozialeinrichtungen weitergegeben wird. Die Betriebe liefern zu Verrechnungspreisen, die annähernd den Selbstkosten $c + v$ entsprechen.

„Die Aufwendungen der staatlichen Betriebe gehen ***auf Rechnung des Staates****, da sie in Wirklichkeit Produktionskosten der Gesellschaft sind. Aber im Kreislauf der ihm zu Verfügung gestellten Mittel muß ein Betrieb diese Ausgaben ersetzen. Deshalb erscheinen die gesellschaftlichen Kosten als Ausgaben der einzelnen Betriebe ... "*, erklärt Kronrod. *„Das Produkt jedes einzelnen Betriebes ist ein Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts. Das Verfügungsrecht darüber hat der Staat. Er plant seine Verwendung und verteilt es. Aber in den volkswirtschaftlichen Verkehr gelangt das Produkt ... nur auf der Grundlage seines Ersatzes."*

Den Betrieben und den Wirtschaftsorganen sind nur die Produktionsselbstkosten bekannt (keiner weiß, um wieviel z. B. die Kohlen unter Wert gehandelt werden), c ist also nicht identisch mit dem Wert, der übertragen wird, sondern mit dem Preis, der dem Lieferbetrieb den „Ersatz seiner Ausgaben" sichert, eventuell noch durch staatliche Subventionen. Aber auch das geht den Verbraucherbetrieb nichts an. Der Verbraucherbetrieb benutzt für seine Buchhaltung den Planpreis, der ihm berechnet wird. Dazu kommt als Selbstkostenbestandteil der Lohn v, der nicht mehr der Preis der Arbeitskraft ist, sondern der Anteil des Produzenten am gesellschaftlichen Konsumtionsfonds.

Wie groß der neugeschaffene Wert ist, darüber sagen die Selbstkosten nichts. Das stellt Kronrod definitiv fest und meint: *„Die* ***volkswirtschaftlichen*** *Daten über das Verhältnis zwischen dem Teil des Nationaleinkommens, der zur Bezahlung der an der Produktion beteiligten Produzenten verwandt wird, und dem Teil, der das Mehrprodukt bildet, ermöglichen es, ebenso wie die Kennziffern der in jedem Zweig gezahlten Löhne und der Selbstkosten der in dem betreffenden Zweig erzeugten Produktion sowie der Einnahmen nach Arbeitseinheiten und der Produktionskosten in den Kollektivwirtschaften, die Preise unter Berücksichtigung des Wertes auch für jede einzelne Ware zu ermitteln."*

Er sagt also, was wir seit Strumilin wissen: Über die gesamten volkswirtschaftlichen Daten kann man Preise und Löhne abstimmen. Unter Berücksichtigung des Wertes selbstverständlich. Den Wert aber für ein Produkt irgendeines Betriebes ohne den volkswirtschaftlichen Zusammenhang zu bestimmen, muß scheitern, eben weil der Betrieb nicht wissen kann, wie die Preise seiner Produktionsmittel bestimmt werden, und noch weniger, ob er die gesellschaftlich notwendige – und festgelegte – Mehrproduktrate aufbringt. Übrigens klappt das auch unter kapitalistischen Verhältnissen nicht. Nur

übernimmt dort der Markt die Funktion der Richtigstellung, was als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt wird. Im Sozialismus obliegt das der Planung, also dem Staat.

Was folgt daraus? Sehen wir uns noch einmal Mstislawskis Schema an:

Wert	**Preis**
$1400_c+350_v+250_m=2000$	$1400_c+525_v+75_m=2000$
$450_c+150_v+100_m=700$	$450_c+225_v+375_m=1050$
$1850_c+500_v+350_m=2700$	$1850_c+750_v+450_m=3050$

Mstislawski sagt, *„werden die Konsumgüter über dem Wert verkauft, dann muß der Nominallohn auch“* erhöht werden. Es ist aber, durch die neue Rolle der Arbeitskraft, genau anders herum: Der Lohn liegt höher, ist eben nicht mehr der Preis der Arbeitskraft. Das haben wir schon ganz zu Anfang, bei der Verbesserung des Lebensniveaus behandelt und Strumilin hat es erklärt. Wenn's ohne Marx nicht geht, so kann man auch Marx zitieren: *„Die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsform erlaubt, den Arbeitstag auf die notwendige Arbeit zu beschränken. Jedoch würde die letztere, unter sonst gleichbleibenden Umständen, ihren Raum ausdehnen. Einerseits, weil die Lebensbedingungen des Arbeiters reicher und seine Lebensansprüche größer ...“* (Kapital, I, S. 552). Genau hier haben wir das „einerseits“, den erhöhten Lohn v. Und notwendige Arbeit ist es, die den Wert schafft. Die Frage ist nur, was man darunter versteht. Mstislawski vergleicht eigentlich kapitalistische und sozialistische Bedingungen, das ist alles.

Ergebnis: der kapitalistische Wert unterscheidet sich vom sozialistischen Wert (Maßstab A und Maßstab B), und das mit Recht. Die Konsumgüterpreise werden dann mittels Planung mit dem Lohnfonds und dem Fonds der gesellschaftlichen Konsumtion in Übereinstimmung gebracht. Wir sehen in Mstislawskis Schema (Erhöhung der Konsumgüterpreis um 50 % gegenüber kapitalistischer Berechnung des Wertes der Arbeitskraft):

- Der Lohnfonds erhöht sich im Verhältnis zum Nationaleinkommen: Wertrechnung: $500/850 = 0,59$, Preisrechnung: $750/1200 = 0,625$
- Der Lohn v erhöht seinen Anteil an den Selbstkosten.

Folglich waren die Selbstkosten am leichtesten zu senken, indem man Arbeitszeit, Lohn, einsparte. Und die Selbstkosten, weiß das Lehrbuch der politischen Ökonomie von 1954, *„sind die wichtigste allgemeine Kennziffer der Qualität der Arbeit des gesamten Betriebes“*. Man ersetzte also kräftig lebendige Arbeit durch vergegenständlichte, ganz im Sinne der Industrialisierung. Die Interessen der Betriebe und der Gesellschaft deckten sich, die Kennziffer zeigt in die richtige Richtung. Die lebendige Arbeit wurde höher bewertet.

Auch **Kronrod** liefert ein Reproduktionsschema ab (s. o.), wenn er auch mit Mstislawskis zwei Preismaßstäben nicht einverstanden ist:

Wert	**Preis**
$4000_c+1000_v+1000_m=6000$	$3000_c+1375_v+125_m=4500$
$2000_c+1000_v+1000_m=4000$	$1500_c+1375_v+2625_m=5500$
$6000_c+2000_v+2000_m=10000$	$4500_c+2750_v+2750_m=10000$

Weil Kronrod davon ausgeht, daß die Produktionsmittel „unter Wert“ verkauft wer-

den, senkt er den Anteil c im Verhältnis. Sonst sehen wir auch hier: der Anteil m, in Abteilung I nicht realisiert, wird in Abteilung II aufgeschlagen, es geht nichts verloren. Eine Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten des Lohnes findet bei Kronrod nicht statt. Das Verhältnis Lohn zu Selbstkosten ist bei der Preisrechnung höher als bei der Wertrechnung. Auch hier: die Einsparung lebendiger Arbeit sichert am besten die geforderte Selbstkostensenkung.

Die beiden Schemata drücken keineswegs das gleiche aus. Kronrod bedient die These, man könne, wenn man die Produktionsmittelpreise erhöhe, locker die Konsumgüterpreise senken. Praktisch geht es nicht, obwohl Chruschtschow selbstverständlich auch das probiert hat. Das Schema sagt es ja schon: Will man an wertgetreue Preise, muß man im gleichen Maß die Löhne senken, den konstanten Konsumgüterfonds (physisches Volumen) also mit weniger Geld umschlagen. Der Reallohn bleibt bei dieser Manipulation also konstant. Aber es ist so einfach nicht, wie es aussieht. Der Reallohn bleibt im Durchschnitt konstant. Hier kommt die Kaufkraft ins Spiel. Der Umsatzsteueraufschlag ist nicht für alle Produkte gleich, die Einkommen schwanken in der Höhe, folglich sind Härtefälle nicht ausgeschlossen. Man müßte ein kompliziertes System von Auffangmaßnahmen einplanen, Ausgleichszahlungen für niedrige Einkommen sind notwendig, folglich überproportionale Senkung bei höheren Einkommen. Und wer soll den Leuten erklären, daß der Lohn im Interesse des wahren Wertes jetzt auf einmal rigoros gesenkt werden muß? Praktisch ist es auch nicht nötig. Egal, ob man an zwei Preismaßstäbe glaubt oder nicht, die beiden Sphären des Geldkreislaufs sind, wie Mstislawski sagt, säuberlich getrennt.

Mstislawski motiviert seine Version mit der Umverteilungsfunktion der Preise zugunsten des Staatshaushalts. *„Ein derartiger Preismechanismus gestattet es, die Umverteilung durchzuführen und die wertmäßigen Beziehungen zu regulieren, unter anderem auch mit den Genossenschaftsbauern, deren Einkünfte den Wert des notwendigen Produkts übersteigen.“*

Die Umverteilungsfunktion zugunsten des Staatshaushaltes wurde und wird als übermäßiger Zentralismus diffamiert. Viel zu viel Staat! Keine Initiative!

Wer aber bis jetzt die Warenwirtschaft ebenso über hat wie den Staat, sollte die Gesellschaft im Ernst einmal kommunistisch denken. Die Aufgaben, die der Sowjetstaat an sich gerissen hatte, waren die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die auch eine kommunistische Gesellschaft wahrnehmen muß, dann, wenn der „Staat eingeschlafen“ ist:

- die Wirtschaftsleitung nach einem gesamtgesellschaftlichen Plan
- darunter die Akkumulation
- die Reservenbildung
- die Sicherung der gesellschaftlichen Konsumtion
- es bleibt auch nötig, die Arbeit auf die Wirtschaftszweige zu verteilen.

Eine kommunistische Gesellschaft ist nur denkbar als hochorganisiert, um den Marx nachzuerzählen.

Noch einmal Wosnessenski: *„Die sozialistische Gesellschaft der UdSSR hat ihre eigene Form des Warenaustausches – den Sowjethandel, einen Handel ohne Kapitalisten und Spekulanten. Eine ganze Reihe von Besonderheiten prinzipieller Art unterscheidet den Sowjethandel vom kapitalistischen Handel.“* D. h. Austausch von Waren, die zum überwiegenden Teil in sozialistischen Betrieben produziert werden, kein Konflikt zwischen

Wert und Gebrauchswert, denn dieser Konflikt wird durch das private Eigentum an den Produktionsmitteln hervorgerufen, der Staat verfügt über die Hauptmasse der Waren, also bestimmt er die *„Senkung der staatlichen Preise und beeinflußt … in ökonomischer Hinsicht die Preissenkung im Genossenschaftshandel ebenso wie auf dem freien Kolchosmarkt"*. Das Außenhandelsmonopol garantiert, daß Importe den gleichen Gesetzen der Preisbildung unterworfen werden und damit die Funktionsfähigkeit des Mechanismus der sozialistischen Wirtschaft: *„Die Unabhängigkeit und die Souveränität der sowjetischen Wirtschaft sind ein Gesetz der sozialistischen Gesellschaft."*

Aus der „Sphäre des privaten Kaufs und Verkaufs" sind ausgeschlossen: die hauptsächlichen Produktionsmittel und die Arbeitskraft.

Vergleich der Reproduktionsschemata nach Mstislawski, Kronrod und Lopatkin

Um zu entscheiden, wer der Wahrheit am nächsten kommt, ist es notwendig, die Reproduktionsschemata zu vergleichen. Vorab: Um in drei Zeilen die gesamten Wechselbeziehungen der Volkswirtschaft darzustellen, ist so weit zu abstrahieren, daß man mit geeignetem Zahlenmaterial fast alles beweisen kann. Strumilin z. B. scheiterte mit seinem Vorschlag, der sozialistischen Planung die Marxschen Schemata zugrunde zu legen. Man blieb bei der Bilanzmethode.

Um Mstislawski, Kronrod und Lopatkin vergleichen zu können, müssen erst einmal die Zahlenbeispiele gleichgesetzt werden. Mstislawski geht von der erweiterten Reproduktion aus. Sein „Wert"-Schema dient als Grundlage des Vergleichs.

$1400_c+350_v+250_m=2000$	1. $I_{(c+v+m)} - I_c - II_c = 150$	$1 + {}^m/_v$: $I=1,71$
$450_c+150_v+100_m=700$	2. $I_{(v+m)} - II_c = 150$	$II=1,66$
$1850_c+500_v+350_m=2700$	3. $II_{(c+v+m)} - I_{(v+m)} - II_{(v+m)} = -150$	$I+II=1,7$

Eine Lohnerhöhung um 50 % $(1,5 < 1,7)$ bewirkt bei gleichbleibenden Konsumgüterfonds:

$1400_c+525_v+75_m=2000$	1.	150
$450_c+225_v+375_m=1050$	2.	150
$1850_c+750_v+450_m=3050$	3.	-150

D. h. eine Akkumulation von 150 nach Maßstab A, die gleich ist der Akkumulation nach der Wertrechnung.

Nach Kronrod wird der Wert der Produktionsmittel auf 0,75 gesenkt:

$1050_c+600_v-150_m=1500$	1.	$112,5$
$337,5_c+257,1_v+605,4_m=1200$	2.	$112,5$
$1387,5_c+857,1_v+455,4_m=2700$	3.	$-112,5$

D. h. eine Akkumulation von nur 112,5 im Gegensatz zur Wertrechnung, da betrug die Akkumulation 150, entsprechend den niedriger angesetzten Wert von c. Weiter fällt auf, daß hier schon die gesamte Produktionsmittelindustrie subventioniert werden muß – so schlimm war es ja nun auch wieder nicht. Die Lohnerhöhung und der Preis des Konsumgüterfonds ergibt sich daraus, daß bei Senkung der Produktionsmittelpreise das

Gesamtprodukt nach Kronrod konstant 2700 bleibt. $II_{(c+v+m)}$ ergibt sich aus 2700–1500, v ergibt sich somit: v (Wertrechnung) $\times 1200/700$.

Die Version, Produktionsmittel nahe Selbstkosten, Konsumgüter zum richtigen Wert, angelehnt an Lopatkin, sieht wie folgt aus. Der Wert vom c wurde wie bei Kronrod gesenkt, denn auch nach Lopatkin werden die Produktionsmittel „unter Wert" weitergegeben.

$1050_c + 350_v + 100_m = 1500$	1.	$112,5$
$337,5_c + 150_v + 712,5_m = 1200$	2.	$112,5$
$1387,5_c + 500_v + 812,5_m = 2700$	3.	$-112,5$

Hier beträgt die Akkumulation gegenüber der Wertrechnung auch richtig 112,5. Das gesellschaftliche Gesamtprodukt bleibt konstant, denn die Produktionsmittel werden zu den Selbstkosten weitergegeben, der nichtrealisierte Mehrwert wird den Konsumgütern aufgeschlagen, nicht nur in der laufenden Periode, sondern auch über die billigen Produktionsmittel. Der Lohn muß konstant bleiben, weil ja die Konsumgüter dem Wert entsprechend umgeschlagen werden. Entsprach nach der Wertrechnung der Lohn 500/700 des Konsumgüterfonds, so sind es jetzt nur noch 500/1200.

Da heißt nicht, daß Lopatkin wirklich so gedacht hat. Es geht darum, den Wirtschaftsmechanismus zu verstehen, und da zeigt sich, einfaches „Aufschlagen" tut es nicht.

Aber es kann ja sein, der Faktor 0,75 zur Senkung des Preises der Produktionsmittel gegenüber dem Wert ist zu hoch. Wir rechnen probeweise noch einmal, diesmal mit Faktor 0,9, die Schemata von Kronrod und Lopatkin durch:

Kronrod:

$1260_c + 550_v - 10_m = 1800$	1.	135
$405_c + 192,9_v + 302,1_m = 900$	2.	135
$1665_c + 642,9_v + 292,1_m = 2700$	3.	-135

Die Akkumulation ist gegenüber der ersten Beispielrechnung gestiegen, der Lohn, selbstverständlich, ist schwächer gestiegen.

Lopatkin:

$1260_c + 350_v + 190_m = 1800$	1.	135
$405_c + 150_v + 345_m = 900$	2.	135
$1665_c + 500_v + 535_m = 2700$	3.	-135

Grundsätzlich ändert sich also nichts. Was noch auffällt, rein rechnerisch ist es nach Lopatkin nicht möglich, die Produktionsmittel wirklich nur zu den Selbstkosten weiterzugeben, weil $I_{(c+v+m)}$ und I_c jeweils proportional gesenkt werden müssen, sonst sinkt der Preis unter den Anfangsbestand des Wertes. Nach Mstislawski geht es, wenn der Faktor der Lohnerhöhung gleich $1 + {}^{m}/_{v}$ ist.

Zur Kontrolle wenden wir jetzt auch auf Kronrods Schema alle drei Regeln an, denn während Mstislawski von der erweiterten Reproduktion ausging, beschränkte sich Kronrod auf die einfache:

$$
\begin{aligned}
I_{(c+v+m)} &= I_c + II_c \\
I_{(v+m)} &= II_c \\
II_{(c+v+m)} &= I_{(v+m)} + II_{(v+m)}
\end{aligned}
$$

Nach dem Wert:

4000_c	+	1000_v	+	1000_m	=	6000
2000_c	+	1000_v	+	1000_m	=	4000
6000_c	+	2000_v	+	2000_m	=	10000

Die Mehrwertrate beträgt 100 %.

Kronrod:

3000_c	+	1375_v	+	125_m	=	4500
1500_c	+	1375_v	+	2625_m	=	5500
4500_c	+	2750_v	+	2750_m	=	10000

Lopatkin:

3000_c	+	1000_v	+	500_m	=	4500
1500_c	+	1000_v	+	3000_m	=	5500
4500_c	+	2000_v	+	3500_m	=	10000

Mstislawski:

4000_c	+	1800_v	+	200_m	=	6000
2000_c	+	1800_v	+	3400_m	=	7200
6000_c	+	3600_v	+	2400_m	=	13200

Wegen der höheren Mehrwertrate wurde zur Erhöhung der Konsumgüterpreise und des Lohnfonds mit Faktor 1,8 gerechnet, der immer noch Mstislawskis Forderung erfüllt: $1,8 < 1 + 2000/2000 = 2$. Damit ist wieder die Annäherung Selbstkosten an den Wert und Lohnfonds an Nationaleinkommen nach Wertrechnung gegeben.

Es spricht viel für die beiden Preismaßstäbe. Mstislawski stand mit dieser Meinung keineswegs allein, wie bei Kronrod in einer Fußnote (oben schon zitiert) nachzulesen ist: *„Manche Ökonomen meinen, daß es in der sozialistischen Wirtschaft einen einheitlichen Preismaßstab nicht geben kann, daß es in Wirklichkeit zwei Preismaßstäbe gibt: einen Maßstab für den Wirtschaftskreislauf der Produktionsmittel und einen anderen bei der Zirkulation der Konsumtionsmittel.“* Er nennt neben Mstislawski M. Sakow, A. Kulikow und B. Minc und wehrt die Zumutung, wie wir wissen, ab: *„Aber das, was diese Ökonomen als zwei Preismaßstäbe ansehen, sind in Wirklichkeit zwei Preishöhen, d. h. zwei verschiedene Grade der Abweichungen des Preises vom Wert und nicht zwei Maßstäbe, da die Einheitlichkeit der Geldware, die Einheitlichkeit des Wertmaßes und schließlich die Einheitlichkeit des gesamten Geldsystems einen einheitlichen Preismaßstab erfordern, also den Goldgehalt der Geldeinheit. Wenn es zwei Preismaßstäbe gäbe, dann würde das bedeuten, das faktisch nicht ein einheitliches Geldsystem fungiert, sondern zwei verschiedene Geldsysteme. Das ist aber mit der Einheitlichkeit des sozialistischen Reproduktionsprozesses unvereinbar.“*

Das Geldsystem aber war ja gerade nicht einheitlich, wie schon so oft gesagt wurde. Man konnte für den Rubel nicht „alles“ kaufen. Es kam immer darauf an, wer was kaufen

wollte. Einem Betrieb ist es untersagt, im Einzelhandel zu kaufen. Eine Privatperson kann keine Produktionsmittel im größeren Stil erwerben, nur Handwerkszeug. Die beiden Kreisläufe bleiben sorgfältig getrennt.

Bei Marx haben wir gelernt, das Geld ist das Maß der Werte. Wosnessenski dagegen definiert in der „Kriegswirtschaft“: *„Als Maßstab für die Aufwendung in der Produktion und in der Zirkulation dient das Geld zur Berechnung und Kontrolle der Selbstkosten, des Produktionsaufwands und der Preise. Als Umlaufmittel dient das Geld dazu, die Stabilität der staatlichen Einzelhandelspreise … zu sichern.“*

Das sozialistische Geld mißt also in erster Linie die Produktionsaufwendungen, die Selbstkosten. Als Umlaufmittel versteht Wosnessenski hier das Geld nur im zweiten Kreislauf, dem Konsumgüter – Lohn – Kreislauf. Und – er trennt beide Funktionen. Deshalb kommt er auch zu der von Stalin in den „Ökonomischen Problemen“ kritisierten Aussage: *„Das elementarste Gesetz, das die Produktionskosten und die Verteilung betrifft, ist das in der sowjetischen Wirtschaft umgewandelte Wertgesetz.“* (Stalin: Man kann Gesetze nicht umwandeln!)

„Der Wert des in der Sowjetunion produzierten gesellschaftlichen Produkts … (Bruttoproduktion) … wird durch die Produktionskosten bestimmt. Den wirklichen Wert … bilden die Kosten, die von der Gesellschaft zu seiner Produktion aufgewendet werden. Diese Kosten werden ihrerseits durch die Menge an gesellschaftlich notwendiger Arbeit bestimmt …“

Nach dem Krieg fand eine Reform der Industriepreise statt. Kronrod berichtet, 1949 wurden die Großhandelspreise auf das 1,5fache erhöht, die folgende Kostensteigerung wurde durch Senkung der Umsatzsteuer ausgeglichen, daher blieben die Einzelhandelspreise konstant. Eine erwünschte Folge war das verlustlose Arbeiten der Betriebe. Kronrod stellt befriedigt fest: *„Die Differenz zwischen dem Preisniveau für Produktionsmittel und dem für Konsumgüter wurde wesentlich verringert.“*

Die Ursache war, um Kronrods schöne Formulierung zu gebrauchen, die Veränderung der Reproduktionsbedingungen. Konkret: Während des Krieges hatte man die Stimulierungsfunktion des Lohnes über Gebühr ausgenutzt und damit die Selbstkosten in die Höhe getrieben. Infolgedessen entwickelten sich zahlreiche Betriebe der Abteilung I zu Verlustbetrieben, mußten also geplant staatlich subventioniert werden.

Nach Mstislawskis Zahlenbeispiel ging das so:

Das bekannte Ausgangsschema und mit Lohnfaktor 1,5:

$1400_c+350_v+250_m=2000$	$1400_c+525_v+\ 75_m=2000$
$450_c+150_v+100_m=\ 700$	$450_c+225_v+375_m=1050$
$1850_c+500_v+350_m=2700$	$1850_c+750_v+450_m=3050$

Erhöht man den Lohnfaktor auf 2, ergibt sich:

$$\begin{array}{rcrcrcr} 1400_c & + & 700_v & - & 100_m & = & 2000 \\ 450_c & + & 300_v & + & 650_m & = & 1400 \\ \hline 1850_c & + & 1000_v & + & 550_m & = & 3400 \end{array}$$

Wertmäßig war also mehr als das Nationaleinkommen ausgezahlt worden. (1000_v gegenüber 850 NE).

Am Lohn war nicht zu rütteln, nur war offensichtlich, daß die Produktionsmittel der Abteilung I zu billig abgegeben wurden. Planmäßige Subventionen großen Stils sind unerwünscht, weil sie die wirklichen Reproduktionsbeziehungen verschleiern. Eine Erhöhung der Industriepreise um 1,5 bedeutet, alle Beträge im ursprünglichen Schema – außer dem Lohn – um 1,5 zu erhöhen:

2100_c	+	525_v	+	375_m	=	3000
675_c	+	225_v	+	150_m	=	1050
2775_c	+	750_v	+	525_m	=	4050

nach dem **Wert, entsprechend den „neuen Reproduktionsbedingungen“**. Der Maßstab A wurde also verändert. Im Maßstab B war „vom Leben“ vorgegeben, daß weder Nominal- noch Realeinkommen von der Veränderung betroffen sein sollten. Also:

2100_c	+	700_v	+	200_m	=	3000
675_c	+	300_v	+	425_m	=	1400
2775_c	+	1000_v	+	625_m	=	4400

Der Lohnfaktor war mit der Industriepreiserhöhung gleichzeitig von 2 auf 1,33 gesenkt worden. Das Zahlen**beispiel** spiegelt **nicht** die Realität wider. Nach diesen Zahlen hätte eine geringere Erhöhung der Industriepreise ausgereicht, um die Abteilung I von den planmäßigen Verlusten zu befreien. Es geht hier nur um das Prinzip. Man sieht: Am Maßstab B wird nichts geändert, $v = 1000$ und ein Konsumgüterfonds in Höhe von 1400 bleiben konstant. Es ändern sich lediglich die Umverteilungsverhältnisse. Die Abteilung I erwirtschaftet jetzt Gewinn (für den Staatshaushalt) und muß nicht mehr subventioniert werden. Gleichzeitig sinkt der Anteil m der Abteilung II am Gewinn (Umsatzsteuer). Die Akkumulation steigt entsprechend der Veränderung des Maßstabes A von 150 auf 225 (Faktor 1,5 = Wertmaßstabveränderung A).

Mit Kronrods Schema bekommt man Schwierigkeiten. Er geht davon aus, daß die Produkte der Abteilung I unter dem Wert, die der Abteilung II über dem Wert verkauft werden. Dieses Prinzip wurde schon auf das Zahlenbeispiel angewandt (Faktor 0,75):

1050_c	+	600_v	−	150_m	=	1500
$337,5_c$	+	$257,1_v$	+	$605,4_m$	=	1200
$1387,5_c$	+	$857,1_v$	+	$455,4_m$	=	2700

Das reicht aber nicht für eine Erhöhung der Industrieabgabepreise um 50 %, denn hier liegt c ja noch bei 75 % des wahren Wertes. Und Kronrod meint ja, die Industriepreisreform sei eine Annäherung an den wirklichen Wert gewesen. Man muß also erst einmal die Preise der Abteilung I auf 2/3 senken, um sie danach um 50 % erhöhen zu können:

$933,3_c$	+	$683,3_v$	−	$283,3_m$	=	1333,3
300_c	+	$292,9_v$	+	$773,8_m$	=	1366,7
$1233,3_c$	+	$976,2_v$	+	$490,5_m$	=	2700

Hier haben wir schon ohne die übermäßige Lohnerhöhung der Kriegsjahre, lediglich durch die Voraussetzung, Senkung der Preise der Abteilung I unter den Wert und entsprechende Erhöhung der Preise der Abteilung II über den Wert, den Zustand, daß die

Abteilung I kräftig subventioniert werden muß. Wenn der Wert im Ausgangsschema „richtig" ist, so muß der Wert des Gesamtprodukts bei 2700 bleiben, da nur zwischen Abteilung I und II umverteilt wird. Um den richtigen Wert zu erreichen, muß auch der Lohn in richtiger Höhe bezahlt werden, eben nach Ausgangsschema. Das heißt Lohnsenkung und diese hat in der Wirklichkeit nicht stattgefunden! Tut man es nicht, behält man die Lohnhöhe bei und besteht trotzdem auf dem „wahren" Wert, geht der Staat pleite:

Produkte nach Wert, Lohn bleibt in voriger Höhe, so muß man über m ausgleichen:

1400_c	+	$683,3_v$	–	$83,3_m$	=	2000
450_c	+	$292,9_v$	–	$42,9_m$	=	700
1850_c	+	$976,2_v$	–	$126,2_m$	=	2700

Man kann sich natürlich helfen, indem man den Preis des Konsumgüterfonds auf die Lohnhöhe abstimmt, aber irgendwie kommt dann immer Mstislawski raus: zwei Preismaßstäbe. Man kann auch auf den „wahren" Wert pfeifen und den Preismaßstab verändern, also proportional zur Lohnhöhe das gesellschaftliche Gesamtprodukt erhöhen. Aber das stimmt dann eben nicht mehr mit den Voraussetzungen überein, daß man nur Wertabweichungen zu beseitigen habe.

Mstislawskis Schema dagegen hat die Industriepreisreform ohne Schwierigkeiten verkraftet. An der Beispielrechnung haben sich die beiden Preismaßstäbe durchgesetzt.

6.5 Dogmatiker und Scholastiker

Die Diskussion über Waren und Wertgesetz ging im Ernst gar nicht um Waren und Wertgesetz. Es wurde gefragt, wie man aus der Wirtschaft „mehr herausholen" könnte. Es ging um den neuen Kurs.

Wir kürzen jetzt ab. Stalin und das Lehrbuch der Politischen Ökonomie von 1954 waren sich einig: Ursache für das Weiterbestehen der Warenproduktion sind die beiden sozialistischen Eigentumsformen, das staatliche und das kollektivwirtschaftliche. Produktionsmittel im staatlichen Sektor folglich sind keine Waren, sind von Kauf und Verkauf ausgeschlossen, werden verteilt auf die staatlichen Organisationen. Es findet im staatlichen Sektor kein Eigentümerwechsel statt.

Wie die Waren-Diskussion ausging, sagt das Lehrbuch der Politischen Ökonomie von 1989: Vorab - es gewannen die Scholastiker. Unter *„Notwendigkeit und Ursachen der Warenproduktion"* steht: *„Eine allgemeine Voraussetzung für die Warenproduktion, die Existenz der Ware-Geld-Beziehungen, ist die gesellschaftliche Arbeitsteilung ... Die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung ... Die spezifischen Ursachen sind in den Produktionsverhältnissen zu suchen, vor allem in den Eigentumsverhältnissen."* Es folgen die beiden Eigentumsformen *„– sowohl jede für sich genommen als auch beide in ihrem Zusammenhang – erfordern, daß die Produkte als Waren produziert und realisiert werden, daß im konkreten Wirtschaftsleben die Kategorien der Warenproduktion Preise, Kosten, Gewinn, Geld usw. angewendet werden."*

Weil das noch nicht überzeugt, geht das Lehrbuch auf die sozialistischen Betriebe

genauer ein. Die Eigenverantwortung der Betriebe ist ein Fall von „Dialektik“: *„... ist das Volkseigentum an den Produktionsmitteln im Maßstab der gesamten Gesellschaft und der dabei gleichzeitig notwendigen Existenz relativ selbständiger Produktionseinheiten gekennzeichnet ...“*

Materiell-technisch wird die Selbständigkeit, pardon, die relative, aus dem konkreten Arbeitsprozeß, der Technologie abgeleitet, unterschiedliche Gebrauchswerte, unterschiedliche Arbeitsmittel, und auch unterschiedliche Qualifikation werden bemüht. Die ökonomische Begründung ist interessanter: *„Ökonomisch ist die relative Selbständigkeit der Betriebe in der vergesellschafteten Produktion – gekennzeichnet durch Arbeitsteilung und Spezialisierung – im konkreten Entwicklungsstand der Produktivkräfte und in den ihm entsprechenden Produktionsverhältnissen zu suchen. Die* ***ökonomische Verselbständigung*** *der Produktion im Rahmen des gesellschaftlichen Eigentums bedeutet, daß der Betrieb seine* **eigene** *Bewegungsform erhält, die zwar in ihrer Grundrichtung durch das gesellschaftliche Eigentum bestimmt ist, aber ungeachtet dessen eine bestimmte Eigenständigkeit und Eigenreproduktion besitzt.“*

Und umgekehrt (im Lehrbuch hervorgehoben), denn die Verselbständigung kommt nicht von allein: ***„Damit die relative ökonomische Selbständigkeit der wirtschaftenden Einheiten stets gewährleistet ist, müssen die Kombinate und Betriebe ihre Erzeugnisse als Waren herstellen und realisieren, müssen die Beziehungen zwischen ihnen über Ware-Geld-Beziehungen vermittelt werden.“***

Deutlicher kann man es nicht sagen: Warenproduktion ist notwendig, um die Betriebe zu verselbständigen, relativ natürlich. Das war das Ziel der Übung und nicht so leicht zu erreichen, wie die Wertgesetz-Diskussion von 1958 beweist.

Kronrod, als er sich diese Argumentation zu eigen macht, führt ganz redlich den Widerspruch an. Kronrod ist sozusagen eine Zwischenstufe zwischen den beiden Lehrbüchern. Er mußte umlernen, er hat es sich nicht leicht gemacht.

„Die materielle Reproduktion wird von der sozialistischen Gesellschaft planmäßig gelenkt“, sagt Kronrod und beruft sich in der Fußnote auf Marx („Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“, S. 75): *„Der Sozialismus ist nach der Definition vom Marx eine Ordnung der ‚gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität‘; daher ist dem Sozialismus eine spontane gegenseitige Abhängigkeit der Produzenten fremd.“* Er meint noch, die gesellschaftliche Arbeit ist in der gesamten UdSSR vereinigt, das heißt, sie ist eine unmittelbar gesellschaftliche Arbeit. *„Trotzdem sind der sozialistischen Ökonomik Ware, Wertgesetz und Geld eigentümlich. Ihre objektive Notwendigkeit ist an die Grundlagen der sozialistischen Produktion gebunden. Es steht der sozialistischen Gesellschaft nicht frei, die Ware-Geld-Verbindungen auszunutzen oder nicht. Sie ist durch die ihr zuinnerst eigentümlichen sozialökonomischen Beziehungen gezwungen, dies zu tun.“* Wir haben nach Kronrod eine *„Warenproduktion besonderer Art, die hauptsächlich planmäßig fungiert“*. Die Notwendigkeit begründet er so:

- Die Teilung der Arbeit wurde beibehalten.
- Die durch Eigentumsverhältnisse bedingte Isolierung der Produzenten lehnt er noch ab: *„In Wirklichkeit werden die Produzenten durch das gesellschaftliche sozialistische Eigentum im Rahmen der ganzen Volkswirtschaft durchaus nicht ökonomisch voneinander getrennt, sondern im Gegenteil, sie werden vereinigt.“*

- *„Bei der Übergabe der Produktionsmittel an einen Betrieb bleibt das Eigentumsrecht des Staates an ihnen voll gewahrt.“ – Fußnote: „Dem widerspricht nicht die ökonomische Selbständigkeit des Betriebes, in der sowjetische Ökonomen und Juristen mit Recht die Besonderheiten der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse auf der Basis des staatlichen Eigentums sehen.* ***Die vermögensrechtliche Selbständigkeit der staatlichen, auf der Basis der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitenden Betriebe ist ein Rechtsausdruck für ihre ökonomische Isoliertheit.****“*
- *„Die Ablehnung, im allgemeinen Volkseigentum als der führenden, bestimmenden sozialistischen Eigentumsform die Notwendigkeit der Warenbeziehungen zu sehen, bedeutet, diese Beziehungen nicht als dem Sozialismus notwendige Beziehungen zu erkennen, und verurteilt dazu, sie als von außen hereingetragene und der Ökonomik des Sozialismus fremde Beziehungen zu behandeln.“*

Es bleibt übrig: *„Die soziale Ungleichartigkeit der Arbeit erzeugt letzen Endes auch die Notwendigkeit, ihre Produkte äquivalent auszutauschen.“ „ . . . hier offenbart sich die Notwendigkeit, daß der äquivalente Austausch aller Elemente des gesellschaftlichen Produkts – sowohl Produktionsmittel als auch Konsumtionsmittel – zur allgemeinen Form wird.“*

Der polnische Ökonom Albinowski hat richtig gestichelt, nach Kronrod *„würde die Warenwirtschaft zur Notwendigkeit für die Dauer der menschlichen Existenz.“* Kronrod ist so ehrlich und erzählt das in einer Fußnote, meint aber, das entbehre jeder Grundlage: Er meint doch nicht jeden Unterschied in der Arbeit, nur die sozialen! Hier war ich überrascht. Ich hatte keine Kenntnis, daß die sozialen Unterschiede bei uns noch so groß sind?

Die Folgen der Warenproduktion beschreibt Kronrod so: *„Über das hergestellte Produkt verfügt der Betrieb. Es dient als Quelle für die Bildung des Fonds zum Ersatz der Aufwendungen und des Fonds des Mehrprodukts. Das bedeutet, daß die Produktionsmittel eines jeden Betriebes als Elemente des sozialistischen Eigentums systematisch im ökonomischen Kreislauf gerade dieses Betriebes fungieren und aus seinen Mitteln reproduziert werden.“*

Das ist das Neue – über das Produkt verfügt der Betrieb. Wir haben oben an der Stalinschen Wirtschaft gelernt, über das Produkt des staatlichen Sektors verfügt der Staat, die Warenmassen in den Händen des Staates sichern die Stabilität der sowjetischen Währung.

Bevor wir uns mit dem „Neuen“ beschäftigen, gehen wir noch einmal zur Stalinschen politischen Ökonomie zurück: Interessant an der Waren- und Wertgesetz-Diskussion ist, daß die Dogmatiker teilweise über Stalin („Ökonomische Problem des Sozialismus in der UdSSR“) hinausgingen.

Hessin bringt ein zusätzliches Argument, daß zwar bei Marx steht, aber von Stalin nicht zitiert wurde: *„Die Warenproduktion setzt obligatorisch die Konkurrenz als Form ihrer Bewegung voraus, und dieser Form beraubt, kann sie sich nicht normal entfalten.“* (Marx, „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, S. 58/59, Lenins „Imperialismus“ – Monopol = Untergrabung der Warenproduktion). Er sieht den Entwicklungsprozeß und meint, ein wesentlicher Zug sozialistischen Wirtschaftens sei, daß sich Warenproduktion

in Nicht-Warenproduktion verwandelt: *„Haben wir es mit einem Produktionssystem zutun, bei dem das Arbeitsprodukt nicht Gewalt über die Menschen hat und die Menschen die Bewegung der Sachen kontrollieren ...“*, dann ist es kein System der Warenproduktion, wie eben das sozialistische Produktionssystem. *„Der dialektische Prozeß der Umwandlung der Ware in Nichtware beginnt nicht mit einer Veränderung der äußeren Form der Ware, sondern mit einem Wandel ihres grundlegenden Inhalts.“* Der Prozeß vollzieht sich im staatlichen Sektor und in den Kollektivwirtschaften und er teilt ein:

- Produktionsmittel Abteilung I – genauer planbar als Konsumgüter
- Konsumgüter Abteilung II – haben wegen der unterschiedlichen Bedürfnisse der Konsumenten noch ein Element verdeckter gesellschaftlicher Arbeit, was auf dem Markt seine Anerkennung finden muß
- Landwirtschaft – freie Spitzen für Kolchosmarkt sind noch stärker warenförmig. Der Aufkauf wird dagegen vom Plan gelenkt und ist von vornherein notwendige Arbeit. Weil aber die Bauern nicht vom Kolchosmarkt abhängig sind, wird die Landwirtschaft doch bestimmend von Plan gelenkt Der Warencharakter hat es schwer.

Sein Ergebnis: es ist in der sowjetischen Wirtschaft keine reine Ware zu finden, wohl aber alle möglichen Übergangsstufen. Stalin sagte, das Wertgesetz gilt, wegen Warenproduktion, aber es reguliert nicht mehr die Produktion. **Koscheljow** erklärt, was das Wertgesetz noch zu tun hat, es reguliert:

- den Arbeitsaufwand für verschiedene Erzeugnisarten (als Maß). Die Proportionen der Produktion, Konsumtion und Akkumulation (z. B. beträgt der Brotpreis 1/10 des Preises von Äpfeln, was, ja wohl nicht dem Arbeitsaufwand entspricht, also „gegen“ das Wertgesetz, aber „für“ die Proportionen der Konsumtion ist),
- verschiedene Bezahlung in verschiedenen Berufen (materielle Interessiertheit, Leistung)
- Verteilung und Umverteilung des Nationaleinkommens (angefangen beim Brot-und-Apfel-Beispiel)

Daraus folgt: Mängel in der Organisation der Arbeit, des Lohns, des Systems der materiellen Anreize, in der Spezialisierung und Kooperation, Materialversorgung usw. sollten über den Preis schnell behoben werden können. So sah es schon Strumilin.

Wjasmin erklärt bestimmt: *„Ware, die keine Form der ökonomischen Verbindung zwischen verschiedenen Eigentümern (Einzel- und Gruppeneigentum) darstellt, ist keine Ware in Sinne der Politischen Ökonomie“*, und teilt ein: Zwischen volkseigenen Betrieben und dem genossenschaftlichen Sektor, zwischen den einzelnen Kollektivwirtschaften: alles Ware!; die Bevölkerung aber kauft nur im staatlichen Sektor, der staatliche Sektor verkauft im Gegenzug nur: das ist eine Art von Warenbeziehung, kein Warenaustausch. Hier wirkt sich aus, daß der Lohn nicht mehr der Preis der Arbeitskraft ist, sondern der Anteil des Einzelnen am gesellschaftlichen Produkt: *„Die Geldform der Verteilung nach der Arbeitsleistung ist nicht Ursache, sondern Folge der Warenproduktion im Sozialismus.“* Und weil gilt: *„Niemand kann mit sich selbst Produkte austauschen“*, sind Produktionsmittel im staatlichen Sektor keine Waren.

„Diese Genossen vergessen, daß Warenbeziehungen etwas Objektives sind. Warenbeziehungen sind der Ausdruck der ökonomischen Verhältnisse zwischen den Menschen.

Sie können nicht entstehen, verschwinden oder sich je nach der organisations-wirtschaftlichen Form der Leitung volkseigener Betriebe verändern. Warenbeziehungen können niemals durch wirtschaftlich-organisatorische Maßnahmen abgeändert werden.“

Produkte, die keine Waren sind, haben Wert, wie gesagt, man sieht es an der Bewertung des Eigenverbrauchs. Sie werden in Geldform bewertet. Judkin: *„Die der Warenproduktion diametral entgegengesetzte Form ist die unmittelbar gesellschaftliche Produktion, in der dieser Widerspruch aufgehoben ist ... und die Produktionsverhältnisse der Menschen als bewußt organisierte Verhältnisse auftreten, die nicht durch Sachen vermittelt werden, gleich, in welcher Form die Arbeit erfaßt werden mag.“ „Die sozialistische Produktion ist ihrem Wesen nach unmittelbar gesellschaftliche Produktion und nicht Warenproduktion!“* Der „Tauschwert“ ist nicht mehr Ziel der Übung, er ist dem Ziel der sozialistischen Produktion untergeordnet, dem Grundgesetz. *„Die unmittelbar gesellschaftliche Arbeit schließt Warenbeziehungen aus, da letztere den Widerspruch zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit voraussetzen.“*

Man sieht, es ließ sich gut unter stalinistischen Voraussetzungen denken. Man brauchte Marx und Lenin nur richtig anzuwenden. Die Scholastiker hatten es schwerer. Sie mußten die Klassiker verbiegen.

Zurück zur Tagesaufgabe von 1958: Das Mittel, die Betriebe „relativ selbständig“ zu machen, waren die Preise. Wenn das hergestellte Produkt die Quelle für die Fondsbildung ist, muß der Preis so gestaltet werden, daß er für die Fondsbildung ausreicht, logisch. **Kondraschew** bringt eine Zusammenfassung, was diskutiert wurde:

1. Es bleibt, wie es ist: Gewinn und Umsatzsteuer (Produktionsabgabe) werden ungleich in den Preisen der Produktionsmittel und Konsumgüter verteilt, *„und zwar nach Gutdünken der Planungsorgane“* – ein objektives Kriterium fehlt für den Preis, damit ist der Preis kein vollkommenes Instrument der Planwirtschaft. (Das Gutdünken der Planungsorgane ist eine Unterstellung, wie wir oben gesehen haben.)
2. Preis: $p = c + v + m' \times v$ (Strumilin): *„Je rückständiger ... ein Zweig ist, desto größer wäre bei diesem Preisgefüge der Gewinn und umgekehrt“*
3. Selbstkosten + % = „mittlerer Wert“ (Branchenwert)
4. Preis: $p = c + v + p' \times (c + v)$: Die Wertgröße der Anlage- und Umlauffond *„kann nicht als stabile Basis für die Verteilung der Geldakkumulation angesehen werden.“*

„Bei der 2. Konzeption wird der Gewinn proportional zum Arbeitslohn verteilt, bei der 4. Konzeption proportional zu den Fonds“, er fragt, wie soll das praktisch gehen? und stimmt – gemäßigt – für die 3. Variante.

Atlas, der das Schlußwort hält, hofft, als hätte er die Gegenargumente nicht gehört: *„Die Prinzipien des Produktionspreises und des durchschnittlich geplanten Richtsatzgewinns, die faktisch in der Praxis wirksam sind, müssen dazu dienen, alle Möglichkeiten der innerbetrieblichen sozialistischen Akkumulation aufzudecken und eine Reihe von Mängeln in unserer Wirtschaft zu beheben.“*

7 Chruschtschows Ende

Wir wissen jetzt also, was dahinter steckt, wenn Kronrod berichtet: *„Der schnelle ökonomische Aufschwung der Industrieproduktion in den Nachkriegsplanjahrfünften ermöglichte erhebliche Kostensenkungen und Rentabilitätssteigerungen der staatlichen Betriebe. Die Gewinne wuchsen von Jahr zu Jahr bedeutend. 1950 betrugen sie 65,5 Mrd. Rubel, 1955 123,38 Mrd. Rubel, 1960 285 Mrd. Rubel.* ***Diese steigenden Gewinne sind das Ergebnis eines ganzen Systems planmäßiger Maßnahmen des Sowjetstaates. Mit ihrer Hilfe werden die tatsächlichen Ausgaben der Betriebe den gesellschaftlich notwendigen angeglichen.“***

Man hatte gegen alle Warnungen das Preissystem verändert, man begann also Geld zu machen; nicht mehr Profit, sondern Gewinn. Zwangsläufig ist das keineswegs. Kronrod argumentiert so, richtig von Marx ausgehend: *„Der Wert ist die gegenständliche Form der Produktionsverhältnisse zwischen den Warenproduzenten.“* Und weil der Sozialismus die Produktionsverhältnisse gestalten muß, weil nichts im Selbstlauf geht: *„Das Wirken des Wertsystems ist untrennbar verbunden mit der Preisbildung, d. h. mit einem gewissen Preisbildungssystem.“*

Hier ist eine Präzisierung notwendig. Das gilt in dieser absoluten Form nur für den Sozialismus. Der kapitalistische Produktionspreis ist zwar vom Wertpreis der einfachen Warenproduktion verschieden und damit die kapitalistische Modifikation des Wertgesetzes. Aber es steht dem Kapitalismus ja keineswegs frei, sein Preisbildungssystem zu wählen. Für den Kapitalismus gilt der Produktionspreis und damit die Durchschnittsprofitrate als ökonomisches Gesetz, das sich „hinter dem Rücken der Produzenten“ durchsetzt. Erst unter sozialistischen Verhältnissen erhält der planende Staat Macht über die Preise. Im Kapitalismus und in aller Warenwirtschaft nicht besonderer Art bilden sich die Preise spontan über die Marktbeziehungen und sind dadurch und in dieser Hinsicht „richtige“ Preise. Im Kapitalismus und in aller Warenwirtschaft nicht besonderer Art verursacht jegliche Preisregulierung Probleme, weil sie in das erwünschte, unerreichbare Marktgleichgewicht eingreift, folglich das Marktungleichgewicht schafft oder zumindest verstärkt. Darüber klagen die Bürger bis heute.

Inwieweit der sozialistische Staat Macht über die Preise hat und inwieweit seine Macht durch die objektiven ökonomischen Gesetze beschränkt ist, steht auf einem anderem Blatt.

Wir sehen uns zuerst das Ergebnis der 11 Jahre Chruschtschow-Wirtschaft an und versuchen dann zu begründen, wie es zu den (realen) Ergebnissen kam. (Quelle: Geschichte der KPdSU, Dietz Verlag 1978)

Für 1953 – zur Erinnerung – wird festgestellt: *„Eine Unterschätzung der ökonomischen Stimuli hatte dazu geführt, daß die realen Wachstumsmöglichkeiten der Produktion und deren Reserven schlecht genutzt wurden und für die schöpferische Initiative der Massen zuwenig Raum blieb. In vielen örtlichen Fragen war die Entscheidung immer mehr nach*

Tabelle 7.1

Planvorgaben (Steigerung um %)	
Nationaleinkommen bis 1965 gegenüber 1958	62 bis 65 %
Bruttoproduktion der Industrie	etwa 80 %
Bruttoproduktion der Landwirtschaft	70 %

dem Zentrum verlagert worden.“

Auf dem außerordentlichen Parteitag 1959 wurde der Siebenjahrplan – selbst der bewährte Rhythmus der Fünfjahrpläne war nicht mehr recht – angenommen. Das Resümee des Parteitags zur bisherigen Entwicklung: *„Der Sozialismus hat in der UdSSR den vollständigen und endgültigen Sieg errungen“*, es beginnt die Periode des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft. (Tabelle 7.1)

Bewertet werden vorerst die ersten drei Jahr des Siebenjahrplans: Die Industrie entwickelte sich planmäßig – bis 1961 stieg die Industrieproduktion um 33 % (Plan: 27 %). Allerdings, trotz aller Erfolge zeigten sich Mängel: *„Viele Volkswirtschaftsräte und Betriebe maßen ... dem technischen Fortschritt nicht die gebührende Bedeutung bei und erfüllten die Pläne für die Entwicklung und Einführung neuer Technik nicht.“*

Die Landwirtschaft erfüllte den Plan auch nicht. Die Bruttogetreideernte sank gegenüber 1958. Der Getreidebedarf aber war gestiegen, die Bevölkerung wuchs und mußte satt gemacht werden. Ein Wachstum also war schon nötig, um den gleichen Stand der Bedürfnisbefriedigung zu erreichen. Der Staat war gezwungen, mehr Getreide aufzukaufen. Die „Geschichte der KPdSU“ mißbilligt, daß dies zu gleichen Preisen wie den geplanten erfolgte, wo der Aufkauf doch über dem Plan lag. Damit, so lautet der Befund, wurde der Anreiz zur Produktionssteigerung untergraben. Das ist das monetäre. Der Mehrbedarf der Bevölkerung an Brotgetreide *„untergrub“* aber zugleich *„die Futterbasis der Viehwirtschaft“*. Der Maisanbau war nicht unter allen klimatischen Bedingungen ertragreich genug, den Zwang dazu lastet man einzig und allein Chruschtschow an. Jedenfalls wurden auch die Steigerungsraten bei tierischen Produkten nicht erreicht.

Die Arbeitsproduktivität wird nicht näher betrachtet. Allerdings gibt es eine Aussage zum Mechanisierungsgrad, der ja mit der Arbeitsproduktivität verbunden ist: *„Zu alledem gingen auch die Lieferungen von Traktoren und anderen Landmaschinen an die Landwirtschaft zurück. Die Kolchose, die 1958 die Maschinen und Geräte der MTS gekauft und dafür beträchtliche Mittel verausgabt hatten, konnten in den ersten Jahren danach keine neuen Landmaschinen erwerben, Erneuerung und Ergänzung des Maschinen- und Traktorenparks der Klochose verzögerten sich. Die Aussaatflächen dagegen wurden durch die Erschließung von vielen Millionen Hektar Neu- und Brachland beträchtlich vergrößert und die Traktoren stärker in Anspruch genommen.“*

Was sagte Stalin in seiner Antwort an Sanina und Wensher (Ökonomische Probleme ...), die die Landtechnik den Kolchosen verkaufen wollten? Unter anderem dies: *„Das bedeutet, den Kollektivwirtschaften große Verluste zufügen und sie zu ruinieren, die Mechanisierung der Landwirtschaft gefährden und das Tempo der kollektivwirtschaftlichen*

Produktion herabsetzen.“ Die Praxis als Kriterium der Wahrheit hat Stalins theoretische Erwägung vollständig bestätigt, bereits drei Jahre nach Beginn des Versuches.

Die KPdSU befaßte sich auf dem Januar-Plenum 1961 mit der bedrohlichen Entwicklung in der Landwirtschaft. Chruschtschow setzte seine Meinung durch, daß die bereits getroffenen Maßnahmen ausreichten, die Lage zu verbessern, nur die Struktur der Leitungsorgane sei zu verbessern. Der Plan wurde erhöht, das Landwirtschaftsministerium „faktisch aus der Leitung der Landwirtschaft ausgeschaltet“, aber weder Geld noch Maschinen wurden der Landwirtschaft gegeben.

1962 unternahm man noch einen Versuch der Umstrukturierung der Leitung: selbständige Parteiorganisationen für Landwirtschaft und Industrie, immer je zwei Büros nebeneinander, die staatlichen Stellen, der Komsomol, die Gewerkschaften, alle nach dem neuen Muster, und gab es bald wieder auf. Die Leitung beschäftigte sich mit sich selbst.

Dann entdeckte man als Neuheit das *„Hauptglied in der Kette der Aufgaben des kommunistischen Aufbaus, die maximale Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.“* Ich glaube nicht, daß wir jetzt Lenin- oder Stalin-Zitate anführen müssen, um zu beweisen, wem hier die Priorität gehört. Das wurde bei der Untersuchung der Stalinschen Wirtschaft bereits ausführlich erklärt.

Bedenklich aber ist, daß hier allgemein Bekanntes und Erprobtes als neueste Weisheit und neue Linie angepriesen wurde. Im ideologischen Kampf gegen den Stalinismus stritt die Chruschtschow-Mannschaft diesem mit größter Unverfrorenheit seine Verdienste ab, um sie selbst zu beanspruchen. Sie beteuerten, Lenins Aufgabe zu erfüllen.

Und das ging so: *„Eine der wichtigsten Aufgaben der Partei in Ausübung ihrer führenden und lenkenden Rolle im Leben der Sowjetgesellschaft war es jetzt, die Politik auf dem Gebiet der Technik so auszubauen und die Organisations- und Leitungsformen für die sozialistische Volkswirtschaft so zu bestimmen, daß sie in jeder Weise zur maximalen Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts beitrugen. Die Vortrupprolle der Partei, ihrer Organisationen und ihrer Mitglieder mußten sich in ganz neuer Weise äußern. Jetzt war es ihre Aufgabe, die schöpferische Initiative der Wissenschaftler, Konstrukteure, Ingenieure, Techniker, Arbeiter und Kolchosbauern auf die Lösung der wichtigsten wissenschaftlichen Probleme und auf die rasche Überführung der Ergebnisse von Wissenschaft und Technik in die Produktion zu lenken.“*

In dieser Reihenfolge, ja. Die herrschende Klasse, die Arbeiter, kommen an vorletzter Stelle, gerade noch vor den Kolchosbauern. Weißgott, eine ganz neue Weise. Die neue führende Kraft auf ökonomischem Gebiet, die Wissenschaftler, Konstrukteure, Ingenieure u. a. sollten zur freien Entfaltung kommen. Um ihre *„einheitliche technische Politik“* zu sichern, legte die Partei fest, die Leitung des Wissenschaftsapparats zu verändern. Zentrale Forschungseinrichtungen und die betriebliche Forschung einschließlich der Konstruktionsbüros wurde den Staatlichen Komitees beim Ministerrat der betreffenden Industriezweige unterstellt. Die Komitees wurden für die Einführung der neuen Technik verantwortlich gemacht. Die zentrale Leitung wurde geschwächt.

Der Wettbewerb war noch eine Massenbewegung, es gab Spitzenleistungen in der Chemie, im Hüttenwesen, in der friedlichen Nutzung der Atomkraft. *„Die Bewegung für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt hatte große Ausmaße angenommen“*, berichtet

die „Geschichte der KPdSU". *„Ihr standen jedoch schwierige Hindernisse im Wege. In vielen Volkswirtschaftsräten waren Gleichgültigkeit oder gar Konservatismus gegenüber der Vervollkommnung der Technik und der Hebung des technischen Niveaus der Betriebe festzustellen. Die Betriebe wurden nicht genügend an der technischen Neuausrüstung der Produktion interessiert, denn es wurden keine ökonomischen Hebel angesetzt ..."*

So untergräbt man erstens die Autorität, die Überzeugung, daß die Politik der Partei richtig ist, und zweitens geht der Schlag gegen die Wirtschaftswissenschaft, das System der ökonomischen Anreize zu erweitern, nicht mehr nur auf Menge und Qualität der Produktion, jetzt auch auf die Modernisierung.

Das Ergebnis ließ nicht auf sich warten: Die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität und der Bruttoproduktion gingen zurück, blieben unter dem Plan. Gegenüber heutigen kapitalistischen Verhältnissen sind die Werte sehr, sehr gut. Für damalige sowjetische Verhältnisse fand man sie besorgniserregend: Die Bruttoproduktion stieg (gegenüber dem Vorjahr) 1963 um 8,1 %, 1964 um nur 7,3 %! Noch schlimmer sah es in der Landwirtschaft aus: 1963 war das Getreideaufkommen gegenüber dem Vorjahr gesunken, der Schweinebestand hatte sich fast halbiert, das Milchaufkommen war geringer.

Die Führung der KPdSU sah die Ursachen vor allem in *„Subjektivismus und Wunschdenken"*. Chruschtschow wurde nahegelegt abzudanken. Die Leitung der Industrie und der Landwirtschaft wurde reorganisiert, d. h., es wurden annähernd die Verhältnisse wiederhergestellt, die vor den Chruschtschowschen Reformen bestanden hatten. Die ökonomischen Reformen aber wurden beibehalten. Die Kolchose bleiben Eigentümer der Landtechnik, nur sollten sie jetzt auf die Akkumulationsfonds achten, die materiell-technische Basis eigenverantwortlich stärken, für die erweiterte Reproduktion verantwortlich sein und die materielle Stimulierung berücksichtigen.

Die Industriepreisreform (Annäherung an den Produktionspreis) war auch nicht Gegenstand der Kritik. Im Gegenteil, 1965 befaßte sich ein ZK-Plenum mit den Fragen der *„Verbesserung der Leitung der Industrie, der Vervollkommnung der Planung und der Verstärkung der ökonomischen Stimulierung der Industrieproduktion"*. Die gebräuchlichen Formen der Planung und Leitung wurden als unzeitgemäß bezeichnet. In *„dieser Etappe"* müsse auf die *„Verbindung von zentraler Leitung und Erweiterung der wirtschaftlichen Initiative der Betriebe, Verstärkung der ökonomischen Hebel und materiellen Stimuli zur Entwicklung der Produktion"* gesetzt werden. Die verstärkte ökonomische Stimulierung sollte mit Hilfe von Preisen, Gewinnen, Prämien und Krediten erfolgen.

7.1 Die Revision der Klassiker

Sehen wir uns die zeitgemäße Theorie an. (Kronrod, 1963, der schon zitiert wurde, noch einmal im Zusammenhang) Man muß von den Besonderheiten des sozialistischen Eigentums ausgehen, findet er. Die Teilung der Arbeit wurde beibehalten, ja, und das ist ein Grund. Die „stalinistische" Unterscheidung zwischen staatlichem und genossenschaftlichen Eigentum wäre eine *„mechanistische Analogie zur"* Notwendigkeit der Warenproduktion wegen dem Privateigentum, von der Marx spricht. *„In Wirklichkeit werden die Produzenten durch das gesellschaftliche sozialistische Eigentum im Rahmen der ganzen Volkswirtschaft durchaus nicht ökonomisch voneinander getrennt, (wenn seine*

genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Form auch die genossenschaftlichen Betriebe isoliert), sondern im Gegenteil, sie werden vereinigt."

„Bei der Übergabe der Produktionsmittel an einen Betrieb bleibt das Eigentumsrecht des Staates an ihnen voll bewahrt." plus Einschränkung: *„Dem widerspricht nicht die ökonomische Selbständigkeit des Betriebes, in der sowjetische Ökonomen und Juristen mit Recht die Besonderheiten der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse auf der Basis des staatlichen Eigentums sehen."*

Das sozialistische Eigentum vereinigt so auf Grundlage des Planes die Arbeit im Maßstab der gesamten Gesellschaft. *„Aber das kollektivwirtschaftliche Gruppeneigentum wird in der Produktion unbedingt gemeinsam mit … dem allgemeinen Volkseigentum genutzt."* Das allgemeine Volkseigentum vereinigt also die Arbeit beider Sektoren, weil ihm die bestimmende Rolle zukommt. Die Arbeit ist gesellschaftlich notwendige Arbeit.

Jetzt kommt die Revision des Marxismus: *„Die Entwicklung der sozialistischen Ökonomik hat also eine Situation geschaffen, welche die Klassiker … nicht voraussehen konnten: Obgleich die sozialistische Vergesellschaftung der Produktion stattgefunden hat und die Arbeit eine unmittelbar gesellschaftliche geworden ist, sind Warenproduktion und Warentausch erhalten geblieben."*

Kronrods Leitsatz: *„Die soziale Ungleichartigkeit der Arbeit erzeugt letzten Endes auch die Notwendigkeit, ihre Produkte äquivalent auszutauschen."*

Aufgabe des Sozialismus war bekanntlich früher, nach Marx und Lenin, auf dem Weg zum Kommunismus die Abschaffung der Klassen, hier aber wird die soziale Ungleichartigkeit konserviert und kultiviert.

Weiter mit Kronrod: Das macht *„solche ökonomischen Beziehungen objektiv notwendig, die die Möglichkeit ausschließen, daß einige ihren Anteil der Arbeit auf andere abwälzen, und einen materiellen Anreiz für die Steigerung der Arbeitsproduktivität jedes einzelnen Produzenten und Kollektivs sichern."* Damit glaubt er die *„äquivalente Abhängigkeit"* bewiesen zu haben: *„… hier offenbart sich die Notwendigkeit, daß der äquivalente Austausch aller Elemente des gesellschaftlichen Produkts – sowohl Produktionsmittel als auch Konsumtionsmittel – zur allgemeinen Form wird … eben dadurch bedingt, daß die sozial ungleichartige Arbeit im Sozialismus als gesellschaftlich geteilte, in einzelne Betriebe spezialisierte und kooperierte Arbeit aufgewandt wird."*

Die Folgen der Notwendigkeit der Warenproduktion:

- *„… verkörpert sich das allgemeine Volkseigentum in solchen Beziehungen zwischen den Produzenten, in denen die Produktionsmittel als Eigentum der Gesellschaft in den auf Kosten der gesamten Gesellschaft unterhaltenen Betrieben fungieren, jedoch in einer* ***besonderen ökonomischen Form****. Über das hergestellte Produkt verfügt der Betrieb."* (Zu Stalins Zeiten: *„den in den Händen des Sowjetstaats konzentrierten Warenmassen") „Es dient als Quelle für die Bildung des Fonds zum Ersatz der Aufwendungen und des Fonds des Mehrprodukts. Das bedeutet, daß die Produktionsmittel eines jeden Betriebes als Elemente des sozialistischen Eigentums systematisch im ökonomischen Kreislauf gerade dieses Betriebes fungieren und aus seinen Mitteln reproduziert werden."*
- *„… tritt das sozialistische allgemeine Volkseigentum in solchen Beziehungen zwischen den Produzenten in Erscheinung, in denen die Einbeziehung eines jeden ein-*

> *zelnen Beschäftigten in den unmittelbaren Arbeitsprozeß, der sich auf Kosten der Gesellschaft und auf der Grundlage von der Gesellschaft gehörenden Produktionsmitteln vollzieht, unbedingt mit äquivalenten Beziehungen zwischen der Gesellschaft und dem einzelnen Werktätigen verbunden ist. Diese Einbeziehung hat jedoch eine besondere ökonomische Form: die in dem betreffenden Betrieb aufgewandte Arbeit wird aus Mitteln bezahlt, die eben durch diesen Betrieb reproduziert werden.“*

„Beide Merkmale des allgemeinen sozialistischen Volkseigentums ergeben die besondere, den sozialistischen Betrieben immanente ökonomische Form, ***die Form ihrer ökonomischen Selbständigkeit.****“*

An der hier abgeleiteten ökonomischen Selbständigkeit der Betriebe hielt die sozialistische politische Ökonomie bis zu ihrem Untergang fest. Während des Unterganges lautete Gorbatschows Befund, die Selbständigkeit reiche noch nicht aus.

Jeder möge prüfen, ob ihn die dargestellte Argumentation besser überzeugt als ein paar Seiten weiter vorn die Argumentation der Stalinisten.

Aber auch unter falschen Voraussetzungen kann man wie Kronrod weiterdenken: Der sozial ungleichartige Charakter der Arbeit bedingt *„unausbleiblich einen inneren, nichtantagonistischen, aber sehr wesentlichen Widerspruch“* in der unmittelbar gesellschaftlichen Arbeit – zwischen der Gesamtarbeit, die für die Produktion des gesellschaftlichen Gesamtprodukts aufgewendet wird und andererseits der für die Produktion von Erzeugnissen in den einzelnen sozialistischen Betrieben (individuelle und kollektive Arbeit).

„Obwohl diese Arbeit ebenfalls unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist, stellt sie doch keine sozial gleichgesetzte gesellschaftliche Arbeit dar. Der Grad ihrer Notwendigkeit für die Gesellschaft ist verschieden.“ Also fürs Gesamtprodukt: allgemeine gleichgesetzte Arbeit, fürs konkrete Produkt besondere, sozial ungleichartige Arbeit! Es ist zu befürchten, die Produktionsverhältnisse, sogar die Produkte, beherrschen wieder die Produzenten. Professorales Leben geht ja auszuhalten, dafür muß man die Welt nicht verändern.

Damit nun das Produkt ausgetauscht werden kann, muß es die allgemeine durchschnittliche Arbeit verkörpern. Das schafft nur der Wert. Also Warentausch, was zu beweisen war – und ganz aus inneren Verhältnissen, keineswegs von außen hineingetragen, etwa den unentwickelten Beziehungen geschuldet!

Wjasmin (in der Wertgesetzdiskussion 1958) hatte dagegen erklärt: *„Diese Genossen vergessen, daß Warenbeziehungen etwas Objektives sind. Warenbeziehungen sind der Ausdruck der ökonomischen Verhältnisse zwischen den Menschen. Sie können nicht entstehen, verschwinden oder sich je nach der organisations-wirtschaftlichen Form der Leitung volkseigener Betriebe verändern. Warenbeziehungen können niemals durch wirtschaftlich-organisatorische Maßnahmen abgeändert werden.“*

Kronrod kann sich dieser Logik nicht entziehen: *„Die Warenbeziehungen dienen als Hilfsformen, als zusätzliche Formen der ökonomischen Verbindung zwischen den sozialistischen Produzenten, neben der direkten und hauptsächlichen Verbindungsform, die auf der Basis des allgemeinen sozialistischen Volkseigentums entsteht und die die Produzenten im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft vereinigt.“*

Es ist, wie gesagt, eine Warenproduktion besonderer Art. Die direkte Form der ökonomischen Verbindung zwischen den Betrieben ist die Hauptform: Die Mittel für Bildung der Grund- und Umlauffonds werden gesamtstaatlichen planmäßig verteilt, die Arbeits-

kraft wird direkt und zentral verteilt und der Warentausch vermittelt nur die vorher festgelegte planmäßige Verteilung. Die Proportionen der Produktion werden über den Plan geregelt, keineswegs über Warenbeziehungen. Störungen der Proportionalität zeigen sich auch an Waren- und Wertdisproportionen. Die Warenproduktion besonderer Art funktioniert planmäßig durch die wirtschaftliche Rechnungsführung, Planpreisbildung, planmäßige Gestaltung des Warenverkehrs ...

Die Entwicklung in den Jahren der Chruschtschow-Herrschaft bewertet Kronrod als Bestätigung seiner Theorie: *„Die Erfolge der Vergesellschaftung der Arbeit ... all dies führt nicht zu einem Abbau, sondern zur weiteren Entwicklung der Warenbeziehungen.* ***Ein Beweis dafür sind die in den letzten Jahren von der Partei und der Regierung getroffenen Maßnahmen.“***

„Die Einsetzung der Volkswirtschaftsräte und die Erweiterung der Rechte der sozialistischen Betriebe bedeuten einen wesentlichen Fortschritt in der Entwicklung der direkten Warenbeziehungen zwischen allen Gliedern im System der sozialistischen Arbeitsteilung.“

„Die Reorganisation der MTS fördert die Warenbeziehungen zwischen der ... Industrie und der Landwirtschaft sowohl in bezug auf die technische als auch auf die landwirtschaftliche Produktion.“

Die Warenbeziehungen, von Kronrod ja selbst als Nebenformen der ökonomischen Verbindung beschrieben, wenn die direkte Form der Verbindung die Hauptform ist, mögen sich ja gut entwickelt haben, aber was ist mit der Gesellschaft? Der Rückgang des Wachstumstempos wurde oben bereits festgestellt.

Der sozialistische Wert hat Besonderheiten:

- Der Wert wird nicht durch verhüllte, sondern durch unmittelbare gesellschaftliche Arbeit geschaffen.
- Individuelle und kollektive Arbeit sind nicht Gegensatz, sondern Teil der unmittelbar gesellschaftlichen Arbeit.
- Der Wertausdruck trägt planmäßigen Charakter.
- Auch die Wertäquivalenz wird planmäßig herbeigeführt.

Was zu beweisen war: Der Wert ist nicht die Hauptform, sondern zusätzliche Form der ökonomischen Bewegung.

„Die Aufwendungen der staatlichen Betriebe gehen auf Rechnung des Staates, da sie in Wirklichkeit Produktionskosten der Gesellschaft sind. Aber im Kreislauf der ihm zu Verfügung gestellten Mittel muß ein Betrieb diese Ausgaben ersetzen. Deshalb erscheinen die gesellschaftlichen Kosten als Ausgaben der einzelnen Betriebe ... “

„Das Produkt jedes einzelnen Betriebes ist ein Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts. Das Verfügungsrecht darüber hat der Staat. Er plant seine Verwendung und verteilt es. Aber in den volkswirtschaftlichen Verkehr gelangt das Produkt ... nur auf der Grundlage seines Ersatzes.“

Diese Theorie wurde „planmäßig“ weiterentwickelt.

Wenn Chruschtschows segensreichem Wirken die böse Absicht zu unterstellen ist, so kann das Ergebnis nicht als zufällig angesehen werden. Ein Ziel war erreicht: Das Wachstumstempo der sozialistischen Wirtschaft hatte sich verlangsamt. Für den Klassengegner, das internationale Kapital, war das ein Grund zur Freude.

Das ist aber nur eins der negativen Ergebnisse. Wichtig scheint mir vor allem anderen, daß durch die Abwertung der Erfolge des Stalinschen sozialistischen Aufbaus das Vertrauen in die Richtigkeit der Politik der Partei geschädigt wurde. Die Wirtschaftsreformen zu Chruschtschows Zeiten taten ein übriges, Maßnahmen von „oben“ gegenüber skeptisch zu werden.

Daß man an der Wirtschaftsreform festhielt und nicht zu „stalinistischen Formen der Wirtschaftsleitung“ und zur „stalinistischen Preisbildung“ zurückging, kann dem inzwischen verwurzeltem Antistalinismus zugerechnet werden. Es wirkte so demokratisch, die Selbständigkeit der Betriebe, die kollektiven Interessen – Dagegen die Kommandowirtschaft? Es war schließlich kein Zufall, daß während des Krieges die Betriebsdirektoren in Generalsuniformen, die wie angegossen saßen, gesteckt wurden und ihre Machtvollkommenheit ausgebaut wurde. Man wünschte sich zivile Zustände. Nur, wer ist „man“? Die Arbeiterklasse kann doch nur an der Festigung ihrer Diktatur interessiert sein, nicht aber daran, ihre Herrschaft zu schwächen.

7.2 Nachtrag

Die Selbständigkeit der Betriebe bedurfte eines Alibis. Man – selbst Kronrod – benutzte Lenin. Der nämlich sei ein Verfechter der Selbständigkeit der Betriebe gewesen, aber die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Lage, die Industrialisierung, der Krieg, der Nachkrieg hätten zur zentralistischen Kommandowirtschaft gezwungen. Böswilligere Leute sagten: der Stalinismus, Stalins falsche Theorien, z. B. daß die Produktionsmittel keine Waren seien, hätte zur Kommandowirtschaft geführt. Lenin wäre anderer Meinung, LW, Bd. 35, S. 524!

„An das Volkskommissariat für Finanzen.

Für Gen. Sokolnikow, Kopie an Gen. Zjurupa und Gen. Krshishanowski

Sie sagten mir, daß einige unserer Trusts möglicherweise in nächster Zeit ohne Geld sein und uns ultimativ bitten würden, sie zu nationalisieren. Ich bin der Meinung, daß die Trusts und Betriebe gerade deshalb auf der wirtschaftlichen Rechnungsführung aufgebaut sind, damit sie selbst verantwortlich sind, und zwar voll verantwortlich sind für die verlustlose Arbeit ihrer Betriebe. Wenn sich herausstellt, daß sie das nicht geschafft haben, dann müssen sie meiner Ansicht nach gerichtlich belangt und sämtliche Mitglieder ihrer Leitung zu langfristigen Freiheitsstrafen (vielleicht nach Ablauf einer bestimmten Frist mit Bewährung freilassen), zur Konfiskation ihres gesamten Eigentums usw. verurteilt werden.

Wenn wir, nachdem wir die Trusts und Betriebe auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung geschaffen haben, es nicht verstehen, unsere Interessen durch geschäftliche, kaufmännische Methoden vollkommen zu waren, sind wir komplette Idioten.

Hierüber wachen muß der Oberste Volkswirtschaftsrat, aber mehr noch das Volkskommissariat für Finanzen, und zwar durch die Staatsbank und durch spezielle Inspektoren, denn gerade das Volkskommissariat für Finanzen, das nicht unmittelbar interessiert ist, hat die Pflicht, eine wirksame, reale Kontrolle und Überprüfung einzurichten.

Lenin“.

(geschrieben am 1. Februar 1922, zuerst veröffentlicht am 21. März 1931 in der „Prawda“ Nr. 79)

Wir sehen: Kein Wort von Verantwortung für die erweiterte Reproduktion oder dem Produktionspreis, der genug Mehrprodukt für die Bildung von Invest-Fonds in den Betrieben abwerfen würde. Verlustloses Arbeiten wird verlangt.

Und die volle Verantwortung ist keine ökonomische! Zahlungsunfähigkeit führt unter kapitalistischen Verhältnissen in den Konkurs und beendet die Existenz der Betriebe (so wie jahrelange Vernachlässigung von Investitionen für Ersatz und Erweiterung die Existenz des Betriebes bedrohen). Unter den sowjetischen Bedingungen war man dabei, die Betriebe wieder in Gang zu setzen, an Stillegung dachte keiner. Verantwortlichkeit hieß: die Verantwortlichen, die der Staat eingesetzt hat, werden zur Verantwortung gezogen, nach Lenin an ihren Privateigentum und an ihrer Freiheit. Unter Stalin passierte das – man nannte es „Schädlingsprozeß“ und man hat gewiß nicht alle erwischt.

8 Der Zusammenhang des Preisbildungssystems mit der Produktionsweise

8.1 Der Produktionspreis, kapitalistisch

In der Wertgesetzdiskussion wurde erklärt, der Produktionspreis sei unabdingbar mit der Durchschnittsprofitrate verbunden. Die Durchschnittsprofitrate ihrerseits sei genauso fest mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden, eins ohne das andere ist undenkbar. Deshalb die Empörung beim Vorschlag, die sozialistische Preisbildung ähnlich dem Produktionspreis zu ordnen. War das ein direkter Angriff auf den Sozialismus und reichte das, kapitalistische Verhältnisse „durch die Hintertür" einzuführen? Sehen wir uns also zuerst an, wie die Herstellung der Durchschnittsprofitrate unter kapitalistischen Verhältnissen wirkt.

Wir gehen von dem bekannten Reproduktionsschema Mstislawskis (damit wir vergleichen können) aus, in der Wertform:

1400_c	+	350_v	+	250_m	=	2000
450_c	+	150_v	+	100_m	=	700
1850_c	+	500_v	+	350_m	=	2700

Der gesamtgesellschaftliche Profit ist:	$M/(C+V)$=350/(1850 + 500)=	14,8936 %
Entsprechend Abteilung I	=250/(1400 + 350)=	14,3 %
Entsprechend Abteilung II	= 100/(450 + 150)=	16,7 %

Der kapitalistische Produktionspreis setzt das Gesamtkapital zur Mehrwertmasse ins Verhältnis. Es ist also mit einem Profit von 14,8936 zu rechnen:

1400_c	+	350_v	+	$260{,}6383_p$	=	2010,6383
450_c	+	150_v	+	$89{,}3617_p$	=	689,3617
1850_c	+	500_v	+	350_p	=	2700

Wir sehen: eine Verteuerung der Produktionsmittel (Faktor 1,005), eine Verbilligung der Konsumtionsmittel (Faktor = 0,9848024).

Der Umsatz bzw. die Wertmodifikation (Anpassung des konstanten Kapitals):

$1407{,}4468_c$	+	350_v	+	$253{,}1915_m$	=	2010,6383
$452{,}3936_c$	+	150_v	+	$86{,}9681_m$	=	689,3617
$1859{,}8404_c$	+	500_v	+	$340{,}1569_m$	=	2700

Es ist physisch nicht mehr oder weniger als nach Wertrechnung da. Der Produktionspreis ändert nur die Bewertung! Und damit die Umverteilung des Gewinns. Der Preis hat immer auch eine Umverteilungsfunktion, das gilt auch für kapitalistische Verhältnisse. Wir sind mit unserer Rechnung aber noch nicht am Ende, denn das Gleichgewicht, die **Angleichung der Profitraten von Abteilung I und II** ist noch nicht hergestellt.

Diese stellt sich erst nach mehreren rechnerischen „Umschlägen“ ein.

Die nächste Wirkung: Weil die Konsumtionsmittel billiger geworden sind, sinkt der Wert der Ware Arbeitskraft entsprechend. Das Gleichgewicht sieht so aus:

$$\begin{array}{rcrcrcr} 1407,4468_c & + & 344,6809_v & + & 258,5106_p & = & 2010,6383 \\ 452,3936_c & + & 147,7204_v & + & 89,2477_p & = & 689,3617 \\ \hline 1859,8404_c & + & 492,4012_v & + & 347,7584_p & = & 2700 \end{array}$$

Der Wert der Produktionsmittel ist auf das 1,0056fache gestiegen, der Lohn auf das 0,984fache gesunken, der Profit ist auf das 0,9933fache gesunken. Die einheitliche Profitrate beträgt 14,778 %. Die Herstellung der Durchschnittsprofitrate regelt im Kapitalismus der Kapitalmarkt, der Arbeitsmarkt und der Warenmarkt über die Konkurrenz.

Im Kapitalismus setzten sich ökonomische Gesetze stets „über den Markt“ durch die Konkurrenz durch, so auch die Durchschnittsprofitrate. Die Höhe der kapitalistischen Durchschnittsprofitrate ist abhängig von der organischen Zusammensetzung des Kapitals, und zwar des Gesamtkapitals der Volkswirtschaft. *„Der Durchschnittsprofit, der die Produktionspreise bestimmt, muß immer annähernd gleich sein dem Quantum des Mehrwertes, das auf ein gegebenes Kapital als aliquoter Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals fällt,“* sagt Marx (Kapital, III, S. 189). Und er sagt auch, es sei gleichgültig, welchen Prozentsatz sich die Kapitalisten gegenseitig anrechnen. Weil der Markt reguliert, kann der einzelne Kapitalist die genaue Durchschnittsprofitrate gar nicht kennen. Unser Zahlenbeispiel liefert ja schon unhandliche drei Stellen hinter dem Komma. Wie funktioniert es also?

Erstens weiß der Kapitalist, was er „gewöhnlich“ aufschlagen muß, um auf seinen Profit zu kommen. Zweitens ist er bestrebt, den „gewöhnlichen“ Profit zu erhöhen, also „mehr anzurechnen“. Wie also funktioniert die Sache? Wir gehen vom obigen Schema nach Herstellung der Durchschnittsprofitrate von 14,778 % aus:

$$\begin{array}{rcrcrcr} 1407,8342_c & + & 344,4041_v & + & 258,9534_p & = & 2011,1918 \\ 452,5181_c & + & 148,6018_v & + & 88,6883_p & = & 689,8082 \\ \hline 1860,3524_c & + & 492,0059_v & + & 347,6417_p & = & 2700 \end{array}$$

und nehmen an, daß „gewöhnlich“ runde 20 % aufgeschlagen werden. Das ergibt:

$$\begin{array}{rcrcrcr} 1471,8802_c & + & 360,0719_v & + & 270,7339_p & = & 2102,6860 \\ 473,1044_c & + & 154,3165_v & + & 92,7230_p & = & 720,1439 \\ \hline 1944,9846_c & + & 514,3885_v & + & 363,4568_p & = & 2833,8299 \end{array}$$

Alle Preise sind nach der formalen Rechnung gestiegen, auch der Preis der Arbeitskraft v. Die erzielte Profitrate aber beträgt nach wie vor 14,778. Verändert hat sich nur der Maßstab der Preise. Man kann also, wenn man die laufende Abwertung des Geldes in Kauf nimmt, das Instrument einer mäßigen Inflation benutzen. Der umgekehrte Weg ist auch möglich. Liegt die „gewöhnliche“ Profitrate unter der durch die organische Zusammensetzung des Kapitals gegebenen, so tritt Deflation ein.

Praktisch lebt, wie jeder weiß, die kapitalistische Produktion mit einer laufenden Inflation, die die Zentralbanken mit ihrer Zinspolitik regulieren und z. Z. möglichst unter 3 % halten. (Unser Rechenbeispiel liegt bei ungefähr 4,5 %) Das hat Vorteile und zwar

werden damit die Klasseninteressen bedient. Unser Schema setzt voraus, daß der Wert der Arbeitskraft nominal gestiegen ist und richtig gezahlt wird. Das ist aber real nicht der Fall. Die Reallohnangleichung, also die nominelle Lohnerhöhung wird erst über Tarifverträge geregelt, die der Inflationsrate nachhinken. Es ist nicht einmal sicher, daß die Lohnerhöhungen die Höhe der Inflationsrate erreichen.

Die Inflation ist also laufender, aber fast unbemerkter Raub am Lohn v. So kann man die Profitrate dann wirklich steigern und ihrem tendenziellen Fall entgegenwirken.

Die Bürger sind, so zeigt sich, nicht so wie die Sozialisten auf den „wahren“ Wert erpicht. Warum sollten sie auch? Bei Steigerung der Arbeitsproduktivität der Abteilung II sinkt der Wert der Arbeitskraft und man müßte die Löhne entsprechend senken. Das ist unpopulär, wenn auch kapitalistisch „gerecht“. Medienwirksam ist dagegen, simplen Inflationsausgleich, der außerdem zu spät kommt, als Lohnerhöhung auszugeben, die unverschämte Gewerkschaften erpreßt haben.

Der Wert ist auch bei Inflation ein gesellschaftliches Verhältnis und damit unabhängig vom Preisausdruck „richtig“.

8.2 Der Produktionspreis, sozialistisch

So einfach ist das unter kapitalistischen Verhältnissen, obwohl Marx sagt, die ganze Schwierigkeit käme dadurch, daß die Waren nicht einfach als Waren, sondern als Produkte von Kapitalen ausgetauscht würden, wobei jedes Kapital entsprechend seiner Größe den entsprechenden Mehrwertanteil beansprucht.

Richtig schwierig wird es aber erst, wenn ökonomisch relativ verselbständigte Betriebe im gesamtgesellschaftlichen Eigentum für die berechtigte Anmeldung gleicher Ansprüche honoriert bzw. materiell stimuliert werden, wobei man den erbeuteten Anteil dann zuerst plant und anschließend größtenteils zugunsten des Staatshaushaltes einzieht.

Der „richtige“ Produktionspreis wurde allerdings weder in der Sowjetunion noch in der DDR jemals eingeführt. Das hat natürlich Gründe. Ein Grund ist das Postulat, **im Sozialismus ist die Arbeitskraft keine Ware mehr**. Der Lohn ist im Sozialismus der Anteil des Einzelnen am gesellschaftlichen Produkt. Außerdem übernimmt der Staat einen Teil der Reproduktionskosten der Arbeitskraft. Und schließlich verlangt das ökonomische Grundgesetz eine immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft.

Es geht und ging niemals an, die Löhne und die anderen Einkommen zu senken. Die Sowjetunion war dabei in einer besonders mißlichen Position. Nach 40 Jahren „stalinistischer“ Preispolitik mit niedrigen Produktionspreisen und relativ hohen Löhnen (s. Mstislawskis und auch Kronrods Reproduktionsschemata) waren die Preise derart vom „wahren“ (kapitalistischen) Wert entfernt, daß die Regelwirkung des Produktionspreises zu Fürchterlichem führen mußte.

Die sowjetischen Ökonomen wußten natürlich Bescheid; und egal, wie sie sich die sozialistische Wirtschaftsweise erklärten, der Übergang zum Produktionspreis würde das Wirtschaftssystem gravierend verändern. Heute stehen wir vor dem Scherbenhaufen. Ja, sie hatten recht, es bleib bei der sozialistischen Produktionsweise, so lange das Volkseigentum gesichert war, trotz allem planmäßig gewirtschaftet wurde und der Lohn nicht

über die Durchschnittsprofitrate geregelt wurde. Kronrod, der im vorigen Kapitel ausführlich zitiert wurde, hat erklärt, der Warenwirtschaft käme nur eine Nebenrolle zu. Das war schon Jahre nach dem Beginn der „Wirtschaftsreformen“.

Das „stalinistische Preissystem“ wurde als falsch empfunden, aber ein „richtiges“ war äußert schwer herzustellen.

(Zum Wortgebrauch: „stalinistisch“ steht hier für die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion bis Mitte der 50er Jahre, eine Zeit, die von Stalin geprägt wurde. Aber die Wirtschaftspolitik war keineswegs eine subjektive Entscheidung Stalins, wie man später hetzte, sondern die Linie der kommunistischen Partei. Wir können die „stalinistische“ oder Stalinsche Wirtschaftspolitik ebensogut eine kommunistische Wirtschaftspolitik nennen, durchgeführt in der ersten Phase des Kommunismus, im Sozialismus. Was ist dann aber mit der „poststalinistischen“ Wirtschaftspolitik? Daß dank Volkseigentum und zentraler Planung eine Art der sozialistischen Produktionsweise durchgeführt wurde, haben wir schon festgestellt. Daß diese Produktionsweise zum Kommunismus führt, wurde von der Geschichte widerlegt. Es war ein Sozialismus des Beharrens. Statt auf gesellschaftliche Veränderungen zu setzen, wurde der wissenschaftlich-technische Fortschritt bemüht, den Übergang zum Kommunismus zu schaffen. Der aber kann dies nicht. Und die andere Seite verfügt darüber genauso gut wie wir.)

Wenn man den Produktionspreis oder eine Abart des Produktionspreises einführen will, muß man die neuen Preise so festlegen, daß die Preisbewegung zur Ruhe gekommen ist. Man braucht also einen Gleichgewichtszustand, ähnlich dem der o. g. kapitalistischen Durchschnittsprofitrate. (Ein regelnder Markt fehlt, man muß planen!) An diesem Gleichgewichtszustand muß sich jede Industriepreisreform orientieren. Und – zweite Bedingung – man muß die sozialistischen Prämissen einhalten, z. B. konstante Löhne bei konstanter Kaufkraft – und sich sozialistische Wünsche erfüllen, z. B. die Senkung der Konsumgüterpreise.

Ist das möglich?

Mit dem Produktionspreis ohne zusätzliche Regulation ist das nicht möglich.

Erst einmal ist der Gleichgewichtszustand zu suchen, den der Produktionspreis erfordert. Ausgangspunkt ist wieder das Reproduktionsschema Mstislawskis.

1400_c	+	350_v	+	250_m	=	2000
450_c	+	150_v	+	100_m	=	700
1850_c	+	500_v	+	350_m	=	2700

Das ist das Wertschema. Für eine Umstellung auf ein neues Preissystem muß aber von der realen Situation ausgegangen werden, also von dem modifizierten Schema mit zwei Preismaßstäben. Die Preise des Konsumgüterfonds und des Lohns sind um 50 % gegenüber der Wertrechnung erhöht.

1400_c	+	525_v	+	75_m	=	2000
450_c	+	225_v	+	375_m	=	1050
1850_c	+	750_v	+	450_m	=	3050

Der gesamtgesellschaftliche Gewinn ist	$450/(1850+750)=17,3\,\%$
der Gewinn in Abteilung I	$75/(1400+525)=\ 3,9\,\%$
der Gewinn in Abteilung II	$375/(450+225)=55,6\,\%$

Voraussetzung ist: Der Lohn darf von der Industriepreisreform nicht beeinflußt werden, weder real noch nominal. Der Konsumgüterfonds ist also zu gleichen Preisen bei gleicher Lohnhöhe umzuschlagen. Lediglich die Preise der Abteilung I dürfen sich verändern und – Ziel der Übung – die Umverteilungsverhältnisse.

Gerechnet mit der gesamtgesellschaftlichen Gewinnrate ergibt sich:

1400_c	+	525_v	+	$333,1731_p$	=	$2258,1731$
450_c	+	225_v	+	$116,8269_p$	=	$791,8269$
1850_c	+	750_v	+	450_p	=	3050

Wir sehen: Bei konstantem Lohn ist der Konsumgüterfonds immer noch zu niedrig bewertet. Bei den Produktionsmitteln setzt ein heftiger Preisanstieg ein. Die Umbewertung und Umverteilung durch die Verbraucherpreise ergibt:

1400_c	+	525_v	+	$333,1731_p$	=	$2258,1731$
450_c	+	225_v	+	375_p	=	1050
1850_c	+	750_v	+	$708,1731_p$	=	$3308,1731$

Die Preise für Konsumgüter senken zu können, erweist sich als Trugschluß: Die 300 Einheiten für die unproduktive Konsumtion werden nach wie vor gebraucht. Außerdem müssen die verbrauchten Produktionsmittel zu höheren Preisen (Faktor 1,13) ersetzt werden. Das gilt für Abteilung I und II. Das frißt einen Teil des Profits auf:

$1508,7212_c$	+	525_v	+	$152,4519_p$	=	$2258,1731$
$508,0889_c$	+	225_v	+	$316,9111_p$	=	1050
$2088,8101_c$	+	750_v	+	$469,3630_p$	=	$3308,1731$

Als neue gesamtgesellschaftliche Mehrwertrate ergibt sich: 16,53 %. Das Gleichgewicht stellt sich ein, wenn eine Mehrwertrate von 14,778 % erreicht ist:

$2146,0615_c$	+	525_v	+	$394,7407_p$	=	$3065,8022$
$689,8055_c$	+	225_v	+	$135,1945_p$	=	1050
$2835,8670_c$	+	750_v	+	$529,9352_p$	=	$4115,8022$

Die Preistreiberei hat einen Grund: Lohn und Preis der Abteilung II wurden konstant gehalten, folglich setzt sich den Preismaßstab B durch. Die Probe aufs Exempel – Alle Werte werden durch 1,5 geteilt (nach Maßstab A umgerechnet):

$1430,7077_c$	+	350_v	+	$263,1604_p$	=	$2043,8681$
$459,8703_c$	+	150_v	+	$90,1297_p$	=	700
$1890,5780_c$	+	500_v	+	$353,2901_p$	=	$2743,8681$

Der Unterschied zur kapitalistischen Durchschnittsprofitrate ist wieder im konstant gehaltenen Wert für die Abteilung II zu suchen, folglich liegen die Preise der Abteilung I etwas höher. Festzustellen ist: der Produktionspreis erzeugt die kapitalistische Durchschnittsprofitrate mit Modifikation im Preismaßstab.

Nimmt man Kronrods Zahlen, nach Mstislawski modifiziert ergibt sich folgendes:
Wertverhältnisse:

$$\begin{array}{rcrcrcr}
4000_c & + & 1000_v & + & 1000_m & = & 6000 \\
2000_c & + & 1000_v & + & 1000_m & = & 4000 \\
\hline
6000_c & + & 2000_v & + & 2000_m & = & 10000
\end{array}$$

zwei Preismaßstäbe, Konsumgüterfonds um 80 % erhöht:

$$\begin{array}{rcrcrcrlr}
4000_c & + & 1800_v & + & 200_m & = & 6000 & \text{Gewinn:} & 3,4\,\% \\
2000_c & + & 1800_v & + & 3400_m & = & 7200 & & 89,5\,\% \\
\hline
6000_c & + & 3600_v & + & 3600_m & = & 13200 & & 37,5\,\%
\end{array}$$

Als kapitalistische Durchschnittsprofitrate, ausgehend vom Realzustand, zwei Preismaßstäbe, ergibt sich:

$$\begin{array}{rcrcrcrl}
5532,2147_c & + & 1225,4195_v & + & 1540,6879_p & = & 8298,3221 & \\
2766,1074_c & + & 1225,4195_v & + & 910,1511_p & = & 4901,6779 & \\
\hline
8298,3221_c & + & 2450,8390_v & + & 2450,8390_p & = & 13200 & \text{Profitrate: } 22,8\,\%
\end{array}$$

Sonst das bekannte Ergebnis: der Nominallohn sinkt, relativ sinkt der Wert der Produktion der Abteilung II, während der Wert der Produktion der Abteilung I steigt, aber, Summe der Preise gleich Summe der Werte, der Wert des gesellschaftlichen Gesamtprodukts bleibt konstant.

Die Voraussetzung, die unter sozialistischen Verhältnissen einzuhalten ist: die Löhne dürfen nicht gesenkt werden, weder nominal noch real, wie oben:

$$\begin{array}{rcrcrcrl}
8126,4022_c & + & 1800_v & + & 2263,2011_p & = & 12189,6033 & \\
4063,2011_c & + & 1800_v & + & 1336,7989_p & = & 7200 & \\
\hline
12189,6033_c & + & 3600_v & + & 3600_p & = & 19389,6033 & \text{Gewinn: } 22,8\,\%
\end{array}$$

Alle Beträge sind gegenüber der kapitalistischen Durchschnittsprofitrate lediglich um den Faktor 1,4689 erhöht. Aber Kronrod hat ja die niedrigen Produktionsmittelpreise anders erklärt: nämlich mit Senkung unter den Wert, und Erhöhung der Konsumgüterpreise über den Wert.

Die Modifikation des Ausgangsschemas:

$$\begin{array}{rcrcrcr}
4000_c & + & 1000_v & + & 1000_m & = & 6000 \\
2000_c & + & 1000_v & + & 1000_m & = & 4000 \\
\hline
6000_c & + & 2000_v & + & 2000_m & = & 10000
\end{array}$$

ergibt:

$$\begin{array}{rcrcrcr}
3000_c & + & 1375_v & + & 125_m & = & 4500 \\
1500_c & + & 1375_v & + & 2625_m & = & 5500 \\
\hline
4500_c & + & 2750_v & + & 2750_m & = & 10000
\end{array}$$

Einfach wieder „richtige“ Wertverhältnisse herstellen, geht nicht, weil der Lohn nicht angetastet werden darf. Das Gleichgewicht ist vom modifizierten Schema aus zu suchen und ergibt:

$6207,6684_c$	+	1375_v	+	$1728,8342_p$	=	9311,5025
$3103,8342_c$	+	1375_v	+	$1021,1658_p$	=	5500
$9311,5025_c$	+	2750_v	+	2750_p	=	14811,5025

Die Preistreiberei ist nur geringer, weil hier im Ausgangsschema der Lohn und der Konsumgüterfonds nur um ein Drittel erhöht wurden. Prinzipiell besteht kein Unterschied.

Nach Lopatkin (Selbstkostenaufschlag):
Das Wertschema:

4000_c	+	1000_v	+	1000_m	=	6000
2000_c	+	1000_v	+	1000_m	=	4000
6000_c	+	2000_v	+	2000_m	=	10000

wird zu folgendem Preisschema modifiziert:

3000_c	+	1000_v	+	500_m	=	4500	Gewinn:	12,5 %
1500_c	+	1000_v	+	3000_m	=	5500		120 %
4500_c	+	2000_v	+	3500_m	=	10000		53,8 %

Eine einfache Rückkehr zum Wertschema ist nicht möglich, weil dann der Reallohn erheblich steigen würde. Der Lohn würde die Hälfte des Konsumgüterfonds verbrauchen, der Anteil des Staates ginge entsprechend zurück, also die unproduktive Konsumtion der Rentner, der Volksbildung, der medizinischen Einrichtungen, der Armee, auch der Wirtschaftswissenschaftler. Es bleibt dabei: über die Preise wird nun einmal im Sozialismus umverteilt. Das Gleichgewicht zeigt das gleiche Bild wie die anderen Varianten:

$6467,2514_c$	+	1000_v	+	$2233,6257_p$	=	9700,8771	
$3233,6257_c$	+	1000_v	+	$1266,3744_p$	=	5500	
$9700,8771_c$	+	2000_v	+	3500_p	=	15200,8771	Gewinn: 29,91 %

Es bleibt noch übrig, Strumilins Vorschlag zu betrachten. Kein Produktionspreis, sondern Festlegung einer definierten Mehrwertrate proportional zum Lohn. Das heißt, unterschiedliche Gewinnraten für die Abteilung I und II. Konkreter Vorschlag: eine Mehrwertrate von 100 %, es wird für die Preisbildung also der Lohnfonds verdoppelt. Die praktische Bedeutung bei einfacher Reproduktion – jeder produktive Arbeiter muß einen unproduktiven Arbeiter mit ernähren. Und dabei bleibt es. Wenn die Mehrwertrate nicht verändert wird.

Das Ergebnis ist, es setzt sich eben nicht eine Modifikation der kapitalistischen Profitrate durch, sondern eine Modifikation des Wertschemas, proportional zur Lohnhöhe erhöhen sich die Produktionsmittelpreise. Das stalinistische Ausgangsschema nach Mstislawski:

1400_c	+	525_v	+	75_m	=	2000
450_c	+	225_v	+	375_m	=	1050
1850_c	+	750_v	+	450_m	=	3050

Vorschlag Strumilin, Mehrwertrate von 100 % (Produktion):

$$\begin{array}{rcrcrcr} 1400_c & + & 525_v & + & 525_m & = & 2450 \\ 450_c & + & 225_v & + & 225_m & = & 900 \\ \hline 1850_c & + & 750_v & + & 750_m & = & 3350 \end{array}$$

Umsatz (Anpassen des konstanten Kapitals und Lohnkonstanz):

$$\begin{array}{rcrcrcr} 1715,0000_c & + & 525_v & + & 210,0000_m & = & 2450,0000 \\ 551,2500_c & + & 225_v & + & 273,7500_m & = & 1050 \\ \hline 2266,2500_c & + & 750_v & + & 483,7500_m & = & 3500,0000 \end{array}$$

Das Gleichgewicht bildet sich bei:

$$\begin{array}{rcrcrcr} 2449,9999_c & + & 525_v & + & 525,0000_m & = & 3599,9999 \\ 787,5000_c & + & 225_v & + & 37,5000_m & = & 1050 \\ \hline 3237,4999_c & + & 750_v & + & 562,5000_m & = & 4549,9999 \end{array}$$

Die Abteilung II kann unter den gegebenen Verhältnissen den ihr „zustehenden“ Mehrwert nicht realisieren, und, das unangenehmste – auch hier steigen die Produktionsmittelpreise erheblich. Sicher kann man auch anders rechnen, nach Kronrod, der bereits von einer Mehrwertrate von 100 % ausging, nämlich von:

$$\begin{array}{rcrcrcr} 3000_c & + & 1375_v & + & 75_m & = & 4500 \\ 1500_c & + & 1375_v & + & 2675_m & = & 5500 \\ \hline 4500_c & + & 2750_v & + & 2750_m & = & 10000 \end{array}$$

Nach Strumilin also:

$$\begin{array}{rcrcrcr} 3000_c & + & 1375_v & + & 1375_m & = & 5750 \\ 1500_c & + & 1375_v & + & 1375_m & = & 4250 \\ \hline 4500_c & + & 2750_v & + & 2750_m & = & 10000 \end{array}$$

Das Gleichgewicht:

$$\begin{array}{rcrcrcr} 5500,0000_c & + & 1375_v & + & 1375_m & = & 8250,0000 \\ 2750,0000_c & + & 1375_v & + & 1375_m & = & 5500 \\ \hline 8250,0000_c & + & 2750_v & + & 2750_m & = & 13750,0000 \end{array}$$

Hier geht die Mehrwertverteilung auf. Zu sehen ist, daß die Mehrwertrate nicht frei wählbar ist, sondern sich an den gegebenen Verhältnissen orientieren muß. Die Preise der Abteilung I steigen und der Lohnmaßstab setzt sich in voller Schönheit durch, man kann sich drehen und wenden wie man will.

Real wurde durchaus angenähert nach Strumilin verfahren: Man legte Gewinnraten für die einzelnen Wirtschaftszweige fest. Prinzipiell ändert das nichts, es sagt nur, daß kein Mensch den Mut hatte, die einzig „richtige“ Profitrate festzulegen. Das Verfahren ist aber nur eine Abbart des Produktionspreises.

Ein gravierender Nachteil des Produktionspreises ist der unter sozialistischen Verhältnissen unumgängliche Preisanstieg – das, was seine Verfechter als Vorteil priesen: die Höherbewertung der vergangenen Arbeit, der Produktionsmittel.

Die Kennziffer „Selbstkostensenkung“ war von nun an einfacher zu erfüllen, wenn man Material und Ausrüstungen einsparte. Einsparung an lebendiger Arbeit wurden sozu-

sagen „unterbewertet“ und der Lohn nähert sich verdächtig dem Preis der Ware Arbeitskraft. Mistlawski, erinnern wir uns, hatte erklärt, daß fast das gesamte Nationaleinkommen bei der bisherigen Preisgestaltung in Form des Lohnes ausgezahlt wurde, die Umverteilung erfolgte über die Preise. Die Eigentümerfrage ist hier leicht durchschaubar: den Produzenten steht das Nationaleinkommen zu, und die Produzenten geben über die Konsumgüterpreise einen Teil dieses ihres Einkommens an den Staat für gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

Jetzt bleibt ein Teil des Einkommens, das der Staat beansprucht, in den „wirtschaftenden Einheiten“, den Betrieben, und geht nicht mehr durch die Hände der Produzenten. Die sozialistische lebendige Arbeit ist es, die nun niedriger bewertet wurde. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist aber hauptsächlich die Senkung des Arbeitsaufwandes. Das Stalinsche Preissystem hat mit der Hochbewertung der menschlichen Arbeit und der Niedrigbewertung der vergegenständlichen Arbeit energisch in die Richtung der Arbeitszeiteinsparung und der Einführung moderner (relativ billiger) Technik und damit der Steigerung der Arbeitsproduktivität gewirkt. Jetzt war der Ansporn nicht höher als unter kapitalistischen Verhältnissen. Das kostbarste, die menschliche Arbeitskraft, bleibt unterbewertet – um den Mehrwertanteil.

Ein zweiter Nachteil des Produktionspreises ist der unter sozialistischen Bedingungen labile Gleichgewichtszustand. Die kapitalistische Durchschnittsprofitrate stellt sich spontan über den Markt ein. Es ist gleichgültig, wie der einzelne Kapitalist rechnet. Es ist der Durchschnittsprofitrate sogar egal, welchen Anteil am Mehrprodukt der einzelne Kapitalist einheimst. Dieser Anteil kann weit über dem Durchschnittsprofit liegen. Der Ausgleich wird dadurch erreicht, daß ein anderer Kapitalist seine Waren unter dem Durchschnittsprofit verkaufen muß, vielleicht sogar unter den Selbstkosten, und damit Gefahr läuft, ruiniert zu werden. Der Konkurrenzkampf ist hart. Nicht umsonst vergleicht ihn Engels mit dem Darwinschen Kampf ums Dasein.

Im Sozialismus mit gesamtgesellschaftlichen Eigentum und folglich der Notwendigkeit der Planung geht es regelsüchtig zu. Geplant wird der Lohnfonds. Geplant wird das Konsumgüteraufkommen. Geplant wird der Gewinn, damit die Mehrwert- bzw. Profitrate. Und wenn man auf dem Produktionspreis mit dem ihm eigenen Gesetzen besteht, muß man sich an die selbstgestellten Regeln halten. Wir haben gesehen, daß die Durchschnittsprofitrate keine „glatte Zahl“ ist. Im ersten Beispiel (nach Mstislawski) ergibt sich 14,778 %. Als Planungsgröße ist so etwas schwer zu handhaben.

Was also passiert, wenn man mit einem „angenäherten“ Wert rechnet? Auf der sicheren Seite liegt man allemal, wenn der geplante Gewinn unterhalb der Durchschnittsprofitrate liegt.

Zum Vergleich – Wertschema:

1400_c	+	350_v	+	250_m	=	2000	Gewinn:	14,3 %
450_c	+	150_v	+	100_m	=	700		16,7 %
1850_c	+	500_v	+	350_m	=	2700		14,9 %

„stalinistische“ Preismodifikation, Lohn und Konsumgüterpreise um 50 % erhöht:

1400_c	+	525_v	+	75_m	=	2000	Gewinn:	3,9 %
450_c	+	225_v	+	375_m	=	1050		55,6 %
1850_c	+	750_v	+	450_m	=	3050		17,3 %

Setzt man eine Gewinnrate von 10 % fest, stellt sich folgendes Gleichgewicht ein:
Produktion:

$1757,6076_c$	+	525_v	+	$228,2608_m$	=	2510,8684
$564,9453_c$	+	225_v	+	$78,9945_m$	=	868,9398
$2322,5529_c$	+	750_v	+	$307,2552_m$	=	3379,8082

und Umsatz, weil der Konsumgüterfonds im Verhältnis zum Lohn zu niedrig bewertet ist, dessen Wert muß weiter bei 1050 liegen:

$1757,6076_c$	+	525_v	+	$228,2608_m$	=	2510,8684
$564,9453_c$	+	225_v	+	$260,0546_m$	=	1050
$2322,5529_c$	+	750_v	+	$488,3154_m$	=	3560,8684

Hier ist also noch Spielraum für die altgewohnte Umsatzsteuer. Die Produktionsmittelpreise sind gestiegen, aber nicht so stark wie beim „richtigen“ Produktionspreis. Es ergibt sich nach der Umsatzrechnung ein gesamtgesellschaftlicher Gewinn von 15,89 %.

Leider aber kennen wir die Begründungen für den Produktionspreis, so daß mit Sicherheit anzunehmen ist, daß ein solches Preisgefüge immer noch als falsch empfunden würde. Es wäre ein Motiv da, die Preise weiter zu verändern. Man kann es „die immer bessere Ausnutzung des Wertgesetzes“ nennen.

Eines kann diese Abart des Produktionspreises allerdings wirklich noch nicht leisten, nämlich die volle Eigenverantwortung für die erweiterte Reproduktion der relativ selbständigen Betriebe sichern. Da fehlt genau das, was über die Umsatzsteuer zugunsten des Staatshaushaltes umverteilt wird (und, wie die Freunde des Produktionspreises meinen, den völlig überflüssigen Weg über die Staatskasse zu den Betrieben zurück nimmt).

Rechnet man aber mit 15 %, was etwas über der Durchschnittsprofitrate, aber unter dem gesamtgesellschaftlichen Gewinn nach der 10 %-Rechnung liegt, ergibt sich schon:
Produktion:

$2167,2721_c$	+	525_v	+	$403,8408_m$	=	3096,1129
$696,6232_c$	+	225_v	+	$138,2435_m$	=	1059,8666
$2863,8958_c$	+	750_v	+	$542,0843_m$	=	4155,9795

Umsatz:

$2167,2721_c$	+	525_v	+	$403,8408_m$	=	3096,1129
$696,6232_c$	+	225_v	+	$128,3768_m$	=	1050
$2863,8958_c$	+	750_v	+	$532,2176_m$	=	4146,1129

Hier, mit dieser kleinen Abweichung von der Durchschnittsprofitrate können die Betriebe der Abteilung II schon nicht mehr völlig kriegen, „was ihnen zusteht“, es fehlen 9,9 Einheiten, die – wer sonst – der Staat aus dem Gewinn der Abteilung I umverteilen muß. Die gesamtgesellschaftliche Gewinnrate sinkt auf 14,73 %.

Der Anschaulichkeit halber noch die Rechnung mit 20 %.

Produktion:								
$2755,8042_c$	+	525_v	+	$656,1608_m$	=	3936,9650
$885,7942_c$	+	225_v	+	$222,1588_m$	=	1333,9530
$3641,5983_c$	+	750_v	+	$878,3197_m$	=	5269,9180
Umsatz:						
$2755,8042_c$	+	525_v	+	$656,1608_m$	=	3936,9650
$885,7942_c$	+	225_v	−	$60,7942_m$	=	1050
$3641,5983_c$	+	750_v	+	$595,3666_m$	=	4986,9650

Die gesamtgesellschaftliche Gewinnrate liegt nur noch bei 13,55 %, also unter der Profitrate. Die Abteilung II aber bekommt nicht einmal mehr ihre Selbstkosten vergütet, vom Gewinn ganz zu schweigen. Konsumgüter werden subventioniert.

Es soll hier noch einmal gesagt werden, daß alle Rechenbeispiele nur zur Veranschaulichung dienen. Im Prinzip befinden wir uns noch im Jahr 1958 und prüfen, was unter den gegebenen Umständen machbar ist und wie es wirkt.

Kronrods Zahlen zur einfachen Reproduktion sind sehr gut überschaubar, deshalb wurden die Varianten zur Verwendung des Produktionspreises an Kronrods Zahlen nach verschiedenen Rechenregeln durchgespielt. Es wurde deutlich, daß alles auf eine Verteuerung der Produktionsmittel hinausläuft, ohne die Konsumtionsmittel billiger machen zu können. Mstislawskis Schema dient uns dagegen als Vergleichsmaßstab nicht der Rechenregeln, sondern der Wirkung der Reformen in Richtung Produktionspreis.

Die Vulgäransicht Chruschtschows, man könne die Einzelhandelspreise senken, weil die Produktionsmittel zu billig, die Konsumtionsmittel aber zu teuer sind, ist nun vollständig widerlegt.

Ebenfalls noch einmal wird gesagt, daß die ganze Rechnerei sich auf immer das gleiche Produktionsvolumen bezieht. Es gibt keine Tonne Stahl mehr und auch keine einzige Fleischkonserve, keine Bohrmaschine und kein Paar Schuhe. Verändert wurde ganz allein die Bewertung. Mstislawskis Zahlen, an denen auch Strumilins Vorschlag diskutiert wurde, zeigen die erweiterte Reproduktion. Zum Vergleich reicht das, weil wir oben gesehen haben, daß unabhängig von der theoretischen Ausgangsbasis in allen Varianten bei Einführung des Produktionspreises eine Preissteigerung der Abteilung I einsetzt. Das ist die Folge der einheitlich anerkannten Voraussetzung, Konsumgüter seien zu teuer, Produktionsmittel zu billig. Der Unterschied liegt nur im Verhältnis zum Wertschema – und selbstverständlich in der angenommenen Abweichung der Preise der beiden Abteilungen vom Wert.

Tabelle 8.1 zeigt den Vergleich. Als Vergleichsbasis dient Mstislawskis Schema.

Im vorigen Kapitel wurde zitiert: *„Viele Volkswirtschaftsräte und Betriebe maßen ... dem technischen Fortschritt nicht die gebührende Bedeutung bei und erfüllten die Pläne für die Entwicklung und Einführung neuer Technik nicht.“* Und: *„Die Bewegung für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt hatte große Ausmaße angenommen. Ihr standen jedoch schwierige Hindernisse im Wege. In vielen Volkswirtschaftsräten waren Gleichgültigkeit oder gar Konservatismus gegenüber der Vervollkommnung der Technik und der Hebung des technischen Niveaus der Betriebe festzustellen. Die Betriebe wurden nicht ge-*

Tabelle 8.1

Vergleich Preisbildungsmechanismen	Wert	Preis*	Kapital. DP**	Prod.-preis, soz.	10 %	15 %	20 %
Gesellschaftliches Gesamtprodukt	**2700**	**3050**	**2700**	**4116**	**3561**	**4146**	**4987**
% zur Vergleichsbasis	89	100	89	135	117	136	164
Ersatzfonds C, fixes Kapital	**1850**	**1850**	**1860**	**2836**	**2323**	**2864**	**3642**
% zur Vergleichsbasis	100	100	101	153	126	155	197
Akkumulation zu laufenden Preisen	**150**	**150**	**151**	**230**	**188**	**232**	**295**
Anteil der Akkumulation am gesellschaftlichen Gesamtprodukt (%)	5,56	4,92	5,59	5,59	5,29	5,60	5,92
Akkumulation zu festen Preisen	**150**	**150**	**150,16**	**150**	**150**	**150**	**150**
Gesamtgesellschaftliche Gewinnrate (%)	**14,9**	**17,3**	**14,8**	**14,8**	**15,9**	**14,7**	**13,6**
Lohn	**500**	**750**	**492**	**750**	**750**	**750**	**750**
Lohnanteil am gesellschaftlichen Gesamtprodukt (%)	19	25	18	18	21	18	15
Gesellschaftliche Konsumtion	**200**	**300**	**197**	**300**	**300**	**300**	**300**
Deren Anteil an gesellschaftlichen Gesamtprodukt (%)	7	10	7	7	8	7	6
Akkumulation + ges. Konsumtion + Lohn = Nationaleinkommen	**850**	**1200**	**840**	**1280**	**1238**	**1282**	**1345**
Anteil am gesellschaftlichen Gesamtprodukt (%)	31,5	39,3	31,1	31,1	34,8	30,9	27,0
Anteil C an gesellschaftlichen Gesamtprodukt (%)	68,5	60,7	68,9	68,9	65,2	69,1	73,0
Summe (%)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

(* Zwei Maßstäbe ** DP = Durchschnittsprofitrate)

nügend an der technischen Neuausrüstung der Produktion interessiert, denn es wurden keine ökonomischen Hebel angesetzt ...“

Jetzt, an den Zahlen ist zu sehen, warum das so war. Die neue Technik war zu teuer im Verhältnis zu den damit zu ersparenden Lohnkosten. Es wurde schon ein ökonomischer Hebel angesetzt, nur wirkte der Hebel in die verkehrte Richtung. Stimuliert man den Einsatz neuer Technik aber nun zusätzlich über den Preis, dann bewegt man sich langsam, aber sicher von den sicheren Verhältnissen eines 10%igen Gewinnaufschlags in

Tabelle 8.2

	1960	1965	1968	1970	1972
Rentabilität in % zu produktiven Fonds					
Leichtindustrie	35,3	29,9	39,6	42,5	36,9
Lebensmittel	23	24,4	22,6	27,6	24,5
Gewinn in % der Selbstkosten					
Leichtindustrie	9,4	10,0	12,8	14,3	13,2
Lebensmittel	8,7	10,4	9,7	12,1	11,0

Richtung 15 oder sogar 20 %. Damit wird das Problem nur noch verschärft, weil die Preise der Abteilung I immer schneller steigen.

Der sozialistische Produktionspreis ist zwar unabdingbar mit der Durchschnittsprofitrate verbunden, die aber leider nur der Markt, nie aber der Plan herstellen kann. Die mißglückten Versuche der Planung, es „richtig“ zu machen, werden zunehmend als Administrieren empfunden, weil der Markt das, was sich der Plan da anmaßt, besser kann.

8.3 Die Folgen diverser Wirtschaftsreformen auf die Preise

Es wurde erstens behauptet, der Produktionspreis sei nie vollständig eingeführt worden. Zweitens ist zu beweisen, daß die im vorigen Kapitel angeführten Reproduktionsschemata die Wirklichkeit hinreichend genau widerspiegeln.

8.3.1 Sowjetunion

Jakowez, 1973 (Die Preise in der Planwirtschaft) hat schon eine ganze Menge Erfahrung mit den Wirtschaftsreformen der vergangenen Jahre: *„Für die europäischen sozialistischen Länder ist in den letzten anderthalb bis zwei Jahrzehnten eine Tendenz der relativen Stabilität der staatlichen Verbraucherpreise und der Industriepreise bei Erhöhung der Aufkaufpreise charakteristisch.“* Die letzen anderthalb Jahrzehnte vor 1973 reichen bis in die Jahre 1953–58. So weit, so klar. Jakowez konstatiert für die Periode von 1961–1970 große Veränderung des Niveaus und der Relationen der Industrie- und Aufkaufpreise bei stabilen Verbraucherpreisen. Die Industriepreisreform 1967 erhöhte die Betriebspreise um 9 %, in der Schwerindustrie sogar um 17,5 %. Die Grenze für die Erhöhung seien stabile Verbraucherpreise, und die Betriebe sollten nicht in die Verlustzone geraten, berichtet er. Man subventionierte also politisch. Für die Sowjetunion hat Jakowez Zahlenmaterial. (Tabelle 8.2)

Hier müssen erst einmal die Begriffe geklärt werden. Produktive Fonds sind Lohn-, Grundmittel- und Materialfond, c und v. Die Selbstkosten sind auch $c+v$. Wenn man aber mit produktiven Fonds nur c (abzüglich der Materialkosten) und v meint, muß man das

sagen. Es gab aber in der späteren politischen Ökonomie eine Kennziffer Grundfondsrentabilität = Reineinkommen/Bruttowert der Grundfonds. Eine Antwort gibt Schapowalow („Ökonomische Gesetze der Sozialismus und Probleme ihrer bewußten Ausnutzung", 1975) in voller Eindeutigkeit. Für die Industrie der SU galt 1969:

Preis = Kosten von 74,1 % + Gewinn 13,7 % + Produktionsfondsabgabe 12,2 %.

Gewinn + Produktionsfondsabgabe ergeben damit 25,9 % des Preises.

Der Staat eignete sich das Mehrprodukt mittels Gewinnabführung durch die Betriebe und nun zusätzlich mittels Produktionsfondsabgabe an. Das ist eine Folge der neuen Preisbildungsregel. Richter (s. u.) sagt 1969, die Produktionsfondsabgabe sei Zins für den einmaligen Aufwand (an Grundmitteln); nur damit wir das richtig verstehen. Die „Fonds" der sozialistischen Industrie haben damit begonnen, Geld zu verdienen, ganz wie in vorsozialistischen Zeiten der Produktionsfaktor Kapital. Fast 26 % des Preises sollen nun das Mehrprodukt verkörpern. Das ergibt eine durchschnittliche Preisbildungsregel: Preis = Selbstkosten $(c + v) \times 35\,\%$.

Man kann natürlich so wirtschaften. Aber (Marx, Kapital, III, S. 189): *„Gesetzt, die allgemeine Profitrate und daher der Durchschnittsprofit sei in einem Geldwert ausgedrückt, höher als der wirkliche Durchschnittsmehrwert, seinem Geldwert nach berechnet. Soweit die Kapitalisten dann in Betracht kommen, ist es gleichgültig. Ob sie sich wechselseitig 10 oder 15 % Profit anrechnen. Der eine Prozentsatz deckt nicht mehr wirklichen Warenwert als der andere, indem die Übertreibung des Geldausdrucks wechselseitig ist."* Merke: Warenwert wird nur durch die menschliche Arbeit neu geschaffen. Rechentricks der Ökonomen helfen nicht, den Reichtum der Gesellschaft zu erhöhen.

Ganz vollständig übrigens ist die Preisformel nicht – ein Rest der Umsatzsteuer existierte immer noch. Die Umsatzsteuer ging aber nicht in die Betriebsrechnung ein, wohl aber in die Umverteilung.

Aber zurück zu Jakowez. Man hatte erstens schon Erfahrung mit den relativ selbständigen Betrieben gemacht, es war nicht alles eitel Sonnenschein. Die Monopolstellung der Produzenten erlaubt keine unkontrollierte Preisfestsetzung, stellt Jakowez fest. Und versichert: Alles, was über einer „Rentabilität" zwischen 20 und 10 % der Selbstkosten liegt, geht restlos an den Staatshaushalt. (Der Durchschnitt lag bei rund 18,5 %.)

Das zweite Problem war schwieriger, weil es die „ökonomischen Hebel" in ihrer Wirkung beeinträchtigte: *„Wenn sich die Preise im Laufe einer langen Zeit nicht verändern, verstärkt sich ihre Loslösung vom Wert, die Preisrelationen beginnen die Wertproportionen entstellt widerzuspiegeln. Solche Preise desorientieren die Planungs- und Wirtschaftsorgane bei der Auswahl der Art, gegenständliche und lebendige Arbeit miteinander (zu verbinden) ... Begründet sinkende Preise dienen als ökonomisch stärkster Stimulus für die Produzenten und Abnehmer."*

Wenn die Preise über lange Zeit stabil bleiben, heißt das ja, die Senkung des Wertes infolge der Steigerung der Arbeitsproduktivität wird nicht im Preis widergespiegelt. Er erkennt in der **Politik der Inflation** (ein mutiger Mann, das so direkt auszusprechen!) die ihr eigenen Widersprüche, den **systematischen Preisauftrieb**, die Verringerung der Kaufkraft des Geldes und das Absinken der Realeinkommen sowie der Entwertung des Akkumulationsfonds.

Aber wenn er klagt: *„Die wachsende Divergenz zwischen dem Anstieg der Geldein-*

künfte und der Steigerung der Warenproduktion ...", dann kann ich nicht mehr folgen. Ich habe gelernt, daß eine Bilanz der Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung zum Plan gehört.

Die gestiegenen Aufkaufpreise in der Landwirtschaft – zur Stimulierung der Landwirtschaft, Chruschtschows erster Anschlag auf die sozialistische Wirtschaft – verteidigt Jakowez, auch wenn die Aufkaufpreise von 1953–1970 auf das 6fache(!) gestiegen sind. Dafür kann es keine ökonomische Begründung geben. Oder doch? Jakowez behauptet, das sei *„notwendig, um das Niveau der Aufkaufpreise an die gesellschaftlich notwendigen Aufwendungen anzunähern und die Voraussetzungen für die erweiterte Reproduktion zu schaffen."*

Die erweiterte Reproduktion schließt, das soll man nicht vergessen, auch die an die Kolchosen von den MTS zwangsverkauften Landmaschinen ein. Diese Landmaschinen wieder sind selbstverständlich auch dem allgemeinen Preisauftrieb unterworfen ...

Aber wenn es auch notwendig war, die Aufkaufpreise zu erhöhen, so übersieht Jakowez die nachteiligen Auswirkungen nicht. Er stellt fest: Die Erhöhung der Aufkaufpreise führte zu Verlusten für den Staat und zu erhöhten Stützungen für die Landwirtschaft. Ein Ausweg fand sich nicht. Man konnte die Lebensmittelpreise für die Bevölkerung nicht erhöhen, weil man dann zum Ausgleich auch die Löhne, Renten und Stipendien anheben müßte. Steigende Löhne wiederum würden die Selbstkosten erhöhen ...

Man mußte ertragen, was man sich da eingebrockt hatte.

Auch der Gewinnaufschlag des Produktionspreises zeigt schon Schattenseiten: *„Bei Preisen, die dem Wert folgen, bleibt auch in der Perspektive die Tendenz des Absinken des Gewinns, die sich aus dem Wachstum der organischen Struktur der Produktion ergibt, erhalten."* Demzufolge, sagt Jakowez, verwandeln sich die Rentabilitätsnormative der einzelnen Zweige in % zum Wert der Produktionsfonds unter den Bedingungen der höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals in einen Faktor, der auf ein höheres Preisniveau drängt oder Preissenkungen behindert. - Der tendenzielle Fall der sozialistischen Profitrate und die sozialistische Bekämpfung dieses Falls ist die sozialistische Inflation, verschämt „höheres Preisniveau" geheißen!

Vorbei waren die Zeiten der regelmäßigen Preissenkung entsprechend der Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Das Vorwort zu Jakowez' Buch hat übrigens der 96jährige Strumilin geschrieben. Er sagt, was er immer gesagt hat: Die Preise sollen trotz ihrer Umverteilungsfunktion dicht am Wert liegen. Sein Schlußwort lautet: *„Das wichtigste Ziel der sozialistischen Planung besteht aber zweifellos im ständigen Wachstum der Arbeitsproduktivität und zugleich entsprechend diesem Wachstum in der rechtzeitigen Senkung der Preise. Die planmäßige Lenkung der Preise und ihre gezielte Senkung schaffen neue Stimuli zur Beschleunigung des Fortschritts von Wissenschaft und Technik und zusätzliche Möglichkeiten zur besseren Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft."*

8.3.2 DDR

Viele Wege führen weg vom Stalinschen Preissystem. In der DDR war man vorsichtiger, als man begann, die Produktionsmittelfonds arbeiten zu lassen. Hier betrug die Produktionsfondsabgabe nur 6 % des Neuwertes der Grundmittel. (Der sowjetische Durchschnittswert: rund 16,5 % der Selbstkosten, die ja außer dem Grundmitteln noch Material- und Lohnkosten beinhalten)

Bei moderaten Gewinnraten, haben wir bei der Betrachtung des sozialistischen Produktionspreises gesehen, stellen sich relativ stabile Verhältnisse ein, wenn man in Kauf nimmt, daß die Preise der Konsumgüter zur Umverteilung zugunsten des Staatshaushalts dienen. Übrigens wirken Lohnsteuer oder Beiträge an die staatliche Versicherung in der gleichen Richtung: sie stimmen die Einkünfte der Bevölkerung mit den Ausgaben für den vorhandenen Konsumgüterfonds ab. Damit wird der Unterschied zwischen den beiden Preisniveaus vermindert. Die indirekte Umverteilung über die Preise zugunsten des Staatshaushalts wird durch die direkte Umverteilung ersetzt. Das letzte Wort, „ersetzt“, ist aber nur im Vergleich zum Stalinschen System, welches bisher ausführlich betrachtet wurde, angebracht. Unter kapitalistischen Bedingungen erfolgt immer eine direkte Umverteilung über Versicherung und Steuer. Wer gerade aus kapitalistischen Verhältnissen kam, brauchte dieses System also nur beizubehalten.

Die Wirtschaftsgeschichte der DDR verdiente eine genauere Untersuchung, was allerdings hier nicht geleistet werden kann. In der DDR waren andere politische Rücksichten zu nehmen, einmal durch die Nachbarschaft zur BRD und auch wegen der Importabhängigkeit von der Sowjetunion.

Die Aufbau-Geschichte der DDR ist fast ebenso beeindruckend wie die der jungen Sowjetunion. Damals wurde schon erreicht, daß die DDR den höchsten Lebensstandard der Bevölkerung im Rahmen des RGW pflegte. Die Stimmung war gut. Man sah, es ging voran. Daran änderten Störversuche aus dem Westen nichts. Dem RGW hatte man sich anzupassen. Und wenn die Sowjetunion der DDR die Erdöllieferungen begrenzte, so mußte man eben die einheimische Braunkohle nutzen. Die sozialistische Produktionsweise – gesamtgesellschaftliches Eigentum und Planwirtschaft – sicherte, daß Schwierigkeiten nicht zu Krisen wurden. Trotz alledem wuchs die Wirtschaft der DDR ununterbrochen bis 1988.

Die Veränderungen der Wirtschaftspolitik nach dem Antritt Honeckers sind auch noch nicht ausreichend untersucht, auch nicht, inwieweit die sowjetische Führung auf Honeckers neuem Kurs bestand. Die Theorie der DDR-Wirtschaftswissenschaftler aber ist die gleiche wie die der sowjetischen. Da können wir eine enge und erstaunlich erfolgreiche Zusammenarbeit im Rahmen des RGW feststellen.

In der DDR trat zudem, früher als in der Sowjetunion, ein weiteres Problem auf. Der Arbeitskräftefonds war erschöpft, man hatte relativ früh Vollbeschäftigung erreicht. Vollbeschäftigung, weiß man 15 Jahre nach der Konterrevolution wieder ganz genau, ist ein großes Glück, mehr kann man sich eigentlich nicht wünschen. Allerdings ergibt sich für gelernte Marxisten ein ökonomisches Problem. Das Wertproblem. Nach Marx entspricht der jährlich neugeschaffene Wert, das Nationaleinkommen, der im Jahr aufgewandten Arbeitsmenge $v + m$.

Wie kann man, so lautet die Frage, das Nationaleinkommen von Jahr zu Jahr steigern, wenn bereits alle arbeiten?

Wer kennt nicht den DDR-Seufzer „keine Leute, keine Leute"?

1969 erschien Gerhard Richters „Arbeitsproduktivität – Gewinn – Nationaleinkommen". Da hatte man schon ein paar Jahre Erfahrung mit dem neuen ökonomischen System. Schon im Vorwort erklärt er: *„Tief im Bewußtsein von Millionen Werktätigen ist die Erkenntnis verwurzelt, daß die Arbeitsproduktivität in letzter Instanz das Entscheidende, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung ist. Die Beziehungen zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Fondsintensität, der Erhöhung des Nationaleinkommens und der Senkung der Selbstkosten sind Gegenstand dieses Buches."*

Eigentlich hat sich dazu schon Marx bündig geäußert:

„Dagegen trifft ein Wechsel der Produktivkraft die im Wert dargestellte Arbeit an und für sich gar nicht ... Dieselbe Arbeit ergibt daher in denselben Zeiträumen stets dieselbe Wertgröße, wie immer auch die Produktivkraft wechsle. Aber sie liefert in demselben Zeitraum verschiedene Quanta Gebrauchswerte, mehr, wenn die Produktivkraft steigt, weniger, wenn sie sinkt." Kapital, I, S. 60/61

Aber seit etwa fünfzehn Jahren, seit Chruschtschow festgestellt hatte, die Wirtschaftswissenschaft sei zurückgeblieben, entwickelte man die Theorie der sozialistischen Wirtschaft auf andere Art weiter. Die Welt hatte sich geändert. Bisher galt: *„Die auf die Ausdehnung der absoluten Produktionshöhe gerichtete Wirtschaftspolitik mit planmäßiger Vorgabe der Produktion ... bestimmte die dominierende Stellung der Bruttoproduktion als Bewertungsmaßstab ..."*

Marx, Kapital, I, S. 631: *„Mit der Produktivkraft der Arbeit wächst die Produktenmasse, worin sich ein bestimmter Wert, also auch Mehrwert von gegebener Größe, darstellt."*

Wie entwickelt sich folglich die Bruttoproduktion bei gegebenen Arbeitsaufkommen? c steigt um die Akkumulation, also mehr Maschinen, mehr Rohstoffe, in den Proportionen, die mit dem vorhandenen Arbeitsvermögen bewegt werden können. Zusätzliche Arbeitskräfte sind nicht vorhanden. Die gesamte Akkumulation geht folglich in c ein. Die Produktenmasse wächst schneller als der Wert des zusätzlichen c. Die Produkte werden billiger (hergestellt), weil weniger arbeitshaltig, weil die Arbeitsproduktivität gestiegen ist (es wurde akkumuliert). Die Bruttoproduktion zu **vergleichbaren** Preisen wächst entsprechend der Arbeitsproduktivität. Die Bruttoproduktion zu **effektiven**, dem Wert folgenden Preisen kann nur um den Anteil c wachsen, der durch die Akkumulation zusätzlich aufgewandt wurde, wenn die Preise dem Wert folgen. Der Anteil des Nationaleinkommens am gesellschaftlichen Gesamtprodukt sinkt, weil der Arbeitsfonds unveränderlich ist, der Produktionsverbrauch aber steigt. Kapitalistisch heißt das: die organische Zusammensetzung des Kapitals hat sich erhöht (sozialistisch: gilt Gleiches für die Zusammensetzung der Fonds)

Tragisch ist das nur, wenn man wie gebannt aufs sozialistische Geld starrt. Fürs praktische Leben reicht, wenn man sich vergegenwärtigt, was das Nationaleinkommen natural darstellt: die Masse der im Jahr produzierten Konsumtionsmittel und die für die erweiterte Reproduktion, für die Akkumulation bestimmten Produktionsmittel. Dem naturalen Wachstum des Nationaleinkommens sind nur die Grenzen der Akkumulation gesetzt.

Tabelle 8.3

Beschäftigte in der Landwirtschaft der DDR (Mill.)	
1950	1970
2,005	0,997

Gesamtgesellschaftlich ist das eine rein intensiv erweiterte Reproduktion.

Die Bruttoproduktion zu effektiven Preisen hängt aber natürlich von der Preisbildung ab. Mit einer hohen geplanten „Rentabilität“ folgen die Preise der Wertentwicklung nicht.

Ist die Bruttoproduktion eine geeignete Kennziffer? Geplant wird in effektiven Preisen, wie sonst? und natural. Die Frage anders gestellt, lautet: Ist die auf *„Ausdehnung der absoluten Produktionshöhe gerichtete Wirtschaftspolitik“* eine falsche Wirtschaftspolitik?

Eine wachsende Produktenmasse, zeigt, daß die Produktivkraft der Arbeit gestiegen ist, und ist doch genau das, was man zur besseren Befriedigung der Bedürfnisse braucht. Oder? Es kommt auch hier auf die Bedürfnisse an. Nach der Bedürfnisstruktur wird über den Plan die Arbeit verteilt. Z. B. die Landwirtschaft der DDR: Die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft ist in Tabelle 8.3 dargestellt. Sie hatte sich also etwa halbiert. Die DDR schaffte in dieser Zeit die Versorgung ihrer Bürger trotz deren ständig wachsenden Verbrauch bei etwa gleichgebliebener landwirtschaftlicher Nutzfläche. Die Arbeitsproduktivität hatte sich also nicht nur verdoppelt, sondern war um ein mehrfaches gestiegen. Der Bedarf der DDR-Bevölkerung wurde gedeckt. Wünsche blieben offen höchstens beim Sortiment, bei der Nachfrage nach Frühgemüse, Frischobst nicht nur zur Erntezeit u.ä.

Die Verbesserung der Lagerung, der Bau von Gewächshäusern oder die Herstellung von Konserven erfordert einen zusätzlichen Aufwand, für den die materiellen Mittel und die Arbeitskräfte zur Verfügung stehen müssen. Ein Kennziffernsystem, daß wie immer auf die absolute Produktenmasse – die Bruttoproduktion – bei ständiger Senkung der Selbstkosten drückt, wird nicht in die falsche Richtung wirken. Es kann genauso gut auf die Produktenmenge pro Beschäftigten orientiert werden. Der Plan, s. o., verteilt die Arbeitskräfte.

Jetzt wollte man es besser machen: *„Ein eindeutiges volkswirtschaftliches Effektivitätskriterium wurde auf der 11. Tagung des ZK der SED gegeben und begründet: Ausdruck der Effektivitätssteigerung ist der Zuwachs des real verfügbaren Nationaleinkommens . . . “*

Weil man von der Sowjetunion lernte, sah man *„die sozialistische Wirtschaft“* als *„eine geplante Wirtschaft von Warenproduzenten . . . die Ökonomie der Zeit wird über Wertkategorien durchgesetzt, deren Ausnutzung im Unterschied zum Kapitalismus auf die Einsparung von Zeit im gesellschaftlichen Maßstab gerichtet ist.“ „Die absolute Zunahme der Befriedigung gesellschaftlicher Erfordernisse und individueller Bedürfnisse hat in der Zunahme des Nationaleinkommens ihre materielle Basis. Die Orientierung der Partei . . . das Wachstum des Nationaleinkommens in den Mittelpunkt der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zu stellen, entspricht in vollem Umfang . . . “*

„Das Ziel der sozialistischen Wirtschaftspolitik besteht in der langfristigen stabilen Zunahme an verfügbaren Nationaleinkommen je Einwohner im arbeitsfähigem Alter.“

Wenn man damit die Zunahme an verteilbarem Gebrauchswert versteht, also das Nationaleinkommen zu vergleichbaren Preisen, denen des Jahres 1950 zum Beispiel, ist das völlig richtig und nichts dagegen zu sagen. Beeindruckend ist es schon, wenn Richter berichtet, von 1950–1960 stieg die Bruttoproduktion (das gesellschaftliches Gesamtprodukt, um in der Marxschen Terminologie zu bleiben) je Produktionsarbeiter auf 337 %.

Als Kennziffer, sagt Richter, stimuliert die Bruttoproduktion die materialintensive Produktion, denn *„der Zuwachs an produziertem Nationaleinkommen kann grundsätzlich auf zwei Wegen erfolgen, die in der Wirtschaftspraxis parallel verlaufen*:

1. *durch Erhöhung der Bruttoproduktion, auch wenn der Produktionsverbrauch dabei steigt. Doch muß die Steigerung der Bruttoproduktion absolut höher sein als die Zunahme des Produktionsverbrauchs.*
2. *Durch Verminderung des Produktionsverbrauchs.“*

Probleme gab’s genug: *„Bereits bei der Fragestellung, nach dem Verhältnis von der Entwicklung des Volumens des Nationaleinkommens und der Steigerung der Arbeitsproduktivität beginnen die Schwierigkeiten, weil seit mehr als 10 Jahren die Diskussion um die quantitative Bestimmung der Entwicklung der Arbeitsproduktivität geführt wird, ohne daß übereinstimmende Auffassungen erzielt wurden. Dabei geht es … um unterschiedliche Meinungen, ob die Einbeziehung der Veränderung des Verbrauchs an vergangener Arbeit (c) in die unmittelbare Größenbestimmung der Entwicklung der Arbeitsproduktivität theoretisch richtig ist … Erkenntnis der Klassiker: ‚Die Steigerung der Produktivität der Arbeit besteht eben darin, daß der Anteil der lebendigen Arbeit vermindert, der der vergangenen Arbeit vermehrt wird, aber so, daß die Gesamtsumme der in der Ware steckenden Arbeit abnimmt; daß also die lebendige Arbeit um mehr abnimmt, als die vergangene zunimmt.‘“*

(Mehr als zehn Jahre! – wir kommen immer wieder auf Chruschtschows Amtszeit zurück. Aber was er hier erklärt, ist genau sein Punkt 1 zur Steigerung des Nationaleinkommens – natural oder zu vergleichbaren Preisen – durch Steigerung der Arbeitsproduktivität.)

Richter erkennt den Sonderfall (seinen Punkt 2) und korrigiert vorsichtig die Klassiker: *„Das muß nicht immer so sein; Senkung der lebendigen Arbeit kann durchaus mit dem Gleichbleiben der vergangenen Arbeit und selbst mit deren Sinken verbunden sein.“*

„Was soll nun vorrangig eingespart werden, lebendige oder vergangene Arbeit? Wurde in der Vergangenheit – unterstützt durch falsche Auffassungen von der Arbeitsproduktivität – die Einsparung lebendiger Arbeit überbewertet, so vertritt man heute mitunter die Auffassung, daß bei einem geringen Anteil der Lohnkosten an den Selbstkosten die Kategorie lebendige Arbeit weniger interessant sei. Das ist ein Trugschluß. Immerhin macht der Anteil des Nettoprodukts, also des Ergebnisses der lebendigen Arbeit, nahezu die Hälfte des Gesamtprodukts aus.“ Erst hat er mit der falschen Auffassung von der Arbeitsproduktivität abgerechnet, dann muß er zugeben, daß die ökonomischen Hebel zu einem Trugschluß führen, bei dem geringen Lohnanteil! *„Volkswirtschaftlich gesehen ist die Verringerung des Aufwands an lebendiger Arbeit zugleich Verringerung des Aufwands an vergangener Arbeit für alle Folgestufen.“*

„Stoffliche Einsparungen an vergangener Arbeit haben eine vielfache Wirkung auf die Ökonomie der Zeit“, z. B. erhöhen sie bei gleicher Bruttoproduktion das Nationaleinkommen.

Hier darf man stutzen. Nach Marx ist: Nationaleinkommen $(v + m)$ = Bruttoproduktion $(c + v + m)$ − Produktionsverbrauch c.

Wenn c gesenkt wird, was passiert mit dem Nationaleinkommen? Gar nichts. v und m geht das nichts an. Dafür, weil c in ihr wertmäßig enthalten, sinkt bei sinkendem c wertmäßig die Bruttoproduktion.

Richter aber meinte das „produzierte Nationaleinkommen“, seine physische Entwicklung. Das physische Nationaleinkommen können aber nur mehr Produkte erhöhen. Man kann den Arbeitsaufwand pro Tonne Stahl senken, aber nicht die Tonne auf 900 kg. Wenn man den Arbeitsaufwand pro Tonne senkt, ist aber die Tonne Stahl weniger wert. Man kann den Stahlverbrauch pro PKW senken (ebenso wie die Arbeitszeit), dann kann man mit der gleichen Menge (und/oder in kürzerer Zeit) mehr PKW produzierten, von denen jeder einzelne allerdings weniger „wert“ ist.

Richter sieht selbst: *„Durch den Einfluß von zwei Faktoren, Preisänderungen und Mengenänderungen, geht die Eindeutigkeit der Aussage … verloren.* ***Noch weniger vermag eine wertmäßige Erfassung auszuzusagen, da bekanntlich die gleiche Menge gesellschaftlicher Arbeit unabhängig von der Zahl der sie verkörpernden Gebrauchswerte stets die gleiche Wertsumme ergibt, Produktivitätsveränderungen folglich nicht daraus ableitbar sind.*** *Außerdem ist die Ermittlung des Wertes gegenwärtig noch ein umstrittenes Problem der politischen Ökonomie.“*

Gut, die Welt ist wieder heil, er wußte es noch.

Mit dem Erreichen der Vollbeschäftigung geht die Wirtschaft zur intensiven erweiterten Reproduktion über, sagte man neuerdings. Oben wurde gezeigt, daß man in der später sogenannten Phase der extensiven Erweiterung der Produktion energisch industrialisierte, mechanisierte, automatisierte, alles, was später spezifisch für die intensive erweiterte Reproduktion empfunden wurde. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt stand seit Lenin hoch im Kurs, aber erst Chruschtschow nannte ihn unter sozialistischen Verhältnissen eine Revolution. Vermutlich hat er den Einfall aus dem Ausland mitgebracht. Der einzige Unterschied, wenn man objektiv ist, bleibt: Anfang der 60er Jahre war das gesellschaftlichen Arbeitsvermögens ausgeschöpft und Vollbeschäftigung erreicht.

Der Grundmittelbestand der DDR ist 1966 auf 42 000 Mark pro Beschäftigten, gestiegen, stellt Richter fest, und hat damit im Vergleich zu 1960 um 40 % zugenommen. Das leuchtet ein, das war zu erwarten. Das ist höchst erfreulich, sieht man doch daran, daß gut gearbeitet wurde, daß akkumuliert werden konnte, daß die Arbeitskraft mit mehr und hoffentlich besserer Technik ausgestattet wurde. So, dachte ich, steigert man die Arbeitsproduktivität. Richter sieht es nicht so einfach. Er weigert sich, intensive Reproduktion grundsätzlich mit steigender Fondsausstattung zu verbinden, da bestünde kein determinierter Zusammenhang, alles andere ist auch möglich.

Besser ist, durch höhere Auslastung der Anlagen die Fondsintensität (Grundmittelbestand/Produktionsvolumen) senken. Der Grundmittelbestand muß auch durch Aussonderung gesenkt werden. Warum behalten die Leute allen alten Schrott? – Warum soll man verschrotten, was noch taugt? Damit man die Kennziffern erfüllt?

Das Nationaleinkommen ist 1966 im Verhältnis zu 1950 um das 3,3fache gestiegen (nehmen wir an: zu vergleichbaren Preisen). Die Zahl der Arbeitsstunden etwa ist gleich geblieben. Das zeigt eine wesentlich höhere Produktivität und spricht für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, sagt Richter.

Es folgt über die Formel Summe der Preise gleich Summe der Werte eine Beschreibung der Verhältnisse der 60er Jahre in der DDR: *„Aber auch die Bewertung zu effektiven Preisen spiegelt die Wertbewegung als Verringerung des Aufwands an gesellschaftlich notwendiger Arbeit je Gebrauchswert nicht wider. Ein bestimmtes Quantum an Arbeit ergibt in denselben Zeiträumen dieselbe Wertgröße. Die effektiven Preise zeigen diese Wertbewegung nicht. Sie brauchen das auch nicht. Für ihre Funktion genügt es, wenn sie in ihrem Verhältnis zueinander die unterschiedliche Dynamik der Arbeitsproduktivität bei der Herstellung der verschiedenen Waren zum Ausdruck bringen, sich also im Verhältnis untereinander auch den veränderten Wertrelationen anpassen, ohne daß das Preisniveau insgesamt die gleiche Senkung erfährt wie das Wertniveau.*

Diese Erscheinung wird oftmals als ein ‚Hinterherhinken' der Preise hinter den Werten bezeichnet und interpretiert. Eine solche Auffassung schließt jedoch ein, daß die Summe der Preise über der Summe der Werte liegen muß, und das schon über Jahrzehnte mit ständig steigender Differenz! Das ist mit der Arbeitswerttheorie unvereinbar. Man landet bei der vulgärökonomischen Theorie des generellen Preisaufschlags, der durch kein Wertäquivalent gedeckt ist. Was dieser Entwicklung wirklich zugrunde liegt, ist eine Veränderung des Geldausdrucks je Werteinheit, je Einheit gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Wenn der Geldausdruck des Werts je Gebrauchswert langsamer sinkt als der Wert, vielleicht sogar gleich bleibt oder steigt mit steigender Arbeitsproduktivität, ***so nimmt zwangsläufig die Arbeitshaltigkeit einer Geldeinheit ab****. Die gleiche Menge Geld verkörpert ein geringeres Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Da gleichzeitig die Arbeitshaltigkeit der Gebrauchswerteinheit abnimmt, kann bei gleichbleibenden Preisniveau für die gleiche Menge Geld die gleiche Menge an Gebrauchswerten erworben werden.* ***Die Kaufkraft des Geldes als Maß ihrer Umsetzbarkeit in Gebrauchswerte bleibt voll erhalten, obwohl die einzelne Geldeinheit einen geringeren Wert verkörpert.“*** Der Wert des Geldes also sinkt. Aber mit der Kaufkraft des Geldes rechnen die Bürger auch …

Richter erwähnt das „Hinterherhinken“ der Preise. Das genau ist es, was seinen Punkt 2 der Steigerung des Nationaleinkommens (nach dem Wert, nicht natural) möglich macht.

Planpreise müssen „hinterherhinken“, weil sie, selbst wenn straff kalkuliert, im voraus für die Planperiode festgelegt, vom Markt nicht reguliert und erst in der nächsten Planperiode dem Wert angepaßt werden. Welche Größenordnung diese Abweichung annimmt, hängt von der Güte der Planung ab.

Wie funktioniert es? Wir erinnern uns an Strumilin: Man gibt die geplante Selbstkostensenkung vor und einen geringen Plangewinn zur Stimulierung und bewertet die Betriebe neben der Erfüllung des Produktionsvolumens nach der Selbstkostensenkung, die, wenn sie den Plan übersteigt, den Plangewinn steigert.

Die geplanten Selbstkosten stellen den gesellschaftlich notwendigen Aufwand dar, sind also in erster Näherung wertgerecht. Eine Senkung der Selbstkosten über den Plan ist ein zusätzlicher Gewinn, ein „Extraprofit“. Unter kapitalistischen Verhältnissen würde

die Wertveränderung über den Marktpreis angeglichen, wenn sie allgemein wird. Und allgemein wurde die Wertveränderung, wegen des sozialistischen Wettbewerbs, wegen der richtig angewandten Kennziffern.

Der Extragewinn dient dazu, an anderer Stelle Verluste – also unplanmäßige Erhöhung der Selbstkosten – oder das Nichterreichen der geplanten Selbstkostensenkung auszugleichen. Wird er dafür nicht verbraucht, sinken nicht etwa sofort die Preise, sondern der Staat akkumuliert zusätzlich, z. B. über Reservenbildung. Aus dem eingesparten Material kann man zusätzliche Produkte herstellen, wenn man die dazu benötigten Arbeitskräfte aus dem zusätzlich eingesparten Arbeitszeitfonds einsetzt. Die Planpreise der Periode werden davon nicht berührt, obwohl die Werte der von überplanmäßigen Einsparungen betroffenen Waren sinken. In der nächsten Periode kann man die Preise angleichen, wieder mit dem Wert in Übereinstimmung bringen.

Die Planpreise schwanken also um den Wert und das bevorzugt in der Richtung, daß sie ihn überschreiten. Weil die ökonomischen Hebel wirken, muß man immer wieder die Neigung der Betriebe bekämpfen, ihre Reserven nicht auf den Tisch zu legen, denn nur überplanmäßige Selbstkostensenkung kann einen Überplangewinn schaffen.

Um die Stimulierungsfunktion der Kennziffern Selbstkostensenkung und Plangewinn zu nutzen, wurde auf „absolute Werttreue“ verzichtet, die ja sowieso nicht zu haben ist. Außerdem mußten die Preise stets eine Umverteilungsfunktion erfüllen, eine Abweichung der einzelnen Preise vom Wert ist also unabdingbar.

Nun wird dieser nur der Planwirtschaft eigene Effekt zum Prinzip. Und, man glaubt es nicht, auf dieser Grundlage kann man weiter denken:

„Drei Problemkreise scheinen für das Funktionieren des sozialistischen Preissystems von besonderer Bedeutung:

- *Wie soll generell die Entwicklung des Preisniveaus erfolgen?*
- *Welcher Preistyp wird zugrunde gelegt?*
- *Wer legt den konkreten Preis für einen Tauschakt fest?“*

Die Preistypen hat man in der Sowjetunion schon ausgiebig diskutiert. Die Systematik aber ist neu:

1. **Die Preise sinken im gleichen Ausmaß wie die Werte**
   Das Nationaleinkommen kann in diesem Fall nur steigen, wenn in der materiellen Produktion mehr gesellschaftlich notwendige Arbeit verausgabt wird.
   Alle Teile der Bevölkerung haben bei unverändertem Nominaleinkommen gleichen Anteil an der Steigerung des Lebensniveaus, der Reallohn steigt im gleichen Maß wie die Arbeitsproduktivität.
   Das ist noch ganz nach Marx und eigentlich ist nichts dagegen einzuwenden. Wir haben aber oben gesehen, daß das auch unter „stalinistischen“ Verhältnissen nicht gemacht wurde. Abgesehen vom Plangewinn wurde dort kräftig über die Löhne stimuliert. Richter sieht noch andere Nachteile: die finanziellen Mittel für die einfache Reproduktion verringern sich, weil der Bruttozeitwert der Anlagen sinkt. Das ist ein Trugschluß, bei sinkenden Preisen entsprechend den Werten sinkt ja in gleichem Maß der Wiederbeschaffungswert, das ist also ein Null-Summen-Spiel.
   Zweitens ist die Zunahme der Geldmittel für die gesellschaftliche Konsumtion und Akkumulation nur über nominelle Einkommenssenkungen möglich. Das ist logisch,

nur kann man dann auch für das Geld der gesellschaftlichen Fonds mehr kaufen. Drittens erhöhen sich die Gewinne nicht, auch wenn Produktion steigt, da die Beschäftigtenzahl gleich bleibt. – Die Gewinne werden prozentual sogar sinken, wenn die organische Zusammensetzung der Fonds, und damit der Nationalreichtum, steigt.

2. **Die Preise sinken langsamer als die Werte** (Das scheint mir immer der Normalfall zu sein, schon weil sich der Wert so schwer fassen läßt und damit Variante 1 ein unerreichbarer Idealfall bleibt)
   Die Möglichkeiten der aktiven Wirtschaftspolitik in diesem Fall wesentlich größer, was zu Stalins und zu Ulbrichts Zeiten genutzt wurde, es sind gezielte Preissenkungen in Übereinstimmung mit der Wertsenkung und unter Berücksichtigung der Deckung des Bedarf durchführbar. Die Stimulierungsfunktion des Lohnes bleibt erhalten. Zu bedenken gibt Richter allerdings zwei Sachen:
   „Auf das Nationaleinkommen in effektiven Preisen wirken in erster Linie Preisänderungen der Konsumgüter. Im Produktionsmittelbereich findet ein weitgehender Ausgleich statt, da sich mit den Preisänderungen auch der Produktionsverbrauch ändert.“
   „Bei der Festlegung der generellen Tendenz der Konsumgüterpreisentwicklung ist auch zu beachten, daß die Milliardenbeträge an Spareinlagen, die durch die jährliche Verzinsung erheblich wachsen, mit jeder Preissenkung an Kaufkraft gewinnen.“
3. **Die Preise bleiben bei sinkenden Werten gleich**
   Bei steigender Arbeitsproduktivität entwickelt sich die gesellschaftlich notwendige Arbeitsmenge pro Geldeinheit umgekehrt proportional. Steigt die Arbeitsproduktivität auf 200 % – ist das Geld nur noch die Hälfte wert! Aber warum ist das ein Grund zum Erschrecken? *„Das ist jedoch von untergeordneter Bedeutung gegenüber der Tatsache, daß mit der gleichen Geldmenge die gleiche Menge an Waren erworben werden kann und jede geldliche Erhöhung des Einkommens den Bereich der erworbenen Waren über das bisherige Quantum hinaus vergrößert“*
   „Steigerungen der Arbeitsproduktivität in vorgelagerten Bereichen werden in der Regel nicht kostenwirksam, weil für den Verbraucher nicht preiswirksam. Unterschiedliche Produktivitätsentwicklungen in den Bereichen und Zweigen sind durch Korrekturen der Preise nach oben und unten auszugleichen, soweit nicht andere wirtschaftspolitische Gesichtspunkte dem im Wege stehen. Auch historisch bedingte Disproportionen in der Preisstruktur können allmählich überwunden werden.
   Die mit der Veränderung des Preisniveaus notwendige Umbewertung … der produktiven Fonds entfallen, ohne daß die Wertproportionalität gestört wird. Für Weiterentwicklungen, die über die ständige technische Vervollkommnung hinausgehen, besteht durch das Prinzip der Nutzensteilung ein materieller Anreiz“
   Man kann sich regelmäßige Lohnerhöhungen leisten, auch für Bezieher fester Einkommen. Die Erhöhung des Einkommens erfolgt unter dieser Voraussetzung nur noch über den Weg der Lohnerhöhung, nicht mehr über Preissenkungen!
4. **Die Preise steigen trotz sinkender Werte**
   Der Spielraum für Erhöhung der Einkünfte wächst weiter, Disproportionen in der Einkommensstruktur wären leichter zu überwinden. Damit ist eine materielle Sti-

mulierung in größerem Umfang möglich.
Die Steigerung des nominellen Einkommens sollte Preiserhöhungen überkompensieren, der Reallohn und der Lebensstandard sollen steigen Aber die Sache ist ideologisch nachteilig, denn die Schichten mit festen Einnahmen erfahren ja nur in Abständen Lohnerhöhungen, müssen zwischendurch mit sinkendem Lebensstandard leben. Außerdem sind regelmäßige Fondsumbewertung notwendig, sonst reicht es für die einfache Reproduktion nicht.

– Richter stimmt für Nr. 3., die Preise sollen trotz sinkendem Wert infolge der Steigerung der Arbeitsproduktivität gleich bleiben. Wir kommen noch darauf zurück.

Aber erst einmal die neue Führungsgröße: das real verfügbare Nationaleinkommen. *„Da der Preis Geldausdruck des Wertes ist, der Gewinn sich als Differenz zwischen Preis und Selbstkosten ergibt, muß zur Untersuchung der Rolle und Aussage des Gewinns als betriebliche Leistungskennziffer zunächst davon ausgegangen werden, wie die Steigerung der Arbeitsproduktivität sich auf Wert und Selbstkosten und damit auf den Gewinn auswirken.“*

„Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten sind zwei Seiten der gleichen Aufgabe, der Einsparung an gesellschaftlichen Arbeitsaufwand. In der Regel muß die Einsparung an Arbeit mit der Senkung der Selbstkosten einhergehen.“ Allerdings: *„Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Arbeitsproduktivität auf Zeitgrößen aufbaut, während den Selbstkosten Geldgrößen zugrunde liegen.*

Selbst wenn man für die theoretischen Untersuchungen zunächst davon ausgeht, daß die Geldgrößen sich proportional zu den Zeitgrößen verändern, entspricht die Senkung der Selbstkosten nicht voll der Senkung des Zeitaufwands bzw. der Senkung des Wertes, weil die Aufwendungen für die lebendige Arbeit nur mit dem Produkt für sich in den Selbstkosten erscheinen, im Unterschied zu den Kosten für vergegenständlichte Arbeit ... Bedenkt man ferner, daß die Selbstkosten außerdem von Preisänderungen beim Bezug von vergangener Arbeit beeinflußt werden und auch Veränderungen in der Verteilung des Produkts für sich und des Produkts für die Gesellschaft durch Lohnbewegungen widerspiegeln ...“

Hier sei an Mstislawski erinnert: mittels Preismaßstab B wird fast das gesamte Nationaleinkommen als Lohn ausgezahlt. Bei dieser Rechnung ist dann wieder die Relation hergestellt!

Bildet man die Preise anders, dann tritt folgendes ein: *„Im Fall der Steigerung der Arbeitsproduktivität allein durch Einsparung an lebendiger Arbeit sinkt der Wert schneller als die Selbstkosten, auch dann, wenn sich der Lohn je Erzeugnis proportional zur Einsparung an lebendiger Arbeit verringert, der Arbeiter also nicht, entgegen der Praxis, mit zunehmender Arbeitsproduktivität durch höheren Lohn beteiligt ist, so daß in der Regel die Senkung der Selbstkosten sich noch etwas verringert.“*

Neu ist das nicht. Marx schreibt im „Kapital“, I, S. 414: *„Ausschließlich als Mittel zur Verwohlfeilerung des Produkts betrachtet, ist die Grenze für den Gebrauch der Maschinerie darin gegeben, daß ihre eigene Produktion weniger Arbeit kostet, als ihre Anwendung Arbeit ersetzt. Für das Kapital jedoch drückt sich diese Grenze enger aus. Da es nicht die angewandte Arbeit zahlt, sondern den Wert der angewandten Arbeitskraft, wird ihm der Maschinengebrauch begrenzt durch die Differenz zwischen dem Maschinenwert und*

Tabelle 8.4

Steigerung von 1950–1966 (1950 = 100)	
Bruttoproduktivität	352
Gesellschaftl. Gesamtprodukt zu vergleichb. Preisen	347
Nettoproduktivität	334
Nationaleinkommen	330
Nominelles Einkommen	208*
Realeinkommen	349

(* Anstieg von 311 auf 646 Mark/Monat)

dem Wert der von ihr ersetzten Arbeitskraft."

Das Seminar des ZK der SED im September 1967 schätzte ein, *„daß das System ökonomischer Hebel, soweit man schon davon sprechen kann, manche Weiche falsch stellt."* Z. B.: Zunehmende Kooperation und Spezialisierung der Volkswirtschaft steigert die Bruttoproduktion durch „Mehrfachzählungen", das ist keine Zunahme der Produktivität, denn über Produktionsverbrauch wird es wieder abgezogen, ökonomisch heißt das, die Selbstkosten der Betriebe steigen. Sinnvolle Kooperation und Spezialisierung sollen aber echt die Arbeitsproduktivität erhöhen. *„Eine positive wirtschaftliche Entwicklung erfährt eine negative kostenmäßige Widerspiegelung, so daß sich für die Betriebe kein besonderer Anreiz für solche Veränderungen ergibt."* Eigenbau ist vielfach günstiger, weil da nur der Lohn in den Selbstkosten enthalten ist, bei Kaufteilen aber zahlt man über den Preis das Mehrprodukt.

Soweit die Theorie. Richter teilt noch ein paar historische Daten mit (Tabelle 8.4): *„Die Berechnungen ... zeigen, daß die Löhne der Berufstätigen in den materiellen Bereichen etwa halb so schnell gewachsen sind wie die Arbeitsproduktivität. Gleichzeitig ist durch die Senkung der Verbraucherpreise in diesem Zeitraum das Realeinkommen je Berufstätigen etwa im gleichen Umfang gestiegen wie das von ihm produzierte physische Nettoprodukt. Die Kaufkraft der Mark hat sich – betrachtet für den Bevölkerungsbedarf – nahezu verdoppelt, ist jedoch seit 1960 nahezu unverändert."*

Die Verteilung des Nationaleinkommens in Lohn und „Produkt für die Gesellschaft" – für gesellschaftliche Konsumtion und Akkumulation war also nahezu gleich geblieben. Richter findet das bedenklich. Es darf nicht mehr als die Hälfte der Steigerung der Arbeitsproduktivität über Einkommenserhöhungen weitergegeben werden, denn der Anteil der staatlichen Einnahmen muß sich vergrößern. Da hat er recht. Die gesamtgesellschaftliche Konsumtion soll gegenüber der privaten steigen. Die Verwendung des Reineinkommens über den Akkumulationsbedarf im Staatshaushalt ist aber eine Klassenfrage. Der Konsum der Arbeiterklasse ist vorrangig zu entwickeln, wobei es hier nicht nur um materielle Werte geht, sondern z. B. auch um Bildung, um die Länge des Arbeitstages, um die Teilnahme des Einzelnen an der Macht.

Um 1960 war man auf Weisung aus Moskau gezwungen, „das Preissystem in Ordnung zu bringen", wenn man im RGW weiter mitmachen wollte. Wilde Experimente wie unter

Chruschtschow blieben der DDR-Wirtschaft erspart. Immerhin kann Richter noch so tun, als hätte man die Wahl zwischen den 4 Methoden der Entwicklung der Preise. Immer noch war es möglich, die Verbraucherpreise zu senken. Die letzte größere Preissenkung erfolgte in der DDR 1971.

Der Lohnanteil aber an den Selbstkosten ist schon so gesunken, daß die ökonomischen Hebel ab und zu „in die falsche Richtung zeigen". Alles, was hier gesagt wurde, deutet darauf hin, daß eine moderate Abart des Produktionspreises existierte, der geplante Gewinn lag unterhalb der Profitrate. Im vorigen Kapitel wurde das an der 10%-Rechnung verdeutlicht. Noch einmal zur Erinnerung:

Zum Vergleich – Wertschema:

1400_c	+	350_v	+	250_m	=	2000	Gewinn:	14,3 %
450_c	+	150_v	+	100_m	=	700		16,7 %
1850_c	+	500_v	+	350_m	=	2700		14,9 %

„stalinistische" Preismodifikation, Lohn und Konsumgüterpreise um 50 % erhöht:

1400_c	+	525_v	+	75_m	=	2000	Gewinn:	3,9 %
450_c	+	225_v	+	375_m	=	1050		55,6 %
1850_c	+	750_v	+	450_m	=	3050		17,3 %

Setzt man eine Gewinnrate von 10 % fest, stellt sich folgendes Gleichgewicht ein: Produktion:

$1757,6076_c$	+	525_v	+	$228,2608_m$	=	2510,8684
$564,9453_c$	+	225_v	+	$78,9945_m$	=	868,9398
$2322,5529_c$	+	750_v	+	$307,2552_m$	=	3379,8082

und Umsatz, weil der Konsumgüterfonds im Verhältnis zum Lohn zu niedrig bewertet ist, dessen Wert muß weiter bei 1050 liegen:

$1757,6076_c$	+	525_v	+	$228,2608_m$	=	2510,8684
$564,9453_c$	+	225_v	+	$260,0546_m$	=	1050
$2322,5529_c$	+	750_v	+	$488,3154_m$	=	3560,8684

Hier ist also noch Spielraum für die altgewohnte Umsatzsteuer, wie immer man die auch nennt. Die Produktionsmittelpreise sind gestiegen, aber nicht so stark wie beim „richtigen" Produktionspreis. Es ergibt sich nach der Umsatzrechnung ein gesamtgesellschaftlicher Gewinn von 15,89 %. Praktisch existieren hier zwei Preismaßstäbe, was Richter indirekt bestätigt, wenn er schreibt, daß *„die Kaufkraft der Mark ... – betrachtet für den Bevölkerungsbedarf"* nahezu gleich geblieben ist.

Dann trat Ulbricht ab und unter Honecker wurde auf dem VIII. Parteitag erst einmal die Linie geändert. Honecker stellte fest, wie Chruschtschow zu seinen Anfangszeiten, daß die Konsumtion der Bevölkerung unter den Wünschen und Möglichkeiten liege. Die Folge – Beschlüsse über „sozialpolitische Maßnahmen", verstärkte Investitionen in die Abteilung II, Senkung der Akkumulationsrate. Für die Bevölkerung: leistungsabhängige Lohnpolitik bei stabilen Einzelhandelspreisen. Eine Reallohnerhöhung über Preissenkungen kam nicht mehr in Betracht, die letzte, wie gesagt, fand 1971 statt.

Völlig überraschend wurde das Geld knapp und 1976 kam man auf Richters Vorschlag, die Preise nicht entsprechend dem Wert zu senken, auch für die Industriepreise zurück. (Beschluß über die Bildung der Industriepreise zur Durchführung des Beschlusses zur Leistungsbewertung der Betriebe und Kombinate, Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 24/1976, S. 318 – Festschreibung der Industriepreise auf 5 Jahre)

Hans Luft rechnet in „Plan- und Warenproduktion“, Verlag die Wirtschaft 1980, optimistisch vor, wie das funktionieren soll. Ausgangslage: in Naturalform werden 10 Einheiten hergestellt.

$150_c + 50_v + 50_m = 250$, Wert pro Stück = 25 (Selbstkosten 20 + 5 Gewinn) = Preis

Nach (fondsneutraler) Steigerung der Arbeitsproduktivität verdoppelt sich die Produktion auf 20 Einheiten:

$300_c + 50_v + 50_m = 400$, Wert pro Stück = 20 (Selbstkosten 17,5 + 2,5 Gewinn) = Wert

Behält man den alten Preis von 25 bei, dann erzielt man insgesamt nicht 400 sondern 500!

Und so steigert man das Nationaleinkommen: nach Wert: $400 - 300 = 100$, nach neuen Preisen: $500 - 300 = 200$ = Verdoppelung!

Und es müßte lediglich *„die umlaufende Summe Geldes um einen Betrag erhöht werden, der der Nichtreduktion der Preise auf die Wertsenkung jener Produkte entspricht, bei deren Herstellung die Arbeitsproduktivität gesteigert wurde.“*

So einfach ist es, Geld zu machen. Und so geht es natürlich nicht. Die „fondsneutrale“ Steigerung der Arbeitsproduktivität ist blanker Unsinn. Es sei denn, man erhöht die Arbeits**intensität** auf das Doppelte. Die Arbeitsproduktivität kann man nur steigern, indem man mechanisiert, elektrifiziert, automatisiert, computerisiert.

Die Rechnung ist auch danach – fernab der Realität. Überhaupt ist das Beispiel ein betriebswirtschaftliches. Man kann gesamtgesellschaftlich nicht einfach die Produktion verdoppeln. Ein Zuwachs ist nur möglich im Rahmen der Akkumulation. Auch wenn es Materialien sind, es ist zusätzlicher Bedarf.

Aber wir rechnen nach: Betrug der Gewinnaufschlag im Ausgangszustand 25 %, so steigt er nun auf 42,8 %. In der DDR wurde ja gar nicht mit dem Mehrwert m oder einer Mehrwertrate von 100 % gerechnet. Der Gewinnaufschlag erfolgte proportional zu den Selbstkosten:

Ausgangslage: $150_c + 50_v + (150_c + 50_v) \times 25\,\% = 250$ bzw. nach Steigerung der Arbeitsproduktivität bei gleicher Preisbildungsvorschrift: $300_c + 50_v + (300_c + 50_v) \times 25\,\% = 437,5$, was schon deutlich über den 400 der Wertrechnung liegt. Der Grund liegt in der organischen Zusammensetzung des Kapitals.

Der Gewinnaufschlag muß auf 42,8 % steigen, um annähernd auf 500 zu kommen, womit das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate kühn umgekehrt wird. Gibt man die Arbeitsproduktivitätssteigerung teilweise an den Lohnfonds weiter, ergibt sich z. B.

$300_c + 75_v + (300_c + 75_v) \times 25\,\% = 468,75$ bzw. bei Beibehaltung des Preises

$300_c + 75_v + (300_c + 75_v) \times 33,33\,\% = 500$.

Es gibt keinen Grund, bei Materialkosteneinsparung anders zu verfahren.

Wenn man rechnet: Nationaleinkommen = Bruttoproduktion − Produktionsverbrauch, ist das nur logisch, denn Materialkosten sind Bestandteil des Produktionsverbrauches.

Wenn der Produktionsverbrauch c um ein Drittel gesenkt wird (es bleibt bei 10 Einheiten), sieht es so aus:

$100_c + 50_v + 50_m = 200$

Das Nationaleinkommen $v + m$ beträgt unverändert 100. Rechnet man aber nach der alten Preisbildungsvorschrift: $100_c + 50_v + (100_c + 50_v) \times 25\,\% = 187,5$. Da würde das Nationaleinkommen sogar sinken. Nach Regelung der Preiskonstanz:

$100_c + 50_v + (100_c + 50_v) \times 66,66\,\% = 250$, das Nationaleinkommen: $250 - 100_c = 150$ wächst um 50 %.

Plus Lohnsteigerung von 12,5: $100_c + 62,5_v + (100_c + 62,5_v) \times 53,8\,\% = 250$.

Je nachdem, wie man zwischen Lohn und Staatshaushalt umverteilen will, hat man Möglichkeiten zur Lohnsteigerung. Jetzt spaßeshalber beide Varianten kombiniert (20 Einheiten):

$200_c + 50_v + 50_m = 300$

$200_c + 87,5_v + (200_c + 87,5_v) \times 74\,\% = 500$.

Das Nationaleinkommen beträgt $500 - 200 = 300$, während es in der Ausgangslage nur 100 betrug und nach Wertrechnung auch bei 100 bleibt. Die Löhne sind gestiegen (im Rechenbeispiel nicht um 50 % der Erhöhung des Nationaleinkommens, sondern nur um $37,5/200 = 18,75\,\%$), die Produktion hat sich (natural) verdoppelt, die Preise sind konstant. Na also.

Nutzt man den Spielraum aus und gibt die Hälfte des Zuwachses an Nationaleinkommen an den Lohn weiter, so ergibt sich: $200_c + 150_v + (200_c + 150_v) \times 46,586\,\% = 500$. Vorsicht ist geboten, wenn man nicht gerade Schuhe oder Seife produziert, sondern zum Beispiel Kugellager. Was soll man dann für den Lohn kaufen? Wir verstehen jetzt den Schrei nach hochwertigen Konsumgütern. Das naturale Nationaleinkommen besteht bekanntlich aus dem Konsumtionsfonds und den Produktionsmitteln des Akkumulationsfonds.

Unter kapitalistischen Bedingungen zwingt die Konkurrenz dazu, so billig wie möglich zu verkaufen. Ein beliebiger Preiszuschlag ist nicht möglich, denn der kann am Markt nicht realisiert werden. Und wenn sich alle Kapitalisten gegenseitig mehr anrechnen, so stellt sich hinter ihrem Rücken doch die richtige Durchschnittsprofitrate als ökonomisches Gesetz wieder ein, zum Preis der Inflation, die umso höher ist, je größer der nichtgedeckte Aufschlag ist. So Marx.

Im Sozialismus aber werden die Planpreise gezahlt, in jedem Fall. Nur der Plan kann zur Preissenkung zwingen. Und das tut er nun mit der neuen Preispolitik nicht mehr. Richter (s. o.) hat festgestellt, die Arbeitshaltigkeit der Währung sinkt, aber die Kaufkraft bleibt erhalten: ***„Man landet bei der vulgärökonomischen Theorie des generellen Preisaufschlags, der durch kein Wertäquivalent gedeckt ist.*** *Was dieser Entwicklung wirklich zugrunde liegt, ist eine Veränderung des Geldausdrucks je Werteinheit, je Einheit gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Wenn der Geldausdruck des Werts je Gebrauchswert langsamer sinkt als der Wert, vielleicht sogar gleich bleibt oder steigt mit steigender Arbeitsproduktivität, so nimmt zwangsläufig die Arbeitshaltigkeit einer Geldeinheit ab. Die gleiche Menge Geld verkörpert ein geringeres Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Da gleichzeitig die Arbeitshaltigkeit der Gebrauchswerteinheit abnimmt, kann bei gleichbleibenden Preisniveau für die gleiche Menge Geld die gleiche*

Menge an Gebrauchswerten erworben werden.“

Die Einkommen müssen nach wie vor mit dem Produktionsumfang der Abteilung II abgestimmt werden. Unterschiedliche Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität führen entweder zu für alle Waren unterschiedlichen Gewinnzuschläge oder es muß über den Staatshaushalt umverteilt werden, um eine durchschnittliche Gewinnrate zu haben.

Der Trend geht zu höheren Gewinnen, denn das wird stimuliert. Mit höheren Gewinnen wird aber zwangsläufig die „Arbeitshaltigkeit der Währung“ weiter sinken (s. voriges Kapitel).

Wie senkt man der Grundmaterialverbrauch je 100 Mark Warenproduktion, wurde ernsthaft gefragt. Nach Marx müßte man denken, je mehr konkrete Arbeit auf das Material aufgewendet wird. Die scheinsozialistische Antwort lautet aber: Je höher der Preis ist!

Die ökonomischen Hebel, also der Preis und andere diverse Kennziffern sollten die „Produktion stimulieren“. Aber Gerechtigkeit muß sein. Auf dem 12. ZK-Plenum der SED im Mai 1980 liefert Gerhard Schürer, Vorsitzender der staatlichen Plankommission, einen Diskussionsbeitrag „Wachstum von Leistung und Effektivität wird stimuliert“:

„Es wurde das Problem aufgeworfen, daß Arbeiter eines Betriebes Schmiedestücke von geringerem Gewicht produzieren, daß sie also für die gleiche Funktion einen höheren Gebrauchswert schaffen, ihnen aber dann durch die Einsparung von Material die Tonnen an der Erfüllung des Planes der Warenproduktion fehlen und sie so benachteiligt wurden. Das gleiche betrifft das Walzen in Minustoleranzen in der Metallurgie.“

Nun ist aber bedingungslos der Grundsatz anzuwenden, *„was für die Volkswirtschaft von Nutzen ist, das muß auch für die Kombinate und Betriebe vorteilhaft sein.“* Schürer bietet die Lösung: *„In der letzten Zeit sind Maßnahmen vom Amt für Preise in Kraft getreten, nach denen bei dünnwandigen Guß – wie auch beim Walzen im Minustoleranzbereich in der Metallurgie – Preiszuschläge genommen werden können, die dann sogar die Chance bieten, die Warenproduktion mit weniger Material nicht nur zu erfüllen, sondern überzuerfüllen.“*

Wenn man den Plan sogar übererfüllen kann, dann bleiben die Preise aber nicht konstant, dann steigen sie. Das ist kein Irrtum, denn Schürer bekräftigt: *„Die Nettoproduktion stellt den neugeschaffenen Wert dar. Die Schmiedekumpel schaffen also durch die Materialeinsparung in der gleichen Zeit einen größeren neuen Wert.“*

Das Beispiel, Materialeinsparung bei gleichem Arbeitszeitaufwand, hatten wir oben schon. Die Schmiedekumpel schaffen selbstverständlich in der gleichen Zeit nur den gleichen neuen Wert. Und weil sie Material einsparten, die Schmiedestücke folglich einen geringeren Anteil c enthalten, sinkt der Wert pro Schmiedestück.

Wo kommt jetzt auch noch der größere Wert her? Aus der Stimulierungsfunktion. Damit sich etwas bewegt, muß man zahlen. Ohne ökonomische Hebel keine Bewegung. Die Mehrheit fällt nicht so rein wie die Schmiedekumpel, die haben gelernt, vorher zu fragen, „was uns das bringt“. Preissenkungen, die den wirtschaftlichen Aufschwung spürbar machen, gibt es nicht mehr und jeder muß sich um seine Lohnsteigerung kümmern. „Materialeinsparung nützt der Gesellschaft, muß also auch dem einzelnen Nutzen bringen“.

Durch diese Hintertür schleicht sich Richters 4. Variante der Preisbewegung ein. Man macht den Gebrauchswert preisfähig, indem man den „Anwendernutzen“ berücksichtigt,

stimuliert neue Erzeugnisse mit Preiszuschlägen für ein paar Jahre, setzt auf Extragewinn, wobei man vergißt, daß unter kapitalistischen Verhältnissen jeder Extragewinn des einen mit dem Verlust eines anderen erkauft wird, das ist eben Konkurrenz.

Der X. Parteitag der SED beschloß: *„Preiszuschläge sollen das Interesse der Produzenten an Erzeugnissen mit geringem Materialaufwand und hohem Veredlungsgrad stimulieren.“* Verzichten wir auf kuriose Beispiele wie die Preiswirksamkeit des gesunkenen Lärmpegels einer Werkzeugmaschine ...

Variante 4 hatte aber in der DDR ein großes Hindernis – das Versprechen, die Verbraucherpreise stabil zu halten. Dies wurde zwar abgemildert mit der Einschränkung „die Verbraucherpreise der Waren des Grundbedarfs“, schaffte aber immerhin so etwas wie verschiedene Preisniveaus und Subventionen. Man kann auch sagen: zwei Preisniveaus, zwei Preismaßstäbe. Waren unter Stalinschen Bedingungen die Produktionsmittel „zu billig“, so klagt man jetzt über niedrige Konsumgüterpreise und rechnet den Leuten vor, was man alles tut, um das Preisniveau konstant zu halten.

Die Alternative ist scheinbar wieder nur der „richtige“ Produktionspreis. Aber der wäre unsozial. Die Reformer zu Wendezeiten werfen dann den Sozialisten eine unbewegliche Wirtschaftspolitik vor, reines Administrieren!

Es lief in allen RGW-Staaten entsprechend, mehr oder minder gedämpft durch konsequente Planungsmaßnahmen und Beschneiden allzu großen Freiheitsdranges der wirtschaftlich relativ selbständigen Betriebe. Auch in der Sowjetunion wurde in Zeiten von Glasnost beklagt, die Verbraucherpreise hätten drei Niveaus: altüberkommene stalinistische Preise weit unter dem Wert, die Preise der Stagnationszeit, und die modernen Preise für hochwertigen Produkte, die etwas überhöht seien. Variante 2, 3 und 4 nach Richter. Was will man erwarten, es war ein eng verbundenes sozialistisches Wirtschaftssystem.

8.4 Das Entwicklungstempo

Mit Chruschtschow, in der DDR später mit Honecker, wurde die Konsumtion merklich erhöht und damit die Akkumulationsrate gesenkt. Das Nationaleinkommen kann auch nur einmal verbraucht werden.

Darf man das? Darf man das Tempo verlangsamen, fragt Stalin 1931 (Über die Aufgaben der Wirtschaftler) und antwortet: *„Das Tempo verlangsamen, das bedeutet zurückbleiben, und die Rückständigen werden geschlagen. Wir aber wollen nicht die Geschlagenen sein.“* Dies wiederholt übrigens Wosnessenski in seiner Begründung des Nachkriegsfünfjahrplans. So lange man noch nicht geschlagen war, wurde über das Tempo diskutiert.

In der Direktive des VIII. Parteitags wurde erklärt: *„Intensivierung der Produktion heißt – einfach gesagt – die Erzeugung zu steigern, indem wir die vorhandenen Produktionsanlagen und Gebäude besser nutzen und modernisieren, indem wir mit der gleichen Zahl von Arbeitskräften mehr produzieren.“* Das, hoffte man, würde die gesunkene Akkumulationsrate ausgleichen.

Eine Begründung liefert Glesermann 1972 (Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1972): *„Die perspektivischen Interessen der sozialistischen Gesellschaft sind im vorrangigen Wachstum der Produktion von Produktionsmitteln verkörpert, von denen*

die Zukunft der Gesellschaft abhängt. Aber eine allseitige hypertrophierte Vergrößerung des Akkumulationsfonds und eine ungerechtfertigte Einschränkung der Bedürfnisse der Bevölkerung können dem Sozialismus ernsthaft schaden. Sie führen in letzter Instanz zu einem verlangsamten Wachstum der Produktion, da sie die Interessiertheit der Massen mindern und eine Quelle sozialer Spannungen schaffen.“

Da können die Stalinisten mit ihrem hypertroph vergrößertem Akkumulationsfonds aber erleichtert aufatmen, daß sie rechtzeitig abgelöst wurden, **bevor** das verlangsamte Wachstum der Produktion eintrat, von den „sozialen Spannungen“ gar nicht zu reden. Immerhin hatten sie weit genug in die Zukunft vorgesorgt, daß der Sozialismus noch ein paar Jahrzehnte überleben konnte.

Seit Lenin galt das Gesetz, daß die Produktion von Produktionsmitteln schneller steigen muß als die Produktion von Konsumtionsmitteln; bei den Produktionsmitteln muß wieder der Teil schneller steigen, der in die Produktion der Produktionsmittelindustrie eingeht. Nunmehr befaßt man sich damit, ein Optimum zu finden und in Amerika glaubte man auch, das Wachstum der Abteilung I und II sollte sich angleichen. Der Fall, bevorzugt die Konsumtion zu entwickeln, wird selbstverständlich auch mit wissenschaftlichem Ernst diskutiert.

Weil seit der Veränderung der Preisbildung die Fonds – c, das fixe Kapital oder der „Produktionsfaktor“ Kapital – wieder echtes Geld verdienten, ließ sich mit der Cobb-Douglas-Funktion rechnen, die auch aus Amerika kam, keineswegs neu, aber unter stalinistischen Verhältnissen der Wirtschaftswissenschaft vorenthalten, wie sich Kapital und Arbeit gegenseitig ersetzen können.

Das Bedarfsvolumen und das Produktionsvolumen weichen ab? Wie verhält sich da die gesellschaftlich notwendige Arbeit? Wenn das Produktionsvolumen höher als der Bedarf ist, zählt als solche die der unter besten Bedingungen hergestellten Ware ... Und umgekehrt. Die Differenz zwischen dem Durchschnittsaufwand und dem so ermittelten ist *„gewissermaßen ein Tribut, den die Gesellschaft an die Nichterfüllung von erfüllbaren Bedürfnissen zahlt.“* („Grundlagen der sozialistischen Reproduktionstheorie“, Dietz Verlag Berlin 1982)

Und befriedigt stellen die Autoren fest, *„daß mit diesem Herangehen an die Problematik von Aufwand und Nutzen auch ein Weg aufgezeigt wird, wie die oft strapazierte sogenannte Knappheit der Güter und Ressourcen in die Arbeitswerttheorie einbezogen werden kann, ohne deren Grundlagen aufzugeben. Das ist insbesondere wichtig für Auseinandersetzungen mit bürgerlichen Nutzenstheorien.“* Marxistisch kann man das beim besten Willen nicht mehr nennen.

Das war nicht mehr Koexistenz, sondern Konvergenz der Wirtschaftswissenschaften. Die Klassenfrage war ausgeblendet. Und die sozialistische Arbeiterklasse brauchte man wieder nur noch zum Arbeiten, aber nicht, um den sozialistischen Staat oder gar die Wirtschaftspolitik zu machen.

Versuchen wir zu systematisieren.

- Eine Senkung der Rate der produktiven Investitionen senkt zweifelsfrei das Entwicklungstempo sowohl des Umfangs der Gesamtproduktion wie auch die Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität.
- Die Senkung des Lohnanteils durch Anhebung der Produktionsmittelpreise macht

Investitionen zur Einsparung von lebendiger Arbeit teurer und in vielen Fällen nicht mehr lohnend.
- Die materielle Interessiertheit treibt mehr zu Steigerung der Arbeitsintensität, die der einzelne beeinflussen kann, als zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, die gesellschaftlich bedingt ist.
- Die Verselbständigung der Betriebe wirkt dezentralisierend auf den Einsatz von Investitionen, sie fördert Betriebsegoismus, den man nun nicht einmal verurteilen kann. Denn gerade das wird stimuliert. Die gesamtgesellschaftlichen Interessen sind für den jeweiligen Betrieb zudem nicht völlig durchschaubar. Dezentralisation ist gleichzeitig eine Schwächung der gesamtgesellschaftlichen Organisation der Produktion. Die Summe der Einzelinteressen sollte in die richtige Richtung weisen, was sie natürlich nicht tat.
- Für den Einzelnen äußert sich der Produktionsfortschritt in mehr oder minder regelmäßigen Lohnerhöhungen, Prämien, die aber auch in gewisser Regelmäßigkeit fließen. Das System der ökonomischen Beziehungen wird langsam undurchschaubar.
- Die Preistreiberei schlägt ab und zu auch auf die Konsumtionssphäre durch, wenn „hochwertige“ Waren, „Waren des gehobenen Bedarf“, plötzlich überteuert angeboten werden. In der DDR mußten einige solcher Versuche zurückgenommen werden, weil sich die Bevölkerung empörte.

Trotzdem war bedingt durch das gesellschaftliche Eigentum und die staatliche Planung eine stabilere Entwicklung als unter kapitalistischen Verhältnissen gegeben. Die Wirtschaft wächst, es herrscht Vollbeschäftigung, der Lebensstandard steigt, zwar langsamer als gewünscht, aber er steigt ohne Rückschläge. Krisen sind unbekannt wie Arbeitslosigkeit. Wünsche bleiben offen, doch man darf zufrieden sein.

Ein Problem haben wir noch. Die These, der Gewinn bestimme die Höhe des Nationaleinkommens, stammt von Walter Ulbricht. Was wir über die Wirtschaftsentwicklung zu Ulbrichts Zeiten wissen, ist positiv: Hohe Steigerungsraten, rege Investitionstätigkeit, Politik der Preissenkungen und die ständige Verbesserung des Lebensstandards. Wenn die Erinnerung nicht trügt, war diese Zeit eine Zeit des Aufbruchs. Ulbricht hielt noch etwas von der alten bewährten Linie und machte nicht alle Chruschtschowschen Experimente mit, dafür sprechen auch die Reformen nach Honeckers Machtübernahme, die erst dann sozusagen den Anschluß an die Sowjetunion herstellten.

Und Ulbricht sollte nicht gewußt haben, was es mit dem Gewinn auf sich hat und daß man den Gewinn nicht einfach per Zuschlag steigern kann? Ulbricht erklärt (Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland, Berlin, Dietz 1967): *„Das Gesamtwerk von Marx durchzieht wie ein roter Faden die Analyse und Aufdeckung derjenigen Faktoren, die die Effektivität des modernen industriellen Produktionsprozesses bestimmen. Er zeigt sowohl ihr Wesen als auch ihre ökonomischen Erscheinungsformen und ihren Zusammenhang. Es kann behauptet werden, daß letztlich die moderne Theorie der Optimierung, der Planung, der quantitativen Analyse von Aufwand und Nutzen ihre tiefere Grundlage in der Marxschen Theorie haben.“*

„Ich sage das deshalb und will nochmals unterstreichen, daß die Marxschen Lehren und ihre konkrete Darlegung im ‚Kapital' von nicht zu überschätzender Bedeutung für die sozialistische Wirtschaftsführung auch unter den heutigen modernen Bedingungen sind." Aber dann kommt es: *„Deshalb gestalten wir die Wirtschaftsbedingungen der Betriebe in einer solchen Weise, daß der Gewinn ihren Beitrag zur Erhöhung des gesellschaftlichen Reichtums ausdrückt. Mit der allseitigen Orientierung des ökonomischen Systems auf den Zuwachs an Nationaleinkommen entsprechen wir der Tatsache, daß der Nutzen gesellschaftlicher Arbeit im Sozialismus volkswirtschaftlich bestimmt ist."*

Es lohnt sich, noch einmal bei Marx nachzusehen, wie man die Profitrate – denn nichts anderes ist der Gewinnrate, der prozentuale Aufschlag auf die Selbstkosten – steigert. Ulbricht dachte in den Marxschen Kategorien; um Ulbricht zu verstehen, fragen wir Marx (Kapital, III). *„Was die Ware den Kapitalisten kostet, und was die Produktion der Ware selbst kostet sind allerdings zwei ganz verschiedene Größen. Der aus Mehrwert bestehende Teil des Warenwertes kostet dem Kapitalisten nichts, eben weil er dem Arbeiter unbezahlte Arbeit kostet … Die kapitalistische Kosten der Ware mißt sich an der Ausgabe in Kapital, die wirkliche Kosten der Ware an der Ausgabe in Arbeit. Der kapitalistische Kostpreis der Ware ist daher quantitativ verschieden von ihrem wirklichen Wert oder ihrem wirklichen Kostpreis; er ist kleiner als der Warenwert, denn da* $W = k + m$*, ist* $k = W - m$ *… Die Verselbständigung dieses Wertteils macht sich in der wirklichen Produktion der Ware fortwährend praktisch geltend, da er aus seiner Warenform durch den Zirkulationsprozeß stets wieder in die Form von produktiven Kapital rückverwandelt werden, der Kostpreis der Ware also beständig die in ihrer Produktion verzehrten Produktionselemente rücklaufen muß."*

Der Kapitalist erwartet auf sein vorgeschossenes Kapital einen Wertzuwachs, zitiert Marx den Malthus, denn genau deshalb betreibt er ja die Produktion. Marx fährt fort: *„Als solcher vorgestellter Abkömmling des vorgeschossnen Gesamtkapitals erhält der Mehrwert die verwandelte Form des Profits."*

„Der Profit, wie wir ihn hier zunächst vor uns haben, ist also dasselbe, was der Mehrwert ist, nur in einer mystifizierten Form, die jedoch mit Notwendigkeit aus der kapitalistischen Produktionsweise herauswächst …

Wird die Ware zu ihrem Wert verkauft, so wird ein Profit realisiert, der gleich dem Überschuß ihres Werts über ihren Kostpreis ist, also gleich dem ganzen im Warenwert steckenden Mehrwert. Aber der Kapitalist kann die Ware mit Profit verkaufen, obgleich er sie unter ihrem Wert verkauft

Die Minimalgrenze des Verkaufspreises der Ware ist gegeben durch ihren Kostpreis …"

„Der Profit des Kapitalisten kommt daher, daß er etwas zu verkaufen hat, das er nicht bezahlt hat … Dieser Überschuß steht also in einem Verhältnis zum Gesamtkapital, das sich ausdrückt in dem Bruch m/C*, wo* C *das Gesamtkapital bedeutet. So erhalten wir die Profitrate* $m/C = m/(c + v)$*, im Unterschied von der Rate des Mehrwerts* m/v*."*

Die Mehrwertrate ist $m' = m/v$, die Profitrate: „$p' = m/C = m/(c + v)$ …

$p' = m' \times v/C = m' \times v/(c + v)$ …

$p' : m' = v : C$*, die Profitrate verhält sich zur Mehrwertrate wie das variable Kapital zum Gesamtkapital."*

Marx faßt zusammen: *„Die Profitrate wird also bestimmt durch zwei Hauptfaktoren:*

die Rate des Mehrwerts und die Wertzusammensetzung des Kapitals.“

Bei mehrfachem Kapitalumschlag im Jahr beträgt die jährliche Profitrate $p' = m' \times n \times v/C$, wobei n die Zahl der Umschläge ist.

Die Verlängerung des Arbeitstages steigert den Profit selbst wenn die Überstunden bezahlt werden, weil für das konstante Kapital in Maschinen und Gebäuden keine zusätzlichen Auslagen nötig sind. Schichtarbeit wirkt in die gleiche Richtung. Werden die Rohstoffe billiger, so ist eine geringerer Kapitalauslage C notwendig, folglich steigt die Profitrate bei gleichem v.

„Wie das Kapital die Tendenz hat, in direkter Anwendung der lebendigen Arbeit sie auf notwendige Arbeit zu reduzieren und die zur Herstellung eines Produkts notwendige Arbeit stets abzukürzen durch Ausbeutung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit, also die direkt angewandte lebendige Arbeit möglichst zu ökonomisieren, so hat es auch die Tendenz, diese auf ihr notwendiges Maß reduzierte Arbeit unter den ökonomischsten Bedingungen anzuwenden, d. h. den Wert des angewandten konstanten Kapitals auf sein möglichstes Minimum zu reduzieren. Wenn der Wert der Waren bestimmt ist durch die überhaupt in ihm enthaltenen Arbeitszeit, so ist es das Kapital, das diese Bestimmung erst realisiert und zugleich fortwährend die zur Produktion einer Ware gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit verkürzt. Der Preis der Ware wird dadurch auf sein Minimum reduziert, indem jeder Teil der zu ihrer Produktion erheischten Arbeit auf sein Minimum reduziert wird.“

Die Profitrate mißt sich aber am vom Markt vorgegebenen Warenwert, das heißt an der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. *„Schwankungen in der Rate des Profits, unabhängig vom Wechsel in den organischen Bestandteilen des Kapitals oder der absoluten Größe des Kapitals, sind dadurch möglich, daß der Wert des vorgeschossenen Kapitals, in welcher Form, fix oder zirkulierend, es existiere, steigt oder fällt infolge einer, von dem schon existierenden Kapital unabhängigen, Erhöhung oder Erniedrigung der zu seiner Reproduktion nötigen Arbeitszeit. Der Wert jeder Ware, also auch der Waren, woraus das Kapital besteht – ist bedingt nicht durch die in ihr selbst enthaltne notwendige Arbeitszeit, sondern durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die zu ihrer Reproduktion erheischt ist.“*

Dazu kommt die allgemeine Profitrate, die im Rahmen der Volkswirtschaft die unterschiedlichen Profitraten der Zweige ausgleicht. *„Wie immer die Preise geregelt seien, es ergibt sich:*

1. *Das Wertgesetz beherrscht ihre Bewegung, indem Verminderung oder Vermehrung der zur Produktion erheischten Arbeitszeit die Produktionspreise steigen oder fallen machen …*
2. *Der Durchschnittsprofit, der die Produktionspreise bestimmt, muß immer annähernd gleich sein dem Quantum Mehrwert, das auf ein gegebenes Kapital als aliquoter Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals fällt. Gesetzt, die allgemeine Profitrate und daher der Durchschnittsprofit sei in einem Geldwert ausgedrückt, höher als der wirkliche Durchschnittsmehrwert, seinem Geldwert nach berechnet. Soweit die Kapitalisten dann in Betracht kommen, ist es gleichgültig, ob sie sich wechselseitig 10 oder 15 % anrechnen. Der eine Prozentsatz deckt nicht weniger Warenwert als der andere, indem die Übertreibung wechselseitig ist.* ***Was aber die***

Tabelle 8.5

Jährliches Wachstumstempo des Nationaleinkommens/Bruttoproduktion 1951–1967

	Effektive Preise	vergleichbare Preise	Koeffizient eff. vergl. Preise
DDR	7,0	7,7	0,9
Westdeutschland	9,3	6,1	1,5

> ***Arbeiter angeht . . . , so muß der durch die Heraufsetzung des Durchschnittsprofits entstehenden Erhöhung der Warenpreise eine Erhöhung im Geldausdruck des variablen Kapitals entsprechen.“***

Man nennt das dann Inflation. Unter kapitalistischen Verhältnissen schlägt die Inflation auf den Arbeitslohn durch. Nach Marx wie nach der praktischen Erfahrung. Stiemerling, (Wachstumsprozesse des Nationaleinkommens in der DDR, Dietz 1968) hat das illustriert. (Tabelle 8.5) Die Wachstumsrate in der DDR ist also höher, DDR realisiert Preissenkungen, Westdeutschland Preiserhöhungen, also Inflation.

Es gibt eine einzige Stelle, wo ein höherer Profit nicht mit dem Wertgesetz in Konflikt kommt. Nämlich muß der Aufwand (an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit) geringer sein als der gesellschaftlich notwendige. Im Kapitalismus bestimmt der Markt das Maß an gesellschaftlich notwendigen Aufwand. Im Sozialismus – wer sonst, natürlich der Plan. Bei mangelhafter Planung weicht der geplante Aufwand vom tatsächlich notwendigen Aufwand ab. In dieser Hinsicht mag man auch Ulbrichts Appell an die Wissenschaftlichkeit der Pläne verstehen.

Und was ist mit dem Gewinn? Eignet der sich im Sozialismus als Führungsgröße? Sozialistischer Gewinn ist, unabhängig von seiner geplanten Höhe und unabhängig von der Art der Preisbildung:

Gewinn = Planpreis − tatsächlicher Aufwand im Gegensatz zu

Plangewinn = Planpreis − geplanter Aufwand

Auch hier spielt die Frage der Qualität der Planung eine Rolle. Strumilin 1973: *„Eine ausreichend zuverlässige Basis für die Bildung von Planpreisen stellt nur der Wert der Waren dar, der den vollen Aufwendungen für ihre Reproduktion in der Volkswirtschaft und den Anstieg der Arbeitsproduktivität* ***im gesamten Zeitraum*** *berücksichtigt, für den diese Preise gelten sollen.*

Alle übrigen Preise, die uns von der Spontaneität des Marktes diktiert werden, könnten und die nur ‚flexible‘ Abweichungen vom Wert in verschiedenen vorübergehenden Momenten der Vergangenheit widerspiegeln, entsprechen nicht unseren Aufgaben für die Zukunft.

Wenn wir uns die Aufgabe stellen, die Preise zu lenken, müssen sie normiert werden. Sie sind auf einem ***möglichst niedrigen Niveau*** *anzugleichen, auf dem sie unter Ausschluß aller lokalen Schwankungen ein stabiles Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage im ganzen Land und während ihrer geplanten Geltungsdauer einen möglichst hohen*

Lebensstandard der Werktätigen gewährleisten könnten.

Die Verfechter des ‚Marktsozialismus' und alle, die uns auf ‚hohe Gewinne' bringende oder besonders flexible Preise orientieren, sollten sich daran erinnern, daß der Preis der Ware vor allem Geldausdruck ihres Wertes, des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes ist, der während der verschiedenen Reproduktionszyklen der Ware in ihr vergegenständlicht wird.

So lautet das ökonomische Gesetz."

Der Gewinn kann also erhöht werden, indem man die den Aufwand **überplanmäßig** senkt, die Arbeitsproduktivität **überplanmäßig** steigert. Insoweit ist der Gewinn durchaus ein Maß für die Qualität der Arbeit der Betriebe. Allerdings taugt für diese Messung genauso gut ein Planverlust, den man minimiert. Es ist das, was als das „Hinterherhinken" der Preise bezeichnet wird. In der nächsten Planperiode ist der planmäßige Aufwand neu festzulegen, damit wird dieser Aufwand der gesellschaftlich notwendige. Ein Zusatzgewinn ist nicht mehr machbar.

Die überplanmäßige Leistung erhöht das Nationaleinkommen, aber nur sie. Unplanmäßige Verluste senken das Nationaleinkommen. Man kann Ulbricht nicht unterstellen, daß er das nicht wußte.

Stiemerling definiert das Nationaleinkommen im Sozialismus richtig als materielle Gesamtmasse der erzeugten Konsumtionsmittel plus Produktionsmittel für die Akkumulation, also den physischen Begriff. Der wertmäßig natürlich erfaßt werden muß. Es geht um die sozialökonomische und stoffliche Struktur, um Wachstumstempo, Verteilung und Verwendung. Daraus ergibt sich das Lebensniveau und das Niveau der Produktivkräfte.

Er zitiert Walter Ulbricht: *„Auf lange Sicht einen stabilen Zuwachs an* ***realen verfügbaren*** *Nationaleinkommen und seine effektive Verwendung sichern!"* Also: Steigender Gewinn bedeutet in der sozialistischen Ökonomie nichts anderes ***„als mit dem sozialistischen Mehrprodukt*** *das Nationaleinkommen als Grundlage des Lebensniveaus des ganzen werktätigen Volkes sowie die ökonomische Kraft des … Staates zu vergrößern."*

Bei gleichbleibenden Arbeitsaufkommen kann also im Nationaleinkommen $(V + M)$ der Anteil M zugunsten der Löhne V steigen. Steigen die Löhne, darf diese Steigerung nie die Steigerung des Produkts für die Gesellschaft übersteigen. So begriffen, kann der Gewinn als Führungsgröße durchgehen.

Neben Veränderungen im Preissystem führte die Weiterentwicklung der Wirtschaftswissenschaft zu Veränderungen in der Organisation der Arbeit, nämlich zur *„relativen Verselbständigung der Betriebe"*, s. o., z. B. Kronrod.

Ökonomisch sollten die Betriebe jetzt für ihre erweiterte Reproduktion zuständig sein. Für die einfache Reproduktion reicht Kostendeckung. Außer bei Verlustbetrieben war diese Forderung immer – seit Lenin – erfüllt. Die gesamte sozialistische Produktion ging „auf Rechnung des Staates", also der Gesellschaft, wodurch Verluste ausgeglichen werden konnten. Der Staat – die Gesellschaft – entschieden weiter, wo und in welchem Umfang investiert werden sollte und dafür wurden per Zuteilung die Mittel bereitgestellt. Daran ändert sich auch nichts, wenn der Einfachheit halber für Investitionen gleich die in diesem Betrieb entstandenen Gewinne oder Amortisationen herangezogen wurden. Das ist nur ein Akt der Verrechnung und hat auf die Höhe der Investitionen keinen Einfluß. Anders gesagt: Ein Mangel an „Eigenmitteln", die ja doch Volkseigentum waren, begrenzte die

staatlich geplante Investition nicht. Ungeplante Investitionen, nur weil ein Betrieb Mittel angesammelt hatte, scheiterten dagegen an der Bereitstellung in Naturalform. Investiert wurde, wo es der Staat und damit der Plan vorsah. Erinnert sei hier noch an Stalins Ausführungen zur Rentabilität im volkswirtschaftlichen Maßstab.

Der Staat kann schließlich nicht unmittelbar selbst wirtschaften, sagt aber das Lehrbuch der politischen Ökonomie 1972.

Prof. W. Schließer „Wertgesetz und Wertkategorien in der sozialistischen Planwirtschaft" HfÖ, Dietz 1979: *„Die Dialektik von Vergesellschaftung und relativer ökonomischer Selbständigkeit der Betriebe ist für die historisch-konkrete Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Sozialismus charakteristisch."*

So muß man das nicht sehen – selbst wirtschaften kann auch ein kapitalistischer Eigentümer nicht, wenn er über den „Mittelstand" hinausgewachsen ist – als Aktionär zum Beispiel. Der kapitalistische Eigentümer aber weiß sehr genau, wem der Profit zusteht, dafür gibt's Gesetze! Der sozialistische Staat dagegen, der einmal als Diktatur der Arbeiterklasse angefangen hat und seit Chruschtschow zum Staat des ganzen Volkes geworden war, tat sich immer schwerer mit seiner Eigentümerfunktion.

Die Reproduktion der relativen ökonomischen Selbständigkeit wird nach Schließer gesichert durch die abgegrenzten Fonds der Betriebe, durch eigene Kreisläufe, durch Geld. Das alles fördert die materielle Interessiertheit der Betriebe, die Eigeninitiative. – Wessen Eigeninitiative? Wer ist der Betrieb?

Langner (gleiche Quelle) meint: Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage *„zeigt im Sozialismus das erfolgreiche Bemühen des sozialistischen Staates, die Produktion von Produktionsmitteln und Konsumgütern sozialistisch zu lenken und zu erweitern, daß der Bedarf der sozialistischen Betriebe ... und ... der Bevölkerung in immer höherem Maße gedeckt wird"* Der Staat wird „im erfolgreichen Bemühen" zum Dienstleister der Betriebe, der Staat, der an allem schuld ist, sich aber etliches aus der Hand nehmen ließ.

Abalkin (Ökonomische Gesetze der Sozialismus und Probleme ihrer bewußten Ausnutzung, 1975) sagt direkt, man darf darüber nachdenken: *„Jede Politik basiert auf einer bestimmten Gesamtheit der Ideen und Vorstellungen dieser oder jener Klasse von ihrer wirtschaftlichen Lage und ihren ökonomischen Interessen."* Und: *„Die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse decken sich sowohl mit den Interessen aller Werktätigen als auch mit der Hauptrichtung des gesellschaftlichen Fortschritts ... Deshalb werden im Sozialismus alle sozialen Schranken für die Ausarbeitung und Verwirklichung einer wirksamen Wirtschaftspolitik beseitigt. Die einzige Vorbedingung für das effektive Einwirken der Politik auf die Entwicklung der Produktion ist ihre* ***wissenschaftliche Fundierung****."*

Der Klassencharakter der sozialistischen Wirtschaftspolitik ist abgeschafft. Statt der Arbeiterklasse hatten jetzt „alle Werktätigen" die führende Rolle. Und weil es auf die Wissenschaft ankam, hatten Arbeiter, denen ja die wissenschaftliche Einsicht fehlte – warum auch, sie hatten zu arbeiten! – nicht mehr viel zu melden.

„Die ... Theorie wird ihrerseits nur dann zur materiellen Gewalt, wenn sie sich im System politischer Maßnahmen, in der Wirtschaftspolitik ... verkörpert."

Ich dachte – wenn sie die Massen erfaßt.

Konnik (gleiche Quelle) klagt: *„Wir haben schon festgestellt, daß die ökonomischen*

Prozesse, in denen sich die ökonomischen Gesetze äußern, oft entgegengesetzte Tendenzen zeigen, einander widersprechen.“ Das sind aber nur nichtantagonistische Widersprüche, die durch Planung abgeschwächt werden: *„... Widerspruch zwischen den ökonomischen Interessen der Betriebe und der gesamten Gesellschaft. Oft trachten die Betriebe danach, ihre Rentabilität zu erhöhen, und zwar nicht durch Senkung des Produktionsaufwands, sondern auch durch unbegründete Preiserhöhungen, durch Verstoß gegen das Erzeugnissortiment, eine Verschlechterung der Qualität und anderes mehr.“*

Er berichtet, nur interessehalber, weil das oben oft genug behauptet wurde: Im 9. Fünfjahrplan wuchs der Konsumtionsfonds schneller als der Akkumulationsfonds, ebenso Abteilung II schneller als Abteilung I. Das war nun schon nach Chruschtschow, das war unter Breshnew!

Ich glaube, das genügt. Die sozialistische Wirtschaftspolitik war erfolgreich gebremst worden. Immerhin wuchs die Wirtschaft noch, sogar relativ kontinuierlich. Aber an ein Aufholen gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern war nicht mehr zu denken.

Ganz am Anfang wurde Harry Nicks Klage zitiert *„Die sozialistischen Länder Europas haben den Wettbewerb auf dem Felde der Wirtschaft und Technologie mit den kapitalistischen Ländern eindeutig verloren. Nicht äußere Faktoren – so gewichtig sie auch waren –, nicht subjektive Fehler und Versäumnisse ihrer Führungen – so groß und verhängnisvoll sie auch waren -, sondern die inneren objektiven Faktoren, die Schwäche der inneren sozialen Antriebskräfte, waren die Hauptursache dieser Niederlage.“*

„Albert Einstein hat recht behalten: ‚Es ist kein Zufall, daß der Kapitalismus nicht nur Fortschritte der Produktion, sondern auch der Erkenntnis gebracht hat. Egoismus und Konkurrenz sind (leider!) stärkere Triebkräfte als Gemeinsinn und Pflichtgefühl.‘ – diese Tatsache enthält, für mich jedenfalls, durchaus auch ein kräftiges Moment wirklicher Enttäuschung.“

Es lag aber wohl, wie immer, an den Verhältnissen, nämlich an denen, die seit 1956 in den sozialistischen Staaten Europas geschaffen wurden. Für Gemeinsinn und Pflichtgefühl war in der nachstalinschen Wirtschaft nicht mehr viel Platz, wohl aber für Betriebsegoismus und den Wunsch, „nicht zu kurz zu kommen“. Ich erinnere mich an ein Plakat der 80er Jahre mit einem strahlenden Bauarbeiter, der verkündete: „Ich leiste was!“ und sofort drohte: „Ich leiste **mir** was!“ Warum nicht, alle anderen griffen auch zu.

8.5 Der entwickelte Sozialismus

Was entstanden war, hieß: der entwickelte Sozialismus. Vom entwickelten Sozialismus sprach man in der DDR ab Honecker, in der SU spätestens ab 1965, im Zuge der damaligen Wirtschaftsreform.

Der Begriff geht auf Ulbricht zurück, der von Marx ausgegangen war: jeder gesellschaftlichen Formation liegt ein bestimmtes System ökonomischer Gesetze zugrunde, jede Gesellschaftsformation ist durch eine Komplexität der verschiedenen gesellschaftlichen Beziehungen gekennzeichnet, die einer bestimmten Entwicklungsetappe der menschlichen Gesellschaft entsprechen. Deshalb beschloß der VII. Parteitag das Errichten des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. *„Mit der Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus, d. h. mit der wissenschaftliche begründeten Ausnutzung*

des jetzt voll wirksamen Komplexes der objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus erschließen wir uns diese Freiheit (die von Marx gemeinte) voll und ganz!"

In Abgrenzung zu Ulbricht sprach man nach ihm vom entwickelten Sozialismus. Der Begriff suggeriert: Die Übergangsperiode ist beendet, das erste Ziel ist erreicht. Wir sind vorangekommen. Der Sozialismus ist aufgebaut.

Was aber ist „entwickelter Sozialismus" in der Praxis? Prof. Schließer, Rektor der Hochschule für Ökonomie: *„Heute wird der entwickelte Sozialismus als ein sozialökonomisch einheitlicher Organismus betrachtete, der weder existierende kapitalistische Rudimente noch existierende kommunistische Keime enthält."* (aus: Autorenkollektiv „Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus – Umrisse", Verlag Die Wirtschaft, 1986)

Das ist ein sehr schönes Beispiel, wie falsch man definieren kann. Ohne kapitalistische Rudimente wären wir nicht wieder im Kapitalismus angekommen.

8.5.1 Die Klassenfrage

Die Klassenfrage kann hier nicht abgehandelt werden, aber ein paar Fragen seien erlaubt.

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt eine Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nicht anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats." (Marx, Kritik des Gothaer Programms)

Das wird von Lenin bekräftigt (Die große Initiative): *„Nach der Eroberung der Macht stellt das Proletariat den Klassenkampf nicht ein, sondern setzt ihn – bis zur Aufhebung der Klassen – fort, aber selbstverständlich unter anderen Umständen, in anderer Form, mit anderen Mitteln ... Anzunehmen, daß alle ‚Werktätigen' gleichermaßen zu dieser Arbeit fähig sind, wäre eine völlig hohle Phrase oder die Illusion eines vorsintflutlichen vormarxistischen Sozialisten ..."*

Eben eines Chruschtschow. Wieder hat Lenin gegen ihn recht behalten.

Nach den Klassikern: Die revolutionäre Diktatur des Proletariats bleibt bestehen, bis der Kommunismus errichtet ist, d. h. bis alle Klassen, nicht nur die Ausbeuterklassen, abgeschafft sind.

Nach 1956: Die Ausbeuterklassen sind abgeschafft, der Staat wird von der Diktatur des Proletariats zum Staat des ganzen Volkes. „Alle Werktätigen" sind aber nicht in der Lage, die Klassen zu beseitigen, sagt Lenin. So also haben wir eine „entwickelte sozialistische Gesellschaft", bestehend aus Arbeitern, Genossenschaftsbauern und befreundeten Schichten, z. B. der Intelligenz.

Arbeiter und Bauern, das ist klar. Die Intelligenz sollte man sich ein bißchen näher ansehen. Hierunter fiel im realexistierenden Sozialismus die Masse der Angestellten, die irgendwie studiert hatten. Von Freischaffenden kann man absehen, aber Angestellte gab es weißgott genug. Wenn im Sozialismus auch Vollbeschäftigung herrschte, so war doch der Anteil der Angestellten auf Kosten der Beschäftigten in der materiellen Produktion gewachsen.

Es geht hier gar nicht um die Frage nach der gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit. Man kann getrost annehmen, alle Arbeit, besonders die der vielen Angestellten, war nützlich.

Die jedes einzelnen. Eine ganz andere Frage ist, ob diese Arbeit zweckentsprechend organisiert war.

Ein Beispiel: Um die Neuererbewegung zu fördern, wurden in den Betrieben Büros für Neuererwesen eingerichtet, die in der Regel mit einem (oder mehreren) Ingenieuren besetzt waren. Das war eine reguläre Planstelle mit Qualifikationsanforderungen, Gehaltsfestlegung und Pflichtenkreis. Damit die Neuererbewegung einen gesellschaftlichen Nutzen brachte, mußte sie erst einmal die Kosten erwirtschaften, die das Büro für Neuererwesen verursachte. Diese Kosten gingen aber in die Allgemeinkosten des Betriebes ein.

Es stellt sich aufdringlich die Frage, wem die Abschaffung der Diktatur des Proletariats zugunsten des Staates des ganzen Volkes nützt und wer nicht daran interessiert ist, die Klassenunterschiede zwischen „den Werktätigen“ zu beseitigen.

Lenin stellte sich die Sache so vor (Entwurf „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“): *„Im Gegenteil, die von den Werktätigen, wenn sie ein genügendes Bewußtsein erlangt haben, richtige Anwendung des Taylorsystems wird das sicherste Mittel sein, um den obligatorischen Arbeitstag für die gesamte werktätige Bevölkerung weiter und gewaltig zu verkürzen, wird das sicherste Mittel sein, um in einer recht kurzen Frist die Aufgabe zu lösen, die man etwa so ausdrücken kann: sechs Stunden körperliche Arbeit* ***für jeden erwachsen Bürger*** *und vier Stunden Arbeit zur Verwaltung des Staates.“*

Das war ganz nach Marx, der meinte: *„Intensität und Produktivkraft der Arbeit gegeben, ist der zur materiellen Produktion notwendige Teil des gesellschaftlichen Arbeitstages um so kürzer, der für freie, geistige und gesellschaftliche Betätigung der Individuen eroberte Zeitteil also um so größer, je gleichmäßiger die Arbeit unter alle werkfähigen Glieder der Gesellschaft verteilt ist, je weniger eine Gesellschaftsschicht die Naturnotwendigkeit der Arbeit von sich selbst ab- und einer anderen Schicht zuwälzen kann. Die absolute Grenze für die Verkürzung des Arbeitstags ist nach dieser Seite hin die Allgemeinheit der Arbeit.“*

Beide, Lenin wie Marx, reden von einer veränderten Arbeitsteilung: Die gleichen Individuen sollen sowohl körperlich als auch geistig arbeiten. Im Sozialismus aber galt – nach dem „Elitenwechsel“ in Folge der proletarischen Revolution – nun wieder gutbürgerlich: Einmal Arbeiter, immer Arbeiter, wollte man sich nicht im mühsamen Fernstudium qualifizieren. Nach Abschluß dieses Studiums aber war man kein Arbeiter mehr. Statt auf eine Werkbank hatte man jetzt Anspruch auf einen Schreibtisch. Nicht sechs Stunden produktive Arbeit **und** vier Stunden Verwaltung des Staates, sondern acht und dreiviertel Stunden produktive Arbeit **oder** acht und dreiviertel Arbeit in der Verwaltung.

„Die Gesellschaft soll Herrin der Produktionsmittel im ganzen werden, damit jeder einzelne Sklave seines Produktionsmittels bleibt und nur die Wahl hat welches Produktionsmittels“, kommentiert Engels giftig Herrn Dührings Wirtschaftskommune, wo auch solche Zustände herrschen sollten, und meint, mit einem etwas weiteren Horizont, würde man nicht daran denken, *„den modernen wissenschaftlichen Sozialismus verseichen und herunterbringen zu wollen auf den spezifisch preußischen Sozialismus des Herrn Dühring.“*

Die Gleichheit zwischen Arbeiter und Angestellten wurde hergestellt, indem man kleine Angestellte nicht besser als Arbeiter bezahlte. Mancher Meister hatte weniger in der

Lohntüte als seine Unterstellten. Für den Ingenieur im Neuererbüro galt natürlich auch, daß er weniger bekam als ein qualifizierter Arbeiter im Leistungslohn, denn der Ingenieur hatte ja nicht einmal eine Leitungsfunktion. Es sprach also viel dafür, Arbeiter zu bleiben: Bessere Entlohnung, wenn man gut war, kein Ärger mit dem Personal, und man wußte, was man während der Arbeit geschafft hatte, auf jeden Fall mehr, als Papierchen zu beschreiben.

Es ist aber absolut nichts gegen ein immer höheres Qualifikationsniveau einzuwenden, ganz im Gegenteil. Schon Stalin sprach in der Rede an die Stachanowarbeiter von der Aufgabe, die Arbeiter auf das Niveau der Techniker, der Ingenieure emporzuheben. Wenn man das mit allen tut und dabei den Anspruch auf Techniker- bzw. Ingenieurplanstellen (nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern das Recht auf Arbeit entsprechend der Qualifikation) beibehält, dann würden die Arbeiter knapp. Jeder sieht: das geht nicht. Denn wer soll dann produzieren? Ist es eine sozialistische Lösung, wenn man die Arbeiter auf dem Facharbeiter-Niveau hält, nur weil das Verhältnis zwischen Arbeiter- und Ingenieurstellen sonst nicht stimmt?

Nun galt aber auch wieder auf sozialistisch der Marxsche Satz, daß produktiver Arbeiter zu sein, ein Pech, aber kein Glück ist. Das Einkommen war angeglichen, ja. Aber beim produktiven Arbeiter kann man Normen festlegen und die auch kontrollieren. Da kann man ganz genau nach Mark und Pfennig abrechnen und nach Belieben ökonomische Hebelchen ansetzen, um höhere Leistungen zu erzwingen. Das Heer der Angestellten hatte für jede Planstelle ebenfalls einen Funktionsplan, der die Aufgaben ein- und abgrenzte. Für Initiative blieb wenig Raum, aber dafür reichte es, sich einige Freiräume zu schaffen und Arbeiten abzulehnen, die der Funktionsplan nicht vorsah.

Es hat schon seinen Grund, wenn Leute mit einem Posten dafür sorgten, daß ihre Kinder die EOS besuchten und auch studierten, „daß aus ihnen etwas wurde". Schließlich galt bei uns das Leistungsprinzip und gute Leistungen in der Schule waren der Weg, damit später todsicher alles richtig lief. Mit einem Fernstudium kam man zu spät, da blieben nur die unattraktiven Stellen übrig: kleiner Angestellter mit trister Tätigkeit und Lohn nicht höher als der Arbeiterlohn.

1988 erschien in der DDR ein Buch mit dem Titel „Sozialismus in der DDR. Gesellschaftsstrategie mit dem Blick auf das Jahr 2000": *„So werden sich in der DDR die bis 1985/86 bereits herausgebildeten Qualifikationsstrukturen in absehbarer Zeit nur noch wenig verändern.*

- *der Anteil der Facharbeiter und Meister wird sich bei etwa 67 % stabilisieren*
- *der Anteil der Fach- und Hochschulkader wird etwa 23 % betragen ...*

... auch auf diesem Gebiet werden Entwicklungen, die für das vorwiegend extensive Wirtschaftswachstum charakteristisch waren, durch Entwicklungen abgelöst, die zu den Wesenszügen der umfassenden Intensivierung gehören." Man tröstete die Leute, daß die Arbeit mit immer mehr persönlichkeitsfördernden Elementen angereichert wird.

„Im Rationalisierungsmittelbau, in den Bereichen des technischen Service und in der unmittelbaren Fertigung ist der Facharbeiterabschluß die grundlegende Qualifikation der Arbeiterklasse. Das ist schon heute so, und daran wird sich in den überschaubaren Zeiträumen nichts ändern. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt ... beruht auf zwei gleichermaßen wesentlichen Säulen: auf wissenschaftlicher und auf Facharbeiterqualifikation.

Keine kann die andere ersetzen; ihr organisches Zusammenwirken macht das effizienter Qualifikationsstrukturen aus, wie sie die wissenschaftlich-technische Revolution in unserer Gesellschaft erfordert.“ Das „organische Zusammenwirken“ von Facharbeiter und Wissenschaftler heißt ganz einfach: Einer sagt, wie es geht und der andere führt aus, aber so, daß er die Wissenschaft nicht mit Ungeschick belästigt. Wen wundert es, wenn unsere gutausgebildeten Facharbeiter ihr Glück zu Wendezeiten gern einmal im Westen ausprobierten, der die höheren Löhne zahlte?

Die Arbeiterklasse hatte mit dem Sozialismus soziale Sicherheit gewonnen, von Ausbeutung kann man nicht mehr reden, es arbeiteten ja alle, und wer will jetzt irgendeine Tätigkeit als völlig unnütz abqualifizieren. Aber mit der Macht wurde es immer schlechter, an jeder Stelle saß ein wissenschaftlich Qualifizierter und wußte es besser. Selbst die Betriebsabrechnung wurde durch das Kennziffernsystem so kompliziert, daß fürs einfache Verständnis, welches für die Kontrolle unabdingbar ist, ein erheblicher Zeitaufwand nötig war. Und das nach einem 8 3/4stündigen Arbeitstag?

Dagegen Stalins Meinung (Ökonomische Probleme): Stalin stellt fest, daß der Interessengegensatz zwischen den „körperlich Arbeitenden“ und dem „leitenden Personal“ verschwunden ist, nicht aber die Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit. Aber die Unterschiede sind schon gemildert, er führt aus: *„Warum nahm der sozialistische Wettbewerb Massencharakter an? Weil sich unter den Arbeitern ganze Gruppen von Genossen fanden, die sich nicht nur das technische Minimum aneigneten, sondern weitergingen, das Niveau des technischen Personals erreichten und begannen, die Techniker und Ingenieure zu korrigieren, mit den bestehenden Normen als veralteten Normen zu brechen und neue zeitgemäßere Normen einzuführen usw. Was wäre gewesen, wenn nicht einzelne Gruppen von Arbeitern, sondern die Mehrheit der Arbeiter ihr kulturelles und technisches Niveau auf das Niveau von Ingenieuren und Technikern gehoben hätten? Unsere Industrie hätte eine Höhe erreicht, die für die Industrie anderer Ländern unerreichbar ist ... “*

In der DDR wurde die Arbeit nicht weniger, wenn man viel arbeitete. Die Entwicklung der Industrie stagnierte und die Arbeiter würden Arbeiter bleiben.

Die Arbeiterklasse hat mit Stalins Tod viel verloren.

Zu alledem kam ein gewisser Autoritätsverlust der führenden Partei sowie der staatlichen Leiter, weil zu viele Vorhersagen seit Chruschtschows Zeiten sich als falsch erwiesen hatten.

Wenn auf einmal Waren für den „gehobenen Bedarf“ zu höheren Preisen in den Läden auftauchten, wurde darin der Beweis gesehen, daß es doch wieder welche gab, die gleicher waren ...

Es kamen berechtigte Zweifel auf, ob der Kommunismus nicht doch nur eine Propagandalüge im Machtkampf ist. Daran kranken wir noch heute.

Es war nicht die Arbeiterklasse, die den Sozialismus zugrunde gerichtet hat. Im „entwickelten Sozialismus“ brauchte man keineswegs mehr die revolutionäre Energie dieser Klasse, wohl aber ihr Arbeitsvermögen. Denn wer sonst hätte arbeiten sollen? Das haben wir ja gerade diskutiert.

Zur materiellen Gewalt wurde die ... Theorie, weil *„sie sich im System politischer Maßnahmen, in der Wirtschaftspolitik ... verkörpert.“*

„Jeder Wirtschaftswissenschaftler, der das wirkliche Wesen und die Bedeutung der … ökonomischen Erscheinungen … zu erforschen oder zu klären versucht, hat in gewissem Maße bereits eigene Auffassungen zum Untersuchungsgegenstand. Diese Auffassungen sind das Ergebnis seiner eigenen Forschungen wie auch der Forschungen seiner Vorgänger, unter deren Einfluß sich seine Einsichten herausgebildet haben. ***Gleichzeitig gibt der Forscher, unabhängig davon, ob er das anerkennt oder nicht, stets in offener oder verschleierter Form bestimmten Klasseninteressen Ausdruck, befolgt oder verteidigt er mehr oder weniger konsequent eine ganz bestimmte Klassenposition.***“ (Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus – Grundrisse, Verlag die Wirtschaft 1973)

9 War der Sozialismus 1989 ökonomisch zum Untergang verurteilt?

Nein. Planwirtschaft ist immer besser. Selbst der Sozialismus der 80er Jahre war ja besser als der Kapitalismus. Soziale Sicherheit hob den sozialistischen Lebensstandard über jedes kapitalistische Maß, zumindest für die Arbeiterklasse, die Bauern und die Mehrheit der Angestellten.

Die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln basierende Planung verhinderte zeitlebens des Sozialismus Wirtschaftskrisen und damit die Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums. Die sozialistische Wirtschaft wuchs von Jahr zu Jahr, es gab kein „Null- oder Minuswachstum".

Die Grundlage, das sozialistische Eigentum, bestand noch, also war auf dieser Grundlage auch eine Weiterentwicklung möglich. Die Wirtschaftspolitik kann man ändern, wenn man Fehler erkannt hat. Man hätte jederzeit zu den alten Prinzipien der Preisbildung und damit zu den alten Umverteilungsmodus zurückkehren können. Dann hätten die ökonomischen Hebel wieder in die richtige Richtung gezeigt.

Warum geht der Produktionspreis nicht? Erstens besteht, wie wir gesehen haben, die Schwierigkeit, die richtige Profitrate festzulegen, wenn man nur einen geplanten Markt hat. Der geplante Markt (wenn man überhaupt noch von Markt sprechen will und sich nicht mit Stalin verständigt, der ja meinte, die Produktionsmittel würden einfach vom Staat auf die Betriebe verteilt) ist aber die zwangsläufige Folge des gesamtgesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, da hilft auch keine „relative Selbständigkeit der Betriebe".

Letztere ist eigentlich ein recht unernstes Spiel. Es wird so getan, als ob es einen richtigen Markt gäbe, nach komplizierten Spielregeln. Wenn es ernst wurde, bliebt immer noch der Staat und sein Plan als letzte und höchste Instanz. Anders ging es auch unter Honecker nicht – so wurden die späten großen Leistungen der DDR-Wirtschaft vollbracht, der Aufbau der Mikroelektronik, das Wohnungsbauprogramm. Der zweite und wichtigste Grund liegt im Lohn. Die Arbeitskraft ist unter sozialistischen Verhältnissen keine Ware und hat folglich keinen Preis. Bekanntlich gibt es im Sozialismus keinen Arbeitsmarkt, der v regulieren könnte. Der sozialistische Lohn ist der Anteil des einzelnen, in gewissem Maße nach seiner Leistung, am Nationaleinkommen. v und m sind nicht mehr scharf abgegrenzt. v enthält jetzt bereits einen Anteil des kapitalistischen m, das, was über den Preis der Ware Arbeitskraft hinaus geht. m seinerseits geht zu einem Teil bekanntlich in die gesellschaftliche Konsumtion ein, wäre unter kapitalistischen Verhältnissen also Bestandteil von v. v ist damit unbestimmt! Der Plan regelt auch hier das Verhältnis $v : m$. Wie, das liegt in der historischen Entwicklung. In der Sowjetunion z. B. kamen für die Sozialversicherung die Betriebe auf. In der DDR zahlte jeder seinen Beitrag. Dafür zeichnete sich die DDR durch unerhebliche Wohnungsmieten aus. Das alles, ebenso wie kostenlose Kinderbetreuung, Feriendienst, Werkessen, subventionierte Preise

usw. sind keine Wohltaten. Es ist nur eine Verschiebung zwischen v und m. Diese Verschiebung ist kein „Fehler“, sondern durch die sozialistische Produktionsweise bedingt. (Angelehnt an Strumilin: die Verschiebung muß so erfolgen, daß sich die Gesellschaft in Richtung Kommunismus bewegt.)

Der Produktionspreis ist also kein geeignetes Mittel für die sozialistische Planung. Dafür aber sind zwei Preismaßstäbe gesetzmäßig. Der Beweis wurde durch die Wirtschaftsreformen von der Praxis geliefert. War das beste Argument gegen „stalinistische Preise“ die Behauptung, die Produktionsmittel würden unter Wert umgeschlagen, so führten die Korrekturen nicht zu einheitlichen Preisen, sondern zur Subventionierung der Konsumgüter. Wenn das so ist, so muß dieses Gesetz berücksichtigt und ausgenutzt werden. Es ist ein Gesetz der sozialistischen Verteilung.

Hätte man die Wirtschaftspolitik ändern, ein anders Preissystem einführen können? Selbstverständlich! Was die Chruschtschow-Clique konnte, kann jeder andere auch. So leicht, wie man das Stalinsche Preissystem außer Kraft setzte, hätte man es wieder einführen können. Die einzige Bedingung wäre gewesen, auf alle Arten des Produktionspreises zu verzichten, eine strenge Selbstkostenrechnung einzuführen, den Konsumgütermarkt und den Anteil des Staates am Nationaleinkommen über Löhne, Verbraucherpreise und Steuern zu regulieren.

Wir erlauben uns noch ein Gedankenexperiment. Bis zum Ende der DDR, wurde versucht, über die Preise zu stimulieren, mit der Folge der Verteuerung der Produktionsmittel und mit Subventionierung der Verbraucherpreise, die damit dem Lohn angepaßt blieben, ein Sinken des Reallohns verhinderten. Gleichzeitig wurde der Lohn erhöht, in den letzten Jahren nur mäßig. Beispielsweise wurde die Lohngruppe 3 als unterste Lohngruppe abgeschafft.

Das Ausgangsschema Mstislawskis:

1400_c	+	350_v	+	250_m	=	2000	Gewinn:	14,3 %
450_c	+	150_v	+	100_m	=	700		16,7 %
1850_c	+	500_v	+	350_m	=	2700		14,9 %

stalinsche Preismodifikation, Lohn und Konsumgüterpreise um 50 % erhöht:

1400_c	+	525_v	+	75_m	=	2000
450_c	+	225_v	+	375_m	=	1050
1850_c	+	750_v	+	450_m	=	3050

Die Rechnung mit 20 % Gewinnaufschlag, also über der „richtigen“ Profitrate, ergab:

Produktion:

$2755,8042_c$	+	525_v	+	$656,1608_m$	=	3936,9650
$885,7942_c$	+	225_v	+	$222,1588_m$	=	1333,9530
$3641,5983_c$	+	750_v	+	$878,3197_m$	=	5269,9180

Umsatz:

$2755,8042_c$	+	525_v	+	$656,1608_m$	=	$3936,9650$
$885,7942_c$	+	225_v	−	$60,7942_m$	=	1050
$3641,5983_c$	+	750_v	+	$595,3666_m$	=	$4986,9650$

Wir haben damit das typische Gleichgewicht mit „niedrigen" Löhnen und subventionierten Konsumgütern. Wenn man den Prozentsatz des Gewinnaufschlags noch mehr erhöht, steigen die Produktionsmittelpreise selbstverständlich weiter, Lohn und Konsumgüterpreise werden davon nicht berührt. (Der Prozentsatz des Gewinnaufschlags erhöht sich natürlich auch, wenn der Anwendernutzen berücksichtigt wird, erhöhte Preise auf Neuentwicklungen geplant werden und was dergleichen „Stimuli" mehr sind.) Die Lage wurde dadurch bekanntlich nicht besser.

Aber jetzt erhöhen wir (ganz schematisch im Rechenbeispiel, ein Befreiungsschlag) die Löhne und ebenso die Konsumgüterpreise um 40 %, damit wir endlich von den Subventionen für die Abteilung II wegkommen. Der Gewinnaufschlag bleibt bei 20 %:

Produktion:

$2755,8042_c$	+	735_v	+	$698,1608_m$	=	$4188,9650$
$885,7942_c$	+	315_v	+	$240,1588_m$	=	$1440,9530$
$3641,5983_c$	+	1050_v	+	$938,3197_m$	=	$5629,9180$

Umsatz (erhöhter Konsumgüterfond, aber auch Erhöhung der Kosten c für die einfache Reproduktion):

$2932,2755_c$	+	735_v	+	$521,6895_m$	=	$4188,9650$
$942,5171_c$	+	315_v	+	$212,4829_m$	=	1470
$3874,7926_c$	+	1050_v	+	$734,1724_m$	=	$5658,9650$

Das ist noch kein Gleichgewicht, das Gleichgewicht wird etwa erreicht bei:

Produktion:

$3846,8973_c$	+	735_v	+	$916,3795_m$	=	$5498,2768$
$1236,5027_c$	+	315_v	+	$310,3005_m$	=	$1861,8033$
$5083,4001_c$	+	1050_v	+	$1226,6800_m$	=	$7360,0801$

Umsatz:

$3846,8973_c$	+	735_v	+	$916,3795_m$	=	$5498,2768$
$1236,5027_c$	+	315_v	−	$81,5027_m$	=	1470
$5083,4001_c$	+	1050_v	+	$834,8768_m$	=	$6968,2768$

Es hat also alles nichts genützt. Wir haben die gleichen Verhältnisse, nur auf noch „höheren" (Preis-)Niveau. Die Verbraucherpreise müssen weiter subventioniert werden. Es liegt also doch am Produktionspreis. Als letztes Mittel verzichten wir jetzt auf den Gewinn. Was passiert dann? Also, wie zu „stalinistischen" Zeiten gibt es nur noch 3 % Plangewinn, das muß reichen zur Stimulierung. Die einfache Reproduktion wird mit Selbstkostendeckung sichergestellt, die Akkumulation muß wohl oder übel der Staat leisten, er ist der Eigentümer! Also, ausgehend vom letzten Schema mit der vergeblichen Lohnerhöhung: Selbstkosten +3 % (natürlich bedingt das eine Industriepreisreform. Im Sozialismus geht nichts heimlich):

$3846,8973_c$	+	735_v	+	$137,4569_m$	=	$4719,3543$
$1236,5027_c$	+	315_v	+	$46,5451_m$	=	$1598,0478$
$5083,4001_c$	+	1050_v	+	$184,0020_m$	=	$6317,4021$

und Umsatz:

$3303,5480_c$	+	735_v	+	$680,8063_m$	=	$4719,3543$
$1061,8547_c$	+	315_v	+	$93,1453_m$	=	1470
$4365,4027_c$	+	1050_v	+	$773,9516_m$	=	$6189,3543$

Wir sehen überrascht: Trotz niedrigem Plangewinn ist m beträchtlich (Senkung von 834,8768 nur auf 773,9516, es fehlen nur 60,9252) wegen der allgemeinen Ersparnis durch die Preissenkungen.

Das Gleichgewicht:

Produktion:

$1899,4194_c$	+	735_v	+	$79,0326_m$	=	$2713,4520$
$610,5277_c$	+	315_v	+	$27,7658_m$	=	$953,2935$
$2509,9471_c$	+	1050_v	+	$106,7984_m$	=	$3666,7455$

Umsatz:

$1899,4194_c$	+	735_v	+	$79,0326_m$	=	$2713,4520$
$610,5277_c$	+	315_v	+	$544,4723_m$	=	1470
$2509,9471_c$	+	1050_v	+	$623,5049_m$	=	$4183,4520$

Teilt man alle Beträge des letzteres Schemas durch 1,4, den Faktor der Lohnerhöhung, so erhält man:

$1356,7260_c$	+	525_v	+	$56,4540_m$	=	$1938,1800$
$436,0950_c$	+	225_v	+	$388,9095_m$	=	1050
$1792,8165_c$	+	750_v	+	$445,3635_m$	=	$2988,1800$

Das sieht dem Ausgangsschema recht ähnlich. Der Unterschied ist in den 3 % Gewinnaufschlag begründet, in Mstislawskis Ausgangsvariante waren es 3,9 %.

Möglich ist jeder Gewinnzuschlag, der sicher unter der theoretischen „Durchschnittsprofitrate“ liegt. Der Unterschied ergibt sich dann in der Bewertung der Produktionsmittelpreise. Je geringer der Zuschlag, umso niedriger werden die Produktionsmittel bewertet.

Tabelle 9.1 zeigt die Berechnungsschritte im Vergleich. Als Vergleichsbasis dient wieder Mstislawskis Preisschema. Wir sehen, daß der Gewinnaufschlag die entscheidende Größe ist und die Verteilungsverhältnisse bestimmt. Die Lohnerhöhung bei gleichem Gewinnaufschlag veränderte nur den Maßstab der Preise. Hier setzt sich durch, das die aufgewendete Arbeit das Maß des Wertes ist. Ein sogar erheblich höherer Lohn verändert bei gleicher Gewinnrate die Verteilungsverhältnisse nicht, führt aber zu entsprechend höheren Preisen. Die Lohnerhöhung um 40 % führte im Beispiel zu einer Erhöhung der Produktionsmittelpreise um 42 %.

Weil die Konsumgüterpreise auf die Lohnhöhe abgestimmt bleiben, führt die Einführung des sogenannten Produktionspreises nicht zu einem einheitlichem Preismaßstab. In-

Tabelle 9.1

Vergleich der Methoden der Bekämpfung der sozialistischen Inflation

	Wert	Preis	20 %	20 %+ 40 % Lohnerh.	Von da aus 3 %	Geteilt durch 1,4
Gesellschaftliches Gesamtprodukt	**2700**	**3050**	**4987**	**6968**	**4183**	**2988**
% zur Vergleichsbasis	89	100	164	228	137	98
Ersatzfonds C, fixes Kapital	**1850**	**1850**	**3642**	**5083**	**2510**	**1793**
% zur Vergleichsbasis	100	100	197	275	136	97
Akkumulation zu laufenden Preisen	**150**	**150**	**295**	**415**	**203**	**145**
Anteil der Akkumulation am gesellschaftlichen Gesamtprodukt (%)	55,56	4,92	5,92	5,96	4,85	4,85
Akkumulation zu festen Preisen	**150**	**150**	**150**	**150**	**150**	**150**
Gesamtgesellschaftliche Gewinnrate (%)	**14,9**	**17,3**	**13,6**	**13,6**	**17,5**	**17,5**
Lohn	**500**	**750**	**750**	**1050**	**1050**	**750**
Lohnanteil am gesellschaftlichen Gesamtprodukt (%)	19	25	15	15	25	25
Gesellschaftliche Konsumtion	**200**	**300**	**300**	**420**	**420**	**300**
Deren Anteil an gesellschaftlichen Gesamtprodukt (%)	7	10	6	6	10	10
Akkumulation + ges. Konsumtion + Lohn = Nationaleinkommen	**850**	**1200**	**1345**	**1885**	**1673**	**1195**
Anteil am gesellschaftlichen Gesamtprodukt (%)	31,5	39,3	27,0	27,1	40	40
Anteil C an gesellschaftlichen Gesamtprodukt (%)	68,5	60,7	73,0	72,9	60	60
Summe (%)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

dustrieabgabepreise und Einzelhandelspreise bleiben verschiedene Kategorien. Es bleibt bei zwei Preismaßstäben.

Die Tücke der ökonomischen Gesetze und besonders des „wahren Wertes“ zeigt sich besonders deutlich in der Tatsache, daß man den Anteil des Nationaleinkommens am gesellschaftlichen Gesamtprodukt am leichtesten durch die richtige, die sozialistische Preisbildungsregel erhöht, also über die niedrigen Produktionsmittelpreise und Umschlag des Konsumtionsfonds zu entsprechend erhöhten Preisen.

Ökonomische Gesetzte kann man nicht umwandeln, sagt Stalin in den „Ökonomischen

Problemen“. Das Gesetz des Produktionspreises und der Durchschnittsprofitrate ist die Art, wie das Wertgesetz sich in der kapitalistischen Produktion darstellt. So werden die Verteilungsverhältnisse auf kapitalistisch abgestimmt. Es ist nun klar – und durch das Experiment erwiesen – daß weder Produktionspreis noch Durchschnittsprofitrate zur Führung der sozialistischen Wirtschaft geeignet sind. Die Vorzüge des Produktionspreises, über die Profitgier die Produktion zu stimulieren, können unter sozialistischen Verhältnissen nicht zur Wirkung kommen.

Die Produktions- und somit die Verteilungsverhältnisse haben sich nach der sozialistischen Revolution grundlegend geändert. Marxens Vorschlag aus dem „Kapital“, I, S. 92: *„Stellen wir uns endlich, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben ... Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel. Er bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsmitgliedern verzehrt. Er muß daher unter sie verteilt werden. Die Art der Verteilung wird wechseln mit der Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden Entwicklungshöhe der Produzenten. Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine* ***doppelte*** *Rolle spielen. Ihre gesellschaftliche planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution.“*

Der Verein freier Menschen ist unter sozialistischen Verhältnissen nicht ein Betrieb, das ist der sozialistische Staat als Ganzes. Die zentrale Planung regelt die Verteilung der Arbeit nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen, dazu ist ein einzelner Betrieb nicht imstande, dazu braucht man eine funktionierende Volkswirtschaft, einen Staat, der die Bildung organisiert und für die nicht arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft sorgt. Den Sozialismus kann man nicht etwa über konkurrierende Genossenschaften organisieren.

Und Marx, Kapital, I, S. 552: *„Die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsform erlaubt, den Arbeitstag auf die notwendige Arbeit zu beschränken. Jedoch würde die letztere, unter sonst gleichen Umständen, ihren Raum ausdehnen. Einerseits, weil die Lebensbedingungen des Arbeiters reicher und seine Lebensansprüche größer. Andererseits würde ein Teil des jetzigen Mehrprodukts zur notwendigen Arbeit zählen, nämlich die zur Erzielung eines gesellschaftlichen Reserve- und Akkumulationsfonds nötige Arbeit.“*

Hier kann man ergänzen: Wenn die Arbeiterklasse zur Sicherung ihrer Herrschaft noch den Staat benötigt, dann sind die Kosten des Staates selbstverständlich auch gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für die Unterhaltung des Staatsapparats einschließlich der Armee ist – was sonst – notwendige Arbeit aufzuwenden.

Übrigens gab es nie Streit darum, daß im Sozialismus alle Arbeit notwendige Arbeit ist, weil geplant nach den Bedürfnissen der Gesellschaft. Man teilte ein in „Produkt für

sich“, den Lohn, und „Produkt für die Gesellschaft“, wobei man immer wieder feststellte, daß die Grenzen sich nicht scharf ziehen lassen. Den akademische Streit, wem die Arbeitskraft gehört, streifen wir nur mit einem Zitat von Hans Luft (Plan- und Warenproduktion, 1980): *„Als entscheidende Erscheinungsform des menschlichen Wesens als Persönlichkeit kann im Sozialismus die Arbeitskraft des Menschen weder als persönliches noch als gesellschaftliches Eigentum definiert werden. Ich stimme vielmehr mit Medwedew überein, der die Arbeitskraft als Attribut des Menschen, seiner Persönlichkeit bezeichnet. Weder der Mensch noch seine Arbeitskraft können im Sozialismus Objekt von Eigentum, der Aneignung oder Veräußerung sein.*

Die Geldform des Arbeitslohnes ... ergibt sich als Folge der Existenz der Warenproduktion und betrifft nur die äußere Form der individuellen Aneignung, deren Wesen durch das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln als gesellschaftliches Eigentum bestimmt ist. Dementsprechend sind die Arbeitseinkommen im Sozialismus Geldausdruck des Teils des von den Werktätigen geschaffenen Neuwerts ... “.

Wenn das gesamte Nationaleinkommen Eigentum der Produzenten ist, steht nichts im Wege, annähernd das gesamte Nationaleinkommen auszuzahlen, wie das Mstislawski beschrieb. **Nach** der Auszahlung setzt die Verteilung ein und für die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben kommen wieder unmittelbar die Produzenten auf, wer sonst? In der Sowjetunion erfolgt die Umverteilung bis Ende der 50er Jahre, wie wir gesehen haben, über die Preise, mittels der Umsatzsteuer auf die Waren der Abteilung II.

Mstislawski hat bei der Erklärung des Produktions- und Umsatzschemas einen Zwischenschritt vernachlässigt, den wir jetzt zur Erläuterung nachholen wollen.

Das bekannte Wertschema:

1400_c	+	350_v	+	250_m	=	2000	Gewinn:	14,3 %
450_c	+	150_v	+	100_m	=	700		16,7 %
1850_c	+	500_v	+	350_m	=	2700		14,9 %

Das Nationaleinkommen beträgt 850, der Lohn nähert sich mit 750 dem Nationaleinkommen an. Der Plangewinn beträgt 3,9 %:

1400_c	+	525_v	+	75_m	=	2000
450_c	+	225_v	+	26_m	=	701
1850_c	+	750_v	+	101_m	=	2701

Das ist wertgetreu Weil aber der Lohn um 50 % gestiegen ist, wird der Konsumgüterfonds zu Preisen von 150 % verkauft. Der Mehrerlös fließt an den Staat für die Akkumulation und die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben. Diese Preiserhöhung läßt das Nationaleinkommen und das gesellschaftliche Gesamtprodukt nominell wachsen und so kommen wir zu „stalinistischen Modifikation“ des Wertschemas. Danach sind die Produktionsmittel nicht „zu billig“ und die Konsumtionsmittel nicht „zu teuer“. Alles ist nach den Bedürfnissen und den Einkommen abgestimmt.

1400_c	+	525_v	+	75_m	=	2000
450_c	+	225_v	+	375_m	=	1050
1850_c	+	750_v	+	450_m	=	3050

Den Staat finanzieren nicht „die Betriebe“, sondern die Bürger über den Warenkauf, ebenso die Akkumulation. Überraschend ist das nicht – Es ist ja kein anderer da, der es tun könnte. Alles ist so durchsichtig, wie Marx meinte. Übrigens zahlen hier alle, die Stachanowarbeiter wie die Professoren, Hausfrauen und Rentner.

Man kann die Verteilung auch anders regeln. Nämlich über Lohnsteuern, Versicherungsbeiträge u.ä., wenn man auf dem „wahren“ Wert besteht. Voraussetzung ist, daß die Summe von Lohn und Plangewinn nicht das „wertgerechte“ Nationaleinkommen von im Beispiel 850 überschreiten. Wird diese Summe größer, läßt sich der Preisauftrieb nicht verhindern. (Dieses Beispiel hat die Sowjetunion in der Kriegswirtschaft geliefert. Der Lohn stieg bei konstanten Produktionsmittelpreisen zu schnell, damit wurden die Betriebe der Abteilung I zu Verlustbetrieben. Der Ausgleich erfolgte über eine Industriepreisreform. Es hatte sich der Preismaßstab geändert.)

Wir nehmen Mstislawskis Zahlen:

1400_c	+	525_v	+	75_m	=	2000
450_c	+	225_v	+	26_m	=	701
1850_c	+	750_v	+	101_m	=	2701

Wir stellen fest, dem Staat fehlen noch 249 an den 350_m der Wertrechnung, dem Konsumtionsfonds fehlt gegenüber den Löhnen ein Drittel an Wertvolumen – und so werden Steuern und Abgaben festgelegt. (Erinnerung an Strumilin: Das Marktgleichgewicht wird ganz leicht per Plan über Lohn, Preis und Steuer hergestellt). Es ergibt sich:

$1850_c + (750_v - 250_{St}) + (101_m + 250_{St}) = 1850_c + 500_v + 351_m = 2701$

Somit kann man auch den Konsumtionsfonds wertgetreu umschlagen.

Es zahlen hier nicht alle Bürger, wie bei der Umverteilung über die Preise, sondern die produktiven Arbeiter für den Staat und die Akkumulation.

Wenn man statt 3,9 % Plangewinn 10 % setzt, so kann man den Lohn nur auf das 1,2fache erhöhen und folglich sind über Steuern nur 100 umverteilen:

1400_c	+	420_v	+	182_m	=	2002
450_c	+	180_v	+	63_m	=	693
1850_c	+	600_v	+	245_m	=	2695
	–	100	+	100		
1850_c	+	500_v	+	345_m	=	2695

Daraus kann man den Extremfall, der den „wahren“ Wert schützt, ableiten: Die Volkswirtschaft wird als einheitliches Staatsunternehmen aufgefaßt, alle Werktätigen sind Angestellte dieses Unternehmens, der Nettolohn bleibt bei 500, die Preise entsprechen dem Wert, der Mehrwert wird zugunsten des Staates eingezogen.

Damit allerdings nutzt man hier zu wenig die Stimulierungsfunktion eines hohen Lohnanteils an den Selbstkosten. Weil in die Selbstkosten nicht fast das gesamte Mehrprodukt eingeht (und deshalb nicht alle aufgewendete Arbeit), sich deshalb die Selbstkosten noch nicht wertmäßig dem Gesamtprodukt nähern, ist die Arbeit zu niedrig bewertet. Die Selbstkosten fallen nicht mehr annähernd mit den Produktionskosten zusammen. Es wird nur der „bezahlte Teil“, wie unter kapitalistischen Verhältnissen, erfaßt.

9.1 Warenproduktion und Geld im Sozialismus

Kommunismus ist mit Warenproduktion und Geldwirtschaft unvereinbar.

Ein Widerspruch, und nicht der geringste, ist, daß sich im realexistierenden Sozialismus, der die erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsordnung ist, beides erhalten hat. Die Gründe, die gesucht und gefunden wurden, brauchen hier nicht noch einmal wiederholt zu werden.

Stalins Begründung reicht: Neben gesamtgesellschaftlichem Eigentum existiert noch genossenschaftliches Eigentum (und in der Übergangsperiode zum Sozialismus sogar noch Privateigentum) an Produktionsmitteln. Ich halte zudem noch den Einfluß der kapitalistischen Umwelt, mit der man Handel treibt, für wesentlich.

Aber die sozialistische Produktionsweise bewirkt bereits, daß die Produkte zwar mehr oder minder warenförmig sind, aber keine reine Ware im klassischen Sinn mehr besteht. Überall wirkt sich der Plan und damit die neue Produktionsweise aus. Die kapitalistische Warenproduktion ist abgeschafft und mit ihr der kapitalistische Produktionspreis. Es stellt sich auch keine einfache Warenproduktion mit dem ihr entsprechendem Wertpreis ein. Es ist eine Warenproduktion besonderer Art, sagte Stalin, nämlich eine Warenproduktion vereinigter Produzenten.

Sozialistisches Geld ist kein richtiges Geld, sondern eine Binnenwährung. Man kann dafür nicht mehr alles kaufen. Beides, Warenproduktion und Geld, sollten auf dem Weg zum Kommunismus nützen und möglichst wenig bremsen. Übrigens, man braucht Widersprüche nicht zu fürchten, sie treiben die Entwicklung voran.

Daß mögliche sozialistische „Abarten“ des Produktionspreises sich negativ auswirken, wurde gezeigt. Es muß hier aber auch gesagt werden, daß allein die Erprobung des „Produktionspreises“ oder des Wertpreises mit geplanten Gewinnaufschlägen noch nicht ruinös ist. Der Sozialismus ist stark genug, um Experimente auszuhalten. Man konnte Ende der 50er Jahre durchaus noch geteilter Meinung über die Zweckmäßigkeit des Selbstkostenpreises sein. Wir haben ja die Diskussion verfolgt, die Meinungen gingen bekanntlich auseinander. Allerdings wurden mit der Änderung des Preissystems bereits Interessen bedient. An den sozialistischen Eigentumsverhältnissen änderte sich jedoch noch nichts. Geändert wurde mit der Änderung des Preissystems aber notwendig der Umverteilungsmodus. Zum ernsten Problem wurde die Sache erst, als man auch nach den ersten negativen Folgen auf der „relativen Selbständigkeit“ der Betriebe bestand, eine ganze Wissenschaft darauf aufbaute und darüber die Klassenfrage und den Kommunismus vergaß. Letzteres war die Revision des Marxismus und das Abwürgen der revolutionären Umgestaltung der sozialistischen Gesellschaft in eine kommunistische.

Jetzt aber ergibt sich die Frage, ob es eine richtige, der sozialistischen Produktionsweise eigene Preisbildungsregel gibt, die ab Übergangsperiode nach der sozialistischen Revolution bis zum „Beginn“ des vollendeten Kommunismus gilt.

Im Sozialismus sind zwei grundverschiedene Preistypen vorhanden: die Industrie- und die Einzelhandelspreise. In der Industrie und zunehmend auch in der Landwirtschaft ist der Aufwand möglichst richtig zu erfassen. Der Selbstkostenpreis mit niedrigem Plangewinn, der sich dem tatsächlichen Produktionskosten und damit dem Wertpreis annähert, erfaßt den Aufwand relativ richtig und hat weitere Vorteile, wie wir gesehen haben. Er

fördert die Einführung neuer Technik und zwingt, kräftig Arbeitszeit einzusparen, indem er den vollen Arbeitsaufwand in Rechnung stellt. Zur Kontrolle der Produktion ist er gut geeignet und er ermöglicht in der Zukunft den Übergang zur Erfassung der Arbeitszeit anstatt des Wertes, gerade aus dem Grund, weil er den „vollen Wert“ über die Selbstkosten annähernd erfaßt. In der Produktion fungiert das Geld bis dahin noch als Maß des Wertes und als Rechengeld. Die ursprüngliche Geldfunktion ist eingeschränkt: Dem sozialistischen Geld ist immer anzusehen, woher es kommt und es ist nicht mehr gegen alles eintauschbar. Auch die Verwendung der Mittel ist geplant.

Das sozialistische Problem ist die Verteilung. Ober wurden zwei Beispiele angeführt: die Umverteilung des Nationaleinkommens durch die Preise oder durch Abgaben/Steuern vom Lohn. Hier, denke ich, kann man keine „reine Lehre“ durchsetzen. Die Umverteilung hauptsächlich über die Preise war für die Sowjetunion vorteilhaft, weil der Lohn nicht den überwiegenden Teil der Einkünfte der Bevölkerung ausmachte. Die gesamte Bauernklasse, „das Dorf“, bezog Einkünfte aus der eigenen Wirtschaft. Das bäuerliche Produkt „für die Gesellschaft“ war über Steuern schwerer einzuziehen. Wenn aber Vollbeschäftigung herrscht und die Mehrzahl der Beschäftigten Lohn oder Gehalt bekommt, könnten dagegen Abgaben bequemer sein. Man muß auch die Traditionen beachten. War die Gesellschaft unter vorsozialistischen Verhältnissen an Abgaben gewöhnt, so sollte man es dabei belassen und die Preise nicht ohne Not in Bewegung bringen. Überschaubare Preise geben den Leuten Sicherheit. Weil die Reproduktionsbedingungen sich ändern werden, können auf Dauer auch die Preise ja doch nicht gleichbleiben, aber das sind nicht so schwerwiegende oder gar plötzliche Veränderungen.

Weiter: Man soll sich nicht die Möglichkeit der politischen Preisbildung nehmen, z. B. wie die Sowjetunion die Elektrifizierung mit sehr niedrigen Strompreisen stimulierte. Es wird sich also wahrscheinlich immer eine Mischform herausbilden.

Man muß mit beiden Mitteln souverän umgehen und berücksichtigen, daß es viel mehr auf das naturale Nationaleinkommen ankommt, um den Wohlstand der Bevölkerung zu heben, und daß die Bilanz zwischen Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung aufgeht. Die Wertform hat zu dienen und nicht zu herrschen.

Die Verteilung im Sozialismus erfolgte von Anfang an nicht rein sozialistisch, also nach dem Leistungsprinzip. Es gab Anfänge der kommunistischen Verteilung seit der sozialistischen Revolution. Das kostenlose Gesundheitswesen, die kostenlose Kinderbetreuung, Kultur und Sportangebote können als Beispiel dienen. Es gab auch Zwischenformen: Die Mieten waren in der DDR sehr niedrig, aber alles Geld, was einer hatte, verhalf nicht zu einer größeren Wohnung. Da erfolgte die Verteilung zwar noch nicht nach den Bedürfnissen, wohl aber nach dem Bedarf. Es ließen sich weiter Beispiele finden.

All das zählte man richtig zu den sozialen Errungenschaften.

Um zum Kommunismus zu gelangen, muß in der sozialistischen Periode der Anteil der kommunistischen Verteilung gegenüber der Verteilung nach Leistung steigen.

Judkin (und nach ihm noch viele) erklärte in der Wertgesetzdiskussion 1958: *„Die Werktätigen betrachten ihre Arbeit als Mittel zum Leben, d. h. als Arbeit, die ein Entgelt erheischt“*, das verlange äquivalenten Austausch und deshalb sei die Arbeit also nicht nur konkrete nützliche Arbeit, sie ist auch ein ökonomisches Verhältnis und hat damit Züge der abstrakten Arbeit.

Diese Fragestellung ist nicht nur akademisch. Hier ist wieder der Klassenstandpunkt obligatorisch. „Die Werktätigen“ nämlich haben recht und Marx auf ihrer Seite (Kapital, I, S. 198): *„Der Arbeitsprozeß … ist zweckmäßige Tätigkeit zur Herstellung von Gebrauchswerten, Aneignung des Natürlichen für menschliche Bedürfnisse, allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur,* ***ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens*** *und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam.“*

Wenn der Austausch nicht anders erfolgt als über Warenkauf gegen Geld, und sei es sozialistisches, so erheischt die Arbeit natürlich Entgelt. Die Formen der Verteilung und damit des Austausches sind aber ja gerade von der Gesellschaftsform abhängig.

Im Jahr 1958 noch protestierte gegen Judkin z. B. Skipetrow: *„Die Arbeit als Mittel zum Leben, das ist ein stets vorhandenes Merkmal der Arbeit, … Aus der Tatsache aber, daß die Arbeit im Sozialismus noch nicht zum ersten Lebensbedürfnis geworden ist, entspringt lediglich die Notwendigkeit der Verteilung nach Arbeitsleistung!“*

Das aber sei nicht das gleiche wie eine Verteilung mittels des Handel. Damit brach die Entwicklung der Theorie ab. Man blieb dabei, Arbeit erheischt Entgelt. Deshalb ist für Gebrauchswerte zu zahlen.

Zwanzig weitere sozialistische Jahre aber entwickelten nicht nur die sozialistische Warenproduktion, sondern auch ihre Widersprüche bei der Verteilung. Bis in die 60er Jahre galten Preissenkungen als sehr wünschenswertes Mittel, um den Reallohn zu steigern. Sinkende Preise aber zeigten immer mehr ihre Nachteile (s. o., Richter, 1969): Wenn die Preise im gleichen Ausmaß wie die Werte sinken, so läßt sich das Nationaleinkommen zu effektiven (wertgerechten) Preisen nur erhöhen, wenn mehr gesellschaftlich notwendige Arbeit verausgabt wird. Dabei hat die ganze Bevölkerung gleichen Anteil an der Steigerung der Arbeitsproduktivität über die sinkenden Preise.

Weil aber Bedürfnisse mit materiellen Gütern befriedigt werden, muß das kein ja Nachteil sein. Der Nachteil ist: Das Verhältnis zwischen v und m (immer in ihrer sozialistischen Modifikation) läßt sich nur über nominelle Einkommenssenkungen ändern. Will man also den Geltungsbereich der kommunistischen Verteilung aus den gesamtgesellschaftlichen Einkommen erhöhen, so sind die Löhne entsprechend zu senken.

Ein zweites Problem sind nach Richter die Spareinlagen, die bei sinkenden Preisen an Wert gewinnen, selbst wenn die Preise weniger sinken als die Werte. Spareinlagen sind auf Dauer ein wirkliches Problem, das ganz allein der Geldwirtschaft zuzurechnen ist. Zu Anfang ist Sparen günstig, nicht nur für den einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft. Damit kann der Konsumtionsfonds geringer sein als das Einkommen, in Zeiten der Knappheit hilft das weiter. Aber irgendwann wollen die Leute etwas kaufen für ihr Geld. Gespart wird im Sozialismus ja nicht für schlechte Zeiten. Jeder weiß: Das Recht auf Arbeit sichert, daß jeden Monat Geld verdient wird, daß man sogar zur Rente wird dazu verdienen können und daß die Ausbildung der Kinder vom Staat finanziert wird.

Sozialistisch ist es so, daß für gespartes Geld nichts als Konsumgüter zu kaufen sind. Man braucht also zunehmend Konsumgüter zur Befriedigung von Bedürfnissen, die über die täglichen Bedürfnisse hinaus gehen: PKW, Heimwerkergerät u.ä.

In der Sowjetunion gab es den freien Kolchosmarkt, der „überflüssiges“ (nur über

den Plan überflüssig) Geld aufsog und gleichzeitig, wenn auch zu höheren Preisen, half, den Grad der Bedürfnisbefriedigung zu erhöhen. Bei einer Lebensmittelversorgung wie z. B. in der DDR, die die Bedürfnisse im großen und ganzen deckte, reizten zusätzliche Lebensmittel nicht genug; hier wurde das System der Forumschecks erfunden.

Spareinlagen senken auch die Stimulierungsfunktion des Lohnes, weil mit Lohnabzug kein tatsächlicher Verzicht verbunden sein muß. Lohnerhöhung und Prämien wirken zunehmend nur moralisch, sie dokumentieren den Grad der Anerkennung, erhöhen aber nicht in gleichem Maße den Konsum. Die persönlichen Rücklagen werden größer, ohne daß das Geld sofort umgesetzt wird.

Denkt man sich die Verteilung kommunistisch, würden solche Überhänge gar nicht erst entstehen. Man kann im Kommunismus wohl nach den Bedürfnissen konsumieren, aber man kann keine Verbrauchsberechtigung, wie es das sozialistische Geld darstellt, akkumulieren.

Der Lohn entspricht im Sozialismus dem Anteil jedes einzelnen am gesellschaftlichen Produkt entsprechend seines Anteils an der aufgebrachten gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Für einen z. B. achtstündigen Arbeitstag erhält man Geld, für das man Produkte eintauschen kann, für die, gleiches Verhältnis von $v : m$ vorausgesetzt, vier Arbeitsstunden aufgewandt wurden.

Genügt zur täglichen (monatlichen, jährlichen) Bedürfnisbefriedigung eines immer größeren Teils der Gesellschaft die Arbeit von drei oder nur zwei Stunden täglich, so wird Geld gespart. Der Anspruch auf Produkte aber bleibt erhalten. Es ist ausdrücklich eine Verbrauchsberechtigung: Für sozialistisches Geld kann man nur sozialistische Waren kaufen, nichts anderes, nicht einmal Freizeit. Und gerade weil diese Ansprüche bestehen und aufgespart werden können, hat es die sozialistische Gesellschaft schwer, immer mehr Bedürfnisse, die sie bereits ganz gut befriedigen kann (Lebensmittel, Wasser, Strom, Wohnung, Heizung, Personenverkehr usw.) als gesamtgesellschaftliche zu betrachten und gesamtgesellschaftlich nach Bedürfnis und ohne Entgelt zu befriedigen, also zur kommunistischen Verteilung überzugehen. Und es ist auch völlig undiskutabel, nur weil sich genügend sozialistisches Geld in Umlauf befindet, die private Konsumtion zu Lasten der Akkumulation zu erhöhen. Das gesamtgesellschaftliche Eigentum hat immer den Vorrang, denn nur das sichert in letzter Konsequenz auch das persönliche Eigentum.

Um in immer weiteren Bereichen zur kommunistischen Verteilung übergehen zu können, muß erstens das Verhältnis von $v : m$, also das individuelle Arbeitsentgelt v zu dem über den Staatshaushalt zu befriedigenden Bedürfnissen m, zugunsten von m verändert werden. Das ist ja noch halbwegs leicht zu vermitteln. Aber zweitens sind auch die Spareinlagen zwangsläufig nach den neuen Verteilungsverhältnissen umzubewerten.

Diese Schwierigkeit trifft natürlich nicht hauptsächlich den sozialistischen Durchschnittsarbeiter, sondern meist die – um den Westausdruck zu verwenden – „Besserverdienenden", die „Elite", wobei die sozialistischen Eliten bei weitem nicht soviel kriegten wie die kapitalistischen. Sie haben jedoch genug, um den Mangel nicht zu kennen und sich über die entwickelten Bedürfnisse hinaus etwas Luxus leisten zu können. Die Elite aber saß auf den Posten, wo die Entscheidungen fielen.

Hier ist nicht der Platz, um zu diskutieren, ob z. B. ein Kühlschrank ein hochwertiges Konsumgut ist und damit „erspart" werden muß, oder ob ein Kühlschrank wie die

Badewanne ganz einfach in jede ordentliche Mietwohnung gehört und damit gemietet wird. Fakt aber ist, daß fertige Lösungen für die Verteilung und Preisgestaltung des Konsumtionsfonds nicht vorliegen. Hier kann es auch keine für die ganze sozialistische Phase gültige Regel geben. Die Preisbildung – und noch mehr: die Instrumente Lohn, Preis und Steuer – muß sich nach den Aufgaben und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung (Eigentumsverhältnisse, Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins, Produktivkraftentwicklung) richten.

Materielle Interessiertheit läßt sich im Sozialismus nicht mehr auf Geld beschränken. Interessante Aufgaben, Kultur und Bildungsmöglichkeiten, Vielfalt der Interessen, immer neue Herausforderungen fallen zunehmend ins Gewicht. Arbeit bestimmt den Platz in der Gesellschaft nicht mehr allein über persönlichen Aufstieg, sondern immer stärker über die Zugehörigkeit, die Verantwortlichkeit wenn nicht gleich für die Gesellschaft, so doch für das Kollektiv. Arbeit ist die Form, in der jedermann gesellschaftlich aktiv wird. Jedem Menschen soll die Möglichkeit gegeben werden, sich in der kollektiven Arbeit als Mensch zu verwirklichen, für sich und für die Gesellschaft. Gerade das macht die Arbeit aus einer Last immer mehr zu einem Bedürfnis und bringt die Gesellschaft dem Kommunismus näher.

Die Gesellschaft und besonders die Arbeiterklasse muß mit Lohn, Preis und Steuer als Mittel der Verteilung umzugehen wissen, also müssen die Verhältnisse durchsichtig gestaltet und Lohn, Preis und Steuer als Mittel kenntlich gemacht werden.

9.2 Ausblick

Zur alten DDR führt kein Weg mehr zurück. Das haben wir verspielt. Die Frage, wie man ein außer Kurs geratenes Preissystem wieder in Ordnung bringt, ist zwar interessant, hat aber jetzt keine praktische Bedeutung mehr.

Aber der Weg nach vorn, zum Sozialismus, ist offen. Und da sollte man die gemachten Erfahrungen auswerten und nutzen. Man muß – nach einer erfolgreichen sozialistischen Revolution – den Sozialismus erst wieder aufbauen. Eine Übergangsphase ist unumgänglich.

Die Diktatur des Proletariats vorausgesetzt, sollen zum Schluß, nachdem am Anfang erzählt wurde, wie es die Bolschewiki in Rußland machten, die Vorschläge des Kommunistischen Manifests von 1848 auf ihre Aktualität und Durchführbarkeit für das heutige Deutschland überprüft werden.

Hier sind sie:

1. *Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.*
2. *Starke Progressivsteuer.*
3. *Abschaffung des Erbrechts.*
4. *Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.*
5. *Zentralisation des Kredits in den Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatsmonopol.*
6. *Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staates.*

7. *Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.*
8. *Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.*
9. *Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land.*
10. *Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw.*

Diese Maßnahmen werden im Manifest als *„despotische Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse"* bezeichnet, die aber geeignet sind, *„der Bourgeoisie nach und nach alle Herrschaft zu entreißen, alle Produktionsmittel in den Händen des Staates d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren"*.

Es sind *„Maßregeln ..., die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind."* Historische und nationale Unterschiede, meinen Marx und Engels, sind zu berücksichtigen.

1. **Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.**
   Unter gegenwärtigen deutschen Verhältnissen ist das Grundeigentum als ein aus dem Feudalismus stammendes Recht nicht mehr bestimmend. Grundeigentum hat sich zu einer Art des bürgerlichen Eigentums entwickelt. Grund und Boden werden immer mehr Spekulationsobjekt.
   Es geht nicht nur um Hektar Wald oder Ackerland, es geht viel öfter um Quadratmeterpreise in Innenstädten. Grund und Boden gelten als sichere Geldanlage, weil die Bodenpreise stetig stiegen. Das gilt auch für die Besitzer von Eigenheimen. Bodenpreise und hohe Grundsteuern verteuern die Mieten.
   In der Landwirtschaft besteht Privateigentum an Grund und Boden, welches aber unterschiedlich strukturiert ist, in GmbHs und Einzelunternehmen. Landnot der Bauern besteht nicht, im Gegenteil, aus Konkurrenzgründen liegen Flächen brach. Die Lage der Bauern als Klasse kann man mit einer pauschalen Enteignung nicht verbessern.
   Es bleibt nur übrig, großen (kapitalistischen) Einzelbesitz zu verstaatlichen, ähnlich der Nationalisierung von Betrieben. Genossenschaften und Kleinbauern behalten ihren Boden. Der Verkauf ist zu beschränken, Ackerland muß der Landwirtschaft erhalten bleiben.
   Grundeigentum zur gewerblicher Nutzung und zu Wohnzwecken sollte generell verstaatlicht und zur unbegrenzten Nutzung übergeben werden. Von kapitalistisch Wirtschaftenden muß man die Pacht einfordern. Privateigentum am Grund und Boden des Eigenheims bleibt bestehen. Die Verhältnisse sind aber umzukehren: nicht das Häuschen gehört zum Boden, sondern der Boden zum Haus. Spekulation mit Grundeigentum ist gesetzlich zu verhindern, Verkauf z. B. nur mit Genehmigung, oder zweckgebunden.

2. **Starke Progressivsteuer.**
   Das reicht nicht aus. Notwendig ist eine Vermögenssteuer, weil das Unternehmertum regelmäßig Verluste geltend macht. Eine „Produktionsfondsabgabe“ ist sinnvoll.
3. **Abschaffung des Erbrechts.**
   Auch das Erbrecht kann man nicht so pauschal abschaffen. Persönliches Eigentum konnte sowohl in der Sowjetunion als auch in der DDR vererbt werden. Es reicht, für die Übergangsperiode die Erbschaftssteuer stark progressiv zu gestalten. Es muß klar und deutlich gesagt werden, daß Eigenheime, Lebensversicherungen des Normalverdieners, die Produktionsausrüstungen von Leuten, die keine fremde, sondern nur die eigene Arbeitskraft ausbeuten, gesichert sind. Solches Eigentum soll man unter den Schutz des proletarischen Staates stellen. Das ist eine Frage der **Bündnispolitik**, man kann nicht um der reinen Lehre willen die werktätigen Massen enteignen.
4. **Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.**
   Da bleibt gar nichts anderes übrig. Das ist nicht nur eine ökonomische Frage, sondern auch eine Frage des Machterhalts.
5. **Zentralisation des Kredits in den Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatsmonopol.**
   Einer der wichtigsten Punkte. Den sollte man wegen der Bedeutung der Sache ganz oben an stellen.
   Hier gibt es Lehren der Oktoberrevolution: am 27. Dezember 1918 erfolgte die Nationalisierung der Banken. Es wurden alle zaristischen Anleihen annulliert. Letzteres ist natürlich ein harter Schlag und man muß überlegen, was man mit „Bundesschätzchen“ macht, die von Arbeitern gekauft wurden. Allerdings ist keine andere Möglichkeit zur Entschuldung des Staates in Sicht. Man wird eine Einkommensgrenze festlegen müssen, ähnlich wie bei Geldreformen die Sache staffeln müssen.
   Die Nationalisierung der Banken schafft die Möglichkeit der Kontrolle der gesamten Wirtschaft, auch des verbliebenen kapitalistischen Eigentums. Aus den frühen sowjetischen Jahren ist bekannt, daß die Unternehmerkonten bestehen blieben, die Auszahlungen aber reglementiert wurden.
6. **Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staates.**
   Dabei sollte man nicht nur an Eisenbahn, Schiffahrt und Flugverkehr denken. Ein großes Problem wird der dezentralisierte LKW-Transport mit seinen vielen Kleinunternehmern. Es soll nicht vergessen werden, daß gerade die Fuhrunternehmer dem sozialistischen Präsidenten Allende das Wasser abgruben. Hier lauert die Gefahr von Versorgungsproblemen. Alle Kleinunternehmen kann man unmöglich sofort verstaatlichen. Hier muß man sich liieren und **Bündnis**partner werben. Vielleicht kann man mit Staatsaufträgen arbeiten und die Treibstoffversorgung zentralisieren?
7. **Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.**
   Die Einführung der Planwirtschaft ergibt sich zwingend aus der Nationalisierung,

auch wenn sie sich vorerst nur auf das Eigentum der „Emigranten und Rebellen“ beschränkt.
Ein Lenin-Zitat: *„Die Konfiskation des Eigentums der Kapitalisten wird nicht einmal der ‚Kernpunkt‘ der Sache sein, sondern die allumfassende, vom ganzen Volk getragene Arbeiterkontrolle über die Kapitalisten und ihre möglichen Anhänger. Mit der Konfiskation allein ist es nicht getan, denn sie enthält kein Element der Organisation, der Rechnungsführung über die richtige Verteilung. Die Konfiskation können wir leicht durch die Erhebung einer gerechten Steuer ersetzen ... – wichtig ist nur, daß es unmöglich gemacht wird, sich der Rechenschaftslegung auf irgendeine Weise zu entziehen. Diese Möglichkeit wird aber nur durch die Arbeiterkontrolle des Arbeiterstaates ausgeschaltet werden.“* (Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?) Lenin hat recht.

8. **Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.**
   Vorrangig, sagt Lenin in „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, für die Reichen. Ein Arbeitsbuch für alle. Oder der grüne Ausweis der Sozialversicherung der DDR.
   Arbeitszwang für alle würden wohl die Arbeitslosen am meisten begrüßen. Leider schafft die sozialistische Revolution mit ihrem Stattfinden noch keinen einzigen Arbeitsplatz. Man wird gezwungen sein, die Arbeit „gerechter“ zu verteilen.
9. **Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land.**
   Der Sozialismus ging andere Wege. Eine vernünftige Standortpolitik mit kurzen Wegen verteilt die Verarbeitungsindustrie. Der Landwirtschaftsbetrieb wurde nach industriellem Muster organisiert, für gleiche Bildung wurde gesorgt und für eine gleichmäßige kulturelle Entwicklung.
10. **Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw.**
    Öffentlich und unentgeltlich auf allen Stufen! Abschaffung des mehrstufigen Bildungssystems, der Privatschulen. Einführung des polytechnischen Unterrichts bis zum Facharbeiterniveau in 12 Schuljahren. Weiterführende Schulen für alle.

Zu den ökonomischen Problemen etwas genauer. Darunter fällt die Schaffung der Nationalbank, der Arbeitszwang für alle und das Nebeneinander von verschiedenen Eigentumsformen in der Wirtschaft, weil man nicht alles sofort verstaatlichen kann.

Die Arbeiterklasse macht die sozialistische Revolution, weil sie ihre Lage für verzweifelt hält. Es ist also notwendig, sofort Maßnahmen zu treffen, um die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern:

- Anhebung des Lohnes
- Abschaffung von Überstunden
- Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Anhebung des Lohnes kann sich in Deutschland auf den Niedriglohnsektor beschränken, der in der nächsten Zeit noch ausgeweitet werden wird. Für die Masse der Arbeiter kann das Lohnniveau beibehalten werden. Der Reallohn steigt, indem die Ar-

beitslosenversicherung abgeschafft und die Sozialversicherung sofort verstaatlicht und vereinheitlicht wird. Insgesamt soll der Versicherungsbetrag (Anteil des Arbeiters) 12 % des Lohnes nicht übersteigen. Damit liegt er niedriger als zur Zeit. Für die Unternehmer brauchte sich nichts zu ändern, die könnten den altgewohnten Beitrag in heutiger Höhe zahlen. (Oder, sollten demnächst die Arbeitgeber-Beiträge gesenkt werden, den Beitrag des Jahres 2004.)

Die Arbeitslosigkeit hat sich zum größten Problem der gesamten Gesellschaft ausgewachsen, die ja auch die Arbeitslosenunterstützung zahlen muß. Es wird vorgeschlagen, die Arbeitszeit rigoros zu verkürzen, um die Forderung: Arbeit für alle! verwirklichen zu können. Für die unteren Lohngruppen ist der volle Lohnausgleich zu zahlen, nach oben sind die Abzüge bis zur vollen Höhe möglich. Hier ist die Erkenntnis zu nutzen, daß man fast das volle Nationaleinkommen als Lohn auszahlen kann. Vielleicht kann man die Leninsche Forderung realisieren: 6 Stunden produktive Arbeit, 4 Stunden zur Verwaltung des Staates? Die dadurch überflüssigen derzeitigen Beamten muß man ja auch beschäftigen.

Der Sechs-Stundentag ist eine gute und einsichtige Losung. Die Arbeitsproduktivität wird damit steigen, weil kürzere Arbeitszeiten eine höhere Arbeitsintensität erlauben. Das sagte bereits Marx, das wies Strumilin nach.

Eine zweite Losung: die einheitliche Sozialversicherung.

Weil man nicht alle Betriebe sofort verstaatlichen kann, steht man mit dem sozialistischen Sektor in Konkurrenz zum kapitalistischen Sektor und zum Kleinunternehmertum. Es bleibt nichts weiter übrig, ebenso wie zur Zeit der NÖP, als die Produkte fast zum Selbstkostenpreis abzugeben. Den sozialistischen Sektor stört das „fehlende“ Mehrprodukt nicht, er hat also die besseren Karten.

Die neue Bündnispolitik darf nicht nur die Bauernschaft einschließen, sondern auch jedes Kleinunternehmertum, alle Selbständigen, die zum großen Teil durch die prekäre kapitalistische Wirtschaftslage unter ökonomischen Zwängen in die Selbständigkeit getrieben wurden. Diese Schicht darf man nicht ruinieren, man muß hier wie früher bei den Bauern auf die Vorzüge von Genossenschaften, Kooperation mit Staatsbetrieben usw. orientieren. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist diese Schicht stets vom Ruin bedroht – der Sozialismus soll ihnen endlich eine Sicherheit bieten, die nicht unter der eines Facharbeiters liegt.

Durchgesetzt werden kann das alles mittels Nationalbank und Lenins Arbeiterkontrolle, die auch die Kapitalisten zwingt, die Löhne in der gesetzlichen Höhe zu zahlen und vorgeschriebene Preise einzuhalten. Wichtig sind die „Kommandohöhen“ der Wirtschaft – Energie, Treibstoff, die wichtigsten Nahrungsmittel samt der großen Handelsketten, die man nicht in Privathand lassen darf, und die Schlüsselindustrien.

Unabdingbar ist das Außenhandelsmonopol.

Vorhersehbar sind Importschwierigkeiten, z. B. in der Lebensmittelversorgung, weil die sozialistische Wirtschaft wieder über eine Binnenwährung verfügen wird. Für die Landwirtschaft ergibt sich folglich die Aufgabe, die stillgelegten Flächen wieder zu rekultivieren, um den Bevölkerungsbedarf zu decken.

Problematisch ist auch, die notwendige Proportionalität der Wirtschaft herzustellen, wofür die Masse der Investitionsmittel eingesetzt werden muß. Ohne Weltrevolution –

und man muß mit allem rechnen – werden Außenhandelsbeziehungen schwierig und störanfällig. Die kapitalistische Welt wehrt sich mit Wirtschaftsblockade und Handelsbeschränkung. Außerdem gebietet die Sparsamkeit eine vernünftige Standortpolitik. Vorhandene örtliche Ressourcen sind zu nutzen.

Mit der *„Zentralisation des Kredits in den Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatsmonopol“* verliert das Geld seinen Charakter, den Marx so beschrieb: *„Da dem Geld nicht anzusehen, was in es verwandelt ist, verwandelt sich alles, Ware oder nicht, in Geld. Alles wird verkäuflich und kaufbar. Die Zirkulation wird die große gesellschaftliche Retorte, worin alles hineinfliegt, um als Geldkristall wieder herauszukommen.“* (Kapital, I, S. 145). Die Zirkulation wird nun planbar. Für das neue Geld, das sozialistische, kann man nicht mehr alles kaufen. Der Kauf von Privatleuten beschränkt sich auf Konsumgüter. Die Arbeitskraft und damit der Mensch ist nicht mehr käuflich. Weiterhin bestehende kapitalistische Unternehmen und sozialistische Betriebe sind im Kauf von Produktionsmitteln beschränkt. Es reicht nicht, Geld zu haben, um Maschinen und Rohstoff zu kaufen, man braucht dazu noch eine Berechtigung. In der DDR hieß das Bilanzanteil und wurde planmäßig verteilt. Das Geld bleibt aber das Maß der Werte für Produktion wie Verteilung.

Eine letzte Frage zur Perspektive der Geldwirtschaft: Vermutlich ist das so wie mit dem Staat – Beides erledigt sich erst, wenn die Welt und nicht nur ein Land oder eine Ländergruppe sozialistisch ist. Die Warenwirtschaft braucht nicht so lange zu leben, aber das Geld als Wertmaß und damit Vergleichsmaßstab und Rechengeld bleibt uns erhalten. Nur ist das eben sozialistisches Geld, Wertmaß und keine Verdoppelung des Wertes mehr. (Die Deckung durch die Warenmassen in den Händen des Staates) Marx stellt im „Kapital“, III, S. 859 fest: *„Zweitens bleibt, nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird.“*

Aber, das ist das wichtigste: Sozialismus geht zu machen. Wenn man es richtig macht, wird man mehrstellige Steigerungsraten der Produktion erreichen und die Strecke bis zum Kommunismus bewältigen können. Die Arbeiterklasse darf sich die Macht nicht aus den Händen nehmen lassen und darf Bremser nicht dulden, es muß vorwärts gehen. Die „Spezialisten“, die statt der Arbeiterklasse den Sozialismus in den 70er und 80er Jahren prägten, haben es nicht geschafft. Es bleibt dabei, nur die Arbeiterklasse ist befähigt, die Gesellschaft so zu verändern, daß der Kapitalismus nicht wiederkommt.

Sozialismus ist Organisation **und** Kollektivität. Sozialismus wie Kommunismus sind ohne Organisation nicht denkbar. Im Sozialismus steht dafür der Staat, im Kommunismus die ganze Gesellschaft, die deshalb in der sozialistischen Phase den platten kapitalistischen Individualismus überwinden muß, der den Menschen so langweilig macht und ihn jedes Lebenssinns beraubt.

Der Kapitalismus schafft nur, die Menschheit zu verproletarisieren.

Vor der Arbeiterklasse steht die Aufgabe, alle zu Arbeitern zu machen und die Arbeit menschlich zu gestalten.

10 Personenverzeichnis

Abalkin, L. I. sowjetischer Ökonom, Mitautor der „Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus – Umrisse“ (1986), arbeitete über „Ökonomische Gesetze des Sozialismus und Probleme ihrer bewußten Ausnutzung“.

Albinowski, Stanislaw polnischer Ökonom, kritisierte Konrods Auffassung von der Notwendigkeit der Warenwirtschaft im Sozialismus.

Atlas, S. W. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, Verfechter des Produktionspreises.

Batschurin, A. W. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, Verfechter des Produktionspreises.

Bregel, E. J. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, attackiert Stalins Argument, Ursache der Warenproduktion im Sozialismus seien die beiden Eigentumsformen.

Breschnew, L. I. Generalsekretär des ZK der KPdSU (1964–1982), Fortsetzung der revisionistischen Wirtschaftsreformen.

Chruschtschow, N. S. 1. Sekretär des ZK der KPdSU (1953–1964), revisionistischen Wirtschaftsreformen.

Chudokormow, C. N. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, Verfechter des Selbstkostenpreises.

Engels, Friedrich

Glesermann, G. E. „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ (1972).

Gorbatschow, M. S. Generalsekretär des ZK der KPdSU (1985–1991), verantwortlich für die Konterrevolution von oben.

Hessin Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, nach den Klassikern wäre sozialistische Warenproduktion ein Unding. trotzdem aber kann man Ware-Geld-Beziehungen ausnutzen, wie es die sowjetische Wirtschaft tut.

Honecker, Erich Generalsekretär des ZK der SED (1971–1989), mitverantwortlich für revisionistische Wirtschaftspolitik in der DDR.

Jakowez, J. W. sowjetischer Ökonom, stellte schon 1973 inflationäre Tendenzen infolge der Preispolitik fest.

Jaroschenko L. D. sowjetischer Ökonom, dessen Fehler Stalin in den „ökonomischen Problemen“ diskutierte.

Joffe, J. sowjetischer Ökonom, „Die Planung der Industrieproduktion“ (1948).

Judkin, A. I. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, stimmt mit den Klassikern gegen die sozialistische Warenproduktion. Sozialistische Produktion ist gesellschaftliche Produktion.

Kalinnikow Leiter der Industriesektion der Staatlichen Plankommission, 1930 vor Gericht gestellt.

Kamenew, L. B. Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU (1919–1926), Vorsitzender einer Kommission beim Rat für Arbeit und Verteidigung (1925).

Kazenelenbaum Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, sucht Kennziffern für die Ausnutzung des sozialistischen Anlagevermögens.

Kohl, Helmut Bundeskanzler der deutschen Einheit.

Kolganow Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, macht die Notwendigkeit der sozialistischen Warenproduktion am Geldlohn fest, Verfechter des Produktionspreises.

Kondraschew D. D. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, hält das bestehende Preisgefüge für die moderne Zeit für veraltet, will über Änderungen diskutieren, schlägt zumindest für die Landwirtschaft einheitliche Preise vor.

Kondratjew, N. D. Leiter des Konjunkturinstituts des Volkskommissariats für Finanzen, Gegner der Industrialisierung, Strumilin nennt ihn einen „Epigonen der Volkstümlerbewegung“.

Konnik sowjetischer Ökonom, vertrat noch in den 70er Jahren die Meinung vom vorrangigem Wachstum der Abteilung I.

Korjagin, A. G. sowjetischer Ökonom, „Die sozialistische Reproduktion“ (1956).

Koscheljow, A. J. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, vertritt die Auffassung, Produktionsmittel sind keine Waren und hält die Diskussion, die seit längerem ergebnislos verläuft, für sinnlos.

Koscheljow, F. P. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, Gegner Kosodojews, Geldlohn wäre ein eindeutiges Zeichen von ???

Kosodojew, I. I. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, marxistische Position in Sachen Warenproduktion.

Kronrod, J. A. sowjetischer Ökonom, arbeitete über sozialistische Geldtheorie „Das Geld in der sozialistischen Gesellschaft“ (1963).

Krshishanowski, G. M. erster Vorsitzender der staatlichen Plankommission der Sowjetunion.

Kuibyschew, W. W. Vorsitzender des Obersten Volkswirtschaftsrates des Sowjetunion(1928–1930).

Kurnajew sowjetischer Ökonom, kritisierte Joffe.

Kurski, A. D. sowjetischer Ökonom, „Die Planung der Volkswirtschaft in der UdSSR“ (1949).

Kurz, Robert Publizist, u. a. „Der Kollaps der Modernisierung“ (1994), hält Warenproduktion und Sozialismus für unvereinbar.

Langner, Fritz DDR-Ökonom, „Angebot und Nachfrage im Sozialismus“ (1975).

Lenin, W. I.

Lopatkin, W. G. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, stimmt für die Beibehaltung des bestehenden Preissystems, die Kritik an diesem Preissystem beruhe auf einem Irrtum.

Luft, Hans „Plan und Warenproduktion“ (1980), PDS.

Makarow Gesinnungsgenosse Kondratjews, trat für die Interessen der Kulaken ein.

Marinko, I. L. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, möchte Veränderungen im Preissystem besonders der Landwirtschaft.

Marx, Karl

Minajew, I. P. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, will die Wirtschaftstätigkeit der Betreibe nach der Gewinnrate beurteilen.

Modrow, Hans PDS-Ministerpräsident der DDR (bis März 1990), Ehrenvorsitzender der PDS.

Motschalow Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, , stimmt für Warenproduktion, referiert aber über die gegenwärtige Praxis, die er nicht für verwerflich hält.

Mstislawski, P. S. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, erklärt gründlich die ökonomische Grundlage des bestehenden „stalinistischen“ Preisgefüges.

Nick, Harry DDR-Ökonom, HfÖ, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, PDS.

Notkin, A. I. sowjetischer Ökonom, diskutierte mit Stalin über „Ökonomische Probleme“, vertrat noch länger „stalinistische“ Positionen.

Ordshonikidse, G. K. Mitglied des Politbüros des ZK (ab 1930), Volkskommissar für Schwerindustrie (ab 1934).

Ostrowitjanow, K. W. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, und wenn alle Klassiker irrten, er stimmt für sozialistische Warenproduktion.

Paschkow, A. I. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, vorsichtig abwägend, schlägt er sich auf die Seite der Verfechter der sozialistischen Warenproduktion.

Plyschewski, B. P. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, weist die Unterstellung zurück, das bestehende Preisgefüge sei willkürlich.

Richter, Gerhard DDR-Ökonom, „Arbeitsproduktivität, Gewinn, Nationaleinkommen“ (1969).

Sanina, A. W. sowjetische Ökonomin, vertrat mit Wensher die Ansicht, die Landmaschinen der MTS den Kolchosen zu verkaufen, was Stalin in den „ökonomischen Problemen“ schroff ablehnte.

Schließer, Waldfried Rektor der HfÖ.

Schürer, Gerhard Vorsitzender der Staatlichen Plankommission in der DDR (bis 1989).

Skipetrow Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, Notwenigkeit der Warenproduktion ist nicht allein aus der Arbeitsteilung abzuleiten, fragt nach dem Verhältnis von Wert und Preis.

Spiridonowa, N. S. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, hält im Warenproduktion im Sozialismus für notwendig, schließt aber Arbeitskraft, Grund und Boden aus.

Stachanow, A. G. Häuerbrigadier, leistete 1935 mit seiner Brigade eine Hochleistungsschicht, mit der die Stachanow-Bewegung zur Meisterung der neuen Technik und Überprüfung veralteter Normen begann.

Stalin, J. W. Generalsekretär des ZK der KPdSU (1922–1953).

Stiemerling, Karl-Heinz „Wachstumsprozesse des Nationaleinkommens in der DDR“ (1968).

Strumilin, S. G. sowjetischer Ökonom, Mitglied der Staatlichen Plankommission seit ihrer Gründung.

Tscherkowez Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, versucht, die Warenproduktion historisch zu fassen, Eigentumsverhältnisse und Arbeitsteilung unterliegen der Veränderung.

Ulbricht, Walter 1. Sekretär des ZK der SED (1950–1971), Verdienste um den Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft der DDR.

Waag, L. A. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, meint, die Praktiker brauchend en Produktionspreis, den die Theoretiker immer noch ablehnen.

Wensher, W. G. sowjetischer Ökonom, vertrat mit Sanina die Ansicht, die Landmaschinen der MTS den Kolchosen zu verkaufen, was Stalin in den „ökonomischen Problemen“ schroff ablehnte.

Winter Leiter Baus des Dnepr-Kraftwerks in der dreißiger Jahren.

Wjasmin Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, schließt sich Stalins Meinung an, daß Produktionsmittel im Sozialismus keine Waren sind.

Wolkogonow, D. A. antistalinistischer Historiker, Autor einer Stalinbiographie „Triumph und Tragödie“ (1989).

Wosnessenski, N. A. Vorsitzender der staatlichen Plankommission der Sowjetunion während des Großen Vaterländischen Krieges und in der Nachkriegszeit.

Zagolow, N. A. Teilnehmer der ökonomischen Diskussion in der Sowjetunion 1958, Verfechter der These von der besseren Ausnutzung des Wertgesetzes.